Nr. 239
6. Januar 2005

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bilanz der HPG für das Jahr 2005

Die Volksverteidigungskräfte (HPG) haben eine Bilanz des Jahres 2005 veröffentlicht. In der dazu gehörigen Erklärung heißt es: "Die türkische Armee hat im Frühling beginnend mit dem Gebiet Botan Angriffe gegen unsere Guerillakräfte im gesamten Gebiet des Nordens [kurdische Gebiete in der Türkei] gestartet. Während des gesamten Jahres hat der Staat auf Kriegspolitik gesetzt. Diese Politik hat die meisten der im Jahr 2005 stattgefundenen Gefechte verursacht und wurde seit Beginn des Sommers noch intensiviert. Damit zusammenhängend wurde der Staatsterror gegen unsere Bevölkerung gesteigert. Entsprechend der gleichen Politik wurde mit dem Gesetz vom 1. Juni unser Vorsitzender komplett von der Außenwelt abgekapselt. Mit diesem Angriff auf physischer und psychologischer Basis, der die Isolation noch übersteigt, wurde ein gefährlicher Prozess eingeleitet. Als der türkische Staat beim Angriff auf unsere Bevölkerung und unsere Guerillakräfte nicht das gewünschte Resultat erreichen konnte, setzte er alles aufs Spiel und versuchte unter Einbeziehung der Unterstützung internationaler und regionaler Kräfte diese zum Partner bei den Angriffen zu machen. Dagegen gab es zu Newroz große Serhildans [Volksaufstände]. Die Bevölkerung tat überall ihre Unterstützung für unseren Vorsitzenden kund und zeigte ihre Entschlossenheit und ihr Beharren auf dem Kampf und einem freien Leben. Die Guerilla leistete starken Widerstand und führte die Angriffe ins Leere, die so ergebnislos verliefen."
Weiterhin wird in der Erklärung die Ansprache von Premierminister Erdogan in Diyarbakir ausgewertet: "Nach dem Besuch Erdogans in Amed [Diyarbakir] folgten die HPG dem Aufruf des Kongra Gel zur Ausrufung einer Aktionspause vom 20. August bis zum 3. Oktober. Demgegenüber wurden die Angriffe der türkischen Armee gegen unsere Bevölkerung und unsere Guerillakräfte intensiviert. In dieser sechswöchigen Aktionspause wurde deutlich, dass der Krieg von Armee und AKP-Regierung angeheizt wird. Die Berechtigung und politische Legitimität der Selbstverteidigung durch die HPG wurden verstanden."
Die kurdische Bevölkerung werde eine Lösung ohne Öcalan nicht akzeptieren, so das HPG-Hauptquartier. "Wie auch bei der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) am 29. Dezember offenkundig wurde, wird diese aussichtslose Politik zunehmend aggressiver und beharrt auf Krieg. Schon jetzt sind die Anzeichen dafür zu erkennen, dass sich die Konflikte im Jahr 2006 zuspitzen werden. Wir sind auf alle Vernichtungspläne vorbereitet. Wir teilen hiermit mit, dass wir auf alle Angriffe auf dem entsprechenden Niveau und in der gleichen Stärke antworten werden".

Die Bilanz des Jahres 2005:

Operationen insgesamt:	339
Operationen der türkischen Armee:	324
Operationen der iranischen Armee:	12
Gemeinsame Operationen der türkischen und iranischen Armeen:	3
Gefechte insgesamt:	384
Tote der türkischen Armee:	1076
Todeszahl der Soldaten:	1004
Todeszahl der Offiziere:	54
Todeszahl der Polizei:	10
Todeszahl der Dorfschützer:	8
Eroberte militärische Materialien:	85
Zerstörte militärische Fahrzeuge:	77
Zerstörte Helikopter:	1
Gefangengenommene Soldaten:	1
Gefangengenommene Polizisten:	1
Getötete GuerillakämpferInnen:	138

(ANF, 30.12., ISKU)

Mehmet Ali Birand:

Zur Veränderung in der kurdischen Frage

Auch im Jahr 2006 wird die kurdische Frage das meist diskutierte Thema sein. Aber dieses Mal werden wir in anderer Form diskutieren. Für uns dreht sich die kurdische Frage immer noch um die PKK oder die Schließung von ROJ TV. Die Öffentlichkeit und insbesondere die Medien sind nicht wirklich in der Lage, die Dimensionen dieser Frage zu erkennen. Wir haben Scheuklappen auf.
Beispielsweise unterliegen wir einer Selbsttäuschung, wenn wir ignorieren, dass kurdischstämmige Bürger im Südosten in der Mehrheit sind und sich der Einfluß der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) in der von kurdischstämmigen Bürgermeistern regierten Region stark erhöht hat.
Genauso wollen wir nicht sehen, dass das Problem die Grenzen der Türkei überschritten hat. Die kurdische Frage ist kein lokales Problem mehr, sondern betrifft die gesamte Region. Auch die Rolle der Führer hat sich verändert. Früher fand ein Krieg statt, in dem Öcalan Gewicht hatte, jetzt geht es um einen politischen Kampf, in dem Barzani von Bedeutung ist.
In dieser Situation steht die gewichtigste Frage des Jahre 2006 im Zusammenhang mit dem künftigen Handeln der Türkei. Was für eine Haltung wird Ankara einnehmen?
Wird die Herangehensweise des Premierministers Unterstützung finden und mehr Demokratie gewagt werden, von einer Generalamnestie bis zur freien Ausübung kurdischer Medien und Bildung? Oder wird die Haltung konservativer Kreise und der Sicherheitskräfte unterstützt werden? Wird die politische Tätigkeit der Kurden weiter behindert werden?

Und wie werden sich wohl die Kurden verhalten?
Eine PKK-interne Entscheidung wird an Bedeutung gewinnen und auch die Haltung des Staates beeinflussen. Wird die PKK ihren bewaffneten Terror fortsetzen oder auf Terror verzichten? Da innerhalb der PKK ein Chaos herrscht, ist es schwer, eine Antwort auf diese Fragen zu finden oder zu vermuten.
Eine andere Frage betrifft die DTP. Wird sie Einfluß auf die PKK ausüben können? Wird es die PKK oder die DTP sein, die die kommenden Entwicklungen vorantreibt? Wer wird unter wessen Einfluß stehen?
Ein weiteres Element in der Liste der Unbekannten betrifft die Zukunft von Nordirak-Kurdistan. Wird es zur Unabhängigkeit kommen oder werden sie weiter abwarten? Wir sollten nicht vergessen, dass Nordirak-Kurdistan für die kurdischstämmigen Bürger in der Türkei zu einem Anziehungspunkt geworden ist. Die Hinweise darauf, dass Barzanis Einfluss steigt und er dabei ist, zum Führer aller Kurden zu werden, verdichten sich.

(Hü,5.1., ISKU)

Meldungen

Frauen demonstrieren für Sevda Aydin
Im Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpasa hat eine Gruppe Frauen eine Demonstration zur Unterstützung von Sevda Aydin durchgeführt. Sevda Aydin war nach eigenen Angaben von Zivilpolizisten verschleppt und vergewaltigt worden. An der Demonstration beteiligten sich die Fraueninitiative Gazi, die Demokratische Freie Frauenbewegung, die Einheit werktätiger Frauen und andere Gruppen. Auf Transparenten verkündeten sie: "Vergewaltigung und Folter können uns nicht einschüchtern - Sevda Aydin ist nicht allein".
(ANF, 1.1., ISKU)

Sechs Monate Haft für Verleger
Der Besitzer des Verlages Aram, Fatih Tas, ist von einem Istanbuler Gericht aufgrund der Veröffentlichung des Buches "Es heißt, Du seist verschwunden" zu sechs Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Wie auch im Falle von Orhan Pamuk und des armenischen Journalisten Hrant Dink liegt dem Urteil der Gesinnungs-Paragraph 301 des neuen Strafgesetzbuches der Türkei zugrunde.
(ANF, 4.1., ISKU)

Kurdischer Gefangener in letztem Moment vor Todesstrafe gerettet
Die Hinrichtung des kurdischen Gefangenen Mesud Sewke im Gefängnis Urmiye in Ostkurdistan (Iran) ist im letzten Moment von anderen Gefangenen verhindert worden. Als Sewke hingerichtet werden sollte, gingen anderen Gefangene dazwischen. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen mit den Vollzugsbeamten, die Pfeffergas einsetzten. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Ostkurdistan (RMMK) wurde Sewke daraufhin von den anderen Gefangenen getrennt und an einen unbekannten Ort gebracht.
Sewke befindet sich seit neun Jahren und vier Monaten im Gefängnis. Er wurde gemeinsam mit Eziz Xelekani und Selah Giwelani zum Tode verurteilt. Xelakani wurde hingerichtet. Wie das RMMK mitteilt, besteht Lebensgefahr für Giweleni und Sewke.
(ANF, 1.1., ISKU)

Vier Tote bei Protesten gegen Benzinpreiserhöhung in Kirkuk
Beim Protest einer Gruppe gegen die Benzinpreiserhöhung in Kirkuk in Südkurdistan (Nordirak) ist es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Armee gekommen. Bei den Vorfällen wurden vier Demonstranten getötet und

Baydemir: ROJ TV sollte von der Türkei aus senden

Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir, hat vorgeschlagen, ROJ TV solle nicht von Europa, sondern von der Türkei aus senden. In der Türkei müßten einige Tabus gebrochen und die Gedankenfreiheit gestärkt werden. Die Thematisierung des von 56 DTP-BürgermeisterInnen unterzeichneten Briefes zur Unterstützung von ROJ TV an den dänischen Premierminister Rasmussen im Parlament der Türkei bezeichnete er als positiv, falls damit zu einer demokratischen Diskussion beigetragen werde. Eine Schließung des TV-Senders werde sich gegenteilig auswirken. "Ich selbst sehe Sendungen bei ROJ TV an, aber darum geht es nicht. Selbst wenn man die dort vertretende Meinung nicht teilt, geht es doch darum, sich für Meinungs- und Ausdrucksfreiheit einzusetzen. Die Zentrale von ROJ TV müßte in Ankara sein, nicht in Brüssel. Damit würde ein großes Tabu in der Türkei beseitigt, die Sendungen würden der Kontrolle des RTÜK unterliegen. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Türkei". Zu den eingeleiteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die Unterzeichner des Briefes erklärte Baydemir, er selbst habe den Brief verfasst und er denke nicht, dass darin strafrechtlich relevante Elemente enthalten seien.

56 BürgermeisterInnen setzen sich für Roj TV ein

56 BürgermeisterInnen der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) aus dem Südosten des Landes haben mit einem Brief an den Premierminister Dänemarks, Anders Fogh Rasmussen, appelliert, den von der PKK unterstützten Fernsehkanal Roj TV nicht zu schließen. Aufgrund des TV-Kanals war es zu einer Krise zwischen der Türkei und Dänemark gekommen.

Nach Angaben der offiziellen dänischen Nachrichtenagentur Ritzau heißt es in dem Brief, die Stimme von Roj TV dürfe nicht unterdrückt werden, wenn in der Türkei ein wirklich demokratisches Leben aufblühen solle. Die Türkei dagegen fordert von Dänemark ein sofortiges Verbot des Senders.

(ANF, 4.1., Ra, 31.12., ISKU)

Frauen trauen der Polizei nicht

In einem Gutachten der Anwaltskammer Diyarbakir zu "Ehrenmorden" und innerfamiliärer Gewalt wird deutlich, dass Frauen in der [kurdischen] Region über ihre gesetzlichen Rechte nicht aufgeklärt sind und den Sicherheitskräften aufgrund der lang anhaltenden gewalttätigen Konflikte nicht vertrauen.

Das Gutachten ist Ergebnis einer Studie in der Region zum Gesetz 4320 zum Schutz der Familie und wurde von der Anwaltskammer an die parlamentarische Untersuchungskommission zu sogenannten Ehrenmorden weiter geleitet. Entsprechend des Gutachtens wurden seit dem Erlaß des Gesetzes im Jahr 1998 bis zum September 2005 insgesamt 183 Prozesse eröffnet. Diese niedrige Zahl wird in dem Gutachten damit begründet, dass das Gesetz den Bürgern unbekannt ist und aufgrund der gewalttätigen Konflikte in der Region Mißtrauen gegenüber den Sicherheitskräften besteht. Weitere Probleme in der Anwendung des Gesetzes betreffen die lange Dauer zwischen Anzeige und Urteilsverkündung, wodurch die Opfer ihre Klage oftmals zurückziehen. Dadurch wird der Schutz der betroffenen Frauen verhindert. Die Einhaltung von Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Frauen wird nicht ausreichend verfolgt, wodurch Frauen erneut Gewalt ausgesetzt sind. Um eine Vorsichtsmaßnahme beschlußfähig zu machen, ist der Nachweis erfahrener physischer Gewalt notwendig. Andere Formen der Gewalt, wie zum Beispiel die psychische Gewalt, werden nicht untersucht. Ein weiteres gewichtiges Hindernis stellt das Verhalten von Polizeibeamten dar. Von Gewalt betroffene Frauen, die sich an das nächste Polizeirevier wenden, bekommen oft zu hören, dabei handele es sich um familieninterne Probleme, die die Polizei nichts angehe. Die geringe Anzahl von Frauenhäusern in Diyarbakir, die von Gewalt betroffenen Frauen Schutz bieten können, stellt außerdem ein großes Problem in der Anwendung der Schutzmaßnahmen dar.

(Ra, 28.12., ISKU)

Ferhat Tunc: Ich erhalte Todesdrohungen

Wie der Künstler Ferhat Tunç mitgeteilt hat, erhält er seit seiner Beteiligung an der Übergabe des von der PKK gefangen genommenen Soldaten Coskun Kirandi Todesdrohungen über Telefon und Internet. Für einen möglichen Angriff werde er den Staat verantwortlich machen, so Tunç.

Zur Einleitung von Ermittlungen gegen die Gruppe, die neben Tunç aus Menschenrechtlern und Journalisten bestand und für die Übergabe des Gefangenen gesorgt hatte, erklärte er: "Allen Ermittlungen und Prozessen zum Trotz werde ich mich ohne Zögern weiter an allen menschlichen Aktivitäten beteiligen, die statt zu Leid zu Freudentränen führen." Tunç erinnerte weiterhin an den Polizisten Hakan Acil, der sich seit Monaten in PKK-Gefangenschaft befindet. Von offiziellen Stellen werde nichts für seine Freilassung unternommen. Lediglich seine Familie bemühe sich darum. Tunç forderte die unverzügliche Freilassung des Polizisten und erklärte: "Im übrigen halte ich es nicht für passend, wenn diese Art von Aktionen Kontinuität gewinnen. Ich würde mich wieder an einer Abordnung zur Übergabe des Gefangenen beteiligen. Für mich zählt das Leben. Ungeachtet der Identität, Meinung oder Funktion eines Menschen ist das Recht auf Leben das wichtigste Recht eines jeden Menschen. Leider wird es weiterhin zu solchen und ähnlichen bedauerlichen Fällen kommen, solange die kurdische Frage nicht auf politischem Wege gelöst wird."

(ANF, 04.01., ISKU)

Polizeikalender für brisante Tage

Die polizeiliche Antiterror-Abteilung hat einen Kalender mit brisanten Tagen für das Jahr 2006 an alle Polizeireviere verteilt. Darin befinden sich von jüdischen Feiertagen über den Todestag des Dichters Nazim Hikmet bis zum Geburtstag Öcalans insgesamt 250 "brisante Tage". An diesen Daten werden die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt werden. "Brisantester Monat" ist mit 35 "brisanten Tagen" der Mai. Der ruhigste Monat mit nur elf Tagen ist der Februar.

Hier einige Beispiele:
8. Februar 1925: Aufstand unter Seyh Sait
4. April 1949: Geburtstag Abdullah Öcalans
16.-17. April 1992: Ergreifung von Sabahat Karatas, Sinan Kukul und acht weiteren Organisationsmitgliedern in Istanbul, in Folge einer Schießerei getötet
3. Juni 1963: Todestag von Nazim Hikmet in Russland
9. Oktober 1998: Abdullah Öcalan begibt sich von Syrien nach Russland
28. Dezember 1994: Ermordung des Journalisten Onat Kutlar in Istanbul

(Hü, 30.12., ISKU)

zwei Tankstellen niedergebrannt. Die Proteste fanden im Stadtteil Rahimava statt, in dem vor allem KurdInnen leben. Nachdem die Demonstranten eine Straße mit brennenden Autoreifen versperrt hatten, griffen irakische und US-Sicherheitskräfte ein.

(ANF, 1.1. ISKU)

USA übergibt die militärische Leitung in Maxmur den irakischen Kräften

Die US-Armee hat die Verminderung von Soldaten im Irak in Südkurdistan begonnen. In der Kleinstadt Maxmur wurde die militärische Leitung in der Region mit einer Zeremonie den irakischen Kräften übergeben.

(ANF, 28.12., ISKU)

Homosexuelle aus der Türkei appellieren an das Europaparlament

Eine Gruppe Homosexueller aus der Türkei hat mit einem Brief an das Europaparlament appelliert, sich für die Freilassung des Totalverweigerers Mehmet Tarhan einzusetzen. Tarhan befindet sich im Militärgefängnis in Sivas, wo er aufgrund von Befehlsverweigerung eine vierjährige Haftstrafe verbüßt. In dem Brief wird die Besorgnis um Gesundheit und Sicherheit Tarhans zum Ausdruck gebracht und auf die Repression gegen Homosexuelle verwiesen. "Die türkische Armee betrachtet Homosexualität als eine psychische Krankheit", heißt es.

(ANF, 31.12., ISKU)

36 weibliche Intellektuelle unterstützen Pinar Selek

36 Frauen, darunter Akademikerinnen, Rechtsanwältinnen, Journalistinnen und Künstlerinnen haben mit einer öffentlichen Erklärung der Soziologin Pinar Selek ihre Unterstützung zugesichert. Selek wird angeklagt an einem Bombenanschlag beteiligt zu sein. In der Erklärung heißt es, Selek sei eine feministische, antimilitaristische Gegnerin von Gewalt, die seit Jahren falschen Anschuldigungen ausgesetzt sei.

(ANF 3.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
Ra	Radikal
Hü	Hürriyet

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 240
13. Januar 2006

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

20 Tage "Bunkerstrafe" gegen Abdullah Öcalan

Der Besuch seiner Geschwister Mehmet Öcalan und Havva Keser bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali wurde mit der Begründung verweigert, gegen Öcalan sei eine Disziplinarstrafe von zwanzig Tagen Einzelzelle verhängt worden. Die zuständigen Militärs am Schiffsanleger Gemlik hatten erklärt, es liege ein Gerichtsbeschluss darüber vor. "Ich wollte den Beschluss lesen, aber auch das wurde mir verweigert", erklärte Mehmet Öcalan. "Auch die Zeitungen, die wir mitgebracht hatten, wurden nicht angenommen."
Rechtsanwalt Bekir Kaya erklärte, dass sich sein Mandant ohnehin in einem Ein-Personen-Gefängnis befinde. Zudem beinhalte diese Form der Disziplinarstrafe, die auf Antrag der Verwaltung verhängt werde, auch eine Beschränkung des Rechtes auf Telefongespräche, Briefkontakt und Familienbesuch.
Die Verteidigung Öcalans versuche, die Hintergründe dieser Maßnahme zu erfahren, aber es lasse sich kein Ansprechpartner in dieser Angelegenheit finden, da aufgrund der Feiertage das zuständige Gericht in Bursa geschlossen sei.
Der Vorstand des Exekutivkomitees der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan (Koma Komalên Kurdistan, KKK) warnte, dass die gegen Abdullah Öcalan verhängte 20-tägige Bunkerstrafe (verschärfte Isolation) dazu führen könne, dass der Krieg völlig außer Kontrolle gerate. Die KKK rief das kurdische Volk überall, wo es sich befindet, zum Aufstand auf.
Der Vorstand der Koma Komalên Kurdistan erklärte, der türkische Staat habe "seit letztem Jahr die Politik gegen den Kurdenführer Abdullah Öcalan nach und nach in eine Vernichtungspolitik verwandelt und dies auch 2006 fortgesetzt." Mit dem heutigen Tag habe diese Politik ein neues Niveau erreicht.
Bezüglich der gegen Abdullah Öcalan verhängten Bunkerstrafe erklärte der Vorstand des Exekutivrates der KKK: "Die Isolationszelle in einem Isolationsgefängnis ist der konkrete Beweis für das Beharren auf der Vernichtungspolitik. Sie bedeutet, dass die grundlegenden Empfindlichkeiten unseres Volkes und der Freiheitsbewegung mit Füßen getreten werden. Es handelt sich um eine schwere Provokation und Beleidigung."
Öcalan werde ohnehin seit sieben Jahren in einer Einzelzelle in Isolation gehalten. "Dass die türkischen Autoritäten sagen, diesmal Öcalan am Festtag mit einer Bunkerstrafe belegt zu haben, bedeutet eine Eskalation der Vernichtungspolitik gegen ihn", betonte die KKK.
"Die Bedeutung dessen ist ganz klar: Die Republik Türkei provoziert mit ihrer Politik gegen unsere Führung eine Eskalation des Krieges und zeigt ganz offen, dass sie sich in keiner Weise um eine Lösung der kurdischen Frage kümmert, sondern ihre Politik der Verleugnung und Vernichtung weiter fortführt."
"Wir als kurdische Seite waren stets dafür, diesen Krieg im Rahmen der Regeln und kontrolliert zu führen und haben eine dementsprechende Politik gemacht. Auch haben wir die Lösung der kurdischen Frage in der Einheit [mit der Türkei, Anm. d. Ü.] gesucht, und zwar beharrlich. Der türkische Staat jedoch beschwört mit seinen neuerlichen Handlungen die Gefahr herauf, dass der Krieg völlig außer Kontrolle gerät. Damit setzt er auch dass Zusammenleben des kurdischen und des türkischen Volkes aufs Spiel." Für diese "unverantwortliche und gefährliche Politik seien ausschließlich der türkische Staat und seine Regierung verantwortlich."
Die Erklärung enthält auch einen Aufruf an die türkische Bevölkerung: "Wir rufen das gesamte kurdische Volk auf, gegenüber dieser Vernichtungspraxis gegen unsere Führung wachsam zu sein, seine Würde zu verteidigen und überall Aufstände zu entfachen. Wir rufen auch die türkischen Intellektuellen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, DemokratInnen und verantwortungsbewussten Individuen auf, sich gegen diese Politik des Staates und der Regierung zu stellen."
Außerdem richtete die KKK einen Aufruf an internationale Institutionen: "Wir rufen die humanitären Organisationen und internationalen Institutionen auf, Initiative gegen die jüngsten Praktiken gegen unsere Führung zu ergreifen." *(DIHA, 11.1., ANF, 11.1., ISKU)*

Schauprozess gegen Pinar Selek

Der feministischen Soziologin und Friedensaktivistin Pinar Selek droht in der Türkei eine lebenslange Haftstrafe aufgrund einer Tat, die sie nicht begangen hat. Wessen sie angeklagt wurde, erfuhr Pinar Selek anderthalb Monate nach ihrer Verhaftung, als sie nach Folter und Verhören im Gefängnis Nachrichten schaute. Sie wurde verantwortlich gemacht für eine Explosion in einem belebten Basar in Istanbul am 9. Juli 1998, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen und weitere 120 verletzt wurden. Seit sieben Jahren läuft ein Prozess gegen sie und weitere 14 Angeklagte, von denen sich zur Zeit noch drei in Haft befinden. Der Prozess war von Beginn an geprägt von Ungereimtheiten, die das Konstrukt der Anklage immer deutlicher werden ließen. So ließ das Gericht im Laufe der Jahre immer neue Sachverständigengutachten anfertigen, die aber stets das gleiche Ergebnis lieferten: Ursache der Explosion in dem Basar sei eine geplatzte Gasflasche gewesen, keine Bombe. Auf Drängen des Innenministeriums und der Istanbuler Polizeidirektion wurde schließlich von der Kriminalabteilung der Jandarma ein neues Gutachten erstellt, von dem Professorin Inci G. Gökmen von der Technischen Universität Mittlerer Osten erklärte, sie sei aufgefordert worden, es zu unterschreiben, nachdem zwei weitere Dozenten es bereits abgesegnet hatten. Sie lehnte ab und veröffentlichte am 10.7.2002 ein eigenes Gutachten, in dem die These vertreten wird, dass die Explosion im Zusammenhang mit einer defekten Gasflasche steht. Bei der letzten Hauptverhandlung am 28.12.2005 forderte der Staatsanwalt in seinem Abschlussplädoyer zur Verblüffung aller Prozessbeobachter für Pinar Selek und vier weitere Angeklagte lebenslange Haft. Die Verhandlung wurde auf den 17. Mai vertagt.
Der bisherige Verlauf des Prozesses macht deutlich, dass Pinar Selek mit einer konstruierten Anklage zum Schweigen und zur Untätigkeit verurteilt werden soll. Zweck des Prozesses ist die Verhinderung ihrer politischen Arbeit, die sich nie darauf beschränkte, gesellschaftliche Probleme anzuprangern, sondern Menschen zusammenbringt, um über ein gegenseitiges Verständnis Wege für ein friedliches Zusammenleben aller zu ebnen.
Hintergrundinformationen zum laufenden Prozess sind auf einer Sonderseite auf unsere Webseite zu finden. *(ISKU, 12.1.)*

Meldungen

Warnung an die Bevölkerung von Mahabad
Die Pressezentrale der PJAK "Partei für ein freies Leben in Kurdistan" erklärte, dass sieben Personen in Guerillauniformen in Mahabad angeblich im Auftrag der PJAK unter Zwang von der Bevölkerung Geld sammeln. Die PJAK betonte, dass das iranische Regime Aktivitäten durchführe, um die Guerilla in der Gesellschaft schlecht zu machen.
Die PJAK rief die Bevölkerung von Mahabad auf, die bezüglichen Personen zu entlarven. Die Bevölkerung sollte sensibel werden wie die Menschen in Semdinli um eine solche Politik scheitern zu lassen. *(ANF, 6.1., ISKU)*

24 Festnahmen im Falschgeldskandal
Nachdem sich heraus gestellte, dass es sich bei einem Teil einer Entschädigung an Kriegsopfer in der Provinz Diyarbakir in der Türkei um Falschgeld handelt, wurden 24 Personen festgenommen. Das Geld, insgesamt 1,5 Mio. YTL, war von der Zentralbank an einen Anwalt ausgezahlt worden, der es an die betroffenen Dorfbewohner weiterleitete, die er vertrat. Die Entschädigungszahlung hatte sich aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergeben. Unter den Festgenommenen befinden sich zwei Beamte der Zentralbank sowie Dorfbewohner. Der Anwalt Mehmet Kaya sagte aus, er habe das Falschgeld von der Zentralbank erhalten. Die juristische Abteilung der Bank stellte unterdessen Anzeige gegen Kaya wegen Verbreitung von Falschgeld. *(ANF, 6.1., ISKU)*

Gemeinsame Regierung von KDP und PUK
Die beiden großen Parteien Südkurdistans, KDP und PUK, haben sich auf eine gemeinsame Regierungsbildung geeinigt. Demnach bleibt die Präsidentschaft für Südkurdistan bis Ende 2007 bei der KDP, die auch die Ministerien für Finanzen und Handel übernimmt. Innen-, Justiz- und Kultusministerium werden von der PUK besetzt. Weitere Einzelheiten werden noch bekannt gegeben. *(ANF, 7.1., ISKU)*

Vogelgrippe in Nordwestkurdistan
Die Beileidsbesuche bei Familie Kocyigit in Agri-Dogubeyazit, die drei Kinder aufgrund der Vogelgrippe verloren hat, dauern weiterhin an. Vater Zeki Kocyigit ist der Meinung, seine Kinder seien der Armut zum Opfer gefallen. Seit

Wird der Semdinli-Fall aufgeklärt?

Die Staatsanwaltschaft Wan, die mit den Ermittlungen zu dem Bombenanschlag in Semdinli betraut ist, hat die Ermittlungen um den Tod von Yusuf Yasar erweitert. Yasar war am 12. August tot aufgefunden worden. Kurze Zeit vorher hatte er Bekannten anvertraut, er werde von Personen mit Funkgeräten observiert und bedroht. Eine Frau, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will, berichtete von seiner Verschleppung kurz vor seinem Tod: "Ich stand gerade am Fenster. Zivil gekleidete Männer zogen ihn mit Gewalt in ein weißes Auto. Der Mann schrie: ‚Ich werde vom JITEM verschleppt!'" Der Gouverneur von Hakkari hatte erklärt, Yasar sei von Sicherheitskräften erschossen worden, als er beim Minenlegen ertappt worden sei.
In der Agenda des JITEM-Agenten Ali Kaya, die nach dem Bombenanschlag auf den Buchladen gefunden und teilweise veröffentlicht wurde, sind Namen und Telefonnummer Yasars vermerkt.

Zensierter Bericht für Untersuchungskommission

Die Zensur eines Gutachtens von zwei vom Innenministerium beauftragten Sonderinspektoren zu den Bombenanschlägen in Semdinli hat zu heftiger Kritik innerhalb der mit Semdinli betrauten parlamentarischen Untersuchungskommission geführt. Die Kommission hatte den 16 Seiten umfassenden Bericht vom Innenministerium angefordert, das daraufhin lediglich zwei Seiten zur Verfügung stellte. Die Abgeordneten reagierten empört. "Macht das Ministerium Witze mit uns? Wie sollen wir den Vorfall aufklären, wenn uns der Staat selbst Informationen vorenthält? Gibt es etwas, dass diese Kommission nicht erfahren darf oder wird generell den Abgeordneten misstraut?", hieß es in der erregten Debatte auf der letzten Sitzung der Kommission.
Aus dem Susurluk-Bericht von 1997 waren elf Seiten nicht veröffentlicht worden. In dem zensierten Teil des Berichts ging es um Operationen, deren Bekanntwerden Probleme in den internationalen Beziehungen hätten hervorrufen können.

Mesut Deger, CHP-Abgeordneter von Diyarbakir und Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Bombenanschlägen, hat wenig Hoffnung, dass der Fall aufgeklärt wird. "Von neun Mitgliedern der Kommission sind sechs von der AKP, einer von der ANAP und zwei von der CHP. Arbeitsweise und alles weitere wird von der AKP festgelegt. Auch mit den Erklärungen des Kommissions-Vorsitzes bin ich nicht zufrieden. Die AKP denkt nur an sich selbst." Auch der Vorschlag, eine Kommission zum Thema der "Morde unbekannter Täter" zu bilden, sei vom Parlament abgelehnt worden. Deger erinnerte an die Ankündigung von Premierminister Erdogan, es müsse eine Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit stattfinden und erklärte: "Wenn eine solche Konfrontation stattfinden soll, müssen Ausschüsse im Parlament gebildet werden, die die Vorfälle in der Region untersuchen. Es gibt in der Türkei 105.000 Anträge auf Entschädigungszahlungen für Schäden, die durch den Antiterrorkampf entstanden sind. Aber bis heute haben nur 700 Personen eine Zahlung erhalten und über 5.000 Anträge sind aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt worden. Während der Zeit des Ausnahmezustandes wurden 850 öffentliche Angestellte zwangsversetzt. Das Innenministerium hat jetzt ihre Rückkehr gestattet, aber eine geheime Anweisung des Premierministeramtes verhindert dies. Eine Demokratisierung der Türkei darf nicht mehr auf bloße Worte beschränkt bleiben. Das Dorfschützersystem ist ein Problem für sich und die Rückkehr in entvölkerte Dörfer muss beschleunigt werden. Innerhalb von drei Jahren sind 20.000 Personen zurückgekehrt, aber es gibt starke Mängel in der Infrastruktur. Solange es keine Häuser, keine Straßen, keine Schulen und keine Gesundheitsversorgung gibt, kann nicht von einer Rückkehr gesprochen werden. Diese Mängel müssen zuerst vom Sozialstaat beseitigt werden".
Auch Mesut Deger hat wie der Künstler Ferhat Tunc und der Bürgermeister von Yüksekova, Salih Yildiz (DTP), in letzter Zeit anonyme Drohbriefe erhalten. Er stellte Anzeige gegen unbekannt bei der Staatsanwaltschaft Diyarbakir. "Ich vermute, dass hinter dem Drohbrief die Vorfälle von Bozüyük, Semdinli sowie das von mir erstellte Gutachten zum Ausnahmezustand stehen", erklärte er. *(Mi, 8.1., ÖG, 7.1., DIHA, 11.1, ISKU)*

Verwarnung wegen kurdischer Musik

In der von Yildiz Tilbe moderierten Livesendung "Unter den Sternen" beim türkischen TV-Sender Star kam es zu einer Krise aufgrund kurdischer Musik. Zu Gast bei Tilbe, deren Sendung jeden Sonntagabend erscheint, war die Sängerin Rojîn, die kurdische Lieder vortrug, woraufhin die Moderatorin während der Sendung verwarnt wurde. Nachdem Rojîn zwei Lieder gesungen hatte, gab Yildiz Tilbe eine Erklärung ab, sie sei soeben "vom Staat" aufgrund des Gebrauchs der kurdischen Sprache verwarnt worden.
Yildiz Tilbe erklärte sichtbar erzürnt: "Eben gerade haben Mitarbeiter des Staates aufgrund des Inhaltes meines Programms angerufen. Sie haben uns gewarnt. Ich kann es auch gleich sagen, sie haben vom Ministerium angerufen. Ich werde verwarnt, weil in meinem Programm kurdische Lieder gesungen werden. Jeder sollte wissen: Mein Vater stammt aus Agri, meine Mutter aus Tunceli. Ich bin Kurdin. Man sollte seine Herkunft nicht verleugnen. Ich bin Kurdin, das verleugne ich nicht und ich mache es auch nicht zum Gegenstand von Eigenlob. Wir alle sind Geschwister. Wer innerhalb der Grenzen dieses Landes lebt, will keine Spaltung. Wenn sie mich so nicht akzeptieren können, sollen sie mir gleich eine Kugel in die Stirn schießen. Ich bin, was ich bin, und alle sollten sich gegenseitig akzeptieren."
Nach dieser Erklärung ging Yildiz Tilbe gemeinsam mit Rojîn auf die Bühne, wo sie zu kurdischer Musik Halay tanzten.

(ANF, 8.1., ISKU)

Kritik an 30jähriger Haftstrafe

Die Organisation "Reporter ohne Grenzen" mit Sitz in Paris fordert in einem offenen Brief an den Präsidenten Südkurdistans, Mesud Barzani, die Freilassung von Dr. Kemal Seyd Qadir. Qadir war aufgrund einer im Internet veröffentlichten Kritik am Barzani-Clan zu dreißig Jahren Haft verurteilt worden. In dem Brief heißt es: "Dieser Vorfall wirft einen Schatten auf die Ausdrucksfreiheit in Irakisch-Kurdistan. Selbst wenn Kemal Sayd Qadir Sie beleidigt haben sollte, hat uns die Schwere der Strafe schockiert. Wir hoffen, dass Sie sich für die Freilassung Qadirs einsetzen werden. Damit können Sie zeigen, dass in Kurdistan eine gerechte Justiz entsprechend internationaler Standards herrscht."
Qadir wurde am 26. Oktober 2005 von Sicherheitskräften der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) verhaftet und wird im Gefängnis von Erbil festgehalten. In einer einzigen Verhandlung wurde er zu dreißig Jahren Haft verurteilt. Der 48-jährige hatte zuvor eine Zeitlang an der Universität von Selahaddin internationales Recht gelehrt. Für seine Freilassung setzt sich auch Amnesty International mit einer Urgent Action ein. Vordrucke für Protestbriefe auf kurdisch, arabisch, englisch und deutsch sind auf den englischen und deutschen Internetseiten von ai bereit gestellt. Wie die Organisation mitteilte, sei die Kampagne begonnen worden, nachdem auf einen Brief an Barzani vom 3. November keine Antwort gekommen sei.

(ANF, 6.1., ISKU)

Jahren würden sie in Armut leben. Die acht Hühner seien ihr einziger Besitz gewesen. "Wir haben die Hühner gegessen, weil wir arm sind. Als sie krank wurden, wollten wir endlich mal wieder Fleisch essen. Wir konnten ja nicht ahnen, was passieren würde".
Wie Kemal Ercetin erklärte, musste er wegen abgelaufener Versicherungskarten zwei offene Schuldscheine unterzeichnen, als er zwei seiner Kinder mit dem Verdacht auf Vogelgrippe aus Bitlis-Adilcevaz ins Krankenhaus in Wan gebracht habe. Seine beiden anderen Kinder und seine ebenfalls erkrankte Frau habe er deshalb nicht ins Krankenhaus bringen können.

(DIHA, 7.1., ANF, 8.1., ISKU)

Maxmur-Verhandlungen zwischen Türkei und KDP

Bei ihrem Türkei-Besuch hat eine KDP-Abordnung gefordert, das Flüchtlingskamp Maxmur in Südkurdistan zu schließen und eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer zu genehmigen. Die Türkei bezeichnet dies als nicht möglich, solange ihre Erwartungen zum Thema PKK nicht von den USA erfüllt werden. Auch die UN befürworten eine Rückkehr der KurdInnen, aber die Flüchtlinge bestehen darauf, ohne eine Lösung der kurdischen Frage nicht zurück zu kehren.
Die Probleme im Lager Maxmur, in dem 10.000 kurdische Flüchtlinge aus der Türkei leben, nehmen weiter zu. Ohnehin sind Strom- und Wasserausfälle normal in der Region. Die zusätzliche Kälte macht das Leben im Lager jedoch unerträglich. Internationale Hilfsorganisationen begnügen sich damit, das Geschehen in Maxmur zu beobachten.
Die Vereinten Nationen hatten sich nach einem Bombenanschlag auf ihre Vertretung in Bagdad im vergangenen Jahr aus dem Irak zurückgezogen. Somit steht auch das Flüchtlingslager Maxmur – offiziell unter UN-Ägide – ohne eine wirkliche Betreuung da.

(ANF, 9.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖG	Özgür Gündem
Ra	Radikal
Mi	Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 241
20. Januar 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Verschärfte Haftbedingungen gegen Öcalan

Bunkerstrafe wegen „Propaganda“

Die gegen Abdullah Öcalan verhängte Strafe von zwanzig Tagen Bunkerstrafe beruht auf der Anschuldigung, er habe bei einem Verteidigergespräch am 30. November 2005 "Organisationspropaganda" betrieben. Allerdings hatte die Staatsanwaltschaft Istanbul ein Ermittlungsverfahren aus dem gleichen Anlass bereits eingestellt. In dem einzigen Verteidigergespräch seit Juni 2005 hatte Öcalan gegenüber seinen Anwälten die politischen Entwicklungen bewertet. Thema dabei waren die "Identitätsdiskussion" in der Türkei, die Vorfälle um den Bombenanschlag in Semdinli sowie die DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft).
Konkret soll Öcalan gegen Artikel 44 des Gesetzes zum Vollzug von Strafen und Sicherheitsmaßnahmen verstoßen haben, der Tätigkeiten der Schulung oder Propaganda von kriminellen Organisationen regelt. Die "Bunkerstrafe", zu der Öcalan jetzt verurteilt wurde, kann für elf bis zwanzig Tage verhängt werden und bedeutet Einzelhaft sowie den Verbot jeglichen Kontakts.
Die Verteidigung Öcalans bezeichneten das Verhalten der Gefängnisleitung von Imrali als überzogen und die Strafverhängung als "unsinnig", da Öcalan ohnehin als einziger Gefangener auf der Insel Imrali gefangen gehalten werde.
Bereits zuvor war auf Betreiben des Justizministeriums ein Ermittlungsverfahren gegen Abdullah Öcalan eingeleitet worden, weil der Verdacht bestand, Öcalan würde seine Organisation von Imrali aus leiten. Das Verfahren war jedoch aus Mangel an Beweisen eingestellt worden.
Gegen die Disziplinarstrafe haben seit dem Bekannt werden am vergangenen Mittwoch verschiedene Institutionen und Organisationen, darunter der Menschenrechtsverein IHD, die DTP und verschiedene PKK-Gremien protestiert. Es wird vor einer Eskalation der Gewalt gewarnt und die Strafverhängung als Angriff auf den Demokratisierungsprozess bezeichnet. Die Jugendorganisation Komelên Ciwan gab in Kandil eine Erklärung ab, nach der von "kurdischen Jugendlichen keine Geduld" mehr erwartet werden dürfe. Das Kurdische Frauenbüro für Frieden Cenî in Düsseldorf bezeichnete die Disziplinarstrafe als Kriegserklärung an die kurdische Bevölkerung.
In mehreren Städten in der Türkei und Europa kam es zu spontanen Protestaktionen. In Istanbul, Adana, Mersin und Siirt kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Auch in Mannheim und London protestierten Gruppen gegen die "Isolationsstrafe in der Isolation" mit brennenden Barrikaden.
In Hakkari-Yüksekova wurden aus Protest von der DTP, dem Gewerkschaftsverband KESK und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen geplante Feierlichkeiten zum Opferfest abgesagt. In Batman dagegen nutzten tausende Menschen, die aus Anlass des Feiertages bei der DTP zusammen gekommen waren, das Treffen für eine spontane Protestaktion.
In Den Haag fand am 18. Januar eine Frauendemonstration für Öcalan statt. 1500 TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, Deutschland und Holland riefen internationale Institutionen zu verantwortlichem Handeln im Fall Öcalan auf und deklarierten gleichzeitig Öcalan als "politischen Repräsentant kurdischer Frauen".

Erklärung von 56 BürgermeisterInnen zur Isolation
Die 56 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der "Partei der demokratischen Gesellschaft" (DTP) und die beiden DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tugluk veröffentlichten eine Presseerklärung zur Bunkerhaft, die gegen Abdullah Öcalan verhängt worden war.
Türk bemerkte, es sei eine Tatsache, dass Öcalan von allen akzeptiert werde und fügte hinzu: "Wir haben alle gesehen und erlebt, welche Rolle er dabei gespielt hat, dass die Gesellschaft die Philosophie der Demokratischen Republik akzeptiert, deren Kern der gesellschaftliche Friede und die demokratische Einheit bilden. Mit Bedauern müssen wir feststellen, dass die praktisch gefechtsfreie Situation, die sich nach 1999 entwickelt hatte, nicht genügend genutzt wurde, dass keine umfassenden Projekte entwickelt wurden, um einen dauerhaften Frieden in der kurdischen Frage herzustellen. In dieser Situation die Spannungen zu erhöhen, verstärkt das Risiko, dass es zu Konflikten kommt und unsere Kinder das Leben verlieren. All dies ist Besorgnis erregend. Es liegt auf der Hand, dass eine Verschärfung der Isolation große Besorgnis in der Bevölkerung auslöst. Wenn man die jüngst verhängte Bunkerhaft in Zusammenhang mit dem Ort, an dem sie verhängt wurde, betrachtet, so ist es unmöglich, sie mit Kriterien des Rechts oder der Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Es ist unverständlich wie eine solche Strafe gegen Abdullah Öcalan verhängt werden kann, der sich ja ohnehin in einer Einzelzelle befindet."
Ahmet Türk erklärte weiter, dass sich die Türkei in einer empfindlichen Phase befinde und dass das gemeinsame Ziel aller sein müsse, einen Politikstil zu entwickeln, der alle Arten von Provokationen und Spannungen vermeidet. Er beschuldigte den Staat, die Gewalt zu fördern und mit seiner Haltung die Spannungen zu verschärfen: "Nach den Vorstößen von Ministerpräsident Erdogan in der kurdischen Frage, die bisher ohne Konsequenzen geblieben sind, erfüllt uns die Politik, die auf Imrali umgesetzt wird, mit großer Sorge."

Anwälte treffen Öcalan
Den Rechtsanwälten Abdullah Öcalan ist es am Mittwoch gelungen, mit ihrem Mandanten für eine Stunde auf Imrali zusammen zu treffen. Eine Erklärung zu dem Besuch wird noch erwartet.

KurdInnen machen die Freiheit Öcalans zu ihrer Sache
In Êlih (Batman) kamen Tausende in den Stadtteilen Besevler, Îpragaz und Parazaryerî zusammen um zum Gebäude der AKP gegen die Bunkerhaft Öcalans zu demonstrieren. Sie riefen Parolen wie "Êlih wird nicht mehr schlafen, bis Öcalan frei ist" und "Öcalan ist unsere politische Wiedergeburt". Die Sicherheitskräfte verteilten sich überall um das AKP Gebäude mit Panzern und Spezialeinheiten. Vor dem Gebäude fand eine Kundgebung statt. Sîrîn Bagli von der Initiative für eine demokratische Lösung in Êlih erklärte Erdogan spreche mit gespaltener Zunge und sage in Âmed (Diyarbakir) oder Culemerg (Hakkari) etwas anderes als in Ankara. Man werde mit den Aktionen fortfahren. Im Anschluss ging die Menge zurück zum Gebäude der DTP.
Auch in Pirsus bei Riha (Urfa) gingen 500 Personen auf die Straße, um gegen die Isolation Öcalans zu protestieren. Die Jugendinitiative Pirsus traf sich vor dem DEHAP Gebäude und demonstrierte zum Platz der Republik. Vor dem AKP Gebäude wurde eine Sitzaktion abgehalten. Abdullah Bulbul von der Initiative sagte das Verhalten gegenüber Öcalan sei eine Entscheidung für Krieg oder Frieden.
(ANF, 11.-18.1., AW; 17./18.1., ISKU)

Meldungen

BND bot Kani Yilmaz Zusammenarbeit an
ANF berichtete am 13.1., dass sich Mitarbeiter des deutschen Geheimdienstes BND in der südkurdischen Stadt Süleymania mit Kani Yilmaz getroffen haben sollen. Yilmaz hatte sich vor einiger Zeit vom Kongra Gel getrennt. Bei dem Treffen wurde über Yilmaz Wunsch, nach Deutschland zu kommen, gesprochen. Wie es heißt, bot der BND Yilmaz eine Zusammenarbeit an.
Kani Yilmaz war 1993 in Deutschland als politischer Flüchtling anerkannt worden. Im Gespräch mit BND-Mitarbeitern soll Yilmaz im Gegenzug zu Informationen über PKK-Strukturen in Europa, der Türkei, dem Iran und Irak ein geregeltes Einkommen, eine Wohnung und Sicherheit in Deutschland gefordert haben. Es ist damit zu rechnen, dass Yilmaz in Kürze nach Deutschland kommt.
Vor einer Weile war in Deutschland bereits Hasan Atmaca bei seiner Einreise aus Armenien verhaftet worden. Auch Atmaca hatte sich zuvor vom Kongra Gel getrennt. In Deutschland wurde er als mutmaßlicher Europa-Verantwortlicher der PKK in den Jahren 2000 bis 2001 zu zwei Jahren Haftstrafe verurteilt. Auch Atmaca soll der deutschen Polizei umfangreiche Informationen über PKK-Strukturen geliefert haben.
(ANF, 13.1., ISKU)

Gefecht zwischen iranischer Armee und HPG
Im Gebiet Kelares fand ein Gefecht zwischen der iranischen Armee und einer Guerillaeinheit der HPG statt, teilte das Pressezentrum der HPG mit. Dabei seien zwei iranische Soldaten verletzt worden. Verluste bei der Guerilla habe es nicht gegeben.
(ANF, 15.1., ISKU)

Selbstverbrennung in Adana
Die PKK Gefangene Ganî Çelîk, die sich aus Protest gegen die Bunkerhaft Öcalans im Gefängnis Kurkçuler/Adana angezündet hatte, wurde ins Krankenhaus Nimune Adana gebracht.
Ganî Çelîk war mit der Begründung an einem Bombenanschlag beteiligt gewesen zu sein, im vergangenen Jahr verhaftet worden.
Bei der Selbstverbrennung wurden ihre beiden Beine von den Knien abwärts verbrannt. THAYDDER und der IHD Adana schickten Delegationen ins Krankenhaus, um sich über ihre Lage zu informieren.
Die Anwältin Sevîl Araci erklärte, dass die Armee nicht zugelassen habe, dass sie Frau Çelîk sehen

Sprecherin des norwegischen Außenministeriums:

„PKK ist eine legitime Organisation“

Wie Anne Lene Dale Sandsten, Sprecherin des norwegischen Außenministeriums, gegenüber der Nachrichtenagentur ANF mitgeteilte, betrachtet die norwegische Regierung die PKK als legitime Organisation. "Die EU hat diese Organisation in ihre Terrorliste aufgenommen. Aber für uns ist das nicht akzeptabel", erklärte sie. Das Außenministerium verfolge die kurdische Frage und stehe im Kontakt mit kurdischen Gruppen, so Sandsten.
Vor kurzem hatte Sandsten als Pressesprecherin des norwegischen Außenministers Janas Gahr Store bereits angekündigt, Norwegen betrachte die EU-Terrorliste nicht als bindend.
Auf die Frage, ob die Regierung Norwegens die PKK oder den Kongra Gel nicht als terroristisch ansehe, antwortete Sandsten: "Das ist nicht möglich. Um sich eine Meinung über diese Organisationen zu bilden, müssen wir direkt mit ihnen in Kontakt treten und uns zu einem Meinungsaustausch zusammen finden. Erst dann können wir ein Urteil fällen. Wir können sie nicht als terroristisch bezeichnen, nur weil die EU das tut."
Norwegen betrachte die EU-Terrorliste als Hindernis für unabhängige Initiativen für Frieden und Vermittlung. "Die Liste wird ständig geändert, neue Namen werden hinzugefügt. Unsere Meinung wird dabei nicht eingeholt."
Auf die Frage, ob Norwegen die PKK als eine legitime Organisation betrachte, antwortete Sandsten: "Ja. Wir sind unparteiisch und verfolgen die Entwicklungen in der kurdischen Frage. Wir haben auch Beziehungen zu kurdischen Gruppen." Die Regierungsparteien Norwegens – Arbeiterpartei, Sozialistische Linke und Bauernpartei – betrachten die kurdische Frage mit Sympathie. Außerdem hat sich die Regierung die kurdische Frage langfristig auf die Tagesordnung gesetzt.
Kurdische Institutionen in Norwegen haben in den vergangenen zwei Jahren intensiv Lobbyarbeit geleistet, um die PKK und den Kongra Gel von der Terrorliste streichen zu lassen. Letztes Jahr hatten zwanzig norwegische Intellektuelle und Persönlichkeiten die EU mit einer Petition dazu aufgefordert, die PKK von der Terrorliste zu nehmen. Außerdem hatte das Komitee "Freunde des kurdischen Volkes" in Norwegen sich selbst wegen finanzieller Unterstützung des Kongra Gel angezeigt, um die Haltung der norwegischen Regierung zur EU-Terrorliste zu prüfen.

(ANF, 17.1., ISKU)

Weigerung eines Piloten verhindert vorerst Abschiebung

Syrischer Kurde weiter in Gefahr

Der kurdische Flüchtling Cemal Ali sollte abgeschoben werden, obwohl er im syrischen Konsulat im Beisein von Deutschen als "äußerst gefährliche Person" bezeichnet worden ist. Der Pilot des Flugzeugs, mit dem Ali nach Syrien ausgeflogen werden sollte, weigerte sich, den Passagier mitzunehmen. Deutschland ist noch immer unentschlossen, ob Ali ein Aufenthaltsrecht bekommen soll.
Die Flüchtlingsgeschichte von Cemal Ali aus Südwestkurdistan begann mit einem Asylantrag vor fünf Jahren. Nach zwei Wochen kam schon die Ablehnung. Seit diesem Zeitpunkt lebte der kurdische Flüchtling mit einer Duldung. Als Begründung wurde angeführt, seine Aussage sei nicht glaubwürdig.
In seiner Aussage hatte der heute 47-jährige Lehrer angegeben, erstmalig 1997 vom syrischen Geheimdienst verhaftet worden zu sein. Danach sei er in den Irak geflüchtet und von dort aus mit Hilfe eines Schleppers über die Türkei nach Deutschland gekommen. Unter den Dokumenten, die er den deutschen Behörden vorlegte, befand sich auch eine Verurteilung des Militärgerichts in Qamishlo zu 15 Jahren Haft. Sein Asylantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, die Dokumente könnten gefälscht sein und die Beobachtung durch einen Geheimdienst stelle noch keinen Fluchtgrund dar.
Ein Widerspruch gegen den negativen Bescheid wurde vom Verwaltungsgericht Arnsberg abgelehnt. 2004 stellte Ali einen Folgeantrag und beantragte gleichzeitig einen Pass beim syrischen Konsulat in Berlin. Im Beisein von zwei Mitarbeitern der Ausländerbehörde erklärten die Syrer im Konsulat, bei Ali handele es sich um einen "gefährlichen Mann", der eine schwere Strafe zu erwarten habe. Trotzdem wurde Ali am 14. Dezember letzten Jahres in der Ausländerbehörde verhaftet, wohin er gemeinsam mit dem protestantischen Pfarrer Jochen Schmidt gegangen war. Er wurde vom Düsseldorfer Flughafen aus abgeschoben. In Amsterdam weigerte sich der Pilot des Anschlussfluges nach Damaskus, den kurdischen Flüchtling mitzunehmen. Daraufhin wurde Ali zurück nach Deutschland gebracht und ins Gefängnis in Münster gesteckt. Sein Rechtsanwalt Marcel Brinkmann wartet jetzt auf eine neue Entscheidung der deutschen Behörden.

(ANF, 13.01., ISKU)

Bekir Coskun: Ein gefährliches Land

Die Türkei ist ein gefährliches Land...
Vögel sind gefährlich, der Winter ist gefährlich...
Es ist gefährlich, sich eine Tasche umzuhängen und auf die Straße zu gehen, aber es ist auch sehr gefährlich, alleine Zuhause zu sitzen.
Auch der Regen ist gefährlich.
Und der Schnee.
Honig ist auch sehr gefährlich...
Es ist gefährlich, zu spät ins Krankenhaus zu gehen, aber aufgrund der Bakterien in den Krankenhäusern ist es auch gefährlich, dort zu sein.
In die Ferien zu fahren, ist gefährlich...
Aber die Rückkehr aus den Ferien ist noch gefährlicher.
Dinge, die in keinem anderen Land der Welt gefährlich sind, sind in diesem Land gefährlich.
Wenn bei einer polizeilichen Vorführung mutmaßlicher Täter mit den in ihrem Besitz befindlichen Gegenständen der Schuld ein Fotokopierer vorgezeigt wird, dann heißt das, dass Kopierer gefährlich sind.
(Wenn ich einen Kopierer sehe, halte ich kurz inne und beobachte ihn unauffällig.)
Lieder sind gefährlich...
Poesie ist gefährlich...
Bücher sind gefährlich...
Nach Meinung der Hälfte der Türkei ist die Republik gefährlich, nach Meinung der anderen die Demokratie...
Können hohe Gefühle wie "Nationalismus" oder "Überzeugung" Ihrer Meinung gefährlich sein?
Können sie...
In den Händen von Plünderern ist der Nationalismus gefährlich, in den Händen von Fanatikern die Überzeugung...
Was ist mit der Justiz geschehen, der wir gegen alle Gefahren vertraut haben, wenn Mörder, Diebe und Handtaschenräuber sich auf der Straße breit machen?
Gefahr...
Und wofür?
Weil die eigentliche Gefahr wir selber sind, deshalb.
So wie das unverzichtbare Telefonkabel in der Hand eines Mörders zur Tatwaffe wird, so werden alle der Menschheit nützlichen Institutionen, Begriffe und Existenzen in unserer Hand zur Gefahr.
In einer degenerierten, verrotteten Gesellschaft ist die größte Gefahr der Mensch...
Der Mensch ist gefährlich...

(Hü, 16.01., ISKU)

konnten. Die Vertreter des Krankenhauses hätten jedoch mitgeteilt, dass es ihr besser gehe und sie bald aus dem Krankenhaus entlassen werde.

(DIHA, 19.1., ISKU)

Ein Huhn für den Ministerpräsidenten
Die Hühnerhändler von Adana erklärten, wegen der Vogelgrippe hätten sie ihre Arbeit einstellen müssen. Wenn es so weitergehe müssten sie ihre Geschäfte schließen. Sie schickten ein Huhn im Paket an den Ministerpräsidenten Tayip Erdogan.
Ebenso erklärten Hühnerhändler in Seyhan und Adana, dass sie ihre Kredite nicht zurückzahlen und ihre Geschäfte schließen müssten.

(DIHA, 19.1., ISKU)

Özgür Politika erscheint wieder
Özgür Politika, die letztes Jahr verboten worden war, erscheint wieder. Die Zeitung war auf Anweisung des deutschen Innenministeriums am 5. September 2005 verboten worden. Die Rechtsanwälte der Zeitung legten Widerspruch beim Bundesverwaltungsgericht ein, das dem Widerspruch am 18. Oktober stattgab. Die Zeitung heißt jetzt Yeni Özgür Politika und hat nun auch zwei Seiten in kurdischer Sprache. *(ISKU)*

Militäroperationen in Dersim und Silvan
Türkische Militäreinheiten haben in den Morgenstunden des 17. Januar eine Operation begonnen, die sich auf das Gebiet um die Berge Zage, Haydaran, Markasor und Buyer Baba in Dersim erstreckt.
Die Operation wird von der Kommandantur des Zentralen Gendarmerie-Regiments durchgeführt und von Cobra-Hubschraubern begleitet. Aufgrund des geringen Schneefalls in der Region wird mit einer Ausweitung des Operationsgebiets gerechnet.
Auch aus Silvan wurden verstärkte Truppenbewegungen gemeldet. *(ANF, 17.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat News Agency
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖG	Özgür Gündem
Hü	Hürriyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 242
27. Januar 2006

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan: Man will mich vernichten

Ibrahim Bilmez, einer der Anwälte, die Öcalan am 18.01. eine Stunde lang sehen konnten, erklärte gegenüber ANF, Öcalan solle auf Imrali in den Selbstmord getrieben werden. Er werde einem starken psychologischen Druck ausgesetzt. Außer der 20-tägigen Bunkerhaft sei bereits eine weitere 7-tägige Bunkerhaft verhängt worden.

"Wenn ich im Gefängnis Imrali vernichtet werde, ist dafür der Staat verantwortlich"

Öcalan erklärte gegenüber seinen Anwälten, dass er vor der 20-tägigen Bunkerhaft bereits sieben Tagen in de-facto-Bunkerhaft verbracht habe. Er solle in den Selbstmord getrieben werden. Die Bevölkerung solle wissen, dass er dies nicht tun werde und dass bei einem möglichen Tod oder anderen negativen Vorfällen nicht er selbst dafür verantwortlich sei, sondern der Staat.

Bilmez erklärte bezüglich der 20-tägigen und der 7-tägigen de-facto-Bunkerhaft, diese Bestrafung sei illegal und durch die Gefängnisleitung ohne Zustimmung des Vollzuggerichts angeordnet worden.

Öcalan hatte bei seinem Gespräch vom 30. November mit den Anwälten Einschätzungen zu den Diskussionen über Sub- und Supraidentitäten abgegeben. Entsprechend dem neuen Strafrecht war während des Anwaltsgesprächs ein Beamter anwesend gewesen, der das gesamte Gespräch aufzeichnete.

Ohne Radio, Bücher und Zeitung

Öcalans Äußerungen waren entsprechend §44 des neuen Strafvollzugsgesetzes als "Propaganda" bewertet und mit Strafe belegt worden. Laut Öcalan besagt der ihm zugestellte Strafbefehl, er habe "das Volk zum Aufstand angestachelt" und "der Organisation Anweisungen erteilt".

Die Strafe wurde ab dem 21. Dezember ohne Unterbrechung vollstreckt und endete am Montag, den 16. Januar. Während der Bunkerhaft war es Öcalan verboten, Radio zu hören oder Bücher zu lesen. Auch Zeitungen wurden ihm nicht ausgehändigt.

Öcalan wies die Anschuldigungen entschieden zurück: "Weder habe ich die Bevölkerung aufgestachelt, noch Anweisungen erteilt." Er habe sich lediglich für das Recht auf Ausbildung in der Muttersprache eingesetzt.

"Sie wollen mich zum Schweigen bringen"

Öcalan erklärte: "Ich überlege mir vorher sehr genau, was ich sage. Ich bin der Überzeugung, dass das Recht auf Ausbildung in der Muttersprache eines der drei grundlegenden Rechte ist. Dieses Recht ist Bestandteil aller internationalen Abkommen, das kann keinen Straftatbestand darstellen. Aber trotz aller meiner guten Absichten wurde diese Strafe gegen mich verhängt. Diese Praxis ist eigentlich ein Widerhall der Praktiken in Semdinli. In diesem Punkt gibt es ein strategisches Bündnis zwischen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und Oppositionsführer Deniz Baykal. Sie wollen mich zum Schweigen bringen. Das verstehe ich nicht. Es liegt ja auf der Hand, was sie seit sieben Jahren versuchen. Ich versuche seit sieben Jahren, unter Bunkerbedingungen zu leben, ich habe Widerstand geleistet, ich habe versucht, für den Frieden zu leben. Trotzdem soll ich mit den jüngsten Bestrafungen zum Schweigen gebracht und vielleicht sogar vernichtet werden."

Gesundheitliche Verschlechterung

Öcalan gehe davon aus, dass er für dieses letzte Anwaltsgespräch wieder bestraft werden könne, er rechne sogar mit einer Strafe von bis zu drei Monaten. Die Bunkerbedingungen seien sehr hart. Öcalan sagte: "Im Bunker gibt es nichts, als auf die weiße Wand zu starren. Das ist sehr hart. Offensichtlich soll ich psychologisch zermürbt werden. Darüber hinaus war während dieser gesamten Zeit jeglicher Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten. Auch meine gesundheitliche Verfassung hat sich verschlechtert."

Verändertes Belüftungssystem

Das Fenster in Öcalans Zelle wurde ausgewechselt. Das Fenster lässt sich jetzt nur noch komplett öffnen oder komplett schließen. Öcalan beklagte, er bekomme entweder keine Luft, oder er friere, wenn er das Fenster öffne. Nachts stehe er mehrmals auf, um das Fenster zu öffnen oder zu schließen. Die Anwälte erklärten, er habe bei dem Treffen einen gesundheitlich schlechten Eindruck gemacht.

Außerdem seien Öcalan ungewöhnlicherweise direkt im Anschluss an die Bunkerhaft einige Briefe ausgehändigt worden, obwohl er sonst keine Briefe erhält. Einer der Briefe enthielt Flüche und Beleidigungen, in einem anderen Brief aus dem Gefängnis war der gesamte Text geschwärzt. *(ANF, 19.1., ISKU)*

Razzia bei Vereinsvorständen

Ungefähr 250 Mitglieder von Sondereinheiten nahmen bei Razzien in Wohnungen und Geschäften von Vorstandsmitgliedern der kurdischen Vereine in Osnabrück und Bielefeld elf Personen fest.

Gegenüber ANF berichtete Tahir Köcer als einer der Betroffenen nach seiner Freilassung: "Ich fuhr gerade nach Bielefeld. Die Ampel zeigte grün, als plötzlich das Auto vor mir bremste und mich anhielt. Bevor wir aussteigen konnten, näherten sich aus parkenden Autos maskierte Personen, warfen uns zu Boden, fesselten uns mit Handschellen und zogen uns Säcke über die Köpfe."

Dieser Überfall habe in der Stadt stattgefunden, so Köcer. "Zeitgleich fanden Razzien in meinem Internetcafé und meiner Wohnung statt. Alle Gegenstände im Café wurden beschlagnahmt und mit einem Lastwagen zur Polizei gebracht. Meine kleine Tochter zuhause ist in Panik geraten. Sie hatte Angst."

Die mit ihm Festgenommenen seien nach zwei Stunden wieder freigelassen worden. "Ich selbst blieb fünf Stunden in der Zelle. Die Polizei hat aus meiner Wohnung verschiedene Dokumente mitgenommen, meinen Laden versiegelt, mein Auto und das Geld, das ich bei mir hatte, beschlagnahmt."

Alle elf Festgenommenen sind inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Kritik von YEK-KOM

Der Dachverband der kurdischen Vereine in der BRD (YEK-KOM) kritisierte in einer Erklärung den Polizeieinsatz als „als eine Methode des Terrorisierens unserer Vereine und der Einschüchterung ihrer Mitglieder“. „Es scheint,“ so die Erklärung weiter „dass dieses Vorgehen auf der Grundlage von Abkommen und einer gemeinsamen Interessenspolitik mit dem türkischen Staat entwickelt wird. Eine andere Erklärung für diese diskriminierende Praxis gegen Kurdinnen und Kurden, die bemüht sind, sich in diese Gesellschaft zu integrieren und ihre Rechte im Rahmen der deutschen Gesetze wahrzunehmen versuchen, finden wir nicht. Mit dieser Repression wird einzig erreicht, die Kurden zu kriminalisieren und sie von fundamentalen Grundrechten wie Versammlungs-, Organisations- und Meinungsfreiheit auszuschließen. *(ANF/Yek-Kom, 23.1., ISKU)*

Meldungen

Kein Öcalan-Besuch

Die Rechtsanwälte Abdullah Öcalans sind aufgrund der extrem schlechten Wetterbedingungen am 25.1. nicht nach Gemlik gefahren, um zur Gefängnisinsel Imrali überzusetzen.

Die AnwältInnen Hatice Korkut und Rainer Ahues trafen jedoch mit Vertretern des Komitees zur Verhütung von Folter im Europarat (CPT) zusammen, um über die gegen ihren Mandanten verhängte Disziplinarstrafe, die verschärften Isolationshaftbedingungen und eine mögliche Intervention dagegen zu sprechen. Weitere Gespräche haben mit Vertretern des Europarates stattgefunden. Die Verteidigung Öcalans fordert, die Situation ihres Mandanten im Europarat zu thematisieren und bezieht sich dabei auf das Europäische Menschenrechtsabkommen, das auch die Türkei unterzeichnet hat.
(ANF/DIHA, 25.1., ISKU)

Zweite Hungerstreikgruppe beginnt

In Culemêrg (Hakkari) löst die zweite Gruppe die Hungerstreikenden aus Protest gegen die Isolation Abdullah Öcalans ab. Die Aktion wird von der Volksinitiative Culemêrg im Gebäude der DEHAP durchgeführt. Die Aktion wird alle zwei Tage von einer neuen Gruppe weitergeführt. Bisher beteiligten sich 50 Personen, in der zweiten Gruppe befinden sich 24 Personen. Die Initiative gab an, man werde weitermachen, bis die Isolation gegen Öcalan aufgehoben werde
(DIHA, 26.1., ISKU)

In Dêrsim beginnen die Arbeiten zum 8. März

Die Frauensektionen der zivilgesellschaftlichen und demokratischen Organisationen und Parteien haben mit den Vorbereitungen für den 8. März, dem Weltfrauentag begonnen.

Die Bürgermeisterin von Dêrsim, Songül Erol Abdil, die Frauensektion der Bewegung freier BürgerInnen, die Partei der demokratischen Gesellschaft, (DTP), EMEP, ANADER und Frauensektionen vieler weiterer ziviler und demokratischer Einrichtungen trafen sich im Bürgermeisterinnengebäude. Auf der Versammlung wurden Vorschläge für den 8. März gesammelt und die Arbeiten der kommenden Zeit geplant.
(DIHA, 24.1., ISKU)

Im Irak erhalten die KurdInnen 53 Sitze im Parlament

Im Irak wurden nun die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom

Angeklagter Unteroffizier im Semdinli-Fall freigelassen

Der Unteroffizier Tanju Cavus, der wegen Mordes an einer Person und Verletzung von fünf weiteren Menschen in Semdinli angeklagt wurde, ist aus der Haft entlassen worden.
Der erste Prozess im Zusammenhang mit den Strukturen organisierter Kriminalität, die in Semdinli zum Vorschein gekommen sind, hat mit Gerichtsbeschlüssen begonnen, die einer Preisverleihung ähneln. So wurde eine 68 Tage während Haftzeit für den Unteroffizier Tanju Cavus, der am 9. November nach dem Bombenanschlag auf den Buchladen Umut auf eine Menschenmasse geschossen und dabei einen Mann getötet und fünf weitere Menschen verletzt hatte, als ausreichend betrachtet. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.
Die erste Hauptverhandlung am Schweren Strafgericht in Hakkari wurde von starken Sicherheitsmaßnahmen begleitet. Der angeklagte Unteroffizier wurde von Wan in einem Minibus mit der Aufschrift "Schulbus" in Begleitung von gepanzerten Fahrzeugen zum Gerichtsgebäude in Hakkari gebracht und über den Hintereingang in den Verhandlungssaal geschleust. Cavus reichte eine zwölfseitige Verteidigung ein und erklärte in seiner mündlichen Verteidigung:
"Ich kam mit meiner Frau und meinen drei Kindern aus Wan zurück. Plötzlich waren wir von bewaffneten und maskierten Personen umkreist. Sie riefen Parolen gegen den Staat und schrieen: ‚Tötet sie, das ist ein Polizist!'. Obwohl ich erklärte, dass ich kein Polizist, sondern Soldat sei, setzten sie ihre Angriffe fort. Ich sah, dass meine Frau große Angst hatte. Sie versuchte die Hände abzuwehren, die durch die zerbrochene Scheibe nach ihr griffen. Ich zog meine registrierte Waffe und schoss ohne zu zielen in die Luft. Wenn ich die Waffe nicht eingesetzt hätte, wären wir alle tot."
Die Zeugenaussagen der Ehefrau und der drei Kinder des Angeklagten bestätigten die Schilderung. Ein weiterer Zeuge widersprach: "Die Menschenmenge beobachtete die staatsanwaltschaftliche Untersuchung des Fahrzeuges. Niemand war maskiert. Dann wurde aus dem Auto heraus geschossen. Die Schüsse kamen vom Fahrersitz. Hinten rechts saß noch eine Person. Die Scheiben des Autos waren nicht zerbrochen."
Die Staatsanwaltschaft forderte aufgrund der Beschaffenheit der Straftat, der Beweislage, der abgeschlossenen Beweisführung, der Tatsache, dass die Möglichkeit einer Beweismittelvernichtung nicht bestehe, der Angeklagte Beamter sei und auch keine Fluchtgefahr bestehe, die Haftentlassung des Unteroffiziers. Das Gericht kam diesem Antrag nach. Der Antrag der Verteidigung, den Prozess aus Sicherheitsgründen an einen anderen Ort zu verlegen, wurde abgelehnt.
Tanju Cavus wurde erst drei Tage nach dem Vorfall verhaftet. Sein Verfahren wurde immer noch nicht mit den Ermittlungen zur organisierten Kriminalität zusammengelegt. In diesem Verfahren gibt es drei weitere inhaftierte Angeklagte. Die Oberstaatsanwaltschaft in Wan hatte den Fall als unabhängig von dem des organisierten Verbrechens bewertet und war zu der Auffassung gelangt, hinter Totschlag und Körperverletzung stecke keine Absicht. Damit war der Fall an das Schwere Strafgericht in Hakkari abgegeben worden. Die Anklage lautet nur noch auf Totschlag und Körperverletzung im Rahmen der "Überschreitung gesetzlicher Grenzen". Statt lebenslänglich wurde sich damit begnügt, eine Strafe von vier Jahren und acht Monaten bis zu 16 Jahren zu fordern.

Tausende protestieren gegen Freilassung von Tanju Cavus
Ungefähr 3000 Menschen protestierten gegen die Freilassung des Unteroffiziers Tanju Cavus. "Eine Kugel für Ali Yilmaz, Blumen für Agca, eine Medaille für Tanju Cavus" hieß es auf einem riesigen Transparent, das die Demonstranten mit sich führten. [Bei Ali Yilmaz handelt es sich um den Mann aus Semdinli, den Cavus mit seinen Schüssen auf die Menschenmenge getötet hat.] An der Demonstration beteiligten sich auch der Bürgermeister Hursit Tekin und Vorstandsmitglieder der DTP. "Die unabhängige Justiz in Hakkari ist im Urlaub" hieß es auf einem weiteren Transparent.
In Redebeiträgen wurde die Haftentlassung von Cavus als "Freibrief für Angriffe und Massaker an KurdInnen" bezeichnet. "Tanju Cavus steht vor einem parteiischen Gericht. Die Freilassung dieses Mörders, der einen Menschen getötet und fünf weitere verletzt hat, ist eine Beleidigung der Menschen von Semdinli und des kurdischen Volkes. Mit diesem Beschluss wird es noch einfacher, KurdInnen zu töten. Sicherheit besteht für niemanden mehr. Im Prozess wurden zwei Kinder angehört, aber die Bevölkerung von Semdinli wurde nicht angehört. Wir protestieren gegen den Beschluss dieses parteiischen Gerichts", hieß es weiter.
(DIHA, 22.1., ANF, 20.1., Ra, 19.1., ISKU)

15. Januar bekannt gegeben. Nach Informationen der Wahlkommission erhielten von 275 Sitzen die SchiitInnen 128, die KurdInnen 53 und 44 gingen an die SunnitInnen. *(AW, 20.1., ISKU)*

‚Gebt uns einige PKK-Führungskader'
In einer Ansprache im Washington Institute in den USA hat der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei (MGK), Yigit Alpogan, darauf hingewiesen, dass die USA in der Türkei ein "Imageproblem" hätten. Dieses könne durch die Auslieferung einiger PKK-Führungskader behoben werden. Die türkische Öffentlichkeit könne keine Bemühungen der USA gegen die PKK erkennen, deshalb sei die Ergreifung einiger PKKler aus der Leitungsebene in den Kandil-Bergen "sinnvoll". Der "Türke auf der Straße" sei unbefriedigt von der Hilfe der USA zum Thema Terror, so Alpogan. Die PKK-Terroristen verfügten in den Kandil-Bergen über 3-4000 Kader, die eliminiert werden müssten.
(YS, 26.1., ISKU)

Dr. Qadir freigelassen
Wie die Außenministerin Österreichs, Ursula Plassnik, bekannt gegeben hat, ist der Wissenschaftler Dr. Kemal Seyid Qadir, der in Hewler (Erbil) in Südkurdistan zu dreißig Jahren Haftstrafe wegen Beleidigung des Barzani-Clans verurteilt worden war, frei gelassen worden. Bereits am Dienstag hatte Necirvan Barzani als Präsident Südkurdistans angekündigt, die Forderungen nach Freilassung des Wissenschaftlers würden geprüft und dementsprechende rechtliche Schritte seien eingeleitet worden.
Für den österreichischen Staatsbürger Qadir hatten sich neben der Regierung Österreichs auch Amnesty International und die Organisation Reporter ohne Grenzen eingesetzt
. *(ANF, 25.1., ISKU)*

Größter Gewerkschaftsverband Norwegens unterstützt Öcalan

Kleiv Fiskvik, Präsident der norwegischen Gewerkschaftsföderation LO, hat in einer Erklärung die Repression gegen den Fernsehkanal Roj TV und die Isolierung Abdullah Öcalans kritisiert. Die Gewerkschaftsföderation drückte ihre Solidarität mit Roj TV und den KurdInnen aus und bemängelte die Bemühungen der Türkei, den kurdischen TV-Sender verbieten zu lassen. Roj TV stehe als Stimme des kurdischen Volkes für Frieden, Demokratie und Geschwisterlichkeit und könne nicht zum Schweigen gebracht werden. An Dänemark richteten die Gewerkschaften den Aufruf, dem Druck der Türkei stand zu halten und die eigenen demokratischen Prinzipien zu wahren. Gegenüber der Nachrichtenagentur ANF erklärte Fiskvik, sowohl den Ministerpräsident Dänemarks als auch die norwegische Regierung in einem Brief dazu aufgefordert zu haben, sich für eine Fortsetzung der Sendefreiheit des TV-Kanals einzusetzen. Gemeinsam mit den KurdInnen und den demokratischen Gewerkschaften in der Türkei werde sein Verband die kurdische Frage in internationalen Gewerkschaftszusammenhängen thematisieren.
Die Situation Abdullah Öcalans bezeichnete Fiskvik als besorgniserregend. Deshalb werde versucht, über die norwegische Regierung eine Anfrage zu Öcalan an die Regierung der Türkei zu stellen. Außerdem sei geplant, die Isolation Öcalans per Brief an die Botschaft der Türkei in Norwegen zu kritisieren. Öcalan sei ausschlaggebend für Frieden und Krieg, so Fiskvik. Die Türkei müsse dieses ohne weiteren Zeitverlust begreifen und einen Dialog mit Öcalan beginnen. Weiter verwies der Gewerkschaftsführer auf die Erklärung Norwegens, die EU-Terrorliste nicht mehr als bindend zu betrachten und drückte den Wunsch aus, dies möge der Anfang einer aktiveren Rolle der norwegischen Regierung in der kurdischen Frage sein. Geplant sei außerdem, Führungsmitglieder von PKK und Kongra Gel in Kürze zu einer Konferenz einzuladen. Die norwegische Regierung habe bis heute viele Fehler im Zusammenhang mit der kurdischen Frage begangen. Allerdings gebe es Anzeichen für eine Veränderung, so Fiskvik. Deshalb bestehe die Hoffnung, dass das Gewicht Norwegens in der kurdischen Frage in der kommenden Zeit ansteige. Weiterhin kündigte Fiskvik an, zu Newroz nach Kurdistan und in die Türkei fahren zu wollen.
(ANF, 24.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AW	Azadiya Welat
Ra	Radikal
YS	Yeni Safak

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 243
3. Februar 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan-AnwältInnen:

Lösung über Neuverhandlung

In einer Pressekonferenz haben die Verteidiger Abdullah Öcalans die Schließung des Gefängnisses auf Imrali gefordert. Öcalan solle in den Selbstmord getrieben werden, die KurdInnen in Krieg und Vernichtung.

Auf der Pressekonferenz erklärte die Verteidigung Öcalans, eine Neuverhandlung für ihren Mandanten beantragt zu haben. Der mittelbare Dialog zwischen Öcalan und dem Staat sei mit dem 11. September abgebrochen. Bei Öcalan handele es sich weder um einen gewöhnlichen Häftling noch sei er in der Position eines Kriegsgefangenen. Der Staat betrachte ihn als eine Persönlichkeit, an der Rache genommen werden müsse. Das Gefängnis auf Imrali, in dem weiße Folter angewendet werde, müsse geschlossen werde.

Seit 80 Jahren werde die Würde der KurdInnen über die Verleugnung der kurdischen Existenz angegriffen. Dennoch werde Öcalan als der einzige Verantwortliche dargestellt. Öcalan werde zum Selbstmord gedrängt, die KurdInnen in Krieg und Vernichtung getrieben. Dadurch werde der gesellschaftliche Frieden zerstört. Von kurdischer Seite werde einer Neuverhandlung die Mission einer Lösung der kurdischen Frage beigemessen. Wie Rechtsanwalt Irfan Dündar mitteilte, habe sich Öcalan mit der Forderung einer Neuverhandlung an das 11. Schwere Strafgericht in Ankara gewandt. Das Verteidigungsbüro werde den gleichen Antrag stellen.

Weiter erklärte Dündar, seit 1999 hätten zwischen Öcalan und dem Staat mittelbare Gespräche stattgefunden, die zu gegenseitigen Schritten geführt hätten. Als Beispiele nannte Dündar den Rückzug der bewaffneten Kräfte aus der Türkei, die Entsendung von Friedensgruppen aus den Bergen sowie juristische Verbesserungen wie die Aufhebung der Todesstrafe. Es hätten einige Entwicklungen stattgefunden, die bis zum Beginn des Beitrittsprozesses der Türkei in die EU reichten. In dieser Phase habe die kurdische Seite die Forderung aufgegriffen, anstelle der Gründung eines unabhängigen Staates oder einer Föderation ein Zusammenleben in einer demokratischen Republik anzustreben. In den Jahren 1999 bis 2001 sei es zu mehreren Gesprächen zwischen Öcalan und staatlichen Kräften gekommen, darunter auch mit dem MIT-Inspektor Emre Taner. Doch weder der Staat noch die kurdische Seite hätten die Friedensaufrufe Öcalan wirklich genutzt. Das Friedensklima sei nach den Anschlägen vom 11. September mit dem Konzept des Antiterrorkampfes abgebrochen, so Dündar.

In den Jahren 2002 bis 2003 sei die Isolation zunehmend intensiviert worden. Damit sei die friedliche Atmosphäre gestört worden. Dündar erklärte, die KurdInnen hätten eine besondere Sensibilität zum Thema Öcalan: "Die Verletzung des Rechts auf Verteidigung unseres Mandanten ähnelt der Vorgehensweise gegen Menderes. Aktuell ähneln sie auch der Situation, in der sich Mandela befand. Die Verfahrensweise in den F-Typ-Gefängnissen wurde zunächst bei Herrn Öcalan angewendet. Mit dem 1. Juni 2005 wurde diese Verfahrensweise gesetzlich verankert." Dündar bezeichnete die in den Medien erschienene Meldung, Öcalan habe den Befehl zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gegeben, als "eine auf Propaganda basierende Lüge". Dafür seien die Anwälte Zeugen. Außerdem werde ohnehin jedes Gespräch auf Band aufgenommen. Die Gewalthandlungen seien intensiviert worden, weil die demokratische Politik mit Bomben unterdrückt worden sei, so drückte Dündar sich aus.

"Öcalan ist weder ein gewöhnlicher Häftling, noch wird er wie ein Kriegsgefangener behandelt. Er hat keinen juristischen Status. Imrali ist militärisches Sperrgebiet. Jede Aktivität des Ministerpräsidenten unterliegt einer juristischen Kontrolle, aber auf Imrali gibt es keine juristische Kontrolle. Deshalb muss Imrali geschlossen werden. Herr Öcalan muss von der Insel in ein Gefängnis auf dem Festland verlegt werden. Die Sicherheit, die auf Imrali gewährleistet wird, kann es auch in einem anderen Gefängnis geben", erklärte Dündar und erinnerte daran, dass für eine Neuverhandlung des Öcalan-Prozesses zunächst juristische Hindernisse aus dem Weg geräumt werden müssen.

Rechtsanwalt Ibrahim Bilmez wies darauf hin, dass innerhalb der letzten acht Monate lediglich zwei Verteidigergespräche stattgefunden hätten. Seit sieben Jahren werde Öcalan in einer 13 Quadratmeter großen Zelle festgehalten, in der er nichts weiter tun könne, als die Wände anzuschauen. Der juristische Ausdruck für diese Form der Isolationshaft sei "weiße Folter".

Im Anschluss informierte Rechtsanwalt Özcan Kilic, der die Anwälte Öcalans verteidigt, darüber, dass gegen die Verteidigung Öcalans 57 Prozesse eröffnet worden sind, in denen 25 Anwälte angeklagt sind. 14 Verteidigern sei das Mandat entzogen worden.

(ÜÖG, 1.2., ISKU)

Büyükanit-Krise in der AKP wächst

Die Parlamentarische Menschenrechtskommission hat im Berichtsentwurf zu den Vorfällen von Semdinli alle an das Militär gerichteten Anschuldigungen gestrichen. Unter den gestrichenen Absätzen befinden sich die gegen Yasar Büyükanit, Oberkommandierender des Heeres, gerichteten Anschuldigungen, die Aussagen zum JITEM sowie die F-16-Flüge über der Beerdigung in Yüksekova. Der AKP-Abgeordnete aus Adiyaman, Faruk Ünsal, zog aus Protest seine Unterschrift zurück. In dem Bericht waren zunächst die Sätze enthalten, dass Büyükanit mit seiner Aussage zu einem der mutmaßlichen Täter, einem Unteroffizier, dieser sei ein guter Junge, die Justiz beeinflusst und eine Straftat begangen habe. In einem anderen Teil hieß es: "Die betreffenden Institutionen müssen eine Erklärung darüber abgeben, ob es Einheiten wie den JITEM oder den JIT gibt. Ungesetzliche Organisationen müssen abgeschafft werden. [...] Die Tiefflüge von Kriegsflugzeugen in Yüksekova während einer Beerdigung wurden von der Bevölkerung als Bedrohung aufgefasst.... Die Aussage, dass während der Explosion am 1. November 2005 das danebengelegene Militärkasino und die Wohnungen militärischen Personals geräumt wurden, müssen sorgfältig geprüft werden."

Die Streichung dieser und ähnlicher Teile aus dem Bericht löste eine Krise bei der AKP aus. Ünsal zog seine Unterschrift zurück und erklärte, einige Ausdrücke müssten erneut geprüft werden. Kommissionsvorsitzender Mehmet Elkatmis versuchte, Ünsal zu überzeugen. Aber Ünsal bestand darauf, dass ein Satz im Bericht erhalten bleibt: "Öffentlich Beschäftigte dürfen keine Erklärungen abgeben, die die Justiz beeinflussen können." *(Hü, 28.1., ISKU)*

Meldungen

Besuch bei Öcalan stattgefunden

Am 01.02. konnte ein Besuch bei Abdullah Öcalan durch seine Verteidigung und seinen Bruder Mehmet stattfinden. Im Anschluss gab Rechtsanwalt Mustafa Eraslan in einer kurzen Stellungnahme lediglich bekannt, der Gesundheitszustand seines Mandanten habe sich nicht wesentlich verändert.

(DIHA, 1.2., ISKU)

Schulbesuch der Töchter Bedingung im Tarifvertrag

Der Stadtrat von Diyarbakir-Kayapinar hat im Tarifvertrag für seine Angestellten eine Klausel festgelegt, dernach "ArbeiterInnen, die ihre Töchter nicht zur Schule schicken" nicht von für Bildung vorgesehenen Hilfsleistungen profitieren dürfen. Der Tarifvertrag, der zwischen dem Stadtrat und der Gewerkschaft Genel-Is abgeschlossen wurde, betrifft 98 ArbeiterInnen. Eine weitere Klausel sieht vor, dass 50% des Gehalts von Arbeitern, die Gewalt gegen ihre Frauen anwenden, direkt der Ehefrau übergeben wird.

(Mi, 1.2., ISKU)

Haftbefehl gegen Mörder von Musa Anter

Gegen den PKK-Überläufer Abdulkadir Aygan wurde Haftbefehl erlassen. Aygan hatte zuvor Geständnisse über Morde und Entführungen im Namen des Gendarmerie-Geheimdienstes abgegeben. Zuletzt hatte er sich zu dem Mord an dem Journalisten und Schriftsteller Musa Anter geäußert. Am vergangenen Freitag fing der Prozess gegen acht Angeklagte vor dem Militärgericht in Diyarbakir an. Keiner der Angeklagten, die sich alle auf freiem Fuß befinden, nahm an der ersten Hauptverhandlung teil. Angeklagt sind Mahmut Yildirim (Codename Yesil), der pensionierte Hauptmann Abdulkerim Kirca, der Unteroffizier Yüksel Ugur sowie fünf PKK-Überläufer wegen mehrfachen Mordes und Entführung angeblich im Namen des Staates. Für die in den Jahren 1992-94 begangenen Straftaten wird eine lebenslängliche Haftstrafe für alle Angeklagten gefordert. Das Gericht erließ außerdem einen Haftbefehl gegen Aygan, der in Schweden lebt. *(Ra, 28.1., ISKU)*

150 Selbstmordversuche von Frauen in Urmiye

In der Provinz Urmiye in Ostkurdistan unternahmen in den letzten Monaten 150 Frauen einen Selbstmordversuch. Die meisten davon endeten tödlich. Über die Hälfte der Frauen waren verheiratet.

Gutachten zur Gewalt gegen Frauen

78 % der Frauen in Batman wurden von ihren Familien verheiratet. Eine von fünf Frauen hat mindestens sieben Kinder. 54 % haben schon einmal über Selbstmord nachgedacht, 15 % einen Selbstmordversuch hinter sich. Diese Zahlen haben sich aus einer Untersuchung des Frauenberatungszentrums SELIS im Stadtrat von Batman ergeben. Anlass der Erhebung zur sozio-ökonomischen und kulturellen Lage von Frauen in der Stadt war ein erneutes Ansteigen der Selbstmordrate von Frauen in den letzten Monaten. Von den befragten 300 Frauen waren 58 % verheiratet, 36 % ledig, 5% verwitwet und 1% geschieden. Von den verheirateten Frauen waren 67 % im Alter von 15 bis 20 Jahren, 14 % von 21 bis 25 Jahren, drei Prozent mit über 26 Jahren verheiratet worden. Sechs von hundert Frauen lernten die Ehe bereits mit unter 14 Jahren kennen. 82% der verheirateten Frauen sind sowohl offiziell als auch religiös verheiratet. 17% der Ehen wurden lediglich vom Imam abgesegnet. Die offizielle Eheschließung wird weniger im rechtlichen Sinne als Bedarf angesehen, sondern als Mittel für die Schule der Kinder. Das Phänomen einer Ehe, die fern von offiziellen Institutionen die gegen die Frau gerichteten Seiten des traditionellen Lebens akzeptiert hat, sticht ins Auge.

62% der Frauen wurden von Familienmitgliedern verheiratet, ohne dass sie vorher um ihre Meinung gefragt wurden. 15% wurden nach der "Berdel"-Tradition verheiratet, die einen Frauentausch zwischen Stämmen zur Beilegung einer Fehde oder die Übergabe einer Frau an einen Stamm zur Sühne für die Tötung eines Stammesmitgliedes vorsieht. 9% sind zwecks Eheschließung von Zuhause weg gelaufen. Zwölf % haben ihren Ehemann selbst gewählt. Von fünf Frauen hat eine mindestens sieben Kinder. Viele Kinder zu haben, macht Frauen noch abhängiger und entfernt sie aus den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Soziales, Kultur und Politik. Frauen, die aus allen wichtigen Bereichen des Lebens fern gehalten werden, geraten in die Gefahr, in der Gesellschaft nicht mehr als Individuum bestehen zu können. Die Untersuchung ergab, dass 51 % der Frauen keine Geburtenkontrolle betreiben. Ursächlich dafür sind die mentalen und religiösen Strukturen sowie die Problematik, gesundheitliche Einrichtungen überhaupt zu erreichen.

Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Frauen treten in der Untersuchung offen zutage. Demnach leben 50% der Familien unterhalb der Armutsgrenze. Lediglich drei Prozent der Familien haben ein Einkommen von 900 Millionen und mehr. 55% der Frauen haben sich als Ergebnis von Migration in Batman niedergelassen. Die Migrationsbewegungen fanden vor allem aufgrund von Flucht und Vertreibung in den Jahren 1991-95 statt und resultieren weniger aus der Anziehungskraft der Stadt.

Nach den in der Untersuchung erhobenen Daten ist Selbstmord in Batman inzwischen ein legitimes und offensichtliches Phänomen. So haben 54 % der an der Umfrage beteiligten Frauen schon an Selbstmord gedacht. 15 % haben einen Selbstmordversuch hinter sich.

Parlamentarischen Kommission zu "Traditions- und Ehrenmorden"

Gaye Erbatur (CHP) von der Parlamentarischen Kommission zu "Traditions- und Ehrenmorden" hat Teile von Gutachten, die der Kommission vorgelegt wurden, als angsteinflößend bezeichnet. In Bezug auf ein Gutachten von Prof. Dr. Zehra Kabasakal erklärte Erbatur: "Entsprechend des Gutachtens sind die "Ehrenmorde" das hervorstechendste Anzeichen der Betonung männlicher Herrschaft und Kontrolle von Frauen. In einigen Gebieten in der Türkei herrscht basierend auf den Traditionen Blutrache. Um die Morde zu beenden, werden Frauen von einer Familie zur anderen als Braut, als Friedensbotschafterin, geschickt. Manchmal werden auch Männer in ungewollte Ehen gezwungen. Ein herausragendes Beispiel dessen ist die "Berdel"-Tradition, die leider immer noch fortbesteht. Nach dieser Tradition werden Söhne und Töchter zeitgleich mit den Töchtern und Söhnen einer anderen Familie verheiratet. Eine andere Tradition betrifft das Eheversprechen im Babyalter. Demnach wird eine spätere Eheschließung bereits beschlossen, wenn die Kinder gerade geboren sind."

Die Realität der Gewalt gegen Frauen in der Türkei erinnere an einen Horrorfilm, so Erbatur. "Frauen und Mädchen werden im Haus festgehalten, damit die Ehre nicht beschmutzt wird oder um sie zu bestrafen. Sie werden in den Selbstmord getrieben, ihnen werden Nasen und Ohren abgeschnitten, sie werden bedroht, geschlagen, gefoltert. Kurz gesagt findet ihr Leben in einer Atmosphäre des Terrors statt. Manche Frauen halten es für normal, geschlagen zu werden, weil sie in ihren Familien so erzogen worden sind. Manche können aus Angst und Hilflosigkeit nicht dagegen angehen. Im Familienschutzgesetz, das einen wichtigen Schritt in der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen darstellt, gibt es zwei wesentliche Probleme. Zum einen verfügen weder die BürgerInnen noch die Polizei und die Justiz über ausreichend Wissen, um das Gesetz zu nutzen. Zum anderen erweckt der Name des Gesetzes den Eindruck, dass nicht das Individuum, sondern die Institution Familie geschützt werden soll. Der Schutz der Familie sieht Diskretion vor, aber eben diese Diskretion ermöglicht es, dass gegen Frauen und Kinder ausgeübte Gewalt im Verborgenen bleibt."

(DIHA, 29.1., Ra 31.1., ISKU)

Diese Daten ergeben sich aus einem Bericht des Menschenrechtsvereins Ostkurdistan (RMMK) zur angestiegenen Selbstmordrate von Frauen in den vier Provinzen Urmiye, Kirmanshan, Ilam und Kurdistan in Ostkurdistan. Die Mehrheit der Frauen, die Selbstmord begehen, haben demnach einen geringen Bildungsstand, sind arm, zwischen 14 und 30 Jahre alt und ihre einzige Arbeit ist die Hausarbeit. Als Hauptursache für die Frauenselbstmorde nennt der RMMK das auf Männermacht basierende patriarchale System. An die iranische Regierung richtete der Menschenrechtsverein den Aufruf, sich an internationale Prinzipien im Frauenrecht zu halten.

(ANF, 28.1., ISKU)

Gefangener Polizist freigelassen

Der von der HPG-Guerilla gefangen genommene Polizist Hakan Acil ist am 27.1. in Südkurdistan einer Abordnung von Mazlum-Der und IHD übergeben worden. Den meisten Mitgliedern der Menschenrechtsdelegation war vom türkischen Staat der Grenzübertritt verwehrt worden. Lediglich der Vater des Gefangenen, Kiraz Bicici vom IHD und Seyhmus Ülek von Mazlum-Der konnten über Silopi nach Südkurdistan reisen. Bei der Übergabezeremonie des Gefangenen hielt Ülek eine Ansprache, in der er erklärte, die Delegation habe aufgrund des Wertes, den sie dem Menschen beimesse, Schwierigkeiten und Grenzen überwunden. Auch die HPG-Guerilla habe bei der Übergabe des Polizeibeamten unter schwierigen Umständen eine "menschliche Herangehensweise" gezeigt, wofür ihr zu gratulieren sei. Im Anschluss hielt Kurtay Farasin vom HPG-Zentralrat eine Ansprache, in der er auf das Beharren der staatlichen Denkweise auf Vernichtung und Verleugnung hinwies.

(HPG, 27.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Hü	Hürriyet
Ra	Radikal
Za	Zaman
Mi	Milliyet

"Jesus und Zarathrustra"

Die Nachrichtenagentur Firat führte eine Umfrage mit 300 PKK-Militanten in der Türkei, im Iran und Irak durch. Den Mitgliedern der Organisation wurden eine Reihe Fragen über ihre Lieblingsschriftsteller und -filme bis zu ihrer favorisierten Fußballmannschaft gestellt. Dabei sind überraschende Informationen herausgekommen. Auf die Frage, wer der beliebteste religiöse Führer ist, antworteten 34% "Zarathustra" und ebenso viele "Jesus". Danach folgt Mani mit 11%, Mohammed mit 10%, Moses mit sieben Prozent und Ibrahim mit vier Prozent. Zu den beliebtesten KünstlerInnen gehören Ahmet Kaya, Sezen Aksu und Haluk Levent. Orhan Pamuk, Ahmet Arif, Murathan Mungan und Nazim Hikmet sind die beliebtesten Schriftsteller und Dichter. Beim Fußball steht Galatasaray an erster Stelle. Die beliebteste "militärische Persönlichkeit aus der Geschichte" ist Mahsum Korkmaz, ein getöteter Führungskader der Organisation, der den Angriff auf Eruh im Jahre 1984 leitete. Ihm folgen Herkules und Napoleon. Zu den beliebtesten mythologischen Charakteren gehören der Reihe nach Gilgamesch, Prometheus, Hektor und Ischtar. Auch die Vorliebe bei Büchern ist bei den PKK-Mitgliedern interessant. Der Umfrage zufolge interessieren sie sich vor allem für Romane und Poesie (25%). An zweiter Stelle stehen Sachbücher. Beliebtester Sachbuchautor ist Murray Bookchin gefolgt von Immanuel Wallerstein, Gordon Childe, Friedrich Nietzsche, Naom Chomsky und Muazzez Ilmiye Çig. Amin Maalouf ist beliebtester Romanautor, gefolgt von Orhan Pamuk, Victor Hugo, Yasar Kemal, Dostojewski, Mehmet Uzun und Ahmet Altan. Favorisierte Dichter sind Ahmet Arif, Murathan Mungan, Nazim Hikmet, Ahmet Telli, Can Yücel und Yusuf Hayaloglu. Beliebteste MusikerInnen sind Ahmet Kaya, Sezen Aksu, Haluk Levent, Kiraç, Ilkay Akkaya, Edip Akbayram, Selda Bascan, Leman Sam, Candan Erçetin und Ruhi Su. An der Spitze der kurdischen Musiker steht Ciwan Haco. Auf die Frage, was heutzutage das größte Problem der Menschheit ist, antworteten 17% "Denkweise/Mentalität", 16% "ökologische und soziale Probleme", 15% "Krieg", 15% "Chaos und ethischer Verfall", 11% "Hierarchie", 10 "Sexismus", 10% "Gerechtigkeit und Rechtswesen" und sechs Prozent "Nationalismus". Die interessantesten Wissenschaftsbereiche sind für die Organisationsmitglieder Soziologie, Psychologie, Geschichte, Biologie, Ökologie, Astronomie und Archäologie.

(Za, 31.1., ISKU)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 244
10. Februar 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Meldungen über Herzanfall Öcalans - Erneut kein Anwaltsbesuch

Verwirrung um Gesundheitszustand

Aufgrund der schlechten Wetterbedingungen konnten die Verteidiger Abdullah Öcalans nicht zum Gespräch nach Imrali fahren. Wie Rechtsanwalt Baran Dogan mitteilte, habe der Oberstaatsanwalt in Gemlik, Vural Ekiz, "im Namen der Republik Türkei" erklärt, Abdullah Öcalan habe keinerlei gesundheitliche Probleme. Die Meldungen über einen Angina-Pectoris-Anfall habe Ekiz als "erfunden" bezeichnet. Baran wies darauf hin, dass die Verteidigung Öcalans eine Stellungnahme des Justizministeriums zum Gesundheitszustand ihres Mandanten gefordert habe. "Bis wir unseren Mandanten selbst gesehen haben, können wir nichts Eindeutiges über seinen gesundheitlichen Zustand sagen."
Zuvor hatte eine türkischsprachige Webseite gemeldet, Öcalan habe einen Herzanfall erlitten. Verschieden europäische Medien griffen die Meldung am Dienstag auf.
Die türkische Staatsanwaltschaft erklärte, Öcalan sei einer Routineuntersuchung unterzogen worden und habe keine gesundheitlichen Probleme. Die Internationale Initiative für die Freiheit von Abdullah Öcalan und Frieden in Kurdistan sprach ebenfalls von einer Falschmeldung. Ein Behördensprecher hatte zuvor gesagt, Öcalan habe in der Nacht einen Angina-Pectoris-Anfall erlitten.
Der Zustand des Führers der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) sei nach dem Anfall stabil, hatte der Sprecher erklärt.
Bei einer Untersuchung am Morgen sei nichts Negatives festgestellt worden, sagte dagegen der stellvertretende Staatsanwalt Vural Ekiz, der für Öcalans Gefängnis zuständig ist, der Nachrichtenagentur AP. Öcalans Anwalt Bekir Kaya erklärte, er sei von der Staatsanwaltschaft informiert worden, dass sein Mandant keine Herzprobleme habe.

Öcalan: Amnestie und kulturelle Rechte
Abdullah Öcalan rief während des letzten stattgefundenen Besuchs seines Verteidigungsteams am vergangenen Mittwoch dazu auf, durch eine Generalamnestie die Voraussetzungen für legale politische Betätigung zu schaffen und kulturelle Rechte verfassungsmäßig zu garantieren.
Gerichtet an den Ministerpräsidenten der Türkei, Tayyip Erdogan, und den Oppositionsführer Deniz Baykal formulierte Öcalan: "Ich will, dass weder Soldaten, noch Polizisten, noch die Guerillas in den Bergen sterben. Wenn eine Amnestie erlassen und die kulturellen Rechte anerkannt werden, werde ich alles mir mögliche tun, damit die Waffen endgültig niedergelegt werden. Wenn ich dann nicht der beste Freund des türkischen Volkes bin, wenn ich dann nicht alles für Geschwisterlichkeit tue, dann soll man mich hinrichten."
Öcalan betonte, er sei kein Hindernis für den Frieden: "Niemand soll sagen, Apo sei ein Hindernis für den Frieden. Es liegt auf der Hand, wer den Frieden verhindert. Ich appelliere noch einmal an den Herrn Ministerpräsidenten und Herrn Baykal, sie sollen Verständnis haben. Ich will weder, dass Soldaten und Polizisten, noch das Guerillas in den Bergen sterben. Die ganze Welt ruft die Hamas auf, die Waffen niederzulegen. Wir bemühen uns ohnehin freiwillig darum, dies in der Türkei zu tun."
"Wir wollen nicht viel, wir wollen nur zwei Dinge: Das eine ist die Gewährung der Möglichkeit, durch eine Generalamnestie im legalen Bereich Politik zu machen. Das zweite ist die verfassungsmäßige Garantie und Anerkennung kultureller Rechte. Wenn diese beiden Punkte garantiert werden, werde ich alles dafür tun, dass die Waffen endgültig niedergelegt werden. Wenn ich dann nicht der beste Freund des türkischen Volkes bin, wenn ich dann nicht alles für Geschwisterlichkeit tue, dann soll man mich hinrichten. Dann werden wir ohnehin keine Waffen mehr haben. Wir hoffen, dass der Staat Schritte in dieser Richtung unternimmt. Dann wird die Türkei sich in jeder Hinsicht nach vorne entwickeln. Es wird zum Nutzen aller sein." *(ANF, 4./8.2., ISKU)*

Interview mit Rechtsanwalt Ahues

Herr Ahues, welche Informationen haben Sie über die aktuelle Gesundheitslage von Herrn Öcalan?
Ich habe soeben die für die Haftbedingungen zuständige Staatsanwaltschaft in Bursa angerufen, der zuständige Staatsanwalt hat versichert, dass es sich bei der Meldung über einen Angina Pectoris-Anfall meines Mandanten, Herrn Öcalan, um eine Falschmeldung handele. Erst gestern seien Ärzte bei Herrn Öcalan gewesen, und sein Gesundheitszustand sei gut.
Meine Professionalität gebietet es mir natürlich, sowohl gegenüber derartigen Pressemeldungen als auch gegenüber den Auskünften des Staatsanwalts skeptisch zu sein. Normalerweise würde ich in solch einem Fall den Mandanten aufsuchen, um mich über seine gesundheitliche Situation aus erster Hand zu informieren. Das ist mir in diesem Fall jedoch nicht möglich. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Türkei werden hoffentlich die Möglichkeit haben, diese Angelegenheit genau zu untersuchen.
Was werden Sie in dieser Angelegenheit weiter unternehmen?
Ich habe bereits versucht, mich mit dem Antifolterkomitee (CPT) in Verbindung zu setzen, das ist mir jedoch noch nicht gelungen. Wir werden dem CPT gegenüber unsere Besorgnis erneut zum Ausdruck bringen.
Wie beurteilen sie derartige Meldungen in der Presse?
Journalisten müssten mit Informationen, die von derartigen dubiosen Internetseiten kommen, besonders vorsichtig sein. In der letzten Zeit hat man ja gesehen, was durch eine bestimmte Presseberichterstattung alles ausgelöst werden kann. In diesem Fall liegt auf der Hand, was eine derartige Meldung auslösen kann. Es wäre besser gewesen, wenn die Journalisten sich bemüht hätten, diese Meldung zu verifizieren, bevor sie sie verbreiten.
(ANF, 8.2., ISKU)

Musa Anter: Aufklärung gefordert

87 Intellektuelle aus der Türkei, darunter Yasar Kemal, Orhan Pamuk, Ismail Besikçi, Tarik Ziya Ekinci, Oral Çalislar, Mesut Öztürk, Orhan Miroglu, Mehmed Uzun, Tanil Bora und Prof. Dr. Büsra Ersanli, haben in einer gemeinsamen Deklaration die Aufklärung des Mordes an dem kurdischen Schriftsteller Musa Anter im Jahr 1992 und die Verurteilung der Täter gefordert. Die Türkei müsse sich mit ihrer Vergangenheit auseinander setzen und die Rechtsverletzungen "dunkler Zeiten" aufklären. Seit den siebziger Jahren bestehen geheime Organisationen wie der JITEM und die Konterguerilla, so die Deklaration, deren Fortbestehen auch in den Semdinli-Anschlägen sichtbar geworden sei.
(ANF, 8.2., ISKU)

Meldungen

Hausdurchsuchungen in Mahabad
Irans Sicherheitskräfte haben Razzien in Mahabad verschärft. Die Razzien stehen im Zusammenhang mit dem Jahrestag des 15. Februar-Komplotts (Die Entführung Abdullah Öcalans). Zahlreiche Personen wurden wegen des Vorwurfs der Unterstützung der PJAK festgenommen. Die Namen der in den Stadtteilen von Mahabad, Baxe Sayegun, Kuy Ziba, Ciwar Reya Azadi und Pistep Festgenommenen sind nicht bekannt.
(ANF, 5.2., ISKU)

Familie des HPG Mitglieds Yüksekdag wird von Gendarmerie behindert
Die Familie des Guerillas Munîr Yüksekdag (Rubar Zelal) der zusammen mit seinem Mitkämpfer Dara Resît (Sabrî Gulo) in der Region Basa (Guçlukonak) bei einer Auseinandersetzung im Dezember vergangenen Jahres sein Leben verloren hatte, wurde auf dem Weg nach Basa festgehalten. Die Familie wollte zum Dorf Ziving fahren um die Leiche abzuholen, wurde aber auf der Straße zwischen Basa und Qesrîk von Gendarmerie "aus Sicherheitsgründen" festgehalten, ihnen wurde die Erlaubnis verweigert weiterzufahren. Die Familie erklärte, man werde versuchen, über Siirt nach Basa zu gelangen.
Die beiden Guerillas waren bei einem Gefecht am 9. Dezember ums Leben gekommen. Mit der Begründung, es gäbe in der Region kein Leichenhaus, hatte die Armee die beiden auf dem Friedhof im Dorf Ziving begraben.
(DIHA, 9.2., ISKU)

Leiche von Entführtem gefunden
Die Leiche von Abdulazîz Yilmaz, der in Usak vom JITEM entführt wurde, ist gefunden worden. Sein Kopf, die Arme und Knie sind verletzt. Die Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD in Izmir begannen mit Untersuchungen.
Abdulazîz Yilmaz und Omer Kisak waren am 27. Januar auf dem Weg zwischen Izmir und Adana unterwegs, um einen Freund in Ucak zu besuchen. Nach Augenzeugenberichten wurden sie von Personen, die dem JITEM zugeordnet werden, bedroht und gewaltsam entführt. Kisak konnte nach einiger Zeit fliehen, von Yilmaz hatte man keine Nachricht. Die Leiche von Yilmaz wurde jetzt in der Nähe von Cewlik gefunden. Wie berichtet wurde, ist er am Kopf, an den Knien und Armen verletzt. Der Menschenrechtsverein IHD in Izmir hat sich eingeschaltet. Kisak

Presseerklärung des Rechtshilfefonds Azadi e.V.

BRD: Erneut hohe Urteile gegen Kurden

Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf verurteilte am 3. Februar 2006 die kurdischen Politiker Hasan Ay und Vehbi Azak wegen Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" (§ 129 Strafgesetzbuch) zu Freiheitsstrafen von 2 Jahren und 4 Monaten bzw. 2 Jahren. Der Haftbefehl von Vehbi A. wurde nach Urteilsverkündung aufgehoben. Ihm hatte die Bundesanwaltschaft (BAW) in ihrer Anklageschrift ferner vorgeworfen, am 10. Februar 2004 an einer gemeinschaftlich in Bremen begangenen gefährlichen Körperverletzung beteiligt gewesen zu sein. Auch die Nebenklage hatte versucht, diesen Vorwurf durch zeugenschaftliche Vernehmungen, u.a. von Angehörigen der in Bremen ansässigen Familie Cürükkaya, zu erhärten. Doch sah das Gericht eine Beteiligung von Vehbi Azak an dieser von der Anklage als "Bestrafung" klassifizierte Aktion als nicht erwiesen an. In einer persönlichen Erklärung vom 12. bzw. 13. Januar 2006 räumten die beiden Politiker ein, als Funktionäre für den KONGRA-GEL politisch verantwortlich tätig gewesen zu sein, weil sich dieser "die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zum Ziel" gesetzt habe - "gegen Nationalismus und religiösen Fanatismus".

Den beiden Kurden konnte ferner nicht zur Last gelegt werden, selbst Straftaten im Rahmen von so genannten "heimatgerichteten Aktivitäten" wie das Schleusen von Kadern oder Fälschen von Dokumenten begangen zu haben. Doch im Rahmen einer Anklage nach §129 StGB genügt es, Kenntnis hiervon zu haben. Die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte für Hasan Ay eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren und für Vehbi Azak 2 Jahre und 9 Monate beantragt.

Hasan Ay war am 2. Mai 2004 in Düsseldorf und Vehbi Azak am 25. Mai 2004 in Unna festgenommen worden. Der Prozess gegen Beide wurde am 9. Mai 2005 eröffnet.

Zu begrüßen ist das Urteil insoweit, als die Richter den Versuchen der Bundesanwaltschaft und der Nebenklage nicht gefolgt sind, einen der Angeklagten in eine Straftat zu verwickeln.

Doch die Grundlage derartiger Prozesse, das Verbot der politischen Betätigung von PKK /KONGRA-GEL, muss endlich beseitigt werden. Auch dieses Verfahren hat gezeigt, dass politische Konflikte nicht von Gerichten und Staatsanwälten gelöst werden können. Hier ist eine aufmerksame demokratische Öffentlichkeit gefragt und ein ernsthaftes, lösungsorientiertes Handeln der politisch Verantwortlichen. Beides lässt allerdings zu wünschen übrig.

(AZ, 7.2.)

"Karikaturenstreit": YEK-KOM ruft zu Besonnenheit und Toleranz auf

Die Veröffentlichung der Karikatur des Propheten Mohammed in einer dänischen Zeitung führte zu einer internationalen Krise und bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Konflikte zwischen Kulturen und Religionen wurden angefacht, Ost und West gegeneinander aufgebracht. Das angeschlagene Vertauensverhältnis zwischen Christen und Muslimen befindet sich in einer Zerreißprobe. Und es scheint so, dass diese Karikatur ein Fass zum Überlaufen gebracht hat und noch weitere verheerende Folgen haben wird.

Gewalttaten, von angezündeten Botschaften und Konsulaten bis hin zur Ermordung von Priestern und Mönchen zeigen, welche negativen Einflüsse in Zukunft noch zu befürchten sind. Dass ein Fehler, eine Unachtsamkeit, ein Missbrauch der Freiheit in einen derartigen Konflikt ausarten konnte, ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie weit sich die Ansprüche, die beide Kulturen vertreten, von einem Verständnis der Toleranz, Demokratie und Verständigung entfernt haben und wie sehr unsere Welt von Gewalt, Feindschaft, Hass und Wut geprägt ist.

In einer Zeit wo wir Toleranz, gegenseitiges Vertrauen und die Annäherung zwischen den Kulturen und Religionen so dringend benötigen, kommt den Machthabern dieser Vorfall, mit seinem zerstörenden Einfluss auf die Gefühle und Gedanken der Menschen für ihre Kriegs- und Rüstungspolitik gerade recht. Die Folge sind Geld- und Profitgier, Konsum und Egoismus. Zwischen den Kulturen und Religionen wird Zwietracht gesät und anstelle von Demokratie und gegenseitigem Verständnis treten Widersprüche und Konflikte.

Sowohl das Christentum als auch der Islam tragen in ihrem Kern den Gedanken der Toleranz und Verständigung. Beide Religionen mussten bis heute immer wieder gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Gewalt und ihren Verfall kämpfen. Durch die Verletzung grundlegender ziviler und religiöser Werte, ist eine gesellschaftliche Denkweise entstanden, die einer Respektlosigkeit gegen die Religionsbegründer Jesus und Mohammed keine Toleranz entgegenbringt. Dass nun Kräfte die Veröffentlichung der Karikatur benutzen um fanatische Gruppen zu Gewalt und Zerstörung aufzustacheln, ist ebenfalls ein Resultat dieser Gesellschaft.

Auch wenn es sich bei Veröffentlichung der Karikatur des Propheten Mohammed um einen Fehler und eine Verletzung der Ehre handelt, sprechen wir uns gegen jegliche Gewalt und Zerstörung sowie gegen eine Feindschaft zwischen den Religionen aus. Wir rufen die Kurdinnen und Kurden dazu auf, sich von allen Provokationen fern zu halten und einer Entzweiung der beiden Religionen gegenüber wachsam zu sein. (YEK-KOM, 7.2.)

20 Frauenorganisationen erklären Solidarität mit Pinar Selek

Über zwanzig Fraueneinrichtungen haben am 4. Februar im Rahmen einer Pressekonferenz in Istanbul ihre Solidarität mit der Soziologin Pinar Selek zum Ausdruck gebracht.

Die Feministin und Friedensaktivistin wird über eine konstruierte Anklage mit lebenslänglicher Haft bedroht. Zur Pressekonferenz erklärte Fitnat Durmusoglu: "Zuvor gab es bereits eine Initiative, in der Frauen über eine Zeitungsanzeige Pinar Selek ihre Unterstützung zugesichert haben. Dabei handelte es sich um einen individuellen, persönlichen Ausdruck von Solidarität. Mit der Pressekonferenz werden jetzt über zwanzig Fraueneinrichtungen als Institutionen deklarieren, dass sie sich dieser Kampagne anschließen."

Auch der Vorstand der 3. Sektion der LehrerInnen-Gewerkschaft Egitim-Sen hat eine Erklärung unter der Überschrift "Pinar Selek ist nicht allein" herausgegeben. Darin heißt es: "Pinar Selek ist ein oppositioneller Mensch, eine Soziologin, eine Autorin. Als Frau und Intellektuelle wird sie vom bestehenden reaktionär-rassistischen System angegriffen."

Mit abenteuerlichen Szenarien werde im Namen der Justiz ein politischer Kampf gegen Pinar Selek geführt. Die Gewerkschaft verurteilte den gegen die Soziologin geführten Prozess und kündigte an, "an ihrer Seite zu stehen"

(YÖG, 3.2., ISKU)

verlangte bei Gericht dass Sicherheitsmaßnahmen für seine Person getroffen werden.

(DIHA, 9.1., ISKU)

DTP hat ihre Organisierung in 49 Städten abgeschlossen

Die Partei der demokratischen Lösung DTP hat am Ende der Woche ihre Ratsmitglieder und die Vertreter der Städte in Ankara versammelt und die Planung der Arbeit für die kommende Zeit beschlossen.

Aysel Tugluk, eine der Vorsitzenden der DTP, sprach mit Denge Mezopotamya und sagte: "Unser Ziel war es, bis zum 10 Februar die Organisierungsarbeit in 51 Städten abzuschließen. Wir haben es geschafft dieses in 49 Städten zu erreichen und beginnen jetzt mit den Arbeiten in den Gemeinden. Um in der Lage zu sein uns an Wahlen zu beteiligen, haben wir sehr schnell gearbeitet und bemühen uns jetzt auch in kurzer Zeit die VertreterInnen der Gemeinden zu bestimmen." Tugluk erklärte, man werde am Ende der Woche auch die Planungen für Newroz und die Planungen der nächsten Zeit bekannt geben. *(DM, 9.2. , ISKU)*

Kurdistan-Landkarte führt zu Arbeitsplatzverlust

Der deutsche Professor Dr. Diemut Majer hat seinen Arbeitsplatz an der Bilkent-Universität in Ankara verloren, weil er in der Vorlesung eine Landkarte benutzt hat, die einen Teil der Türkei als Kurdistan ausweist. Dabei kam es zu einer Diskussion mit den Studierenden, in der Majer erklärte, in Deutschland werde die Region Ost- und Südostanatolien als Kurdistan anerkannt. In weiteren Vorlesungen hat Majer diese Landkarte nicht mehr eingesetzt. In einem Gespräch mit der Fakultätsleitung habe der Gastdozent jedoch vorgeschlagen, in diesem Semester keine weiteren Vorlesungen zu geben und sei in sein Land zurückgekehrt, hieß es in einer Erklärung aus der Universität.

(Mi, 8.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖG	Yeni Özgür Gündem

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.nadir.org/isku**

Nr. 245
17. Februar 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Am 15. Februar jährte sich zum 7. Mal die Entführung Öcalans aus Kenia

Proteste zum "Schwarzen Tag"

Zehntausende demonstrieren in Straßburg für Öcalan

Aus Anlass des siebten Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei demonstrierten in Straßburg 50 000 Menschen. Die aus ganz Europa angereisten DemonstrantInnen forderten "Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan". In einem Redebeitrag bezeichnete der Kongra-Gel-Vorsitzende Zübeyir Aydar Öcalan als "Brücke zum Frieden". Der ehemalige DEP-Abgeordnete Selim Sadak (DTP) forderte die Aufhebung der Isolation Öcalans.

Auch in Kurdistan Aktionen

Überall in Kurdistan und in der Türkei fanden zum 7. Jahrestag der Verschleppung Öcalans Aktionen statt. In Cizre wurden am Abend des 14.2. Feuer in zahlreichen Stadtteilen entzündet, ebenso in Silopi und Sirnax. In Mersin fanden in acht Stadtteilen Aktionen statt, unter anderem eine Demonstration mit 2000 Menschen. Die Polizei griff die Menge mit Gasgranaten an und umstellte die kurdischen Stadtteile mit Panzerfahrzeugen. In Culemerg (Hakkari), wo zahlreiche Geschäftsleute ihre Läden aus Protest nicht geöffnet hatten, öffneten "Sicherheitskräfte" diese mit Gewalt. Auch in Sêrt blieben die Geschäfte zum Jahrestag des Komplotts in vielen Stadtteilen geschlossen und Kinder gingen nicht in die Schule.

In Cermug/Amed fand am 14.2. abends eine Demonstration statt, tausende Flugblätter mit der Forderung nach Freiheit für Öcalan wurden verteilt. In Riha demonstrierten Tausende zum Gebäude der DTP, ebenso in Pirsus, wo 2500 AnhängerInnen der Demokratischen Volksbewegung zum Gebäude der DEHAP demonstrierten. In Bazîd (Dogubeyazit) demonstrierten 3000 Personen ohne dass Polizei oder Militär zu sehen war. In Tatwan wurden aus einer Gruppe von 100 Solidaritätshungersteikenden 50 verhaftet. In Adana stürmte die Polizei das Gebäude der DTP und nahm 150 Personen fest.

Schwere Angriffe im Iran

Auch in den kurdischen Gebieten des Irans demonstrierten Tausende gegen die Verschleppung Öcalans. Das iranische Regime reagierte mit brutalen Angriffen: nach ersten Angaben kamen dabei 7 Menschen ums Leben, 8 wurden schwer verletzt. Ein Mann gilt als verschwunden, ein Kind liegt nach Schlägen auf den Kopf im Koma.

In den Landkreisen Maku und Poldesit führten "Sicherheitskräfte" Razzien in allen Schulen durch, trennten die kurdischen Kinder von ihren aserischen MitschülerInnen und verprügelten sie.

Die kurdischen Gebiete im Iran sind weiterhin miltärisch abgeriegelt; die Proteste der Bevölkerung dauern an. *(ÜÖG, 12.2., YÖP, AW, 15./16.2, ANF, 16.2. ISKU)*

Murat Karayilan: Wir haben mit dem Tod von Kani Yilmaz nichts zu tun

Murat Karayilan, Vorsitzender des Exekutivrates der Koma Komalên Kurdistan (KKK) dementierte jegliche Beteiligung an der Ermordung von Kani Yilmaz und Sabri Tori. Karayilan erklärte unter Bezug auf Erklärungen der PWD, deren ZK-Mitglied Yilmaz war: "Eine Person die seit einem Jahr in ihrer Partei war und mit ihnen zusammen gearbeitet hat, einer seiner Leibwächter hat das Attentat verübt. Es handelt sich um eine interne Auseinandersetzung." Karayilan kritisierte weiter, dass sich gewisse voreingenommene Gruppen offenbar darauf spezialisiert hätten, jeglichen Vorfall ohne weitere Prüfung der PKK anzulasten. "Wenn jemandem ein Stein auf den Kopf fällt, behaupten sie sofort: ´Die PKK hat den Stein geworfen´. Sie selbst haben erklärt, dass das Attentat durch eine Person durchgeführt wurde, die seit einem Jahr bei ihnen ist und mit ihnen zusammen lebt. Warum sollen wir dafür verantwortlich sein? Ich kann es nicht mehr hören. Sie bekämpfen sich gegenseitig und versuchen dann, es uns anzulasten. Diese inhaltslosen Behauptungen sind offensichtlich Lügen und Verzerrungen."

Karayilan erklärte den Vorfall mit einer internen Auseinandersetzung der Gruppe und verwies auf ähnliche Fälle, in denen PWD-Mitglieder getötet wurden oder spurlos verschwunden sind: "Man sollte die tiefen Risse und Konflikte zwischen diesen Personen untersuchen, die sich in drei oder vier Gruppen geteilt haben, und ihre Beziehungen zu schmutzigen Geschäften aufdecken. Außerdem sollte sie recherchieren, worüber sich Kani Yilmaz mit den Geheimdienstorganisationen verschiedener Staaten unterhalten hat."

Karayilan verwahrte sich insbesondere dagegen, mit verschiedenen Vorfällen regelmäßig persönlich in Verbindung gebracht zu werden: "Die besagte Gruppe hat in ihrer Erklärung meinen Namen und den Namen einer legalen, demokratischen Partei in Südkurdistan, der PÇDK, genannt. Das Amt für Spezialkriegsführung der Türkei tut regelmäßig dasselbe. Dahinter steckt die Absicht, über mich die Bewegung zu zermürben und zur Zielscheibe zu machen. Ich bin momentan Koordinierungsperson des KKK-Systems. Ich kümmere mich um Organisierung des politischen und zivilen Bereiches und um den Aufbau des KKK-Systems. Aber das Amt für Spezialkriegsführung macht mich ganz bewusst zur Zielscheibe und versucht so, den Eindruck zu erwecken, ich würde mich nicht mit ziviler Politik befassen, sondern kümmere mich um Attentate."

Selbst die Bombenattentate des Geheimdienstes in Semdinli seien in der Presse ihm persönlich angelastet worden: "Die türkische Presse hat tagelang behauptet, dass die Vorfälle in Semdinli durch von mir organisierte Personen verursacht wurden. Sie gingen sogar so weit zu behaupten, dass ich den seit Jahren als Abschwörer agierenden Veysi Ates organisiert haben soll und dass ich täglich per Telefon mit ihm über die Vorfälle in Verbindung stand. Ich soll auch den später ermordeten Hikmet Fidan telefonisch bedroht haben. (Der Mord am PWD-Türkeikoordinator Hikmet Fidan in Diyarbakir wurde der PKK angelastet, zurzeit stehen allerdings mehrere PWD-Mitglieder als Tatverdächtige vor Gericht.) Das ist alles Unsinn und nichts anderes als eine Methode der psychologischen Kriegsführung."

Der ehemalige ERNK-Europasprecher Kani Yilmaz (Faysal Dunlayici) war am 11. Februar in Süleymaniye durch eine Explosion in seinem Auto getötet worden. Nach bisherigen Erkenntnissen soll eine am Wagen angebrachte Bombe die Explosion ausgelöst haben. Die Anhänger Yilmaz' erklärten, ein Mitglied dessen eigener Partei, der PWD, habe die Bombe angebracht, beschuldigten jedoch trotzdem gleichzeitig die PKK und Murat Karayilan, für das Attentat verantwortlich zu sein.

(ANF, 14.2., ISKU)

Meldungen

Öcalanbesuch verhindert

Der Besuch der Verteidiger Öcalans wurde diese Woche erneut mit der Begründung verhindert, das Boot sei kaputt. Die Anwälten Öcalans, Îbrahîm Bîlmez, Servet Ozen, Mehmet Denîzbuyuk und die Schwester Havva Keser waren nach Gemlik aufgebrochen, die Sprecher der Gendarmerie in Gemlik teilten ihnen jedoch mit, das Boot sei kaputt, daher könnten sie nicht nach Imrali übersetzen. Îbrahîm Bîlmez erkärte man werde vor dem Gericht in Bursa vorsprechen. *(AW, 15.2., ISKU)*

Ermittlungsverfahren gegen Gündem-Journalisten

Auf Weisung des Justizministeriums der Türkei wurde ein Ermittlungsverfahren gegen 13 JournalistInnen der in Istanbul erscheinenden Zeitung Özgür Gündem eingeleitet. Chefredakteur Irfan Ucar, die Redakteurin und Kolumnistin Pinar Selek sowie die KolumnistInnen Veysi Sarisözen, Ferhat Tunç, Ayse Günaysu, Ragip Zarakoglu und Umur Hozatli sagten vor der Staatsanwaltschaft Beyoglu aus. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sind Artikel, die im Januar erschienen, Gegenstand der Ermittlungen. Zum Strafbestand äußerte sich der Staatsanwalt nicht. *(RTV, 10.2., ISKU)*

Grab von 11 verschwundenen Dörflern entdeckt

Eine gerichtsmedizinische Untersuchung hat festgestellt, dass es sich bei den 2004 im Landkreis Kulp (Diyabakir) gefundenen Knochen um die Leichname von 11 Dörflern handelt, die fünfzehn Jahre zuvor verhaftet worden, dann aber "verschwunden" waren. Dem gerichtsmedizinischen Befund zufolge fanden sich Schußwaffenspuren und Verbrennungen. *(NTV, 12.2., ISKU)*

10 Monate Gefängnis für Folter

Im Verfahren Muzafer Cinar, dem von drei Krankenhäusern erlittene Folter attestiert wurde, wurden vor dem Großen Strafgericht Siirt zwei Polizeibeamte zunächst zu je einem Jahr Gefängnis und zweieinhalb Monate Verlust des Beamtenstatus verurteilt. Die Strafe wurde dann auf zehn Monate gemindert und ausgesetzt. Cinar war durch die sog. Palästinenser-Schaukel, Elektroschock und Wasser gefoltert worden. *(RA, 11.2., ISKU)*

JITEM existiert!

Im Prozess gegen elf angeklagte PKK-Überläufer wegen Beteiligung an Entführungen, Morden und Bombenanschlägen im Osten und Südosten wurde erstmalig der

Kommentar des türkischen Kolumnisten Veysi Sarisözen

Öcalans Vorschlag

Monatelang konnte er nicht sprechen. Einige hat es sehr gefreut, dass er nicht sprach. Warum? Weil "einige" Opfer von Behauptungen wurden, die seit Jahren kursieren. Diese Behauptung ist folgende: "Öcalan gibt von Imrali aus Befehle zum Krieg." Da dies behauptet wurde, freuten sich natürlich "einige", dass Öcalan zum Schweigen gebracht wurde. Sie freuten sich, aber diese "einigen" müssen wohl etwas naiv gewesen sein. So sehr, dass sie an die Parole "Bring einen zum Schweigen, und der Frieden kommt" geglaubt haben. Sie waren nicht nur naiv, sie sind blind einer böse gemeinten Behauptung gefolgt.

Schließlich hat Öcalan gesprochen. Nach vielen Monaten. Das geschah in einem Moment, da alles, was er sagte, obwohl er das meiste seit Jahren immer wieder sagt, neue Bedeutung bekam. Er sagte genau es in dem Moment, da die Irankrise droht, die Türkei mit sich zu reißen.

Nun mögen Sie fragen: "Was sollen denn seine Äußerungen mit der Irankrise zu tun haben?" Sie haben einiges damit zu tun. Schauen sie in die Archive. Informieren Sie sich über die Geschichte der Beziehungen der Staaten der Region. Befragen Sie Strategieexperten über die strategische Bedeutung der "kurdischen Trumpfkarte". Dann werden Sie verstehen, warum seit Jahren wiederholte Äußerungen plötzlich eine neue Bedeutung erhalten haben.

Nun überlegen wir einmal. Die USA betonen immer wieder, dass es bei den Maßnahmen gegen den Iran auch eine "militärische Option" gibt. Nehmen wir einmal an, diese Option komme auf die Tagesordnung. Die Türkei übernehme, worauf alle Anzeichen hindeuten, in dieser "militärischen Option" diese oder jene Rolle. Erinnern wir uns an das klassische Beispiel aus dem Theater. Die "militärische Option" ist wie das Gewehr in der Bühnendekoration. Wenn in der Dekoration während des ganzen Stückes ein Gewehr hängt, dann können wir uns sicher sein, dass es in der einen oder anderen Szene auf jeden Fall benutzt wird. Also wird auch die Rede von der "militärischen Option" früher oder später zu Handlungen führen. Also stellen wir uns schon jetzt vor, so ein Angriff habe begonnen. Versetzen Sie sich nun in die Lage des Iran. Was würden Sie tun?

Wenn ich an der Stelle des Iran wäre, fiele mir da so einiges ein. Zum Beispiel würde versuchen, über die schiitischen Aseris in meinem Land das Volk von Aserbaidschan, das sich während der Sowjetzeit von den schiitischen Ritualen entfernt hat, mittlerweile ein Verbündeter von USA und Türkei ist und sich von Wodka und Öl ernährt, an meine Seite zu holen. Ich würde einen dänischen Karikaturisten beauftragen, eine pornographische Karikatur des Imam Ali zu zeichnen und würde sie anschließend in Baku verbrennen. Das wäre natürlich noch nicht alles. Ich würde mich umsehen und über die Kurden, die in meinem Land leben, recherchieren. Ich würde sehen, dass viel Wasser den Tigris herunter geflossen ist. Die Kurden im Iran stehen mittlerweile hinter der PKK und sehen Öcalan als ihren Anführer an. Also würde ich sofort mit ihnen ein Abkommen schließen. Ich würde sie nicht nur verbal unterstützen, sondern auch militärisch. Ich wüsste schon, was diese Menschen, die mit Kalaschnikows die Berge halten, mit zunächst etwas schwereren Waffen, dann mit richtig schweren konventionellen Waffen, Raketenwerfern, Radarsystemen und mit staatlichen Geheimdienstinformationen anfangen könnten. Das würde mir aber noch nicht reichen. Die Linie zwischen dem Iran und der Türkei, die Grenze genannt wird, ist nicht die Berliner Mauer. Wenn man dann auch noch sagt: "Ach, das soll eine Grenze sein?", dann ist da keine Grenze mehr. Ich würde auf die andere Seite gehen. Und eines Morgens, wenn Sie aufwachen, dann würden Sie staunen, wie da die PKK mit lastwagengestützten Raketenwerfern ähnlich den sowjetischen Katjuschas, gepanzerten Fahrzeugen und Langstreckenartillerie ankommt.

Wie bitte? Ach so, sie haben wahrscheinlich verstanden, dass dieses Theaterstück nur ein alptraumhafter Sketch ist. Wir dürfen auch folgendes nicht vergessen: Sie können sicher sein, dass der Iran, der mit dem Ausspielen der aserbaidschanischen und der "kurdischen Karte" gegen die Türkei Zeit gewinnt und in dieser Zeit eine Atomwaffe entwickelt. Schöne Aussichten, nicht wahr? Stellen sie sich erst einen gnadenlosen türkisch-kurdischen Bürgerkrieg vor und dann die Mullahs, wie sie mit "Allahu ekber" auf den roten Knopf drücken, dann wissen Sie, wie diese Zukunft aussieht.

In dieser Situation gewinnen Öcalans Worte von dieser Woche eine ganz neue Bedeutung. Alles in allem waren es zwei Worte: "Amnestie und Rechte". Laut ihm endet der bewaffnete Kampf, wenn eine Generalamnestie verkündet wird, die es der PKK erlaubt, im legalen Rahmen Politik zu machen, und wenn die kulturellen (Achtung: nicht einmal die nationalen und politischen, nur die kulturellen) Rechte der Kurden anerkannt werden...

Man sieht, Öcalan deklariert an der Schwelle einer Irankrise die minimalsten Bedingungen, um wenn schon nicht einen imperialistischen Krieg, so doch zumindest einen türkisch-kurdischen Krieg zu verhindern. Und wie soll ein imperialistischer Krieg verhindert werden? Und wie soll der Untergrundkrieg verhindert werden, den die "Organisation des Geheimkriegs" gegen die zivilen Kurden führt, wenn die PKK ihre Waffen abgegeben hat?

Dies sollen sich, wenn Sie erlauben, die türkischen Intellektuellen, die türkische Linke, die türkischen Demokraten, die türkischen Antiimperialisten und die türkische Friedensbewegung überlegen. Ist es nicht etwas peinlich, alles von den Kurden zu erwarten?

(YÖP, 10.2., Übersetzung: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan, Frieden in Kurdistan")

Initiative gegen extralegale Hinrichtungen

327 Intellektuelle haben das Justizministerium aufgefordert, seiner Verantwortung nachzukommen und die sogenannten Morde "unbekannter Täter" aufzuklären. In der Deklaration wird darauf aufmerksam gemacht, dass kein Auslieferungsverfahren gegen Abdulkadir Aygan, der in Schweden lebt und nach eigenen Aussagen in knapp vierzig Morde "unbekannter Täter" - darunter der an dem Journalisten Musa Anter - verwikkelt ist, eingeleitet worden ist. Zu den Unterzeichnenden des Aufrufes gehören Yasar Kemal, Orhan Pamuk, Pinar Selek, Ercan Karakas, Gençay Gürsoy, Süleyman Çelebi, Oral Çalislar, Ismail Besikçi, Gülten Kaya, Ahmet Türk, Hamit Geylani, Hasip Kaplan, Ferhat Tunç, Nadire Mater, Orhan Dogan, Ragip Zarakolu, Sanar Yurdatapan, Serafettin Elçi, Tanil Bora und Ufuk Uras.

Die Deklaration wurde am 9.02. im Rahmen einer Pressekonferenz erstmalig von Orhan Miroglu öffentlich verlesen. Darin heißt es weiterhin, die Türkei müsse sich ihrer Vergangenheit stellen. "Wir glauben, dass eine neue Phase eingeleitet werden muss, in der wir unser Recht auf Aufklärung der Morde unbekannter Täter und auf Informationen zu dieser Zeit der Finsternis nutzen."

Es sei äußerst bedauerlich, dass auf die Aussagen des mutmaßlichen JITEM-Mitarbeiters Abdulkadir Aygan lediglich mit Schweigen reagiert werde. "Wir fordern, dass dieses Schweigen aufhört. Diese Person berichtet, wie knapp vierzig Menschen ermordet wurden und wie der tödliche Anschlag auf Musa Anter geplant wurde. Er hat angekündigt, vor Gericht auszusagen, wenn seine Sicherheit gewährleistet wird… Weiterhin heißt es, dass der mutmaßliche Täter im Anter-Mord, Hamit Yildirim, immer noch als Dorfschützer in Sirnak tätig ist und Ali Ozansoy bei der Polizei in Ankara. Wir fordern Innen- und Justizministerium auf, ihrer Verantwortung im Fall dieser schweren Anschuldigungen nachzukommen."

(Mi, 10.2., ISKU)

JITEM, dessen bloße Existenz offiziell immer bestritten worden ist, als der Gendarmerie zugehörige Institution definiert. Das dritte Schwere Strafgericht Diyarbakir gabmit Verweis darauf, dass es sich beim JITEM um eine militärische Einheit handelt, den Fall an ein Militärgericht ab. Bei den Angeklagten handelt es sich um mutmaßliche JITEM-Mitarbeiter, darunter der mutmaßliche Mörder von Musa Anter, Abdulkadir Aygan.

Gegenüber NTV erklärte Tahir Elci als Anwalt der Nebenklage: "Alle Angeklagten sind ehemalige Mitglieder der Organisation [PKK]. Nach Aussagen der Betroffenen waren die Angeklagten nach ihrer Trennung von der Organisation beim JITEM tätig und haben mit Nachrichtendienstmitarbeitern der Gendarmerie zusammengearbeitet oder waren selbst für die Gendarmerie nachrichtendienstlich tätig. Wir haben diese Personen von Anfang an als offiziell Beauftragte bezeichnet. Aber bis heute hatte diese Meinung keine Anerkennung gefunden."

(Mi, 16.2., ISKU)

Frauendemo wegen Selbstmorden in Batman

Nachdem Batman erneut wegen einer hohen Zahl von Selbstmorden Schlagzeilen macht, hat die freie Fraueninitiative Batman eine Demonstration durchgeführt. Von der Kundgebung wird berichtet: „Wir Frauen sind es, die in den Selbstmord getrieben werden sollen, doch statt uns selbst zu verurteilen, müssen wir die Gesinnung verurteilen, die uns in diese Lage bringt. Wir Frauen von Batman müssen jeden Tag einen neuen Schritt unternehmen – nicht unser Leben zu beenden, sondern um neues Leben zu schaffen und unter uns Lösungen zu finden. Wir lehnen es ab Reklamematerial einer männlichen Zivilisation zu sein. Wir verurteilen entschieden jede Form sexueller Belästigung, Vergewaltigung und Gewalt.“

(RA, 7.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
YÖP	Yeni Özgür Politika
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
AW	Azadiaya Welat
RTV	Roj TV
Mi	Milliyet
Ra	Radikal

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 246
24. Februar 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Repressionswelle in Kurdistan

Die Protestaktionen aus Anlass des Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans aus Kenia in die Türkei am 15. Februar 1999 sind von verschärfter Repression gezeichnet. Am blutigsten verliefen die Proteste im iranischen Ostkurdistan, wo elf Menschen von Sicherheitskräften getötet wurden.
In Mersin-Akdeniz wurden von 17 bei Protesten Festgenommenen acht Personen verhaftet., darunter zwei Korrespondentinnen der Nachrichtenagentur DIHA, Evrim Dengiz und Nesrin Yazar.
In Adana wurden bei einer Kundgebung 232 Personen festgenommen, von denen 86 Personen verhaftet und ins Gefängnis Kürkcüler überstellt wurden. Darunter befindet sich auch ein Mitarbeiter der Zeitung Ülkede Özgür Gündem.
In Tatvan wurden bei Protesten 38 Personen festgenommen. Gegen fünf Personen, darunter der örtlichen Vorsitzenden der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP), Sabahattin Özen, wurde Haftbefehl ausgesprochen.
In Urfa wurden bei Protesten vier Personen verhaftet, darunter der örtliche DTP-Vorsitzende und ein IHD-Aktivist.
In Wan wurden zehn Personen bei Protesten festgenommen. Die Polizei warf bei den Vorfällen eine Gasbombe in das Treppenhaus der Zentrale DTP. Der Parteivorstand kündigte an, Anzeige gegen die Verantwortlichen zu stellen.
In Dersim sind durch Aussagen eines in Adana gefassten PKK-Überläufers bei Razzien acht Personen festgenommen worden, darunter mehrere DTP-Mitglieder.
In vielen anderen Städten setzten die Sicherheitskräfte Tränengas gegen die DemonstrantInnen ein.

Angriff auf iranische Soldaten in Urmiye
Die Spannungen in Ostkurdistan, die mit Angriffen iranischer Sicherheitskräfte auf Protestkundgebungen aus Anlass des Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans eingesetzt haben, dauern an. In Urmiye wurden am 19.2. bei einem Angriff einer bewaffneten Gruppe auf iranische Sicherheitskräfte vier Soldaten getötet und sieben weitere schwer verletzt.
Bei den Auseinandersetzungen waren in der ostkurdischen Stadt Mako elf Zivilisten getötet und über 800 Personen festgenommen worden. 250 Personen wurden verletzt, 40 davon schwer. *(ANF/ DIHA/ÜÖG,16.-20.2., ISKU)*

Murat Karayilan:

„Sie werden auch mit uns reden“

Der Vorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK), Murat Karayilan, kommentierte das Massaker iranischer Sicherheitskräfte an neun kurdischen Demonstranten am 15. Februar und die Gespräche der AKP-Regierug in der Türkei mit HAMAS. Karayilan bestritt jede Beziehung von KKK und PKK zur TAK, die in der Türkei jüngst wieder durch Bombenanschläge auf sich aufmerksam gemacht hatte.

"Der Iran will sich die KurdInnen zu Feinden machen"
"Es gibt zu denken, dass der Iran die KurdInnen angreift und neun Menschen tötet, viele verwundet und fast 700 verhaftet, weil sie für Apo demonstrieren. Diejenigen, die damals Apo entführt haben, nehmen heute den Iran in die Zange. Es daher unbegreiflich, dass der Iran trotzdem auf das kurdische Volk schießt, welches gegen dieses internationale Komplott protestiert. Das ist eine falsche Politik. Es zeigt, dass das iranische Regime keine Freundschaft mit den KurdInnen will, auf Feindschaft setzt und die KurdInnen für nichtig erklärt. Die KurdInnen, die Apo lieben, sind keine KurdInnen, die sich dem Iran gegenüber besonders feindselig verhalten. Aber der iranische Staat macht sich mit diesem Verhalten die KurdInnen zu Feinden, und das ist offenbar genau das, was er bezweckt. Er glaubt, dass er mit seiner Gewaltpolitik jeden unterdrücken und auf Linie bringen und so gegen die Außenwelt bestehen kann. Aber heutzutage kann man mit einer solchen Politik keinen Erfolg mehr haben. Wer das kurdische Volk gegen sich aufbringt, sich zum Feind macht und auf diese Weise massakriert darf nicht glauben, mit dieser Politik Erfolg zu haben und zeitgemäß zu sein."
"Unser Volk leistet überall Widerstand gegen diese Politik der Repression, Verleugnung und Unterwerfung. Darüber muss sich jeder klar sein. Das kurdische Volk ist nicht mehr mit dem Knüppel auf Linie zu bringen. Es ist eine Kraft. Daher rufen wir sowohl die Türkei als auch den Iran auf, sich von ihrer Kurdenpolitik abzuwenden, demokratische Aktionen zu tolerieren, Gewalt zu unterlassen und in der richtigen Weise auf die Politik der demokratischen Lösung der kurdischen Befreiungsbewegung zu reagieren."

Zweierlei Maß für die Hamas
"Die AKP-Regierung behauptet, durch die Beziehungen zur HAMAS eine Brücke für den Frieden bauen zu wollen. Ist das Blut, das im palästinensisch-israelischen Konflikt fließt, und das Blut, das in Gefechten der türkischen Armee mit der kurdischen Befreiungsbewegung vergossen wird, nicht dasselbe Blut? Warum bemüht sich Minister Gül nicht um ein Ende des Blutvergießens im eigenen Land, sondern plant als Vorsitzender des Anti-Terror-Koordinationsgremiums militärische Operationen? Ist das kein Widerspruch? Verhält sich die AKP so, weil die KurdInnen weniger Selbstmordaktionen durchgeführt haben? Wenn dies nicht der Grund ist, warum denken sie nicht an die Aufnahme eines offiziellen Dialogs mit dem kurdischen Volk? Das bedeutet, mit zweierlei Maß zu messen."

"Sie werden auch mit uns reden"
Laut Karayilan sind Gespräche mit der PKK nicht "ganz illusionär" und nicht "sehr weit entfernt". "Sie werden auch mit uns reden. Wir sind ein Volk, eine Realität. Vielleicht tun sie es nicht heute, noch weisen sie es zurück. Aber jede Weigerung kostet die Türkei Zeit. Am Ende wird die Türkei mit dem Vorsitzenden Apo sprechen. Das wird früher oder später passieren. Wir wissen, dass sie intern darüber diskutieren. Die Protestaktionen zum 15. Februar, dem Jahrestag des Komplotts, überall in Kurdistan haben gezeigt, was für eine Lösung nötig ist. Die nächsten Monate werden das noch deutlicher zeigen. Auf der ganzen Welt haben solche Prozesse begonnen, ähnliche Probleme werden im Dialog gelöst. Zuletzt wurden sogar Gespräche zwischen Spanien und der ETA initiiert, die immer noch einen blutigen Kampf führen."

"Wir haben keine Beziehungen zur TAK"
"Wir sind eine Bewegung, die mit legitimen Methoden den demokratischen, politischen Kampf im Rahmen der Linie der legitimen Selbstverteidigung führt. Man kann uns nicht für alles verantwortlich machen, was in der Türkei und in Kurdistan im Namen von KurdIn-
(Fortsetzung auf Seite 2)

Meldungen

Repression gegen JournalistInnen
Die beiden DIHA-Korrespondentinnen Evrim Dengiz und Nesrin Yazar wurden in Mersin auf dem Weg zu einem 15.-Februar-Protest, über den sie berichten wollten, von der Polizei angehalten. Nachdem sie und ihr Fahrer per Waffengewalt zum Aussteigen genötigt und vom Fahrzeug entfernt wurden, wurde behauptet, im Auto habe sich ein Molotow-Cocktail befunden. Dengiz und Yazar wurden festgenommen und nach zwei Tagen dem Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl gegen beide Frauen aussprach. Auf Forderung der Staatsanwaltschaft wurde die Akte unter Geheimhaltung gestellt, so dass auch die Verteidiger keinen Einblick erhalten konnten.
Die beiden DIHA-Korrespondenten Siddik Güler und Erdogan Altan wurden in Wan aufgrund ihrer Berichterstattung über die Vorfälle in Semdinli bedroht. In Istanbul wurde der CIHAN-Korrespondent Ercan Yildiz festgenommen, geschlagen und beleidigt.
(ÜÖG, 19.2., ISKU)

Bunkerstrafe für Gewissensverweigerer Tarhan
Der Gewissensverweigerer Mehmet Tarhan ist im Militärgefängnis Sivas mit einer zehntägigen Bunkerhaft belegt worden. Anlass für diese Disziplinarstrafe ist die nicht genehmigte Überlassung seines Fernsehers an eine andere Zelle. Damit sei die Ordnung im Gefängnis gestört worden. Seine Anwältin Suna Coskun bezeichnete die Strafe als "bedenklich" und kündigte an, aufgrund der Repressalien gegen ihren Mandanten erneut vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen.
(DIHA, 16.2., ISKU)

Neues Konzept gegen Roj TV
Nach erfolglosen Versuchen in Dänemark und auf internationalem Gebiet, den kurdischen Sender Roj TV verbieten zu lassen, hat die türkische Regierung ein neues Konzept entwickelt. Nach einem vom Antiterror-Ausschuss erstellten, 61 Punkte umfassenden Aktionsplan hat jeder, der bei Roj TV auftritt, künftig mit einem Prozess zu rechnen. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen telefonischen und Live-Auftritten oder zwischen kulturellen und politischen Sendungen.
(ANF, 21.2., ISKU)

RTÜK-Einladung für kurdischsprachige Sendungen
Der Hohe Radio- und Fernsehrat (RTÜK) hat erstmalig offiziell Radio- und TV-Sender eingeladen,

Pinar Selek: Frieden?

Jede Schriftstellerin möchte, dass ihr Buch gekauft und gelesen wird. Aber meiner Meinung nach ist es der größte Erfolg, wenn das geschriebene Wort einen Ansprechpartner findet. Als dies bei meinem vor zwei Jahren veröffentlichten Buch "Wir haben keinen Frieden geschlossen" geschah, war ich sehr aufgeregt – mehr noch, als ich es hätte sein können, wenn das Buch zu hunderttausenden verkauft worden wäre. Was kann eine Friedensaktivistin mehr wünschen, als dass ihr Buch, das im Krieg erscheint und von Frieden handelt, von einer der beiden Kriegsparteien gelesen und anerkannt wird? Dann wird das Schreiben zu einer Aktion, die ihren eigenen Weg geht.

In "Wir haben keinen Frieden geschlossen" wird aus einer Perspektive gegen Krieg und Militarismus die Geschichte der Kriege in der Türkei und die unfruchtbaren Kämpfe für Frieden erzählt und nach Lösungswegen gesucht. Diese Suche wurde von einer der Kriegsparteien erkannt und für richtig befunden, was mich in Aufregung versetzte. Ich erinnere mich daran, dass ich nach einem schweren Autounfall nahezu bewegungsunfähig war. In dieser Zeit wurde mein neu gedrucktes Buch Öcalan zugestellt, der sich daraufhin bei seiner eigenen Suche nach Möglichkeiten des Friedens auf das Buch bezog. Offen gesagt, hatte ich nicht erwartet, dass dieses Buch, das sich gegen die Behandlung von Frieden als einer bloßen Taktik ausspricht, die auf dieser Ebene stattfindenden Kämpfe verurteilt und für eine Politik eintritt, die den Krieg aus ethischen Gründen ablehnt, so aufgenommen werden würde. Damals dachte ich, dass wir Frieden schließen und eine Rolle in der Lösung des Konfliktes spielen könnten, wenn wir das Bild aus einer bestimmten Entfernung betrachten und uns von der psychologischen Komponente der Kriegsparteien loslösen könnten. In "Wir haben keinen Frieden geschlossen" habe ich die alleinige Verantwortung für den kontinuierlichen Kriegszustand in der Türkei nicht der Kriegsorganisierung zugeschoben, sondern den gesellschaftlichen Anteil an der begangenen Schuld untersucht und eine Antwort auf die Frage gesucht, wie der Kampf für Frieden aussehen könnte.

Für jeden Krieg gibt es eine Lösung. Diese Lösung kann nicht alleine von denen erarbeitet werden, die Waffen in den Händen halten, denn der Kriegszustand löst eine extreme psychologisch begründete Positionierung aus. Die Bedingungen des Krieges verhindern jegliches Innehalten und Nachdenken. Natürlich gibt es auch Menschen, denen das gelingt, aber meistens enden einseitige Friedensbemühungen, die von nur einer Kriegspartei ausgehen, mit schweren Niederlagen, weil die Psyche des Friedens im Krieg Bedeutungen wie Passivität, Schläfrigkeit, Weiblichkeit aufweist und die Konkurrenten die härtesten Schläge vorbereiten, wenn sie bei ihrem Gegenüber einen solchen Zustand wittern. Aus diesem Grund bleiben den Kriegern nur die Alternativen der Kapitulation oder des Sieges. Wer den Widerstand wählt, kämpft bis zum Sieg.

Und genau hier besteht Bedarf nach einer soziologischen Analyse des Konfliktes mit einem Blickwinkel, der außerhalb der Kategorien Kapitulation und Sieg steht und die Fakten unabhängig von Heiligtümern und Tabus betrachtet.

Aber auch das reicht nicht aus. Aus der Diagnose muss eine Behandlung erfolgen, die Blutungen müssen gestoppt werden, die Wunden müssen sich schließen, das Zittern ein Ende finden. Der Einsatz für Frieden erfordert ebenso wie Soziologen auch Ärzte. Eine Eigenbehandlung der Krieger kann nicht erwartet werden. Dafür braucht es Ärzte, die sich kümmern. Und aus diesem Grund ist der Einsatz für den Frieden heilig. FriedenskämpferInnen müssen sowohl SoziologInnen, als auch Rechtsanwältinnen, ÄrztInnen und Krankenschwestern sein. Der Ruf "So nicht!" aus der Ferne nützt nichts. So wie Quincy Wright gesagt hat: "Um den Krieg abzuschaffen, muss er verstanden werden. Wenn er verstanden werden soll, muss er untersucht werden." Ohne das Bemühen, zu verstehen, ohne einen Dialog können Aufrufe aus der Entfernung keinen Ansprechpartner finden. Denn die Kriegsparteien hören andere Stimmen. Man muss zuerst diese Stimme begreifen und dann in passender Form das sagen, was man zu sagen hat.

Die KurdInnen kämpfen seit langer Zeit für Frieden. Das haben sie soweit gebracht, dass sie mit der Analyse der Anfangszeit des bewaffneten Kampfes im Namen einer ganzen Region Selbstkritik geübt haben. Danach haben sie ihre bisherige Ideologie, das Paradigma, auf das sie sich berufen haben, hinterfragt und ein Programm aufgeworfen, das keinen Krieg mehr erlaubt. Aber eine Antwort darauf blieb aus.

In der lang anhaltenden Phase des Waffenstillstandes wurde zum Frieden aufgerufen. Die Antwort war die Ermordung von Ugur Kaymaz, die Fahnenprovokation, Aufrufe zum totalen Krieg und Semdinli. Das Geschehene ist bekannt.

Als letztes hat Öcalan einen Aufruf gemacht. "Wenn die kulturellen Rechte garantiert, eine Generalamnestie erlassen und die Möglichkeit politischer Betätigung gewährleistet wird, werden alle Guerillakämpfer aus den Bergen kommen", hat er gesagt. Aber auch dieser Aufruf blieb unbeantwortet. Zunächst hieß es, dass es sich bei diesen Forderungen um Mindestforderungen handelt. Dann herrschte große Stille. Alle schwiegen. Der Staat setzte seine bekannte militaristische Politik fort. Aber die eigentlich schmerzhafte Seite in dieser Angelegenheit betrifft die Opposition, die diese militaristische Politik nährt, sie nicht stoppen kann und es nicht vermag, eine Lösung wahrscheinlicher zu machen.

Die FriedensaktivistInnen aus der Türkei haben sich mit den Worten begnügt, zunächst sollten die Waffen niedergelegt und dann geredet werden, anstatt diese Forderungen ernst zu nehmen. Die kurdische politische Bewegung dagegen hat diese Forderungen nicht auf ihre Tagesordnung gesetzt.

Ich bin pessimistisch geworden. Wir alle wissen, dass der Staat nicht gegen den "Terror" kämpft, sondern dagegen, dass sich eine Idee politisiert und dass er deshalb eine demokratische Atmosphäre verhindert. Aber wen gibt es angesichts dessen?

Ist es das Ziel, die Trauben zu essen oder den Winzer zu schlagen? Ich weiß es nicht.

(ÜÖG, 18.2., ISKU)

„Sie werden auch mit uns reden“ (Forts.)

nen getan wird. Eine Organisation namens TAK führt hin und wieder Aktionen in der Türkei durch. Man kann nicht jedesmal eine Verbindung zu uns herstellen uns dafür verantwortlich machen. Das wäre falsch. Zuletzt hat auch die Generalkommandantur der Volksverteidigungskräfte (HPG) erklärt, dass sie keine Beziehung zur TAK hat, dass sie mit den Bombenanschlägen in Istanbul nichts zu tun hat. Mit der TAK haben wir also keine organisatorischen Beziehungen. Aber wir kennen diese Struktur. Diese Organisation besteht aus Personen, die in der Vergangenheit bei uns waren, die bei uns in der Ausbildung waren und aus neuen Personen, die sich ihnen angeschlossen haben und die wir nicht kennen. 2003 und 2004 gingen große Erschütterungen durch unsere Bewegung. In dieser Zeit haben sich einige Leute von uns getrennt, sich unter die Obhut anderer Organisationen begeben und die Partei der demokratischen Patrioten (PWD) gegründet. Wir sind auch nicht für die Praxis dieser Gruppe verantwortlich. Aber der türkische Staat setzt stets die TAK mit uns gleich. Das ist nicht richtig." Karayilan machte für die Explosionen den türkischen Staat verantwortlich: "Wenn der türkische Staat weiter alle Lösungswege versperrt, eine Lösung verhindert, alles leugnet und zurückweist, dann ist es nicht schwer, sich auszumalen, wie noch zig andere TAK entstehen werden. Die Verantwortlichen in der Türkei müssen wissen, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass sich noch radikalere Gruppen abspalten und bilden können, wenn der Prozess der friedlichen Lösung, für den der Vorsitzende Apo steht, weiter unterbunden und verhindert wird. Das muss jedem klar sein." *(ANF, 20.2., ISKU)*

die kurdischsprachige Sendungen machen wollen. Vorstandsmitglieder der Sender Söz und Gün, die sich beim RTÜK für kurdische Sendungen beworben hatten, kamen erstmalig auf offizielle Einladung nach Ankara. Wie Osman Özsat von Gün erklärte, werde die Ausstrahlung kurdischer Sendungen beginnen, sobald alle notwendigen Dokumente eingereicht seien. Wie ein Sprecher des RTÜK mitteilte, kann im Radio wöchentlich fünf Stunden kurdischsprachig gesendet werden, allerdings nicht mehr als 60 Minuten am Tag. Im Fernsehen liegt die zeitliche Beschränkung bei wöchentlich vier Stunden und täglich höchstens 45 Minuten.

(Ra, 21.2., ISKU)

8.-März-Veranstaltungen mit oder ohne Männer?

Die Vorbereitungen auf die Veranstaltungen um den Internationalen Frauentag am 8. März in der Türkei sind angelaufen. Auch dieses Jahr sind die Diskussionen um die geplanten Demonstrationen von der Frage geprägt, ob diese mit oder ohne die Beteiligung von Männern stattfinden sollen.

Auch in Istanbul hat diese Diskussion zu einer Spaltung geführt. Daraufhin wurde auf Aufruf der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH), dem Frauenverein Regenbogen, der Frauenakademie Amargi und dem Feministischen Frauenkreis eine "Plattform 8. März" gegründet, an der sich weitere Frauenorganisationen wie Pazartesi sowie Frauen von EMEP, DTP, SDP, ÖDP, verschiedenen Gewerkschaften und der Homosexuellenorganisation Lambda Istanbul beteiligen. Die von der Plattform geplante Demonstration wird am 5. März stattfinden – als eine von Frauen organisierte Aktion, an der sich Frauen beteiligen. Weitere Veranstaltungen um den 8. März sind geplant. Auch in Ankara ist es aus dem gleichen Grund zu einer Spaltung gekommen. So werden möglicherweise auch in der Hauptstadt zwei Demonstrationen stattfinden.

(ÜÖG, 16.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat News Agency
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Ra	Radikal

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 247
3. März 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Folter bleibt weiter Praxis

Die Lage der Menschenrechte in der Türkei bleibt trotz rechtlicher Verbesserungen in der Praxis problematisch. Am Mittwoch veröffentlichte die türkische Menschenrechtsorganisation IHD ihre Jahresbilanz für 2005. Demnach gab es in der Türkei im vergangenen Jahr erneut 825 Fälle von Folter und Misshandlung. Im Jahr 2004 waren 843 Fälle gemeldet worden.

Zwar hat die türkische Regierung die Verfolgung von Folter laut eigenen Angaben verschärft. In der Praxis werde laut IHD von den Sicherheitskräften nach wie vor "systematisch" Gewalt angewandt. In insgesamt 52 Verfahren wegen Folter und Misshandlungen wurden nur sechs Angeklagte verurteilt.

Das Jahr 2005 sei auch ein verlorenes Jahr gewesen, was die Ausweitung der Freiheitsrechte angehe, heißt es von IHD. So hätten sich 192 Menschen in der Türkei wegen Meinungsäußerungen vor Gericht verantworten müssen. Auch die Gewalt gegen Frauen sei ungebrochen. Im vergangenen Jahr seien 39 Frauen bei sogenannten "Ehrenverbrechen" ums Leben gekommen.

Dass sich vor allem bei der Folter wenig zum Guten bewegt, dürfte damit zusammenhängen, dass Folter-Geständnisse vor türkischen Gerichten nach wie vor als Beweise anerkannt werden. Zu dieser Einschätzung kommt eine Studie im Auftrag von Amnesty International, Pro Asyl und der Holtfort-Stiftung. Die in der EU vorherrschende Meinung, in der Türkei seien umfassende rechtsstaatliche Reformen umgesetzt worden, sei damit widerlegt, erklärten die Organisatoren. Untersucht wurden insgesamt 18 Fälle, darunter auch jener des aus Deutschland abgeschobenen Islamistenführers Metin Kaplan. Auch bei ihm seien erfolterte Beweise im Verfahren verwendet worden, das mit einem Schuldspruch endete. Offiziell dürften türkische Gerichte gewaltsam erpresste Aussagen nicht mehr verwenden. *(dp, 2.3., ISKU)*

Chemische Waffen gegen Guerilla

Im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee gegen die Guerilla HPG in Mardin-Dargecit sind am 23. Februar sieben Guerilla-Kämpfer ums Leben gekommen. Nach HPG-Angaben gibt es Anzeichen dafür, dass ihr Tod durch den Einsatz chemischer Waffen verursacht wurde.

Bei den Toten handelt es sich um Serhildan Semse (Idris Aykut), Amed Dara (Yoldas Özel), Abbas Baran (Xalit Sex Ali), Ciwan Cizire (Idris Imir), Esref Kahraman (Fevzi Hesko), Mordem Sahin (Hüseyin Özkaya) und Zagros Amed (Ergin Ekinci).

Der Leichnam von Ergin Ekinci wurde in Diyarbakir am Sonntag im Beisein von ca. 10 000 Menschen beigesetzt. Der Beerdigungszug wurde von der Polizei angegriffen. Es kam zu mehreren Verletzten und 65 Festnahmen. Am Grab hielt Ahmet Cengiz (DTP) eine Rede, in der er erklärte, sieben Guerillakämpfer hätten ihr Leben verloren. Falls die Gefechte nicht gestoppt würden, werde das Sterben von Soldaten, Polizisten und Guerilla morgen weiter gehen. Die Lösungsvorschläge Abdullah Öcalans zur kurdischen Frage müssten Beachtung finden, forderte Cengiz: "Ich sage es ganz offen, die Lösungsvorschläge von Herrn Öcalan müssen diskutiert werden. Diese Bevölkerung setzt auf Abdullah Öcalan. Seine Forderungen müssen angehört und seine Ansichten diskutiert werden. An vielen Orten der Welt, in Spanien, in Irland finden Gespräche statt. Kann man sich mit den Kurden nicht an einen Tisch setzen?" Weiter forderte Cengiz Ministerpräsident Erdogan auf, hinter seinen Worten zu stehen. Nach der Beerdigung wurde ein Demonstrationszug von Tausenden Menschen von der Polizei mit Panzern, Schusswaffen, Schlagstöcken und Tränengas gestoppt. Die Demonstranten reagierten mit Steinwürfen. Ein DTP-Mitglied wurde am Bein von einer Kugel getroffen.

Die Festgenommenen befanden sich am Montag immer noch in Gewahrsam bei der polizeilichen Antiterrorabteilung bzw. im Falle von zehn festgenommenen Minderjährigen bei der Kinderabteilung. *(DIHA, 26./27.2., ISKU)*

Die Yesil-Tonbänder

Die Schwachstelle der Türkei ist offensichtlich der "tiefe Staat". Im Staat blühen die kriminellen Banden. Bekanntester Auftragsmörder des "tiefen Staates" ist "Yesil", der im Südosten im Namen des JITEM mehrere Morde begangen haben soll. Es heißt zwar, dass er tot sei, aber mit dieser letzten Meldung ist die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass er noch lebt. Wer Yesil schützt, wie seine Schutzgelderpressungen ablaufen und wieso der "tiefe Staat" seine Beziehung zu Straftätern beharrlich pflegt, darüber hat Radikal mit dem CHP-Abgeordneten und Mitglied des Parteivorstands Sinan Yerlikaya aus Tunceli gesprochen, der Yesil persönlich kennt und erstmalig die Identität Yesils öffentlich gemacht hat.

Wieder ist der Name Yesil aufgetaucht, von dem es heißt, er habe als JITEM-Mann viele Morde begangen. Ich möchte Sie zunächst fragen, wer Yesil ist. Ist er ein Überläufer oder hat er direkt angefangen, für den JITEM zu arbeiten?

Yesil ist kein Überläufer. Er ist keiner von denen, die als PKK- oder TIKKO-Sympathisanten in die Berge gegangen und später wieder gekommen sind. Yesil ist ein Mann für Operationen, der vom Staat ausgebildet worden ist. Er kommt direkt aus dem Volk. Yesil stammt aus Bingöl-Solhanli. Seine Familie hat sich in Elazig nieder gelassen. Yesil ist in Elazig geboren und aufgewachsen. In Elazig war er in einem staatlichen Eisen- und Chrombetrieb als Arbeiter tätig. Sein wirklicher Name ist Mahmut Yildirim. 'Yesil' ['Grün'] ist sein Codename. Er hat noch einen weiteren Codenamen: 'Sakalli' ['der Bärtige']. Yesil trat zum ersten Mali in Tunceli auf.

Wer hat Yesil gefunden und in den Dienst des Staates gestellt?

Während des Ausnahmezustandes hat der Staat mit vielen Menschen von der Art Yesils gearbeitet. Leuten wie Abdullah Çatli wurden Ausweise, Geld, Waffenscheine und Pässe gegeben. Yesil ist auch einer von diesen Leuten. Yesil arbeitete zunächst mit dem MIT. Danach wurde er zum JITEM versetzt. Bei der Polizei war er nie tätig.

Sie kennen Yesil. Vor neun Jahren haben wir schon einmal über dieses Thema gesprochen. Sie haben Yesil getroffen, oder?

Ja. 1990 war ich in Tunceli-Ovacik als Rechtsanwalt tätig. In dieser Zeit habe ich Yesil kennen gelernt. Er befehligte eine Sondereinheit von 20-30 Mann. Darunter war eine Person namens Haydar, der das Attentat auf den Vorsitzenden

Fortsetzung auf Seite 2

Meldungen

Rechtmäßiges Urteil im "Herr Öcalan"-Verfahren

Der Prozess gegen den ehmaligen DEHAP-Provinzvorsitzenden von Elazig, Celal Arslan, wegen Gebrauch des Ausdruckes "Herr Öcalan" hat mit einem Freispruch geendet. Wie das Strafgericht Elazig urteilte, falle der Ausdruck in den Bereich der Gedankenfreiheit.

Damit hat das Strafgericht Elazig erstmalig ein anderes Urteil als andere Gerichte in Prozessen wegen desselben Ausdruckes gefällt. Aslan war wegen des Gebrauchs der Worte "Herr Öcalan" im Rahmen einer Presseerklärung im September 2005 wegen "Loben einer Straftat und eines Straftäters" nach Paragraph 280 und 301 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt worden. *(ÜÖG, 25.2., ISKU)*

10 000 bei Guerilla-beerdigung in Batman

Die Leichname der beiden Guerillakämpfer Idris Yakut (Serhildan Semse) und Idris Imir'in (Ciwan Cizire), die mit fünf weiteren Kämpfern bei einem Gefecht im Rahmen einer Militäroperation in Mardin-Dargecit ihr Leben verloren haben, wurden in Anwesenheit von 10 000 Menschen in Batman beigesetzt. *(DIHA, 27.2., ISKU)*

Iran liefert 30 PKKler an die Türkei aus

Der erste ernsthafte Schritt zum Thema Zusammenarbeit im Antiterrorkampf zwischen der Türkei und dem Iran wurde gestern bei Gesprächen in Teheran gesetzt. Der Iran lieferte 30 PKKler am Grenzübergang Gürbulak an die türkischen Sicherheitskräfte aus. Weitere 45 sollen folgen. *(Hü, 24.2., ISKU)*

10 000 bei Demonstration in Yüksekova

In Hakkari-Yüksekova protestierten ca. 10 000 Menschen gegen die Ermordung von zehn Kurden in Mako durch iranische Staatskräfte und die Verteilung von Flugblättern der "Türkischen Rachebrigaden" in der Kreisstadt. Als Sprecher der "Volksinitiative", die zu der Demonstration aufgerufen hatte, erklärte Semsettin Coruh: "Die Bevölkerung von Yüksekova ist ehrenhaft und hat sich niemals Drohungen gebeugt." Seit sieben Jahren werde der Wunsch nach Frieden wiederholt, so Coruh. "Aber die Antwort wird offensichtlich mit den Militär-

Polizisten trotz Verurteilung frei

Trotz einer Verurteilung wegen des Todes von zehn kurdischen Häftlingen sind 62 türkische Polizisten am Montag auf freien Fuß gekommen. Das Gericht in der Stadt Diyarbakir verurteilte die Angeklagten zunächst zu 18 Jahren Haft mit der Begründung, sie hätten bei der Niederschlagung eines Häftlingsaufstands vor zehn Jahren unverhältnismäßige Gewalt eingesetzt. Gemäß einer Amnestie von 1999 wurde die Strafe, die vom Gericht noch reduziert wurde, automatisch auf Bewährung ausgesetzt. Ein Anwalt der Opfer, Sezgin Tanrikülü, kritisierte das Urteil als ungerecht. Die Angeklagten hätten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und seien trotzdem einer Haftstrafe entgangen, sagte er nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Anadolu. Das Gericht erklärte, es reduziere die Haftstrafe auf sechs Jahre, weil die Häftlinge die Polizisten provoziert hätten. Mit dem Verweis auf «gutes Verhalten» während des Prozesses wurden weitere zwölf Monate von der Strafe abgezogen. Die verbleibenden fünf Jahre Haft bleiben ausgesetzt, solange die Verurteilten nicht wieder straffällig werden. Außerdem sollten sie drei Jahre lang suspendiert werden. Die Strafe fiel jedoch ebenfalls unter die Amnestie. Das Gericht ließ Anklagen gegen ranghohe Polizisten wegen Mangels an Beweisen fallen. Die Anklagen gegen sieben weitere Aufseher und Gefängnisärzte wurden fallen gelassen, weil die Verjährungsfrist abgelaufen war. Ein Parlamentsausschuss war in einem Untersuchungsbericht zu dem Schluss gekommen, dass einige der Häftlinge im September 1996 heftig geschlagen worden waren, sogar nachdem sie ins Krankenhaus eingeliefert worden waren.

(AP, 27.2., ISKU)

Repression gegen DTP

Die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) steht seit ihrer Gründung unter dem Druck der Angriffe staatlicher Kräfte in der Türkei. Die Angriffe haben sich in letzter Zeit gehäuft. Am vergangenen Freitag wurde die Parteizentrale in Agri-Dogubayazit von der Polizei durchsucht. Eine schnell anwachsende Gruppe von schließlich über 2000 Menschen, die vor dem Gebäude gegen die Razzia protestierten, wurde von der Polizei angegriffen. Die Protestierenden antworteten mit Steinwürfen, die Polizei mit Schusswaffeneinsatz. Einer Gruppe gelang es dennoch, noch während der Razzia in das Gebäude einzudringen, woraufhin die Polizei die Zentrale verließ. Daraufhin marschierten die BewohnerInnen der Kreisstadt auf die Polizeidirektion zu. Auf dem Weg stellten sich ihnen mehrere Panzer entgegen. Viele Geschäfte schlossen aus Protest ihre Läden. Die Polizei nahm fünf Vorstandsmitglieder vorläufig fest, kündigte jedoch ihre Freilassung an, wenn sich die Gruppe von AktivistInnen auflöse. Daraufhin wurden die Proteste beendet. Die Anspannung in der Kreisstadt dauert weiter an.

In Hakkari wurden am selben Tag drei DTP-Vorstandsmitglieder vom zuständigen Haftrichter verhaftet und ins Gefängnis Hakkari überstellt. *(rtv, 24.2., ISKU)*

Die Yesil-Tonbänder (Forts.)

des Menschenrechtsvereins IHD, Akin Birdal, verübte. Diese Männer trugen Kleidung, die Militäruniformen ähnelten. Yesil war manchmal auch zivil unterwegs. Die Einheit führte Operationen in Dörfern durch und folterte Menschen. Sie gingen nicht in die Berge und kämpften gegen die PKK, sondern waren mit ganz normalen Bürgern beschäftigt. Die Praxis von Yesil und seinen Männern nahm eine sehr beängstigende Form an. Wenn Yesil in Ovacik in ein Kaffeehaus oder ein Lokal trat, leerte sich der Raum sofort. Yesil wohnte im obersten Stock der Polizeiverwaltung in Ovacik. Mein Büro lag daneben. Ich sah Yesil häufig. Auch unser Gespräch fand nicht irgendwo in den Bergen statt oder in einem Lokal, sondern in der Polizeiverwaltung.

Offensichtlich genießt Yesil trotz der von ihm begangenen Morde Immunität. Wer sorgte dafür?

Denken Sie nach. Ein Staatsanwalt und ein Hauptmann haben erklärt, sie könnten nichts gegen Yesil unternehmen, der in ihrem Aufgabenbereich solche Dinge tat. Natürlich war es der Staat, der ihm Immunität gewährleistete. Es waren jene Strukturen, die wir 'tiefen Staat' nennen, die ihn schützten. Wenn Sie danach fragen, wer innerhalb des Staates für die Immunität Yesils sorgte… Das war entweder der JITEM oder der MIT. Yesil arbeite zu jener Zeit für den JITEM. Seine Befugnisse waren grenzenlos. Weder ein Landrat noch ein Hauptmann konnten etwas gegen ihn unternehmen.

Ist Yesil Ihrer Meinunung nach tot?

Nein, er lebt. Aber der Öffentlichkeit wird gesagt, dass er tot ist. Er wird für tot erklärt, damit das Interesse an ihm verloren geht. Denn dieser Mann hat dutzende von Morden begangen. Savas Buldan, Musa Anter, Behçet Cantürk...

Ist Yesil ihr Mörder?

Ja. Mit allen diesen Morden hat Yesil zu tun. In Elazig wurden ein Arzt und ein Rechtsanwalt eliminiert. In Tunceli war ein junges Mädchen verschleppt und ermordet worden. Bei all diesen Vorfällen hatte Yesil die Finger mit im Spiel. Aber niemals wurde ihm aufgrund dieser Morde der Prozess gemacht. Es hat ein einziger Prozess vor einem Militärgericht stattgefunden, in dem Yesil gemeinsam mit Überläufern angeklagt war. Es war kein ernsthaftes Verfahren. Dabei müsste es Tausende von Akten zu Yesil geben. Ich weiß, dass er lebt. Erst letztes Frühjahr haben mir einige Leute, die ihn seit langem aus der Region kennen, erzählt, dass sie mit ihm gesprochen haben. Mehrere Unternehmer haben mir erzählt, dass sie mit Yesil in Ankara zum Essen waren. Ich kenne diese Unternehmer. Sie stammen aus Elazig, Diyarbakir und Bingöl. Zunächst wusste niemand, wer dieser Mann ist. Die Presse hat von mir erfahren, dass es sich bei Mahmut Yildirim um 'Yesil' handelt. Ich habe auch ein Phantombild für die Medien anfertigen lassen. Und nach dem Topal-Mord fing Yesil an, zu reden. Es war im Februar 1997, als er mich in der CHP-Zentrale anrief.

Was wollte er von Ihnen?

Er stieß zunächst Beschimpfungen und Drohungen aus. ‚Was willst Du von mir?' sagte er, ‚ich habe alles für den Staat getan'. Ich entgegnete: ‚Du hast Riesenschweinereien gemacht. Komm und lege dafür Rechenschaft ab. Der Staat wird Dich ohnehin irgendwann ermorden, damit nichts nachgewiesen werden kann. Sie werden Dich töten, damit Du nichts sagst.' - ‚Niemand kann mir etwas anhaben. Ich habe Vorkehrungen getroffen. Alles, was ich getan habe, habe ich auf Kassette aufgenommen. Wer mir welchen Befehl gegeben hat, wer was zu mir gesagt hat, alles habe ich aufgenommen. Wenn ich töte, dann tue ich das für meinen Staat. Die Kassetten befinden sich an einem sicheren Ort. Wenn mir etwas passiert, wird alles heraus kommen', sagte er.

Warum wird er für tot erklärt?

Schauen Sie… der Staat wird Yesil weder umbringen noch vor Gericht stellen. Wenn er vor Gericht gestellt wird, wird er alles erzählen. Wenn er getötet wird, werden die Kassetten auftauchen, von denen er mir erzählt hat. Deshalb wollen sie ihn weder festnehmen noch beseitigen. Yesil ist immer noch stark.

Wann werden wir einen Staat haben, dem wir glauben, dass er alle Verbrecher in seinem Inneren ausgemustert hat?

Solange es keinen durchsichtigen, demokratischen Staat gibt, in dem jeder vor Gericht gestellt werden kann und niemand Immunität genießt, wird das nicht geschehen. *(Ra, 20.2., ISKU)*

operationen in allen Teilen Kurdistans, mit der Repression gegen Herrn Abdullah Öcalan, mit den Angriffen auf die Bevölkerung gegeben." Im Verweis auf den harten Polizeiangriff auf den Beerdigungszug am Sonntag in Diyarbakir erklärte Coruh weiter: "Sie folgen einer Logik, die nicht einmal einen Leichnam dulden kann."

(DIHA, 27.2., ISKU)

24 Friedensmütter verhaftet

Gegen 24 Mitglieder der Initiative "Mütter für den Frieden", die am 22.2. in Diyarbakir bei einer Protestaktion gegen die Isolation Abdullah Öcalans festgenommen worden sind, ist wegen "Verstoß gegen das Antiterrorgesetz" und "Organisationspropaganda" Haftbefehl ausgesprochen worden. Die Frauen hatten sowohl bei ihrer Aktion als auch im polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Verhör ihre Forderungen kontinuierlich wiederholt: Aufhebung der Isolation, Erlass einer Generalamnestie, Einstellung der Militäroperationen, Frieden.

Bei den Frauen handelt es sich um: Muhsine Burakmak (65), Emine Özsoy (60), Emine Özbek (53), Hilmiye Aslan (48), Sevkiye Demir (43), Aysel Burakmak (35), Esma Aydemir (42), Sebiha Tamris (48), Sirini Unat (62), Halime Topus (47), Fikriye Tanrikulu (46), Hasina Güler (58), Hanim Yasar (59), Hayriye Dogan (68), Remziye Ates (70), Lütfiye Zengin (52), Saci Dahan (62), Ayse Aslan, Ayse Kaya (41), Meryem Güçlü (51), Hatun Aslan (51), Remziye Erenci (41), Safiye Dün (56), Türkan Çelik (52).

Bei Protestaktionen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei am 15. Februar 1999 sind türkeiweit ungefähr 600 Personen festgenommen worden, von denen ca. 200 anschließend verhaftet und ins Gefängnis überstellt wurden.

(DIHA/ÜÖG, 23.2., rtv, 24.2., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Ra	Radikal
dp	Die Presse
rtv	Roj TV

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 248
10. März 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der Weltfrauentag in der Türkei

Bereits am vergangenen Wochenende beteiligten sich türkeiweit tausende Frauen an Aktivitäten zum 8. März, dem internationalen Frauentag. Neben Veranstaltungen, Feiern, Seminaren und anderen öffentlichen Aktionen fanden mehrere Demonstrationen statt. So protestierten in Istanbul-Kadiköy ungefähr 10.000 Frauen gegen Gewalt gegen Frauen und für gleiche Rechte.
In Istanbul-Beyazit fand eine Demonstration linker Gruppen statt. Aufgrund der scharfen Kritik aus Europa an den Polizeiübergriffen im vergangenen Jahr begnügte sich die Polizei dieses Mal damit, das Geschehen zu beobachten. Auf der Demonstration, an der auch Männer teilnahmen, wurden die Parolen gerufen: "Der 8. März ist rot - rot wird er bleiben" und "Das organisierte Volk kann nicht besiegt werden". Das Motto der Demonstration lautete "Männer und Frauen Hand in Hand".
Im Stadtzentrum von Istanbul haben feministische Frauen der Istiklal Caddesi unter dem Motto "Feministischer Kampf gegen das Patriarchat" demonstriert. Neben feministischen Symbolen trugen sie Schilder mit der Aufschrift "Jin jiyan azadî", "Schluss mit den Ehrenmorden", "Frauen wollen Frieden" und riefen Parolen wie "Es lebe der 8. März, es lebe die Frauensolidarität". In einer auf türkisch und kurdisch gehaltenen Ansprache wurde auf die Bedeutung des 8. März hingewiesen: "Geschichte ist die Geschichte der Unterdrückung von Frauen. Geschichte ist die von männlichen Herrschern nach eigenem Belieben geschriebene Geschichte, damit wir Frauen nicht aufwachen und rebellieren. Wie wir gegen die Ignoranten und Unterdrücker bestehen können, haben wir von den Frauen gelernt, die einen hohen Preis dafür gezahlt haben, die Geschichte der Frauenbefreiung schreiben zu können. Ein weiteres Mal stellen wir uns heute hinter die Frauen, die als Hexen verbrannt wurden, die aufgrund ihrer Forderung nach Stimmrecht zur Guillotine geschickt wurden, die getötet wurden, weil sie Brot und Rosen forderten, die diskriminiert wurden, weil sie keine Revolution wollten, bei der sie nicht tanzen können, die in Ländern, in denen die Revolution verwirklicht worden ist, im Gefängnis waren und die in psychiatrische Kliniken gesperrt wurden, weil sie gegen die Macht vorgegangen sind."
In Dersim versammelten sich mehrere hundert Frauen und forderten ein Ende der Gewalt gegen Frauen, die Einstellung sämtlicher Militäroperationen sowie die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans. Auf Transparenten war zu lesen: "Glaubt an Euch selbst, setzt Euch für Eure Identität ein", "Unser Körper und unsere Identität gehören uns", "Schluss mit den Ehrenmorden". Im Namen der Frauenplattform Tunceli hielt Nermin Sen von der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen eine Ansprache, in der sie den 8. März als Frauenbefreiungstag bezeichnete: "Die Frauen, die hier in diesem Land für Freiheit kämpfen, schreien es heute heraus, dass sie sich nicht vor Raketen und nicht vor Gewehren, nicht vor Ehemännern oder Lehrern und nicht vor dem Staat fürchten!" Esra Ciftci von der Demokratischen Freien Frauenbewegung wurde im Anschluss an die Veranstaltung wegen einem Redebeitrag zu Abdullah Öcalan kurzzeitig festgenommen.



Kundgebung zum Weltfrauentag in Istanbul
(Foto: DIHA)

In Hakkari warfen Frauen Rosen in den Zap-Fluss. Eine geplante Demonstration vom Stadtzentrum zum Flussufer wurde von den Sicherheitskräften nicht genehmigt. Daraufhin machten sich die Frauen in vierzig Taxis auf den Weg. Unter breiten Sicherheitsvorkehrungen brachten sie am Zap-Ufer ihre Friedensforderungen zur Sprache und warfen Rosen in den Fluss. Den sieben Kilometer langen Rückweg nutzten sie im Anschluss für eine Demonstration in die Innenstadt.
In Izmir wurde die 8.-März-Veranstaltung fünf Arbeiterinnen gewidmet, die im vergangenen Dezember in Bursa bei einem Feuer in einer Textilfabrik ums Leben gekommen sind. Auf der Demonstration wurden unter anderem die Parolen "Jeder Tag ist 8. März, jeder Tag bedeutet Kampf" und 'Jin jiyan azadî' gerufen. Ein Flugblatt der Frauenplattform Izmir wurde auf türkisch und kurdisch verlesen. Darin wurde eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage und die Freilassung der in Diyarbakir inhaftierten 24 Mitglieder der Initiative "Mütter für den Frieden" gefordert sowie gegen die Verschleppung und Vergewaltigung von Sevda Aydin in Istanbul durch mutmaßliche Polizisten protestiert.
In Mersin fand ein gemeinsamer Besuch von Frauen der Demokratischen Freien Frauenbewegung und der SDP am Grab von Süheyla Camöz statt, die im vergangenen November von ihrem Vater mit einem Schnitt durch die Kehle getötet worden war. In einer am Grab gehaltenen Ansprache hieß es: "Wir haben es vielleicht nicht geschafft, den Tod von Süheyla und vielen weiteren zu verhindern, aber wir können etwas dafür tun, dass es keine weiteren Tote mehr gibt. Es gibt nur einen Weg, um weitere Süheylas zu verhindern - kämpfen."
In Adana fand eine Demonstration verschiedener linker Gruppen statt, an der sich mehr Männer als Frauen beteiligten.

10 000 Frauen in Diyarbakir gegen Krieg und Gewalt

Auf einer Demonstration in Diyarbakir aus Anlass des internationalen Frauentages 8. März haben 10.000 Frauen gegen "Massaker an Frauen, Krieg und Isolation" protestiert. In einem Redebeitrag forderte Sultan Koyun als Mitglied der Initiative "Mütter für den Frieden" Mütter von Soldaten und Guerillakämpfern zum gemeinsamen Handeln auf. "Ich spreche den Müttern der sieben Guerillakämpfer, die in Dargecit ihr Leben verloren haben, sowie den Müttern der vier Polizisten, die in Batman ums Leben gekommen sind, mein Beileid aus. Ich kenne ihren Schmerz. Kommt, lasst uns gemeinsam gegen das Sterben kämpfen."
Aysel Tugluk von der Doppelspitze der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) verurteilte in einem Redebeitrag die Verhaftung von 24 Mitgliedern der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Meldungen

Cizre im Ausnahmezustand

Nach einem Raketenwerferangriff auf ein Militärfahrzeug auf der Straße von Cizre nach Idil, bei dem ein Soldat getötet und mehrere verletzt wurden, ist die Stadt Cizre abgeriegelt worden. Das Stadtzentrum wird von Panzern besetzt gehalten. Bei mehreren Wohnungsrazzien wurden Frauen und Kinder von maskierten Sondereinheiten misshandelt und insgesamt 18 Personen festgenommen, darunter der stellvertretende Bürgermeister Abdulkadir Inedi.
Seine Frau Gülizar Inedi berichtet von der Razzia in ihrer Wohnung, bei der fünf Personen festgenommen wurden: "Gegen 21 Uhr drangen Polizisten und Maskierte in die Wohnung. Ohne eine Begründun, kamen sie plötzlich herein. Ich hatte große Angst und schrie. Sie hielten mir den Mund zu und warfen mich auf die Straße. Auch mein Kind in der Wiege hielt einer von ihnen an einer Hand fest und warf es in die Mitte des Zimmers, um unter die Wiege zu gucken. Sie haben die ganze Wohnung durcheinander gebracht."
(DIHA, 3.3., ISKU)

Selbstanzeige in Solidarität mit Friedensmüttern

Mitglieder der Frauenplattform Diyarbakir haben sich zur Unterstützung der inhaftierten Frauen der Initiative "Mütter für Frieden", die bei einer Protestaktion gegen die Isolation Abdullah Öcalans festgenommen worden waren, selbst angezeigt und eine Petition mit der Überschrift "Wir haben die gleiche Straftat begangen" bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Die 24 "Mütter für den Frieden" waren am 23. Februar im Rahmen eines Sitzstreiks in Diyarbakir festgenommen worden. Vor der Selbstanzeige gab die Frauenplattform eine Presseerklärung ab, in der die unverzügliche Freilassung der Verhafteten gefordert wurde. "Wir wiederholen die Forderungen der Mütter", erklärte Suzan Mehmetoglu als Sprecherin der Plattform, "Wenn es ein Verbrechen ist, Frieden zu fordern, dann begehen auch wir diese Straftat, dann sind auch wir Täterinnen."
(DIHA, 3.3., ISKU)

IHD-Unterstützung für inhaftierte Friedensmütter

Der Menschenrechtsverein IHD in Istanbul sandte am 1.3. in einer öffentlichen Aktion einen Solidaritätsbrief an die in Diyarbakir inhaftierten Mitglieder der Initiative "Mütter für den Frieden". Vor dem Postamt gab die Istanbuler IHD-Vorsitzende Eren Keskin eine

Lösungsvorschlag der DTP

Auf einer Pressekonferenz in Istanbul stellte die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) ein dreistufiges Programm für Frieden und Demokratie vor. Wie Ahmet Türk als einer der beiden Parteivorsitzenden einleitend erklärte, ist die kurdische Frage nicht erst in den letzten Jahren entstanden. Die Regierungen der Länder, in denen Kurden leben, betrachteten die kurdische Frage dennoch als reines Sicherheitsproblem, das mit Gewalt zu lösen sei. Dabei müsse bekannt sein, dass dies keine Lösung darstelle, so Türk. Gewalt dürfe im politischen Leben nicht als Alternative betrachtet werden. "Gleichgültig, welche politische Identität, welchen Glauben, welche Funktion und welche Verantwortung die Menschen hatten, die in naher Vergangenheit bei gewalttätigen Vorfällen ihr Leben verloren haben, schlussendlich ist es unser Land und sind es die Menschen unseres Landes, die dabei verloren haben." Die PKK habe mit dem Rückzug ihrer Guerillakräfte im Jahr 1999 eine neue Phase eingeleitet, fuhr Türk fort. "In dieser Zeit, in der die bewaffneten Auseinandersetzungen und Aktionen gestoppt wurden, haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU verbessert und die Gesellschaft konnte tief Luft holen. Aber leider ist es den Regierungen, die in dieser sieben Jahre andauernden Phase an der Macht waren, nicht gelungen, für eine demokratische und gerechte Lösung der kurdischen Frage zu sorgen. Der Herr Ministerpräsident hat in Diyarbakir die Existenz einer kurdischen Frage anerkannt, aber danach hat er diese Ansicht nicht durch demokratische Programme untermauert. Im Gegenteil, die ist Türkei mit den Vorfällen in Semdinli in eine neue und besorgniserregende Phase eingetreten. Es dürfte keinen Zweifel daran geben, dass es sich bei diesen Vorfällen um eine Provokation der Kreise handelt, die für eine Verleugnung der kurdischen Frage eintreten und sie als ein Sicherheitsproblem behandeln."
Weiterhin betonte Türk, dass es von kurdischer Seite keine Bemühungen gebe, die unitäre Struktur der Türkei und die territoriale Entität zu zerstören. Im Gegenteil seien die kurdischen Forderungen auf Einheit und Frieden ausgerichtet. Die DTP habe ein Programm für Frieden und Demokratie für eine Lösung der kurdischen Frage ausgearbeitet und fordere die Regierung auf, die intensivierten Militäroperationen zu stoppen. "Wir sind davon überzeugt, dass von der Regierung zu diesem Thema zu machenen Schritte auch vom Generalstab akzeptiert werden müssen."
Das besagte Programm erläuterte Türk folgendermaßen: "Jede Repression gegenüber der kurdischen Sprache muss aufhören. Kurdisch muss in den Gebieten, in denen KurdInnen leben, neben Türkisch den Status einer offiziellen Sprache erhalten. Das Parteiengesetz und die Wahlhürde müssen überarbeitet werden. Jeder muss seine politischen Rechte wahrnehmen können. Die DTP betrachtet eine politische Generalamnestie als unabdingbar für die Entwicklung von sozialem Frieden und Demokratie. Außerdem muss sich die Gesellschaft der Türkei ihrer Vergangenheit stellen. Um das gesellschaftliche Gewissen zu erleichtern, muss eine Diskussion über die Einrichtung einer Kommission zur Wahrheitsfindung über Ereignisse aus der Vergangenheit beginnen, wie es sie in vielen Ländern gibt, in denen interne Konflikte stattgefunden haben. In gleicher Form wollen wir von der PKK, dass sie ihren Beschluss vom August letzten Jahres, keine bewaffneten Aktionen auszuführen, fortsetzt und diesem Beschluss verbunden bleibt. Das ist die erste Stufe für Frieden und eine dauerhafte Lösung."
Für die Umsetzung des Programms müssten neben der Regierung auch die Intellektuellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Türkei Verantwortung übernehmen, so Türk. "Was wir mehr denn je brauchen, ist demokratischer Mut und zivile Initiative, Dialog und Empathie sowie gesunden Menschenverstand. Für die Einheit der Bevölkerung der Türkei und eine helle Zukunft müssen wir hierbei einfach Erfolg haben."
(DIHA, 6.3., ISKU)

"Geht in die Berge", sagen sie

VerteidigerInnen und Familien der Opfer des Gefängnismassakers vom 24. September 1996 im E-Typ-Gefängnis Diyarbakir, bei dem zehn Gefangene getötet und 23 weitere verletzt wurden, protestierten gegen das Urteil im Prozess gegen 72 Angeklagte, davon 35 Militärs, 29 Polizisten und acht Vollzugsbeamte.
Im Prozess zum Gefängnismassaker in Diyarbakir wurde das Urteil gefällt, nachdem im Verlauf von 55 Verhandlungstagen 20 Mal die vorsitzenden Richter ausgetauscht wurden. Demnach wurden drei Angeklagte aus Mangel an Beweisen freigesprochen. In sieben Fällen wurde das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Die restlichen 62 Angeklagten erhielten zunächst eine Freiheitsstrafe von 18 Jahren, die nach dem Zweidrittel-Prinzip auf sechs Jahre gemindert wurde. Wegen "guter Führung" wurde die Strafe später auf fünf Jahre reduziert. Außerdem wurden die Angeklagten für drei Jahre vom öffentlichen Dienst suspendiert. Aufgrund eines Gesetzes, dass 2001 erlassen und in der Öffentlichkeit als "Rahsan-Amnestie" [nach der Frau des damaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit] bekannt ist, wird niemand der Angeklagten ins Gefängnis gehen.
Der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Anwaltskammer Diyarbakir, Sezgin Tanrikulu, der die Familien der Opfer vertritt, erklärte zu dem Urteil: "Bei diesem Vorfall handelte es sich um eines der bedeutendsten Massaker unserer jüngeren Geschichte. Dementsprechend ist das Urteil nur als beängstigend zu bezeichnen." Die Angeklagten haben nach Tanrikulu "im Übermaß von administrativem Schutz und juristischer Toleranz profitiert". Kein einziger Antrag der Verteidigung sei angenommen worden. Die Angeklagten seien nicht für eine Stunde in Haft gewesen.
Muhlis Altun, der sich als mutmaßliches PKK-Mitglied während des Massakers im Gefängnis befand und dabei schwer verletzt wurde, erklärte: "Obwohl wir hier die Opfer sind, wurden wir wie Angeklagte behandelt. Wir wurden wegen ‚Beschädigung staatlichen Eigentums' angeklagt, weil sie das Geld für die Schlagstöcke, die sie auf unseren Körpern zerbrachen, wieder reinholen wollten."
Hurriye Tekins Sohn Hakki Tekin wurde bei dem Vorfall getötet. Sie ist wütend: "Eine unglaubliche Gräueltat. Mit diesem Urteil sagen sie nichts anderes als: ‚Geht in die Berge'. Solange ich lebe, werde ich diesen Prozess fortsetzen. Der Staat hat uns mit diesem Urteil beleidigt. Wir erkennen weder diesen Staat noch dieses Gericht mehr an. Dieser Staat ist grausam und gewalttätig. Schickt eure Kinder in die Berge. In diesem Land gibt es keine Gerechtigkeit."
(ÜÖG, 3.3., ISKU)

Der Weltfrauentag... (Forts.)

Initiative "Mütter für den Frieden". "Diejenigen, die sich vor dem Frieden fürchten, haben unsere Mütter verhaften lassen", erklärte Tugluk. "Der Kampf und die Forderungen der Mütter stehen für den Kampf und die Forderungen von Millionen Menschen. Sie müssen sofort freigelassen werden. Frauen haben zu viele Schläge und Massaker erleiden müssen. Wir müssen dagegen unseren umfassenden und demokratischen Kampf weiterführen. Jahrelang haben die Waffen hier geschwiegen. Es gibt auf der Welt genügend Beispiele für friedliche Lösungen. Auch die Türkei muss eine solche Lösung finden. Es gibt immer noch eine Chance für den Frieden. Geben wir dem Krieg keine Chance. Wir Frauen sind die Vorkämpferinnen für den Frieden."
Im Anschluss an die Demonstration wurde die Sängerin Sehriban kurzzeitig festgenommen.
(DIHA, 8.3., ÜÖG, 6.3., ISKU)

Erklärung ab, in der sie die Verhaftung der Mütter als Teil des Beharrens darauf, die kurdische Frage nicht zu lösen, bezeichnete. Der IHD-Brief an die älteste der verhafteten Mütter, Hayriye Dogan (68) richte sich an alle Mütter im Gefängnis Diyarbakir, so Keskin. *(ÜÖG, 2.3., ISKU)*

831 Selbstverbrennungen von Frauen in Südkurdistan
Entsprechend eines aus Anlass des internationalen Frauentages am 8. März veröffentlichten Berichts des Gesundheitsministeriums im südkurdischen Sülemaniya haben sich innerhalb der letzten 14 Monate 831 Frauen angezündet. 200 Frauen sind dabei laut Bericht zu Tode gekommen. Im gleichen Zeitraum wurden 35 Frauen von ihren Ehemännern oder Angehörigen getötet. Als Ursache für die Selbstverbrennungen nennt das Gesundheitsministerium "Druck und Gewalt", die gegen Frauen ausgeübt werden.
Laut einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie des Frauenschutzzentrums Irak haben in Südkurdistan in den letzten zwölf Jahren 2604 Frauen Selbstmord begangen, 2095 davon durch Selbstverbrennung. Die große Mehrheit dieser Frauen gehörte der Altersgruppe von zwölf bis 25 Jahren an und war zwangsverheiratet worden. *(ANF, 9.3., ISKU)*

Diesjähriges Newroz startet in Semdinli
Das erste Newrozfeuer in diesem Jahr wird am 18. März in Hakkari-Semdinli entzündet werden. Zu der Feier erwartet werden die beiden DTP-Vorsitzenden, alle 56 DTP-BürgermeisterInnen sowie eine Vielzahl von Intellektuellen und KünstlerInnen aus dem In- und Ausland. Wie Hatice Coban vom DTP-Vorstand mitteilte, solle von der Newrozfeier eine Friedensbotschaft ausgehen. Alle Friedensliebenden seien nach Semdinli eingeladen, um eine neue Gewaltwelle zu stoppen.
(DIHA, 6.3., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ANF	Firat Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 249
17. März 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kommentar von Mehmet Ali Birand zur Kurdistan-Konferenz in Istanbul

„Niemand will, dass die PKK die Waffen niederlegt“

Diese Woche ist zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen gelungen, was der Staat nicht geschafft hat: An der Bilgi-Universität [in Istanbul] wurde mit der Beteiligung von knapp 300 Personen über den Punkt diskutiert, an dem die kurdische Frage angelangt ist. Es wurden sehr interessante Feststellungen getroffen.
Das hatte ich nicht erwartet. Ich hatte eine schwache Beteiligung erwartet, und Teilnehmer, die sich angstvoll umschauen und leere Parolen herunterleiern, um am Ausgang nicht verhaftet zu werden. Aber das genaue Gegenteil ist geschehen. Es waren viele Menschen da, die Redner sprachen sehr offen, das Interesse der Medien war groß und die wichtigsten Namen in der kurdischen Frage waren zusammen gekommen.
Da war der ehemalige Abgeordnete und Minister Serafettin Elci, der in den siebziger Jahren einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hatte, weil er von seinen kurdischen Wurzeln gesprochen und in der Parlamentskantine mit einem aus Diyarbakir kommenden Wähler, der kein türkisch konnte, kurdisch geredet hatte… und der Wissenschaftler Ismail Besikci, der – obwohl er keine kurdischen Wurzeln hat – zum Kurdentum forschte, gegen den 52 Prozesse eingeleitet wurden und der jahrelang im Gefängnis verbrachte, weil er der offiziellen Ideologie widersprach…
Es waren neue und alte Gesichter da, Wissenschaftler, Intellektuelle, DTP-Vertreter, Öcalan Nahestehende… Alle waren da.
Was eigentlich der Staat hätte tun müssen, haben der Helsinki-Bürgerverein und die Empathiegruppe verwirklicht. Sie haben alle zusammen gebracht. Die Bilgi-Universität hat ihre Besonderheit bewiesen, indem sie die Gastgeberrolle für diese Konferenz übernahm.
Die Teilnehmer der Konferenz sprachen nicht "wie aus einem Mund". Es wurden verschiedene Meinungen und Ansichten hervor gebracht. Und es kam weder zwischen Türken und Kurden, noch zwischen den Kurden zu einem Streit. Nicht einmal die Protestgruppen, die jede Versammlung, auf der armenische, europäische oder kurdische Themen diskutiert werden, als Reklameveranstaltung nutzen, erschienen auf der Bildfläche. Über zwei Tage hinweg hatte ich die Gelegenheit, mit Politikern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, der DTP, Öcalan Nahestehenden, mit PKK-Anhängern und PKK-Gegnern zu sprechen. Ohne sich in die Region zu begeben, war der Puls der Region an der Bilgi-Universität spürbar.

Zur Situation der PKK:
Obwohl sie ihre alte bewaffnete Stärke verloren hat, so heißt es, beherrscht sie immer noch die Lage in der Region und kontrolliert alle Entwicklungen. Mehr als die offiziellen Regierungsvertreter und der Sicherheitskräfte gilt das Wort der PKK, so wurde betont.
Dagegen sprachen sich auch viele Stimmen dafür aus, dass der Einfluss an kurdischen Gruppen, die in Gegnerschaft zur PKK stehen und Strömungen außerhalb der PKK (wie Barzani) gestiegen ist.
Die Mehrheit vertrat die Ansicht, dass sich das Prestige der PKK mit den Vorfällen von Semdinli verbessert hat und der Geldzufluss sowie die Anzahl der Anschlüsse an die Guerilla größer geworden sind.
Früher galt Abdullah Öcalan als nicht diskutierbarer Führer. Mir ist aufgefallen, dass über Öcalan zunehmend mehr diskutiert wird. Einige vertreten die Ansicht, dass er enge Verbindungen zum türkischen Staat unterhält und türkische Thesen vertritt. Trotzdem ist Öcalan immer noch ein Name, der die Allgemeinheit in Bewegung versetzen kann.
Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk fasste in einer Unterhaltung die allgemeine Überzeugung in der Region folgendermaßen zusammen: "Niemand will, dass die PKK die Waffen niederlegt. Es wird versucht, eine neue Ordnung im Mittleren Osten zu schaffen. Bis diese Ordnung sich gefestigt hat, versucht jeder, was er kann, damit die PKK nicht aus dem Rennen fliegt – weder der türkische Staat, noch der Nordirak noch andere Kräfte. Der heutige Zustand soll sich nicht ändern. Deshalb wird weiter gegen die Organisation vorgegangen und es werden keine Schritte unternommen, um den Konflikt zu entschärfen…" Das war eine sehr interessante Feststellung, die von einem Großteil der Teilnehmenden anerkannt wurde.

Die Gesellschaft zeigt Reaktion
Die aus dem Südosten kommenden Nachrichten hatten immer einen gemeinsamen Punkt: Politische Führer machen große Versprechungen, die sie nicht einhalten. Damit steigt die Enttäuschung.
Die Erwartungen werden folgendermaßen zusammengefasst:

– Kurdische Identität muss anerkannt und verfassungsrechtlich geschützt werden
– Kurdischer Unterricht muss erlaubt werden
– Die Möglichkeiten kurdischsprachiger Sendungen müssen erweitert werden
– Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, mit kurdischer Identität ins Parlament einzuziehen
– Die Dorfrückkehr muss gewährleistet und das Dorfschützersystem aufgehoben werden
– Eine Generalamnestie muss erlassen werden.

Barzani oder Apo?
In den achtziger und neunziger Jahren wurde Öcalan als Führer der gesamten kurdischen Gesellschaft in der Region bezeichnet. Das Zweigespann Talabani-Barzani stand immer mehr im Schatten. Seit der Besatzung des Irak sieht es so aus, als hätte sich die Sitzordnung geändert. Es macht den Anschein, dass die Ergreifung Öcalans im Jahr 1999 und seine Haft auf Imrali sowie – noch wichtiger – die von Barzani verfolgte Politik einen großen Einfluss auf die im Südosten lebenden kurdischstämmigen türkischen Staatsbürger ausgeübt haben. Wenn auch Öcalan in der letzten Instanz immer noch den Vorzug genießt, steigt das Prestige Barzanis unübersehbar an.
Wahrscheinlich ist es das größte Handicap der kurdischen Bewegung, dass es zwar viele Menschen gibt, die den Anschein erwecken, eine geistige Avantgarde darstellen zu können, aber sich niemand blicken lässt, der die Position eines Führers einnehmen könnte. Es gibt zu viele Stimmen, unzählige Meinungen, sich widersprechende Lösungsvorschläge. Und deshalb kann weder die Bevölkerung der Region, noch die Türkei noch die Außenwelt eine Lösung einleiten. Das Problem bleibt ungelöst.

Newroz als Gradmesser:
Wenn man die Angelegenheit praktisch betrachtet, wird Newroz, das nächsten Dienstag gefeiert wird, die Dimension und Stärke der kurdischen Bewegung zeigen. Die Vorbereitungen sind getroffen. Es wird auf zivilen Ungehorsam gesetzt. Natürlich ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es zu Provokationen bestimmter Gruppen kommt.
(posta, 14.3., ISKU)

Meldungen

Anwälte kurz vor Imrali zur Rückkehr gezwungen
Das Schiff mit den Verteidigern Abdullah Öcalans ist kurz vor der Ankunft auf Imrali umgedreht. Als Begründung wurde ein Defekt am Boot genannt.
(DIHA, 15.3., ISKU)

Newroz-Einladung der DTP
Die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) hat zu den diesjährigen Newroz-Feiern neben Staatspräsident Sezer und Ministerpräsident Erdogan auch den irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani, den Kurdenführer Mesut Barzani aus dem Nordirak sowie die Botschafter aus 49 Ländern eingeladen. Wie der DTP-Vorsitzende des Provinzverbandes Diyarbakir, Ahmet Cengiz, erklärte, wird dieses Jahr die Teilnahme von einer Million Menschen an den Newroz-Feiern erwartet. "Newroz wird in einer demokratischen, friedlichen Atmosphäre stattfinden, in der Rechte und Freiheiten zur Sprache kommen werden.", so Cengiz.
(Hü, 14.3., ISKU)

Haftstrafe für Eren Keskin nach §301
Die Istanbuler Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD), Rechtsanwältin Eren Keskin, ist aufgrund von "Beleidigung der ideellen Persönlichkeit der türkischen Streitkräfte" in einem Redebeitrag auf einer Veranstaltung in Köln im Jahr 2002 zu zehn Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Die Haftstrafe wurde in eine Geldstrafe umgewandelt.
(Ra, 16.3., ISKU)

Militäroperation in Gabar
Im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee am Gabar-Berg, die beginnend am 9. März 2006 vier Tage angedauert hat, sind bei Aktionen unserer Guerillaeinheiten an drei verschiedenen Stellen 13 Soldaten zu Tode gekommen. Eine größere Anzahl Soldaten wurde verletzt.
Im Rahmen eines Gefechtes wurde der Guerillakämpfer Soro (Fuat Mahmut, geboren 1982 in Halep) am 9. März verletzt und erlag später den Folgen dieser Verletzung. *(hpg, 13.3., ISKU)*

Kurdische Nationalmannschaft bei alternativer Fußball-WM
An der auf Nordzypern stattfindenden alternativen Fußball-Weltmeisterschaft für Länder, die keine offiziellen Staaten darstellen, wird sich neben sieben weiteren Ländern auch Kurdistan beteiligen. Die alternative "Viva"-Weltmeister-

Newroz in Cizre verboten

Die Newrozfeier am 21. März im Kreis Cizre in Sirnak ist aufgrund der im Genehmigungsantrag aufgeführten kurdischen Spruchbänder und einem Transparent mit der Aufschrift "Die Banden vor Gericht – Aufklärung in der Türkei" verboten worden. Das Vorbereitungskomitee in Sirnak kündigte an, Newroz mit den beanstandeten Transparenten zu Zehntausenden auf den Plätzen zu begehen.
Die Genehmigungen für die Kreise Sirnak-Zentrum, Idil und Beytüssebap sind bereits erteilt. Die Sicherheitsabteilung der Polizei in Cizre lehnte dagegen die Präsenz von kurdischsprachigen Transparenten pauschal ab und begründete das Verbot des "Banden vor Gericht"-Transparentes damit, dass es in der Türkei gar keine Banden gebe.
In Cizre wird eine Beteiligung von 50 000 Personen an der Newrozveranstaltung angestrebt. Fecriye Benek vom Newroz-Vorbereitungskomitee in Cizre erinnert an die Vorfälle vor 14 Jahren: "Damit Newroz nicht gefeiert wird, haben die Staatskräfte 1992 auf die Bevölkerung geschossen. Heute dagegen versuchen sie, sich Newroz als offiziellen Feiertag einzuheimsen und ihn sinnentleert begehen zu lassen. Uns wird nicht erlaubt, mit unseren eigenen Farben, unserer Sprache und unseren Parolen zu feiern." Das Vorbereitungskomitee sei dennoch entschlossen, die Feier stattfinden zu lassen: "Wir erwarten die gesamte Bevölkerung Cizres am 21. März auf dem Istaniye-Platz."
In der Provinz Sirnak werden nach Angaben der DTP-Provinzvorsitzenden Saadet Özbey einschließlich von Sirnak-Zentrum in sechs verschiedenen Kreisen Feiern stattfinden: "Unsere letzten Vorbereitungen, um dieses Jahr erneut mit unseren eigenen Farben auf die Plätze zu strömen, laufen. Es sollte bekannt sein, dass die altbekannte "W"-Krise, die uns möglicherweise auf unseren offiziellen Genehmigungsantrag entgegen gehalten werden wird, die Feiern nicht wird aufhalten können. Wir gehen nicht auf die Straßen, um "Nevruz" zu feiern, sondern "Newroz". Bei den Feiern im Jahr 1992 hat es viele Tote gegeben, es wurde auf uns geschossen. Den Schmerz dieser Tage hat die Bevölkerung nicht vergessen. Heute versucht der Staat, unserem Feiertag den Inhalt zu nehmen. Als Bevölkerung werden wir das nicht zulassen. Das diesjährige Newroz wird für die kurdische Bevölkerung ein Feiertag sein, an dem sie zeigt, dass sie hinter Öcalan steht." *(DIHA, 15.3., ISKU)*

Freiheit, gibt es das?

Frauen, die nicht frei sind, haben ein Buch geschrieben. Die Frauenkooperative Amargi ist in zwanzig Provinzen von Haus zu Haus gegangen und hat Briefe von Frauen gesammelt. Aus diesen Briefen ist ein Buch entstanden. Der Titel des Buches lautet: „Ich bin nicht frei".
"Ich war zwölf Jahre alt und sollte verheiratet werden. Mein großer Bruder hatte sich in ein Mädchen verliebt. Um das Mädchen zu bekommen, wollte er mich als Gegenleistung geben. Ich steckte eine Nadel in die Steckdose, ich wollte sterben. Ich warf mich vor ein Auto. Ich hatte keine Angst vor dem Heiraten, sondern ich wusste nicht, was ich tun soll. Mein Bruder schlug mich. Bei uns bekommt die Braut einen roten Schleier. Mir zogen sie einen schwarzen Schleier über. In der Hochzeitsnacht fesselten sie meine Hände und Füße und vergewaltigten mich mit gezogener Waffe."
Diese Worte stammen aus einem Brief aus einem der Bündel der Frauensolidaritätskooperative Amargi. Die Briefe wurde in einem Buch namens „Ich bin nicht frei" gesammelt. Am vergangenen Samstag fand die Buchvorstellung im Mulammer-Karaca-Theater in Istanbul statt. Das Buch ist gerade erst gedruckt, aber seine Entstehungsgeschichte basiert auf älteren Ereignissen.
Alles begann mit einem Werbespot, in dem die Reklameheldin sich mit einem Handy auf eine Reise macht und dabei singt: „Ich bin frei". Pinar Selek und Müjgan Arpat von Amargi starteten daraufhin die Kampagne „Frauen laufen aufeinander zu". Zunächst waren es nur diese beiden Frauen, die sich auf den Weg machten. Sie hatten nicht viel Geld und ihr Auto war kaputt. Sie fuhren von Istanbul nach Antakya. Dabei besuchten sie ihnen unbekannte Dörfer und klopften an die Türen der Häuser. Und dann fuhren sie von Adana nach Batman, von Gölcük nach S,anliurfa. Sie bereisten zwanzig Provinzen. Die Frauen, die sie dabei erreichten, wurden zu „Botinnen", die in dem jeweiligen Gebiet Briefe einsammelten.
„Amargi" bedeutet in der sumerischen Sprache „Freiheit". An der Arbeit beteiligten sich über dreißig Fraueneinrichtungen. Die Frauen machten sich auf den Weg. Und alle hatten sie etwas zu sagen: von den Frauen in den Gefängnissen bis zu den Hausfrauen, von den Feldarbeiterinnen bis zu den lesbischen Frauen. Alle, die zwischen den Dörfern, Kleinstädten und Metropolen unterwegs waren, trafen sich am 12. Juli 2002 in Konya. Aus den gesammelten Briefen entstand eine Abschlusserklärung. Die Jahre vergingen, es wurde Geld gesammelt. Und so entstand das Buch aus den vor vier Jahren gesammelten Briefen. Es handelt von den Ängsten, Träumen, der erlebten Gewalt und fehlender Ausbildung von Hunderten von Frauen.
Das Buch wird nicht verkauft, sondern von Hand verteilt. Als erstes wird es dorthin geschickt, wo die Briefe geschrieben wurden. „Wir verteilen das Buch zurück an die Frauen, die uns die Briefe gegeben haben.", erklärt Pinar Selek. „Damit versuchen wir, die Briefe von Frauen auch den anderen Frauen zukommen zu lassen."

„Ich dachte immer, ich werde am meisten unterdrückt, aber.."
Esmeray ist 33 Jahre alt. Sie gehört zu den Botinnen, die zu der Entstehung des Buches beigetragen haben. Aber ihre Reise gestaltete sich anders als die der anderen Botinnen. Denn sie ist eine transsexuelle Frau. Sie wurde angestarrt und sie wusste nicht, wie sie ihre eigenen Probleme mit denen anderer Frauen vereinen soll:
„Ich wusste, dass ich mein Bündel nirgendwo werde öffnen können und dass ich nicht verstanden werde. So war es dann auch. Dieses Treffen hat mich erneut dazu gebracht, das Frausein zu hinterfragen. Ich konnte nirgendwo reden. Ich schämte mich meiner Identität als Transvestit. Manchmal wurde ich sehr schlecht angeschaut. Erst dachte ich, es wird einfach, weil keine Männer dabei sind, aber so war es nicht. Denn das männliche Herrschaftssystem, die Männlichkeit hat sich in unserem Inneren festgesetzt. Schließlich überredeten mich meine Freundinnen. „Du musst reden", sagten sie. In Haymana sammelte ich meinen Mut und sprach. Nach meiner Rückkehr änderten sich meine Gedanken. Ich dachte immer, als Kurdin, als Transvestit und als Frau werde ich am stärksten unterdrückt. Dann habe ich gemerkt, ich mache Frauen mit Kopftüchern oder reiche Frauen zu „Anderen". Die Frauenbewegung ist mir sehr wichtig. Ich habe diese Probleme, weil ich das Frausein gewählt habe. Unsere Probleme sind verschieden, aber die Grundlage ist die gleiche."

Weitere Auszüge aus „Ich bin nicht frei"
„Ich kann meine Miete nicht zahlen. Ich kann nicht einmal Hausschuhe kaufen. Von den Männern bekommen wir gar nichts, außer in den Nächten. Wir haben Hunger. (…) Je höher die Reichen aufsteigen, desto tiefer sinken wir."
Zigeunerinnen am Schiffsanleger Kadiköy

„Ich wurde mit elf Jahren verheiratet, mein Mann hat mich ständig vergewaltigt. Er hat mich immer mit Gewalt genommen."
Ohne Namen, Adana

„Als eine türkische Frau bin ich nicht glücklich. Ich möchte mich über den Staat beschweren. Zwanzig Jahre lang habe ich als Tabakarbeiterin gearbeitet, jetzt bekomme ich 223 Millionen. Wir sind Bürgerinnen dritter Klasse. Der Staat beutet aus, der Ehemann beutet aus. Ich habe nichts mehr zu sagen."
Nezaket Esen, Soganli
(Ra, 12.3., ISKU)

schaft wird im November stattfinden. Neben Kurdistan werden Kosovo, Nordzypern, Tschetschenien, Tibet, Westsahara, Somaliland sowie ein Team der Roma mitspielen. *(ÜÖG, 13.3., ISKU)*

Straftatbestand der Friedensmütter: 'Bijî Baris'
In der Anklageschrift gegen 24 Mitglieder der Initiative „Mütter für den Frieden", die am 22. Februar bei einem Sitzstreik auf einer Straße in Diyarbakir festgenommen und vom zuständigen Haftrichter verhaftet worden sind, wird die Parole 'Bijî Baris,' (Es lebe der Frieden) als Straftatbestand aufgeführt. Die Frauen im Alter von vierzig bis siebzig Jahren hatten gegen die Isolation Abdullah Öcalans protestiert. Ein Transparent mit der Aufschrift „Herr Abdullah Öcalan repräsentiert unseren politischen Willen" und die genannte Parole wurden von der Staatsanwaltschaft als „Werbung für eine [terroristische] Organisation" bewertet.
Die erste Hauptverhandlung im Prozess gegen die 24 Friedensmütter findet am 31. März 2006 statt. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Haftstrafe von einem bis drei Jahren. *(DIHA, 12.3., ISKU)*

Gewalttätige Auseinandersetzungen in Ostkurdistan
In den ostkurdischen Städten Piransehir und Mahabad [Iran] ist es nach dem Tod von zwei Personen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und den Sicherheitskräften gekommen. In Piransehir war zuvor ein Zwanzigjähriger an einem Kontrollpunkt in seinem Auto erschossen worden. Danach kam es zu Protesten, bei denen mindestens fünf Polizeiautos, Banken und Regierungsgebäude angezündet wurden.
In Mahabad ging die Bevölkerung auf die Straße, nachdem ein Jugendlicher beim Verhör zu Tode gefoltert worden war. Die Auseinandersetzungen halten an.
(ANF, 12.3., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ANF	Firat Nachrichtenagentur
hpg	hpg-online.com
Hü	Hürriyet
Ra	Radikal

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 250
24. März 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Newroz 2006: Millionen für Frieden, Demokratie und die Freiheit Öcalans

Millionen Menschen in Kurdistan, der Türkei und Europa haben bereits am vergangenen Wochenende das kurdische Neujahrsfest Newroz gefeiert. Alle Veranstaltungen waren von der Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan geprägt und verliefen trotz gelegentlicher Eingriffe der Sicherheitskräfte überwiegend friedlich. In mehreren Städten, so auch in Amed/Diyarbakir, wo alljährlich Millionen Menschen zusammen kommen, fanden die Newroz-Veranstaltungen traditionsgemäß am 21. März statt. Im Folgenden eine vorläufige und unvollständige Zusammenfassung:

Amed: In Amed beteiligten sich hunderttausende an den Newrozfeiern, die auf dem Fuarplatz stattfanden. Die Europaabgeordnete Felknas Uca sprach in Kurdisch und erklärte, die Forderung der KurdInnen sei eine Generalamnestie. Sie sagte. "Wir wollen nicht, dass Soldaten und Guerillas sterben, wir wollen Frieden."
Nesin Deniz, die das Referendum "Abdullah Öcalan ist der politische Wille in Kurdistan" vertrat, erklärte, die Kurdinnen hätten einen hohen Preis bezahlt und viel Leid ertragen, daher würden sie von ihren Forderungen nicht abrücken. Das Referendum habe schon zwei Millionen Unterschriften gesammelt. Es werde keine Lösung ohne Öcalan geben. Als sie dann fragte: "Akzeptiert ihr Öcalan als euren politischen Willen rief die Menge mit einer Stimme "Ere!" - Ja.
Im Anschluss sprach der Bürgermeister von Amed, Osman Baydemir, der feststellte, dass dieses Jahr noch mehr Menschen als in den vorigen Jahren gekommen sein.
Ahmet Türk, der Vertreter der DTP erklärte die Forderungen der KurdInnen seine keine Bedrohung für die Einheit der Türkei. Er wiederholte u.a. die Forderung nach einer Generalamnestie und nach der Einstellung der Militäroperationen. Er sagte, die Intellektuellen in der Türkei, die zivilgesellschaftlichen Institutionen, und die Regierung seinen dafür verantwortlich ob die Aktionspause der PKK andaure.
Istanbul: An der Newrozfeier im Istanbuler Stadtteil Zeytinburnu beteiligten sich rund 200.000 Menschen und die Organisationen DTP, ESP, EMEP, IHD, SDP, Volkshäuser, DISK sowie verschiedene Kulturzentren. Die Eröffnungsrede des Festprogramms hielt Dogan Erbas als Vorsitzender des Istanbuler Provinzverbandes der DTP auf kurdisch.
Im Istanbuler Stadtteil Bagcilar ist ein Neunzehnjähriger durch Polizeischüsse schwer verletzt worden. Eine Gruppe von Jugendlichen hatte am Abend des 20. März in ihrem Stadtviertel Newroz gefeiert und ein Feuer angezündet. Als sie von der Polizei angegriffen wurden, antworteten sie mit Steinwürfen. Esref Kulac wurde von Polizeikugeln getroffen und befindet sich in Lebensgefahr.
Mersin: In Mersin wurden durch Vorkontrollen viele Menschen daran gehindert, an der Feier teilzunehmen. Trotzdem gelangten rund 100.000 Personen auf den Festplatz.
Urfa: An der Feier in Urfa nahmen ungefähr 80.000 Menschen teil, darunter der Bruder Abdullah Öcalans, Mehmet Öcalan. Im Anschluss an die Feier formierte sich ein Demonstrationszug, der von der Polizei angegriffen wurde. Mehrere Menschen wurden verletzt, 27 Personen festgenommen.
Siirt: In Siirt kamen trotz strömenden Regens rund 30.000 Menschen zusammen, um Newroz zu feiern. Bei Vorkontrollen wurde eine Person vorübergehend festgenommen. Der Vorsitzende des DTP-Provinzverbandes Siirt, Murat Avci, erklärte in einer Ansprache, bis heute hätten die KurdInnen nicht von ihrer Forderung nach Frieden und Muttersprache abgelassen. "Die Türkei muss diesen Willen anerkennen. Damit der Krieg aufhört, muss die Türkei das Problem mit den entsprechenden Ansprechpartnern lösen." An die Menschenmasse gerichtet stellte er schließlich die Frage: "Wer ist Eurer Meinung der passende Ansprechpartner?", worauf tausendfach "Öcalan" gerufen wurde.
Semdinli: In Semdinli wurde die Newrozfeier ohne Angabe von Gründen verboten. Stattdessen wurde der Buchladen Umut, gegen den am 9. November vergangenen Jahres ein Bombenanschlag verübt wurde, unter Beteiligung von tausenden Menschen neu eröffnet. Die Newrozfeier wurde auf den 21. März verschoben.
Hakkari: Auf der Newrozfeier in Hakkari rief Ahmet Türk als einer der DTP-Vorsitzenden die Regierung zum Dialog auf. Die Regierung verfüge über die Stärke, die Militäroperationen einzustellen und die PKK dazu zu bringen, sich erneut aus dem Territorium der Türkei zurückzuziehen, so Türk. Mit Waffen könne die kurdische Frage nicht gelöst werden. "Wir haben ein demokratisches Projekt vorgelegt. Wenn sich die Demokratie durchsetzt, können wir erreichen, dass die Guerilla sich aus dem Staatsgebiet der Türkei zurückzieht und sogar die Waffen niederlegt. Es reicht bereits aus, dass ein Dialog eingeleitet wird." Im Vorfeld der Feier fanden stundenlange, mehrfache Vorkontrollen statt. Trotz heftigen Schneefalls füllten ca. 20000 Menschen den Festplatz. In einer Ansprache

Fortsetzung auf Seite 2

Newrozbotschaft aus Imrali

In einer Grußbotschaft Abdullah Öcalans, die über sein Anwaltsbüro veröffentlicht und auf den meisten Veranstaltungen verlesen wurde, wird auf die Bedeutung von Newroz als "Fest des Widerstandes und des Kampfes für die Freiheit" hingewiesen. Weiter heißt es: "Angesichts meiner Bemühungen für Frieden ist offensichtlich, welche Seite seit Jahren den Krieg provoziert und ein Hindernis für eine Lösung darstellt. Ich will keinen Krieg. Vielmehr möchte ich einen Krieg verhindern, der weitere 50 Jahre andauern könnte. Ich möchte die Einheit auf der Basis von Geschwisterlichkeit und einer würdevollen Demokratie. Auch heute rufe ich ein weiteres Mal dazu auf und sage: "Es gibt noch eine Chance für den Frieden". Ich sage dies, damit weder GuerillakämpferInnen, noch Soldaten, noch Polizisten sterben. Diese Gelegenheit muss genutzt werden." Öcalan wies weiter darauf hin, dass nur ein Bruchteil der Bemühungen, die im Palästina-Israel-Konflikt aufgewendet werden, ausreichen würden, um die kurdische Frage zu lösen: "Es müssten nur einige wenige Schritte getan werden, um den Weg für eine Lösung frei zu machen. Wir möchten, dass zwei Dinge verwirklicht werden: Das eine ist der Erlass einer Generalamnestie und somit die Ermöglichung von Politik auf legaler Basis, das andere die Anerkennung der kulturellen Rechte und ihre gesetzliche und verfassungsmäßige Garantie. Wenn diese beiden Punkte garantiert werden, werde ich alles in meiner Macht Stehende tun, um die Entwaffnung der Guerilla einzuleiten. Dann werde ich wie bisher alles tun, was mir möglich ist, um die Geschwisterlichkeit der Völker auszubauen. Die Anwendung anderer Methoden würde die Basis für Gewalt und Konflikte nur noch verstärken."

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan
Die Anwälte Îbrahîm Bîlmez, Servet Ozen, M. Denîz Buyuk und die Schwester Öcalans Fatma Öcalan die sich am Morgen für den Besuch bei Abdullah Öcalan auf den Weg zur Armeekaserne von Gemlik gemacht hatten, wurden mit der Begründung das Boot sei kaputt nicht nach Imrali gelassen.
Der Anwalt Bîlmez erklärte, man sei mit den Verantwortlichen der Armee zum Gericht nach Bursa gefahren wo ihnen gesagt worden sei, das Boot sei noch kaputt, es werde aber in Kürze repariert. Bîlamez erklärte, Millionen KurdInnen hätten am Newrozfest gezeigt, dass sie den Vertreter des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan als Ansprechpartner für die Lösung der kurdischen Frage sehen würden, der Staat jedoch nach wie vor diesen Forderungen gegenüber seine Ohren verschließe. Auch letzte Woche schon konnten die Anwälte wegen des Bootes nicht auf die Insel Imrali. *(AW, 22.3., ISKU)*

Newroz-Botschaft von Barzani an Baydemir
Mesut Barzani, Präsident der Region Südkurdistan, hat eine Newrozbotschaft an Osman Baydemir als Bürgermeister von Diyarbakir geschickt. Barzani war neben dem Staatspräsidenten der Türkei, Necdet Sezer, dem Parlamentspräsidenten Bülent Arinc, dem Ministerpräsidenten Erdogan und dem PUK-Vorsitzenden und Staatspräsidenten des Irak, Celal Talabani, offiziell zur Newrozfeier in Diyarbakir eingeladen. In seinem Schreiben an Baydemir erklärte Barzani, aufgrund von Terminschwierigkeiten nicht an der Feier teilnehmen zu können und wünschte der Bevölkerung von Diyarbakir ein frohes Fest. *(ANF, 20.3., ISKU)*

Norwegerin in Habur festgenommen
Die norwegische Gewerkschafterin Hege Reinskou wurde am Grenzübergang Habur vorübergehend festgenommen. Reinskou war im Rahmen einer Delegation mit 14 weiteren Personen aus Oslo in die Türkei gereist. Als sie nach Südkurdistan weiterfahren wollte, um an den Newrozfeiern in Kandil teilzunehmen, wurde sie an der Grenze verhaftet. Erst der Einsatz der norwegischen Botschaft in Ankara und des norwegischen Außenministeriums sorgten für ihre Freilassung. Reinskou wird nach der Teilnahme an der Newrozfeier in Silopi in

Ziviler Ungehorsam für die Freiheit

Die Initiative gegen Gedankenschuld, die 1995 Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Aufhebung von Bestimmungen gegen die Meinungsfreiheit im türkischen Strafgesetzbuch einleitete, will elf Jahre später in gleicher Weise auch gegen das neue Strafgesetz kämpfen. Wie Sanar Yurdatapan als Sprecher der Initiative mitteilte, gibt die Gruppe ein Buch mit dem Titel "Freiheit den Gedanken 1995-1996" heraus, das aus Texten und Wörtern besteht, die von der Staatsanwaltschaft inkriminiert worden sind. "Am 28. März werden wir dieses Buch unterzeichnen, es dann an Passanten verteilen und uns hinterher bei der Staatsanwaltschaft selbst anzeigen", erklärte Yurdatapan.

Sanar Yurdatapan erinnerte daran, dass sich an der Aktion des zivilen Ungehorsams, die 1995 mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Yasar Kemal gestartet wurde, innerhalb kurzer Zeit 185 Personen beteiligten. "Die Gerichtsverfahren gegen so viele Angeklagte nahmen viel Zeit in Anspruch. Allein die Aufnahme der Aussagen dauerte zweieinhalb Jahre. Als die Urteilsverkündung nahte, wurde ein neues Gesetz erlassen und alle Verfahren eingestellt. Deshalb wird dieses Mal die Anzahl der Unterzeichner höchstens 25 betragen. Sie sollen uns entweder sofort verurteilen oder die entsprechenden Paragrafen ändern."

Ra, 21.3., ISKU

Keine Guerillaktionen zu Newroz

Der Vorsitzende des Leitungsrates des KKK, Murat Karayilan erklärte, man werde in der Newrozwoche außer im Verteidigungsfalle keine Aktionen machen, damit Newroz im Zeichen des Friedens und der Demokratie stehe.

"Newroz ist der Tag des Kampfes, der Einheit, der Widerstandes. Der Tag der Geschwisterlichkeit und des Friedens. Newroz soll in allen Teilen Kurdistans die Plattform für Frieden, Geschwisterlichkeit und Demokratie sein. Es ist notwendig, die Lösung der kurdischen Frage und die Freiheit der Führung zu feiern. Dieses Newroz soll das Newroz für den Einsatz für Apo sein. Weil der Einsatz für Apo gleichzeitig der Einsatz für Kurdistan, die Freiheit, Geschwisterlichkeit und den Frieden ist."

Karayilan erinnerte an die Führungsrolle von Amed und erklärt, man glaube daran, dass Amed diese Rolle spielen könne.

Nachrichten wie "Die PKK wird am Newroz Auseinandersetzungen beginnen" entlarvte Karalyilan als Lügen aus den Reihen der AKP, die das Ziel hätten die Beteiligung an Newroz zu schwächen.

AW, ISKU

Newroz 2006 (Fortsetzung)

erklärte der Bürgermeister von Hakkari, Metin Tekce, dem ein Strafverfahren droht, weil er öffentlich erklärt hatte, er halte die PKK nicht für eine terroristische Organisation: "Allgemein haben die KurdInnen in diesem Land nie die Möglichkeit erhalten, sich für ihre demokratischen Forderungen auf demokratischer Grundlage einzusetzen. Die kurdische Frage wurde immer als ein Terrorproblem behandelt. An anderen Orten der Welt werden für ähnliche Probleme mit einem Verständnis von Multikultur Lösungen gesucht. Statt die kurdische Frage als Terrorproblem zu betrachten und den Krieg anzuheizen, muss über Modelle und Politikformen diskutiert werden, die zum gesellschaftlichen und politischen Frieden beitragen." Kulturelle Beiträge brachten u.a. die Musikgruppe Agirê Jiyan vom Mesopotamischen Kulturzentrum (MKM) und der Sänger Ferhat Tunc.

Batman: In Batman feierten rund 50.000 Menschen. Die Feier war geprägt von scharfen Sicherheitsmaßnahmen. Auf Hausdächern im Umfeld wurden Scharfschützen und Sondereinheiten positioniert. Als Bürgermeister von Batman verurteilte Hüseyin Kalkan das Vorgehen von Gendarmerie-Einheiten, durch das Menschen aus Kozluk und Sason an der Teilnahme an der Feier gehindert wurden. Aysel Tugluk von der DTP-Doppelspitze wies in einer Ansprache darauf hin, dass den Völkern des Mittleren Ostens stets Diktaturen und Besatzungen zugedacht werden. "Aber die Völker des Mittleren Ostens werden Frieden, Demokratie und Freiheit mit ihrem eigenen Willen durchsetzen."

Ankara: In Ankara kam es im Vorfeld zu Anspannungen, als die Polizei nach einer kurzen Demonstration den Einlass auf das Festgelände aufgrund von inkriminierten Transparenten sowie Öcalan-Postern in den Zeitungen Ülkede Özgür Gündem und Azadiya Welat verweigerte. Nach Verhandlungen mit der Oberstaatsanwaltschaft wurden schließlich das bemängelte Transparent und die Tageszeitung Gündem zugelassen, die kurdischsprachige Azadiya Welat blieb verboten.

Izmir: In Izmir nahmen ungefähr 40.000 Menschen an der Newrozfeier statt. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, als diese eine Gruppe von 3.000 Menschen angriff, die sich im Stadtteil Kadifekale versammelt hatte, um gemeinsam auf den Festplatz zu ziehen.

Iran: In Ostkurdistan haben gegen die Repression und den Druck des iranischen Staates in Mahabad, Urmiye, Bokan und Sakik Aktionen stattgefunden. Am 21. abends kamen zehntausende auf dem Freiheitsplatz in Mahabad zusammen entzündeten Feuer und feierten Newroz. Die Menge rief "Biji Serok Apo". Als die Staatskräfte angriffen antwortete die Menge mit Steinen und Stöcken. Die Feiern gingen bis tief in die Nacht weiter. In Bokan kamen tausende zusammen machten Feuer und tanzten Govend. Die Menge, die größtenteils in der regionalen Kleidung erschienen war, rief Parolen. Im Stadtteil Abuzer wurde die Menge mit Gasbomben und Schlagstöcken von den Staatskräften angegriffen. In Seqiz versammelte sich eine große Menge, um die Nationalhymne "Ey Raqip" zu singen. In Urmiye kamen tausende zusammen. In der Region Soma Bradost wurde mit einer Demonstration die Freiheit Öcalans gefordert.

Newroz in Europa

Frankfurt: In Frankfurt demonstrierten knapp 70 000 Menschen unter dem Motto "Für Freiheit und eine Lösung der kurdischen Frage". Zehntausende trugen dabei T-Shirts mit der Aufschrift "Freiheit für Öcalan". Angereist waren die Demonstranten in ca. 400 Bussen, mit Zügen und Privatautos.

Den Haag: An einer Newroz-Feier in Den Haag nahmen über 5000 Menschen teil, darunter Harry van Bommel als Parlamentsabgeordneter der Sozialistischen Partei sowie der Kongra-Gel-Vorsitzende Zübeyir Aydar.

Athen: An der Newroz-Feier an der Universtität Athen nahmen 1000 Personen teil.

Italien: In Italien begannen die Newroz-Aktivitäten mit der Beteiligung kurdischer AktivistInnen an einer Demonstration gegen den Irak-Krieg. Im Anschluss fand eine Feier im Ararat-Verein in Rom statt. Die Newroz-Feiern in Italien werden zehn Tage andauern.

Brüssel: In Brüssel fand ein Fackelmarsch unter Beteiligung von hundert Personen statt. Eine von der Föderation kurdischer Vereine in Belgien organisierte Veranstaltung ist für den 25. März geplant.

Marseille und Montpellier: In Marseille beteiligten Hunderte Personen an Fackelmärschen. Bei den Abschlusskundgebungen wurden Feuer angezündet. Auf der Abschlusskundgebung wies Mahmut Sakar auf die Haftbedingungen Öcalans hin und erklärte, Öcalan trete eindeutig für den Frieden ein. In weiteren Redebeiträgen wurde die Streichung der PKK von der EU-Liste terroristischer Organisationen gefordert.

(ANF, 18./19.3., YÖP/AW, 22.3., Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan", ISKU)

ihr Land zurückkehren. Reinskou wird "Werbung für eine terroristische Organisation" vorgeworfen. Sie soll letztes Jahr zu Newroz die Parolen "Es lebe Kurdistan" und "Es lebe Öcalan" gerufen haben. Außerdem wird sie beschuldigt, im vergangenen Jahr in Norwegen Eierwürfe auf Ministerpräsident Erdogan organisiert zu haben. *(ANF, 20.3., ISKU)*

Erstmals "W" gerichtlich zugelassen

Das Friedensgericht in Strafsachen Kars hat den Antrag der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen, eine Einladung der DTP zum Nevruz-Fest einsammeln zu lassen, zurückgewiesen. Der Antrag der Staatsanwaltschaft stützte sich auf die Schreibweise des Frühlingsfestes mit "w", wie dies in kurdischer Sprache üblich ist und stützte sich auf das Parteiengesetz, das vorsieht, dass Veröffentlichungen von Parteien in türkischer Sprache erfolgen müssen. Das Gericht schloß sich dieser Bewertung nicht an und stellte fest, dass trotz Schreibweise mit "w" der Text der Einladung als "Türkisch" zu bewerten sei.

Die Nachricht war jedoch von kurzer Dauer. Die Tageszeitung Radikal meldete am Freitag, dass eine höhere Instanz das Urteil aufgehoben und die Einsammelung der Einladung angeordnet habe. *(Za, 17.3., ISKU)*

Wettbewerb um Auftrag für Kampflugzeuge

Die türkische Armee plant bis zum Jahr 2023 neue Kampfflugzeuge im Wert von 10 Mrd. Dollar zu kaufen. Um die Bestellung von 120 Kampfflugzeugen bewerben sich amerikanische und europäische Firmen. Berichtet wird, dass intensive Bemühungen aufgewandt werden, die Türkei zum Beitritt in das "Eurofighter"-Konsortium zu bewegen, an dem bisher Italien, Deutschland, England und Spanien beteiligt sind.

(Za, 15.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
AW	Azadiya Welat
Za	Zaman
Ra	Radikal

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 251
31. März 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massenproteste eskalieren nach Giftgasangriff auf HPG-Guerilla

Kriegsähnliche Zustände in kurdischen Städten

Am 24. März führten türkische Armeeeinheiten eine umfangreiche Militäroperation im Gebiet "Mus-Süd" zwischen Mus-Zentrum, Kulp, Genc und Solhan gegen die HPG-Guerilla durch. Die Operation wurde von Luft- und Bodentruppen unterstützt und fand mit einer Beteiligung von 10 000 Soldaten aus Amed, Bingöl, Dersim und Mus sowie von Dorfschützern der Dörfer Badika und Semale statt.
Die Operation begann am 24. März um sechs Uhr morgens mit der Besetzung mehrerer Berggipfel durch den Einsatz von zehn Skorsky-Hubschraubern. Gegen zehn Uhr wurde eines unserer Guerilla-Lager angegriffen. Das andauernde Gefecht intensivierte sich in der Nacht. Aufgrund dessen wurde in der Nacht zum 25. März seitens des Militärs Verstärkung aus anderen Gebieten angefordert, mit deren Unterstützung das Guerilla-Lager umzingelt wurde. Das darauf folgende Gefecht dauerte mit Unterbrechungen bis zum Abend des 25. März an. Danach setzte die türkische Armee Giftgas und schwere Waffen ein.
Nach Bekanntwerden der Angriffe und des Todes der 14 Guerilla-Kämpfer kam es in zahlreichen Städten zu Demonstrationen und schweren Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräfte, die noch immer andauern.
Besonders intensiv verlaufen die Auseinandersetzungen in Diyarbakir, wo am Dienstag die Beerdigung von vier der getöteten Guerillakämpfer stattfand. Es kam bisher zu sechs Toten durch Polizeischüsse, darunter zwei sechs- und neunjährige Kinder. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD lag die Anzahl der Verletzten am Mittwoch bei 106, davon 28 durch Schusswunden. Mehrere davon befinden sich in Lebensgefahr. Die Krankenhäuser nehmen nur noch Notfälle auf. Die Demonstranten griffen das Gouverneursamt, mehrere Polizeireviere, Banken und staatliche Gebäude mit Steinen an. Den ganzen Tag über flogen F-16-Kampfflugzeuge und Hubschrauber über die Stadt. Aus der Umgebung wurden militärische Einheiten nach Diyarbakir verlegt. Die Aktivisten kündigten an, ihre Aktionen drei Tage lang fortzusetzen. Unter den Sicherheitskräften befinden sich Sondereinheiten, JITEM-Mitarbeiter und Überläufer. Die Geschäfte in der Stadt sind seit drei Tagen geschlossen. Auch die meisten Schulen wurden boykottiert. Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir, wurde auf dem Weg zu einem Gespräch mit dem Gouverneur von Sondereinheiten mit Schusswaffen bedroht und konnte seinen Weg erst durch Intervention des stellvertretenden Polizeichefs fortsetzen.

20.000 demonstrierten in Batman

Der HPG Guerilla Abdullah Rukun,mit dem Codenamen Berxwedan Garzan, wurde in Batman unter der Beteiligung von 20 000 Menschen beerdigt.
Bei der Beerdigung wurden die Verantwortlichen für das Massaker verurteilt. Die Leiche von Abdullah Rükün wurde in der Anbiya Moschee gewaschen und im Anschluss mit einer Demonstration zum Ikiztepe Friedhof gebracht. 20.000 Menschen beteiligten sich an dem Marsch, sie trugen Poster von Öcalan und Mahsum Korkmaz. Außerdem wurden Fahnen der Gemeinden der Kommunen Kurdistans KKK und ein Transparent mit der Aufschrift "Wir gehen auf die Berge und verlangen Rechenschaft" getragen.
Vor allem rief die Menge die Parolen "Rache, Rache", "Es lebe unser Vorsitzender Apo" und "Die Gefallenen sind unsterblich". Studentinnen und Schülerinnen gingen nicht in die Schulen, Geschäfte und Schulen blieben geschlossen. Der Vorsitzende der DTP von Batman, Ayhan Karabulut erklärte, das kurdische Volk habe immer für die Würde gelebt und werde auch weiter für seine Würde leben.
Karabulut sagte: "Dieser Angriff ist unmenschlich. Wenn die Regierung glaubt, sie werde mit diesen grausamen Methoden durchkommen, werden wir diese Haltung nicht akzeptieren. Wir sind jederzeit bereit zu sterben. Aber wir wollen niemanden töten und nicht getötet werden. Wir wollen dass die Probleme mit zeitgemäßen und demokratischen Methoden gelöst werden."
Nach der Rede von Karabulut demonstrierte die Menge zum Trauerzelt auf dem Platz des 19. Mai.
Die Anzahl der DemonstrantInnen erreichte am Mittag des 30. März erneut 10 000. Überall in der Stadt wurde Militär stationiert. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei begannen am Morgen in der gesamten Stadt. Barrikaden wurden auf der Diyarbakirstraße errichtet. Die Polizei und Spezialteams griffen mit Gasbomben und Panzerfahrzeugen an und schossen in die Luft. Die Menge antwortete mit Molotowcocktails und Steinen. Zahlreiche Fenster von Geschäften gingen zu Bruch.
Nach einer zunehmenden Eskalation wurden Militäreinheiten der Gendarmeriekaserne von Batman in die Stadt gebracht. Die Auseinandersetzungen dauern vor allem beim Bürgermeisteramt und auf der Kreuzung der Straße Elih Hasankeyf an. Bisher wurden mehr als 30 Personen verletzt, 20 Personen festgenommen. Die Polizei soll einer Person aus dem 4. Stock eines Gebäudes geworfen haben.

Ein Toter in Istanbul

Weitere Auseinandersetzungen fanden u.a. in Van, Adana, den Istanbuler Stadtteilen Gazi und Ümraniye sowie in Siirt statt, wo ein Sechzehnjähriger durch Schüsse von Soldaten und Dorfschützern lebensgefährlich verletzt wurde.
In Istanbul kam am Mittwoch bei Auseinandersetzungen mit der Polizei der 24jährige Huseyin Demir ums Leben. Die näheren Umstände sind noch nicht bekannt.
In Sakarya griff eine Gruppe von mehr als 1000 türkischen Nationalisten das Gebäude der Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (DTP) an und verbrannte Teile der Inneneinrichtung.

Neue Militäroperationen

Die türkische Armee hat am 27. März erneut mit einer breitangelegten Operation unter der Beteiligung von 20.000 Soldaten begonnen, die von der Region Siirt bis nach Eruh reicht.
Die Verlegung von Soldaten in die Region dauert nach regionalen Augenzeugenberichten noch an.
Auch in der Region Ava Spi in der Region Merdin Nusaybin hat eine breitangelegte Operation begonnen. Zahlreiche Soldaten wurden in die Region Merdin Qoserê und Stewrê verlegt.
Auch in der Region Amed Farqin (Silvan) und in den Besta Bergen hat eine Operation begonnen.

(hpg, 26.3., RTV, 28.3., DIHA, 29./30.3., ISKU)

Meldungen

Angriff auf Demonstration in Hakkari

Einwohner Hakkaris haben gegen die Verhaftung des ehemaligen Provinzvorsitzenden der inzwischen aufgelösten DEHAP, Sebahattin Subagci demonstriert. Die Demonstranten wurden von Polizisten angegriffen und vier von ihnen durch Schüsse verletzt. Polizei und Jandarma riegelten staatliche Gebäude in der Stadt ab. Das Gouverneursamt von Hakkari teilte mit, bei den Auseinandersetzungen seien 19 Personen verletzt worden, davon zehn Polizisten. 21 Demonstranten seien festgenommen worden.

(ANF, 23.3., ISKU

Zwei Verhaftungen in Diyarbakir

Nachdem die Newrozfeiern in der Türkei relativ störungsfrei verlaufen sind, kommt es im Nachhinein vermehrt zu Festnahmen aufgrund massiver Kameraüberwachung der Veranstaltungen. So wurden in Diyarbakir zehn Personen mit der Begründung festgenommen, sie hätten PKK-Symbole mitgeführt. Gegen zwei der Festgenommenen wurde Haftbefehl ausgesprochen, die anderen werden weiter verhört. *(ANF, 23.3., ISKU*

Amnesty International startet Unterschriftenaktion zur Aufhebung von Artikel 301

Mit Hinweis auf die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Türkei, die von Bestimmungen des Artikel 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuches ausgeht, hat Amnesty International (ai) eine Unterschriftenaktion begonnen. ai erhebt die Forderung, den Artikel aufzuheben. Die Kampagne soll bis zum 10. April fortgesetzt werden.

(Za, 25.3., ISKU)

Gericht entscheidet für Freiheit von Karikaturen

Im Entschädigungsstreit von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan gegen das Satiremagazin Penguen wurde die Urteilsbegründung für die Zurückweisung der Klage vorgelegt. Die Radikal zitiert als Leitsatz des Urteils, dass sich Gesellschaften nicht entwickeln können, wenn Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller oder Karikaturisten durch die Schadenersatzforderungen zum Schweigen gebracht werden. Wer über Macht verfügt, die Gesellschaft weiter zu bringen, müsse offen für Kritik sein und diese ertragen.

(Ra, 24.3., ISKU)

Pinar Selek: Die Herrschaft der Angst

Wir befinden uns im Land der Angst. Alles gehört ihr. Sie sitzt auf ihrem Thron und vernichtet, wen sie will. Sie bringt zum schweigen, wen sie will. Ihr Name lautet Angst. Sie beherrscht alles, sie herrscht auch über sich selbst. Je größer ihre Angst wird, desto grausamer wird sie. Wenn sie Angst hat, greift sie an. Sie macht Angst… und so regiert sie.

Die in Semdinli gefundenen Bomben gehörten der Angst. Die gesamte Türkei hat überrascht beobachtet, was im Tatfahrzeug alles gefunden wurde. Je mehr die Beziehungen der gestellten Täter zum Vorschein kamen, desto intensiver wurden die Diskussionen. So wie beim Susurluk-Skandal, so wie bei der Fahnen-Provokation wurden die Seiten bestimmter Hefte, die nie geschlossen wurden, erneut umgeblättert.

Ich erinnere mich an die fürchterliche Hoffnungslosigkeit, der wir begegneten, als wir mit einer IHD-Abordnung nach Semdinli fuhren. In jenen Tagen war die Hakkari-Bande freigesprochen worden. Die Menschen erzählten einander von der Rechtlosigkeit, die sie erlebt hatten. All dem zum Trotz sagten wir, dass der juristische Kampf wichtig ist und die Menschenrechtsorganisationen diesen Kampf beharrlich weiter führen. Und die Menschen von Semdinli hatten all dem zum Trotz dem Rechtssystem nicht den Rücken zugekehrt und die Tatverdächtigen mitsamt den Beweismitteln der Justiz ausgeliefert. Ein Ladeninhaber sagte: "Was haben wir schon außer unserer Hoffnung." Als die Justiz sich der Sache annahm, fing die Bevölkerung hat, mit einer gewissen Hoffnung abzuwarten.

Dann erschien diese Anklageschrift. Oder das "Manifest von Semdinli", wie die Medien es in den letzten Tagen genannt haben. Als ich die Anklageschrift das erste Mal las, fühlte ich mich an die höchst politische Schrift erinnert, mit der Baskin Oran und Ibrahim Kaboglu angeklagt wurden. Und an das Gericht, vor dem in den fünfziger Jahren der Friedensverein wegen "übler Nachrede gegen unser Bündnis mit dem großen Amerika" stand. Diese Methode ist kein neuer Weg der politischen Abrechnung. Seit Jahren wird sie gegen Oppositionelle, denkende Menschen, Friedensaktivisten und Demokraten angewendet. Aber erstmalig wendet sie sich gegen die herrschende politische Struktur. Jeder wird sich erinnern, die Parlamentarische Untersuchungskommission hatte einen interessanten Susurluk-Bericht herausgegeben. Aber weil die Justiz die Angelegenheit nicht an sich nahm, blieb dieser Bericht in den Büchereien. Als wir nach Semdinli fuhren, sagten wir: "Semdinli wird nicht wie Susurluk werden."

Wie es passieren konnte, ist noch nicht klar, aber ein Staatsanwalt hat die Tatsachen, die von demokratischen Kräften seit Jahren zur Sprache gebracht werden, in die juristische Prozedur fließen lassen. Dort, wo der Krieg in aller Erbarmungslosigkeit andauert, stellt sich ein Staatsanwalt hin und sagt: Die Justiz wird die Rechtlosigkeit beenden.

Über all das habe ich nachgedacht. Dann habe ich mich gefragt, ob der Schreibstil dieser Anklageschrift wohl der Anlass dafür wird, dass die Angelegenheit auf ganz anderer Ebene diskutiert und das eigentliche Problem damit verschleiert wird? Das ist möglich. Die Entwicklungen deuten auf diese Gefahr hin.

Die Ohrfeige, die der Generalstab dem Staatsanwalt versetzt hat, haben wir gemeinsam verfolgt. Die Militärs beschuldigen den Staatsanwalt, unter dem Einfluss einer "bestimmten Meinung" zu stehen und sein Amt zu missbrauchen. Sie fordern die Regierung zur Intervention auf. Minister Cicek kündigt an, das "Notwendige" werde veranlasst und erinnert an die eingeleiteten Ermittlungen gegen Staatsanwalt Sarikaya.

Aber all das passiert direkt auf die Diskussion um "Eingriffe in die Justiz" der letzten Zeit. Mit der Militärputsch-Verfassung ist die Unabhängigkeit der Justiz aufgehoben worden. Die folgenden Regierungen haben zu diesem Thema keinen Finger gerührt und das tun sie auch heute noch nicht. Darüber hinaus schränkt der Begriff "Eingriff in die Justiz" die Demokratie-Kräfte ein, aber der politischen Gewalt geschieht gar nichts…

Sicher, wer sind wir und wer steht hinter dem "Eingriff in die Justiz"? In die Justiz können nur Legislative, Exekutive oder das Militär eingreifen. Eine eigene Bedeutung hat bei diesen Eingriffen noch die Frage, ob die jeweilige Macht die Waffengewalt in ihren Händen hat. Aber richtet sich die Unabhängigkeit der Justiz nicht genau gegen diese Instanzen? Ja und Nein. Denn so heißt es doch: "Hier ist die Türkei. Hier ist niemand unabhängig vom Militär. Nicht die Gesetzgebung, nicht die ausführende Gewalt, nicht die Gerichtsbarkeit und auch nicht der Bäcker von nebenan…"

So ist das. Die Gerichtsbarkeit reicht nicht überall hin. Und während Justiz und Gesetze irgendwo gelagert werden, wird uns vom "Antiterrorkampf" und der "nationalen Sicherheit" erzählt.

Genau, uns steht mal wieder die "Raison d'Etat" gegenüber. Dieser Begriff wird in der internationalen Terminologie für ungesetzliches staatliches Handeln im hohen Interesse des Staates benutzt. Wenn es die hohen Interessen der staatlichen Herrschaft erfordern, kann der Staat die von ihm selbst erlassenen Gesetze außer Acht lassen. Damit wird die relative Legalität der "Raison d'Etat" der Organisierung der Gewalt geopfert und die Angst errichtet ihre Herrschaft.

Wie das funktioniert? Man kann es in der Zeitung lesen. Bei Kazim Zengin, dem Chef der "Sauna-Bande", wurde das "Strategische Dokument zur inneren Sicherheit" gefunden. Eben genau dieses Dokument, das im Rahmen des "Dokumentes zur Politik der nationalen Sicherheit" erstellt und geheim gehalten worden war. So wird in der Türkei die nationale Sicherheit geschützt. Alles wird der Staatsraison geopfert.

Ich glaube dennoch an das Recht und den juristischen Kampf. Als der Staatsanwalt für mich eine erschwerte, lebenslängliche Haftstrafe erforderte, habe ich den vor dem Gericht wartenden Journalisten das Gleiche gesagt. Ich sage es auch jetzt. *(ÜÖG, 24.3., ISKU)*

Neue Repressalien gegen Eren Keskin

Zu zehn Monaten Haft, ersatzweise zur Zahlung von 4500 Euro, ist Eren Keskin, Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD verurteilt worden – wegen »Beleidigung der türkischen Streitkräfte«. Falls das Urteil vom obersten Kassationsgericht bestätigt werden sollte, will Keskin notfalls ins Gefängnis gehen, statt die Geldstrafe zu zahlen, wie sie am Mittwoch vor internationaler Presse erklärte. »Kein Mensch soll die Freiheit seiner Meinung mit Geld erkaufen«, sagte sie.

Gegenstand des aktuellen Prozesses war die Teilnahme der Kurdin an einer Podiumsdiskussion im April 2002 in Köln. Sie referierte dort – gestützt auf konkrete Daten, die sie seit 1997 sammelt, über sexuelle Belästigung und Vergewaltigungen in staatlichem Gewahrsam. Weiter verurteilte sie den Druck, den das türkische Militär auf die Politik ausübt. Die Tatsache, dass Waffen und Kapital in einer Hand lägen, mache die militärische Macht so unangreifbar.

In der Urteilsbegründung des Gerichtes hieß es, »bestimmte Kreise« würden »sensible und wertvolle Ämter und Institutionen unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit angreifen«.

Die Rechtsanwältin Eren Keskin ist Trägerin des Aachener Friedenspreises 2004 und des »Theodor-Haecker-Preises für politischen Mut und Aufrichtigkeit« 2005 der Stadt Esslingen am Neckar. Der Oberbürgermeister von Esslingen, Jürgen Zieger, und der Vorsitzende des Aachener Friedenspreis e.V., Otmar Steinbicker, haben in scharfer Form gegen das Urteil protestiert. In einer gemeinsamen Erklärung haben sie am Mittwoch seine Aufhebung gefordert und »alle demokratischen Kräfte in Europa« zur Solidarität mit der Menschenrechtsaktivistin aufgerufen. *(jW, 25.3., ISKU)*

Privatsender nehmen Sendungen in kurdischer Sprache auf

Am vergangenen Donnerstag begannen die Stationen GünTV und SözTV aus Diyarbakir sowie Medya FM aus Sanli Urfa mit ihren Sendungen in kurdischer Sprache. Bei aller Freude über den Beginn der Sendungen wurde auch Kritik geäußert: Aufgrund der Vorschrift, dass die kurdischen Sendungen entweder durch Untertitel oder eingespielte Übersetzung präsentiert werden müssen, steigt der Aufwand enorm und sind life-Sendungen nicht möglich. *(Ra, 24.3., ISKU)*

Haft für "Ehrenmord"

Wegen eines "Ehrenmordes" ist in der Türkei ein 15-Jähriger zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte seine Mutter nach einem TV-Auftritt in einer Frauensendung mit mehreren Schüssen tödlich verletzt. Der Vater und ein Stiefbruder, die der Anstiftung angeklagt waren, wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. *(taz, 29.3., ISKU)*

Internationale Unterstützung für Pinar Selek

Mehr als hundert Einzelpersonen und Organisationen aus über zwanzig Ländern, darunter 20 Parlamentsabgeordnete sowie viele Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, haben in einer Petition ihre Besorgnis über das seit acht Jahren andauernde Verfahren gegen die türkische Soziologin Pinar Selek zum Ausdruck gebracht und die Forderung erhoben, dass die Anklage gegen Frau Selek angesichts nicht vorhandener Beweise endlich fallengelassen wird. Der Text der Petition und die vollständige Liste der UnterstützerInnen sind auf der Webseite der ISKU zu finden. *(ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Za	Zaman
Ra	Radikal
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 252
7. April 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Eine unvollständige Bilanz der Ereignisse

Serhildan in Nordkurdistan

Nach dem Tod von 14 Guerillakämpfern durch den Einsatz von Giftgas im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee im Gebiet zwischen Mus, Diyarbakir und Bingöl kam es überall in Nordkurdistan zu Volksaufständen. Polizei und Militär griffen die DemonstrantInnen mit unvorstellbarer Gewalt an. Dabei kamen 13 Menschen ums Leben, darunter vier Kinder. Die DTP gab eine Presseerklärung heraus, in der dazu aufgerufen wird, die Auseinandersetzungen in Diyarbakir zu beenden. In einem demokratischen Land sei es nicht zu akzeptieren, dass die Sicherheitskräfte Waffen gegen die Bevölkerung einsetzen, so Ahmet Türk von der Partei-Doppelspitze. "Wir glauben nicht daran, dass Probleme mit Waffen und Gewalt gelöst werden können. Wir rufen nicht zu Aktionen auf, die über das Maß hinausgehen, und wir erwarten das gleiche von den Sicherheitskräften."
Die Demokratie-Plattform Diyarbakir forderte das Parlament und die Abgeordneten aus Diyarbakir zur Verantwortung auf. Als Sprecher der Plattform kritisiert Ali Öncü die Behauptung eines Ministers, Kinder wäre Geld gegeben worden, damit sie Molotow-Cocktails werfen. "Es sind Menschen zu Tode gekommen, Menschenrechte wurden verletzt, Hunderte von Menschen haben Verletzungen erlitten und wurden gefoltert, Hunderte wurden verhaftet. In einer solchen Situation darf keine so billige Politik gemacht werden. Es geht nicht darum, dass ein paar Scheiben zu Bruch gegangen sind."

Zahlreiche Tote und Verletzte

Mit zwei Toten, die in Diyarbakir ihren in den vergangenen Tagen erlittenen Verletzungen erlagen, hat sich die Anzahl der Todesopfer durch Polizeigewalt auf 13 erhöht. Das jüngste Opfer ist ein dreijähriges Kind, das in Batman bei einer Razzia von Polizisten erschossen wurde.

Festnahmen und Verhaftungen

Während die Partei für eine demokratische Gesellschaft zum Ende der Gewalt aufrief, nimmt die Polizei willkürlich Menschen auf der Straße und in Cafes fest. Wer Widerstand leistet, wird brutal geschlagen. Von 546 Festgenommenen, die bisher dem Staatsanwalt vorgeführt worden sind, sind 446 verhaftet worden, darunter 89 Minderjährige. Rechtsanwalt Cengiz Analay, ehemaliger Vorsitzender der Kinderrechtskommission der Anwaltskammer von Diyarbakir, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA, die festgenommenen Minderjährigen seien gefoltert worden: "Es ist festgestellt worden, dass die Minderjährigen im Alter von zwölf bis 18 Jahren hinter dem Rücken gefesselt, nackt ausgezogen, mit kaltem Wasser übergossen wurden. Sie wurden gezwungen, sich in diesem Zustand auf nackten Beton zu legen, wo sie stundenlang geschlagen und beleidigt wurden. Über vier Tage hinweg haben sie kein Essen bekommen." Bei den meisten der Minderjährigen seien die Misshandlungen ärztlich attestiert worden, so Analay.



Diyarbakir, 30.März (Foto: DIHA)

Bombenanschlag in Istanbul

Die "Freiheitsfalken Kurdistans" (TAK) verübten einen Bombenanschlag auf einem Platz in Kocamustafapasa, bei dem eine Person getötet und elf weitere Menschen verletzt werden. Die DTP und der Menschenrechtsverein IHD verurteilten den Anschlag sofort nach bekanntwerden. In der Erklärung des IHD heißt es: "In diesen Tagen, in denen in Diyarbakir mehrere Menschen ihr Leben verloren haben, weil auf Zivilisten geschossen wurde, ist es offensichtlich, dass diese Form von Aktionen keine Lösung für das Problem der Gewalt bietet und dem Wunsch nach einer demokratischen, zivilen und gewaltfreien Gesellschaft widerspricht."

Drei Frauen sterben bei Protestaktion

In Istanbul Bagcilar kamen bei einer Protestaktion in Istanbul drei unbeteiligte Frauen ums Leben, als Demonstranten Molotowcocktails auf einen Bus warfen.

Verfahren gegen DTP Mitglieder

In Ankara leitete der Kassationsgerichtshof am 1.4. Ermittlungen ein, um zu prüfen, ob die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) in die Vorfälle in Diyarbakir verwickelt ist. Gegen den Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir sind mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil er die PKK gelobt haben soll. Die Staatsanwalt Diyarbakir ermittelt aus dem gleichen Grund gegen Baydemir und einige DTP-Provinzvorsitzende. Baydemir hatte nach dem Tod der ersten beiden Zivilisten erklärt, der Schmerz der Stadt habe sich von 14 auf 16 erhöht. Gegen den Vorsitzenden des DTP-Provinzverbandsvorsitzenden von Batman Ayhan Karabulut wurde ein Haftbefehl aufgrund eines telefonischen Beitrags im Fernsehsender Roj TV und der Auseinandersetzungen in der Stadt ausgesprochen. In Istanbul-Beyoglu wurde auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss eine Razzia in der DTP-Zentrale durchgeführt. Es wurden Computer, Disketten, Bücher, Fahnen und CDs beschlagnahmt.

Familien der getöteten Guerillas kamen nach Ankara

Familienmitglieder der Guerillas, die bei der Auseinandersetzung in Mus ums Leben kamen und denen nach den Ereignissen in Diyarbakir die Leichen ihrer Verwandten nicht übergeben worden sind, sind nach Ankara gekommen, um dort vor Gericht die Freigabe der Leichen zu beantragen.
Die Leichen der HPG Guerillas, die Staatsbürger des Iran, Iraks und Syriens sind, und die am 24. März in Mus mit Chemiewaffen getötet worden waren, wurden noch immer nicht freigegeben.
Der Vertreter des „Vereins für den Frieden“ Ismail Kaplan, der mit den Familien nach Ankara gekommen war, sagte, man habe alle alle Anträge gestellt, aber das Innenministerium habe gesagt, wegen der Ereignisse könne man die Leichen nur herausgeben wenn sie im Flugzeug in ihre Heimatländer transportiert würden. Die Familien stellten einen Antrag im Justizministerium.

(ANF/DIHA, 31.3.- 5.4., ISKU)

Meldungen

Prozess gegen Friedensmütter

Im Prozess am 31.3. gegen 24 Mitglieder der Initiative "Mütter für den Frieden" wurden die AnwältInnen im Beisein des Staatsanwaltes am Ausgang des Gerichtsgebäudes verbal und tätlich von Polizisten angegriffen und als "Vaterlandsverräter" beschimpft. Während der Verhandlung bezeichnet der Staatsanwalt die Frauen als "ungebildet". Die Friedensmütter werden aus der Haft entlassen.

(DIHA, 1.4., ISKU)

Ankara fordert von Dänemark Schließung von Roj TV

Die türkische Regierung hat Dänemark zur sofortigen Schließung des kurdischen Fernsehsenders "Roj TV" aufgefordert, den sie als Sprachrohr der PKK betrachtet. Wie der türkische Außenminister Abdullah Gül am Samstag im staatlichen Fernsehen TRT erklärte, habe sein dänischer Ressortkollege Per Stig Möller in einem Telefongespräch "Verständnis" für die diesbezügliche Beunruhigung der Regierung in Ankara bekundet.
Dänemark müsse sich seiner Verantwortung bewusst werden, "das ist keine Frage von Demokratie oder Pressefreiheit", sagte Gül. Der Sender strahlt seit März 2004 von dänischem Territorium aus. Auch die USA hatten Dänemark bereits zur Schließung von "Roj TV" aufgefordert.

(DS, 1.4., ISKU)

Änderung des Antiterrorgesetzes angekündigt

Als Reaktion auf die gewalttätigen Proteste in verschiedenen türkischen Städten hat Ministerpräsident Erdogan angekündigt, den vom Justizministerium vorbereiteten Entwurf zur Verschärfung des Antiterrorgesetzes den Parteigremien vorzulegen. Danach wird erwartet, dass der Entwurf durch die Regierung dem Parlament überstellt werde. Andererseits meldet die Tageszeitung "Yeni Safak" am gleichen Tag, dass sich verschiedene Menschenrechtsorganisationen besorgt zeigten, dass mit diesem Schritt ein Teil der Reformen der vergangenen Jahre rückgängig gemacht werden könnte. Bereits eine Woche zuvor hatten Forderungen des Direktors der Sicherheitskräfte Istanbuls nach mehr Befugnissen für die Polizei scharfe Kritik hervorgerufen. *(Cu/YS, 1.4., ISKU)*

Anzeige gegen Unterstützer von Pinar Selek

Gegen 283 Intellektuelle aus der Türkei, darunter die Schriftsteller Yasar Kemal und Orhan Pamuk,

Anwaltskammer verurteilt Folter an Kindern in Polizeigewahrsam

Wie die Anwaltskammer Diyarbakir auf einer Pressekonferenz mitteilte, sind die Minderjährigen, die während der vier Tage andauernden Auseinandersetzungen nach den Guerillabeerdigungen in der Stadt festgenommen wurden, systematisch gefoltert worden. Als stellvertretender der Vorsitzender der Anwaltskammer erklärte Rechtsanwalt Tahir Elci, Gewalt dürfe nicht als Methode in der Lösung der Probleme angewendet werden. "Wie der jüngste Vorfall in Istanbul gezeigt hat, führen diese Aktionen, die den Tod vieler unschuldiger Menschen verursacht haben, zu noch tieferen Verletzungen in der Gesellschaft und bergen die Gefahr, die gesamte Gesellschaft gegeneinander aufzubringen."

Der Tod von Menschen im Alter zwischen sechs und 78 Jahren in Diyarbakir im Verlauf der Vorfälle sei nicht zu akzeptieren, so Elci. Die Anwaltskammer verurteile die Rechtlosigkeit, die dabei stattgefunden habe. Die Sicherheitskräfte müssten davon absehen, tödliche Schusswaffen einzusetzen. "Willkürliche, extreme und unangemessene Gewalt darf nicht zur Anwendung kommen. Die Behörden und die Verantwortlichen für diese Todesfälle müssen ihr stattgefundenes und kommendes Vorgehen offen legen."

An die Anwaltskammer sei in 543 Fällen von festgenommenen Verdächtigen die Forderung nach anwaltlichem Beistand gestellt worden, führte Rechtsanwalt Elci weiter aus. Davon seien 199 Personen im Alter unter 18 Jahren, von denen wiederum 91 verhaftet worden seien. Von 344 festgenommenen Erwachsenen seien 278 verhaftet worden.

"Einschließlich der Minderjährigen haben die meisten der Tatverdächtigen berichtet, auf dem Weg zu den Gewahrsam-Zentren und in diesen Zentren intensiv illegalen Maßnahmen wie Misshandlung, Beleidigung und Folter ausgesetzt gewesen zu sein. Des Weiteren wurde unseren Kollegen mitgeteilt, dass viele Personen, insbesondere Minderjährige, festgenommen, misshandelt und ohne der Justiz vorgeführt zu werden wieder freigelassen und somit nicht registriert worden sind."

Elci führte weiter aus, dass Folter verfassungsrechtlich verboten, als absolutes Verbot in verschiedenen von der Türkei unterzeichneten internationalen Abkommen festgehalten und als Verbrechen an der Menschheit bezeichnet sei. "Wir verurteilen die ein weiteres Mal stattgefundene breite Anwendung von Folter. Mit den Vorfällen der vergangenen Tage ist offen zu Tage getreten, dass das Versprechen der Regierung, Folter nicht tolerieren, trotz der Abnahme in der Anwendung in den vergangenen Jahren nur eine vorübergehende Haltung im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess darstellt und nicht aufrichtig ist."

Nach den Beobachtungen seiner Kollegen seien systematische Foltermethoden an den Festgenommenen angewendet worden. Sie seien gezwungen worden, sich auszuziehen und mit kaltem Wasser übergossen worden, so Elci. Die Anwaltskammer fordere wirkungsvolle Ermittlungen, um die dafür Verantwortlichen zu finden.

Schuss aus nächster Nähe

Zum Fall von Mahsuni Mizrak, der bei den Vorfällen zu Tode gekommen war, teilte Rechtsanwalt Cengiz Analay mit, Mizrak sei zuletzt am zweiten Tag der Auseinandersetzungen gesehen worden, als er vor einem Polizeirevier festgenommen wurde. Danach habe er als vermisst gegolten. Sein Leichnam sei schließlich in der Leichenhalle der medizinischen Fakultät wieder gefunden worden – mit einer tödlichen Verletzung, die von einem Schuss aus nächster Nähe hervorgerufen worden sei.

Im Anschluss an die Erklärungen wurden Dias der Folteropfer gezeigt.

(DIHA, 4.4., ISKU)

München: Polizeiknüppel gegen friedliche Kundgebung

»Diyarbakir und München Schulter an Schulter«, lautete ein türkischsprachiger Aufruf für eine Münchner Kundgebung gegen die jüngsten Massaker in der Türkei. Dieses Motto wurde von der bayerischen Polizei auf eigene Art ausgelegt. Die friedliche Kundgebung am Sonnabend wurde brutal auseinandergeknüppelt.

Die rund 100 mehrheitlich kurdischen Demonstranten hatten auf dem Stachus gegen die seit einer Woche andauernden Massaker der türkischen Armee und Polizei an der kurdischen Bevölkerung protestiert, bei denen mindestens neun Zivilisten, darunter Kinder im Alter von drei, acht und zwölf Jahren getötet und Hunderte zum Teil schwer verwundet wurden.

Orhan Akman, Sekretär der Gewerkschaft ver.di, forderte demokratische Rechte und Selbstbestimmung für die Kurden in der Türkei, und der gerade aus der Osttürkei zurückgekehrte jW-Korrespondent Nick Brauns berichtete von Panzern aus deutscher Lieferung in den kurdischen Gebieten. Ohne Vorwarnung stürmten kurz darauf schwarzuniformierte Sonderkommandos der Polizei die friedliche Kundgebung, warfen Teilnehmer zu Boden und zogen Frauen an den Haaren.

Ein Staatsschutzmitarbeiter hatte die Demonstranten zuvor aufgefordert, die Bilder von 14 vor einer Woche durch einen Giftgaseinsatz der türkischen Armee ermordeten kurdischen Freiheitskämpfer zu entfernen. Der hinter den Gesichtern angedeutete rote Stern sei ein Symbol der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Offenbar handelte es sich dabei um den Vorwand für die Zerschlagung des friedlichen Protestes. Während die angeblich verbotenen Bilder nicht angerührt wurden, nahm die Polizei gezielt die beiden Versammlungsleiter Falko Blumenthal, Vorsitzender der SDAJ Bayern, und Nick Brauns fest. Unter den insgesamt acht Festgenommenen, die am gleichen Abend wieder frei kamen, waren auch ein Vertreter der Föderation Kurdischer Vereine Yek-Kom, ein Korrespondent der Tageszeitung Özgür Gündem und ein Fachbereichsleiter der Gewerkschaft ver.di. Allen Festgenommenen wird Widerstand gegen die Staatsgewalt oder die Behinderung von Polizeimaßnahmen vorgeworfen.

Beobachter des brutalen Polizeieinsatzes haben gegen mehrere Beamte Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Körperverletzung und Beleidigung gestellt. Ver.di-Sekretär Akman und Claus Schreer vom Münchner Bündnis gegen Rassismus und Krieg verurteilten in einer Presseerklärung die Kumpanei von Bayerns Innenminister Günther Beckstein und dem türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan. Es sei ein Skandal, daß nicht der Mord an kurdischen Kindern oder der Einsatz völkerrechtlich verbotener Massenvernichtungsmittel durch die türkische Armee verfolgt werde, sondern die Trauer um die Opfer.

Zu friedlichen Protesten gegen die Massaker in der Türkei kam es am Wochenende auch in Hamburg, Stuttgart, Freiburg, Wien, Paris, London und Nikosia.

(jW, 3.4., ISKU)

ist Strafanzeige wegen einer Unterstützungserklärung für die Soziologin Pinar Selek gestellt worden.

Rechtsanwalt Kemal Kerincsiz begründete seine Anzeige, die er bei der Staatsanwaltschaft Istanbul einreichte, mit den Artikeln 215 und 288 des türkischen Strafgesetzbuches, die die Straftaten "Loben eines Straftäters" und "Versuch der Beeinflussung der Justiz" regeln. Die Unterstützungserklärung war am 14. März 2006 in der Türkei veröffentlicht worden. Rechtsanwalt Kemal Kerincsiz, der auch Vorstandsmitglied der Vereinigung der Juristen ist, hatte zuvor bereits Anzeige gegen den EU-Parlamentarier Joost Lagendijk gestellt.

(ANF, 4.4., ISKU)

Fünf tote Soldaten nach Gefecht in Gabar

Die Militäroperationen in Kurdistan dauern an. Zuletzt kamen nach Informationen bei einer Militäroperation in Gabar bei Sirnak fünf Soldaten ums Leben, neun Soldaten und zwei Dorfschützer wurden verletzt.

(RTV, 5.4., ISKU)

Drohende Auslieferung der kurdischen Journalistin Zübeyde Ersöz

Am 15. Februar 2006 stellte die kurdische Journalistin Zübeyde Ersöz bei der Ausländerbehörde in Luxemburg ihren Antrag auf politisches Asyl. Bei ihrer Antragstellung wurde sie durch die Luxemburger Polizei aufgrund eines Haftbefehls der türkischen Behörden verhaftet und ist nun mit einer Auslieferung an die Türkei bedroht.

CENÎ, AZADÎ und ISKU wenden sich mit dem dringenden Appell an Sie, gegen die drohende Auslieferung zu protestieren. Den Appell finden Sie auf der Internetseite der ISKU. *(ISKU, 5.4.)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
jW	junge Welt
DS	Der Standard
Cu	Cumhuriyet
YS	Yeni Safak

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.nadir.org/isku

Nr. 253
14. April 2006

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

DTP im Fadenkreuz von Justiz und Faschisten

Bei Interventionen gegen die Beerdigungsfeiern der nach dem friedlich verlaufenden Newrozfest getöteten 14 Guerillakämpfer haben 19 Zivilisten ihr Leben verloren. Während in diesem Zusammenhang kein einziges Ermittlungsverfahren eröffnet worden ist, bekommt die DTP die Rechnung für die gesellschaftliche Explosion der Kurden. Nach den Protesten sind die Vorsitzenden der Provinzverbände von Batman, Van und Mardin sowie der stellvertretende Vorsitzende aus Diyarbakir verhaftet worden. Während die gesamte Region auf eine Lösung der kurdischen Frage wartet, schweigt die Regierung beharrlich zu dem Lösungsvorschlag in drei Etappen, den die DTP vorgelegt hat. Bis heute gibt es weder Ermittlungen zu dem Vorwurf, die 14 Guerillakämpfer seien mit Giftgas getötet worden, noch zum Tod von 19 Zivilisten im Alter zwischen drei und 78 Jahren. Aber die DTP wird vom Staat wegen der Proteste angeprangert. Täglich gibt der Ministerpräsident Erklärungen ab, die auf eine vermeintliche Illegalität der DTP verweisen. Auch die Sicherheitskräfte und die Justiz bleiben nicht untätig.
Bis heute sind knapp 50 DTP-Mitglieder verhaftet worden, darunter die Vorsitzenden der Provinzverbände von Batman, Van und Mardin, die Kreisverbandsvorsitzenden von Dogubeyazit, Kiziltepe, Silopi und Cizre sowie der stellvertretende Provinzverbandsvorsitzende von Diyarbakir. Die Haftbefehle gegen die DTP-Mitglieder, die im Verlauf der Vorfälle die Bevölkerung zur Besonnenheit aufriefen und die gewalttätigen Auseinandersetzungen verhindern wollten, werden mit Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Organisation, Verstoß gegen das Versammlungsrecht und Aufstachelung zu Hass und Feindschaft begründet.
Insgesamt wurden über 500 Personen verhaftet, darunter ca. hundert Minderjährige. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Sprecher der Demokratie-Plattform Diyarbakir sowie zahlreiche Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Faschisten in Aktion
In Sakarya, Nigde und Erzincan wurden die DTP-Zentralen und Vorstandsmitglieder von Faschisten angegriffen. Nach den Vorfällen fanden Razzien in mehreren DTP-Zentralen statt, darunter Istanbul, Diyarbakir, Batman und Malatya. Hüseyin Kalkan, Bürgermeister von Batman und DTP-Mitglied, wurde in seinem Amtssitz mit Steinen beworfen. Das Auto von Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir, wurde angegriffen, seine Security-Mannschaft von Sondereinheiten verprügelt. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Innenministerium haben ein Ermittlungsverfahren nach dem anderen gegen Baydemir eröffnet.

Kassationsgerichtshof nicht untätig
Der Oberstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, Nuri Ok, bemüht sich seit längerem, gegen die DTP vorzugehen. Zunächst zwang er die DTP, 74 Gründungsmitglieder von der Parteimitgliedschaft auszuschließen. Andernfalls hätte der Partei ein Verbot gedroht. Danach erklärte Ok dem System der "Doppelspitze" im Parteivorsitz den Krieg. In einem Schreiben an die DTP forderte er, der Parteivorsitz dürfe nach traditionellem Muster von lediglich einer Person eingenommen werden. Sein letzter Ausfall war das Sammeln von Informationen über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen die kommunalen Parteivorstände im Zusammenhang mit den jüngsten Auseinandersetzungen.

Politische Operation
Dr. Mithat Sancar von der juristischen Fakultät in Ankara bezeichnete unterdessen die juristische Umklammerung der DTP als "politische Operation", mit der die bestehende Gefahr noch gesteigert werde. "Die Operation der Kräfte, die ein Interesse an einer ungelösten kurdischen Frage haben, dauern an. Die gesteigerte Repression gegen die DTP ist Anzeichen einer Attacke der Kräfte, die hinter den Vorfällen in Semdinli stehen." Durch diese Herangehensweise werde die Anspannung gesteigert. "Um einen Weg zur Lösung der kurdischen Frage zu ebnen, muss denjenigen, die im Namen der Kurden Politik machen, die Möglichkeit politischer Repräsentation eingeräumt werden." Zu diesem Zweck müsse die Wahlhürde gesenkt werden.

(ÜÖG, 11.4., ISKU)

Dorfschützer bestätigt Einsatz von Chemiewaffen

Die Behauptung, dass die vier bei einem Gefecht am 28. und 29. März in den Cudibergen getöteten HPG-Guerillas durch Chemiewaffen ums Leben kamen, wurde von einem Dorfschützer bestätigt. Der Dorfschützer, der an der Operation beteiligt war, erklärte, die Armee hätte bei der Operation Chemiewaffen eingesetzt. Ebenso sind Fotos aufgetaucht, die die von Giftgas entstellten Leichen von HPG-Guerillas zeigen. Diese wurden im Jahr 2003 in der Nähe von Batman getötet. Die Bilder und die Aussagen des Dorfschützers widerlegen jüngste Aussagen des Innenministeriums, wonach bei Operationen grundsätzlich keine chemischen Waffen eingesetzt würden.
Die Leichen von Xizmên Yildiz Demîrdaga (Nursel Sîmsîr) und Cîhan Ulus (Yilmaz Xorto) aus Elbistan Maras und Hatîce Erbag (Cîhan Zîlan) aus Wan, die bei der Militäroperation in den Cudibergen ihr Leben verloren haben, wurden trotz aller Bemühungen der Familien nicht herausgegeben. Es wird nicht gesagt, wo die Leichen begraben wurden.
Sprecher der Guerilla hatten behauptet, dass – genau wie zuvor in Mus – auch bei dieser Operation Giftgas eingesetzt worden sei. Sie forderten, dass die Vorfälle untersucht werden. Ein Dorfschützer, der an der Operation beteiligt war, jedoch nicht will, dass sein Name veröffentlicht wird, bestätigte nun diese Erklärung. Die Operation wurde von zahlreichen Dorfschützern und Überläufern begleitet. Die Auseinandersetzungen dauerten zwei Tage an. Die Guerillas wurden in zwei Gruppen getrennt. Eine Gruppe sei von einer Kommandoeinheit umstellt und mit einem Mittel eingedeckt worden. Als die Leichen später geholt worden seien, wären diese geschwollen und rot gewesen.

(DIHA, 13.4., ISKU)

Meldungen

Kein Besuch bei Öcalan
Auch diese Woche wurde der Besuch der Anwältinnen bei ihrem Mandanten Öclan verhindert.
Die beiden Anwälte Ömer Günes und Mûstafa Eraslan waren zur Gendarmerie nach Gemlik gefahren, wo ihnen mitgeteilt wurde, das Boot sei kaputt.

(RTV, 12.4., ISKU)

Statistik der Strafverfahren wegen Folter und Misshandlung im Jahr 2004
Als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des ANAP-Abgeordneten Emin Sirin gab das Justizministerium bekannt, dass von Juli bis September 2004 117 Strafverfahren eröffnet worden seien. Von Oktober bis Dezember 2004 stieg die Zahl der Verfahrenseröffnungen auf 244. Im 2. Halbjahr 2004 wurden 47 Beschuldigte verurteilt.

(NTV, 9.4., ISKU)

Anklageerhebung wegen "Wehrkraftzersetzung"
Wegen eines Zeitschriftenbeitrages mit dem Titel "Wehrdienstverweigerung ist ein Menschenrecht" wurde gegen die Journalistin und Autorin Perihan Magden ein Verfahren mit Strafantrag bis zu drei Jahren Haft eröffnet. Die Anzeige ging von der Rechtsabteilung des Generalstabes aus.

(Ra, 7.4., ISKU)

EU-Projekt gegen Kinderarbeit
Im Rahmen des Projektes zur "Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit" sollen 1.500 Kinder statt zur Arbeit zur Schule gehen. Es handelt sich um das erste Projekt zur Bekämpfung von Kinderarbeit der EU in der Türkei und beinhaltet eine Förderung in Höhe von 5,3 Mio. Euro. In sieben Provinzen - Çankiri, Kastamonu, Sinop, Ordu, Erzurum, Elazig, Van - sollen Pilotbüros eröffnet werden, die Kindern und ihren Familien Beratung zukommen lassen sollen. Zugleich werden sie präventive Maßnahmen ergreifen und die Entwicklung der Kinderarbeit beobachten. Das Projekt, das in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales sowie der ILO durchgeführt wird, hat eine Laufzeit bis 2015.

(EU, 4.4., ISKU)

Untersuchung zu Nationalismus in der Türkei
Eine von der Zeitschrift Tempo, der Bilgi Universität und Infakto Research Workshop durchgeführte Untersuchung ergab, dass 80% der Befragten stolz darauf sind, Türken zu sein. 68% der Befragten charakterisierten sich als "türkisch-nationalistisch". Befragt, was

Erneut Militärische Eskalation

HPG bekennt sich zu Bombenanschlag auf Militärkonvoi
Die Volksverteidigungskräfte haben sich zu einem Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi am 8. April in Elazig bekannt. Der Konvoi befand sich auf dem Weg zu einer Militäroperation. Ziel des Anschlages war das Fahrzeug eines Bataillonskommandanten, der schwer verletzt wurde. Ein Oberstleutnant und ein Soldat wurden bei dem Anschlag getötet. Das HPG-Pressezentrum bezeichnete die Aktion als "Vergeltung" für die in letzter Zeit getöteten Guerillakämpfer und Zivilisten.

Tod von sechs Guerillakämpfern dementiert
Die HPG haben eine in den türkischen Medien erschienene Meldung zum Tod von sechs Guerillakämpfern am Gabar-Berg dementiert. In der HPG-Erklärung heißt es: "Zu dem betreffenden Zeitpunkt hat kein Gefecht stattgefunden und wir haben keine Verluste zu verzeichnen. Bei dieser Meldung handelt es sich um den Versuch der türkischen Armee, die eigene Erfolglosigkeit zu vertuschen."

Weiterhin dementierte die HPG, etwas mit einer Explosionen am 7. April in einer Moschee im Norden der Türkei zu tun zu haben. Das Pressezentrum erklärte "Wiederholt haben wir als HPG bekannt gegeben, dass wir aus Prinzip solche Aktionen nicht billigen. Ebenfalls möchten wir erneut unterstreichen, dass wir keine organisierten Bestrebungen diesbezüglich haben.
Es ist auch bekannt, das wir keine Aktionen durchführen, die zivile Menschen als Ziel haben. Aus Prinzip her lehnen wir es ab, zivilen Menschen Schaden, obgleich in welcher Art, zuzufügen".

Angehörige fordern Aufklärung der Todesursache
Wie Ali Demir, Vater einer der kürzlich getöteten 14 HPG-Kämpfer, erklärt hat, habe er bei der Identifizierung seines Sohnes die Leichname von sechs Guerillakämpfern gesehen. Der Autopsiebericht werde geheim gehalten, weil die Todesursache Giftgas sei. "Während überall auf der Welt ein Kampf gegen chemische Waffen geführt wird, schreckt die türkische Armee nicht davor zurück, solche einzusetzen", erklärte Demir bei einer Trauerfeier in Istanbul. Die Regierung müsse die Todesursache öffentlich machen, andernfalls werde er sich an die internationale Öffentlichkeit wenden. Keiner der sechs Leichname, die er in der Leichenhalle gesehen habe, weise Spuren eines Gefechtes auf. "Was soll das für ein Gefecht gewesen sein? Warum hat keiner der an diesem angeblichen Gefecht beteiligten Soldaten auch nur eine blutige Nase bekommen? Lediglich bei zwei Leichnamen waren Kopfschüsse zu sehen, und diese sind nach ihrem Tod abgegeben worden. Es ist offensichtlich, dass sie mit chemischen Waffen oder mit Giftgas getötet worden sind. Wir sind weder über die Todesursache informiert worden noch haben wir die Autopsieberichte gesehen. Wie können die dortigen Ärzte einen Bericht einer Autopsie unterzeichnen, die sie gar nicht durchgeführt haben?"

Neue Militäroperationen der türkischen Armee in Botan
Die Operationen finden in Gabar, Besta, Dereler und allen Gebieten Botans statt.
An der Operation in Sirnax beteiligen sich auch 300 Dorfschützer.
Die Region Besta wurde mit Kobra und Skorsky Hubschraubern bombardiert. In der Nähe der Gemeinde Mermerê und Kocakoy kam es zu Auseinandersetzungen mit der HPG. Dabei soll ein Soldat getötet und ein weiterer verletzt worden sein. Die Operation, die am 10.4. In der Umgebung von Batman Sason bei den Dörfern Tekevler, Kel Hesen und Karames begonnen hat, dauert noch an.

(hpg 8.4., ANF, 10.4., DIHA, 11.4. RTV, 12.4., ISKU)

„Die Lösung: Bedingungsloser Dialog“

Intellektuelle aus der Türkei haben einen eintägigen Sitzstreik im Pera-Palas-Hotel in Istanbul für eine Lösung der kurdischen Frage über einen Dialog abgehalten. Unter den Aktivisten befinden sich auch der neunzigjährige Sozialist Mihri Belli sowie der 87-jährige Schriftsteller Vedat Türkali.
In einer gemeinsamen Erklärung wird ein Ende des Blutvergießens gefordert: "Wir denken, dass die einzige Lösung eine Einigung darstellt, die über einen Dialog erreicht werden musst. Muslime müssen mit Nicht-Muslimen sprechen, Sunniten mit Aleviten. Ein zivilisierter Dialog fern von Vorurteilen und ohne Vorbedingungen. Das ist es, was in dem heutigen Klima von Gewalt in der Türkei vonnöten ist. (…) Wenn die Menschen anfangen, frei miteinander zu sprechen, werden die Schüsse, die wir nicht mehr hören wollen, und die Anblicke der Toten, die wir nicht mehr sehen wollen, ein Ende finden und es werden sich Lösungen finden."

(ÜÖG, 9.4., ISKU)

das "Türkentum" am besten charakterisiere, gaben 70,3% die Staatsbürgerschaft an. Am zweithäufigsten wurde die Zugehörigkeit zur türkischen Kultur genannt (46,2%). Bezogen auf die EU schätzten 58% sie als "eine gute Sache" ein. 63% sind für einen Beitritt der Türkei zur EU. Aber 50,3% glauben, dass die EU die Türkei spalten wolle. Mit 36,6% lag der Anteil derer, die die Forderungen der EU an die Türkei mit dem Sevre-Abkommen (erstes Friedensabkommen nach dem Ersten Weltkrieg, das eine Spaltung der Türkei in verschiedene Nationalstaaten vorsah) gleichsetzen über dem, die nicht zustimmten (33,5%). Als Element, auf das im EU-Prozess keinesfalls verzichtet werden dürfe, wurde mit 37,2% am häufigsten die Religion genannt. Als zweithäufigstes folgten die Souveränitätsrechte (14,1%) und die territoriale Einheit (12,3%). Unter den Befragten wurde Ministerpräsident Erdogan als der "nationalistischste Parteiführer" eingeschätzt, gefolgt von Devlet Bahceli (MHP), Mehmet Agar (DYP) und Deniz Baykal (CHP).

(Ra, 6.4., ISKU)

Protest in München und Berlin
In München und Berlin gingen am Sonnabend mehrere hundert KurdInnen und deutsche Linke gegen die andauernden Massaker in der Türkei auf die Straße. Redner von SDAJ, Linkspartei, Libertad und Marxistischer Initiative forderten »Solidarität mit dem Volksaufstand in Kurdistan«, ein Ende der deutschen Waffenlieferungen an die Türkei und die Abschaffung der EU-Antiterrorliste. Die Proteste in München richteten sich auch gegen die gewaltsame Auflösung einer kurdischen Kundgebung durch Spezialkräfte der bayerischen Polizei eine Woche zuvor. Während sich die Polizei diesmal im Hintergrund hielt, provozierten türkische Graue Wölfe lautstark am Straßenrand. *(jW, 10.4., ISKU)*

Frauen unterstützen Eren Keskin

Frauen in Istanbul starteten eine Kampagne unter dem Motto "Solidarität mit Eren Keskin für Frauen- und Menschenrechte". Die Rechtsanwältin und Vorsitzende der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD ist aufgrund eines Redebeitrags zu staatlicher sexueller Gewalt auf einer Veranstaltung in Köln von einer zehnmonatigen Haftstrafe bedroht.
Auftakt der Kampagne bildete eine Pressekonferenz im Taksim-Hill-Hotel in Istanbul, an der neben Keskin u.a. Frauen vom IHD, der Initiative "Mütter für den Frieden", der Demokratischen Freien Frauenbewegung, der Homosexuellenorganisation Lambada sowie der kürzlich aus Militärhaft entlassene Gewissensverweigerer Mehmet Tarhan teilnahmen. Im Namen des "Frauensolidaritätsnetzes für Eren Keskin" erklärte Derya Demirler, die Strafe gegen Keskin könne jeden treffen, der für Demokratie und gesellschaftlichen Frieden eintrete. Demirler verwies auf den jahrelangen Kampf, den Keskin für die Entwicklung einer Kultur der Demokratie führe. "Die für Eren Keskin vorgesehene Strafe ist ein Anzeichen dafür, dass in unserem Land immer noch nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern auch die Frauenbefreiung mit ernsthaften Hindernissen konfrontiert ist."
Nach einem auf kurdisch gehaltenen Redebeitrag einer "Friedensmutter" ergriff Suna Parlak von der Demokratischen Freien Frauenbewegung das Wort und verwies auf den in der Türkei stattfindenden Krieg, der das eigentliche Problem darstelle. Die Geschehnisse der letzten 15 Jahre in der Region müssten diskutiert werden, so Parlak. "Innerhalb der letzten vier Jahre hat sich eine starke Frauenbewegung gebildet. In Diyarbakir, Batman, Urfa, Mardin und anderen Städten werden Fraueneinrichtungen gegründet. Die Hauptforderung von Frauen an diese Einrichtungen betrifft eine psychologische Betreuung. Diese Frauen leben in Armut, aber ihre Hauptforderung ist psychologische Unterstützung aufgrund der Erlebnisse, die sie im Krieg gemacht haben."
Im Anschluss sprach Rechtsanwältin Keskin über den Kampf von Frauen gegen Männerherrschaft und Militarismus. Sie bezeichnete den türkischen Militarismus als größtes Hindernis für die Entwikklung von Demokratie in der Türkei und erklärte zu den Vorfällen der letzten Zeit: "Wir können nur etwas tun, wenn wir zwischen dem erfahrenen Leid keinen Unterschied machen. Wenn wir die gleiche Bedeutung, die wir den drei Frauen beimessen, die bei der Molotow-Aktion auf einen Bus in Istanbul ums Leben gekommen sind, den bei der Guerilla sterbenden Frauen widmen, dann können wir etwas tun."
Zum Schluss hielt Mehmet Tarhan eine kurze Ansprache, in der er erklärte: "Was Verweigerung aus Gewissensgründen bedeutet, habe ich von Eren gelernt. Ich denke, wir tun das, was wir tun müssen."

(DIHA, 8.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
Ra	Radikal
hpg	hpg-online.com
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 254
21. April 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

DTP: Regierung und Militär sind gegen eine Lösung

Auf einer Pressekonferenz in Ankara hat Hasip Kaplan als stellvertretender Vorsitzender der Partei für eine demokratische Lösung (DTP) Regierung und Militär vorgeworfen, eine Lösung der kurdischen Frage nicht zu wollen. "Wenn Militär und Regierung es wollten, könnten die Waffen sofort schweigen und ein Friedensprozess beginnen. Sie lehnen es ab, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Wenn sie es wollten, könnten sie das Leid und das Blutvergießen stoppen."
Die DTP stellte einen 25 Seiten umfassenden Bericht zu den Vorfällen vor, die mit den Guerillabeerdigungen am 25. März in Diyarbakir beginnend auf andere Städte übergegriffen hatten. Kaplan bezeichnete "die erfolglosen Regierungen, die die kurdische Frage als Terrorproblem an das Militär übergeben, vor der Verantwortung fliehen, neben der militärischen Option keine sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Lösungsansätze entwickeln und seit dem Militärputsch von 1980 beharrlich die Meinung vertreten, die beste Lösung sei keine Lösung" als die "eigentliche Gefahr", die das bestehende Leid verursacht habe.
Weiter verwies Kaplan darauf, dass die Hälfte des Gesamtbudgets der Türkei für militärische Zwecke verwendet werde. In der von der Kriegs- und Waffenlobby angestachelten Krise, Ungewissheit, dem bestehenden Sicherheitschaos und in einem Entwicklungsprozess, der über die Stärkung des Militarismus auf einen Despotismus zusteuere, sei es nicht möglich, dass sich Demokratie entwickele und die Justiz greife.
Im Anschluss zeigte Kaplan den anwesenden Pressevertretern Fotos der bei den Vorfällen in Diyarbakir getöteten neun Zivilisten. Bei den meisten handele es sich um Minderjährige und die große Mehrheit sei durch Schusswaffen getötet worden. "Die Zivilbevölkerung hat bei den Vorfällen keine Schusswaffen eingesetzt, diese wurden lediglich von den Sicherheitskräften eingesetzt. Kein Polizeibeamter wurde durch Schusswaffen verletzt." Durch den Einsatz von Steinen und Molotowcocktails sei es allerdings zu einigen Verletzungen gekommen, so Kaplan.
Um weitere negative Entwicklungen zu verhindern, seien folgende Sofortmaßnahmen zu treffen:
- Vor allem muss ein Dialog entstehen, damit die Waffen schweigen. Als ersten Schritt müssen Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Region, mit politischen Parteien, Intellektuellen und Wissenschaftlern stattfinden. Es muss zu einer gemeinsamen Beschlussfassung kommen. Die gefassten Beschlüsse müssen umgesetzt werden.
- Staat und Regierung müssen ihre Sichtweise auf die kurdische Frage und ihre Definition derselben gemäß der veränderten weltweiten Bedingungen ändern und ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Staat und kurdischer Bevölkerung gewährleisten.
- Militärische Lösungsansätze, mit denen die Existenz der kurdischen Bevölkerung nach Belieben geleugnet, abgelehnt oder ignoriert wird, müssen unverzüglich aufgegeben werden. Die Anerkennung der Existenz und Identität der kurdischen Bevölkerung muss in der Praxis bewiesen werden.
- Es muss ein besonderes Projekt zur "Heilung der Wunden" ins Leben gerufen werden.

Was soll über die Bezeichnung "Terroristen" gelöst werden?
Auf einer Veranstaltung der Initiative "Demokratische Einheit für den Frieden" in Ankara zum Thema "Kurdische Frage" hat Aysel Tugluk von der Doppelspitze der DTP auf die Entgegnung des Ministerpräsidenten Erdogan zur Forderung der DTP nach gemeinsamen Gesprächen hingewiesen. Erdogan hatte erklärt, die DTP müsse zunächst die PKK öffentlich als Terroristen deklarieren, erst dann sei ein Gespräch möglich. "Wird sich das Problem lösen, wenn wir ‚Terroristen' sagen? Was soll dieses Beharren?", fragte Tugluk. Es werde gefordert, dass die PKK die Waffen niederlege. "Solange jedoch eine politische Partizipation verhindert wird, werden die Waffen nicht schweigen." Die Entwicklungen des letzten Monats hätten gezeigt, dass sich die kurdische Frage nicht vertuschen lasse. "Bei diesen Ereignissen handelt es sich nicht darum, dass ein paar Jugendliche hier und da Steine geworfen haben. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen. Die Kurden haben eine strategische Änderung durchgeführt. Sie haben sich die Perspektive angeeignet, in diesem Land als gleiche und freie Bürger zu leben." Bei der relativ gewaltfreien Phase seit 1999 habe es sich um eine besondere Gelegenheit gehandelt, die die Türkei vertan habe.
Der EU-Beitrittsprozess, durchgeführte Reformen und einige Stellungnahmen von Ministerpräsident Erdogan hätten Anlass zur Hoffnung gegeben. Sie seien jedoch nicht ausreichend auf die Forderungen und Wünsche der Bevölkerung eingegangen, so Tugluk. Die kurdische Frage sei immer wieder in der offiziellen Ideologie erstickt worden. "Bei den 30-40.000 Toten im Krieg handelt es sich um das Ergebnis dieser offiziellen Ideologie. Es muss endlich gesehen werden, dass sich diese Frage nicht mit der offiziellen Ideologie lösen lässt."

(ANF, 14.&15.4., ISKU)

Studierende auf dem Weg nach Amed

Im Anschluss an eine Aktionswoche an der Bogazici-Universität in Istanbul unter dem Motto "Was Sie über Diyarbakir nicht wissen wollen", die von Studierenden aus Protest gegen die Auseinandersetzungen in Diyarbakir nach dem Tod von 14 Guerillakämpfern durchgeführt wurde, hat sich eine Gruppe Studierender auf den Weg gemacht, um "die Bevölkerung von Diyarbakir zu unterstützen".
Die Gruppe wurde von Hunderten Studierenden vor der Universität verabschiedet. In Anspielung auf die Ereignisse in Diyarbakir hielten sie Schilder in den Händen: "Wir haben Angst davor, nach Diyarbakir zu fahren, weil wir als Vaterlandsverräter deklariert werden können", "… weil wir festgenommen werden können", "… weil wir gelyncht werden können", "… weil wir von ‚unbekannten Tätern' ermordet werden können", "… weil an einem Ort, an dem dreijährige Kinder erschossen werden, auch wir ermordet werden können", "… weil sie uns als Terroristen an den Pranger stellen können", "… weil wir von Schüssen in die Luft im Bauch getroffen werden können", "… weil wir zu ‚angeblichen Staatsbürgern' gemacht werden können". Auf dem letzten Schild in der Reihe stand: "Wir haben Angst, aber wir fahren. Wir fahren, denn wir haben Angst."
Die Gruppe wird in Diyarbakir mit Bürgermeistern und Vertretern von NGOs zusammen treffen.

(ANF, 14.4., ISKU)

Meldungen

Grenzüberschreitende Operation der türkischen Armee
Die Militärbewegungen der türkischen Armee an der Grenze nach Südkurdistan halten an. Wie das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) mitteilte, haben innerhalb der letzten Woche zwei Mal grenzüberschreitende Militäroperationen in den Gebieten zwischen Sirnak und Zaxo sowie zwischen Semdinli und Barzan stattgefunden. Zu Begegnungen mit HPG-Einheiten sei es dabei nicht gekommen. Der Transport von Truppen und Material insbesondere in das Gebiet um Hakkari dauere an.

(ANF, 14.4., ISKU)

Acht GuerillakämpferInnen in Besta gefallen
Wie die Volksverteidigungskräfte (HPG) bekannt gegeben haben, sind am 12. April in Sirnak-Besta acht GuerillakämpferInnen im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee gefallen. Die Leichname wurden den Angehörigen nicht übergeben. Bei dem Gefecht sind nach HPG-Angaben auch mehrere türkische Soldaten getötet und verletzt worden.

(ANF, 15.4., ISKU)

Erste Ermittlungen gegen Polizisten in Diyarbakir
Zwanzig Tage nach dem Tod von elf Zivilisten in Diyarbakir hat die Staatsanwaltschaft erste Ermittlungen gegen die verantwortlichen Polizisten eingeleitet. Der Menschenrechtsverein IHD hat erneut eine Verurteilung der Täter gefordert. Die Staatsanwaltschaft hat zunächst eine Liste der diensthabenden Polizisten von der zuständigen Polizeidirektion eingeleitet. Nach den ersten Vorermittlungen muss die Staatsanwaltschaft eine Genehmigung vom Innenministerium erhalten, um gegen die Polizisten zu ermitteln. Die stellvertretende IHD-Vorsitzende Reyhan Yalcindag verwies in diesem Zusammenhang auf ähnliche Vorfälle in der Vergangenheit, die nicht aufgeklärt wurden. "Die Wahrscheinlichkeit, dass Beweise vertuscht werden, ist sehr hoch."

(ÜÖG, 16.4., ISKU)

Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen im Osten dreimal höher
Die Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen ist in Ostanatolien dreimal höher als im Durchschnitt der Türkei. Nach Angaben des Vorsitzenden der Zweigstelle in Van des "Nationalen Pädiatrievereins der Türkei" und Dozenten an der Universität in Van, Dr. Ercan Kirimi, liegt die Sterblichkeitsrate von

Neues „Antiterrorgesetz“ geplant

In der Türkei ruft die Polizei seit über einem Jahr nach schärferen Gesetzen - jetzt wird ihr Wunsch erfüllt. Im Zuge der EU-Reformen hatte das Parlament im Juli 2003 einen der schlimmsten Gesinnungsparagraphen abgeschafft: den Paragraphen 8 des Antiterrorgesetzes. Er hatte Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen gegen "die unteilbare Einheit des Staates, seines Landes und seiner Nation" unter Strafe gestellt. Die Formulierung passte auf unerwünschte Erwähnungen nichttürkischer Gruppen wie der Kurden, sie wurde genutzt gegen kritische Schriftsteller und Journalisten, deren Äußerungen als Terrorakt verurteilt werden konnten.
Die Streichung des Paragraphen war eine der Kernforderungen der EU. Bei Polizei, Justiz und Militär konnten jedoch viele nur schwer verschmerzen, dass Propaganda gegen die Dogmen des Staates straflos blieb.
Menschenrechtsorganisationen und Medien in der Türkei haben das geplante Gesetz als undemokratisch kritisiert. Der Text widerspreche den Prinzipien der Justiz und der Menschenrechte, sagte der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation IHD, Yusuf Alatas, der Zeitung "Evrensel" vom Mittwoch. Der Chef der Menschenrechtsstiftung TIHV, Yavuz Önen, sprach von einem Rückfall in die Zeiten des Kriegsrechts.
Die wichtigste pro-europäische Zeitung der Türkei, "Radikal", beklagte, mit dem Entwurf würden alle in den letzten zehn Jahren gemachten Fortschritte beim Ausbau der Meinungsfreiheit zunichte gemacht.
Das türkische Kabinett unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte die Vorlage am Montag als Reaktion auf die jüngsten schweren Unruhen in den kurdischen Siedlungsgebieten beschlossen und will es in den nächsten Wochen vom Parlament verabschieden lassen. Nach dem Gesetz sollen auch gewaltlose Aktionen wie das Tragen von Emblemen der PKK als Terrorakt gewertet werden; den Sicherheitskräften wird der Gebrauch von Schusswaffen erleichtert, während die Verteidigerrechte im Fall eines Terrorverdachts eingeschränkt werden. Zudem wird es schwieriger, Mitglieder der Sicherheitskräfte vor Gericht zu stellen.
Erneut wird bloße Propaganda strafbar, diesmal wenn sie "den Ziele der Terroristen dient". Es stellt sich die Frage, wer fortan kulturelle Rechte für die Kurden fordern darf, wenn auch die PKK danach verlangt. Erneut sollen Journalisten ins Gefängnis kommen, wenn sie "Erklärungen" der Terrororganisation veröffentlichen, und wie in den Zeiten des Ausnahmezustands soll der Staatsanwalt Zeitschriften und Zeitungen für mehrere Wochen verbieten können. Des weiteren soll fortan praktisch jede Straftat zum Terrorakt erklärt und deshalb härter bestraft werden können als bislang. Einschränkungen der Verteidigerrechte und Haftstrafen für Eltern, deren minderjährige Kinder sich in den Dienst des Terrors stellen, runden die Gesetzesvorlage ab. Ziel des Paketes sei es, "einen Keil zwischen die Terroristen und die Bevölkerung zu treiben", sagt Außenminister Abdullah Gül, gleichzeitig Vorsitzender des neu geschaffenen Antiterrorrates.
Die Kriminalisierung gewaltloser Politik und die Ausweitung von Rechtsunsicherheit haben in der Türkei bisher stets das Gegenteil erreicht. *(BZ/WZ, 20.4., ISKU)*

Hohe Selbstmordrate in Südkurdistan

Die Selbstmordrate in Südkurdistan (Nordirak) hat sich allem Anschein nach erhöht. Hauptsächlich sind es Frauen, die Suizid begehen. In letzter Zeit sind auch mehrere Fälle von Männern, die Selbstmord begangen haben, bekannt geworden. Aktuellen Anlass zur Sorge bietet vor allem ein Fall von sieben Männern im Alter von 17 und 30 Jahren, die in der Kleinstadt Kelar gemeinsam den Freitod gewählt haben.
Als Methode für den Selbstmord benutzen Frauen überwiegend die Selbstverbrennung, während Männer Schusswaffen einsetzen. Da die Namen in diesen Fällen nicht veröffentlicht werden, wird vermutet, dass dieses Problem weit verbreitet ist. Vor kurzem wurde eine Liste mit den Anfangsbuchstaben derjenigen veröffentlicht, die innerhalb des letzten Monats Selbstmord begangen haben. Um sich selbst nicht in schlechtes Licht zu setzen, wehren sich vor allem die Stammesführer dagegen, dass die Identität der Toten öffentlich wird. Nach offiziellen Angaben handelt es sich bei den Toten, über deren Identität nichts bekannt ist, überwiegend um Frauen.
Aber auch die Suizide sorgen nicht dafür, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Probleme von Frauen zu lösen. Insbesondere bei vermeintlichen Selbstmorden von Frauen liegt der Verdacht nahe, dass es sich um innerfamiliäre Bestrafungen handelt.
Da auch bei Ehrenmorden die Identität der Frauen nicht öffentlich gemacht wird, werden diese Morde vertuscht und haben keine rechtlichen Konsequenzen.
In der Nähe der Stadt Akre wurde diese Woche eine Frauenleiche von Hirten gefunden. Ihre Identität konnte nicht aufgeklärt werden, da niemand sie identifizierte. Innerhalb der vergangenen Jahre wurden knapp hundert Frauenleichen gefunden, die ebenfalls nicht identifiziert werden konnten, da den meisten der Kopf fehlte.
(DIHA, 16.4., ISKU)

Panzer-Prüfung für Claudia Roth

Claudia Roth, Vorsitzende der deutschen Grünen, befand sich in der vergangenen Woche in der Türkei und besuchte auch Diyarbakir, um mit dem Bürgermeister der Stadt und einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen Gespräche zu führen. Mit dem Diyarbakir-Besuch von Roth haben sich die Augen ein weiteres Mal auf die deutschen BRT-Panzer gerichtet, die in der Region eingesetzt werden.
Roth hatte in der Vergangenheit die Ansicht vertreten, deutsche Panzer würden in der Region nicht benutzt. Bei den jüngsten Vorfällen in Diyarbakir sind deutsche Panzer gesehen worden. Und unter den Waffen, die im Kofferraum des Autos der Unteroffiziere in Semdinli gefunden wurden, befanden sich zwei deutscher Bauart. Die BRT-Panzer, die Deutschland der Türkei unter der Bedingung vermacht hat, sie nicht bei inländischen Konflikten einzusetzen, waren schon oft Diskussionsthema. In den neunziger Jahren wurden sie benutzt, um damit Guerillaleichname durch die Straßen zu schleifen. Ankara behauptet zwar weiterhin, es finde kein Einsatz der deutschen Panzer in der Region statt, aber es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass diese hauptsächlich dort stationiert sind. Der deutsche Generalstab ließ aufgrund zahlreicher Aussagen vor zwei Jahren dieses Thema untersuchen. Die deutsche Botschaft wandte sich sogar an den Menschenrechtsverein IHD, um Informationen zu erhalten. 2004 hatte das ZDF den Einsatz deutscher Panzer in der Region auf die Tagesordnung gebracht. Daraufhin war Claudia Roth gemeinsam mit Winfried Nachtweih als Fachmann der Grünen für Verteidigungspolitik in die Türkei gereist, um in der Region Nachforschungen zu betreiben. Im Anschluss erklärte Roth im deutschen Parlament, es seien keine Hinweise für einen solchen Einsatz gefunden worden.
Nicht nur die Panzer, sondern auch die Kalaschnikows, die die türkischen Streitkräfte benutzen, sind deutscher Bauart. Von drei Kalaschnikows, die in Semdinli bei den mutmaßlichen Tätern des Bombenanschlags auf einen Buchladen gefunden wurden, kamen aus Deutschland. Nach der Expertise der Kriminalabteilung der Polizei handelt es sich um Waffen mit den Seriennummern 68K7843 und 78GH0235. *(ÜÖG, 14.4., ISKU)*

Neugeborenen in der Türkei im Durchschnitt bei 28 von 1000, während in Kurdistan eine Rate von 70 von 1000 vorliegt. Neben schlechten gesundheitlichen Bedingungen seien vor allem sozioökonomische Gründe die Ursache. Das Gesundheitssystem greife in der Region nicht. Gefordert sei der Einsatz von mehr Ärzten. In europäischen Ländern liege der Durchschnitt bei 4,71 von 1000.
(Ra, 14.4., ISKU)

150 Festnahmen in Süleymania

In Süleymania in Südkurdistan ist es am vergangenen Donnerstag bei einem Angriff von Peschmerga der PUK auf eine Protestdemonstration im Zusammenhang mit dem Tod von 14 Guerillakämpfern und den folgenden Auseinandersetzungen in Diyarbakir und anderen Städten zu 150 Festnahmen und mehreren Schwerverletzten gekommen. Die Demonstration war von der PCDK organisiert. Unter den Festgenommenen befinden sich auch der Parteivorsitzende Dr. Faik Muhammed Gulpi und weitere Vorstandsmitglieder sowie ein Korrespondent der Nachrichtenagentur DIHA.
(ANF, 14.4., ISKU)

Menschenrechtler ausgewiesen

Jonathan Sugden von Human Rights Watch ist bei Untersuchungen zur Aufhebung des Dorfschützersystems und der Umsetzung eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, die durch Terror und Antiterrorkampf entstanden sind, im Kreis Karliova in Bingöl festgenommen und des Landes verwiesen worden. Sugden bezeichnete diese Maßnahme als Teil der in letzter Zeit angestiegenen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Als Grund für die Ausweisung musste das Touristenvisum herhalten, mit dem der Menschenrechtler eingereist war.
(ANF, 14.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Ra	Radikal
BZ	Berliner Zeitung
WZ	Wiener Zeitung

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 255
28. April 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische und iranische Armee bombardieren in Südkurdistan

Während in Kurdistan weiter Soldaten zusammengezogen werden und die Operationen der türkischen Armee andauern, hat die iranische Armee zum zweiten Mal mit schweren Waffen Orte in Südkurdistan angegriffen.
In der Erklärung des Rates der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan (Koma Komalên Kurdistanê)heißt es, die iranische Armee habe 10.000 Soldaten zusammengezogen und zum zweiten Mal in der Nacht zum Mittwoch südkurdisches Gebiet bombardiert.
Weiter heißt es, die türkische Armee habe im Grenzgebiet etwa 250.000 Soldaten aus Silopi, Qileban, Semzînan und Çelê zusammengezogen und Gebiete in Südkurdistan mit Mörsergranaten beschossen. Insbesondere seien die Gebiete Hafanin, Zêya Mezin und Hecîbeg Ziele der Angriffe gewesen.
In der Erklärung wurde daran erinnert, dass in den vergangenen Monaten die türkische und iranische Armee gleichzeitig gegen die Guerilla und das kurdische Volk vorgegangen seien. Beide Staaten wurden aufgerufen ihre Angriffe sofort zu stoppen. Man werde im Rahmen der legitimen Verteidigung kämpfen und Widerstand leisten.

USA unterstützt Aktionen gegen die PKK mit Informationen
Mit Verweis auf eine nicht genannte Quelle berichtet der türkische Fersehsender NTV darüber, dass die USA die türkischen Sicherheitskräfte mit gezielten Informationen über PKK-Bewegungen versorge. Auf der Grundlage solcher Informationen seien eine Operation in Mus, bei der 14 Guerillas getötet wurden, sowie eine in Sirnak, bei der 17 Guerillas getötet wurden, durchgeführt worden. Zum Einsatz kämen dabei vor allem US-Spionagesateliten sowie das elektronische Echolon-Überwachungssystem.
(NTV, 22.4., RTV, 26.4., ISKU)

Interview mit HPG-Kommandant Kadir Celik

Wir werden uns keiner Macht beugen

Was denken Sie ist das Ziel der Truppenkonzentration in der Grenzregion?
Der Schwerpunkt der Operationsvorbereitungen ist auf Nordkurdistan [Türkei] gerichtet, birgt aber gleichzeitig die Möglichkeit eines Angriffes im Süden [Irak]. Der türkische Staat begreift die aktuelle Lage in Südkurdistan als eine Gefahr für sich und bahnt gleichzeitig Bündnisse und Abkommen mit verschiedenen Kräften an. Wir halten es für nicht ausgeschlossen, dass die Militäroperationen sich auf Südkurdistan ausweiten.
Das eigentliche Ziel der Militäroperationen ist es, den Ruf nach Freiheit, der nach Newroz in Amed und ganz Kurdistan laut geworden ist, zum Schweigen zu bringen und die Unterstützung für unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan und unsere Bewegung über Repression abzuschwächen. Dabei müssten die türkischen Generäle und die Regierung wissen, dass sie einem Volk gegenüberstehen, das für die Freiheit auch den Tod nicht scheut.

Ist die HPG-Guerilla auf eine solche Operation vorbereitet?
Unsere Vorbereitungen in Bezug auf Infrastruktur, Planung, Anzahl und Positionierung der Kräfte sind gut. Als HPG sind wir bereit, uns im Geiste der Selbstverteidigung als Garant für die Freiheit des Vorsitzenden und der Bevölkerung unter allen Umständen zu schützen.

Was wird das Ergebnis einer möglicherweise bevorstehenden grenzüberschreitenden Militäroperation sein?
Von unserem Standpunkt aus betrachtet ist das Ergebnis jetzt schon klar. Jeder Angriff gegen unsere Einheiten, die über große Kriegserfahrung verfügen und in der Kriegspraxis an Reife gewonnen haben, die ihre Stärke unter allen Umständen sachverständig und intelligent einsetzen können, wird nutzlos sein. Die türkische Armee hat bereits viele Niederlagen in unserer Kriegsgeschichte erlebt. Sie wird schwere Verluste erleiden. Die zu erwartende Niederlage der türkischen Armee und ihrer Generäle in Südkurdistan wird wichtige Ergebnisse für eine politische Lösung der kurdischen Frage hervorbringen. Und es ist auch möglich, dass eine solche Operation eine beschleunigende Rolle in einer Lösung spielen wird.

Wenn jetzt eine Operation stattfinden sollte, wird dies im Wissen der USA stattfinden?
Wir halten es für ausgeschlossen, dass der türkische Staat eine solche Initiative ohne das Einverständnis der USA unternimmt. Es ist möglich, dass es in der letzten Zeit zwischen den USA und der Türkei zu geheimen Abkommen gekommen ist und die USA stillschweigend einer solchen Operation zugestimmt haben.

Erwarten sie eine militärische Bewegung von den USA? Wie werden Sie in einem solchen Fall reagieren?
Es ist bekannt, dass unsere Weltanschauung anders ist als die der USA. Die USA betrachten die Linie Abdullah Öcalans langfristig als eine Gefahr für die eigene Position im Mittleren Osten, denn die Projekte Öcalans, die eine Lösung nicht durch eine Intervention von außen, sondern über die innere Dynamik der Menschen in dieser Region vorsehen, betreffen nicht nur die KurdInnen, sondern den gesamten Mittleren Osten. Das missfällt den USA. Wenn die USA eine langfristige und intelligente Politik im Mittleren Osten verfolgen würden, müssten sie vor allem in einen Dialog mit dem kurdischen Volk treten. Die PKK ist in allen vier Teilen Kurdistans organisiert. Ein US-Angriff auf die PKK würde eine Konfrontation mit der überwiegenden Mehrheit der KurdInnen nach sich ziehen. Damit würde die Basis für politische Schritte in der Region für die USA eingeschränkt. In Anbetracht dieser Tatsachen halten wir es nicht für sehr wahrscheinlich, dass die USA als eine Macht, die versucht, weltweit Politik zu machen, einen solchen Fehler begeht. Aber sie müssen es selbst wissen. Unsere Vorbereitungen sind vielfältig. Unsere Entschlossenheit, gegen jede Aggressivität Widerstand zu leisten, ist eindeutig. So wie wir bereit sind, mit jedem in einen Dialog zu treten, verfügen wir auch über das Potential, uns gegen jede angreifende Kraft zu verteidigen.

Wie bewerten Sie die Bombenanschläge der Freiheitsfalken Kurdistan (TAK)?
Als Bewegung verurteilen wir jegliche Angriffe gegen ZivilistInnen und lehnen diese ab. Als HPG achten wir darauf, das internationale Kriegsrecht einzuhalten. Wir sind darüber hinaus gegen jede Art von unkontrollierter Gewalt, die über das Ziel hinausgeht. Unser Verständnis von Kampf ist da sehr eindeutig. Somit stehen wir auch nicht hinter den Aktionen, die die TAK ausführen. Aber die TAK sind ein Ergebnis der Politik des türkischen Staates, sich einer Lösung zu verweigern. *(ANF, 26.4., ISKU)*

Meldungen

Kein Besuch auf Imrali
Zum 4. Mal in Folge wurde den AnwältInnen Abdullah Öcalans sowie dessen Schwester Fatma der Besuch auf der Gefängnisinsel Imrali verweigert. Als Begründung wurde erneut angegebben, dass Schiff für die Überfahrt sei defekt.
(DIHA, 27.4., ISKU)

Haftstrafe für 80 Kinder gefordert
Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen 80 Kinder abgeschlossen. Die Ermittlungsverfahren stehen im Zusammenhang mit den Ereignissen bei den Beerdigungen der getöteten PKK Guerillas. Jetzt fordert die Staatsanwaltschaft gegen die Kinder Haftstrafen zwischen 9,5 und 24 Jahren. In den kommenden Tagen wird ihr Prozess in Diyarbakir beginnen.
(Mi, 25.4., ISKU)

Leyla Zana zu Besuch im Irak
Leyla Zana besucht zur Zeit auf Einladung des irakischen Staatsministers Celal Talabani und Mesut Barzanis Erbil. Sie wird während ihres viertätigen Besuches neben Barzani und Talabani auch mit Vertretern aller Parteien so wie dem Ministerpräsidenten des Gebietes Kurdistan Necirvan Barzani zusammentreffen. Es wird erwartet dass sie ihre Sorge über die zunehmenden Operationen der türkischen Armee in der Region zum Ausdruck bringt.
(ANF, 25.4., ISKU)

Demonstrationen in Istanbul, Ankara und Izmir
Im Zusammenhang mit dem Besuch von Rice in Ankara, fanden in Ankara, Istanbul, Izmir und zahlreichen anderen Städten in der Türkei Demonstrationen statt.
In Ankara beteiligten sich KESK, DISK, TMMOB, die Arbeiterjugend, SDP, TKP, ODP, ESP, die Volkshäuser, und andere Organisationen mit insgesamt etwa 750 Personen an einer Demonstration in der Yükselstraße.
(RTV, 25.4., ISKU)

Angriffe gegen die Bevölkerung und die DTP dauern an
In Wan, Sirnex, Ruha, Trabzon und Amed dauern Vorladungen, Festnahmen und Verhaftungen an. In Wan begannen die Verhöre gegen das Vorbereitungskomitee für Newroz. Der Vorsitzende der DTP, Îbrahîm Sunkur und sechs weitere Personen sagten vor Gericht aus.
In der Region Sirnex Sîlopî wurde die stellvertretende Vorsitzende

Armee und USA provozieren Bürgerkrieg

Irfan Dündar und Ibrahim Bilmez, Anwälte Abdullah Öcalans, äußerten in einem Interview der Zeitung "Ülkede Özgür Gündem" die Sorge, die Türkei werde durch die Armee in einen Bürgerkrieg gezogen. Dieser werde durch die USA gefördert, und das kurdische Volk so zum Sezessionismus gedrängt. Gleichzeitig wiesen sie auf die vollständige Isolation ihres Mandanten und den Zusammenhang dieser Isolationspolitik mit der herrschenden Politik der Gewalt hin.

Seit drei Wochen haben Sie ihren Mandanten nicht mehr gesehen. Jetzt wurde bekannt, dass es Bestrebungen der Regierung gab, Ihren Mandanten in ein normales Gefängnis zu verlegen. Hat es tatsächlich solche Diskussionen gegeben?
Irfan Dündar: Die Unterredungen mit Herrn Öcalan werden immer abhängiger von den politischen Kräfteverhältnissen im Inland und zwischen den internationalen Mächten. Tatsächlich gab es im August 2005 parallel zu den Erklärungen Erdogans in Diyarbakir eine Initiative der Regierung, unseren Mandanten in ein anderes Gefängnis zu verlegen. Es hat historische Bedeutung, dass die Regierung im Hinblick auf eine Lösung der kurdischen Frage das Thema der Verlegung Herrn Öcalans in ein anderes Gefängnis und eine Normalisierung seiner Haftbedingungen erkannt und angegangen hat. Aber die Spitze des Generalstabes hat diese Initiative verhindert. Die Regierung hatte so gesehen einen akzeptablen Prozess einleiten wollen. Aber als dies in der darauf folgenden Zeit zur Makulatur wurde und die Regierung ins Trudeln geriet, wurden selbst die ersten Schritte hin zu einer Normalisierung wieder zurückgenommen.

Welche Verbindung sehen Sie zwischen der aktuellen Politik der Gewalt und der Verhinderung der Unterredungen mit Ihrem Klienten?
Durch die Militäroperationen wurde der politische Prozess jäh unterbrochen. Insbesondere in Diyarbakir wurde durch die jüngsten Zwischenfälle die Politik der Gewalt bewusst untermauert. Jetzt nimmt man die gesellschaftlichen Ereignisse zum Vorwand, um ein neues Antiterrorgesetz zu verabschieden. Dies ist der Versuch, alle demokratischen Reaktionen sämtlicher KurdInnen und der oppositionellen Kräfte in der Türkei zu unterbinden und den Beitrittsprozess zur EU zu unterbrechen. Dieser Vorgang ist aufs Engste mit der Situation unseres Klienten verquickt. Unterredungen finden ohnehin allenfalls einmal im Monat oder alle zwei Monate statt. Auch das verschärft die Spannungen. Es herrschten ohnehin Spannungen, und diese Situation ist geeignet, um Gewalt zu schüren. Die Türkei existiert nicht für sich allein, es hat mit den internationalen Kräfteverhältnissen zu tun, dass sie auf diesen Kurs eingeschwenkt ist. Namik Tan, der Sprecher des Außenministeriums, hat erklärt, dass die 14 Guerillakämpferinnen und -kämpfer von den USA durch Satelliteneinsatz geortet worden sind und dass ihnen diese Informationen übermittelt wurden. Danach kam es zu den Zwischenfällen. Meiner Meinung nach war das so berechnet. Man versucht, die Türkei in eine gewisse Richtung zu ziehen. Dadurch, dass man gleichzeitig die Unterredungen mit unserem Klienten verbietet, versucht man, dies zu intensivieren.

Sie sagten, dass es einige Initiativen der Regierung gegeben hat. An welchem Punkt ist dann die Regierungspolitik ins Stocken geraten?
Im August 2005 hatte es den Anschein, dass die Regierung in der kurdischen Frage die Initiative ergriffen habe. Zwar versuchte sie auf der einen Seite, die Initiative zu gewinnen, auf der anderen Seite verfolgte sie aber eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite wurde am 1. Juni das Gesetzespaket verabschiedet, [wodurch die Situation unseres Mandanten enorm verschärft wurde] auf der anderen Seite gab man einige gemäßigte Erklärungen im Hinblick auf eine Lösung ab. Anschließend jedoch wurde gegen die Regierung interveniert und die Regierung geriet zunehmend unter die Kontrolle der Armee. Es zeigt sich, dass sich die Regierung angesichts der herannahenden Parlaments- und Präsidentenwahlen völlig dem Staat unterworfen hat. Dabei spielen nicht nur innere Dynamiken eine Rolle, es ist auch ein innerer Konflikt des internationalen Systems, das die Türkei an einen bestimmten Punkt bringen will. Die Beziehungen zwischen Regierung und Armee hingegen sind völlig auf die Präsidentenwahlen fixiert. Wir wussten, dass die Regierung nicht an der Macht ist, aber bei den jüngsten Ereignissen hat sich gezeigt, dass sie nicht einmal mehr eine Regierung ist. Sie ist nur noch eine Art Subunternehmen.

Nach den 1. Juni-Gesetzen wird nun ein Antiterrorgesetz verabschiedet. Wie kommentieren Sie den vorliegenden Gesetzesentwurf?
Wenn dieses Antiterrorgesetz in Kraft tritt, werden sämtliche oppositionellen Kräfte vom Staat brutal unterdrückt werden. Selbst in den Zeiten, als die Gewalt am schlimmsten war, hat es nicht die angestrebten Maßnahmen gegeben, die man heute mit dem Antiterrorgesetz verabschieden will.
Das neue Antiterrorgesetz ist weniger mit dem britischen Anti Terror Act, sondern vielmehr mit dem amerikanischen Patriot Act zu vergleichen. Es ist ohnehin bekannt, dass die Armee Material wie das Handbuch zur Aufstandsbekämpfung "JT 31-15" zu Ausbildungszwecken und zur Organisierung verwendet [u.a.: terroristische Anschläge durch Sicherheitskräfte zur Destabilisierung]. Die USA bemühen sich seit dem 11. September darum, überall in der Welt der Sicherheit Vorrang einzuräumen. Die Türkei befindet sich in diesem Sog. Insofern hat dieses Gesetz einen Bezug zu unserem Mandanten und der kurdischen Frage.

Welche Rolle spielen die internationalen Mächte in der von Ihnen beschriebenen Politik?
Sie versuchen, die Szenarien, die im Rahmen des Greater Middle East Project entworfen werden, für die Türkei anzupassen. Ein Beispiel dafür ist, dass die USA geheimdienstliche Informationen über die 14 GuerillakämpferInnen weitergegeben haben, um das kurdische und das türkische Volk gegeneinander aufzubringen. Das wird gut organisiert. Zuerst wurde der Boden für die Gewalt bereitet, die sozialen Aufstände wurden einkalkuliert und das Ganze dann zum Vorwand für die Verabschiedung des Antiterrorgesetzes gemacht. In der nächsten Zeit werden wir sehen, wie sich durch diese Maßnahmen, die in kein Rechtssystem der Welt passen, der Sezessionismus weiter verstärken wird. Man versucht, durch die verschärfte Isolation Öcalans die KurdInnen in eine Atmosphäre der Gewalt zu ziehen. Die Ansichten und Gedanken Herrn Öcalans haben nicht nur für die KurdInnen, sondern für den ganzen Mittleren Osten Bedeutung. Dies ist eine Tatsache, unabhängig von seiner Situation.

Worauf führen Sie es zurück, dass die letzte Unterredung mit Ihrem Mandanten genau in dem Moment abgebrochen wurde, als Sie ihn über die Vorfälle von Diyarbakir informierten?
Unsere bisher letzte Unterredung am 29. März wurde, bevor sie überhaupt richtig begonnen hatte, von den Bediensteten auf völlig willkürliche Weise abgebrochen. So etwas ist während der gesamten letzten sieben Jahre nicht vorgekommen. Zwar wurde uns nach 20 Minuten erlaubt, die Unterredung erneut zu beginnen, aber diese fand dann in einer sehr gespannten Atmosphäre statt. Es war uns nicht möglich, einen richtigen Dialog zu führen. Es war der zweite Tag der Ereignisse in Diyarbakir, und uns war das Ausmaß der Ereignisse nicht bekannt. Wir gehen davon aus, dass das Abbrechen und die Fortsetzung der Unterredung mit den Vorfällen in Diyarbakir zu tun hat. Denn auch die staatlichen Vertreter wissen sehr genau, dass in einer so angespannten Situation ein willkürlicher Abbruch der Unterredung die Spannungen noch weiter verschärft hätte. All dies zeigt auch, dass die Maßnahmen gegen unseren Mandanten keinesfalls von der politischen Konjunktur unabhängig sind. Wenn bekannt ist, dass die Isolation, die gegen unseren Mandanten angewandt wird, die Spannungen erhöht und dies trotzdem fortgesetzt wird, so heißt dies ganz klar, dass in der Türkei eine Politik der Gewalt im Gange ist.

(ÜÖG, 22.4., ISKU)

der Freiheitspartei Azad Nesrîn Denîz verhaftet. Sie war bei den Newrozfeiern in Amed von der Gendarmerie festgenommen worden.
In Manisa wurden Hatice Saslam, Ibrahim Coskun, Hüseyin Tari, Abdullah Kadir Taymur und vier weitere Personen verhaftet.
Im Dorf Hemqê in der Region Ruha Helfetî wurden drei Kinder wegen des Entfernens einer türkischen Fahne vom Haus eines Dorfschützers festgenommen.
In Trabzon Maçkay wurde der Jugendliche Medenî Zengîn aus Agiri als angeblicher Sympathisant der PKK verhaftet.
Ein Prozess gegen 10 Polizisten, die am 2. Juli 1999 in Izmir Alpaslan Yelden nach seiner Festnahme getötet haben sollen, wurde erneut verschoben.
In Adana wurde ein Verfahren gegen fünf Mitglieder des Vorbereitungskomitees für Newroz eröffnet. *(RTV, 24.4., ISKU)*

Türkei will Raketenabwehrsystem kaufen
Die Türkei will sich ein modernes Raketenabwehrsystem zulegen. Ankara wolle für das Abwehrsystem rund eine Milliarde Dollar (etwa 805 Millionen Euro) ausgeben, berichteten mehrere türkische Zeitungen am Donnerstag übereinstimmend. Die Finanzierungsfragen seien bereits geklärt, nun stehe noch die endgültige Entscheidung der politischen und militärischen Führung aus, die im Juni erwartet werde.
(AFP, 27.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
RTV	Roj TV
Mi	Milliyet

Neue Webseite:

Unter der Adresse: *www.kurdishuprising.com* ist eine neue Webseite online, auf der in englischer Sprache Nachrichten, Dokumente und Videos zum Volksaufstand in den kurdischen Städten der Türkei zu finden sind.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 256
5. Mai 2006

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Anhaltende Angriffe auf kurdische Guerilla und Dorfbewohner im Irak

Iran bombardiert Kandil-Berge

Die iranische Armee hat bis in die frühen Morgenstunden des 1. Mai zentrale Bereiche des Kandilmassivs, etwa fünf Kilometer westlich der iranisch-irakischen Grenze in Südkurdistan mit schweren Mörsern und Katjuschas bombardiert. Bei den Angriffen, die die ganze Nacht anhielten, entstand Sachschaden in den bombardierten Dörfern, es hieß, es gebe keine Todesopfer. Die Bombardierungen der Region Xinêre dauern weiter an. Zwischen ca. 3:00 und 5:00 Uhr wurden Stellungen der Guerilla bombardiert, in Dörfern entstand Sachschaden durch die Bombardierung. Nach Quellen der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komalên Kurdistan, KKK) bombardierte die iranische Armee außerdem die Gegenden Dola Kokê, Zele, Berda Kasi, Sehit Harun und Kalatuka mit Mörsern und Katjuschas.

Die Bombardierungen reichten bis fünf km jenseits der Grenze nach Südkurdistan. Außer Guerillastellungen bombardierte die iranische Armee auch südkurdische Dörfer. Die Dörfer Meredu, Rizge und Alirese, etwa 190 Kilometer nördlich von Süleymaniye wurden Ziel der Bomben. Es entstand Sachschaden in den Dörfern. Die Dorfbewohner waren wegen des Bombardements gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen. Eine große Zahl an Nutztieren starb durch die Bomben.

Rüstem Cudi, Mitglied des Exekutivrats der KKK, wies darauf hin, dass Dutzende Familien gezwungen gewesen seien, ihre Behausungen zu verlassen. Die Bombardierung von Xinêre gehe weiter. Das gleiche gelte für die Regionen Berda Sor, Kela Res und Dola Ayso.

Am Vortag hatte das irakische Verteidigungsministerium erklärt, dass der Iran fünf Kilometer auf südkurdisches Gebiet vorgedrungen sei. Das Ministerium hatte erklärt, in den vergangenen 24 Stunden seien mehr als 180 Artilleriegeschosse auf Guerillastützpunkte in der Umgebung von Haci Umran abgefeuert worden.

Talabani: Staatsgrenzen sind ‚rote Linie'

Der irakische Staatspräsident Celal Talabani hat angekündigt, Grenzverletzungen in Südkurdistan (Nordirak) nicht zu akzeptieren. "Die Grenzen des Irak sind eine rote Linie. Kein Land darf diese Grenzen überschreiten", hieß es in einer schriftlichen Erklärung. In einer früheren Erklärung hatte Talabani bereits die Türkei, den Iran und Syrien zum Thema Grenzverletzungen verwarnt.

Mesut Barzani als Präsident der Region Südkurdistan bezeichnete unterdessen im TV-Sender El Arabia die Beziehungen zur Türkei als problematisch: "Die Nachbarländer, insbesondere die Türkei, sind besorgt, weil wir erstmalig in der Region die Erfahrung einer kurdischen Regierung machen. Wir wollen eine Zusammenarbeit in Diplomatie und Handel. Aber es muss dazu gesagt werden, dass im Verhältnis zur Türkei Probleme bestehen. Es wird behauptet, dass unsere Regierung den Wunsch nach Unabhängigkeit der KurdInnen in der Türkei beeinflusst. In der Türkei herrscht keine Übereinstimmung. Aus offiziellen Kreisen kommen unterschiedliche Stellungnahmen. Wir sind dafür, die Probleme mit der Türkei zu lösen. Leider sind die Beziehungen zur Türkei nicht auf dem von uns gewünschten Niveau."

(ANF, 1.5., ÖP, 2.5., ISKU)

April-Bilanz der HPG

Die Volksverteidigungskräfte haben eine Bilanz der Militäroperationen der türkischen und iranischen Armeen im Monat April veröffentlicht. Demnach haben 35 Militäroperationen stattgefunden. 77 Soldaten der türkischen und zehn Soldaten der iranischen Armee sowie 14 GuerillakämpferInnen haben ihr Leben verloren. Die Guerilla habe 22 Aktionen durchgeführt. *(ANF, 3.5., ISKU)*

4. Kongress des KONGRA-GEL

Der KONGRA GEL gab eine Pressekonferenz zu seinem 4. Kongress ab, der vom 17.-22. April unter der Teilnahme zahlreicher Delegierter aus allen Teilen Kurdistans und aus Europa stattgefunden hat. Die Vertreterin des KONGRA GEL, Ronahî Serhat, erklärte vor der Presse, dass der Kongress unter schweren Angriffen durch die Türkei und den Iran durchgeführt worden sei. Weiter erklärte sie, das Volk habe am Newroz und mit seinen demokratischen und politischen Aktionen nach Newroz die Verbundenheit mit dem KONGRA GEL bewiesen. Auf dem Kongress wäre der Aufbau des Systems des demokratischen Konföderalismus als Basisaufgabe bewertet worden und in diesem Sinne wurde das kurdische Volk aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Auch die Bekämpfung der Selbstmorde und des massenhaften Mordens an Frauen, die in der Türkei, im Iran, in Syrien und in Südkurdistan zunehmen, wurde als Basisaufgabe bewertet. Unter dem Motto: "Schluss mit den Massakern an Frauen" werde man im Jahr 2006 einen starken Widerstand entwickeln.

(RTV, 3.5., ISKU)

Frieden - zentrales Thema am 1. Mai

In den kurdischen Provinzen in der Türkei verliefen die 1.-Mai-Veranstaltungen im Schatten von Truppentransporten und Militäroperationen. Allen Behinderungen zum Trotz fanden größere Kundgebungen in Diyarbakir, Sirnak, Dersim, Mardin, Bingöl, Antep, Urfa, Kars, Mus und Çukurova statt, bei denen eine Demokratisierung der Türkei gefordert und gegen Privatisierungen protestiert wurde. Die größte Veranstaltung in der Türkei fand in Istanbul-Kadiköy unter der Beteiligung von 30.000 Menschen statt. Geprägt war die Kundgebung von der Forderung nach gesellschaftlichem Frieden, einer Annullierung des neuen Antiterrorgesetzes sowie der Gesetze zur allgemeinen Gesundheitsversicherung. In Ankara demonstrierten 10.000 Personen für die gleichen Forderungen. Eine kleinere Kundgebung am Taksim-Platz in Istanbul wurde von der Polizei angegriffen, es kam zu 34 Festnahmen. In Izmir kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, als dem DTP-Block der Zugang zum Kundgebungsort verwehrt wurde. In Elazig kam es zu Angriffen von Polizisten und Faschisten auf eine Gruppe, die sich auf dem Weg zur Kundgebung befand. 50 Personen wurden festgenommen.

(ÜÖG, 2.5., ISKU)

Meldungen

Semdinli-Prozess begann in Wan

Die Offiziere Ali Kaya und Ozcan Ildeniz, die im Militärgefängnis von Wan inhaftiert sind, und der Überläufer Veysel Ates, der im E-Typ Gefängnis von Bilis einsitzt, wurden am frühen Morgen unter großem Sicherheitsaufgebot nach Wan gebracht. Angeklagt worden sind sie wegen des Bombenattentats auf den Buchladen Umut im Zentrum von Semzinan /Culemerg (Semdinli) vor dem 3. Strafgericht für schwere Strafen. Zusammen mit den Anwälten konnten nur 25 Personen in den Gerichtssaal. Mit den Gerichtsdienern, 20 Anwälten und fünf Pressevertretern war der Gerichtssaal voll. Die VertreterInnen von Amnesty International, Emma Sinclair Webb, VertreterInnen des Menschenrechtsvereins IHD, der Menschenrechtskommission, VertreterInnen aus dem Parlament, der SHP, der DTP, der Anwaltskammern von London und Amed und zahlreiche weitere VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und internationalen Presseorganen, die die Gerichtsverhandlung beobachten wollte wurden mit der Begründung, der Gerichtssaal sei zu klein, nicht eingelassen.

(DIHA; 4.5., ISKU)

Demonstration für Zübeyde Ersöz

In Luxemburg hat eine Demonstration für die Journalistin Zübeyde Ersöz stattgefunden. Ersöz wurde verhaftet, als sie in Luxemburg einen Asylantrag stellte. Die ca. 400 Demonstranten forderten ihre Freilassung und die Anerkennung ihres Asylantrages. Unterstützt wurde die Demonstration von der Jugendorganisation der Grünen und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Wie Sevki Yakisan als Anwalt von Ersöz mitteilte, habe seine Mandantin am 26. April einen Hungerstreik beendet, nachdem es zu Gesprächen mit Vertretern der Staatsanwaltschaft im Gefängnis gekommen war. Auch das Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten habe Ersöz gewisse Garantien zugesichert. Die Haftbedingungen seien verbessert, die Isolation aufgehoben worden. Außerdem sei zugesichert worden, dass Ersöz bei künftigen Gerichtsverhandlungen nicht mehr an Händen und Füßen gefesselt vorgeführt werde. *(ÖP, 1.5., ISKU)*

Interview mit Pinar Selek in der türkischen Tageszeitung Sabah

"Ich lebe, trotz allem..."

Am 17. Mai wird die Soziologin Pinar Selek vielleicht zum letzten Mal auf der Angeklagtenbank im Prozess um die Explosion auf dem Misir-Basar Platz nehmen. Selek, die seit ihrer Universitätszeit in den Hinterhöfen der Gesellschaft umherstreift, empfindet keine Reue, nicht den Herrschenden, sondern stets den Unterdrückten nahe gewesen zu sein.
Es war einmal eine "weiße Türkin", die sich für Diebe, Roma, Straßenkinder, Sexarbeiterinnen und auf den Müll geworfene Menschen interessierte… Eines Tages wollte sie die KurdInnen verstehen. In einer Zeit, in der sich alle gegenseitig umbrachten, sprach sie von gegenseitigem Verständnis. Während sie allen bei Seite stand, wurde sie plötzlich selbst zum Opfer…

Was haben Sie vom Leben erwartet, Pinar?
Ich wollte als eine glückliche und freie Frau leben… Wie das gehen soll, wusste ich nicht. Ich muss dieses Leben verstehen, sagte ich mir, muss mich selbst verstehen. Glück konnte ich nur über Verständnis erleben, denn je mehr der Mensch versteht, desto eher ist er in der Lage, zu lieben.

Manchmal nehmen wir viele Risiken in Kauf, um zu begreifen und zu empfinden, was geschieht. Meistens geraten wir dann in Widerspruch mit den Autoritäten…
Aber ich gehöre nicht zu denen, die nach bunten Sachen suchen, um einem langweiligen Leben zu entfliehen. Diese Menschen bewegen sich von einem Gebiet zum nächsten und gehen auf Konsum basierende Beziehungen ein. Bei mir war das nicht so. Ich wollte unbedingt Soziologie studieren und habe einen sehr guten Abschluss gemacht. Mein Universitätsleben spielte sich auch nicht nur auf den Fluren und in der Mensa ab. Ich bin viel herumgekommen, habe diese Stadt, das Leben, die Gesellschaft betrachtet. Ich habe immer versucht, alles zu studieren, zu analysieren und etliche Male über die Dinge nachzudenken. Ich habe mir die Gesellschaft aus verschiedenen Perspektiven angeguckt. Meine erste Station waren die Medien. Ein Jahr lang habe ich beim Fernsehsender ATV gearbeitet.

Und direkt danach kamen die Roma, Prostituierte, Straßenkinder, Transvestiten, Transsexuelle, Diebe…
Ohne zu begreifen, was auf den hinteren Fluren der Gesellschaft abläuft, hätte ich auch die Gesellschaft nicht verstehen können. Ich ging zu den Roma und versuchte, das Leben mit ihren Augen zu sehen, ihre Heimatlosigkeit, ihre fehlende Identität zu begreifen. Auch zu Sexarbeiterinnen habe ich geforscht. Diese Themen sagen viel aus über die Realität der Gesellschaft. Man bekommt ein ganz anderes Gesicht der Gesellschaft zu sehen. Das Gesicht, das ich sehe, ist anders, als das, was sich der Prostituierten Sevda zeigt. Ich habe mit Straßenkindern auf der Straße gelebt, habe Männerkleidung angezogen und die Nächte mit ihnen verbracht. Ich habe versucht, die Sprache der Diebe zu verstehen. So hat meine Arbeit begonnen und so ging sie weiter. Diese Arbeit hört nicht auf…

Wen oder was versuchten Sie zu verstehen, als sich die Explosion auf dem Misir-Basar ereignete?
In jener Zeit versuchte ich, die Gründe für den Krieg im Südosten zu begreifen. Ich hatte von den kurdischen Aufständen gelesen und versuchte, ihr kollektives Gedächtnis zu ergründen. Ich fragte mich, welche Lieder sie singen und was sie sich für Geschichten erzählen. Ich sprach mit Menschen, die Krieg führten, darüber, wie sie sich gegründet hatten, wie sie den Krieg definierten und begriffen, wie ihre interne Hierarchie aussieht, welche negativen Auswirkungen der Krieg hat, wofür sie am Anfang kämpften und was sie jetzt machten. Es handelte sich um eine theoretische und historische Untersuchung, die auch Kritik beinhaltete. Es war bekannt, dass ich gegen Militarismus und Gewalt bin.

Warum Sie?
Das geschah durch den Einfluss jener Zeit… In einer Zeit, in der die nationale Sicherheit höchste Priorität hatte und der Nationalismus überschäumte, habe ich von meinem eigenen Telefon aus Menschen in sehr hohen Positionen angerufen. Damals wollte der Staat Öcalan fassen und die Kurden einen Waffenstillstand erklären. Ich wusste nichts davon, habe nicht einmal danach gefragt. Ich versuchte, das Bewusstsein des Krieges zu ergründen. Es war wohl nicht begreiflich, dass eine Soziologin, die in Frankreich ausgebildet worden ist und aus einer Familie mit juristischer Tradition kommt, also eine "weiße Türkin" ganz ruhig davon spricht, diese Angelegenheit begreifen zu wollen. Wahrscheinlich haben sich dadurch gewisse Kreise gestört gefühlt und mich haben sie symbolisch ausgewählt und festgenommen.

Wann haben Sie erfahren, dass Sie der Explosion auf dem Misir-Basar angeklagt werden?
Das habe ich erst im Gefängnis erfahren. Es war fürchterlich. Meine Untersuchung wurde während meiner Festnahmedauer völlig ignoriert. Die Aussage, dass in unserem Atelier eine Bombe gefunden wurde, ergab sich auch erst nach meiner Festnahme. Über meine Person wurde eine Drohung an viele Soziologen, Forscher, Intellektuelle ausgesprochen.

Was war das für ein Atelier?
In diesem Atelier wurden aus Müll Kunstwerke hergestellt, sozusagen als Lektion an die Konsumgesellschaft. Eine Bombe wurde dort nicht sichergestellt, ich möchte, dass das alle wissen. Ich habe mit den Menschen außerhalb meiner Forschung keine Beziehung gepflegt. Eine Werkstatt, die gegen jede Form von Gewalt kämpft, ist terrorisiert worden. Dieser Ort war bekannt. Hier arbeiteten Leute, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Hinterzimmer gab es nicht und die Tür stand offen. Normalerweise mögen die Diebe keine Klebstoffschnüffler und beide mögen keine Transvestiten, aber wenn ihnen gesagt wurde, das sind alles Freunde von Pinar, dann bemühten sie sich umeinander und versuchten, die gegenseitige Diskriminierung zu überwinden. Während des Prozesses kam einer von ihnen und sagte zum Richter, was soll das für eine Bombe sein, Pinar hat nicht einmal zugelassen, dass Klebstoff dorthin mitgebracht wurde. Ich sagte ihm, er solle nicht kommen, weil er Ärger kriegen könnte, und er antwortete: "Ich bin doch nicht gekommen, um Dich zu verteidigen, sondern mein Atelier."

Haben Sie Angst, Pinar?
Ich habe Angst, aber die Angst beherrscht mich nicht. Meine Neugier, mein Interesse waren immer stärker als meine Angst. Ich lebe mit der Angst wie mit dem Schmerz. Bei der Folter werden die Stromschläge bei jedem Menschen an einem anderen Körperteil eingesetzt. Bei mir haben sie es am Kopf gemacht und es war sehr hart, wie eine Schocktherapie. Zu jener Zeit las ich über Geisteskranke und über das, was mit Verrückten gemacht wird. Ich las Foucault.

Innerhalb der letzten sieben Jahre haben Sie außerdem einen sehr schweren Autounfall überlebt. Was hat sich dadurch geändert?
Nach dem Unfall bin ich neu geboren. Es ist eine sehr außergewöhnliche Sache, dem Tod so nahe zu kommen. Wir sagen immer, dass das Leben kurz ist, aber wir leben, als ob wir niemals sterben würden. Ohne den Tod kennen zu lernen, fühlt man das Leben leider auch nicht ganz. Ich habe zum Beispiel das Meer immer sehr geliebt. Früher habe ich oft lange auf das Meer geschaut, aber wenn ich jetzt das Meer betrachte, fließt es in mich… Ich weiß jetzt, dass das Leben sehr kurz ist. Unnötige Dinge werfe ich über Bord und erleichtere damit mein Leben. Zurück bleiben die Dinge, die es wirklich wert sind. Der größte Schmerz in meinem Leben war der Verlust meiner Mutter. Jeder Mensch glaubt, dass seine Mutter unsterblich ist. Wenn sie dann plötzlich geht, fehlt einem der Halt. Diesen Schmerz fühlt man bei jeder Bewegung und jedem Atemzug. *(Sa, 30.4., ISKU)*

Dörfer von Räumung bedroht
Soldaten der türkischen Armee haben DorfbewohnerInnen in der Provinz Wan an der Grenze zum Iran damit gedroht, ihre Dörfer würden aufgrund einer möglichen US-Intervention gegen den Iran geräumt. Die DorfbewohnerInnen protestierten gegen diese Ankündigung und forderten eine Lösung der Probleme ohne Krieg sowohl im Iran als auch in der Türkei. Ihre Dörfer seien bereits in der Vergangenheit mehrmals geräumt worden. Der bevorstehende Iran-Krieg werde zum Vorwand genommen, um "verdächtige" Dörfer zu entvölkern.
(ÖP, 1. 5., ISKU)

Explosion in Hakkari
Im Stadtteil Gazi gab es am Nachmittag des 3.5. eine Explosion an einem Militärfahrzeug, bei der 24 Personen verletzt wurden. Im Anschluss fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen statt. 20 Personen wurden verhaftet. Ein Journalist wurde von Soldaten und Spezialkräften zusammengeschlagen und von Anwohnern ins Krankenhaus Culemerg gebracht.
(DIHA, 4.5., ISKU)

Militär erkennt EUMGH - Urteil nicht an
Der militärische Kassationsgerichtshof hat im Fall von Mehmet Tarhan, der den Militärdienst und eine Sonderbehandlung als Homosexueller ablehnt, ein endgültiges Urteil gesprochen. Demnach muss Tarhan seinen Militärdienst ableisten. Weiterhin urteilte das Gericht, die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte seien nicht bindend und bei Homosexualität handele es sich um eine "fortgeschrittene psychosexuelle Störung".
(ÜÖG, 3.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
RTV	Roj TV
Sa	Sabah

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 257
12. Mai 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Cemil Bayik: "Wir werden unser Widerstandsrecht nutzen"

Zu den Ereignissen der letzten Tagen äußerte sich Cemil Bayik, Mitglied des Führungsrates der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans KKK im kurdischen Fernsehsender ROJ-TV.

Cemil Bayik rief dazu auf, angesichts der Angriffe auf die KurdInnen eine Kurdistan-Konferenz durchzuführen, auf der eine gemeinsame Strategie und nationale demokratische Politik entwickelt werden solle. Man werde, sollten die Angriffe, die Vernichtung und Verleugung nicht aufhören, das Widerstandsrecht, sowohl der Guerilla, als auch der Bevölkerung in jedem Falle nutzen.

Er erklärte, die USA planten das Bündnis zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien aufzubrechen und betrachteten die Kurden als stärksten Bündnispartner. Ein Regimewechsel im Iran und Syrien sei nur mit Unterstützung der Kurden möglich. Die Türkei setzte ihre Beziehungen sowohl mit den USA als auch mit den Kräften in der Region fort, die den Status Quo erhalten wollten. Die Türkei wolle aus den bestehenden Widersprüchen profitieren und gehe zweigleisig vor.

Die USA bräuchten die Türkei, um den Iran und Syrien in die Zange zu nehmen, lehnten aber, da sie auf die Kurden angewiesen seien, das Bestreben der Türkei ab, die Kurden zu schwächen, wobei diese wenig erfolgreich sei.

Die kurdische Frage sei demnach derzeit der einzige Widerspruch zwischen der Türkei und den USA. Die USA wollten eine Lösung der kurdischen Frage, jedoch mit den kurdischen Kollaborateuren, nicht mit den Kurden, die nach Freiheit streben. Die Türkei lehne aber auch das ab.

Weiter ging Bayik auf das neue Antiterrorgesetz ein, mit dem die Türkei in diesem Jahr zum großen Finale kommen wolle. Sie setze also weiter auf Unterdrückung. In der Türkei bestünden große Widersprüche zwischen den islamischen und laizistischen Kräften, also zwischen AKP und Armee. Die AKP wolle die Staatspräsidentschaft und damit ihre Macht ausbauen. Dieser Kampf wirke sich auch auf die Justiz aus, wie man im Semdinli-Prozess sehen könne.

Bayik erklärte, der Iran, der angesichts der Bedrohung von außen eigentlich nicht auch noch gegen die Kurden kämpfen solle, mache dies offensichtlich, weil er jede innere Opposition als gefährlich ansehe. Die PKK wolle nicht gegen den Iran kämpfen, da sie eine Lösung mit den Kräften der Region wolle und keine Lösung von außen. Die Kämpfe wären jedoch ausgebrochen, weil der Iran diese Lösung ablehne.

Auch zu Syrien äußerte sich Bayik. Syrien habe in der Vergangenheit ein Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zu den Kurden gehabt, u.a. wegen seiner Widersprüche zu der der Türkei. Aber nach Zusammenbruch der Sowjetunion und den Anschlägen vom 11. September habe sich vieles geändert, Syrien geriet unter Druck und habe es vorgezogen, die Beziehungen zu den Kurden für bessere Beziehungen zur Türkei zu opfern. Syrien könne seine eigenen Probleme nur mit einer Demokratisierung und der Lösung der kurdischen Frage lösen.

(RTV, ANF, 9.5., ISKU)

Türkische Polizei soll in Südkorea richtigen Prügeleinsatz lernen

Nachhilfe im Zuschlagen

Wenn türkische Polizisten bei Demonstrationen mit Helmen, Schutzanzügen und Gasmasken losstürmen, erwecken sie nicht gerade den Eindruck, dass sie beim Schlagstockeinsatz ausländischen Nachhilfeunterricht nötig hätten. Erst letzte Woche knüppelten Polizisten in Istanbul einige hundert Studenten auseinander, die gegen die Privatisierung der Mensa an ihrer Universität protestierten und zum Büro des Rektors marschieren wollten.Am nächsten Tag druckten die Zeitungen Bilder von blutenden Studenten und von Polizisten, die auf einem am Boden liegenden Demonstranten einschlugen. Trotzdem – oder gerade deshalb – reist eine Delegation der türkischen Polizei jetzt nach Südkorea, um sich "Techniken des Schlagstockeinsatzes" anzuschauen. Da die türkische Polizei von der EU immer wieder kritisiert werde, informiere man sich bei Polizeikräften im Ausland, die viel Erfahrung etwa mit Studentenunruhen hätten, zitierte die Zeitung "Hürriyet" einen Vertreter der zentralen Polizeibehörde in Ankara. Bei dem etwa einwöchigen Aufenthalt in Asien wollen die türkischen Polizisten den südkoreanischen Kollegen über die Schulter schauen. Dabei gehe es um Selbstverteidigung und um das Verhalten bei Demonstrationen. Aber warum ausgerechnet Seoul? Ankara habe festgestellt, dass die südkoreanische Polizei zwar immer wieder mit Gewalt gegen Demonstranten vorgehe, aber längst nicht so häufig kritisiert werde wie die türkische, lautet die Antwort der Polizeibehörde in der türkischen Hauptstadt. Da die Südkoreaner als Spezialisten auf diesem Gebiet gesehen werden, wollen die Türken in Seoul auch gleich Gespräche über den Kauf von Tränengas, Gummiknüppeln, Schilden und anderen Ausrüstungsbestandteilen führen.

Die Polizei gehört zu den besonders reform-resistenten Institutionen in der Türkei. Nach der scharfen Kritik der EU an dem brutalen Schlagstockeinsatz gegen eine friedliche Frauendemonstration in Istanbul im März vergangenen Jahres waren einige Beamte zwar bestraft worden; zudem bekräftigte das Innenministerium in Ankara damals seine Warnung vor übertrieben harten Einsätzen. Ein grundlegender Wandel ist trotzdem nicht auszumachen. Die Minister-Anordnung gegen unnötige Gewaltanwendung werde von Provinz zu Provinz unterschiedlich umgesetzt, stellte die EU-Kommission Ende 2005 fest. Auch die Bekämpfung der Folter kommt in der Türkei nicht recht voran. Die Menschenrechtsorganisation IHD meldete für das vergangene Jahr 825 Fälle von Folter und Misshandlungen - 2005 sei deshalb ein "verlorenes Jahr" gewesen. "Unablässig" werde die Weiterbildung der Einsatzkräfte vorangetrieben, hieß es bei der türkischen Polizei laut "Hürriyet". Kritiker wie der Anwalt Noyan Özkan sagen dagegen, zumindest in Istanbul sei der Griff zum Knüppel für die Polizei zur Gewohnheit geworden, ob ein Gewalteinsatz nun gerechtfertigt sei oder nicht.

(BN, 10.5., ISKU)

Meldungen

Nach fünf Wochen Besuch bei Öcalan

Nachdem der Besuch seiner Familie und Verteidigung bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali über fünf Wochen hinweg verhindert wurde, konnte am Mittwoch wieder ein Besuch seiner Schwester Fatma Öcalan und drei seiner Verteidiger stattfinden. Eine Stellungnahme des Anwaltsbüros liegt noch nicht vor. *(ÜÖG, 11.5., ISKU)*

Kundgebung in Straßburg

Das Referendum "Ich erkenne Abdullah Öcalan in Kurdistan als meinen politischen Willen an" wird jetzt abgeschlossen.

Die Unterschriften, die seit dem 14. Juli 2005 gesammelt wurden, werden am 18. Mai im Rahmen einer Kundgebung in Straßburg dem Europarat übergeben. Das Referendum, das im Rahmen der Föderation der KurdInnen in Europa KON-KURD durchgeführt wurde, sammelte trotz aller Hindernisse Millionen von Unterschriften. *(RTV, 9.5., ISKU)*

Noch 30 Minderjährige in Haft

Von den Minderjährigen, die im Zusammenhang mit den Straßenkämpfen in Diyarbakir Ende März verhaftet worden sind, befinden sich noch dreißig im Gefängnis, nachdem weitere sieben am 9.5. vorläufig aus der Haft entlassen worden sind. Den Minderjährigen drohen Haftstrafen bis zu zwanzig Jahren. Rechtsanwalt Cengiz Analay wies darauf hin, dass keine Beweise gegen die Minderjährigen vorliegen und durch die Haft ihr Recht auf Bildung verletzt werde. Analay forderte die Freilassung aller minderjährigen Angeklagten.

(ÜÖG, 10.5., ISKU)

Verstärkte Militäroperationen

Die Militäroperationen der türkischen Armee in Nordwestkurdistan nehmen zunehmend die Form des heißen Krieges an. Nach Informationen der Pressestelle der HPG kam es in der Region Çewlik Kîxi (Bingöl) zu Gefechten. Am Abend des 9. Mai trafen die HPG und Einheiten der türkischen Armee im Perîtal aufeinander, wobei drei Soldaten ums Leben gekommen und ein weiterer schwer verletzt worden seien. Ebenfalls am 9. Mai griff die HPG eine Kaserne der türkischen Armee in Merdîn Nisêbîn an, wobei fünf Soldaten ums Leben kamen und weitere sieben verletzt wurden.

(RTV, 10.5., ISKU)

Ahmed Turk über die Zukunft der Kurden in der Türkei

Die letztes Jahr gegründete "Partei für eine demokratische Gesellschaft" ist die größte kurdische Partei der Türkei. Sie gilt als der PKK nahestehend, die international als Terrororganisation eingestuft wird. Parteichef Ahmet Türk selbst jedoch, Spross einer alten Aristokratenfamilie, gilt als gemäßigt und teilweise PKK-kritisch. Mit ihm sprach Boris Kalnoky über Perspektiven für die Kurden.

Die WELT: Die Armee führt eine große Offensive in der Region, warum?
Türk: Diese Operation verfolgt zwei Ziele. Einmal soll die PKK getroffen werden, man will aber sicher auch die AKP schwächen. (Regierungspartei, Anm.d. Red.). Beides soll dazu beitragen, eine demokratische Lösung des Kurdenproblems zu verhindern.

Ist es nicht die PKK, die eine Lösung verhindert? Warum begann sie 2004 wieder zu kämpfen?
Sie hatte fünf Jahre lang einen einseitigen Waffenstillstand eingehalten. Aber nichts tat sich. Es ist alles beim alten – die Türken sagen, es gibt kein kurdisches Problem, und jeder in der Türkei ist ein Türke. Wenn man die Gesellschaft nicht korrekt reflektiert, dann wird man die Probleme fühlen. Wir wollen aber in Frieden leben. Die Kurden wollen in der Türkei und mit den Türken leben. Es gibt keine Pläne für eine Teilung des Landes.

Wieso begann der bewaffnete Kampf der PKK in genau dem Augenblick, als erste Rechte und Reformen gewährt wurden – TV-Programme, Sprachkurse, kleine Schritte sicher, die aber damals von der gesamten kurdischen Gesellschaft als spektakuläre Tabu-Brüche bezeichnet wurden?
Man muß die Türkei genau verstehen. Es gibt Kräfte, die keine moderne Türkei wollen, und auch keinen EU-Beitritt. Es gibt derzeit große Anstrengungen dieser Kräfte, die Regierung unter enormen Druck zu setzen.

Damit meinen Sie die Armee. Auch Ihre Partei wird unter Druck gesetzt. Wird sie möglicherweise bald verboten?
Ja, das ist eine Möglichkeit. Es gibt Ermittlungen gegen uns und gegen viele unserer Leute. Wir stehen aber immer für Dialog. Wir fordern nichts anderes als eine demokratische Politik und das Recht, repräsentiert zu sein und unsere eigene Identität zu entwickeln. Es kann nicht angehen, daß die Kurden nicht im Parlament repräsentiert sind, schuld daran ist die zehn-Prozent-Hürde.

Erdogan hat Ihnen auch Dialog angeboten - wenn Sie die PKK als terroristisch bezeichnen und sich von ihr distanzieren.
Wir haben diese Äußerung nicht als ein seriöses Gesprächsangebot betrachten können. Wissen Sie, es gibt hier 57 Parteien und alle nennen die PKK terroristisch. Haben sie deswegen irgendeine Wirkung auf die kurdische Politik gehabt? Ernste Probleme brauchen ernste Lösungen. Pragmatisch und ohne Emotionen. Wenn die Türken ein Reformprojekt formulieren, das Vertrauen erweckt, dann werden wir sehr gerne und sehr klar alle kritisieren, die Waffen gebrauchen. Krieg kann nie eine Lösung sein.

Radikalisiert die gegenwärtige Krise die kurdische Jugend?
Die Kurden wollen Ihre Rechte und sie wollen ihre kulturelle Identität entwickeln. Wenn man diese normalen demokratischen Forderungen der Bürger als Sicherheitsproblem behandelt, dann erreicht das Problem irgendwann eine andere Dimension. Die Türkei muß ihren Bürgern nur jene Rechte geben, die der modernen Welt entsprechen, und dann wird dem Land dieses Chaos und diese Atmosphäre erspart bleiben.

(DW, 8.5., ISKU)

Vorankündigung:

Delegation aus der Ilisu-Region bereist Mitte Mai die Schweiz, Österreich und Deutschland

Vom 14.-19. Mai wird eine Delegation von BürgermeisterInnen und AktivistInnen aus der Ilisu-Region sich in Europa aufhalten, um hiesige Entscheidungsträger/innen und die Öffentlichkeit über die Folgen des Projekts und ihre Bedenken dagegen zu informieren. Sie zeigen damit, wie stark der Widerstand vor Ort gegen das Ilisu-Projekt ist, das mit Bürgschaften aus Deutschland, der Schweiz und Österreich abgesichert werden soll.

Die Delegation wird am 15. und 16. Mai in der Schweiz, am 17./18. Mai in Wien und am 18./19. Mai in Berlin sein, wo am 19. Mai ein NGO-Vernetzungstreffen und eine öffentliche Veranstaltung mit ihnen stattfinden wird. Die Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen werden im Anschluss noch in Deutschland bleiben und sind bei Interesse bereit, auch in andere Städte zu reisen, um dort über den Ilisu-Staudamm zu informieren.

Im einzelnen besteht die Delegation aus:

Yurdusev Özsökmenler, Bürgermeisterin des Stadtteils Baglar der Provinzhauptstadt Diyarbakir, der 300.000 Einwohner/innen hat, von denen viele als Flüchtlinge in sehr armen Verhältnissen leben. Dieser Stadtteil wird auch einen großen Teil der für den Ilisu-Staudamm Umzusiedelnden aufnehmen müssen.

Hüseyin Kalkan, Bürgermeister der Provinzhauptstadt Batman, die ebenfalls schon viele Flüchtlinge aufgenommen hat und von ca. Zweidritteln der befragten Projektbetroffenen als Zielort für eine Umsiedlung genannt wird.

Abdulvahap Kusen, Bürgermeister der antiken Stadt Hasankeyf, die größtenteils überflutet werden soll.

Ahmet Demir ist Vorsitzender des Vereins zur sozialen Unterstützung von Umgesiedelten und der Kultur in der Provinzhauptstadt Batman und arbeitet in dieser Funktion eng mit Vertriebenen zusammen. Er hat in den letzten Wochen eine Vielzahl von Dörfern im Staudammgebiet besucht und mit den künftigen Umsiedlungsopfern über ihre Bedürfnisse und Sorgen gesprochen.

Necattin Pirinccioglu, Architekt und im Vorstand (Sekretariat) der Regionalen Agenda 21 in Diyarbakir, die sich mit Menschenrechts-, Kultur- und Umweltfragen befasst. Die Regionale Agenda war bereits beim ersten Projektanlauf federführend in der zivilgesellschaftlichen Organisation und ist Mitglied der Hasankeyf-Initiative, in der sich ca. 15 Verbände und Organisationen – von Gemeindevertretungen über Anwalts- und Ingenieurskammern bis zu Vertriebenen- und Menschenrechtsorganisationen – zusammengeschlossen haben, um ihren Bedenken Gehör zu verschaffen.

Arif Arslan, Journalist aus der Provinzhauptstadt Batman und Vertreter der „Freiwilligen von Hasankeyf" wird eine Fotoausstellung über Hasankeyf mitbringen.

Eine detaillierte Ankündigung der öffentlichen Veranstaltungen mit der Delegation folgt in Kürze.

Kontakt:
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED)
Heike Drillisch
Torstr. 154, 10115 Berlin, Germany, Tel.: +49-(0)30-275 82 249, Fax: +49-(0)30-275 96 928
heike.drillisch@weed-online.org, www.weed-online.org

Tod im Gefängnis
Die ständig steigende Repression gegen die Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP hat jetzt ihr erstes Todesopfer gefordert. Das DTP Mitglied Ramazan Beyazkaya, 52 Jahre alt aus Adana, war bei den Protesten gegen das internationale Komplott gegen Abdullah Öcalan während eines Polizeiangriffs verhaftet worden. Beyazkaya starb im F-Typ Gefängnis Kurkçuler am Abend des 9. Mai an einem Herzanfall.

(RTV, 10.5., ISKU)

HPG: Keine Verbindung zu Bombenanschlag in Hakkari
Wie das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) bekannt gegeben hat, besteht keine Verbindung zu der Bombenexplosion in Hakkari, bei der 21 Personen, davon acht Soldaten und elf Schüler verletzt wurden. Auch der Vorstand der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) verurteilte in einer schriftlichen Erklärung den Anschlag und brachte ihr Bedauern über die Verletzten zum Ausdruck.

(ANF, 4./5.5., ISKU)

Prozess gegen Hacire Özdemir
Gegen Hacire Özdemir, der Leiterin des Frauenberatungszentrums SELIS in Diyarbakir, beginnt am 16. Mai vor dem 5. Strafgericht in Diyarbakir ein Prozess wegen „Unterstützung einer terroristischen Organisation". Sie war am 6. April verhaftet worden, nachdem die Polizei in ihrem Ladengeschäft Aufrufe für eine Unterschrftenkampagne gefunden hatte, die dort offensichtlich gezielt deponiert worden waren. Nach Einschätzung von Beobachterinnnen des Verfahrens soll hier, ähnlich wie im Fall von Pinar Selek, deren Prozess am 17. Mai in Istanbul fortgesetzt wird, mit Hilfe einer konstruierten Anklage eine engagierte Menschenrechtlerin, Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin aus dem Verkehr gezogen werden.

(ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
RTV	Roj TV
DW	Die Welt
BN	Bremer Nachrichten

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 258
19. Mai 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kein Urteil im Prozess gegen Pinar Selek

Am 17. Mai fand vor dem 12. Schweren Strafgericht in Istanbul-Besiktas eine weitere Hauptverhandlung gegen die Soziologin Pinar Selek und weitere Angeklagte im Prozess um die Explosion im Misir-Basar im Jahr 1998 in Istanbul statt. Pinar Selek legte dabei ihre persönliche Verteidigung vor, die wir unten stehend dokumentieren.
Beobachtet wurde der Prozess von einer Vielzahl von Persönlichkeiten, darunter der bekannte Schriftsteller Yasar Kaya, der Menschenrechtler Akin Birdal, zahlreiche in- und ausländische Pressevertreter sowie Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus der Türkei und Deutschland. Die Verhandlung wurde auf den 26. Mai 2006 um zehn Uhr vertagt. An diesem Tag werden die Anwälte von Pinar Selek ihre juristische Verteidigung vorlegen. Auch für diesen Termin wird dringend zur Prozessbeobachtung aufgerufen!

Als ich meine Untersuchung zur Diskriminierung von Transvestiten in Istanbul abgeschlossen und daraus meine Diplomarbeit entstanden war, konnte ich diese Menschen, deren Probleme ich geteilt hatte, nicht einfach fallenlassen. Das habe ich auch nicht getan. Mit Menschen, die ich bei verschiedenen Untersuchungen kennen gelernt hatte und die verschiedenen Diskriminierungsmechanismen ausgesetzt waren, haben wir gemeinsam eine Werkstatt eingerichtet: Das Atelier der StraßenkünstlerInnen.
Die Darstellung dieses Ateliers als ein Waffenlager war furchtbar. Niemals hätte eine Bombe in unsere Werkstatt kommen können. Im Gegenteil waren wir darum bemüht, an diesem kleinen Ort jede Form von Gewalt zu überwinden und durch Gewalt entstandene Wunden zu heilen. Diese wertvolle Arbeit muss rehabilitiert werden, nicht nur für mich oder die anderen Menschen aus dem Atelier, sondern für die Gesellschaft. Unser Atelier, das mit fürchterlichen Anschuldigungen beschmutzt wurde, war wie ein Garten der Liebe.
Menschen, die von der Gesellschaft auf den Müll geworfen waren, sammelten verwertbare Gegenstände aus Mülltonnen und machten aus ihnen in dieser Werkstatt Kunstwerke.
Und dann passierte es. Gerade, als wir anfingen, Wurzeln zu schlagen, geriet ich in dieses berühmte Komplott und wurde sogar Hauptdarstellerin darin. Das Komplott um den Misir-Basar war vor allem ein Angriff auf unser Atelier.
Ich denke darüber nach, in welcher Hinsicht das Komplott um den Misir-Basar am meisten Schaden angerichtet hat. Meinen schönsten Jahren, meiner Zukunft? Vor allem hat dieses Komplott meiner Mutter das Leben gekostet. Zweitens ist damit das Atelier der StraßenkünstlerInnen dermaßen zerstört worden, dass es sich nicht mehr neu aufbauen lässt...
Ich lernte, dass das Spiel Regeln hat. Wenn du versuchst, die Codierung laut auszusprechen, wirst du als Schuldige deklariert. Darüber hinaus kann es ja auch nicht sein, dass deine Schuld darin besteht, dass du mit lauter Stimme sprichst. Somit wird dir eine Haltung zur Last gelegt, gegen die du immer gekämpft hast. Wenn du zum Beispiel eine Nonne bist, wirst du der Prostitution beschuldigt. Wenn du ein Mensch bist, der sein Leben der Aufgabe widmet, die Werte des Islam lebendig zu halten, wird dir ein Schild mit der Aufschrift "Alkohol-" oder "Drogenhändler" umgehängt. Oder du wirst als Antimilitaristin eines Bombenanschlages bezichtigt. Und das findet auf dermaßen kriminelle Weise statt, dass du in eine Verteidigungsposition gedrängt wirst. Während du dich also eigentlich gerade mit einem bestimmten Brennpunkt beschäftigst, fängst du an, dich um dich selbst zu kümmern. Die Anschuldigungen wiederholen sich permanent. Auch wenn es sich dabei nur um Behauptungen handelt, bleibt die Schmutzspur an dir hängen und jeder, der dich anguckt, erinnert sich daran. Das ist der Punkt, an dem du nicht wie früher mit deiner alten Identität weiter machen kannst. Du wirst nicht der Gedankenschuld bezichtigt. Deine Schuld fällt auch nicht in den Rahmen des Kampfes für den Frieden. Die Kriegsorganisation terrorisiert dich und führt dich mit einer neuen Identität einem Millionenpublikum vor.
Auch ich bin an den Regeln dieses Spiels hängen geblieben. Ich habe vermutet, dass ich aufgrund meiner Forschung Schwierigkeiten bekommen könnte und vielleicht sogar vor Gericht gestellt werde. Das habe ich in Kauf genommen. Aber ich konnte nicht ahnen, dass ich in ein derartig unmenschliches Komplott geraten würde.
Als ich festgenommen wurde, sollte ich zunächst die Namen derjenigen nennen, mit denen ich im Rahmen meiner Untersuchung gesprochen hatte. Das habe verweigert und gesagt, dass ich seit Jahren Untersuchungen zu Menschen mache, die als potentiell Schuldige gelten und diese Informationen niemals der Polizei übermittelt habe. Zu jenem Zeitpunkt untersuchten sie meine Forschungsarbeit. Dann vernichteten sie plötzlich diese Arbeit und verwandelten sie in eine Bombe. Sie behaupteten, ich hätte während meiner Untersuchung den Militanten geholfen und ihre Bombe versteckt. Sie haben damit aus einer antimilitaristischen Arbeit eine Bombe gemacht. Sie sagten, dass im Atelier - das sie für meinen Arbeitsplatz hielten - und bei mir Sprengstoff gefunden worden sei und intensivierten die Folter. Es ist schwer für einen Menschen, von der erlebten Folter zu berichten. Aber ich denke, dass ich es hier tun muss. Durch den Palästinenserhaken wurde mein Arm ausgerenkt, sie renkten ihn mir auf brutale Weise wieder ein. Sie ließen mich fast überhaupt nicht schlafen. Die Folter an meinem Kopf war nicht anders als die Schockbehandlung, die Geisteskranke erleiden müssen.
Die größte Folter war die Drohung, falls ich nicht das täte, was sie wollen, die Straßenkinder und die Transvestiten zu holen, sie zu foltern und vor den Medien bloß zu stellen. Um mich so schnell wie möglich aus ihren Händen zu retten, unter besseren Bedingungen zu kämpfen und damit niemandem aus meiner Umgebung Schaden zugefügt wird, habe ich eine Aussage unterzeichnet, dass ich den Menschen, die Gegenstand meiner Forschung waren, geholfen hätte.
Diese Aussage belastete nur mich selbst und war so abstrus, dass ich wusste, dass sie nicht standhalten konnte. Ich kann mich kaum daran erinnern, wie ich ins Gefängnis gebracht und dem Staatsanwalt vorgeführt wurde. Aber das Gefühl, bloß weg zu wollen, habe ich noch im Gedächnis. Denn die Absurdität der Anschuldigungen gegen mich war offensichtlich. Ich war sicher, dass sich alles klären würde. Die Werkstatt war nicht meine Arbeitsstelle. Es war ausgeschlossen, dass sich dort eine Bombe befindet. Und so stellte sich auch nach kurzer Zeit heraus, dass der Sprengstoff, der angeblich im Atelier gefunden wurde, sich zuvor in der Hand der Polizei befand. Aber die an diesem Komplott Beteiligten waren beharrlich. Ein Monat, nachdem ich ins Gefängnis gekommen war und dachte, ich käme bald raus, sah ich im Fernsehen Aufnahmen von mir selbst. Das Szenario war größer geworden und ich zur Hauptakteurin. *(Fortsetzung auf Seite 2)*

Meldungen

Anwälte treffen Öcalan
Die Anwälte Abdullah Öcalans, Ibrahim Bilmez, Omer Gunes und Mahmut Tasçi konnten am 17.5. ihren Mandanten für etwa eine Stunde sprechen.
(DIHA, 17.5., ISKU)

Gündem-Chefredakteur festgenommen
Der Chefredakteur der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem, Hüseyin Akyol, ist in Istanbul vor dem Schweren Strafgericht in Besiktas festgenommen worden, wo er die Verhandlung gegen die Soziologin Pinar Selek beobachten wollte. Als Begründung wurde lediglich genannt, dass er gesucht werde. Am darauffolgenden Tag wurde er wieder freigelassen. *(ISKU, 17.5.)*

Schwere Gefechte in Elbak und Gabar
Das Pressezentrum der HPG erklärte, dass bei Gefechten in den letzten Tagen in Elbak und Gabar zwischen der HPG und der türkischen Armee 15 Soldaten ihr Leben verloren hätten und sechs weitere verletzt wurden.
Demnach soll am 16.5. gegen 14.00 Uhr ein Armeefahrzeug auf dem Weg nach Deriye von KämpferInnen der HPG angegriffen worden sein.
In der Folge begann eine Militäroperation und Mörsergranaten wurden auf die Umgebung abgeschossen. *(RTV 15.5., ISKU)*

SELIS-Vorsitzende Özdemir freigelassen
Die Vorsitzende des Frauenberatungszentrums SELIS in Diyarbakir, Hacire Özdemir, wurde am ersten Verhandlungstag aus der Haft entlassen. Özdemir war mit dem Vorwurf der Unterstützung der PKK verhaftet worden, nachdem am 6. April diesen Jahres eine Antiterroreinheit der Polizei ihr Geschäft durchsucht und dabei Unterschriftenlisten der Kampagne "Abdullah Öcalan repräsentiert meinen politischen Willen" gefunden worden waren.
Özdemir wurde von Rechtsanwältinnen der Anwaltskammer Diyarbakir verteidigt. Die Verhandlung wurde von mehreren Vertreterinnen von Fraueneinrichtungen und dem deutschen Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Norman Paech beobachtet. Der Prozess gegen Özdemir läuft weiter.
(ANF, 16.5., ISKU)

Dritter Bombenanschlag auf die Tageszeitung Cumhuriyet
Zum dritten Mal war die Tageszeitung Cumhuriyet Ziel eines Handgranatenanschlages geworden.

Konferenz für die Verschwundenen

Die 5. internationale Konferenz für die in Haft Verschwundenen hat am Mittwoch in Amed/Diyarbakir begonnen. An der Konferenz, die fünf Tage dauert, nehmen neben VertreterInnen aus vielen Städten in Kurdistan und der Türkei, Verwandte und Familienmitglieder von Verschwundenen aus 17 Ländern teil. Die Konferenz findet unter dem Motto "Aufklärung der Morde und Öffnung der Massengräber" statt.
Die Verwandten der Verschwundenen verteilten vor Beginn der Konferenz im Stadtteil Huner und auf der Ekinciler Straße Flugblätter zu dem Thema an die Bevölkerung in Türkisch und Kurdisch mit der Überschrift "Die Massengräber sollen geöffnet werden, von Sursuluk bis Semzinan sollen die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden".

Baum der Verschwundenen gepflanzt
Im Rahmen der Konferenz wurde eine Ausstellung eröffnet und ein Platz auf dem ein "Wald der Verschwunden" gepflanzt wurde eingeweiht.
Die Konferenz fand im Konferenzsaal des Bürgermeisteramts von Baglar statt, wo auch eine Ausstellung mit Bildern der in Verschwundenen eröffnet wurde. Der Platz für den „Wald der Verschwundenen" wurde vom Bürgermeisteramt in Baglar/Amed zur Verfügung gestellt. Der Bürgermeister von Amed, Osman Baydemir, die Bürgermeisterin von Bismil, Sükran Aydin und die Bürgermeisterin von Qoserê, Cîhan Sîncar, nahmen ebenfalls an der Pflanzung der Bäume teil. *(DIHA, 17.5., ISKU)*

Reformen: Volle Kraft zurück?

In Brüssel verstärkt sich der Eindruck, dass die Regierung des gemäßigten Islamisten Recep Tayyip Erdogan das Rad der Reformen wieder zurückdrehen will, die ihr im vergangenen Jahr als Schlüssel fürs Vorzimmer der EU gedient haben. „Wir müssen feststellen, dass sich in der Türkei seit der offiziellen Aufnahme der Beitrittsverhandlungen endgültig nichts mehr bewegt hat", sagt die Vorsitzende der Türkeidelegation des Europäischen Parlaments, Renate Sommer. Die türkische Regierung sei dabei, einige der auf Druck der EU erreichen Reformen „nach und nach wieder einzukassieren." Das von der Regierung eingebrachte Antiterrorgesetz zum Beispiel würde dazu führen, dass mindestens 20 Prozent der nach dem Strafgesetzbuch definierten Verbrechen künftig als Terrorakte eingestuft werden könnten. Die Meinungs- und Pressefreiheit, die ohnehin engen Regeln unterliege, drohten „erneut massiv eingeschränkt" zu werden.
Einige EU-Regierungen wollen deshalb bei den Beitrittsgesprächen den politischen Druck erhöhen: Nicht erst am Ende des Verhandlungsprozesses solle man über die politischen Kriterien für die Aufnahme sprechen – Demokratie, Respektierung der Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Minderheiten – sondern schon jetzt.
In Brüssel fürchtet man, dass Premierminister Erdogan, der sich Hoffnungen auf das Amt des Staatspräsidenten macht, bis zu den Wahlen im Frühjahr 2007 keinen Zentimeter nachgibt. Seine islamisch geprägte Regierung steuert auf allen Feldern – Zypern, Zollunion, Kurden, Leugnung des türkischen Völkermords an den Armeniern – unerbittlich einen Kurs der Härte. Offenbar will Erdogan seinen zunehmend europaskeptischern Wählern demonstrieren, dass er die nationalen Interessen der Türkei gegenüber der EU durchsetzen kann. „Wenn wir das durchgehen lassen, hat die EU endgültig verloren," sagt die Vorsitzende der Türkeidelegation des Europaparlaments. „Wir dürfen nicht zulassen, dass es zu einem Beitritt der Türkei zu türkischen Bedingungen kommt." *(TS, 16.5, ISKU)*

Kein Urteil im Prozess... (Fortsetzung)

Die Explosion im Misir-Basar sollte ein Anschlag gewesen sein und Pinar die Attentäterin. Während ich mich selbst auf dem Bildschirm sah, fühlte ich mich wie jemand, der im Nichts schwimmt. Dann folgte eine Anschuldigung nach der anderen. Als Resultat von Aussagen verschiedener Menschen wurde versucht, mir während ich im Gefängnis war, einen mafiaartigen Mord und weitere Bombenanschläge anzuhängen. Menschen, die über Folter dazu gebracht wurden, Aussagen zu unterzeichnen, erzählten vor Gericht, welchem Druck sie ausgesetzt wurden. Aber auch das konnte nicht verhindern, dass ich mit einer Reihe von wilden Anschuldigungen konfrontiert war.
Der schmerzhafteste Teil dieses Szenarios war die Tragödie der Überläufer. Wir alle konnten im Verlauf dieses Prozesses verfolgen, was aus diesen Menschen wurde. Meiner Meinung nach sind sie die größten Opfer dieses Prozesses.
Die Vernichtung meiner Untersuchung war schmerzhaft für mich. Aber noch schmerzhafter war es, dass durch die Bestrafung einer Haltung, die sich darum bemühte, die bestehenden Wunden zu schließen, eine Drohung gegen alle folgenden Anstrengungen einer Analyse und Behandlung ausgesprochen wurde. In meiner Person wurde allen Frauen und Männern, die nach einer unabhängigen Haltung suchen, ein Warnhinweis gegeben. Der Zeigefinger wurde gegen Soziologen, Sozialwissenschaftler und Aktivisten erhoben. Ich wurde als Symbol erwählt.
Die zweieinhalb Jahre im Gefängnis sind zu einem Gewinn für mich geworden. Zwar konnte ich das meiste, was ich dort geschrieben habe, nicht mit heraus nehmen, und ich weiß auch nicht, was daraus geworden ist, aber das Schreiben hat mir Kraft und Potential gegeben.
Aber ich habe trotz allem angesichts dieses Komplotts keine Niederlage erlitten.
Meine Mutter war eine Frau der Republik, und vor allem deshalb litt sie besonders unter dem, was mir zugestoßen war. Sie, die zuvor glaubte, sie müsste sterben, weil ihr Telefon abgehört wurde, stellte sich angesichts dieses angsteinflößenden Angriffs trotz ihrer schweren Herzprobleme schützend vor ihre Tochter. Sie ging von Tür zu Tür und wurde zu einer Brücke zwischen ihrer Tochter im Gefängnis und der Gesellschaft. Aber nach meiner Haftentlassung erlag sie ihrer Herzschwäche. Weil sie das letzte staatsanwaltschaftliche Plädoyer nicht mehr hörte, verließ sie uns nicht im Schmerz, sondern mit dem Gefühl der Gerechtigkeit.
Ich bedanke mich bei meiner Familie, den Juristen, meinen Freunden, den Frauen und allen aufrichtigen Menschen dafür, dass sie mir über acht Jahre hinweg dabei geholfen haben, auf den Beinen zu bleiben.
Folgendes sollte nie vergessen werden: "Wenn alles klar wäre, bräuchten wir keine Wissenschaft". Ein herunter gefallener Apfel verweist bei wissenschaftlicher Betrachtung auf viele Realitäten, von der Wurzel des Baumes über den Wind bis zur Erde. Auch die Gewalt, die wir in den letzten zwanzig Jahren erlebt haben, müssen wir in dieser Weise angehen. Eine Überwindung der Probleme hängt davon ab, sie zunächst zu begreifen. Um sie zu begreifen, muss man sie untersuchen. Ich bin davon überzeugt, dass es uns mit der kleinsten gutwilligen Anstrengung besser gehen kann. Aber wir kommen zu keinem Ende. Und wir sehen lediglich dabei zu, wie unser Wasser verschmutzt und uns die Luft ausgeht.
Die Opposition wurde ständig mit haltlosen Anschuldigungen gebrandmarkt, um sie daran zu hindern, Rechenschaft zu fordern. So wurde sie dazu gezwungen, selbst Rechenschaft abzulegen. So wie Orhan Veli gesagt hat:
Du sprichst vom Hunger
Das heißt, du warst es, der alle Gebäude niedergebrannt hat
Die in Istanbul
Die in Ankara
Was bist du nur für ein Schwein...

Hochachtungsvoll,
PINAR SELEK *(ISKU, 17.5.)*

Die Anschläge forderten keine Toten oder Verletzten, doch entstand beträchtlicher Sachschaden. Die Zaman berichtet, dass eine polizeiliche Sonderkommission mit der Ermittlung betraut wurde. Außerdem werden Politiker zitiert, die den Anschlag als Teil einer Provokationsstrategie bewerten, die die Türkei destabilisieren solle. Mit Verweis auf ausländische Journalisten wird jedoch hervorgehoben, dass die Türkei sich seit den 1990er Jahren enorm verändert habe und damit die Wahrscheinlichkeit gesunken sei, dass solche Provokationen zum angezielten Erfolgt führten. *(Za, 13.5., ISKU)*

Autoren des Minderheitenberichts freigesprochen
Die Professoren Ibrahim Kaboglu und Baskin Oran wurden vom Vorwurf der Beleidigung des Türkentums sowie der Volksverhetzung freigesprochen. Prof. Oran hatte für das Beratungsgremium für Menschenrechte der türkischen Staatskanzlei einen Bericht über Minderheiten in der Türkei geschrieben. Prof. Kaboglu war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Kommission. *(Ra, 11.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
Ra	Radikal
Za	Zaman
TA	Tagesspiegel

Termine:

Wie weiter mit Ilisu?
Der Ilisu-Staudamm soll den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak aufstauen. Umweltzerstörung, die Verarmung zehntausender Menschen in dem überwiegend von Kurden bewohnten Gebiet, die Vernichtung ungeahnter Kulturschätze und die Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost wären die Folge. Zu diesem Thema finden in den nächsten Tagen zwei Veranstaltungen mit AktivistInnen aus der Region statt:
Berlin: 19. Mai um 19.00 Uhr im DBG-Haus (Keithstr. 1/3, Leuschner Saal)
Hamburg: 22. Mai um 18.30 im Hamburg-Haus Eimsbüttel (Doormannsweg/Fruchtallee)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 259
26. Mai 2006

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Eine demokratische kurdische Nation...

Am 10. Mai konnten die AnwältInnen Abdullah Öcalans zum ersten Mal nach fünfwöchiger Unterbrechung ein Gespräch mit ihrem Mandanten führen. Neben Öcalans Gesundheitszustand und seinen Haftbedingungen sowie den aktuellen Entwicklungen seit dem letzten Besuch drehte sich das Gespräch - das vollständig auf unsere Webseite dokumentiert ist - vor allem um Fragen der Nationalstaatenbildung und der Perspektive für die Türkei und die KurdInnen in diesem Rahmen:

Es heißt, bei meinem Lösungsprojekt handele es sich lediglich um eine taktische Veränderung oder ich würde diese Lösung vorlegen, um mich selbst zu retten und ich sei zum Kemalismus übergetreten. Das alles ist nicht richtig. Bei dem von mir vorgelegten Projekt handelt es sich nicht um eine taktische Veränderung, sondern um eine wesentliche strategische Änderung.

Seit den siebziger Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Ich habe viele Bücher darüber gelesen und viele Analysen aufgestellt. Damals verstanden wir unter dem Einfluss der damaligen Bedingungen unter Selbstbestimmungsrecht der Nationen lediglich die Staatenbildung. Für uns galt dieses Recht gleich Staat, so interpretierten wir es. Aber mit der Zeit mussten wir feststellen, dass dies nicht die einzige Wahrheit ist.

Kropotkin hat zu Lenin gesagt, er habe mit der Staatsgründung den Sozialismus verrotten lassen, und da hatte er Recht. Die alte sozialistische Weltanschauung beinhaltete zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Nationen lediglich den Punkt Staatengründung. Das ist komplett falsch.

Der Nationalstaat verfolgte das Ziel, einen einzigen Typ Bürger und eine daran angelehnte Kultur zu erschaffen. Als Resultat dieses Aufbauprozesses wurden Nationalstaaten gegründet. Aber die Nationalstaaten vernichteten alle Kulturen außer der eigenen. Es fand ein fürchterliches Massaker an Kultur und Erbe statt. In dieser Zeit fanden zwei Weltkriege, Tausende regionale Kriege und Zehntausende lokale Kriege statt. Die Aufbauphase des Nationalstaates endete mit dem Hitlerfaschismus und anderen faschistischen Regimen. Die Staaten, die dies sahen, entfernten sich schleunigst von diesem Gedanken.

Um auf die Realität der Türkei angesichts dieser Entwicklungen zu sprechen zu kommen: Als Mustafa Kemal und sein Team in den 1920er Jahren ihre Republik gründeten, standen sie unter dem Einfluss des damaligen aktuellen politischen und sozialen Systems und dementsprechender Gedanken. Als Mustafa Kemal die Republik gründete, verfolgte er drei Hauptpunkte:

1. den Militarismus Napoleons;
2. das Modell der dritten Republik Frankreichs; diese Epoche begann in den Jahren 1878-79. Aber heute ist diese Zeit vorbei, es besteht die fünfte Republik;
3. den Bourgeoisie-Kapitalismus des deutschen Staates.

Mustafa Kemal setzte bei der Republikgründung auf diese drei Modelle. Ja, später wurden die Völkerrechte verleugnet. Es wurde versucht, die Kurden zu assimilieren. Gegen die Kurden wurde Gewalt eingesetzt. Dagegen kam es zu Aufständen. Gegen die Kurden wurde extreme Gewalt eingesetzt. Aber grundsätzlich war das von Mustafa Kemal begründete System der damaligen Zeit angemessen. Es war ein Modell, das in die 1920er Jahre passte. Aber in den 2000er Jahren kann die Türkei nicht mit dem Modell von 1920 weiter machen. Angesichts der weltweiten sozialen, politischen, gedanklichen Entwicklungen wird die Krise sich vertiefen und chronifizieren, wenn es der Türkei nicht gelingt, sich zu verändern.

Es ist interessant, von allen politischen Parteien in der Türkei hat nur die AKP das ansatzweise begriffen. Deshalb versucht sie, die Türkei gemäß ihrer eigenen Perspektive zu verändern. Sie versucht das auf ihre eigene Art, mit ein bisschen "Islam light" und ein bisschen Demokratie. Aber bei diesem Veränderungsversuch geht sie sehr profitorientiert vor.

Wie ich bereits zuvor gesagt habe, hat die Türkei drei Alternativen zur Auswahl: Zum einen das "Rote-Apfel-Bündnis", das von Deniz Baykal angeführt wird und auf das Republiksmodell der 1920er Jahre setzt; zum zweiten das eben erwähnte Modell, das von der AKP angeführt wird. Es ist offensichtlich, dass beide Modelle unzureichend sind und keine dauerhafte Lösung für die Türkei darstellen. Und dann gibt es noch unser Lösungsprojekt, das am besten in die heutige Zeit passt, intelligent und dauerhaft ist. Auf andere Weise ist es nicht möglich, eine Lösung für die strukturellen Probleme der Türkei zu finden. Im Kern handelt es sich bei unserem Lösungsprojekt um die Bildung eines Bewusstseins für die Nation demokratische Türkei. Dafür muss die Demokratisierung der kurdischen Nation abgeschlossen werden.

Natürlich muss sich auch die türkische Nation demokratisieren und auf demokratische Weise neu organisieren. Das funktioniert über eine Organisierung in demokratischer Form auf sozialem, wirtschaftlichem, politischem und allen anderen Gebieten. Natürlich spielen die zivilgesellschaftlichen Organisationen hierbei eine wichtige Rolle.

Auch in der Türkei sollte es eine solche Organisierung geben. Ich habe das bereits früher gesagt: es könnte ein Organisierungsmodell entstehen, das bis in die Stadtviertel und Dörfer reicht. Die DTP könnte eine solche Form der Organisierung zu ihrer Hauptarbeitsweise machen.

Die Lösung, die ich allen und der Gesellschaft der Türkei vorlege, verfügt über viele Dimensionen. Die These der demokratischen Republik ist nur ein Teil davon. Kurden, Türken und andere Kulturen bilden gemeinsam die Nation der demokratischen Türkei. Dabei handelt es sich um einen neuen Begriff. Zum einheitlichen Staat und der Republik habe ich nichts zu sagen. Türkisch bleibt offizielle Sprache, natürlich gibt es auch die Fahne. Aber eine demokratische Organisierung der Kurden einhergehend mit einer Öffnung auf den Gebieten Kultur, Sprache, Wirtschaft, Umwelt, Beruf u.a. muss stattfinden können. Die Kurden müssen auf regionaler Ebene über ihre eigene Verwaltung, ihr eigenes Parlament, ihre Fahne verfügen. Natürlich hat jedes Volk eine eigene Fahne, die es symbolisiert. Aber mit der Fahne, die den Einheitsstaat repräsentiert, sind sie zusammen. Das muss nicht als Gegnerschaft, sondern als sich gegenseitig nährender Reichtum aufgefasst werden. Dadurch wird die Türkei nicht wie befürchtet gespalten. Jeder sollte wissen, dass es sich bei unserem Lösungsprojekt um ein dauerhaftes und zukunftsorientiertes handelt. Es basiert nicht auf extremem Nationalismus, sondern auf einer demokratischen kurdischen Struktur. Es ist nicht wie das Gebilde im Süden. Dort bietet der extreme Nationalismus den Nährboden für Konflikte, die jederzeit ausbrechen können. Im Süden werden die aufgrund der Staatsfixiertheit entstehenden kurdischen, arabischen, schiitischen, sunnitischen Staaten Krieg und Blutvergießen auslösen. Die Staaten werden früher oder später zusammen stoßen.

Mein Vorschlag an die Kurden lautet folgendermaßen: Sie sollen eine demokratische kurdische Nation organisieren. Und sie sollten anstreben, die demokratische kurdische Nation mit demokratischen Methoden in höhere Entwicklungsstufen zu führen. *(ISKU)*

Meldungen

Verteidigerbesuch bei Öcalan stattgefunden

Bereits zum dritten Mal in Folge konnten die Verteidiger Abdullah Öcalans am Mittwoch den regulär wöchentlich stattfindenden Besuch bei ihrem Mandanten durchführen. Neben drei Anwälten konnte auch Öcalans Schwester Havva Keser ihren Bruder sehen. Eine Stellungnahme der Verteidiger zu dem Besuch liegt noch nicht vor. *(DIHA, 24.5., ISKU)*

Soldaten erschießen Zivilisten in Dersim

Im Rahmen einer Militäroperation in Dersim haben Soldaten das Feuer auf vier Zivilisten eröffnet. Dabei wurde eine Person getötet, zwei weitere verletzt. Eine Person blieb unverletzt und wurde festgenommen. *(ANF, 19.5., ISKU)*

Ausnahmezustand in Ilam und Hewraman

In den Gebieten Ilam und Hewraman im Iran an der Grenze nach Südkurdistan (Irak), in denen seit Tagen eine Militäroperation gegen Guerillakräfte der [PKK-nahen] HRK stattfindet, ist der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Die Truppenverlegungen in die Region dauern an. *(ANF, 19.5., ISKU)*

Entschärfung des Antiterrorgesetzes angekündigt

Nach Ankündigung von Außenminister Abdullah Gül werden Änderungen am geplanten Gesetzentwurf vorgenommen. Sie beziehen sich auf eine Einengung der Definition von Terrorismus in Artikel 1 Antiterrorgesetz (ATG); eine Reduzierung der Liste von Straftaten, die im Rahmen des Gesetzes behandelt werden können; eine Eingrenzung des neuen Straftatbestandes "Finanzierung eines terroristischen Vereinigung"; die Sonderstellung von Beamten mit Aufgaben in der Terrorismusbekämpfung in der Strafprozessordnung sowie die Bestimmung zur "tätigen Reue" in Artikel 6 des ATG. *(Ra, 17.5., ISKU)*

UN-Sonderberichterstatterin untersucht Selbstmorde in Batman

Zur Untersuchung der in diesem Jahr erneut angestiegenen Frauenselbstmorde in Batman wird die UN-Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission zum Thema Gewalt gegen Frauen, Yakin Ertürk, sich zehn Tage lang in Batman aufhalten. In diesem Jahr haben bereits 36 junge Frauen in Batman Selbstmord begangen. Damit ist die Anzahl jetzt schon höher als die Gesamtzahl

Bürgermeister fordern Ausstieg aus Staudammprojekt

Bürgermeister und Vertreter lokaler Bürgerinitiativen haben am vergangenen Donnerstag in Berlin bei einer von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED durchgeführten Pressekonferenz vor den gravierenden Folgen des geplanten Ilisu-Megastausees in der Südosttürkei gewarnt. Für die Mehrzahl der Betroffenen würde die Realisierung des Projekts große Armut und Entwurzelung bedeuten. Nur eine Minderheit der Bevölkerung befürworte daher den Damm. Mit der Vergabe einer Hermesbürgschaft würde die Bundesregierung mitschuldig an Umweltzerstörung, der Vernichtung von Kulturgütern und der Verelendung großer Bevölkerungsteile.

Die Projektbetreiber stellen der Ilisu-Region - einer der ärmsten der Türkei - wirtschaftlichen Aufschwung und die Schaffung tausender Arbeitsplätze durch das 1,2 Mrd Euro teure Vorhaben in Aussicht. "Für einige Menschen in der Region stellen die versprochenen Arbeitsplätze eine große Hoffnung dar", beschreibt Yurdusev Özsökmenler, Bürgermeisterin der Millionenstadt Diyarbakir. "Die Erfahrung mit bereits gebauten Dämmen zeigt jedoch, dass die umgesiedelte Bevölkerung nur selten von den neuen Möglichkeiten profitiert." Von den für das Dammprojekt Umzusiedelnden will der Großteil auf eigene Faust in die umliegenden Städte, darunter Diyarbakir, ziehen, da er kein Vertrauen in die staatlichen Umsiedlungsprogramme hat. In den 90er Jahren wuchs die Stadt bereits unverhältnismäßig stark, da viele Bürgerkriegsflüchtlinge in ihr Zuflucht suchten. "Eine erneute Welle von Dammvertriebenen wäre nicht zu verkraften", so Özsökmenler.

In den Fluten des Stausees würden auch die antike Stadt Hasankeyf sowie weitere noch völlig unerforschte Kulturgüter untergehen. Ein von den Projektbetreibern erstellter Rettungsplan wird von Experten als weder realisierbar noch dem Wert der Kulturstätte angemessen erachtet.

"Minarette ohne Moscheen, eine Brücke ohne Fluss in einem archäologischen Park - das kann Hasankeyf nicht ersetzen. 10.000 Jahre Geschichte dürfen nicht für 50 Jahre Energiegewinnung geopfert werden", fordert Necattin Pirinccioglu von der Bügerinitiative zur Rettung Hasankeyfs. In dieser Initiative haben sich über 30 Gemeinden, Verbände und lokale Bürgergruppen zusammengeschlossen, um ihren Widerstand gegen das Staudammprojekt zu koordinieren und Alternativen aufzuzeigen. Das ist ein Novum in der Geschichte der Osttürkei und zeigt den Mut von Verwaltung und Bürgern, in einem immer noch stark angespannten politischen Klima öffentliche Kritik zu äußern. Hüseyin Kalkan, Bürgermeister der nahe gelegenen Großstadt Batman, zeigt den Zusammenhang zwischen der Armut der Region und dem Ilisu-Projekt auf. "Jahrzehntelang wurde bei uns kaum investiert. Das touristische Potenzial liegt brach. Jetzt werden uns blühende Landschaften durch das Ilisu-Projekt versprochen. Mit dem für den Dammbau vorgesehenen Geld könnte man den Tourismus für die ganze Region aufbauen. Im Gegensatz zu der mit dem Ilisu-Vorhaben einhergehenden Zerstörung würde das nachhaltige Arbeitsplätze schaffen, die einzigartigen Ökosysteme und Kulturgüter am Tigris erhalten und unseren Gemeinden eine dauerhafte Entwicklungschance bieten."

Ercan Ayboga von der regionalen Kommunalverwaltung berichtet von Umfragen unter den direkt Betroffenen. "In den von Überflutung bedrohten Dörfern herrscht ein erschreckendes Informationsdefizit. Die wenigsten Menschen wissen, dass sie in die Projektplanung einbezogen werden müssen, um Weltbankstandards zu entsprechen. Kaum jemand hat klare Vorstellungen, wovon er nach der Umsiedlung leben soll."

Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED kritisiert, dass die vom Konsortium, zu dem auch die deutsche Baufirma Züblin gehört, vorgelegten Projektunterlagen einer Überprüfung durch internationale Experten nicht standhielten. Insbesondere seien die Pläne und Budgets für die Entschädigung und Umsiedlung, für ökologische Ausgleichsmaßnahmen und für den Kulturgüterschutz vollkommen unrealistisch und basierten auf Wunschdenken statt auf realistischen Annahmen. "Auch mit den neuen Plänen entspricht das Projekt nicht internationalen Standards. Mit der Vergabe einer Hermesbürgschaft würde die Bundesregierung ihre eigenen Richtlinien unterlaufen", stellt WEED-Sprecherin Heike Drillisch fest. *(WEED e.V., 18.5., ISKU)*

Diskussion um Doppelspitze der DTP

Das System der Doppelspitze im Parteivorsitz sorgt für Diskussionen innerhalb der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP). Erstmalig in der Türkei war es die DTP, die dieses System einführte, das Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern symbolisiert und ein kollektiveres Führungsverständnis wiederspiegelt. Nachdem die Oberstaatsanwaltschaft am Revisionsgerichtshof mit Schließung der Partei gedroht hatte, falls dieses System nicht zugunsten des traditionell mit einer Person besetzten Parteivorsitzes aufgegeben werde, hat der Parteivorstand sich auf seiner letzten Sitzung darauf geeinigt, der staatsanwaltschaftlichen Forderung nachzukommen und eine entsprechende Satzungsänderung angekündigt, um einem drohenden Verbot und einer ebenfalls drohenden Annullierung der zur Zeit stattfindenden Parteikongresse auf Provinzebene zuvor zu kommen. Dagegen hat sich jetzt der DTP-Frauenrat gestellt. Die weiblichen Gründungsmitglieder der Partei verweigern ihre Unterschrift unter dem neuen Satzungsentwurf, den der Vorstand in die Provinzverbände geschickt hat. Der Frauenrat tritt dafür ein, juristisch für das System der Doppelspitze zu kämpfen, da es sich hierbei um ein Projekt zur Aufhebung der Geschlechterungleichheit in der Gesellschaft handele und hat beschlossen, eine Kampagne zur Änderung des Parteiengesetzes zu starten, damit die Doppelspitze weiter bestehen kann.

Die Doppelspitze widerspricht nach Auffassung des Oberstaatsanwaltes am Revisionsgerichtshof Nuri Ok dem 15. Artikel des Parteiengesetzes. Ok hat bereits zwei Mal eine Abnahmung an die DTP gerichtet und eine Stellungnahme innerhalb von dreißig Tagen gefordert. *(ÜÖG, 20.5., ISKU)*

Schlussplädoyers im "Misir-Basar-Prozess"

Am 26. Mai werden die Abschlussplädoyers der Verteidigung im Prozess um die Explosion im "Misir-Basar" in Istanbul im Jahr 1998 gehalten werden. Angeklagt in diesem Prozess ist u.a. die Soziologin Pinar Selek, die vergangene Woche ihre Verteidigung vorgelegt hatte. Selek wird von einer Vielzahl von Anwälten vertreten, darunter ihr Vater und ihre Schwester.

Entsprechend der Prozedur wird den Angeklagten nach den Abschlussplädoyers ein letztes Mal die Möglichkeit eingeräumt, etwas zu sagen, bevor das Urteil gesprochen wird. Da der Prozess seit nunmehr acht Jahren andauert und mehrere widersprüchliche Gutachten vorliegen, besteht die Möglichkeit, dass sich das Gericht erneut Bedenkzeit nimmt und die Urteilsverkündung auf eine spätere Hauptverhandlung verschoben wird. *(ANF, 25.5., ISKU)*

aus dem Jahr 2005. Teil der Untersuchung Ertürks wird auch der Einfluss des neuen türkischen Strafgesetzes sein, nach dem so genannte "Ehrenmorde" härter als zuvor bestraft werden. Nach der Meinung von Frauenrechtlerinnen führt diese Verschärfung zu einem Ansteigen der Selbstmordrate, da Frauen nunmehr gezwungen werden, den "Ehrenmord" durch Selbsttötung selbst zu vollstrecke bzw. "Ehrenmorde" verstärkt als Selbstmorde vertuscht werden. *(ANF, 24.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Ra	Radikal
jW	junge Welt

Aufruf zur 14.Verleihung des Hüseyin-Celebi-Preises

Literaturinteressierte sind aufgerufen, Gedichte und Erzählungen in kurdischer, türkischer oder deutscher Sprache an den Verband der Studierenden aus Kurdistan YXK einzusenden. Es geht um den Hüseyin-Celebi-Literaturpreis, den kurdische Studenten seit 1993 zwar in Deutschland vergeben, der sich aber an die weltweite kurdische Gemeinde richtet. Anfang November werden in Frankfurt a.M. die besten Werke von einer international besetzten Jury prämiert. Für die Bewertung der erstmalig zugelassenen deutschsprachigen Erzählungen sind die Schriftstellerinnen Hella Schlumberger, Maria Brunner und Helin Bektas zuständig.

Der Hüseyin-Celebi-Wettbewerb mit jeweils mehreren hundert Autoren ist mittlerweile eine der renommiertesten kurdischen Literaturveranstaltungen.

Die Teilnehmer können sich mit bis zu zwei Gedichten in kurdischer oder türkischer Sprache und einer Erzählung in deutscher, türkischer oder kurdischer Sprache beteiligen. Die eingesandten Werke dürfen nicht vorher veröffentlicht werden. Die Einsendungen müssen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. September 2006 an die YXK gesendet werden: **YXK, Heidelberger Straße 4, 60327 Frankfurt/Main, info@yxk-online.com** *(jW, 23.5.)*

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.nadir.org/isku

Nr. 260
2. Juni 2006

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Ein Kommentar der Schriftstellerin Fatma Nevin Vargün zum Tod von Uta und Amara

Ein Jahr ist vergangen

Auch wenn einem manche Phasen sehr lang vorkommen, so vergeht doch das, was wir Zeit nennen, sehr schnell. Schon ein Jahr ist seit dem Tod von Ekin Ceren und Uta vergangen. Die Nachricht von ihrem Tod hat damals Aufruhr und Unglauben in uns hervorgerufen. Das Leben zwingt einen dazu, große Sehnsucht auszuhalten. Da geht mir seit einem Jahr nicht mehr aus dem Kopf, das haben wir nicht vergessen. Und gerade in einer Stadt wie Ankara, in der die Erinnerungen jeden Tag aufgefrischt werden, ist vergessen ohnehin unmöglich.

Seit jenem Tag sterben weiterhin junge Menschen. Die Welt, auf der es nicht nur unglückliche Unfälle gibt, sondern darüber hinaus auch sinnlose Kriege, ist wie ein Todeszentrum für die Jugend.
Wenn man die soziologischen Ursachen einmal beiseite lässt und die Sache mit offenem Auge und menschlichem Herzen betrachtet, dann ist es schwer, dem Grauen des Krieges irgendeinen Sinn zu geben – ein Mechanismus, der wegen der vom Menschen geschaffenen Probleme, die er sich weigert zu lösen, entstanden ist und beschlossen wird aufgrund fehlender Lösungskapazität derer, die eben nicht mehr jung sind. Blutjungen Menschen wird eine Waffe in die Hand gedrückt und nachdem ihnen beigebracht wurde, wie sie sie zu benutzen haben, heißt es: "Los, geht und bringt Menschen um". Auf der anderen Seite bemüht sich die Wissenschaft, das Leben von Menschen zu verlängern. Es gibt ständig neue Medikamente und Behandlungsmethoden. Die Menschen in stabilen und entwickelten Ländern leben länger und qualitativer.
Im Gedanken an Ekin kommt einem unweigerlich der Gedanken, dass sie jetzt bei uns wäre, wenn dieses System anders wäre. Um das Grauen dieses Systems zu verschleiern, werden wir mit dem "Schicksal" getröstet. Wer weiß, vielleicht ist es auf diese Weise einfacher, mit dem Schmerz klar zu kommen.

Aber ist es nicht ein großes Verbrechen, den Krieg, der doch eine Erfindung des Menschen ist, Schicksal zu nennen? Es existieren schließlich auch Länder, in denen Menschen mit neunzig Jahren noch gesund sind, in denen es kaum Verkehrsunfälle gibt, in denen Probleme ohne Krieg, sondern mit Worten gelöst werden.

Wir sind zu einer Gesellschaft geworden, die kaum noch eine Reaktion zeigt angesichts dieser Verurteilung zu einem Leben mit ständiger Gewalt und ständigem Leid, im gleichzeitigen Wissen, dass es auch andere Beispiele und Lebensformen gibt. Zu einem Land, das reich an Mafiabanden ist. In dem das alles egal ist. Gewalt auf den Straßen, Gewalt in den Häusern. Und es kann sogar passieren, dass wir ohne es zu merken, zu Befürwortern und Anwendern von Gewalt werden, obwohl wir uns selbst für friedliebend halten. Der Gedanke, dass die jungen Menschen, die man geliebt hat, nicht mehr leben, zehrt einen auf. Man denkt, dass es angesichts dieses Gefühls unmöglich ist, zu weiteren Toten zu schweigen, aber wir können sogar den Tod heilig sprechen.

Der Tod von Jugendlichen und Kindern ist nicht heiliger als das Leben. Es ist heiliger, sein Leben dem Kampf für ein längeres und besseres Leben der Menschheit zu widmen. Wenn wir die Menschenrechte verteidigen, dann müssen wir das Recht auf Leben in den Vordergrund stellen, es preisen und uns anstrengen. Bemühen wir uns wohl ausreichend darum, zu hinterfragen, wie sehr wir in unserem Land, in dem so viele Menschen sterben, dabei Erfolg haben? Diese Frage sollten wir uns vielleicht öfter stellen.

Das alles kommt mir sofort in den Kopf, wenn ich an dieses eine Jahr denke, das vergangen ist, seitdem Ekin uns verlassen hat. Es handelt sich auch um einen Aufstand gegen diese Todesfälle, die zu früh, zum falschen Zeitpunkt und so nah stattgefunden haben. Am Mittwoch, dem 31. März werden wir um 13 Uhr vor ihrem Grab stehen. Was anderes können wir nicht tun. An der Seite von ihren lieben Eltern, die eine unglaubliche Geduld gezeigt haben, mit ihren Freundinnen und Freunden, die sie lieben und nicht vergessen werden.

(ÜÖG, 29.5., ISKU)

Ein Jar nach dem Unfalltod von Uta Schneiderbanger (Nûdem) und Ekin Ceren Dogruak (Amara) am 31. Mai 2005 in Südkurdistan gedachten Angehörige sowie Freundinnen und Freunde der beiden Internationalistinnen mit Gedenkveranstaltungen in Ankara, Dortmund und Berlin. In Redebeiträgen würdigten Vertreterinnen der YJA und anderer Organisationen die internationalistische Persönlichkeit von Uta und Amara und ihre Solidarität mit dem kurdischen Volk. In Berlin trafen sich Freunde und Freundinnen am "Utabaum" auf dem Friedhof am Südstern (siehe Foto). Im Anschluss fand eine Gedenkveranstaltung im kurdischen Verein statt. An der Gedenkveranstaltung am Sonntag in Dortmund nahmen 500 Menschen teil, darunter auch die Eltern von Uta.

(Foto: ISKU)

Meldungen

Anwaltsbesuch bei Öcalan
Am 31.05. hat der regulär einmal wöchentliche Anwaltsbesuch bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmara-Meer stattgefunden. Wie Rechtsanwalt Ibrahim Bilmez mitteilte, sei der Gesundheitsbesuch seines Mandanten gut. Im Verteidigergespräch, an dem auch der britische Anwalt Mark Müller teilnahm, sei es um die Themen Isolation und Neuverhandlung gegangen.
(DIHA, 31.5., ISKU)

Neue Bande in Ankara aufgeflogen
Bei Razzien in Ankara von Einheiten der polizeilichen Antiterrorabteilung wurden elf Personen festgenommen, darunter drei Offiziere. Beschlagnahmt wurden vier ferngesteuerte C-4-Bomben, Waffen sowie Dokumente, die auf die Organisiertheit der Bande hinweisen, so ein Text über einen Treueschwur, in dem sich die Mitglieder der so genannten "Atabey Guerilla Gruppe" dazu verpflichten, "unserem Vaterland und unserer Nation jederzeit und unter jeder Bedingung verbunden zu bleiben, seine Interessen zu verteidigen und die uns anvertraute Fahne bis zum letzten Blutstropfen zu schützen". Unter den Dokumenten sollen sich außerdem Lagepläne über die Zufahrtsmöglichkeiten zum Haus von Ministerpräsident Erdogan befinden.
(ANF, 31.5., ISKU)

31 Klagen wegen Misshandlung in Polizeigewahrsam
Die Anwaltskammer Diyarbakir gibt an, dass 31 Klagen von Personen eingereicht wurden, die bei den Unruhen am 25. März in Diyarbakir festgenommen worden waren. Die Anwaltskammer richtete an den Provinzgouverneur außerdem die Frage, ob bezüglich der zehn Todesopfer bei den Unruhen Untersuchungen durchgeführt wurden. Die Öffentlichkeit sei nicht über die verwaltungsinternen und staatsanwaltlichen Ermittlungen sowie ihre Ergebnisse informiert worden.
(Ra, 26.5., ISKU)

Amed: Zugewanderte Frauen brauchen Unterstützung
Eine von der kommunalen Agenda 21 durchgeführte Befragung, an der mehr als Tausend Frauen teilnahmen, zeigt ein großes Problempotenzial. 56% der befragten Frauen können nicht Lesen & Schreiben, 14% verfügen über einen Grundschulabschluss. Als Angabe, warum sie keine Schule

Gefechte in Kurdistan

Nach wie vor finden zahlreiche Gefechte in Kurdistan statt. Zuletzt kam es in der Nähe des Kato Berges in der Umgebung von Qilaban und Beytüssebab zu schweren Gefechten. Nach Informationen der türkischen Armee kamen dabei fünf Soldaten und drei Dorfschützer ums Leben. Fünf Dorfschützer und 18 Soldaten wurden verletzt.
Weiter gab der Gouverneur von Sirnex bekannt, dass am 30.05. im Cudigebirge die Soldaten Salih Çam und Mustafa Metin Güngör ums Leben kamen.
Am selben Abend fanden auch in der Gegend von Sêrt Berwari Gefechte zwischen der HPG Guerilla und der Armee statt. Dabei wurden 13 Soldaten verletzt.
Die Pressestelle der HPG gab bekannt, dass in den Gabar Bergen drei Soldaten getötet und fünf weitere verletzt worden seien.
Nach Angaben der HPG sollen zwischen dem 24. und 31. Mai in Dêrsim, Amed und Bedlîs insgesamt ein Offizier und 17 Soldaten getötet worden seien.
Nach Information der HRK (Kurdische Guerilla im Iran) kamen bei Gefechten in der Region Dola Eyse bei Pîransar 22 iranische Soldaten ums Leben, neun weitere wurden verletzt. Aufgrund dessen kamen Vertreter des türkischen Staates und des Iran zur Organisierung gemeinsamer Operationen in Colemerg (Hakkari) zusammen. Die Delegation aus dem Iran bestand aus 11 Personen, unter ihnen der Chef der Grenzkaserne von Urmiye Albey, Asgar Benaîfer. Auf türkischer Seite nahm u.a. der Gouverneur von Colemerg, Ayhan Nasûhbeyoglû teil.

(RTV, 29./31.5., ISKU)

Neue Anklage gegen Baydemir

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, muß sich vor Gericht verantworten, weil er der Überführung eines im Kampf getöteten Mitglieds kurdischen Guerilla HPG in einem städtischen Krankenwagen zugestimmt haben soll. Das berichteten türkische Medien am Dienstag. Dem Bürgermeister droht ein Jahr Gefängnis. Mit angeklagt sind unter anderen drei seiner Mitarbeiter, darunter der Leiter der Friedhofsverwaltung. Militante Mitglieder und Unterstützer der PKK werden von der Türkei als Terroristen angesehen. Der im März vergangenen Jahres getötete PKK-Kämpfer war von Diyarbakir zur Beerdigung in die rund 250 Kilometer entfernte Stadt Gaziantep transportiert worden. Durch das dem Fahrer des Krankenwagens gezahlte Wegegeld von 16,80 Lira (rund 10 Euro) sei außerdem der Stadtkasse ein finanzieller Schaden entstanden, heißt es in der Anklageschrift. Baydemir war Anfang des Jahres von türkischen Medien kritisiert worden, weil er öffentlich um getötete PKK-Mitglieder trauerte, die bei den Unruhen im Osten der Türkei getötet worden waren. Der Prozeß gegen den Bürgermeister soll in den kommenden Tagen beginnen.

(DW, 31.5., ISKU)

DTP: Kampagne für Doppelspitze

Der Frauenrat der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) startete eine Unterschriftenkampagne für die Änderung des Parteiengesetzes in der Türkei, um das System der Doppelspitze im Parteivorsitz durchzusetzen, das vom Revisionsgerichtshof bereits zweimal gerügt worden ist. Dieses System wurde in der Türkei erstmalig von der DTP eingeführt. Als Sprecherin des DTP-Frauenrates bezeichnete Sabahat Tuncel in einer Presseerklärung die Annahme des Doppelspitzensystems als Symbol der Geschlechtergleichberechtigung, das der Demokratisierung der Türkei und der aktiven Teilnahme von Frauen am politischen Leben diene. "Wie an den meisten Ort der Welt trägt auch in der Türkei das Feld der Politik einen patriarchalen Charakter. Die Doppelspitze im Parteivorstand beherbergt eine Veränderungsdynamik sowohl gegen den männlichen Charakter der Politik als auch gegen die Kultur eines einzigen Führers.

(ANF, 29.5., ISKU)

Studie: Weder Schule noch Arbeit

Die TISK (Konföderation der Arbeitgebergewerkschaften der Türkei) hat unter Hinzuziehung von OECD-Daten in einer Untersuchung den durchschnittlichen Bildungsgrad und Arbeitsmöglichkeiten von Jugendlichen verschiedener Länder verglichen. Demnach kann knapp die Hälfte aller Frauen, die aufgrund des in allen Lebensbereichen verbreiteten Sexismus ohnehin schon mit einem quasi angeborenen Nachteil zur Welt kommen, nur die Grundschule besuchen. Nach der TISK-Untersuchung gehen 44,3 Prozent der Frauen zwischen 15 und 19 weder zur Schule noch einer Erwerbstätigkeit nach. Bei den Männern der gleichen Altersgruppe liegt der Schnitt bei 22,6 Prozent. Die Türkei befindet sich mit diesem Schnitt unter den OECD-Ländern mit weitem Vorsprung auf Platz eins.
So liegt der Durchschnitt in Mexiko bei Frauen bei 27,8 Prozent, bei Männern bei 8,1 Prozent, in Griechenland bei 10,1 Prozent (Frauen) und 8,6 Prozent (Männer), in Tschechien bei 6,2 Prozent und 5,4 Prozent.
In einer Bewertung dieser Untersuchung macht die TISK darauf aufmerksam, dass der Unterschied zwischen Mädchen und Jungen insbesondere beim Thema Schulbesuch "mit aller Gewalt" andauere. Die genannten Zahlen erforderten ein sofortiges Handeln.

(ÜÖG, 29.5., ISKU)

Delegation der DTP bei Barzani

Die Doppelspitze der Demokratischen Volkspartei, DTP führte ihre Gespräche in Südkurdistan fort. Die beiden Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tugluk, sowie der stellvertretende Vorsitzende Nazmîr Gur sowie der Vertreter der DTP in Europa, Faîk Yagizay kamen nach der Konferenz der kurdischen Arbeitsgruppe der Sozialistischen Internationale in Silemani nach Kirkuk und Hewler (Erbil), wo sie mit dem mit dem Regionalvertreter von Südkurdistan, Mesud Barzani zusammenkamen.
Die DTP-Delegation wurde von dem Präsidenten der Region und dem Ministerpräsidenten Nêçirvan Berzanî und dem Parlamentspräsidenten Ednan Muftî im Parlamentsgebäude von Südkurdistan begrüßt.
Nach dem Treffen gab die Vertreterin der DTP, Aysel Tugluk eine Erklärung ab und sagte, man habe bei dem Treffen über die kurdische Frage und eine Lösung derselben gesprochen.
Tûglûk erklärte, dass Berzani gesagt habe, er werde sich um eine Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen Methoden in der Türkei bemühen. Die Türkei müsse bedeutende Schritte unternehmen.
Vor diesem Treffen kam die DTP Delegation mit dem Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan – PÇDK, Faîk Gulpî zusammengetroffen.
Ahmed Türk erklärte, man werde mit allen südkurdischen Parteien zur Lösung der kurdischen Frage im Dialog bleiben.

(RTV, 31.5., ISKU)

besuchten, decken die Antwortoptionen "Mein Vater hat mich nicht geschickt" und "Ich bin nicht gegangen" die Hälfte der Befragten ab. 56% der Befragten gaben an, im Alter zwischen 12 und 16 Jahren geheiratet zu haben. 67% der Frauen hat fünf oder mehr Kinder. Rund 89 % geben an, über ein Haushaltseinkommen von weniger als 400 YTL zu verfügen. Nur 2% der Frauen sind erwerbstätig.

(NTV, 24.5., ISKU)

Türkische Truppenkonzentration macht Angst"
Der Staatspräsident des Irak, Celal Talabani, hat in einem irakischen TV-Sender erklärt, die Truppenkonzentration der türkischen Streitkräfte an der Grenze zum Irak mache der Bevölkerung Angst. "Das Problem muss auf dem Territorium der Türkei gelöst werden", erklärte er weiterhin. Er sei davon überzeugt, dass "eine Lösung nicht mit Waffen, sondern auf friedlichem Wege mit demokratischen Methoden" sinnvoller sei.

(Mi, 26.5., ISKU)

Premiere von "Kilometre Zero" in Hamburg
Der Kinostart in Deutschland von "Kilometre Zero" des kurdischen Regisseurs Hiner Selim fand am 25.05. im Rahmen einer gut besuchten Premierenvorstellung im Beisein des Regisseurs sowie der Schauspieler Nazmi Kirik und Belcin Bilgin in Hamburg statt. Regisseur Selim erklärte in einer Rede, in dem Film gehe es um die Sinnlosigkeit des Krieges aus Sicht eines jungen Kurden. Ohne Kriegspartei zu sein, seien es die Kurden gewesen, die am meisten unter dem Iran-Irak-Krieg gelitten hätten. Weiterhin wies Selim auf seinen neuen Film hin, der ebenfalls in Südkurdistan gedreht wurde und im Herbst anlaufen wird. *(ANF, 26.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
RTV	Roj TV
Ra	Radikal
Mi	Milliyet
DW	Die Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 261
9. Juni 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Repression gegen und Solidarität mit Eren Keskin

Eren Keskin stellt Anzeige gegen 19 Fraueneinrichtungen
Aufgrund einer am 6.6. in mehreren türkischen Tageszeitungen erschienen Anzeige wird die Menschenrechtlerin Eren Keskin Strafanzeige gegen 19 Fraueneinrichtungen stellen. In der Anzeige, die von Einrichtungen wie dem Bündnis für Istanbuler Fraueneinrichtungen, dem Frauenforschungsverein, der Stiftung für zeitgenössische Bildung sowie der Frauenrechtskommission der Istanbuler Anwaltskammer aufgegeben worden war, wird die ehemalige Vorsitzende der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins (IHD) Eren Keskin beschuldigt, die türkische Armee beleidigt und die Atmosphäre des Friedens zerstört zu haben. Weiter wird in der Anzeige behauptet, Keskin habe auf Veranstaltungen im In- und Ausland Propaganda für die PKK gemacht. "Wir protestieren gegen Eren Keskin, die außerordentliche Anstrengungen zeigt, um die Achtung, die die Türkischen Streitkräfte genießen, zu vermindern."
Gegenüber ANF erklärte Keskin, die Anzeigen seien zentral geschaltet worden und bezeichnete den Vorgang als "Kampagne von Personen, die den Militarismus verteidigen", gegen ihre Person sowie als Fortsetzung des "mit Semdinli begonnenen Prozesses".
Eren Keskin erklärte dazu: "Diese Anzeige wurde zentral geschaltet. Ich glaube nicht daran, dass diese ganzen Fraueneinrichtungen zusammengekommen sind, um die Anzeige aufzugeben. Ich denke vielmehr, dass es EU-Gegner, Militaristen und Befürworter einer gewalttätigen Unterdrückung der kurdischen Frage waren. Welche Atmosphäre des Friedens soll ich denn zerstört haben? Herrscht hier Frieden?"

Unterstützung für Eren Keskin
Auf einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins bezeichnete der IHD-Vorsitzende Yusuf Alatas die jüngsten Angriffe auf die Rechtsanwältin Eren Keskin als "unakzeptabel". "Es sollte bekannt sein, dass diese Art von Angriffen und Drohungen uns MenschenrechtlerInnen nicht von unserem Kampf abhalten", erklärte er. An der Pressekonferenz beteiligten sich neben IHD-Mitgliedern Sanar Yurdatapan von der Initiative gegen Gedankenschuld, Yüksel Genc von der Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem sowie AktivistInnen von MKM, SDP, EHP, der LehrerInnengewerkschaft Egitim-Sen, der Demokratischen Freien Frauenbewegung, Amargi und dem Frauenverein Regenbogen (Gökkusagi).
Rechtsanwalt Alatas bezeichnete die Zeitungsanzeige, die mehrere Fraueneinrichtungen zu Eren Keskin aufgegeben hatten, als "unglücklich". Der IHD arbeite nicht daran, irgendwelche Einrichtungen und Institutionen zu zermürben, werde aber weiterhin Entscheidungen und Vorgehensweisen gleichgültig welcher Institution, die im Widerspruch zu Menschenrechten, Freiheiten und Demokratie stehen, öffentlich machen und dagegen ankämpfen. Mit der Anzeige werde der Militarismus unterstützt. "Es ist natürlich, dass Eren Keskin zu irgendeinem Thema anders denkt. Gleichzeitig ist es natürlich, dass jemand anders über die Arbeit von Eren Keskin denkt und dies öffentlich macht. Wir als Verein verteidigen die Meinungsfreiheit unter jeder Bedingung und für jeden. Dazu stehen wir auch, wenn es sich um harte, ungerechte oder widersprüchliche Kritiken an unserem Verein oder seinen Vorstandsmitgliedern handelt. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir als IHD Eren Keskin voll und ganz unterstützen und im Rahmen des Kampfes für Menschenrechte auch weiterhin gegen den Militarismus kämpfen werden."
Am 6.6. wurde auf einer Solidaritätsveranstaltung für Eren Keskin zum Kampf gegen Patriarchat und Militarismus aufgerufen und gegen die Zeitungsannonce protestiert. Eren Keskin hielt eine Ansprache, in der sie ankündigte, allen Drohbriefen und Strafverfahren zum Trotz ihren Kampf gegen Patriarchat und Militarismus fortzusetzen.
Einen musikalischen Beitrag zu der Veranstaltung lieferten u.a. Ilkay Akkaya, Koma Asmin und Kardes Türküler. *(DIHA/ANF 6.6., ISKU)*

Pinar Selek nach acht Jahren falscher Anklage freigesprochen

Nach 8 Jahren falscher Anklage ist am Donnerstag die Soziologin Pinar Selek von dem Vorwurf freigesprochen worden, an der Explosion auf dem Misir-Basar in Istanbul im Jahre 1998 beteiligt gewesen zu sein.
Im Juli 1998 wurde Pinar Selek festgenommen. Von der Antiterrorabteilung der Polizei wurde sie unter Folter verhört. Erst aus den Fernsehnachrichten erfuhr sie anderthalb Monate nach ihrer Festnahme im Gefängnis Bayrampasa, daß sie und drei Mitgefangene für eine Explosion im Istanbuler Misir-Basar verantwortlich gemacht wurden, bei der am 9. Juli 1998 sieben Menschen getötet und 127 verletzt wurden. Es soll sich um einen Bombenanschlag der PKK gehandelt haben. Da Sachverständige allerdings zu der Überzeugung kamen, daß die Explosion nicht Folge eines Anschlages sei, sondern durch eine defekte Gasflasche ausgelöst wurde, wurde Pinar Selek im Jahr 2000 aus dem Gefängnis entlassen. »Trotz allem werde ich meinen Kampf für Frieden fortsetzen«, erklärte Selek bei ihrer Haftentlassung. Sie wurde Mitgründerin der Frauenkooperative Amargi und organisierte Frauentreffen für einen Dialog in kurdischen Städten, zu denen sie mit anderen engagierten Frauen aus den türkischen Metropolen fuhr.
Nach Pinar Seleks Freilassung drängten das Innenministerium und das Istanbuler Polizeipräsidium auf eine Fortsetzung des Prozesses. Auf rechtswidrige Weise versuchten Polizeistellen, eigene Schreiben als Beweise in die Akten aufnehmen zu lassen. Auf Sachverständige wurde Druck ausgeübt, belastende Gutachten zu unterzeichnen, was diese jedoch ablehnten. Unter Folter erpreßte Zeugenaussagen gegen Selek wurden widerrufen. Dennoch forderte die Staatsanwaltschaft eine lebenslange Haftstrafe gegen Pinar Selek – letztendlich erfolglos.
Der Prozess gegen Pinar Selek stiess in der Türkei, aber auch international auf großes Interesse. Tausende Menschen aus der ganzen Welt, darunter zahlreiche prominente WissenschaftlerInnen, Intellektuelle und PolitikerInnen solidarisierten sich mit Pinar Selek und forderten einen Freispruch – der am 8. Juni schließlich auch verkündet wurde. *(ISKU, 8.6.)*

Meldungen

Öcalan-Besuch nicht stattgefunden
Der regulär einmal wöchentlich stattfindende Besuch seiner Anwälte und Familienangehörigen bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali war am 7.6. aufgrund "widriger Wetterbedingungen" nicht genehmigt worden. *(ANF, 7.6., ISKU)*

Frauencafé in Urfa geschlossen
Das vor sechs Monaten in Urfa eröffnete und ausschließlich Frauen vorbehaltene Café "Kahve Miss" hat aufgrund fehlender Besucherinnen wieder schließen müssen, da Frauen von ihren Männern und Familien der Cafébesuch verboten worden ist. *(ANF, 2.6., ISKU)*

Friedensmütter verurteilt
Müyesser Günes und Sakine Arat, Aktivistinnen der Initiative "Mütter für den Frieden", sind vom 4. Strafgericht Ankara wegen "Lobens einer Straftat und eines Straftäters" zu einem Monat Haft und 600 YTL Geldstrafe verurteilt worden. Laut Anklage sollen sie diese Straftat am 25. August 2005 begangen haben, als sie vor dem Präsidium des Generalstabs eine Presseerklärung abgaben. In dieser Erklärung seien die PKK und der PKK-Führer gelobt worden.
Günes kündigte an, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. In der Erklärung sei lediglich darauf verwiesen worden, dass der Staat die kurdische Frage lösen müsse. "Wir werden den für den Frieden notwendigen Kampf fortsetzen." *(DIHA, 3.6., ISKU)*

Mädchen in Kirkuk wegen Kopftuch bedroht
Mit Flugblättern werden Schülerinnen in der südkurdischen Stadt Kirkuk (Irak) mit dem Tod bedroht, wenn sie ihren Kopf unbedeckt lassen. Weiter wird auf dem Flugblatt gefordert, die Mädchen sollten keine Hosen, sondern schwarze Kleider tragen. Aufgrund ähnlicher Androhungen in der Vergangenheit schicken einige Familien in der Stadt ihre Töchter überhaupt nicht mehr zur Schule. *(ANF, 6.6., ISKU)*

PEN unterstützt KollegInnen in der Türkei
Der internationale Schriftstellerverband PEN hat eine Beendigung der Prozesse gegen JournalistInnen, SchriftstellerInnen und HerausgeberInnen in der Türkei aufgrund von Gedanken-

Zübeyde Ersöz freigelassen

Die kurdische Journalistin Zübeyde Ersöz, die im Februar in Luxemburg nach der Antragstellung auf Asyl verhaftet worden war, ist freigelassen worden. Im Rahmen einer gut besuchten Pressekonferenz im Anschluss an die Haftentlassung im Hotel Café Francais erklärte Ersöz, es falle ihr schwer, ihre Gefühle am heutigen Tag auszudrücken. Jahrelang habe sie als Journalistin gearbeitet und sei nun selbst zum Thema in den Medien geworden. "Ich möchte mich bei allen KollegInnen für ihre Aufmerksamkeit bedanken. Ich war 105 Tage im Gefängnis. Draußen floss das Leben weiter wie ein Fluss, aber im Gefängnis stand es still wie ein See." Während der 3,5-monatigen Haftzeit sei sie zwei Monate vollkommen isoliert gewesen. Außer zu ihrem Anwalt habe sie zu niemandem Kontakt haben können. "Ich bin sehr froh, dass ich draussen bin. Ich versuche jetzt, mich an ein freies Leben zu gewöhnen." Sie plane, in Kürze ihre Journalistinnentätigkeit wieder aufzunehmen. "Ich habe sowohl in der Türkei als auch in Europa als Journalistin gearbeitet. Die Zeitung, für die ich tätig war, war von harter Repression betroffen. Es waren schwere Zeiten. Kollegen von mir wurden entführt, später haben wir ihre Leichen gefunden. Oder sie wurden angeschossen und mussten den Rest ihres Lebens im Rollstuhl verbringen." Außerdem werde sie ihre Arbeit zum Thema Frauenrechte fortsetzen, kündigte Ersöz an.

Ihre Haftbedingungen bezeichnete Ersöz als "sehr übertrieben". Ersöz war an Händen und Füßen gefesselt und mit verbundenen Augen zur Gerichtsverhandlung gebracht worden.

Ihre Anwälte betonten im Anschluss, eine Auslieferung ihrer Mandantin an die Türkei sei in der kommenden Zeit nicht möglich. Die Dokumente, mit denen die Türkei ihr Auslieferungsbegehren begründe, seien nicht ausreichend. Janine Frisch vom Komitee "Freiheit für Zübeyde Ersöz" erklärte, der Kampf müsse bis zur Anerkennung als Asylberechtigte weiterlaufen. Die vom Komitee gestartete Unterschriftenkampagne wird aus diesem Grund fortgesetzt.

Ersöz war am 15. Februar verhaftet worden, nachdem sie einen Tag zuvor einen Asylantrag gestellt hatte. Ihre Verhaftung erfolgte, weil sie auf Forderung der Türkei von Interpol gesucht wurde. Die Türkei behauptet, Ersöz sei in den Jahren 1994 bis 1995 an neun bewaffneten Aktionen beteiligt gewesen, obwohl sich die kurdische Journalistin zwischen 1993 und 1996 in Deutschland aufhielt.

(ANF, 2.6., ISKU)

Prozesse gegen die Meinungsfreiheit

Innerhalb von zwei Tagen finden in der Türkei Gerichtsverfahren gegen sechs Personen aufgrund von Meinungsfreiheit statt.

Perihan Magden: Gegen die Journalistin Perihan Magden fand am 7. Juni in Istanbul eine weitere Verhandlung statt aufgrund eines Artikels mit der Überschrift "Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist ein Menschenrecht", der in der Zeitschrift "Yeni Aktüel" veröffentlicht wurde. Die Anklage lautet auf "Abkühlung der Beziehung des Volkes zum Militär" (§ 118 Türkisches Strafgesetzbuch). Der Prozess wurde vertagt.

Prof. Dr. Murat Belge: Das Verfahren gegen den Journalisten der Tageszeitung "Radikal" aufgrund eines Artikels mit der Überschrift "Ein Gerichtsurteil" findet am 8. Juni in Istanbul statt. In dem inkriminierten Artikel hatte Belge den Gerichtsbeschluss zur Annullierung der Konferenz zu osmanischen Armeniern kritisiert. Belge ist nach § 288 des türkischen Strafgesetzbuches wegen Beeinflussung der Justiz angeklagt.

Hasip Kaplan: Ebenfalls am 8. Juni findet eine Verhandlung gegen den Juristen Hasip Kaplan wegen eines Fernsehauftrittes statt. Die Anklage gegen Kaplan lautet auf "gefährliche Anstachelung zu Feindschaft" nach § 216.

Ismail Saymaz: Ein weiterer Prozess findet am 8. Juni ebenfalls in Istanbul gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Istanbuler Vereins zeitgenössischer Journalisten (CGD) Ismail Saymaz statt. Der Korrespondent der Tageszeitung "Radikal" ist wegen eines Artikels mit der Überschrift "Folter an elfjährigem Kind?" wegen Beeinflussung der Justiz angeklagt.

Ahmet Önal: Nachdem der Besitzer des Verlages Peri, Ahmet Önal, bereits am 31. Mai diesen Jahres wegen Veröffentlichung eines Buches zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, wird er am 9. Juni erneut wegen "Beleidigung Atatürks" aufgrund der Veröffentlichung des Buches "Alevitentum in Dersim" auf der Anklagebank sitzen. Gegen den Verleger wurden bis heute 27 Prozesse geführt.

Pinar Selek: Der Prozess gegen die Soziologin Pinar Selek wegen der Explosion auf dem Misir-Basar in Istanbul 1998 fand ebenfalls am 8. Juni statt und endete mit einem Freispruch (siehe Seite 1) *(IgG, 30.5., ISKU)*

Anhaltende Gefechte in der Türkei und im Iran

Nach Informationen des Pressezentrums der HPG kam es am 6. Juni bei Museka in der Region Colemerg (Hakkari) zu Gefechten mit der türkischen Armee. Dabei wurden sechs Soldaten getötet, neun weitere verletzt.

Weiterhin hatte die türkische Armee am Abend eine Militäroperation bei den Merg Bergen begonnen. Dabei kam es zu Gefechten mit der Guerilla, in deren Folge vier türkische Soldaten ums Leben kamen und drei weitere verletzt wurden.

Zudem wurde bekannt, dass am selben Tag in der Region Dersim Pulumur Militärfahrzeuge der Kaserne Yatili, die auf dem Weg nach Pilçe waren von der HPG angegriffen worden sind. Die HPG erklärte, bei dem Angriff seien von acht Soldaten in den Fahrzeugen zwei getötet und sechs weitere verletzt worden.

Außerdem habe die HPG am 5. Juni auf der Straße zwischen Dersim und Hozat zwischen 17 und 20 Uhr Identitätskontrollen durchgeführt.

Augenzeugen berichteten, in der Region Sert Berwari seien aus der Region Dogancaköy und Besta neue Einheiten der Armee stationiert worden.

Gefechte im Iran

In Ostkurdistan kam es zwischen Einheiten der HRK (Kräfte Ostkurdistans) und der Iranischen Armee zu schweren Gefechten. Nach Informationen von Augenzeugen fand bei Korbolan, Kosa Yagilhan und Mistefa Kadis, bei der kurdischen Stadt Maku eine umfangreiche Militäroperation statt. Dabei wurden zwei iranische Soldaten getötet und drei weitere verletzt. Auch ein Kämpfer der HRK wurde verletzt. In der Region Soma kam es in der Nähe der Dörfer Kanî Spî und Kasirqê zu Gefechten, bei denen fünf iranische Soldaten ums Leben kamen.

Außerdem wurde bekannt, dass die iranische Armee umfangreiche Vorbereitungen für eine Militäroperation bei der Stadt Piransar umsetzt. Dabei wurde ein Kurde mit Namen Hesen Dînawe an der Grenze von iranischen Soldaten beschossen und verletzt.

(ROJ TV 7./8.6., ISKU)

schuld gefordert. In einer Erklärung verwies die Organisation auf die morgige Verhandlung gegen die Schriftstellerin Perihan Magden und rief dazu auf, Protestschreiben an Ministerpräsident Erdogan und Außenminister Gül zu schicken.

Perihan Magden hatte in einem Artikel den Fall Mehmet Tarhan thematisiert, der den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigerte und dafür ins Gefängnis kam. Magden bezeichnete die Militärdienstverweigerung als Menschenrecht, woraufhin die türkischen Streitkräfte Anzeige stellten.

Der internationale PEN-Club fordert die Einstellung von Gerichtsverfahren gegen 80 JournalistInnen, SchriftstellerInnen und HerausgeberInnen in der Türkei. Mit den Prozessen würden internationale Abkommen zur Meinungsfreiheit verletzt. *(ANF, 6.6., ISKU)*

Kiziltepe: Vater und Tochter brutal ermordet

In Mardin-Kiziltepe sind Selahattin Aksu (31) und seine Tochter Rozerin (7) erschossen worden. Erst vor einer Woche war das DTP-Mitglied Aksu festgenommen und mit den Worten "Wir machen dich fertig" von Militärs bedroht worden. Seine Frau Leyla macht den Staat für den Mord an ihrem Mann und ihrer kleinen Tochter verantwortlich. Aksu und seine Tochter waren am Sonntagmorgen von Dorfbewohnern in der Nähe des Weizenfeldes gefunden worden, auf dem Aksu als Saisonarbeiter tätig war. Nach dem Leichenfund stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass 92 Schüsse abgegeben wurden. Die Autopsie, die inzwischen in Amed durchgeführt wurde ergab, dass Selahattin Aksu von 20 Kugeln, seine Tochter Rozerin von 11 Kugeln getroffen worden waren.

(ÖP/DIHA, 5./6.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
ÖP	Özgür Politika
IgG	Initiative gegen Gedankenschuld

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 262
16. Juni 2006

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kein Urteil im Semdinli-Prozess

Die für Dienstag erwartete Urteilsverkündung im "Semdinli-Prozess" um die Bombenexplosion im Buchladen "Umut" in der Kreisstadt Semdinli hat nicht stattgefunden – der Prozess wurde vertagt. Die Anwälte der Opfer des Anschlages hatten eine 25-seitige Verteidigung vorgelegt, in der sie den Prozess als "Parameter in der Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Methoden" bezeichneten. Angeklagt sind zwei Unteroffiziere des militärischen Nachrichtendienstes JIT sowie ein PKK-Überläufer, der ebenfalls für den JIT tätig war.
In der Verteidigung der Opfer wurde an das Berufsverbot für den Staatsanwalt Ferhat Sarikaya erinnert, der eine umfassende Anklageschrift geschrieben hatte; ebenso an die Absetzung des geheimdienstlichen Polizeichefs Sabri Uzun, der mit den Worten "Wenn der Dieb bereits im Haus ist, nützt auch der Schlüssel nichts mehr" die eigene Abteilung verteidigt und dem Militär die Verantwortung zugeschoben hatte und an Verlautbarungen des Oberkommandierenden des Heeres, General Yasar Büyükanit, der einen der Täter öffentlich in Schutz genommen hatte. Weiter legten die Anwälte vor, dass von ingesamt 18 Bombenanschlägen in der Provinz Hakkari, zu der auch Semdinli gehört, für lediglich zwei die PKK die Verantwortung übernommen hat. Man sei der Überzeugung, dass die anderen ungeklärten Anschläge von Kräften begangen worden seien, die gegen eine demokratische Lösung der kurdischen Frage seien. So wie beim Susurluk-Skandal handele es sich auch in Semdinli nicht um wenige Einzeltäter, sondern um organisiertes Vorgehen. Im Anschluss gaben die Anwälte mehrere Beispiele von Aktivitäten des JITEM.
Die Anwälte erklärten weiter, ihr Ziel als Verteidiger der Opfer sei nicht nur eine Verurteilung der Angeklagten. "Ursache für die Vorfälle, um die es in diesem Prozess geht, ist die fehlende Suche nach einer Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen und friedlichen Methoden bzw. der fehlende Wille dazu." Die Angeklagten hätten innerhalb der hierarchischen Struktur, in der sie sich befinden, niemals den Mut gehabt, diese Aktion durchzuführen, wenn der Staat ein Lösungsprogramm vorgelegt hätte. "Deshalb ist dieser Prozess gleichzeitig ein Parameter in der Lösung der kurdischen Frage."

(DIHA, 13.6., ISKU)

“Die eigene Probleme selber lösen”

Als Ergebnis der bisherigen Arbeit der "Gleichen und freien BürgerInnenbewegung" in der Türkei sind Volksräte gebildet worden, die Lösungen für Probleme der Bevölkerung produzieren sollen. Ziel der Bewegung ist die Schaffung freier BürgerInnen.
Mit der weltweit verbreiteten Forderung nach Demokratie ist auch der Bedarf nach zivilgesellschaftlichen Organisationen gewachsen, über die eine Lösung für gesellschaftliche Probleme unter Beteiligung der die Gesellschaft ausmachenden Individuen erreicht werden soll. Auf diese Weise soll auch Druck auf die Regierungen ausgeübt werden.
In der Türkei sind zwanzig zivilgesellschaftliche Organisationen zu diesem Zweck zusammen gekommen und haben die "Gleiche und freie BürgerInnenbewegung" gegründet, die eine Organisierung an der Basis vorsieht. Unter diesen Organisationen befinden sich u.a. die "Bewegung patriotischer Studierender und Jugendlicher", die "Demokratische Freie Frauenbewegung", das Kulturzentrum Mesopotamien, der MigrantInnenverein Göc-Der und die Initiative "Mütter für den Frieden".
Die Arbeit der BürgerInnenbewegung begann bereits vor zwei Jahren. Im Februar wurde schließlich ihre Gründung öffentlich gemacht. Die Provinzen Istanbul, Diyarbakir, Van und Adana wurden für Pilotprojekte ausgesucht, in denen die Bewegung als Organisationsmodell Kommunen, freie BürgerInnenräte und Häuser unterhält. Die Kommunen setzen sich aus den AnwohnerInnen einer Straße oder eines Dorfes zusammen.
In den Kommunen wird versucht, Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Aus ihnen setzen sich die Freien BürgerInnenräte zusammen, die der Beschlussfassung dienen. Die Räte wiederum unterteilen sich entsprechend des Bedarfes in Komitees zu den Themen Politik, Wirtschaft, Gesundheit, Jugend u.a., die die Beschlüsse der Räte umsetzen.
Taylan Seker ist Mitglied der Koordination der Bewegung. Seiner Meinung nach entspricht dieses Modell den Erwartungen der Bevölkerung. In den ausgesuchten Pilotgebieten gehen die Mitglieder der Bewegung von Haus zu Haus, hören sich die Forderungen der Menschen an und versuchen, dementsprechend Lösungen zu entwickeln. Parteien, die eigentlich im Namen der Bevölkerung vorgehen, würden nach einem bestimmten Punkt zunehmend elitär, seien mit internen Problemen beschäftigt oder auf eine zuvor festgelegte Politik fixiert, so Seker. Aus diesem Grund bestehe großes Interesse an den BürgerInnenräten.
In einigen Provinzen seien auch Vereine eröffnet worden, so in Istanbul in den Stadtteilen Kanarya und Caglayan. Weitere Vereinsgründungen seien in Istanbul-Okmeydani sowie in Mersin und Adana geplant. Diese Vereine spielen nach Seker die Rolle von "Demokratie-Häusern". Auf Versammlungen werde über Problemfelder wie Umwelt, öffentliche Dienstleistungen, Sicherheit oder die Verwahrlosung von Jugendlichen diskutiert. Dabei bleibe es nicht nur bei Kritik, sondern es werde an alternativen Lösungen gearbeitet. "Beispielsweise wird nicht nur über die Gefahren des Drogenkonsums geredet, sondern gleichzeitig versucht, den Jugendlichen alternative Lebensmöglichkeiten zu bieten. Mit den Jugendlichen machen wir gesonderte Versammlungen und Aktivitäten. Wir arbeiten auch zum Thema Muttersprache, da es zu einem der grundlegenden Probleme in den Stadtteilen, in denen wir aktiv sind, gehört, dass die Menschen sich nicht in ihrer eigenen Sprache ausdrücken können. Wir haben Kurdisch-Kurse eingerichtet, die nicht nur Kurden, sondern allen Menschen offen stehen", erzählt Seker, der auch über die erlebten Schwierigkeiten und Repressalien berichtet. "Menschen, die an demokratischen Aktionen teilnehmen, werden unter Druck gesetzt und festgenommen. Darüber sollen die Menschen von derartigen Aktivitäten abgehalten werden. Trotzdem ist die Beteiligung gut."
Auch Mesut Aydin gehört zu den Aktivisten der Bewegung. Er verweist darauf, dass diese Organisierungsform in der Türkei und dem gesamten Mittleren Osten einmalig ist. Nach Aydin sind die Hauptprinzipien der Bewegung ein harmonisches Leben des Individuums mit der Gesellschaft und der Natur, die Befreiung der Gesellschaft über die Befreiung der Frau sowie eine Neudefinition der Begriffe Gesellschaft, Individuum und Demokratie. Die Schaffung einer echten Demokratie über die Partizipation verschiedener *(Fortsetzung auf Seite 2)*

Meldungen

Schwere Gefechte in Kurdistan

Im Rahmen ununterbrochen laufender Militäroperationen der türkischen Armee in Kurdistan ist es in den letzten Tagen zu schweren Gefechten insbesondere in Dersim und Sirt gekommen, bei denen das türkische Militär Verluste zu verzeichnen hat. In Silvan kamen zwei Guerillakämpfer ums Leben. Desweiteren haben Truppenverlegungen ins Grenzgebiet bei Hakkari stattgefunden.
Auch die Operationen der iranischen Armee gegen die PKK-Guerilla dauern an. *(ÖP, 12.6., ISKU)*

Guerillabeerdigung in Silvan

Der Leichnam des HPG-Kämpfers Baran (Erdal Sezgin), der bei einem Gefecht im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee in Silvan ums Leben gekommen ist, ist in Silvan im Beisein von 2000 Menschen beigesetzt worden. Trotz starker Präsenz der Sicherheitskräfte kam es zu keinen Zwischenfällen.

(DIHA, 10.6., ISKU)

Für "Herrn Öcalan" vor Gericht

Am Dienstag hat eine Gerichtsverhandlung gegen 58 Gefangene aus dem Gefängnis Mardin stattgefunden, die sich selbst aus Protest gegen die Kriminalisierung der respektvollen Anrede "Herr Öcalan" angezeigt haben. "Wenn es eine Straftat ist, "Herr Öcalan" zu sagen, dann sagen wir auch "Herr Öcalan" und zeigen uns hiermit selbst an".
Die Verhandlung, die bis spät in den Abend hinein dauerte, wurde vertagt. *(DIHA, 13.6., ISKU)*

Gün TV: Keine Veränderung

Cemal Dogan, Sendungsleiter des Diyarbakirer Regionalsenders Gün TV, hat auf eine Falschmeldung in den türkischen Medien zum Thema kurdisches Fernsehen hingewiesen. Darin hatte es geheißen, die in der Türkei zugelassenen kurdischen Privatsender dürften jetzt unbegrenzt Spielfilme und Musikprogramme zeigen. Nach Cemal Dogan war dies jedoch ohnehin schon in der RTÜK-Satzung enthalten. „Es wird so getan, als ob wichtige Veränderungen stattgefunden haben, aber das ist nicht richtig. Es ist lediglich das ohnehin Bestehende mit anderen Worten ausgedrückt worden. Wenn von einer Veränderung gesprochen werden soll, dann müssen zunächst die Artikel, die Dauer und Thema der Sendungen beschränken, geändert werden. Die Begrenzung auf täglich 45

Minuten und die Verpflichtung zur Untertitelung müssen abgeschafft werden." *(DIHA, 12.6., ISKU)*

Bombenexplosion in Cizre
In der Kreisstadt Cizre in Sirnak ist durch eine Bombenexplosion unter einem Auto ein Jugendlicher zu Tode gekommen. Fünf weitere Personen wurden verletzt, darunter ein Achtjähriger. Um die sich bildende Menschenmenge zu zerstreuen, schossen die Sicherheitskräfte in die Luft und nahmen viele Personen fest.
Das HPG-Hauptquartier erklärte, mit der Bombenexplosion nichts zu tun zu haben. "Anschläge, die von dunklen Kräften ausgeführt werden, sollen uns angehängt werden. In jüngster Zeit finden Bombenexplosionen in großer Anzahl statt, die der PKK zugesprochen werden. Urheber dieser Anschläge sind Kräfte, die die gespannte Atmosphäre steigern und eine Provokation verursachen wollen", heißt es in der Erklärung. *(ANF/Ra, 9.6., ISKU)*

Vermehrte Frauenselbstmorde in Van

Nach Batman haben sich auch in Van die Frauenselbstmorde gehäuft. Wie der Frauenverein Van (VAKAD) bekannt gab, haben in den ersten fünf Monaten des Jahres 2006 22 Frauen Selbstmord begangen. Nach Meinung des Vereins ist familiärer Druck die Hauptursache der Selbstmorde. Die Vereinsvorsitzende Zozan Özgökce verwies auf den Zusammenhang mit dem neuen Strafgesetz, in dem die Strafen für so genannte Ehrenmorde verschärft worden sind: "Als wir forderten, dass eine lebenslängliche Freiheitsstrafe für Ehrenmorde im Strafgesetz verankert werde, haben wir an diese Seite nicht gedacht. Plötzlich mussten wir feststellen, dass sich die Selbstmordrate drastisch erhöht hat. Unter den Opfern seien sehr junge Mädchen im Alter zwischen zehn und 15 Jahren. "Wir sehen auch, dass Mädchen Inzest erleben. Die Frauen bleiben dabei hilflos. Sie können es nicht ändern, sie können keine Anzeige stellen. Und aus dieser Depression heraus werden Frauen in den Selbstmord getrieben. Nachdem das Bordell in der Stadt geschlossen worden sei, sei die informelle Prostitution angestiegen. "In abgelegenen Stadtteilen gibt es Frauen, die von den Männern der Familie verkauft werden. In diesem Zusammenhang gibt es inzwischen mafiaartige Gruppen."
Nach Angaben von VAKAD haben im vergangenen Jahr 45 Frauen und Mädchen Selbstmord begangen. In den ersten fünf Monaten diesen Jahres waren es 22.
(DIHA, 9.6., ISKU)

IHD-Bericht zu Mord in Kiziltepe

Die Zweigstelle Mardin des Menschenrechtsvereins (IHD) hat auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse ihrer Untersuchung des Mordes an Selahattin Aksu und seiner siebenjährigen Tochter Rozerin am 3. Juni in Kiziltepe veröffentlicht. Demnach hält der IHD es für wahrscheinlich, dass der Mord von Kontras begangen worden ist. Ausschlaggebend für diese Einschätzung seien die Aussagen der Ehefrau von Selahattin Aksu sowie das Gespräch, das Aksu vor seiner Ermordung mit zivilen Offiziellen führte.
Der örtliche IHD-Vorsitzende Rechtsanwalt Hüseyin Cangir betonte auf der Pressekonferenz die Wichtigkeit, dass der brutale Mord aufgeklärt werde. Die Tat habe tiefe Besorgnis ausgelöst. Die Untersuchungsergebnisse verwiesen auf paramilitärische Kräfte als Täter. Aus den Medien sei zu erfahren gewesen, dass auch der Generalstab tätig geworden sei, um den Fall aufzuklären, was zu begrüßen sei. Aksus Beziehungen sowie die Tatsache, dass auf dem Feld, auf dem er arbeitete, Marihuana gefunden worden sei, zeigten auf, dass auf lokalem Gebiet tätige paramilitärische Kräfte in den Mord verwickelt seien. "Wir sind davon überzeugt, dass der Mord aufgeklärt werden kann, wenn in diesem Rahmen Ermittlungen geführt werden. *(DIHA, 9.6., ISKU)*

Kürkcüler und Guantanamo

Aufgrund von Aussagen über Folter im F-Typ-Gefängnis Kürkcüler in Adana bereitet die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins (IHD) in Adana eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft der Republik sowie dem Justizministerium vor. Die Folteranschuldigungen basieren auf Aussagen von Osman Aka, dessen Söhne Yasin (19) und Nizar (21) in Kürkcüler einsitzen. Demnach wurde Yasin Aka gefoltert und Nizar Aka mit dem Tode bedroht.
Am 7. Juni habe er seine Söhne im Gefängnis besucht. "Yasin wurde am 1. Juni von Mersin nach Adana gebracht. Auf dem Weg wurden die Gefangenen im Fahrzeug brutal geschlagen. Diese Folter dauerte den ganzen Weg über an. Später hielt der Wagen an einem unbekannten Ort sieben Stunden lang. Die Gefangenen wären beinahe erstickt. Einer wurde beinahe ohnmächtig. Nach sieben Stunden wurden sie nach Kürkcüler gebracht."
Sein Sohn Yasin sei zunächst in eine Einzelzelle verbracht worden. Beim Betreten der Zelle sei er nackt ausgezogen und von Schließern verprügelt worden. "Erst als er zusammen brach, haben sie ihn gelassen und sind weggegangen. Als ich ihn besucht habe - eine Woche später - waren sein Gesicht und Hals immer noch blau geschwollen. Ins Krankenquartier ist er nicht gebracht worden, deshalb hat er auch kein Attest bekommen können. Aber er hat gesagt, dass er aufgrund der erlittenen Folter Anzeige gegen die Verantwortlichen bei der Staatsanwaltschaft Adana gestellt hat. Er hat auch erklärt, dass er psychische Probleme wegen der Folter hat."
Sein anderer Sohn Nizar sei von Schließern mit dem Tod bedroht worden, wenn er seine politische Haltung nicht aufgebe, so Aka. "Am Besuchstag habe ich mit den Wachen gesprochen. Sie haben gelacht und gesagt, dass so etwas nicht vorgekommen sei. Sie benutzten bedrohliche Ausdrücke. Als ich sagte, dass ich mich über sie beschweren werde, sagten sie: "Mach, was du willst". Aber uns können sie mit solchem Druck nicht einschüchtern. Was in den Gefängnissen geschieht, ist ohnehin bekannt, aber der Druck im F-Typ-Gefängnis Kürkcüler ist besonders stark. Was hier geschieht, ähnelt Guantanamo."
(DIHA, 9.6., ISKU)

"Die eigene Probleme selber lösen" (Forts.)

ethnischer Strukturen wie Kurden, Aleviten, Tscherkessen etc. am politischen Prozess bezeichnet er als Gründungsphilosophie der Bewegung.
Hasan Mala von der BürgerInnenbewegung verweist auf die Kriterien, nach denen die Pilotgebiete ausgesucht worden sind. "Wir haben besonders solche Stadtteile ausgewählt, die außerhalb des Systems geblieben sind, in denen Armut herrscht und der Individualismus nicht stark ausgeprägt ist." Bei der Arbeit in diesen Vierteln gehe es vor allem darum, den Menschen ein Bewusstsein dafür zu vermitteln, gemeinsam für die Lösung von Problemen die Initiative zu ergreifen. "Wenn sie dieses Bewusstsein haben, setzen sie sich ein und suchen nach Wegen, ihre Probleme selbst zu lösen. Früher sind sie damit zur Polizei, zum Gericht, zu den Stammesältesten gegangen. Heute suchen sie in den BürgerInnenräten nach einer Lösung. Bei unserer Arbeit haben wir immer wieder festgestellt, dass die Menschen froh darüber sind, nach Methoden der direkten Demokratie vorzugehen. Sie sind zufrieden damit, aus der Passivität in eine aktive Position zu wechseln."
Kevser Enterili verweist als Aktivistin der Bewegung auf die Bedeutung der Möglichkeit für Frauen, sich in diesen Räten zum Ausdruck bringen zu können. Deshalb werden bei der Arbeit Frauen besonders gefördert und die Probleme von Frauen thematisiert. "Beispielsweise haben in Batman aufgrund der dortigen hohen Selbstmordrate von Frauen öffentliche Aktionen gegen Prostitution und Mafiastrukturen stattgefunden. Wir arbeiten auch zu innerfamiliärer Gewalt und versuchen, Frauen Wissen zu vermitteln, das ihnen weiter helfen kann." Langfristig sei auch die Gründung von Frauenräten parallel zu den BürgerInnenräten geplant. *(ÖP, 12.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
Ra	Radikal

Termine:

Drittes Zilan-Frauenfestival in Gelsenkirchen
Am 24. Juni findet in Gelsenkirchen zum dritten Mal das vom Frauenbüro für Frieden Ceni organisierte internationale Zilan-Frauenfestival statt. Das diesjährige Motto lautet "Frauen-Friedens-Solidarität gegen jede Art von Gewalt und Krieg". Zum Programm des Festivals gehören Diskussionsveranstaltungen, ein Kinderprogramm sowie kulturelle Beiträge. Als Rednerinnen ist neben einer Vertreterin der kurdischen Frauenbewegung in der Türkei auch eine baskische Rednerin eingeladen. Musikalische Beiträge gibt es unter anderem von der Frauengruppe Koma Asmin (Istanbul) und der Sängerin Rojin. Auftreten werden außerdem die Theatergruppe Sarya sowie eine Tanzgruppe. Das Festival beginnt am 24. Juni um 10.00 Uhr im Amphitheater Gelsenkirchen (Emscher Park).

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 263
23. Juni 2006

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Semdinli-Prozess: Täter verurteilt – Opfer erneut verhaftet

Doch kein guter Junge

Im Prozess um den Bombenanschlag in Semdinli auf einen Buchladen sind die beiden angeklagten Unteroffiziere des militärischen Nachrichtendienstes JIT zu 39 Jahren und fünf Monate Haft verurteilt worden. Das Verfahren des Überläufers Veysel Ates wurde abgetrennt. Der Kommandeur der Bodentruppen der türkischen Armee, Yasar Büyükanit, hatte einen der Unteroffiziere kurz nach dem Anschlag als "guten Jungen" bezeichnet.
Die Verteidigung der Angeklagten hatte in ihrem Abschlussplädoyer einen Freispruch gefordert, weil es Unrecht sei, dass alle Vorfälle in der Region ihren Mandanten angehängt werden. Die Strafe gegen die Unteroffiziere Ali Kaya und Özcan Ildeniz setzt sich aus einem Jahr und elf Monaten wegen Gründung einer kriminellen Organisation, zwölf Jahren wegen versuchtem Mord an dem Buchhändler Seferi Yilmaz, 25 Jahren wegen Mord an Zahir Korkmaz und sechs Monaten wegen Körperverletzung an Metin Korkmaz zusammen.
Ali Kaya nahm an der Verhandlung nicht teil, weil er an Tuberkulose erkrankt ist und in einem Militärhospital medizinisch behandelt wird.
Die Anwälte der Nebenklage bewerteten das Urteil als positiv, forderten jedoch die sofortige Einleitung von Ermittlungen gegen die in der Anklageschrift erwähnten Kommandeure und bemängelten, dass der Anklagepunkt "Zerstörung der staatlichen Einheit" fallen gelassen worden sei. Ali Kaya und Özcan Ildeniz müsse der Unteroffiziersstatus aberkannt werden und sie müssten in ein normales Gefängnis überstellt werden. Am wichtigsten sei jedoch, dass die Öffentlichkeit eine Aufklärung der Hintermänner erwarte.
Auch der CHP-Abgeordnete aus Hakkari, Esat Canan, bezeichnete den Prozessausgang als wichtig für die Zukunft der Türkei und forderte eine Aufklärung der Hintergründe. Das Urteil sei eine Botschaft an alle öffentlich Beschäftigten, sich künftig illegalen Befehlen zu verweigern.

Haftbefehl aus Rache
Die Anwälte des erneut inhaftierten Buchhändlers Seferi Yilmaz, dessen Laden in Semdinli im November 2005 Ziel des Anschlages wurde, haben den Haftbefehl gegen ihren Mandanten als "Vergeltungsakt" bezeichnet. Yilmaz war nur einen Tag nach dem Urteil gegen die beiden Unteroffiziere verhaftet worden. Yilmaz saß als PKK-Mitglied bereits 15 Jahre im Gefängnis.
Rechtsanwalt Murat Timur erklärte, der Haftbefehl entbehre jeder rechtlichen Grundlage und habe den Zweck, einen Ausgleich zum Urteil gegen die Unteroffiziere im Semdinli-Prozess herzustellen. Rechtsanwalt Özcan Kilic bezeichnete ihn als "Racheakt". Der Haftbefehl beruht auf dem "dringenden Verdacht der PKK-Mitgliedschaft" aufgrund von Aussagen eines Überläufers gegen Yilmaz. Diese schriftliche Aussage wurde am Tag der Urteilsfindung der Verteidigung der Angeklagten zugestellt. Beim Absender handelt es sich um die Bataillonskommandantur der Jandarma in Batman. Die Angeklagten im Semdinli-Prozess hatten Yilmaz wiederholt auf die Zielscheibe gesetzt. Obwohl es keinerlei konkreten Aussagen gegen ihn gibt, wurden bisher zehn verschiedene Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Gegenüber unserer Zeitung hatte Yilmaz vor einiger Zeit seine Befürchtung ausgesprochen, Opfer eines Komplottes zu werden.
Der Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul bezeichnete den Haftbefehl gegen Yilmaz in einer schriftlichen Erklärung als "zweifelhafte Entscheidung". Yilmaz sei als Besitzer des gesprengten Buchladens der wichtigste Zeuge dafür, dass staatliche Kräfte an dem Anschlag beteiligt gewesen seien.
Den zuvor eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Yilmaz liegt zugrunde, dass er sich an Aktionen beteiligt haben soll, bei denen Ladenbesitzer aus Protest gegen verschiedene Vorfälle ihre Geschäfte geschlossen hielten. Allerdings war der Buchladen im besagten Zeitraum ohnehin geschlossen, weil er durch den Anschlag zerstört worden war. Ein weiteres Ermittlungsverfahren war nach dem Wiederaufbau der Buchhandlung eingeleitet worden, weil Yilmaz zur Erinnerung an den Anschlag ein Schild in Bombenform an die Tür gehängt hatte.
Schließlich wurde Yilmaz aufgrund eines angeblichen Telefongesprächs mit einem PKK-Mitglied staatsanwaltschaftlich verhört. Der Haftrichter hatte einen Haftbefehl wegen Mangels an Beweisen abgelehnt. Yilmaz erklärte damals gegenüber unserer Zeitung: "Ich habe einen Kalender drucken lassen und es wurde ein Verfahren gegen mich eingeleitet. Ich habe ein Schild aufgehängt und es wurden Ermittlungen eingeleitet. Am 18. März haben wir den Buchladen neu eröffnet und aufgrund des Emblems an der Tür kam es wieder zu einem Verfahren. Gegen mich wurde ermittelt, als der Laden geschlossen war und es wurde ermittelt, als ich wieder öffnete. Ich befürchte, dass ein Komplott gegen mich geschmiedet wird. Dieses Vorgehen ist nicht rechtmäßig, es ist psychologische Kriegsführung."
Amnesty International wies unterdessen in einer schriftlichen Erklärung darauf hin, dass die schnelle Urteilsfindung im Semdinli-Prozess den Verdacht aufkommen lasse, dass der Vorfall nicht in jeder Hinsicht untersucht worden sei und vertuscht werden solle.
In Semdinli fand am Donnerstag eine Protestdemonstration gegen die Verhaftung von Seferi Yilmaz statt. Ca. 500 Personen marschierten vom zentralen Platz der Kleinstadt zum Buchladen "Umut". Dabei trugen sie Transparente mit der Aufschrift "Semdinli ist stolz auf dich" und "Seferi Yilmaz ist nicht allein". In einem Redebeitrag wurde die Verhaftung als "Schlag gegen den demokratischen Kampf der Bevölkerung Semdinlis gegen die Banden" bezeichnet, mit der die gesamte Bevölkerung der Stadt bestraft werde.
(DIHA, 20.-22.6., ISKU)

Türkische Armee im Irak?

Nach Angaben der Pressestelle der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) haben Einheiten der türkischen Streitkräfte die Grenze nach Südkurdistan überschritten und eine Region nahe der Stadt Zaxo beschossen. Zu Toten sei es dabei nicht gekommen. Die türkischen Einheiten sollen sich danach wieder zurückgezogen haben.
Bereits Anfang dieser Woche hatte der Gouverneur der Stadt Duhok, Temer Remezan, gegenüber der saudi-arabischen Zeitung Vatan angegeben, türkische Einheiten seien 15 Kilometer weit auf südkurdisches (irakisches) Territorium eingedrungen. *(ANF, 17.6., ISKU)*

Meldungen

DIHA-Korrespondent verhaftet
Der DIHA- Korrespondent Rüstü Demirkaya wurde mit vier weiteren Personen aufgrund von Aussagen eines abtrünnigen HPG-Mitglieds in Tunceli [Dersim] verhaftet. Insgesamt wurden aufgrund dieser Aussagen bereits 34 Personen festgenommen.
(DIHA, 14.6., ISKU)

Neuer Fall von Folter in Kürkcüler
Im Gefängnis Kürkcüler in Adana in der Türkei ist ein neuer Fall von Folter bekannt geworden. Dies geht aus einer Erklärung des Angehörigenvereins TUAD hervor. Wie ein Bruder des Gefangenen Hanifi Kacar bekannt gab, habe dieser aufgrund von Folter sein seelisches Gleichgewicht verloren und erkenne seine eigene Familie nicht mehr. An seinem Körper seien außerdem Schlagspuren sichtbar. "Als Familie von Hanifi sind wir sehr besorgt. Wir werden die Gefängnisverwaltung anzeigen. Für eventuelle Vorkommnisse trägt die Verwaltung von Kürkcüler die Verantwortung", erklärte Ibrahim Kacar.
(DIHA, 15.6., ISKU)

510 Strafverfahren gegen Ülkede Özgür Gündem
Bis zum 1. Mai sind gegen Mitarbeiter und Redaktionsmitglieder der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung "Ülkede Özgür Gündem" 510 Strafverfahren eingeleitet worden. Bisher sind 104 Fälle abgeschlossen, in 58 Fällen kam es zu Verurteilungen einer Geldstrafe in Höhe von insgesamt 328.634 YTL [ca. 163.000 Euro].
Über 400 Prozesse laufen noch, aber es werden auch täglich neue Strafverfahren eingeleitet. Über 50 Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft anhängig. Es ist zu erwarten, dass es auch in diesen Verfahren zu mündlichen Verhandlungen kommt.
(ANF, 16.6., ISKU)

USA machen Druck wegen Roj TV
Die USA üben weiterhin Druck auf die Regierung Dänemarks aus, damit diese dem kurdischen TV-Sender Roj TV die Lizenz entzieht. Dies wird aus Regierungsquellen bestätigt. Die dänische Regierung hat unterdessen wiederholt erklärt, den TV-Sender nicht schließen zu können.
Gegenüber der Nachrichtenagentur AFP erklärte ein Mitarbeiter des dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen, es sei bekannt, dass die USA ein Verbot des Senders befürworte. Diese Forde-

Prozess gegen DTP-Bürgermeister

Im Verfahren gegen 54 BürgermeisterInnen von der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) aufgrund eines Briefes an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen, in dem sie sich gegen ein Verbot des kurdischen TV-Senders Roj-TV ausgesprochen haben, hat die Staatsanwaltschaft Diyarbakir Anklage erhoben. Gegen die Angeklagten wird wegen Unterstützung der PKK eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren gefordert.
Die BürgermeisterInnen aus Sirnak, Batman, Hakkari und Dersim erklärten gegenüber DIHA, zum Inhalt des Briefes an Rasmussen nach wie vor zu stehen. Der Prozess stehe im Widerspruch zu der demokratischen und rechtstaatlichen Struktur eines Landes, das einen EU-Beitritt anstrebe. Bei Roj TV handele es sich um die "Stimme der Bevölkerung", 90 Prozent der kurdischen Bevölkerung verfolge die Sendungen.
Neben den BürgermeisterInnen, die ihren Brief bereits im Dezember 2005 an Rasmussen geleitet hatten, sind bisher ungefähr 7000 Briefe mit der Forderung, Roj TV nicht zu verbieten, bei der dänischen Regierung eingegangen. Die Briefkampagne dauert weiter an.
Der österreichische Ministerpräsident kündigte unterdessen an, genauere Informationen über den Prozess einzuholen. Gegebenenfalls werde dieser in den Fortschrittsbericht der Türkei im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen einfließen. Auch der dänische Ministerpräsident Rasmussen kritisierte die Prozesseröffnung. Es sei "schockierend", dass so etwas in einem Land geschehe, das der EU beitreten wolle. *(ANF, 16.6., ISKU)*

Dersim: 88 % der Frauen Gewaltopfer

Laut einer Umfrage des Frauenvereins Ana Fatma (ANA-DER) mit 7000 Frauen in Tunceli [Dersim] sind 88 % der Frauen Opfer von Gewalt. Die Umfrage des Vereins wurde mit dem Ziel durchgeführt, Probleme und Forderungen der Frauen in der Region festzustellen. Demnach sehen 69 % der Frauen den Grund für die erlebte Gewalt in wirtschaftlichen und sozialen Problemen. 67 % wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen, wenn sie Gewalt erleben. 85 % sind nicht werktätig. 56 % betrachten Werktätigkeit als Mittel, um die eigene Position in der Familie zu stärken.
Wie die Vereinsvorsitzende Nurhayat Bakiray in einer Auswertung der Umfrage erklärte, gelten die Menschen von Tunceli als modern, gebildet und intellektuell. Trotzdem sei das Problem der Gewalt gegen Frauen massiv vorhanden. Diese werde jedoch geheim gehalten: "Es ist interessant, 88 % der Frauen geben an, dass diese Gewalt existiert, aber die meisten sehen das Problem nicht bei sich selbst, sondern bei anderen. 96 % der Frauen aus Tunceli sind der Meinung, dass die Ehe keine Rettung darstellt. Das weist auf die Bewusstseinsentwicklung der Frauen hin. Dennoch ist die Mehrheit von der eigenen Realität weit entfernt und weiß nicht, wie sie ihre Rechte schützen kann."
Notwendig sei es, so Bakiray, Arbeitsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen, um ihre Unabhängigkeit zu stärken. Die Hauptursache aller Probleme sei jedoch der seit Jahren andauernde Krieg, der sich auch auf die Verhältnisse in der Familie und in der Gesellschaft auswirke sowie der Wirtschaft schade. Dadurch sei die Frau dazu verurteilt, zuhause zu bleiben, wo sie Gewalt ausgesetzt sei. *(DIHA, 21.6., ISKU)*

Friedensbündnis in Diyarbakir

Die "Friedensinitiative Diyarbakir", die sich auf einer Konferenz am vergangenen Wochenende in Diyarbakir mit dem Ziel, eine friedliche Lösung in der kurdischen Frage zu finden und die verschiedenen Aktivitäten für den Frieden zu koordinieren, gegründet hat, kündigte an, sich mit Friedensinitiativen in anderen Regionen zusammen zu schließen und gemeinsam zu arbeiten. Wie es in der Abschlusserklärung der Konferenz heißt, haben daran eine Vielzahl von Intellektuellen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Arbeitgeberverbänden, Justiz und Bildung teilgenommen und in freier Atmosphäre die verschiedenen Ansichten zum Thema Friedensarbeit diskutiert. Dabei habe sich der gemeinsame Wunsch herauskristallisiert, die Gewalt in der Region zu beenden. Eine Lösung der kurdischen Frage in der Türkei auf der Basis von Demokratie und Recht sei eine Notwendigkeit, die sich nicht verschieben lasse, heißt es weiterhin. Dafür sei ein gemeinsames Vorgehen aller in der Friedensarbeit engagierten Gruppen und Institutionen beschlossen und eine Initiativgruppe bestehend aus 64 Personen gegründet worden. *(ANF, 15.6., ISKU)*

30 Organisationen fordern Friedensverhandlungen mit der PKK

Über 30 Parteien und Organisationen, darunter die Regierungspartei Boliviens MAS, die irische Sinn Fein, die baskische Batasuna und die kolumbianische FARC haben in einer gemeinsamen Erklärung die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung verurteilt und zu Friedensverhandlungen mit der PKK aufgerufen. Dies geht aus einer Abschlusserklärung einer dreitägigen Konferenz im Baskenland am 15. bis 18. Juni zu den weltweiten politischen Entwicklungen hervor. "Wir lehnen repressive Methoden ab", heißt es in der Erklärung, "insbesondere verurteilen wir die Vernichtungspolitik gegen kurdische Militante und die kurdische Bevölkerung, die Massenverhaftungen, die Kriminalisierung der Vertreter des kurdischen Volkes sowie die Behandlungsweise Abdullah Öcalans, der vor sieben Jahren verschleppt wurde". Weiterhin wird der türkische Staat dazu aufgefordert, "jede Form von Kriegsmethoden zu vermeiden und für eine Lösung der Problematik demokratische Wege zu suchen". Wie die Entwicklungen im Zusammenhang mit der ETA in Spanien und die Erfahrungen in Irland gezeigt hätten, sei die beste Lösung der Dialog. *(ANF, 19.6., ISKU)*

Extralegale Hinrichtung in Bostanici

In Wan-Bostanici ist ein Zivilist bei einem Überfall von Sondereinheiten und Soldaten auf ein Haus getötet worden. Die Sicherheitskräfte hatten den Getöteten als HPG-Mitglied bezeichnet, das sich bei dem Vorfall aus Versehen selbst in die Luft gesprengt habe. Wie Augenzeugen nun berichteten, hätten die Sonderheiten bei ihrem Überfall keine vorherige Warnung ausgesprochen. Die Bewohner seien beim Verlassen des Hauses nahezu gelyncht worden. "Ich lief auf den Stadtteil zu", erklärt der Augenzeuge Mehmet Aydin. "Alles war voll mit Soldaten, Polizisten und Panzerfahrzeugen. Ich beobachtete das Geschehen aus der Ferne. Sie umstellten das Haus von Ikram Aydin. Später kamen die Bewohner heraus. Alle wurden von der Polizei geschlagen, sogar die Frauen. Dann wurden sie weggebracht. Danach war eine Explosion zu hören. Dann fuhr ein Panzer zweimal gegen das Haus, so dass die Wände einstürzten." *(ANF, 17.6., ISKU)*

rung sei mehrmals an dänische Behörden heran getragen worden. Die Regierung Dänemarks vertritt die Meinung, nur ein Gerichtsbeschluss wegen Verletzung dänischen Rechts könne zu einem Lizenzentzug führen. *(ANF, 19.6., ISKU)*

Haftstrafe wegen "Öcalan-Propaganda"
Hamdullah Yilmaz, Konzessionär der in der Türkei erscheinenden kurdischsprachigen Zeitung Azadiya Welat, ist aufgrund einer von der "Demokratischen Volksinitiative" aufgegebenen Anzeige vor dem 4. Schweren Strafgericht Diyarbakir zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. Die Anzeige, die am 15. August 2005 erschienen war, trug die Überschrift "Abdullah Öcalan repräsentiert den politischen Willen". *(DIHA, 20.6., ISKU)*

Abgelehnter kurdischer Flüchtling begeht Selbstmord
Ein aus Syrien stammender Kurde hat sich am 13. Juni in Madrid in einem öffentlichen Park erhängt, weil sein Asylgesuch abgelehnt worden war. Dabei handelt es sich um Nebi Sexo Ahmet aus Kobani. Sexo Ahmed war vor drei Jahren nach Spanien gekommen und hatte politisches Asyl beantragt. Vor zwei Wochen war sein Asylgesuch abgelehnt worden. Der ca. dreißigjährige Kurde war zuvor fünf Jahre bei der Guerilla gewesen. Zwei seiner Geschwister befinden sich in Syrien im Gefängnis. *(ANF, 20.6., ISKU)*

Guerillakämpfer getötet
Bei Gefechten mit der türkischen Armee starb am 13. Juni der Guerilla-Angehörige Ercan Kalkan (Mahir Erzincan) bei Dersim-Mazgirt. Am 15.Juni wurde Abdi Yilmaz (Welat Korkmaz) in Mardin-Omeryan getötet. Bei einem Angriff der iranischen Armee am 16. Juni in Kelares kamen Sexmus Ibrahim Sexmus (Servan Ciya) und Mirza Sagat (Hasan Herekol) ums Leben. *(ANF, 17.6., hpg, 19./20.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
hpg	hpg-online.com

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 264
30. Juni 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

1. Kongress der DTP mit internationalen Gästen und zehntausenden BesucherInnen

Schlüssel zum Frieden

Am Sonntag fand in Ankara der 1. Kongress der Partei für eine demokratische Lösung (DTP) statt, zu dem Zehntausende Menschen aus der gesamten Türkei angereist waren. Außerhalb des Kongresssaals konnten die Zuhörer den Verlauf auf zwei Großbildschirmen verfolgen.
Ahmet Türk, der gemeinsam mit Aysel Tugluk den Parteivorsitz innehat, machte folgende Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage:

- Entstehung einer neuen Verfassung, Änderung des Parteiengesetzes, Rücknahme des Entwurfs für ein Antiterrorgesetz; Gewährleistung von Meinungs- und Organisierungsfreiheit
- Erlass einer politischen Generalamnestie; Aufhebung der Isolation in allen Gefängnissen einschließlich Imrali
- Gewährleistung der Rückkehr in entvölkerte Dörfer sowie menschenwürdiger Lebensbedingungen für Dorfrückkehrer; Aufhebung des Dorfschützersystems
- Verfassung und Umsetzung eines Aufschwungplans unter Berücksichtigung der ungerechten Einkommensverteilung, der Arbeitslosigkeit sowie der Ausnahmezustandsbedingungen in der Region

Aysel Tugluk ging in einem Redebeitrag auf die häufig von verschiedenen Seiten an die Partei herangetragene Forderung ein, Abstand von der PKK zu nehmen: "Das ist nicht möglich. Im Gegenteil ist es unumgänglich, dass für Demokratie und Frieden die demokratischen Kräfte und die Gesellschaft den eingenommenen Abstand zur PKK aufheben. Für eine Türkei ohne Krieg wollen wir, dass sich die PKK und der Staat einander nähern. Das ist nicht unmöglich. In anderen Ländern haben sich bewaffnete Organisationen geändert. Soweit wir es beurteilen können, befindet sich auch die PKK in einer solchen Phase."
Zum Thema PKK und der Bedeutung der PKK in der Geschichte der kurdischen Bewegung könne es verschiedene Meinungen geben, so Tugluk. "Aber wenn wir zum Thema Frieden und Demokratie zu einem Konsens kommen wollen, brauchen wir auch eine Mindestübereinstimmung zum Thema PKK. Keine Friedensstrategie, die die PKK außen vorhält, kann Erfolg haben. Manche unserer Freunde denken, dass die PKK in einem Programm für eine demokratische Lösung keinen Platz hat, weil sie Gewalt anwendet. Diese Meinung kann man haben, sie kann als These vorgetragen werden, aber sie passt nicht zur objektiven Lage. Der seit 30 Jahren andauernde Konflikt hat soziale und politische Fakten geschaffen. Die PKK ist eine der Parteien in diesem Entwicklungsprozess. Sie ist die einzige bewaffnete Organisation in Europa, die ihre Existenz aufgrund der kurdischen Frage fortsetzt. Schätzungsweise verfügt diese Organisation neben ihren bewaffneten Kräften über knapp 35 000 Kader, die u.a. in Europa und anderen Ländern auf professionelle Weise in der zivilen, kulturellen und politischen Arbeit tätig sind. Auch das ist ein Fakt. Damit hält sie nicht nur die politische Dynamik der kurdischen Bewegung in der Türkei in der Hand, sondern ist gleichzeitig innerhalb der kurdischen Gesellschaft im Iran, in Syrien und dem Irak politisch und militärisch tätig."

Großen Beifall auf dem Kongress bekamen auch aus Europa angereiste Vertreter von Batasuna und Sinn Fein, die der DTP Unterstützung zusicherten.
Bereits im Vorfeld des Kongresses war vom Parteivorstand beschlossen worden, das System der Doppelspitze im Parteivorsitz formell aufzuheben und in der Praxis fortzusetzen. Erwartungsgemäß wurde Ahmet Türk als einziger Kandidat von den 701 Delegierten ohne Gegenstimmen bei 15 ungültigen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Aysel Tugluk erhielt 636 Stimmen und behält somit ihre Position in der Praxis bei.
Neben dem Parteivorsitz wurde ein 60-köpfiger Parteirat gewählt. Darunter sind 23 Frauen sowie sechs Kandidaten aus dem Jugendrat der Partei. Die Satzung der DTP sieht eine Frauenquote von 40 Prozent vor.
Der Kongress fand unter hohen Sicherheitsvorkehrungen statt. Neben zwei polizeilichen Kontrollpunkten am Eingang des Saals führten auch 500 DTP-Ordner Körperkontrollen durch. Neben einer riesigen türkischen Fahne waren auch Öcalan-Poster und Fahnen des demokratischen Konföderalismus zu sehen. Der Saal war mit Transparenten geschmückt: "Mit gleichen, freien Bürgern zur demokratischen Gesellschaft", "Organisieren wir uns für den Kampf gegen die gesellschaftliche Geschlechterungleichheit", "Verfassungsrechtliche Garantie der kurdischen Sprache" sowie "Nicht trotz des Volkes, gemeinsam mit dem Volk Politik machen".
Bei der Rückkehr vom Kongress kam es zu zwei tragischen Verkehrsunfällen, bei denen zwei Jugendliche tödlich verletzt wurden.

Kassationsgerichtshof untersucht DTP-Kongress
Die Oberstaatsanwaltschaft am Kassationsgerichtshof der Türkei hat zwecks Untersuchung der Reden auf dem gestrigen ersten Kongress der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) in Ankara Informationen von der Polizei angefordert. Von besonderem Interesse für die Oberstaatsanwaltschaft wird dabei die Rede von Aysel Tugluk von der DTP-Doppelspitze sein. Tugluk hatte das Drängen auf einer Distanzierung der DTP von der PKK als unrealistisch kritisiert. Die Ignoranz gegenüber gerechten Forderungen könne die Gewalt nicht stoppen und einseitige Projekte könnten zu keinem Resultat führen, so hatte Aysel Tugluk argumentiert.
Auch Informationen über die auf dem Kongress gezeigten Transparente und Parolenrufe sind angefordert worden. Die Untersuchung durch den Kassationsgerichtshof ist voraussichtlich der wichtigste Teil der seit längerer Zeit vorbereiteten Verbotsinitiative gegen die DTP.
Als einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden erklärte Naci Kutlay gegenüber ANF, diese Entwicklung sei nicht verwunderlich, da die Partei stets mit dieser Art von Untersuchungen konfrontiert sei und keine außergewöhnliche Situation vorliege. Auch gebe es nichts zu verbergen. Die Redebeiträge der beiden Parteivorsitzenden seien ohnehin in schriftlicher Form auf dem Kongress verteilt worden. "Unser Kongress hat in einer Atmosphäre von Transparenz und demokratischer Partizipation stattgefunden. Die Ansichten wurden offen vorgetragen, alles ist dokumentiert und der Öffentlichkeit zugängig", so Kutlay. *(DIHA/ANF, 25./26.6., ISKU)*

Meldungen

100 000 Unterschriften für Doppelspitze
Der Frauenrat der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) hat 100 000 Unterschriften für die Legalisierung der Doppelspitze im Parteivorstand durch die Änderung des Parteiengesetzes an das Parlament der Türkei übergeben.
Der DTP drohte ein Verbot aufgrund des Systems der paritätisch besetzten Doppelspitze im Parteivorsitz, das im türkischen Parteigesetz nicht vorgesehen ist. Die Partei kündigte daraufhin an, den Parteivorsitz vorerst formal nur mit einer Person zu besetzen, in der Praxis jedoch das alte System fortzusetzen.
(DIHA, 23.6., ISKU)

BRD will anerkannten politischen Flüchtling ausliefern
Deutschland will Dursun Güner, einen in Italien und der Schweiz anerkannten politischen Flüchtling, an die Türkei ausliefern. Güner war am 27. Mai bei der Einreise aus der Schweiz auf Forderung der Türkei von deutschen Behörden verhaftet worden und wartet jetzt in Lörrach auf seine Abschiebung.
Für die Freilassung Güners sind innerhalb eines knappen Monats 1264 Unterschriften gesammelt und an die Staatsoberhäupter Deutschlands und der Schweiz geschickt worden.
Deutschland kommt seit einiger Zeit der Forderung der Türkei nach, politische Flüchtlinge zu verhaften. Im vergangenen Mai wurde der kurdische Flüchtling Yusuf Karaca verhaftet, der in der Türkei zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt nach Deutschland flüchtete und dessen Asylgesuch anerkannt wurde. Karaca befindet sich zurzeit im Abschiebezentrum in Weiterstadt. *(ANF, 24.6., ISKU)*

Aufruf gegen Gewalt auf Frauenfestival
Am 3. Internationalen Zilan-Frauenfestival in Gelsenkirchen haben Tausende Frauen mit ihren Kindern und Männern aus verschiedenen Ländern Europas teilgenommen. Das reichhaltige Programm des Festivals wurde mit einer Begrüßung von Aysel Avesta vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden CENI eingeleitet, die zum gemeinsamen Kampf gegen jede Form von Gewalt und zur Frauensolidarität aufrief. Neben einem bunten Bühnenprogramm mit Musik, Theater, Poesie und Bauchtanz fanden in Zel-

Verbrannte Menschheit

Die Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem belegt Kriegsverbrechen mit der Veröffentlichung eines Fotos von Abbas Emani, das ihn lebend zwischen Mitgliedern einer Sondereinheit zeigt. Emani wurde hingerichtet, nachdem er bei einem Gefecht in Besiri verletzt gefangen genommen wurde.

Bei einem Gefecht am 25. August 2005 in der Nähe des Dorfes Tepecik im Kreis Besiri in der Provinz Batman wurde der HPG-Kämpfer Abbas Emani lebend gefasst. Ihm wurde Militärkleidung angelegt und er wurde in Begleitung einer Sondereinheit zu Fuß aus dem Kampfgebiet zu einem drei Kilometer entfernten mobilen Stützpunkt gebracht.

Nach Aussagen wurde Emani, 28 Jahre alt und im Iran geboren, an dem mobilen Stützpunkt neben einem Auto Marke Renault 19 Europa verhört und schließlich mit einem Kopfschuss hingerichtet. Danach wurde er wieder in das Kampfgebiet gezogen.

Während Menschen aus der Region sowie Mitglieder der Kommunalverwaltung mit der Forderung nach Beendigung der Kämpfe auf das Kampfgebiet zumarschierten, wurden die Leichname von Emani und sechs weiteren HPG-KämpferInnen mit Reisig angezündet. Der Gouverneur von Batman ließ daraufhin verlauten, die sieben HPG'ler seien "im Kampf gestorben".

Das Grauen, das bei der Militäroperation in Batman-Besiri angerichtet wurde, die mit dem Tod von sieben Guerillakämpfern endete, ist mit Fotos, die dieser Zeitung zugespielt wurden, belegt. Auf den Fotos, die ein Militär mit Offiziersrang geschossen hat, wird der HPG-Kämpfer Abbas Emani kurze Zeit nachdem er aus dem Operationsgebiet herausgeholt wird, mit einem Kopfschuss hingerichtet. Der Leichnam Emanis, dem Militärkleidung angezogen wurde, wird später verbrannt.

Die Fakten zu dem Tod von sieben HPG-Guerillakämpfern, die am 25. August 2005 in der Nähe des Dorfes Tepecik im Kreis Besiri in einem Hinterhalt der türkischen Streitkräfte starben, kommen jetzt ans Tageslicht. Die Fotos und Informationen, die diese Zeitung erhielt, dokumentieren in offener Form das Kriegsverbrechen, das vor zehn Monaten stattfand.

Nach Aussagen legte die Regimentskommandantur Batman am 22. August mit Tausenden Soldaten einen Hinterhalt, nachdem die Information eingegangen war, dass in der Nähe des Dorfes Tepecik zwölf HPG-Guerillakämpfer vorbei kommen würden. Das daraufhin ausbrechende Gefecht dauerte mehrere Tage an. Am dritten Tag wurde der Guerillakämpfer Abbas Emani mit dem Codenamen Xebat Ciwanro, der 1977 im Iran geboren wurde, lebend gefasst.

Zu dieser Zeit strömten Menschen aus der Region ins Kampfgebiet, um ein Ende der Kämpfe zu erreichen. Während die Menschen vom Militär daran gehindert wurden, dem Operationsgebiet näher zu kommen, wurde Emani Militärkleidung angelegt, um seine Identität als Guerillakämpfer zu verbergen. Er wurde zu einem mobilen Stützpunkt gebracht und dort den Befehlshabern übergeben, die die Operation koordinierten.

Emani wurde neben einem auf offenem Feld parkenden Renault 19 Europa verhört und mit einem Kopfschuss hingerichtet, weil er keine Informationen lieferte. Von dort aus wurde er in das drei Kilometer entfernte Kampfgebiet geschleift. Nachdem ihm die Militärkleidung wieder ausgezogen worden war, wurde sein Leichnam gemeinsam mit denen der GuerillakämpferInnen Cennet Dirlik, Fuat Becene, Yusuf Avdoyan, Ali Ekber Kalsen, Ridvan Karakus und Kawa Kobani verbrannt. Die verbrannten Leichname wurden später vom Kampfgebiet in die Leichenhalle eines Krankenhauses überführt.

Nachdem die Identität der GuerillakämpferInnen öffentlich bekannt gemacht worden war, machten sich die Angehörigen auf den Weg, um die Leichname abzuholen. Der Anblick, der sich ihnen bot, ließ sie zusammen brechen. Die Angehörigen erklärten, die Leichname seien in unidentifizierbarem Zustand. Staatliche Stellen schwiegen. Die Erklärung der Angehörigen und weitere Informationen, die uns erreichten, wurden in dieser Zeitung am 29. August und am 3. September 2005 unter den Überschriften "Sagt doch etwas" und "Lebendig verbrannt" veröffentlicht.

Haluk Imga, Gouverneur der Provinz Batman, bestätigte mit einer Erklärung in jener Zeit indirekt, dass ein Guerillakämpfer nach seiner Gefangennahme hingerichtet wurde. Er erklärte, dass die Anzahl der "tot gefassten" HPG-Kämpfer auf sieben gestiegen sei: "Bei dem Gefecht in Besiri wurden mit einem Terroristen, der bei der Durchkämmung des Gebietes tot aufgefunden wurde, insgesamt sieben Terroristen tot gefasst…" *(ÜÖG, 28.6., ISKU)*

IHD: Antiterrorgesetz fördert Folter

Im Rahmen des "Solidaritätstages mit Folteropfern" haben Mitglieder der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD auf der Straße die Broschüre "Kennen Sie Ihre Rechte, wenn Sie festgenommen werden?" verteilt. Die Istanbuler IHD-Vorsitzende Hürriyet Sener ging in einer Ansprache außerdem auf das geplante Antiterrorgesetz ein. Mit der Verabschiedung dieses Entwurfs werde die Anzahl der Folterfälle ansteigen. Trotz der Ankündigung aus Regierungskreisen, Folter werde mit null Toleranz begegnet, sei Folter in der Türkei immer noch auf der Tagesordnung. "Trotz der Anpassungsgesetze im Zuge des EU-Beitrittsprozesses der Türkei kann Folter immer noch nicht verhindert werden", erklärte Sener. "Darüber hinaus wird versucht, das Antiterrorgesetz zu verabschieden. Das bedeutet, Folter wieder als legitim zu betrachten."

Auch in Ankara fand am gleichen Tag eine Kundgebung statt, auf der der IHD-Vorsitzende in einem Redebeitrag betonte, dass in der Türkei aller internationaler Abkommen und Verbote zum Trotz weiter gefoltert wird und die Folterer und Befehlsgeber geschützt werden. Deutlich sei dies insbesondere bei den Vorfällen in Diyarbakir im Frühjahr geworden, bei denen über 500 Personen, davon viele Minderjährige, nach der Festnahme gefoltert worden seien.

(ANF/DIHA, 26.6., ISKU)

Protest gegen Zwangs-Untertitel

Joost Lagendijk, Vorsitzender der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, hat gegenüber ANF gefordert, die Verpflichtung einer türkischen Untertitelung kurdischer Sendungen abzuschaffen. Diese gilt für alle kurdischen Sendungen in Privatsendern in der Türkei.

Lagendijk bezeichnete die Möglichkeit kurdischsprachiger Sendungen in Regionalsendern als positive Entwicklung, bemängelte jedoch die zeitlichen und inhaltlichen Beschränkungen dabei. Die Verpflichtung der Untertitelung bedeute außerdem, dass Livesendungen unmöglich gemacht werden.

Auch die einzigen beiden Regionalsender, Gün-TV in Diyarbakir und Medya-FM in Urfa, die am 23. März erstmalig kurdischsprachige Beiträge gesendet hatten, fordern die Aufhebung dieser Regelung. Wie Cemal Dogan von Gün-TV erklärte, wird der Zeitdruck dadurch immens erhöht. "Für eine Satzungsänderung haben wir vor dem Kassationsgerichtshof einen Prozess angestrengt. Nach zwei Jahren wurde unsere Klage abgewiesen. Im Moment befinden wir uns in der Revision. Wir wollen Sendungen ohne Untertitel und ohne Übersetzung machen."

(ÜÖG, 26.6., ISKU)

ten Diskussionsveranstaltungen zu den Themen "Massaker an Frauen" und "Frauen und Frieden" statt. Auf einem abgetrennten Bereich auf dem Festivalgelände war ein Spielplatz für Kinder mit Hüpfburg und Karussell eingerichtet. In einem Zelt der Initiative "Mütter für den Frieden" wurde eine Fotoausstellung gezeigt. *(ANF, 24.6., ISKU)*

Massengrab in Südkurdistan entdeckt

In Xaneqin in Südkurdistan [Nordirak] ist erneut ein Massengrab mit 31 Leichnamen entdeckt worden. Wie die Behörden mitteilten, handelt es sich bei den Leichen um Kurden, die im Jahr 1991 vom Saddam-Regime ermordet wurden. Für eine Analyse der Leichen hat die kurdische Regionalregierung technische Hilfe von den USA angefordert.

In Südkurdistan sind bereits eine große Anzahl von Massengräbern entdeckt worden. Die südkurdischen Behörden hoffen, dass diese im Prozess gegen Saddam Hussein als Beweismittel eingesetzt werden kann. *(ANF, 24.6., ISKU)*

Maxmur-Abiturienten bei Universitätsprüfung

31 Schülerinnen und Schüler, die die Gymnasialstufe im Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan abgeschlossen haben, haben in der Kleinstadt Maxmur an den Zulassungsprüfungen zur Universität teilgenommen. Die Schulen im Flüchtlingslager sind mit finanzieller Unterstützung der UN aufgebaut, werden aber aus eigenen Mitteln, mit eigenen Lehrkräften und einem eigenen Lehrplan unterhalten. Die Unterrichtssprache ist kurdisch (kurmanci). Erst seit zwei Jahren haben Schülerinnen und Schüler aus Maxmur die Möglichkeit, an südkurdischen Universitäten zu studieren. *(DIHA, 26.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 265
7. Juli 2006

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Antiterrorgesetz ist Antikurdengesetz

Ahmet Türk, Vorsitzender der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) hat in einer schriftlichen Erklärung das am 29. Juni im Parlament verabschiedete neue Antiterrorgesetz in der Türkei scharf kritisiert und zu zivilem Ungehorsam aufgerufen. Das Gesetz beschneide die Meinungs- und Organisierungsfreiheit, erlaube den Schusswaffeneinsatz durch Sicherheitskräfte und sei weniger ein Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus als ein Gesetz zur Bekämpfung der Kurden. Außerdem hebe es grundlegende Bestimmungen des türkischen Strafgesetzes auf. "Eine demokratische Gesellschaft wird verhindert, indem die freie Meinungsäußerung unterdrückt, das Versammlungsrecht eingeschränkt sowie Politiker und Medien mundtot gemacht werden. Daraus entsteht ein gefährlicher Prozess, der zunehmend in die Illegalität führt." Wenn Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Projekte, Programme und Gedanken nicht öffentlich machen könnten, werde damit die Bedeutung von illegalen Publikationsmöglichkeiten steigen. Weiter forderte Türk Staatspräsidenten Sezer auf, sein Veto gegen das Gesetz einzulegen, weil es den Artikeln 26 und 90 der Verfassung widerspreche. Die DTP werde gemeinsam mit allen demokratischen Kräften für das Recht kämpfen und dabei auch an internationale Kontrollmechanismen appellieren. "Wir werden alle unsere Farben und Stimmen einsetzen gegen diejenigen, die eine schweigende Gesellschaft erschaffen wollen und sich gegen Pluralismus und Partizipation stellen", kündigte Türk an.

(DIHA, 1.7., ISKU)

Friedensaufrufe aus Samsun und Mersin

In Samsun am Schwarzen Meer und in Mersin am Mittelmeer haben nach der Friedenskonferenz in Diyarbakir im vergangenen Monat ebenfalls Versammlungen stattgefunden, auf denen zum Frieden aufgerufen wurde. Über eine regionale Organisierung soll eine türkeiweite Koordinierung der Friedensarbeit erreicht werden.

An der Versammlung in Samsun beteiligten sich 80 lasische, türkische, armenische und kurdische Aktivisten aus allen Städten der Schwarzmeerküste. Erstmalig wurde damit in dieser Region auf einer Versammlung dieser Größenordnung über die kurdische Frage und mögliche Lösungswege diskutiert. Die Teilnehmer forderten einen beidseitigen Waffenstillstand, den Erlass einer Generalamnestie und den Beginn eines Dialoges zwischen den Kriegsparteien.

In der Abschlusserklärung der "Friedensinitiative Schwarzes Meer" wird auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, alle am Frieden interessierten Kräfte zusammen zu bringen und eine gemeinsame, kontinuierlich arbeitende Initiative zu gründen. Hierfür müsse geworben werden. Weiterhin müsse Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, um die Öffentlichkeit für Gesetze wie das neue Antiterrorgesetz zu sensibilisieren, das die Friedensarbeit behindere. Der Gesellschaft müsse begreiflich gemacht werden, dass eine Lösung der kurdischen Frage auch eine Lösung anderer Problemfelder erleichtern werde.

Auf der Versammlung der "Friedensinitiative Mittelmeer" in Mersin zum gleichen Thema forderte der ehemalige DEP-Abgeordnete Orhan Dogan eine Konkretisierung der geplanten Projekte: "Jeder fordert das Recht auf muttersprachlichen Unterricht ein. Wir müssen deshalb ein konkretes Projekt vorlegen, wie in der Türkei offiziell und flächendeckend muttersprachlicher Unterricht stattfinden kann. Alle, einschließlich mir, wollen wir eine politische Generalamnestie. Aber wir können nicht sagen, was für eine Amnestie in was für einem rechtlichen Rahmen wir wollen. In welchen politischen Mechanismen sollen die Menschen am politischen Leben partizipieren? Wenn eine Person amnestiert wird, heißt das noch nicht, dass sie Politik machen kann. Ich war zehn Jahre im Gefängnis, jetzt bin ich draußen und kann nicht Gründungsmitglied einer Partei werden, noch nicht einmal Teilhaber einer Handelsfirma. Sollen die Männer, die 15 Jahre in den Bergen gekämpft haben, danach zum Militär geschickt werden? Für all diese Fragen müssen wir konkrete Projekte entwerfen. Dann können die PKK, der Staat und weitere Kreise anhand dieser Entwürfe diskutieren, es kann eine neue Phase beginnen."

(DIHA, 2.7., ISKU)

Anschlagspläne auf Baydemir

Wie erst jetzt bekannt wurde, gab es Anfang Mai von Personen aus dem Umfeld des Vereins "Bewegung für den Zusammenschluss patriotischer Kräfte" Anschlagspläne auf den Diyarbakirer Bürgermeister Osman Baydemir.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Firat (ANF) traten in der ersten Maiwoche zwei Personen, die für ihre Nähe zu dem Vorsitzenden Taner Ünal des besagten Vereins bekannt sind, in Diyarbakir an einen Auftragskiller heran, mit dem sie in Städten wie Ankara, Bursa und Kayseri zuvor als Schutzgelderpresser und Schuldeneintreiber gearbeitet hatten, und machten ihm das Angebot, für 100 Milliarden Lira einen Anschlag auf Baydemir zu verüben. Als Ort des Anschlags wurde der Eingang des Gästehauses der Stadtverwaltung festgelegt. Der Auftragsmörder lehnte das Angebot als risikoreich und politisch ab. Daraufhin wurden die Anschlagspläne vertagt.

Gleichzeitig sollen die Männer die Entführung des Sohnes des Besitzers eines Geldumtauschbüros im Diyarbakirer Stadtteil Ofis geplant haben. Als Lösegeld war eine Summe von 500 000 Dollar vorgesehen.

Osman Baydemir wurde über den Anschlagsplan informiert und intensivierte daraufhin seine persönlichen Sicherheitsvorkehrungen. Die Anzahl seiner Bodyguards wurde auf sieben erhöht und der Bürgermeister benutzt seitdem ein gepanzertes Fahrzeug.

Am 17. Mai fand der Anschlag auf den Oberverwaltungsgerichtshof in Ankara statt, bei dem ein Richter getötet und mehrere verletzt wurden. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Attentäter, Rechtsanwalt Alparslan Arslan, am Vortag in Diyarbakir war und rege Beziehungen zu dem besagten Verein unterhält.

(ÜÖG, 2.7., ISKU)

Meldungen

HPG-Bilanz für Juni 2006

Das HPG-Hauptquartier hat eine Kriegsbilanz für den Monat Juni 2006 veröffentlicht. Demnach sind im Verlauf von insgesamt 77 Militäroperationen der türkischen und iranischen Armee fünf Offiziere, zwei Dorfschützer, zwei Polizisten, 32 iranische und 102 türkische Soldaten sowie 24 GuerillakämpferInnen bei Gefechten ums Leben gekommen.

(hpg, 2.7., ISKU)

Razzia bei PÇDK in Hewler

Bei einer von südkurdischen Sicherheitskräften durchgeführten Razzia im Büro der Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan (PÇDK) in Hewler sind sieben Personen festgenommen worden. In Zaxo wurde ein weiteres PÇDK-Mitglied festgenommen. Während der Durchsuchung wurden das Parteischild und die Fahne abgenommen sowie Computer und weitere Materialien beschlagnahmt.

Die Razzia fand zeitgleich zu einem Besuch des irakischen Außenministers Zebari in Ankara statt. *(ANF, 3.7., ISKU)*

Waldbrände in den Cudi-Bergen

Seit über zwei Wochen brennen die Wälder in den Cudi-Bergen in der Provinz Sirnak. Ausgelöst wurden die Brände durch türkisches Militär aus "Sicherheitsgründen". Das Löschen der Brände wurde aus demselben Grund verhindert. Die Anwaltskammer Sirnak kündigte für Freitag gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen eine öffentliche Baumpflanzaktion an den Ausläufern der Cudi-Berge an. *(ANF, 29.6., ISKU)*

Film über HPG-Kämpfer aus der Schweiz

Der kurdische Regisseur Mano Halil lebt in der Schweiz und arbeitet bei einem Schweizer TV-Sender. In Lausanne lernte er die Mutter eines Schweizers kennen, der unter dem Codenamen Tolhildan seit mehreren Jahren bei der HPG ist. Daraus entstand die Idee, einen Film zu drehen. Nachdem auch der TV-Sender zusagte, begab sich Halil gemeinsam mit Tolhildans Mutter in das Guerillagebiet. Die Dreharbeiten sind jetzt abgeschlossen, geschnitten wird in Europa.

(ANF, 30.6., ISKU)

Türkei: Verleger vor Gericht

In der Türkei müssen sich erneut Verleger und Autoren vor Gericht verantworten, weil sie in ihren Schriften das "Türkentum" belei-

Religionsbehörde gegen Zwangsehen

Das staatliche Religionsamt der Türkei will laut einem Bericht der Zeitung "Hürriyet" gegen Zwangsehen vorgehen. Zwangsehen würden in einem Erlass als Sünde und als unislamisch gebrandmarkt, berichtete das Blatt am Montag. Der staatlichen Religionsbehörde, einer Direktion im Amt des Ministerpräsidenten, unterstehen alle Moscheen und islamischen Geistlichen des Landes. Eine Arbeitsgruppe sei in den Osten und Südosten des Landes entsandt worden, wo Zwangsehen besonders weit verbreitet sind. Der stellvertretende Leiter der Behörde, Mehmet Görmez, sagte der Zeitung, eine Heirat setze nach islamischem Verständnis die Zustimmung beider Eheleute voraus.
In der Türkei ist das staatliche Religionsamt für die Anstellung der Imame, den Betrieb der mehr als 70.000 Moscheen und auch für den Inhalt von Predigten verantwortlich. Erst vor Kurzem hatte das Religionsamt erklärt, es wolle die so genannten Hadith-Sammlungen, den Kanon islamischer Überlieferungen, Anweisungen und Verbote, nach frauenfeindlichen Passagen durchforsten, die nach Meinung der Behörde nicht auf den Propheten Mohammed zurückgehen. Im Vorjahr wurden erstmals weibliche Vize-Muftis ernannt.

(DS, 3.7., ISKU)

Iranische Armee bombardiert Xinere

Nach heftigen Gefechten zwischen der HPG-Guerilla und der iranischen Armee innerhalb der vergangenen Woche hat die iranische Armee am vergangenen Donnerstag erneut das Gebiet Xinere in Südkurdistan (Irak) bombardiert. Dabei wurden zwei Guerillakämpfer verletzt und Viehherden der ansässigen Bevölkerung getötet. Drei Tage zuvor war es im Verlauf einer gemeinsamen Militäroperation der türkischen und iranischen Armeen zu einem Gefecht mit einer Guerillaeinheit gekommen, bei dem zwölf iranische Soldaten getötet wurden.
Bereits am 24. April hatte die iranische Armee die Gebiete Xinere und Haciümran auf südkurdischem Territorium bombardiert. Am 1. Mai waren Dörfer in den Kandil-Bergen beschossen worden. Bei diesem Angriff wurde eine Dorfbewohnerin getötet. Daraufhin hatten die Bewohner ihre Dörfer in der betroffenen Region verlassen.
Das irakische Verteidigungsministerium hatte im Mai bestätigt, dass die iranische Armee fünf Kilometer weit auf irakisches Territorium eingedrungen war.

(ANF, 29.6., ISKU)

Sondereinheiten hinterlassen Handgranate bei Razzia

Nach Angaben von Emine Ötün haben Sondereinsatzkräfte bei der Durchsuchung ihrer Wohnung in Sirnak versucht, eine Handgranate zu deponieren. Dies habe sie verhindert, indem sie sich auf den Mann gestürzt und geschrieen habe. Zeitgleich fand eine Hausdurchsuchung bei dem DTP-Mitglied Sahin Sümbül statt, der anschließend festgenommen wurde. Im Verlauf der Razzien wurden die Bewohner misshandelt und die Wohnungen verwüstet.
Emine Ötün berichtet von der Razzia in ihrer Wohnung: "Ich wusste, dass so etwas häufig vorkommt in Sirnak. Deshalb habe ich während der Durchsuchung die Nachbarn dazu gerufen. Als einer der Sondereinsatzkräfte während der Durchsuchung eine Handgranate aus der Tasche zog und sie auf den Boden legte, habe ich mich auf ihn gestürzt und geschrieen. Er war völlig verblüfft. Dann sagten sie, die Handgranate gehöre uns und verließen die Wohnung, ohne jemanden festzunehmen."
In Sirnak sind innerhalb eines Jahres neun DTP-Vorstandsmitglieder verhaftet worden, weil angeblich Waffen und Handgranaten in ihren Wohnungen gefunden wurden. *(DIHA, 2.7., ISKU)*

Prozess gegen kurdischen Journalisten in Celle

Am Dienstag fand die vierte Hauptverhandlung im Prozess gegen den kurdischen Journalisten Halil Dalkilic vor dem Landesgericht in Celle statt. Bisher sind Verhandlungstermine bis zum 5. September vorgesehen. Dalkilic wird beschuldigt, als Finanzverantwortlicher für die ERNK und CDK in Europa tätig gewesen zu sein. Dalkilic war im Oktober vergangenen Jahres in Darmstadt verhaftet worden. Der Prozess gegen ihn hat am 2. Juni begonnen. Am 26. Juni wurden vor Gericht zwei Polizisten angehört, die die Ermittlungen gegen den Angeklagten geleitet hatten. Eine Verteidigung von Halil Dalkilic ist noch nicht erfolgt. Die ersten Verhandlungstage wurden von einer großen Anzahl Kurden beobachtet.
Der Rechtshilfefond AZADI, der den Prozess gegen den kurdischen Journalisten ebenfalls verfolgt, gab unterdessen eine Erklärung zu dem Verfahren ab und forderte erneut eine Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland als Beitrag zu einer Lösung der kurdischen Frage. *(ÖP, 4.7., ISKU)*

Istanbul: Militärdienstverweigerung

Mittels einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtvereins IHD hat ein junger Wehrpflichtiger in der Türkei öffentlich angekündigt, nicht zum Militär zu gehen und "als Symbol für die Geschwisterlichkeit des kurdischen und türkischen Volkes das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen" wahrzunehmen. Weiter erklärte Cemil Gören: "Als Bürger der Türkei möchte ich das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen nutzen. Ich bin gegen den Krieg, ich will keine Menschen töten. Ich möchte keine Befehle bekommen und keine Befehle geben. Ich möchte nicht Partei sein in dem Krieg, der in unserem Land herrscht."

(ANF, 3.7., ISKU)

Gündem beschlagnahmt

Das 2. Strafgericht Beyoglu hat die Beschlagnahmung der Ausgabe vom 28. Juni 2006 der in Istanbul erscheinenden Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem angeordnet. Anlass ist ein Artikel unter der Unterschrift "Die Menschheit wird verbrannt" (siehe Nuce Nr. 264), in dem anhand von Fotos belegt wird, dass der HPG-Kämpfer Abbas Emani vor zehn Monaten nach seiner Gefangennahme hingerichtet wurde. Im Gerichtsbeschluss heißt es, die "Sicherheitskräfte" würden mit dem Artikel "zur Zielscheibe" gemacht. Damit wird gleichzeitig von offizieller Seite bestätigt, dass es sich bei den Mördern Emanis um Sicherheitskräfte handelt.
Die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) hat unterdessen die Hinrichtung nach der Gefangennahme verurteilt und die Aufklärung des Vorfalls gefordert.

(ANF, 30.6., ISKU)

digt haben sollen. In einem Verfahren geht es um die türkische Ausgabe eines Buches des US-Philosophen und Sprachwissenschaftlers Noam Chomsky, wie die türkische Presse am Monatg meldete. In dem Werk "Manufacturing Consent" wird die türkische Kurdenpolitik kritisiert. Nun sollen der türkische Verleger Fatih Tas und zwei seiner Mitarbeiter für jeweils bis zu sechs Jahren ins Gefängnis. Tas hatte schon in den vergangenen Jahren wegen verschiedener Bücher seines Verlages Aram Ärger mit der Justiz.

(taz, 4.7., ISKU)

Türkeiweite Friedenskonferenz in Ankara

Nach einem Treffen zur Koordinierung der Friedensarbeit in der Türkei, das am 11. Juni unter breiter Beteiligung in Diyarbakir stattfand, haben die dort gewählten 64 Delegierten die Durchführung einer türkeiweiten Friedenskonferenz in Ankara beschlossen. An der Vorbereitung der Konferenz werden zehn Kommissionen zu den Themen Gesundheit, Recht, Gewerkschaftsarbeit, Kommunalpolitik, akademische Arbeit, Menschenrechte, Medien, Arbeitgeber, politische Parteien und Berufsgruppen arbeiten. Des weiteren wurde die Zusammenarbeit mit weiteren Friedensinitiativen in anderen Städten der Türkei beschlossen.

(DIHA, 30.6., ISKU)

34 Grenzbeamte in Habur festgenommen

Am Grenzübergang Habur zwischen der Türkei und Südkurdistan sind bei einer Operation 34 Beamte und Angestellte wegen des Verdachts der Korruption festgenommen worden. Sie werden verdächtigt, Bestechungsgelder angenommen zu haben. Der Grenzübergang wurde für den Zeitraum der Operation beidseitig geschlossen.

(ANF, 29.6,, ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
hpg	hpg-online.com
DS	Der Standard

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 266
14. Juli 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Deutsche Waffen gegen kurdische Bevölkerung

Seit Tagen erschüttern Bilder über Gräueltaten der türkischen Armee die kurdische Bevölkerung und demokratische Kreise. Diese aufgetauchten Fotos dokumentieren, wie Menschen hinter Panzerwagen am Boden geschleift werden oder zeigen, dass Guerillas lebendig gefangen genommen, anschließend hingerichtet und dann verbrannt wurden. Neben diesen Kriegsrechtsverletzungen wird auch bildlich belegt, dass Panzer deutscher Herstellung in diesem schmutzigen Krieg zum Einsatz gekommen sind.

Hinrichtung nach Festnahme
Am 28. Juni 2006 veröffentlichte die Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem drei Fotos des HPG-Angehörigen Abbas Emani, die beweisen, dass dieser lebend von türkischen Militärs während einer Militäroperation im Batman-Besiri- Operationsgebiet festgenommen, danach mit einem Kopfschuss hingerichtet und der Leichnam später verbrannt wurde. Mit diesen Fotos werden die Fakten über den Tod von sieben HPG-Guerillakämpfern ans Tageslicht gebracht, die am 25. August 2005 in der Nähe des Dorfes Tepecik im Kreis Besiri durch einen Hinterhalt der türkischen Streitkräfte starben.



Fotos getöteter Guerilla im Familienalbum von Soldaten
Am 5. Juli 2006 veröffentlichte die Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem Bilder von getöteten Guerillakämpfern, die durch Papier sammelnde Kinder auf einer Müllhalde in Adana in einem Fotoalbum gefunden wurden. Neben Erinnerungsfotos mit Familienangehörigen und Freunden eines Soldaten befanden sich auch Fotos von getöteten Guerillakämpfern mit zertrümmerten Schädeln.

Bilder wie vor 14 Jahren in Cizre: Deutsche Panzer schleifen Menschen am Boden
Am 11. Juli 2006 wiederum wurden Fotos in Ülkede Özgür Gündem veröffentlicht, die zeigen, wie Menschen hinter einem Panzer am Boden geschleift werden. Es handelt sich um die 7 getöteten Guerillakämpfer, die am 25. August 2005 in Besiri hingerichtet und anschließend verbrannt wurden. Der Panzer auf dem Foto ist ebenfalls ein BTR 60.
Vor 14 Jahren schon erschütterte ein ähnliches Foto die Öffentlichkeit. Am 16. Oktober 1992 wurde auf der Titelseite der Tageszeitung Özgür Gündem mit der Überschrift „Die Menschheit wird geschleift“ ein Bild veröffentlicht, das einen Zivilisten zeigt, der hinter einer BTR 60 Panzer auf dem Boden geschleift wird. Das Bekanntwerden dieser Aufnahmen führte zu Verstimmungen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland. Erst nachdem die Türkei „garantierte“, deutsche Waffen nicht mehr bei inneren Auseinandersetzungen einzusetzen, glätteten sich die Wogen. Nach 14 Jahren werden wir erneut mit derartigen Verbrechen an der Menschlichkeit konfrontiert – und erneut sind deutsche Panzer daran beteiligt.
Deutsche Panzer waren auch zwischen dem 27. März und 1. April dieses Jahres bei den Ausschreitungen in Diyarbakir, Batman und Kiziltepe (bei denen 14 Zivilistinnen, darunter auch Kinder, getötet wurden) im Einsatz. Auch bei dem Bombenanschlag auf einen Buchladen in Semdinli seien bei den mutmaßlichen Tätern „drei Kalaschnikows“ gefunden worden, „zwei davon deutscher Bauart“, laut Polizei „Waffen mit den Seriennummern 68K7843 und 78GH0235.“



Die „fehlenden“ Erkenntnisse sind behoben
In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Wolfgang Gehrcke, Dr. Kirsten Tackmann, Heike Hänsel, Dr. Norman Paech und der Fraktion DIE LINKE vom 6.6.2006 (BT-Drucksache 16/1765) zu den türkischen Militäraktionen gegen die kurdische Zivilbevölkerung auf die Bundesregierung auf die Frage, ob ihr Erkenntnisse vorliegen, nach denen bei den Militäraktionen Panzer deutscher Herkunft gegen die Bevölkerung eingesetzt wurden, heißt es: „Der Bundesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor.“
Dass bislang keine Erkenntnisse vorliegen, lässt darauf schließen, dass offensichtlich keinerlei Untersuchungen veranlasst wurden, um diese Behauptung zu klären. Wir erwarten eine Erläuterung von der Bundesregierung, welche konkreten Schritte zur Klärung der Behauptung, deutsche Panzer seien gegen die Bevölkerung eingesetzt worden, unternommen wurden.
Nach den jüngsten Erkenntnissen stellt sich nun die Frage, welche Schritte die Bundesregierung unternehmen wird, um diese Verbrechen aufzuklären.

Dieser ungerechte Krieg beschmutzt uns alle
Die oben genannten Gräueltaten zeigen erneut, mit welcher Intensität der türkische Staat auf seinen Vernichtungskrieg gegen die Kurden setzt. Je mehr die kurdische Frage sich ihrer Lösung nähert, desto perverser führt die Türkei den Krieg. Während überall konkrete Schritte wie die Herabsenkung der Wahlhürde, die Abschaffung des Dorfschützersystems, Dialog statt Krieg, die Achtung der Menschenrechte und vieles mehr von der Türkei erwartet werden, antwortet die Türkei mit einem neuen Anti-Terror-Gesetz, das quasi alle positiven Entwicklungen außer Kraft setzt.
Solange die kurdische Frage nicht gelöst ist, werden Bündnispartner der Türkei – wie Deutschland – ebenfalls in Verbrechen hineingezogen, wie am jüngsten Beipiel der Panzer zu sehen ist.
(YEK-KOM, 12.6., ISKU)

Meldungen

Polemik zwischen Generalstaatsanwalt und Regierung
Bei einer Rede vor einem internationalen Symposium kritisierte Nuri Ok, Generalstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, die Regierung scharf. Mit Hinweis auf das Semdinli Verfahren sowie den Prozess gegen den Rektor der Universität Van habe sich die Regierung an die Stelle der Justiz gesetzt. Das Attentat auf die zweite Kammer des Verwaltungsgerichtshofes im Mai bezeichnete Ok als "faschistische Barbarei", derer man genauso bedenken müsse, wie des Kubilay Vorfalls (Kubilay war ein junger Offizier, der bei einem Aufstand in Menemen 1930 von Scharia-Anhängern getötet wurde). Als Antwort warf Justizminister Cemil Çiçek dem Generalstaatsanwalt vor, die Justiz für politische Zwecke zu mißbrauchen. Wenn dem Generalstaatsanwalt Fakten vorläge, solle er gemäß der Gesetze handeln. *(dü, 8.7., ISKU)*

Türkei-Kritiker verurteilt
Das türkische Höchstgericht hat eine sechsmonatige Haftstrafe auf Bewährung gegen den armenischen Journalisten Hrant Dink wegen "Verunglimpfung des Türkentums" bestätigt. Das erste Mal haben die Richter damit den Paragraphen 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuchs auf höchster Ebene ausgelegt. Auf die "öffentliche Verunglimpfung der Republik und der Großen Türkischen Nationalversammlung" steht dort bis zu drei Jahre Haft. Dink, Chefredakteur der in Istanbul erscheinenden armenisch-türkischen Wochenzeitschrift "Agos", hatte in einer Kolumne vor gut zwei Jahren Überlegungen über die Massaker an christlichen Armeniern während des Niedergangs des osmanischen Reichs im ersten Weltkrieg und das Staatsbürgerschaftsverständnis in der Türkei angestellt. Dieses solle nicht vom "Türkentum" gekennzeichnet sein, fand er.
(WZ, 13.7., ISKU)

Proteste in der Türkei gegen israelische Gaza-Offensive
In Istanbul haben am Sonntag 20.000 Menschen gegen die laufende israelische Bodenoffensive im Gaza-Streifen demonstriert. Zu den Protesten auf dem Caglayan-Platz, bei denen anti-israelische Losungen geschrien wurden, waren auch hunderte von Demonstranten aus anderen Teilen der Türkei angereist. Am Samstag hatte der türkische Außenminister Abdullah Gül das Vorgehen Israels gegen die Palä-

Das Geschlecht der Menschenrechte

von HANDAN ÇAGLAYAN

"Schon wieder eine Kolumne über Ehrenmorde?" - Ich weiß nicht, ob Sie so denken, aber ich kann das nicht. Denn weiter sterben Frauen, werden Frauen ermordet. Letzte Woche wurde in Diyadin eine Frauenleiche gefunden, die ermordet und dann verbrannt worden war. Danach beging in Nusaybin eine siebenfache Mutter Selbstmord, indem sie Reinigungsmittel trank. Der Bruder der 35-jährigen Frau verdächtigt den Ehemann des Mordes an seiner Schwester Zerifa, die ständig von ihm verprügelt worden sei, als wolle er sie umbringen.

Zur gleichen Zeit wie Zerifa wird eine weitere Frau, die 15-jährige Meryem, von ihrem Bruder ermordet. Die Familie ist vor fünf Jahren von Suruç nach Antep gezogen und arbeitet auf Baumwollfeldern. Sie haben kein festes Einkommen und keine soziale Absicherung. Und als ich gerade schreiben will, dass dies die Bilanz der Frauenmorde für diese Woche ist, kommt eine weitere Todesnachricht aus Cizre. Die 30-jährige Gurbet ist von ihrer Familie "im Namen der Ehre" ermordet worden.

Diyadin, Nusaybin, Suruç, Cizre. Wenn man diese Namen hört, kommen einem als erstes die Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Frieden sowie der Kampf für Menschenrechte in den Kopf. Denn in all diesen Orten ist ein überzeugter Kampf für Gleichheit, Freiheit und ein menschenwürdiges Leben geführt worden, der viele Opfer gekostet hat.

Und wenn das so ist, dann stimmt da etwas nicht.

Denn es ist widersprüchlich, dass an Orten, an denen unter hohen Opfern für Gleichheit, Freiheit und ein menschenwürdiges Leben gekämpft wird, das Recht von Frauen auf Leben vollständig missachtet wird.

Sicherlich gibt es Frauenmorde nicht nur in diesen Gegenden, sondern überall dort, wo das Patriarchat in der einen oder anderen Form vorherrscht. Und es gibt auch kein anderes Gesellschaftsmodell, das bereit stehen würde.

Es ist nur zu richtig, dass Armut die Gewalt gegen Frauen verstärkt, dass Migration die Familien zerstört, dass der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen gleichzeitig auch Kampf gegen die Armut bedeutet und auf staatlicher Ebene Maßnahmen getroffen werden müssen, um diesen Zustand zu beseitigen. Es ist auch richtig, dass Ehrenmorde dazu benutzt werden, um die Kurden in rassistischer Form abzustempeln. Und es stimmt, dass das Gerede der AKP-Abgeordneten aus Antep, Fatma Sahin, die gleichzeitig Vorsitzende der Kommission zur Untersuchung von Ehrenmorden ist, bei einem Besuch der Familie von Meryem den Gipfel der Unwissenheit darstellt: Sahin hatte eine Verbindung zwischen mangelnder Bildung und Ehrenmorden gezogen und diese These damit belegt, dass Meryems Mutter kein türkisch spricht (Mal davon abgesehen, dass 70 Prozent der Bürger der Republik Türkei als ungebildet betrachtet werden müssten, wenn man davon ausgeht, dass es ein Bildungsmangel ist, keine andere Sprache als die eigene Muttersprache zu können).

Gut, die oben genannten Feststellungen sind alle richtig, aber können sie Anlass dafür sein, die unmittelbar vor unserer Nase stattfindenden Frauenmassaker zu ignorieren?

Können wir wirklich einfach so sagen, "was können wir schon tun, diese Problematik betrifft die gesamte Welt, Armut, Migration und Vertreibung steigern das Problem, der Staat muss Frauenschutzhäuser einrichten…"? Gibt es wirklich nichts, was wir tun können?

Doch, gibt es, muss es geben. Oder haben wir, die wir uns seit Jahren für Menschenrechte, Gleichheit und Freiheit einsetzen, nichts zum Thema Ehrenmorde und einer Gewalt zu sagen, die alle Rechte von Frauen einschließlich des Rechts auf Leben verletzt?

Wäre es nicht notwendig, dass die DTP, die mit einem einzigen Satz Tausende Menschen in Cizre oder Nusaybin beeinflussen kann, dagegen eine aktive, vorbeugende Politik festlegt?

Müssen nicht die Demokratie-Plattformen, die sich in den Provinzen der [kurdischen] Region aus der crème de la crème der Zivilgesellschaft zusammensetzen, sich diesem Thema zuwenden?

Es ist ganz klar, dass weitere Dutzende Einrichtungen, die ich hier nicht alle aufzählen kann, dass wir alle eine aufrichtige und zu Resultaten führende Haltung gegen diese Massaker an Frauen einnehmen müssen. Aber aus unseren Institutionen – außer den Frauenräten und -Plattformen – ist kein Laut zu vernehmen. Betrachten unsere Institutionen, die sich mit "hoher Politik" beschäftigen, Ehrenmorde lediglich als Problem der Frauenräte? Wenn das so ist, dann läuft etwas mächtig schief. Wir kämpfen für Menschenrechte und betrachten gleichzeitig die Ermordung von Meryem und Zerifa als Kurzmeldung auf der dritten Seite in der Zeitung. Die Absicht dahinter kenne ich nicht, aber das ist die offen sichtbare Praxis.

Entweder der Terminus Menschenrechte umfasst keine Frauenrechte oder er tut es, aber Zerifa und Meryem waren keine Menschen. Entweder unsere Auffassung von Menschenrechten ist nicht ganzheitlich oder Menschenrechte haben ein Geschlecht. Ich beende dieses Schreiben mit dem Wunsch, dass alle in der Region tätigen Institutionen die Ehrenmorde auf ihre Tagesordnung setzen, dazu Stellung beziehen und Zweifel dieser Art beseitigt werden. *(ÜÖG, 11.7., ISKU)*

Strafbefehl wegen Kirchenasyl

Das Amtsgericht Menden hat gegen eine evangelische Pfarrerin im sauerländischen Menden einen Strafbefehl erlassen, weil sie einer türkisch-kurdischen Familie Kirchenasyl gewährt hatte. Wie die Staatsanwaltschaft Arnsberg am Donnerstag mitteilte, habe sie den Strafbefehl beantragt, weil die Pfarrerin eine rechtskräftige Abschiebung verhindert habe. Die Staatsanwaltschaft wertet dies als "Einschleusung von Ausländern", ein Straftatbestand des Aufenthaltsgesetzes. Die Pfarrerin hatte der Familie aus der Gemeinde Möhnesee (Kreis Soest) im März Kirchenasyl gewährt, nachdem die Rechtsmittel gegen die drohende Abschiebung ausgeschöpft waren. Auch die Härtefallkommission des nordrhein-westfälischen Landtags hatte einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis abgelehnt. Die kurdische Familie war drei Wochen nach dem Abschiebetermin und ihrer Aufnahme in das Kirchenasyl untergetaucht.

Der Strafbefehl wertet das Kirchenasyl als Widerstand gegen einen Abschiebungsbefehl, wie der zuständige Richter am Amtsgericht wdr.de bestätigte. Der Anwalt der Pastorin hat gegen den Bescheid, der sich auf eine Strafe von 3.000 Euro beläuft, Einspruch erhoben. "Den Behörden wurde im Rahmen des Kirchenasyls mitgeteilt, wo sich die Betroffenen befanden und dass die Kirchengemeinde keinen Widerstand gegen rechtmäßige polizeiliche Maßnahmen leisten würde", sagte Manuel Kabis der "Mendener Zeitung". Es wird jetzt zu einer Verhandlung vor dem Amtsgericht kommen.

Die Evangelische Kirche in Westfalen zeigte sich von dem Strafbefehl überrascht. "Sonst wird von strafrechtlicher Verfolgung eines zivilen Ungehorsams in NRW eher abgesehen", sagte Landeskirchenrat Arne Kupke. Kirchenasyl sei kein Widerstand gegen den Rechtsstaat: es werde zwar gegen eine Abschiebung protestiert, sie aber nicht gewaltsam verhindert. Der Staat verzichte von sich aus darauf, in kirchliche Räume einzudringen. Der Strafbefehl stützt sich u.a. auf ein Urteil des Landgerichts Osnabrück, das 2001 einen katholischen Priester verurteilte und dabei feststellte: "Im freiheitlichen Rechtsstaat bedarf es einer Schutzzone wie des Kirchenasyls nicht." Arne Kupke hält diese Begründung politisch für falsch. Bislang sei das Kirchenasyl in NRW auch von den Behörden als politisches Mittel anerkannt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte auf die Anzeige eines Privatmanns aus Lippetal hin ermittelt. Sie schloss weitere Verfahren gegen Mitglieder der Kirchengemeinde nicht aus.

(WDR, 13.7., ISKU)

stinenser mit ungewöhnlich harschen Worten als «entsetzlich» kritisiert. Die Türkei, die traditionell enge Beziehungen zu Israel pflegt, hat sich in der jüngsten Entwicklung im Gaza-Streifen auf die Seite der Palästinenser gestellt. *(ya, 9.7., ISKU)*

Gemeinsame Operationen von Türkei und Iran

Bei einer Operation der iranischen Armee in Semzinan kam es am 2. Juli zu Gefechten mit Guerillas der HPG. An der Schlucht "Gelisim" sind 4 iranische Soldaten getötet und 3 weitere verletzt worden. Ein Guerilla ist bei diesen Gefechten gefallen und ein weiterer wurde verwundet gefangengenommen.

Die türkische Armee hat parallel zur iranischen Armee ebenfalls in Semzinan eine Operation durchgeführt. Die Guerillas haben am 7. Juli eine türkische Einheit aus dem Hinterhalt angegriffen und beschossen. Es wurden 3 Soldaten getötet und 4 verletzt.

Die türkische Armee hat ihre Verluste mit Helikoptern aus dem Operationsgebiet weggeflogen. Nach dem Guerilla-Angriff musste die türkische Armee die Operation beenden. Es gab keine Verluste von Guerillas und die HPG-Einheit konnte sicher zurückkehren *(hpg, 9.7., ISKU)*

Vergeltungsaktion gegen Zivilpolizisten

Das Guerilla-Team "Sehit Mazlum" hat eine Vergeltungsaktion in Sirnak/Hezex (Idil) durchgeführt. Das Bezirkszentrum von Hezex wurde von den Guerillas bewacht und zwei zivile Polizisten, die die Bevölkerung schikanierten, wurden getötet. Das Guerilla-Team hatte die Zivilpolizisten aufgefordert, sich zu ergeben, aber diese haben mit Schüssen geantwortet. Daraufhin wurden beide Polizisten erschossen. Es wurden Waffen und Ausrüstung erbeutet. Das Guerilla-Team ist nach der Aktion sicher in seinem Stützpunk angekommen. *(hpg, 11.7., ISKU)*

Quellen:

ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
hpg	hpg-online.com
dü	Dünya
WZ	Wiener Zeitung
ya	yahoo.de

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 267
21. Juli 2006

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei droht mit Einmarsch im Nordirak

Säbelrasseln in Ankara und Tehran

Nach schweren Verlusten der türkischen Armee bei Kämpfen in den kurdischen Landesteilen droht Ankara mit einem Einmarsch in den Nordirak. Mit Zustimmung der Regierung habe der Generalstab in Ankara mit der Planung des Feldzuges begonnen, berichteten türkische Medien am Dienstag. Zusätzliche Truppenverbände wurden demnach an die irakische Grenze verlegt. Seit dem Frühjahr sind bereits über 200 000 türkische Soldaten in Südostanatolien stationiert, um an einer Großoffensive gegen die kurdische Guerilla teilzunehmen.

Die Operation soll von 40 Generälen koordiniert werden. Vor der Operation im Süden soll ein Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Guerilla im Landesinneren durchgeführt werden.

Gemäß den Einzelheiten, die in der Tageszeitung Sabah veröffentlicht wurden, sollen Celal Talabani als Staatspräsident des Irak und Mesut Barzani als Präsident der Region Südkurdistan vor der Operation gewarnt werden. In Südkurdistan sollen vorrangig Guerillalager in den Bergen sowie Zentren der Organisation in den Städten bombardiert werden. Für die Städte werden zwei Jagdbombergeschwader beauftragt, für die Lager in den Bergen mindestens vier. Der Operationsplan des Generalstabes sieht laut Sabah einen Einmarsch von fünf verschiedenen Punkten bis 50 Kilometer auf irakisches Territorium vor.

In den vergangenen Tagen kamen nach Angaben der aus der PKK hervorgegangenen kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG Dutzende Soldaten bei Gefechten ums Leben. Das türkische Militär sprach von 16 getöteten Sicherheitskräften innerhalb einer Woche. So zerstörten Guerillakämpfer Ende vergangener Woche in der Nähe der Stadt Bitlis einen Panzer. Bei einer umfassenden Militäroperation am Berg Cudî nahe der irakischen Grenze waren nach Angaben der HPG am Wochenende zahlreiche Soldaten sowie zwei Guerillakämpfer gefallen. Am Montag griffen kurdische Bewaffnete in der Provinz Dersim eine Militärkaserne an und töteten dabei einen Soldaten.

In Ankara beriet zu Wochenbeginn ein "Antiterrorkrisenstab" aus Regierungsmitgliedern, den Spitzen der Streitkräfte und des Nationalen Sicherheitsrates das weitere Vorgehen gegen die kurdischen Rebellen. Justizminister Cemil Cicek erklärte, die Türkei werde ihre völkerrechtlichen Vollmachten auf diesem Gebiet "voll ausschöpfen".

Zur Begründung verweist die türkische Regierung auf das Recht auf Selbstverteidigung - und auf die israelischen Militärschläge im Libanon, die von den USA gebilligt werden. Die Pläne führten zu Spannungen mit dem Verbündeten USA, der die Türkei eindringlich vor einem Militäreinsatz über die Grenze in den amerikanisch besetzten Irak warnte.

Mit scharfer Kritik reagierte der türkische Premier Erdogan auf die Warnungen der USA und auf die Äußerungen des US-Botschafters in Ankara, Ross Wilson. Es gehe nicht an, dass die USA dem israelischen Militär bei dessen Angriffen auf den Libanon freie Hand ließen, der Türkei aber von ähnlichen Einsätzen abrate.

Wilson hatte zuvor die türkischen Pläne kritisiert: "Wir glauben, dass einseitige Militäraktionen über die Grenze mit dem Irak nicht klug wären." Die türkische Regierung unterliege einem Irrtum, wenn sie glaube, die als terroristisch eingestufte PKK mit einem Angriff auf deren Verstecke im Nordirak besiegen zu können. Zugleich deutete Wilson an, dass er eine politische Lösung befürworte: "Die PKK ist nicht nur ein Problem des Nordirak, sie ist ein Problem in Europa und ein Problem in der Türkei." Die USA haben aber ungeachtet ihrer großen Truppenpräsenz im Irak und trotz Drängen Ankaras nie etwas gegen die PKK im Nordirak unternommen.

Dagegen sei der Iran bereit, die Türkei „im Kampf gegen den Terror“ zu unterstützen.

Sein Land sei bereit, den Kampf des Nachbarn Türkei gegen Terroristen zu unterstützen, sagte der iranische Botschafter in Ankara, Firuz Devletabadi, nach einem Bericht der türkischen Zeitung "Zaman" vom Mittwoch.

Wenn die Türkei im Nordirak einmarschieren sollte, um dort gegen Stützpunkte der Kurdenrebellen von der PKK vorzugehen, werde das die iranische Regierung nicht beunruhigen, sagte der Botschafter. Iranische Streitkräfte hatten im Frühjahr Stellungen der PKK im Norden des Irak beschossen und damit eine Großoffensive der türkischen Armee gegen die kurdischen Rebellen unterstützt.

Die HPG verurteilte in einer Erklärung die Kriegspläne der Türkei – die sich bereits in den intensiven Operationen seit Beginn des Jahres und in der Verabschiedung des verschärften „Antiterrorgesetzes“ gezeigt hätten – und erklärte, alle notwendigen Vorbereitungen für den Fall eines Angriffs getroffen zu haben: „Wir als HPG geben bekannt, dass unser Widerstand weiter gehen wird, solange die Gefangenschaft von Abdullah Öcalan und Unterdrückung unseres Volkes nicht beendet ist. (...) In diesen Tagen rufen wir die Bevölkerung in der Türkei und insbesondere die Medien und die politisch Verantwortlichen dazu auf, ihre historischen Aufgaben zu erfüllen. Das kurdische Volk rufen wir dazu auf, schon jetzt alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um sich gegen die mögliche staatliche Gewalt zur Wehr zu setzen.“

(ANF/ DP/Ku, 20.7., jW, 19.7., HPG, 17.7., ISKU)

Kongra Gel und HPG unterzeichnen Antiminenabkommen

Als Vorsitzender des Kongra Gel hat Zübeyir Aydar am Dienstag in Genf in Anwesenheit von Regierungsvertretern ein Abkommen mit dem von den UN unterstützten Genfer Appell zum Verbot von Anti-Personen-Minen unterzeichnet. Auf einer anschließenden Pressekonferenz erinnerte Aydar daran, dass die PKK bereits im Jahr 1995 das Genfer Abkommen unterzeichnet habe und verwies auf die Verletzung mehrerer von der Türkei unterzeichneter Abkommen. 1923 seien mit dem Abkommen von Lausanne die Grenzen innerhalb Kurdistans festgelegt und später entlang dieser Grenzen über Tausende Kilometer hinweg von der Türkei, dem Iran, dem Irak, Syrien und Armenien Minen gelegt worden. "Es handelt sich um zehn Millionen Minen in den Grenzgebieten. Aber nicht nur dort, auch in unseren Bergen und den zerstörten Dörfern wurden sie gelegt. Unser Volk hat sehr unter diesen Minen gelitten. Tausende starben, Tausende wurden verletzt."

Drei Tage zuvor hatte bereits der HPG-Kommandant Dr. Bahoz Erdal in Anwesenheits von schweizer VertreterInnen den Genfer Appell unterzeichnet.

(ANF, 18.7., Do, 15.7., ISKU)

Meldungen

Antiterrorgesetz verabschiedet

Mit der Zustimmung von Staatspräsident Sezer und der Veröffentlichung ist das neue Antiterrorgesetz in der Türkei gestern offiziell in Kraft getreten. Das Gesetz wird von der zivilen Opposition auch als "Gesetz zum Kampf gegen die Gesellschaft" bezeichnet und erweitert den Umfang der Straftatbestände "zum Zwecke des Terrors". Künftig werden auch die Vermummung auf Demonstrationen, die Verwendung von Symbolen terroristischer Organisationen und Parolenrufe mit einer Haftstrafe zwischen einem und fünf Jahren belegt. *(DIHA, 19.7., ISKU)*

160 Dorfschützer geben Waffen ab

In Hakkari-Cukurca haben 160 vorübergehende Dorfschützer sich geweigert, an Militäroperationen teilzunehmen und geschlossen ihre Waffen abgegeben. Aus dem gleichen Dorf haben innerhalb der letzten zwei Jahre weitere 200 Dorfschützer den Dienst quittiert. Das Militär bemüht sich jetzt, in Verhandlungen die Dorfschützerchefs davon zu überzeugen, den Dienst wieder aufzunehmen.

(DIHA, 18.7., ISKU)

OHAL erneut in Diskussion

Nach dem Tod von 14 Sicherheitskräften innerhalb von zwei Tagen hat sich der Hohe Antiterror-Rat auf Anweisung von Ministerpräsident Erdogan zu einer Eilsitzung versammelt und eine Liste mit Vorschlägen erstellt, die heute dem Ministerrat vorgelegt wird. Unter den Vorschlägen befindet sich auch eine mögliche Wiedereinführung des Ausnahmezustands (OHAL). Den Vorsitz bei der Sitzung zum Thema „terroristische Aktivitäten der PKK“ hatte Außenminister Abdullah Gül inne. Des weiteren nahmen der Justiz- und der Innenminister sowie Vertreter aus Generalstab, Jandarma, dem nationalen Sicherheitsrat (MGK), der Polizei sowie des Nachrichtendienstes MIT teil.

(Ra, 17.7., ISKU)

Mauro: Beitrittsverhandlungen mit Türkei abbrechen

Der stellvertretende Präsident des Europa-Parlamentes, Mario Mauro (Italien), hat in einem Brief den EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn dazu aufgerufen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubrechen. Die Türkei verletze Grundrechte und -freiheiten, wie in dem Fall des armenischen Journalisten Hrant Dink deutlich werde. Mauro kritisierte, dass ein kürzlich ausgesprochenes Urteil gegen Dink wegen "Herabsetzung

Neue Studie zu Ehrenmorden

Das Zentrum für Frauenrechtsberatung der Anwaltskammer Diyarbakir hat eine Studie zu Gerichtsurteilen in Ehrenmordprozessen in der Zeit zwischen 1999 und 2005 am Schweren Strafgericht und dem Jugendgericht in Diyarbakir veröffentlicht. Dabei wurden 59 Fälle untersucht, von denen in 46 Prozessen mildernde Umstände geltend gemacht wurden.
Wie die Vorsitzende der Frauenrechtskommission der Anwaltskammer Diyarbakir, Rechtsanwältin Meral Danis Bestas, erläuterte, ging es in den untersuchten 59 Ehrenmordprozessen um 21 Körperverletzungen und 50 Morde mit insgesamt 81 Angeklagten. Bei den Tätern handelt es sich in 94 Prozent der Fälle um Männer, bei den Opfern zu 50 Prozent um Frauen. Von 81 Angeklagten wurden 64 verurteilt.
Motiv für die Ermordung von Frauen seien in den meisten Fällen, dass die Frauen mit anderen Männern gesehen wurden, "auf den falschen Weg gekommen" seien, vergewaltigt wurden oder Ehebruch begangen haben. Diese Motive gelten vor Gericht als mildernde Umstände. "Der Richter erklärt damit dem Angeklagten: Deine Frau oder deine Tochter ist vergewaltigt worden und du hast sie ermordet. Dieses Verbrechen hast du also unter dem Einfluss einer Provokation begangen", so Bestas. "Wer vergewaltigt wird, ist ein Opfer. Im Mord an diesem Opfer mildernde Umstände geltend zu machen, ist meiner Meinung nach unakzeptabel. In unserem Strafrecht unterliegt das Geltendmachen mildernder Umständen zu einem großen Teil dem Ermessen des Richters. Die Haltung der Richter in diesen Prozessen spiegelt die gesellschaftliche Sichtweise wieder und die entsprechenden Gerichtsurteile stärken wiederum das in der Gesellschaft vorherrschende Verständnis für Ehrenmorde." *(ÜÖG, 15.7., ISKU)*

Protest gegen Steinigung im Iran

Verschiedene Frauenorganisationen in Istanbul haben gegen das Todesurteil durch Steinigung gegen eine junge kurdische Frau aufgrund von vermeintlichem Ehebruch im Iran protestiert und die Aufhebung der Todesstrafe gefordert. Die Frauen, darunter die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH), der Frauenverein Regenbogen (Gökkusagi), der Verein Werktätiger Frauen (EKD), die Initiative Mütter für den Frieden sowie Vertreterinnen der Parteien DTP, SDP, ÖDP, EHP und EMEP, des Kulturzentrums Mezopotamya, des Menschenrechtsvereins IHD und viele weitere, versammelten sich vor dem iranischen Konsulat in Istanbul. Auf Transparenten machten sie ihre Forderungen sichtbar: "Freiheit für Melek Qurbani, Schluss mit der Gewalt gegen Frauen", "Männer, nehmt eure Hände von unseren Körpern". Im Namen der Gruppe hielt Neslihan Türkler einen Redebeitrag, in dem sie auf die fortlaufende Gewalt gegen Frauen hinwies: "Frauen werden im Namen der Ehre gesteinigt, ermordet, sie sind zuhause und auf der Straße sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen ausgesetzt und wenn sie für ihre Rechte kämpfen, werden sie mit staatlicher Gewalt unterdrückt." Weiterhin ging Türkler auf den Fall von Melek Qurbani ein, gegen die ein Gericht in der iranisch-kurdischen Stadt Urmiye das Todesurteil per Steinigung gefällt hat.

(ANF, 15.7., ISKU)

IHD-Bericht in Amed veröffentlicht

Die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins (IHD) in Amed (Diyarbakir) hat einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der kurdischen Region in den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 veröffentlicht. Wie der Zweigstellen-Vorsitzende Rechtsanwalt Selahattin Demirtas im Rahmen einer Pressekonferenz am Mittwoch erläuterte, sind insgesamt 5187 Rechtsverletzungen vom IHD registriert worden.
In Bezug auf die aktuellen Entwicklungen kritisierte Demirtas den Ministerpräsidenten Erdogan, der für Palästina nach Lösungswegen suche, die er für sein eigenes Land nicht geltend mache. "Anstatt die türkische Armee die Grenze [nach Südkurdistan/Irak] überschreiten zu lassen, sollte die PKK in die Türkei eingeladen werden und das Problem mit friedlichen und demokratischen Methoden gelöst werden", forderte Demirtas.
Mihdi Perincek als IHD-Vertreter für die Regionen Osten/Südosten verwies auf den Anstieg der Rechtsverletzungen im Vergleich zu den Vorjahren. Insbesondere das Recht auf Leben sei davon betroffen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 seien von den 13 IHD-Zweigstellen in der Region 234 Verletzungen des Rechts auf Leben registriert worden. 3458 Mal sei das Recht auf Sicherheit von Personen verletzt worden. "Die Anzahl der registrierten Verletzungen des Rechtes auf Leben allein in den vergangenen zwei Monaten aufgrund von Gefechten liegt bei 101. Damit sind die Träume von 101 Müttern, die sie für ihre Kinder gehabt haben, zerbrochen. In 101 Familien herrscht Trauer."
Im Vergleich mit den Bilanzen der Jahre 2004 und 2005 sei ein ständiger Zuwachs an Rechtsverletzungen zu verzeichnen. Für das erste Halbjahr 2006 hat der IHD 190 Tote durch Gefechte, 37 Tote durch "Morde unbekannter Täter" sowie sieben Tote durch Minen- und andere Explosionen registriert. 2267 Personen seien festgenommen worden und davon 939 verhaftet. Zehn Personen seien verschwunden.

(DIHA, 19.7., ISKU)

„Abgekühlte Beziehungen“

Das Justizministerium hat Ermittlungen aufgrund eines in der Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem erschienenden Artikels zum Thema Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen wegen des Straftatbestandes, „die Beziehung des Volkes zum Militär abzukühlen“ eingeleitet.
Die "Gewissensverweigerer", die den Militärdienst ablehnen, sowie die "Totalverweigerer", die allen staatlichen Institutionen den Gehorsam verweigern, sind in der Türkei erstmalig Anfang der neunziger Jahre öffentlich mit ihren Forderungen in Erscheinung getreten. Sie wurden zunächst wegen "Abkühlung der Beziehung des Volkes zum Militär" angeklagt, später wegen Befehlsverweigerung. Nach wie vor werden Strafverfahren gegen alle eingeleitet, die den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigern. In jüngerer Zeit werden auch Medienberichte zu dem Thema Anlass für Prozesse.
So wurde gegen Birgül Özbaris wegen einer in der Gündem erschienenden Serie mit dem Titel "Weder Militär noch Krieg" über Kriegsverbrechen und den Militärdienst verweigernde Offiziere im deutsch-französischen Krieg ein Prozess eröffnet. Auch für einen Bericht über eine kürzlich stattgefundene, von Gewissensverweigerern organisierte Veranstaltung sowie eine Reportage zu dem Thema hat das Justizministerium die Direktive herausgegeben, Ermittlungen gegen Özbaris einzuleiten. Auf einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD forderte Birgül Özbaris Solidarität mit den Gewissensverweigerern. Die Verweigerung sei ein Menschenrecht, das sie ebenso wie die Meinungsfreiheit und das Recht auf Information "bis zum letzten verteidigen" werde. Halil Savda von der IHD-Kommission bezeichnete im Anschluss den Straftatbestand "Abkühlung der Beziehung des Volkes zum Militär" als eine "gute Sache". *(ANF/DIHA, 18.7., ISKU)*

des Türkentums" vom Revisionsgerichtshof der Türkei bestätigt wurde. Weiter wies Mauro auf die mangelnde Religionsfreiheit in der Türkei hin und erinnerte an den Mord an dem italienischen Priester Andrea Santoro in Trabzon.

(ANF, 18.7., ISKU)

Gefängnisstrafe für Friedensmütter

24 Frauen der Initiative "Mütter für den Frieden" sind in Diyarbakir wegen Werbens für die PKK zu jeweils einem Jahr Haftstrafe verurteilt worden. Die Friedensmütter hatten im Februar dieses Jahres gegen die Isolation Abdullah Öcalans protestiert.
Wegen "guter Führung" während der Gerichtsverhandlung wurde die einjährige Haftstrafe durch den Richter in zehn Monate umgewandelt. *(DIHA, 18.7., ISKU)*

Happy Birthday, IHD

Der Menschenrechtsverein IHD, in der Türkei gegründet von Angehörigen von Gefangenen am 17. Juli 1986 im Schatten der schweren Bedingungen nach dem Militärputsch 1980, feiert sein zwanzigjähriges Bestehen. Seit seiner Gründung ist der IHD für seine Arbeit, seine erkämpften Erfolge sowie die Repression gegen den Verein bekannt. Dutzende IHD-Mitglieder sind bei Angriffen getötet worden. Innerhalb der zwanzig Jahre seines Bestehens wurden in fast allen Städten der Türkei Zweigstellen eingerichtet und der Verein wurde zu einer gut organisierten und respektierten Einrichtung.
Seinen 20. Geburtstag feierte der IHD gemeinsam mit der Bevölkerung. Aus diesem Anlass fanden am Sonntag und Montag Veranstaltungen in mehreren Städten statt, darunter Konzerte, Ausstellungen, Feiern, Empfänge und Kundgebungen.

(ÜÖG, 16.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
hpg	hpg-online.com
Do	Dozame.org
jW	junge Welt
DP	Die Presse
Ku	Kurier

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 268
28. Juli 2006

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Stimmen gegen einen neuen Krieg

Die Türkei hat bisher 24-mal grenzüberschreitende Militäroperationen gegen die PKK unternommen. Keine erbrachte das gewünschte Resultat. Jetzt ist die 25. Operation in der Diskussion. In den türkischen Medien wird intensiv für eine solche Operation Propaganda gemacht. Gegensätzliche Meinungen kommen in den türkischen Medien kaum vor. VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sprechen sich jedoch gegen eine solche Operation aus, die lediglich in eine Sackgasse führen kann.

Großer wirtschaftlicher Verlust
Bedrettin Karaboga vom Industriellen- und Arbeitgeberverband Südosten: Die Arbeitgeber in der [kurdischen] Region [der Türkei] haben sich seit fünf bis sechs Jahren verstärkt dem Irak gewidmet. Es handelt sich um ein Geschäftsvolumen von etwa zwei Milliarden Dollar. Eine grenzüberschreitende Militäroperation würde dieses Volumen negativ beeinflussen. Wir hätten große Verluste. Statt Militäroperationen sollte über eine politische Lösung nachgedacht werden.

Emotionale Enttäuschung
Sezgin Tanrikulu, Vorsitzender der Anwaltskammer Diyarbakir: Eine grenzüberschreitende Operation ist nach dem internationalen Recht nicht möglich. Ganz abgesehen von einer Operation ist Staat und Regierung nicht einmal klar, wohin uns gewalttätige Konflikte führen können. Die Kämpfe verstärken den Bruch zwischen Türken und Kurden und stellen eine aussichtslose Situation her. Wenn diese Operation stattfinden sollte, kann der emotionale Bruch eine noch ganz andere Dimension erreichen. Es ist Aufgabe des Staates und der Regierung eine Grundlage für eine Lösung außerhalb von Operationen und Kämpfen zu schaffen und das Problem zu bewältigen. Als Problem werden immer noch die sich außerhalb der Staatsgrenzen befindlichen bewaffneten Kräfte vorgeführt. Dabei handelt es sich bei ihnen lediglich um ein Resultat. Die Ursache dafür liegt hier in der Türkei. Das Problem liegt nicht in ihrer Existenz, sondern in den Bedingungen, die sie geschaffen haben.

Die Lösung: Demokratisierung
Nebahat Akkoc, Vorsitzende des Frauenzentrums KA-MER: Solange das Auswendiggelernte in Bezug auf die kurdische Problematik und ähnliche offene Fragen nicht aufgegeben und eine neue Sprache geschaffen wird, wird es meiner Meinung nach noch viele solcher Operationen geben. Ganz offensichtlich wird diese Operation so wie die der Vergangenheit nicht zum Nutzen der Türkei sein. Jede Operation bedeutet Tod, Armut und eine weitere Entfernung von der Demokratie. Die Lösung aller Probleme in der Türkei ist mit einer wirklichen Zivilisierung und Demokratisierung möglich. Und ein solcher Prozess ist wiederum mit der gleichberechtigten Partizipation von Frauen möglich.

Die Intervention gilt den Gewinnen im Süden
Zozan Özgökce, Vorsitzende des Frauenvereins Van: Als antimilitaristische Feministin bin ich ohnehin gegen jede bewaffnete Intervention. Eine grenzüberschreitende Operation wird vorrangig den Unterschied zwischen Türken und Kurden an der Basis der Türkei vertiefen. Es wird ein kompletter Rückgang zu den Kriegsjahren stattfinden. Die Beziehungen der Türkei zu den USA und der EU werden darunter leiden. Ich denke auch nicht, dass diese Operation sich nur gegen die PKK richtet. Wann immer die Kurden vorwärts gekommen sind und es wie im Süden zu etwas gebracht haben, wollte die Türkei dagegen intervenieren.

Einhalt gebieten
Zeyyap Geylan, Egitim Sen Diyarbakir: Wir sind gegen Militäroperationen. Aus ethischer und wissenschaftlicher Sicht kann damit nicht zu einer Lösung beigetragen werden. Die erste Operation fand 1983 statt, seitdem sind 23 Jahre vergangen. Es hat Dutzende Operationen gegeben. Und wurde das Problem damit gelöst? Wenn man in die Welt schaut, sieht man die Beispiele aus England und Spanien. Warum wenden wir uns nicht einer solchen Lösung zu? Warum schlagen wir keine Lösung vor, die der Geschwisterlichkeit des kurdischen und türkischen Volkes dient? Warum entwickeln wir keine friedliche Formel dafür? Die Haltung zu dieser Frage basiert auf Unterdrückung des Problems. Immer noch sterben Menschen. Diese Situation vergiftet das Zusammenleben der Völker. Jeden Tag verlieren wir Menschen, dem müssen wir endlich Einhalt gebieten.

Geht nicht unsere Kinder töten
Selahattin Demirtas; IHD Diyarbakir: Es ist eine mehr als naive Haltung, Unterstützung von der Bevölkerung der Region für eine grenzüberschreitende Operation zu erwarten, denn die Angehörigen der Menschen, die dort getötet werden sollen, leben hier. Die, die Ihr dort töten wollt, sind Kinder kurdischer Familien. Wenn Ihr sagt, Ihr geht los, um Terroristen zu töten, dann wird das in der Region so verstanden, dass Ihr geht, um unsere Kinder zu töten. Operation bedeutet Tod und Blutvergießen und das ist eine Situation, die aus menschlicher Hinsicht keine Anerkennung finden kann. Letztlich handelt es sich bei den Menschen, die sterben sollen – ob PKK'ler oder Angehöriger der Streitkräfte – um Menschen dieses Landes. In politischer Hinsicht ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass eine solche Militäroperation sowohl die Türkei als auch die gesamte Region ins Chaos stürzt. Das Durcheinander im Irak kann damit auf die Türkei übergreifen. Insofern kann die Operation auch in politischer Hinsicht zu nichts führen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht kann sie die Türkei nur in eine noch stärkere Krise stürzen. Wir schlagen der Regierung folgendes vor: Anstatt Soldaten nach Kandil zu entsenden, ladet die PKK in die Türkei ein. Das ist eine Formel, die der Türkei nur Gewinn bringen kann.

Kritik auch aus dem Irak
Führende südkurdische und irakische Politiker haben sich mit scharfen Worten gegen den geplanten Einmarsch der türkischen Armee gewandt. Mesud Barzani, Präsident der Regierung Südkurdistans und Vorsitzender der KDP hat erklärt, eine mögliche Operation der Türkei in Südkurdistan werde als Angriff bewertet werden. "Wir haben bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass wir es in keinster Weise wollen, dass irgendeine Kraft die Region Kurdistan als Angriffsbasis gegen unsere Nachbarn benutzt", erklärte Barzani. "Aber wenn irgendein Land Kurdistan angreift, werden wir uns verteidigen."
Der irakische Staatspräsident Celal Talabani hat die Nachbarstaaten des Irak aufgefordert, die irakische Souveränität zu respektieren. Er habe den iranischen Botschafter im Irak und den verantwortlichen Koordinator für Irak-Angelegenheiten der Türkei empfangen und mit ihnen über die Sicherheit der Grenzen und die Beziehungen des Irak und den beiden Nachbarstaaten gesprochen. Dabei unterstrich Talabani, dass die Nachbarstaaten die Souveränität und Unabhängigkeit des Irak respektieren und bestehende Probleme über diplomatische Kanäle entsprechend des internationalen Rechts gelöst werden müssten. Eine Militäroperation auf irakischem Territorium könne nicht geduldet werden. *(DIHA, 23.7., ÖP, 24.7., ÜÖG, 26.7., ISKU)*

Meldungen

Zweite Ablehnung des Neuverhandlungsantrags Öcalans
Nach der Ablehnung des Antrags Abdullah Öcalans auf eine Neuverhandlung seines Prozesses durch das 22. Schwere Strafgericht Ankara hat auch die nächst höhere Instanz, das 14. Schwere Strafgericht Istanbul, die Forderung abgewiesen. Wie die Verteidiger Öcalans mitteilten, sei ihnen das Urteil noch nicht zugestellt worden. Falls der Weg dafür frei sei, werde man vor den Kassationsgerichtshof ziehen. Der britische Anwalt Öcalans, Mark Müller, forderte den Europarat dazu auf, in dem Fall aktiv zu werden und dafür zu sorgen, dass sich die Türkei an die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte halte.
(ÖP, 26.7., ISKU)

Friedensmarsch zum Kato-Berg
Im Rahmen der zum dritten Mal stattfindenden Kultur- und Almfeiern im Kreis Beytüssebap in der Provinz Sirnak hat ein Friedensmarsch zum Gipfel des Kato-Berges stattgefunden. Im Vorfeld hielt der ehemalige DEP-Abgeordnete Selim Sadak eine Ansprache, in der er auf die Aussage von Ministerpräsident Erdogan einging, "der Geduldsfaden" in Bezug auf "das Terrorproblem" sei gerissen: "Wenn Ihr Geduldsfaden gerissen ist, dann sind die Lösung des Problems nicht Militäroperationen und Bombenhagel auf die Berge. Wenn Sie keine Geduld mehr haben, dann gehen Sie auf das kurdische Volk zu und schaffen Sie die Möglichkeit, dass auch die Guerilla in den Bergen den Soldaten die Hand zum Frieden reichen kann."
(DIHA, 24.7., ISKU)

Türkische Armee scheitert mit Gerichtsverfahren gegen Journalistin
Die türkische Armee ist mit dem Versuch gescheitert, eine prominente Journalistin hinter Gitter zu bringen, die ein Plädoyer für die Wehrdienstverweigerung veröffentlicht hatte. Ein Gericht in Istanbul sprach die Journalistin Perihan Magden vom Vorwurf frei, "das Volk von der Armee entfremdet" zu haben, wie der Fernsehsender CNN-Türk am Donnerstag berichtete. Der Richter begründete den Freispruch mit dem Argument, Magden habe von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht und sei innerhalb der Grenzen der erlaubten Kritik geblieben. Bei einer Verurteilung hätten Magden bis zu drei Jahre

Haftbefehle wegen Ehrenmord

Gülistan Gümüs hatte ihren Mann vor drei Monaten verlassen, dem Dorf in Diyarbakir-Cinar den Rücken gekehrt und war nach Istanbul gegangen, wo sie einen Monat lang arbeitete. Dann kehrte die 22-jährige Mutter eines Kindes zurück ins Dorf und ging zu ihrem Exmann - mit dem sie nur traditionell durch einen Imam getraut worden war – und verlangte ihre zurück gebliebenen Sachen. Ihr Mann zog eine Waffe und verletzte sie durch zwei Schüsse. Dennoch gelang es der jungen Frau, sich bis zum Haus ihrer Familie zu schleppen, die sie aus Angst vor dem Exmann in ihrer Aussteuertruhe versteckten. Aber auch das nützte ihr nichts. Ihr Exmann erschien mit weiteren Familienangehörigen und fand das Versteck. Gülistan wurde in der Truhe erschossen.
Gegen vier von acht festgenommenen Personen, die im Zusammenhang mit dem Mord verhört wurden, ist inzwischen Haftbefehl ausgesprochen worden.
Nebahat Akkoc vom Frauenzentrum KA-MER in Diyarbakir gab aufgrund der gehäuften Vorfälle dieser Art eine Erklärung ab, in der sie darauf hinwies, dass sich Fälle von Ehrenmorden in jüngster Zeit "wie Pilze" vermehren würden. Innerhalb nur einer Woche seien unglaubliche Anträge auf Unterstützung im Frauenzentrum eingegangen. "Wir haben große Probleme dabei, Unterstützung dabei zu leisten. Eine von den Frauen, die sich an uns gewendet hat, nachdem sie sehr knapp dem Tod entgangen war, ist eine Neunzehnjährige, die mit ihrem Vergewaltiger verheiratet wurde. Sie wollte sich von ihrem Ehemann trennen, weil sie diese Ehe nicht fortsetzen konnte. Aber sowohl ihre eigene Familie als auch die ihres Mannes haben versucht, sie zu töten. Sie ist geflüchtet und zu uns gekommen. Es muss ein System aufgebaut werden, an das Frauen sich sofort wenden können, wenn sie sich gefährdet fühlen, in dem ihre Sicherheit gewährleistet wird und Möglichkeiten erschaffen werden, ihr Leben neu aufzubauen. Bisher ist ein solches Licht am Himmel in der Türkei nicht zu sehen."

(ANF, 25.7., ISKU)

ANF-Korrespondentin bei iranischem Angriff getötet

Die ANF-Korrespondentin Silan Aras ist bei einem der Angriffe der iranischen Armee auf die Region um den Kandil-Berg in Kelares ums Leben gekommen. Aras befand sich seit zwei Wochen dort, um über Frauenselbstmorde in den kurdischen Städten Urmiye und Mahabad zu recherchieren, die in jüngster Zeit vermehrt aufgetreten sind.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nachrichtenagenturen ANF und DIHA sowie der Tageszeitung Gündem verurteilten die iranischen Angriffe und erinnerten an die JournalistInnen Cengiz Altun, Ferhat Tepe, Çetin Abayay, Apê Musa, Kemal Kiliç, Hüseyin Deniz, Gurbetelli Ersöz, Mehmet Senol, Enver Polat und Volkan Eryigit, die vor Aras als Vertreter kurdischer Medien verschiedenen Angriffen zum Opfer gefallen waren. "Wir werden ihre Arbeit fortsetzen", heißt es einhellig in den Erklärungen der Nachrichtenagenturen und der Tageszeitung.
Silan Aras, geboren 1974 in Urfa-Viransehir, war lange Jahre als Journalistin in Armenien tätig, zunächst für die im letzten Jahr von der deutschen Regierung verbotene Nachrichtenagentur MHA und die danach gegründete ANF. Nach einer dreijährigen Tätigkeit in Armenien arbeitete Aras zuletzt für zwei Jahre in Südkurdistan (Irak). *(ANF, 24.7., ISKU)*

Aktionstage gegen Ilisu-Staudamm

Vor etwa 2 Wochen kündigte der türkische Ministerpräsident Erdogan an, dass der Bau des umstrittenen Ilisu-Staudamms am Fluß Tigris am 5. August beginnen soll. Nach seinen Angaben seien alle technischen und finanziellen Fragen gelöst, was jedoch nicht der Wahrheit entspricht, da die Entscheidungen der Export-Kredit-Anstalten noch ausstehen.
Seit Jahren arbeiten lokale und internationale Initiativen gegen den Bau des Staudamms, der nicht nur 55.000 Menschen aus der betroffenen Region vertreiben, sondern auch hunderte einmalige historische und archäologische Stätten wie die antike Stadt Hasankeyf unwiederbringlich zerstören würde. Die "Initiative zur Rettung von Hasankeyf", ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, ruft für den 4. und 5. August zu Aktionstagen unmittelbar in der betroffenen Region auf. Am 4. August wird es in Hasankeyf eine Kundgebung mit Konzerten und Tanzvorführungen geben, an der neben BewohnerInnen der Städte Batman und Hasankeyf auch Dutzende BürgermeisterInnen umliegender Städte und Gemeinden sowie VertreterInnen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen teilnehmen werden. Am frühen Morgen des folgenden Tages werden dann Busse mit Menschen aus den Regionen Diyarbakir, Batman, Siirt, Mardin und Sirnak direkt zum Ort des geplanten Baubeginns fahren, um dort gegen die Eröffnung der Bauarbeiten durch Ministerpräsident Erdogan zu demonstrieren.
Schon zuvor konnten die Anwälte der Initiative einen Erfolg vermelden, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angekündigt hatte, die Klage gegen den Bau des Staudamms anzuhören. Die Klage stützt sich auf Expertisen von Archäologen, Architekten und Anwälten, die die Einmaligkeit der historischen Stätten in und um Hasankeyf betonen, die in ihrer natürlichen Form erhalten bleiben müssen – nicht zuletzt aufgrund ihres Ursprungs im antiken Mesopotamien, das gemeinhin als "Wiege der menschlichen Zivilisation" gilt. Hasankeyf, so die Klageschrift, war Siedlungsgebiet vieler Zivilisationen – von der hellenistischen Periode bis zum Imperium der Seldschuken und kann als Schmelztiegel der verschiedensten Zivilisationen, ihrer Architektur und ihres Kunstschaffens angesehen werden.

Online gegen den Staudamm
Die ISKU hat eine Sonderseite zu dem Staudammprojekt eingerichtet, u.a. mit Hintergrundberichten, Unterschriftenlisten zum runterladen und einem Online-Protestschreiben:
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/hasankeyf/

(ANF/Bi, 13/25.7., ISKU)

Strasbourg: Urteil gegen die Türkei

Die Türkei ist vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erneut wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit verurteilt worden. Die Richter in Strasbourg gaben am Dienstag dem Herausgeber einer Zeitung und einem Journalisten Recht, die wegen der Veröffentlichung eines pro-kurdischen Artikels zu Haft- beziehungsweise Geldstrafen verurteilt worden waren. Zugleich wiesen sie Ankara an, den Klägern zusammen 12.000 Euro an Schmerzensgeld zu zahlen. Die Zeitung Özgür Bakis hatte im Jahre 2000 einen Brief und einen Artikel veröffentlicht, die von einem Mitglied der PKK verfaßt worden waren. Darin ging es um den Prozeß gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Der Chefredakteur der Zeitung wurde anschließend wegen »separatistischer Propaganda« zu 13 Monaten Haft verurteilt, der Herausgeber zu mehreren Geldbußen.

(jW, 21.7., ISKU)

Haft gedroht. Magden hatte in einem Beitrag in der Zeitschrift "Yeni Aktüel" die Wehrdienstverweigerung als Grundrecht verteidigt. Auf Initiative des Generalstabs eröffnete eine Staatsanwaltschaft in Istanbul anschließend das Strafverfahren gegen die Journalistin. In der Türkei gilt die allgemeine Wehrpflicht; ein Recht auf Wehrdienstverweigerung gibt es nicht.
Die EU kritisiert seit langem, dass im Bewerberland Türkei nach wie vor friedliche Meinungsäußerungen als Straftaten verfolgt werden. Presseberichten zufolge könnten einige von der EU kritisierte Strafgesetze nach der parlamentarischen Sommerpause abgeändert werden, um die allgemein erwartete Kritik der EU-Kommission im nächsten Türkei-Fortschrittsbericht im Herbst abzumildern.

(ya, 26.7., ISKU)

Libanon/Israel: Türkei will Soldaten stellen
Die Türkei ist grundsätzlich bereit, sich an einer “internationalen Schutztruppe zur Befriedung des Grenzgebiets zwischen Israel und dem Libanon” zu beteiligen. „Wir werden dies sehr wohlwollend prüfen“, sagte der türkische Außenamtssprecher Namik Tan am Montag. Als einziger muslimischer Nato-Staat und einer der wenigen engen Verbündeten Israels in der islamischen Welt gilt die Türkei als prädestiniert für eine Führungsrolle in der anvisierten Friedenstruppe, die nach Berichten von US-Medien zwischen 10.000 und 20.000 Soldaten stark sein soll. Außenminister Abdullah Gül wollte am vergangenen Mittwoch in Rom mit seiner US-Kollegin Condoleezza Rice sowie Vertretern verschiedener Nahost-Staaten über das Thema sprechen.

(Ta, 25.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
Bi	Bianet
jW	junge Welt
ya	yahoo.de
Ta	Tagesspiegel

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 269
4. August 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Zübeyir Aydar, Präsident des Kongra Gel, zu den Plänen der Türkei, die PKK endgültig zu vernichten

„Keine Lösung vorgesehen“

In den Medien der Türkei erschienen in den letzten Tagen Meldungen über Pläne, die PKK aus den Bergen zu holen. Wie bewerten Sie diese Entwicklungen?
Das in den türkischen Medien breit diskutierte Thema beinhaltet keinen Versuch, die kurdische Frage zu lösen. Die PKK wird als ein Problem betrachtet, das beseitigt werden muss. Die Angelegenheit wird lediglich unter dem Gesichtspunkt betrachtet, wie der Einfluss der PKK zunichte gemacht werden kann. Es heißt, dass Gespräche mit den USA, dem Irak und den südkurdischen Kräften, vor allem der KDP und der PUK stattgefunden haben und ein Plan besteht, nach dem die Kräfte [der PKK] im Süden bis auf 400 - 500 Militante aus der Führungsebene in die Türkei geholt werden sollen. Was mit den 400 bis 500 Personen geschehen soll, ob sie im Irak bleiben sollen oder in ein anderes Land geschickt werden, davon ist nicht die Rede. Es wird von einem Land in Nordeuropa gesprochen. Das ist der Plan. Wenn er keine Anerkennung findet, soll stattdessen eine Militäroperation stattfinden. Das heißt vor allem, dass keine Lösung vorgesehen ist. Es geht nicht darum, auf aufrichtiger Basis nach einer Lösung zu suchen, sondern die PKK loszuwerden. Der Kopf soll sozusagen vom Körper getrennt werden, unser Vorsitzender im Gefängnis bleiben, die restliche Führungsebene sich selbst überlassen werden, der Körper ins Landesinnere verbracht und die kurdische Frage der Geschichte überlassen werden. Das entspricht auch dem Vorgehen der Armee. Das können wir nicht akzeptieren. Wir können keinen Plan und keine Lebensform bejahen, die außerhalb einer Lösung der kurdischen Frage liegt. Aber wir sind offen für jede Diskussion und alle Vorschläge, die wirklich einer Lösung dienen.

Es heißt, dass der Vernichtungsplan das Einverständnis der südkurdischen Kräfte hat. Was sagen Sie dazu?
Es gibt die Information, dass mit Herrn Mesut Barzani und Herrn Celal Talabani gesprochen worden ist und es zu einem Konsens gekommen sei. Ich möchte nicht davon ausgehen, dass sie einem solchen Vernichtungsplan zugestimmt haben. Unsere Erwartungen sind andere, und wir haben darüber auch keine direkten Informationen. Wir erwarten von der Regierung Kurdistans im Süden, dass sie zu einer Lösung des Problems über einen Dialog beitragen.

Was haben Sie der Türkei zu sagen? Was schlagen Sie für eine Methode, für eine Lösung vor?
Natürlich haben wir der Regierung der Türkei einiges mitzuteilen: "Ihr werdet nichts erreichen, wenn ihr mit anderen Kräften als mit uns Gespräche führt, viel redet und unsere Vernichtung plant. Kommt, setzt euch mit den eigentlichen Ansprechpartnern in dieser Frage hin und befreit euch von diesem Problem. Anders geht es nicht." In letzter Zeit sprechen der Ministerpräsident und andere Regierungsvertreter davon, dass ihre Geduld erschöpft sei. Dabei sind nicht sie es, deren Geduld strapaziert wird, sondern es gibt da ein Volk, dessen Geduldsfaden zu reißen droht, das kurdische Volk, dessen Existenz nicht einmal anerkannt wird.
Und dann spricht die Regierung noch davon, wie Israel eine grenzüberschreitende Operation durchzuführen. Das, was Israel im Libanon wegen der Hizbullah macht, wollen sie in ähnlicher Form in Südkurdistan durchführen. Aber die Problematik ähnelt in keiner Weise der im Falle von Hamas oder Hizbullah, und Südkurdistan ist nicht der Libanon. Das Problem besteht auch nicht in Südkurdistan, sondern innerhalb der Türkei. Die Türkei führt seit 23 Jahren grenzüberschreitende Operationen durch, und was hat sie damit erreicht? Hat es außer Blut, Tränen und Tod irgendein Resultat gegeben? Jetzt sprechen sie wieder über ähnliche Operationen, aber das ist etwas, das kein Ergebnis bringen kann. Wenn die Türkei das Problem im Inland löst, wird man sehen, dass es auf der anderen Seite der Grenze kein Problem mehr gibt. Mit grenzüberschreitenden Operationen kann keine Lösung gefunden werden, und sie können auch gar nicht erfolgreich verlaufen. Das wurde jahrelang gemacht, ohne dass es zu Erfolgen gekommen wäre. Künftige Operationen können höchstens einen Propagandazweck erfüllen, einhergehend mit weiterem Blutvergießen.
Natürlich ist für alle KurdInnen bei diesem Thema Aufmerksamkeit geboten, denn es geht nicht nur um unsere Kräfte. Vielleicht sind wir das Ziel in der ersten Etappe, aber es darf nicht übersehen werden, dass die Türkei mit dem Iran und Syrien ein Anti-Kurden-Bündnis stellt, das gemeinsam gegen die kurdischen Interessen vorgeht. Das Ziel sind also nicht nur wir, sondern auch die ökonomischen Profite in Südkurdistan. An diesem Punkt müssen auch die Bevölkerung im Süden und ihre Regierung wach sein und entsprechend vorgehen. Wir erwarten von den Kurden in allen Teilen Kurdistans und außerhalb, Stellung gegen den Vernichtungsplan der Türkei zu beziehen und sich solidarisch mit uns zu verhalten.

Kann die kurdische Frage durch eine Bombardierung Kandils gelöst werden?
Bereits in der Vergangenheit sind Zele und Zaxo [Gebiete in Südkurdistan] bombardiert worden, aber auch damit wurde das Problem nicht gelöst, sondern vielmehr noch zementiert. Sie können Kandil solange bombardieren, wie sie wollen, sie werden damit zu keinem Ergebnis kommen, denn sowohl die Ursache des Problems als auch die Lösung liegen innerhalb der Türkei. Kandil ist ein Ort, der Wichtigkeit erlangt hat, eben weil es in der Türkei keine Lösung gegeben hat. Wenn das Problem gelöst wird, wird man sehen, dass Kandil kein Problem ist und sogar in eine Touristenattraktion verwandelt werden kann.

Es gibt Verlautbarungen, dass kurdische Institutionen [der PKK] in Südkurdistan verboten werden sollen. Was soll damit erreicht werden?
In den letzten Tagen sind in den Medien verschiedene Erklärungen und Informationen dazu erschienen. Es heißt, im Irak und in Südkurdistan sollen einige Einrichtungen und Wege geschlossen werden. Etwas Konkretes dazu hat uns bisher nicht erreicht. Wir haben im Irak und in Südkurdistan keine Institutionen. Natürlich gibt es Aktivitäten auf legaler Basis von Menschen, die mit uns sympathisieren. Im Rahmen der irakischen Gesetze sind Parteien, Gruppen, verschiedene Menschen tätig. Wenn gegen diese etwas unternommen wird, so ist das gesetzlos. Wir haben keine Organisierung, die sich gegen die irakischen Gesetze richtet und wir begreifen nicht, was damit bezweckt wird. Wenn im Irak oder in Südkurdistan irgendeine Einrichtung verboten wird, kann das auch uns und unseren Kampf nicht groß beeinflussen. Es wäre lediglich eine Handlung, die gegen die eigenen Gesetze verstößt. *(ÖP, 2.8., ISKU)*

Meldungen

HPG-Bilanz für Juli
Die Volksverteidigungskräfte (HPG) veröffentlichten eine militärische Bilanz für den Monat Juli. Demnach fanden in diesem Zeitraum im Verlauf von 65 Militäroperationen 74 Gefechte statt. Die Guerillakräfte führten 68 Vergeltungsschläge durch. 152 iranische und türkische Sicherheitskräfte wurden getötet, zwölf GuerillakämpferInnen verloren ihr Leben.
53 der Militäroperationen in den Gebieten Botan, Amed, Dersim, Serhat, Erzurum, Garzan und Xakurke wurden von der türkischen Armee durchgeführt, sieben von der iranischen Armee und fünf Operationen gemeinsam von beiden Armeen. Damit sei die Intensität der Militäroperationen gesteigert worden. Auch sei die Zusammenarbeit der türkischen Armee mit dem iranischen Staat weiterentwickelt worden.
Die AKP-Regierung versuche, Nutzen aus der instabilen Lage im Irak sowie des Krieges zwischen Israel und der Hizbullah zu ziehen und strebe weiterhin die Vernichtung der HPG an.
Weiterhin prangerten die HPG an, dass die türkische Armee systematisch Wälder in den Cudi-Bergen, in Dersim und Amed durch gelegte Brände vernichte.
(ANF, 31.7., ISKU)

Gespräche zwischen KDP, Generalstab und MIT
Eine hochrangige Abordnung der KDP ist in Ankara eingetroffen, um mit dem türkischen Generalstab und dem Nationalen Nachrichtendienst (MIT) Gespräche über die sich in Südkurdistan befindliche HPG-Guerilla zu führen. Als verantwortlicher Staatsminister der Regierung Kurdistans erklärte Dr. Muhammed Ihsan, der die Delegation leiten wird, die Türkei habe nicht das Recht, die Grenzen Südkurdistans zu überschreiten. Bei den geplanten Gesprächen gehe es um eine Lösung der Problematik der geplanten Militäroperation.
Die Hauptquartiere der PKK lägen nicht einmal in der südkurdischen Region, sondern auf dem Territorium der Türkei, weshalb die Türkei dieses Problem auch nicht in Südkurdistan, sondern im eigenen Land lösen müsse.
(ANF, 1.8./28.7., ISKU)

Drei "Ehrenmorde" in vier Tagen
Innerhalb von vier Tagen sind drei "Ehrenmorde" in der Türkei bekannt geworden. Nach Gülistan Gümüs in Diyarbakir und

"Wir sitzen alle im selben Boot"

38 Intellektuelle, darunter SchriftstellerInnen, AkademikerInnen, JuristInnen sowie AktivistInnen der Frauen- und Menschenrechtsbewegungen veröffentlichten eine Deklaration unter der Überschrift "Wir sitzen alle im selben Boot", in der eine Lösung der kurdischen Frage gefordert wird. Die Deklaration ging aus einem runden Tisch hervor, der Anfang Juni in Istanbul stattfand und thematisiert Problemfelder wie kurdischsprachigen Unterricht, Flucht und Migration, Ehrenmorde und Multikultur. "Bestimmte Ecken dieses Landes sind nicht weniger wertvoll als andere. Wenn in einer anderen Ecke der Türkei ein Leid herrscht, dann geht auch mich das etwas an" heißt es in der Deklaration. "Wir sitzen alle im selben Boot, Frauen, Männer, Kurden, Türken, Aleviten, Migranten, Arbeitslose, Jugendliche mit Zukunftsangst, Menschen in den Vorstädten, die sich um ein würdiges Leben bemühen, Minderheiten, Gewaltopfer und solche, die unbewusst die Gewalt schüren… Wir sind Reisende auf dem gleichen Weg, Weggefährten… Gleichgültig, ob uns das bewusst ist oder nicht."

Weiter wird darauf verwiesen, dass bewaffnete Gewalt keine Lösung für die bestehenden Probleme darstellen kann, die nationalistischen Reflexe gebrochen werden müssen, die kurdische Frage nicht nur aus einer Dimension besteht und eine dauerhafte Lösung nicht von außen komme, sondern innerhalb der Türkei gefunden werden müsse.

Folgende Lösungsvorschläge präsentieren die 38 UnterzeichnerInnen:

- Auf der Suche nach einer Lösung der kurdischen Frage erkennen wir politische, rechtliche, wirtschaftliche, kulturelle und internationale Dimensionen. Einhergehend mit der Einbeziehung dieser Dimensionen schlagen wir vor, die Bedeutung der menschlichen Dimension zu begreifen und in den Vordergrund zu stellen.
- Damit sich Gewalt und Terror in unserem Land nicht ständig wiederholen, schlagen wir vor, dass eingesehen wird, dass mit Waffen keine Politik gemacht und der Kampf um Rechte nicht über Drohungen und Gewalt zum schweigen gebracht werden kann.
- Wir schlagen vor, die Angelegenheit nicht auf der Basis von "Treue und Verrat" zu betrachten und den nationalistischen Reflex zu brechen, mit dem jeder kritische Gedanke als potentieller Verrat belegt wird.
- Um eine "Gesellschaft" sein zu können und in dieser Gesellschaft friedlich miteinander leben zu können, schlagen wir vor, die Wichtigkeit anzuerkennen, unsere Schmerzen gegenseitig zu achten und unsere Trauer zu teilen.
- Um begreiflich zu machen, dass eine bleibende Lösung nicht von außerhalb der Türkei kommen kann, sondern direkt von uns selbst kommen muss, und dass eine solche nicht militärisch sein kann, sondern zivil sein muss, schlagen wir vor, dass entsprechende Schritte unternommen werden.
- Wir schlagen vor, dass eingesehen wird, dass die kurdische Frage nicht eindimensional ist und eine Lösung viele Akteure vorweisen muss.
- Auch wenn es nur einen begrenzten Einfluss haben wird, schlagen wir vor, Lösungen und Initiativen für die Verbesserung der menschlichen Situation nicht gering zu schätzen und zu begreifen, welch großes Bedürfnis nach Schritten aus der Zivilgesellschaft für einen gesellschaftlichen Frieden besteht.
- Wir schlagen vor, den Problemen von Frauen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die Bedeutung einer unabhängigen Frauenbewegung zu begreifen.
- Wir schlagen vor, dass die Notwendigkeit begriffen wird, sich mit den Problemen kurdischer Familien und insbesondere ihrer Kinder zu befassen, die von den Dörfern in die Metropolen der [kurdischen] Region oder im Westen vertrieben wurden, eine Politik entworfen und Projekte eingeleitet werden, die die Migrationsopfer dabei unterstützt, ein neues Leben zu beginnen.
- Wir schlagen vor, dass eine breit angelegte Kampagne gegen Ehrenmorde zur Erhöhung des Bewusstseins in der gesamten Gesellschaft gestartet wird und Politiker und Entscheidungsträger zu konkreterem Vorgehen angeregt werden.
- Wir schlagen vor, dass die Bedeutung vom Gebrauch der Muttersprache im Unterricht für die Menschen der Region begriffen und erklärt wird und dass Zweisprachigkeit sowie Multikultur als ein Recht angesehen werden.
- Wir schlagen vor, dass die Dörfer im Südosten, deren Namen geändert wurden, ihre alten Namen wieder erhalten und Menschen ihren Kindern den Namen geben können, den sie wollen.
- Wir schlagen vor, dass ein neuer Sprachgebrauch entwickelt wird, der fern von gesteigerten Hass- und Gewalttiraden gewährleistet, dass wir einander zuhören, uns verstehen und uns verzeihen können.
- Wir schlagen vor, dass eingesehen wird, dass wir alle letztendlich den gleichen öffentlichen Raum teilen und gleiche Werte und Interessen haben.

(ANF 31.7., ISKU)

Ex-General gesteht Bombenanschläge

Die Geständnisse des pensionierten Generals und MHP-Mitglieds Altay Tokat in einer türkischen Zeitschrift, er habe in Diyarbakir und Umgebung zu Zeiten des Ausnahmezustandes Bomben legen lassen, haben in der Türkei zu Diskussionen geführt. Anwaltskammer und Menschenrechtsorganisationen kündigten an, Strafanzeige zu stellen und riefen den Generalstab und die Regierung zum Handeln auf.

Tokat hatte erklärt: "Auch ich habe in meiner Zeit an ein, zwei kritischen Punkten Bomben legen lassen. Es ging mir darum, eine Botschaft zu geben. Die Beamten und Richter, die aus dem Westen in die Region kamen, begriffen nicht den Ernst der Lage. Sie versuchten, die Sache leicht zu nehmen und bewegten sich vollkommen willkürlich. Um sie auf Linie zu bringen, habe ich in der Nähe ihrer Wohnsitze zweimal Bomben legen lassen."

Die Anwaltskammer Diyarbakir sowie die Zentrale des Menschenrechtsvereins IHD in Ankara bereiten jetzt eine Strafanzeige gegen den pensionierten General vor und fordern eine Aufklärung der Vorfälle. Insbesondere der Generalstab müsse zu diesem Thema aktiv werden, erklärte der IHD-Vorsitzende Yusuf Alatas. Es sei wenig wahrscheinlich, dass eine Initiative von Zivilgesellschaft und Justiz an diesem Punkt zu Ergebnissen führe, da Erfahrungen aus der Vergangenheit gezeigt hätten, dass eine staatsanwaltliche Anklageschrift gegen Militärs zu einer Beendigung des Berufslebens der Staatsanwälte führe. "Die Anklageschrift im Semdinli-Prozess ist bekannt. Es wäre übertriebener Optimismus, wenn man davon ausginge, dass unter den gegebenen Umstände die zivile Justiz etwas ausrichten kann." Im Semdinli-Prozess war der zunächst zuständige Staatsanwalt mit einem Berufsverbot belegt worden, nachdem er eine umfassende Anklageschrift verfasst hatte, die sich auch gegen verantwortliche Militärs richtete. Der CHP-Abgeordnete Esat Canan aus Hakkari, Mitglieder der parlamentarischen Menschenrechtskommission und der parlamentarischen Kommission, die sich mit dem Semdinli-Fall befasst hatte, bezeichnete die Verlautbarungen des Ex-Generals als "Geständnis für Semdinli": "Diese Erklärung bestätigt den Semdinli-Vorfall und ist Ausdruck dafür, dass nicht nur in Semdinli, sondern auch die 18 Bombenanschläge in Hakkari in ähnlicher Weise durchgeführt wurden. Das ist natürlich keine Überraschung, die Bürger wissen das ohnehin. Wichtig ist, dass erstmalig ein Verantwortlicher dazu ein Geständnis ablegt."

Der Generalstab hat unterdessen Ermittlungen zu dem Fall begonnen, wie auf seiner Internetseite bekannt gegeben wurde. Die MHP distanzierte sich von ihrem einstigen Vorstandsmitglied Tokat.

(ANF/DIHA, 28.7., ISKU)

Azize Tas in Urfa wurde am vergangenen Freitag Edibe Y. aus Diyarbakir in Istanbul von ihrem Mann auf offener Straße erschossen.

Azize Tas (22) aus Urfa war zunächst zu ihrem Freund gefahren, ein Cousin von ihr, der in Izmir lebt. Nach drei Tagen Überzeugungsarbeit durch ihre Familie kehrte sie in das Elternhaus zurück. Es war vor allem ihr großer Bruder, dem es gelang, sie zur Rückkehr zu bewegen. Als sie wieder nach Hause kam, kam es zum Streit. Ihr Bruder griff sie an, Azize flüchtete auf die Straße, wo er sie stellte und ihr die Kehle durchschnitt. Er wurde am Tatort festgenommen.

Zwei Tage zuvor war ein ähnlicher Fall in Diyarbakir-Cinar aufgetreten. (siehe Nûçe Nr. 268)

In Urfa protestierten Mitglieder des Frauensolidaritätsvereins Yasamevi gegen die Frauenmorde und forderten eine Änderung der Mentalität, aus der diese Verbrechen hervorgingen.

(ANF, 27./28.7., ISKU)

Weiterer Frauenselbstmord in Duhok

In Südkurdistan hat es einen weiteren Frauenselbstmordfall gegeben. Eine junge Frau sprang während eines Streits mit ihrem Mann aus dem sechsten Stock eines Krankenhauses in Duhok, in dem sie medizinisch behandelt wurde.

In Sülemaniya und Umgebung haben sich nach Angaben der Gerichtsmedizin zwischen dem 9. und 16. Juli 14 Frauen im Alter zwischen 13 und 30 Jahren selbst angezündet. Sieben von ihnen konnten mit schweren Verbrennungen gerettet werden.

Laut eines aus Anlass des Weltfrauentages am 8. März vom Gesundheitsministerium der Regierung in Sülemaniya veröffentlichten Berichtes haben sich in den 14 vorherigen Monaten 831 Frauen selbst angezündet.

(ANF, 26. 7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 270
11. August 2006

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

DTP: Ansprechpartner sind nicht Militärs, sondern Zivilisten

Auf einer Pressekonferenz haben Ahmet Türk und Aysel Tugluk von der Führungsspitze der Partei für eine demokratische Gesellschaft die geplanten grenzüberschreitenden Militäroperation in Südkurdistan bewertet. Zunächst ging Ahmet Türk auf die besorgniserregenden Entwicklungen im Mittleren Osten ein. Die Operation Israels im Libanon dauere seit 25 Tagen an und habe die Gefahr eines Krieges aufgebracht, in den die gesamte Region verwickelt sei.
Auch in der Türkei hätten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen intensiviert, so Türk: "Die Leichname junger Menschen, die wir an verschiedenen Orten unseres Landes in dichten Abständen begraben, fügen dem erlittenen Leid neues Leid hinzu. Die gesamte Gesellschaft verliert weiterhin Blut." Die Türkei nehme sich unter diesen Bedingungen Israel zum Vorbild und versuche das bestehende Problem mit einer Truppenkonzentration von 250 000 Soldaten am Grenzgebiet zum Irak zu lösen, anstatt im Inland auf demokratischer Grundlage und in Frieden nach einer Lösung zu suchen. "Diese Herangehensweise kann nur dazu führen, die Problematik zu vertiefen und eine Lösung dauerhaft zu verhindern."
Die DTP betrachte die ansteigende Anspannung mit großer Sorge, so der Parteivorsitzende. "Wir haben alle Kreise dazu aufgefordert, verantwortlich vorzugehen und friedliche, demokratische und politische Lösungsmethoden in den Vordergrund zu stellen. Darauf haben wir stets beharrt und wir werden es weiter tun." Es gehe in erster Linie darum, die Sensibilität der 73 Millionen Einwohner der Republik Türkei zu beachten und eine Atmosphäre zu erschaffen, in der die kurdische Frage unverzüglich gelöst werden könne. "Dabei fällt vor allem der durch Wahlen legitimierten Regierung und dem Parlament eine große Aufgabe zu. Alle legalen Einrichtungen und Institutionen müssen ihre Möglichkeit voll ausschöpfen. Insbesondere politische Parteien, Gewählte, Kommunalverwaltungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien müssen ernsthaft daran arbeiten. Wir erklären erneut unsere Bereitschaft, zu einer solchen Arbeit beizutragen."
Türk erinnerte weiter an die Aussagen von PKK und Kongra Gel, eine Lösung "mit gewaltlosen Methoden" und unter Wahrung der territorialen Integrität der Türkei zu befürworten. Auch der PKK falle eine große Aufgabe zu. Er appelliere daher an die PKK, mit "großer Sensibilität" vorzugehen.
Das Treffen des Ministerpräsidenten Erdogan mit Intellektuellen im vergangenen Jahr in Diyarbakir sowie seine Ansprache in Diyarbakir, bei der Erdogan erstmalig von einer kurdischen Frage gesprochen hatte, bezeichnete Türk als nach wie vor "bedeutungsvoll".
Auch die Friedensinitiativen von Intellektuellen in der Türkei seien bedeutungsvoll. "Solche Initiativen können für das Stoppen des Blutvergießens und eine gesellschaftliche Versöhnung eine wichtige Funktion übernehmen."
In Bezug auf die von der Türkei gewünschte Militäroperation in der Föderalen Region Kurdistan [Nordirak] erklärte Türk, etliche vorangegangenen Militäroperationen hätten lediglich dazu geführt, dass die Spaltung vorangetrieben worden sei.
Im Anschluss an seine Erklärung beantwortete der DTP-Vorsitzende Fragen von JournalistInnen. Auf die Frage, ob er eine grenzüberschreitende Operation für möglich halte und in welcher Hinsicht er von der PKK "Sensibilität" erwarte, antwortete Türk: "Je mehr Blut fließt, desto weniger ist ein Dialog zwischen den Völkern möglich und es entwickeln sich zunehmend national-chauvinistische Einstellungen. Wir wollen das Problem innerhalb der bestehenden Grenzen der Türkei lösen. Das gleiche sagt auch die PKK. Wir müssen eine nationalistische Frontenbildung in der Bevölkerung verhindern."
Zu Fragen nach dem in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit diskutierten Plan, die PKK zu vernichten, erklärte Türk: "Vernichtung kann das Problem nicht lösen. Das weiß der Staat so gut wie jeder von uns. Es hat in der Vergangenheit 29 Aufstände gegeben und das Problem ist aufgrund mangelnder Toleranz nicht gelöst worden. Wenn Unterdrückung, Gewalt, Vernichtung eine Lösung wären, dann dürfte es heute keine KurdInnen und keine kurdischen Forderungen mehr geben. Deshalb nehmen wir diese Vernichtungspläne nicht ernst."
Letztendlich antwortete Türk auf die Frage, ob er die PKK als Vertreterin der kurdischen Frage betrachte: "Wenn es die kurdische Frage nicht gegeben hätte, gebe es auch keine PKK."

(ANF, 6.8., ISKU)

Pressemitteilung der HPG zur „Entwaffnung der Guerilla“

In den letzten Tagen werden Diskussionen geführt, die Guerilla zu entwaffnen und aus den Bergen zu holen. Wir verfolgen diese Verhandlungen zwischen internationalen und regionalen Mächten sowie der Türkei.
Dazu haben wir folgendes zu sagen: Die Guerilla ist seit 20 Jahren eine historisch erfahrene und von unserem Volk anerkannte und unterstützte Kraft, die in den freien Bergen Kurdistans beheimatet ist.
Die Guerilla gilt als Garant für Rechte und Freiheit des kurdischen Volkes sowie unseres Präsidenten Abdullah Öcalan. Dass die Guerilla immer noch in den Bergen kämpfen muss, liegt daran, dass die Rechte unseres Volkes nicht anerkannt werden und die Unterdrückung bis zur Vernichtung des Existenzrechts des kurdischen Volkes nicht beendet ist. Wer über die Entwaffnung der Guerilla diskutiert, müsste zunächst wissen, warum die Guerilla in die Berge gegangen ist, sonst kann man nicht zu der richtigen Erkenntnis kommen.
Es kann lediglich dann zu einer Entwaffnung kommen, wenn die Politik der Verleugnung und Vernichtung gegenüber unserem Volk beendet ist, die Freilassung von A. Öcalan ermöglicht wird und Grundlagen für ein freies Leben geschaffen sind.
Kein einziger Plan, der dieser Realität nicht entspricht, kann zu einem Ergebnis führen. Die Guerilla stimmt keinen Plänen zu, die die Rechte und die Freilassung von Abdullah Öcalan sowie des kurdischen Volkes nicht mit einbeziehen. Wir werden niemals Bemühungen akzeptieren, die nicht diesen Tatsachen entsprechen.
Aus diesem Grund können nur unser Präsident A. Öcalan, unsere Freiheitsbewegung und unser Volk darüber entscheiden, ob die Guerilla zu entwaffnen ist und aus den Bergen kommen soll.
Die Entwaffnung der Guerilla und die Rückkehr aus den Bergen sind nur dann möglich, wenn die Rechte und Freiheit des kurdischen Volkes sowie Abdullah Öcalans anerkannt und gesichert sind.

HPG-Hauptquartierkommandantur
(hpg, 4.8., ISKU)

Meldungen

Militäroperationen in Nordwestkurdistan

In Amed und Çewlik kam es erneut im Rahmen von Militäroperationen zu Gefechten zwischen Armee und Guerilla, bei denen insgesamt sieben Soldaten ums Leben kamen:
Das Pressezentrum der HPG erklärte, dass am 8.8. abends Gefechte in der Region Cewlik Yedisu bei dem Dorf Dînarbe stattgefunden haben. Außerdem sei bei einem Gefecht in der Region Amed ein Soldat in der Nähe der Kaserne Korxane ums Leben gekommen. Weiterhin seien in der Region Amed Hene zwischen Ennehîr und Babîg zwei Soldaten getötet und zwei weitere verletzt worden. Die Militäroperation, die am 5. August in der Region Wan Elbak begonnen habe, dauere an. Während der Operation bei Colemerg (Hakkari), die am 6. August begonnen habe, sei es zu Gefechten gekommen. Dabei sei der Guerilla Enter Bakî mit dem Codenamen Baz Tolhildan, der 1982 in Afrin geboren wurde, ums Leben gekommen.
Die türkische Armee, die in den vergangenen Monaten die Grenzregion bombardiert habe, ziehe weiter Kräfte an der Grenze zusammen. Die Soldaten kämen aus Wan, Gever und Semzinan. Außerdem seien hunderte Militärfahrzeuge unterwegs. Die türkische Armee sei außerdem zu einer neuen Operation in der Region Colemerg Cele in der Gegend von Serêsêv aufgebrochen.

(RTV, 9.8., ISKU)

Iran setzt Kopfgeld auf Guerilla aus

In den ostkurdischen Städten Kamyaran und Kermanshah hat das iranische Regime Dorfschützern und Soldaten Kopfgeld für getötete Guerillakämpfer versprochen. Demnach sollen Dorfschützer für jede/n getötete/n KämpferIn der PKK-nahen PJAK-Guerilla sechs Millionen Tuman (ca. 6000 Dollar) bekommen. Soldaten sollen mit einer vorzeitigen Beendigung des Militärdienstes belohnt werden. *(ANF, 8.8., ISKU)*

Tagelange Proteste in Südkurdistan

Tausende Menschen haben in der Umgebung der südkurdischen Stadt Sülemaniya tagelang gegen die mangelnde Versorgung mit Strom, Wasser und Benzin protestiert. Dabei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, mehreren Verletzten und über hundert Festnahmen. *(ANF, 8.8., ISKU)*

"Pressefreiheit mit Füßen getreten"

Am 4.8. wurde die Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem vom 12. Schweren Strafgericht in Istanbul mit einem zweiwöchige Erscheinungsverbot belegt. Am 9.8. wurde das Verbot wieder aufgehoben. Als Begründung führte das Gericht an, das Verbot sei verfassungsrechtlich nicht durchzusetzen.
Die Zeitung war vergangenen Freitag mit der Begründung verboten worden, sie mache kontinuierlich Propaganda für eine terroristische Organisation. Der Gerichtsbeschluss war von LeserInnen und JournalistInnen, PolitikerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisiert worden.
Das Gericht stützt sich mit seiner Verbotsentscheidung auf das Pressegesetz sowie auf Artikel 6 des neuen Antiterrorgesetzes.
Zeitgleich zu dem Verbot hat der türkische Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer die im Zusammenhang mit den Medien stehenden Artikel 5 und 6 des Antiterrorgesetzes vor den Verfassungsgerichtshof gebracht, weil er sie verfassungsrechtlich nicht für vertretbar hält. Auch Sezer vertritt die Meinung, dass eine vorübergehende Schließung eines Medienorgans nicht in der Verfassung vorgesehen ist und deshalb auch nicht über andere Gesetze durchgesetzt werden könne.
Im Gerichtsbeschluss gegen die Tageszeitung Gündem findet sich auch keine konkrete Begründung, sondern lediglich der Hinweis, es werde "kontinuierlich Propaganda" für eine verbotene Organisation betrieben.
Einen Tag vor dem Verbot wurde bereits ein Verfahren gegen den Redaktionsleiter der Zeitung, Hüseyin Aykol, aufgrund eines Interviews, das er vor drei Jahren geführt hat, eröffnet. Auch in diesem Verfahren beruft sich das Gericht auf das Antiterrorgesetz. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Haftstrafe bis zu 15 Jahren.
Bis zum 20. Juli wurden gegen die im März 2004 gegründete Zeitung und ihre Mitarbeiter 550 Prozesse eingeleitet. In einer Erklärung der Zeitung heißt es: "Vom Generalstab bis zu Regierungsvertretern ist unsere Zeitung immer wieder zur Zielscheibe erklärt worden, weil unsere Berichterstattung die in der Türkei herrschende Realität widerspiegelt. Niemals wurden unsere Meldungen dementiert, aber immer wieder wurde die Zeitung zur Zielscheibe gemacht. […]
Als das Antiterrorgesetz geändert wurde, haben JuristInnen, MenschenrechtlerInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und jeder, der Verstand im Kopf hat, gewarnt: Das ist kein Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus, sondern gegen die Gesellschaft!
Es ist ein Gesetz für den Kampf gegen die Gesellschaft, weil nach diesem Gesetz jeder ein potentieller Terrorist ist. In diesem Sinne werden auch alle in den letzten drei bis fünf Jahren gemachten positiven Schritte im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses mit dem neuen Antiterrorgesetz zunichte gemacht. Der Beschluss gegen unsere Zeitung ist nicht zu akzeptieren und tritt die Demokratie, die Presse- und Meinungsfreiheit mit Füßen. Aus diesem Grund rufen wir alle Medienorgane und demokratischen Einrichtungen dazu auf, sich gegen das Antiterrorgesetz zu stellen, bevor es zu spät ist und sie selbst an die Reihe kommen."
(ÜÖG, 5.8./8.8., ISKU)

Die Änderungen im Antiterrorgesetz

Das kürzlich verabschiedete neue Antiterrorgesetz der Türkei enthält zusammengefasst folgende Bestimmungen:
-Veröffentlichungen, mit denen der Terrorismus unterstützt wird, werden mit einer Haftstrafe zwischen einem und drei Jahren belegt. Herausgeber können ohne direkte Tatbeteiligung aufgrund von Terror unterstützenden Beiträgen zu zwischen 1.000 und 10.000 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt werden (ca. 5.000 bis 500.000 Euro)
-Werbung für eine terroristische Organisation wird mit einer Haftstrafe zwischen einem und fünf Jahren bestraft
-Medienorgane, die für eine terroristische Organisation werben, können per staatsanwaltschaftlichem Beschluss für einen Zeitraum bis zu einem Monat verboten werden
-Tätigkeiten wie das Legen von Waldbränden, Schmuggel sowie die illegale Verbringung von Kulturgütern ins Ausland, die zum Zweck des Terrorismus begangen werden, werden nach dem Antiterrorgesetz bestraft
-Vermummung, das Vorzeigen von Symbolen terroristischer Organisationen, Parolenrufe oder das Tragen von Uniformen mit Organisationsemblemen auf Aktionen werden mit einer Haftstrafe zwischen einem und fünf Jahren bestraft
-Vor den Schweren Strafgerichten, die sich mit terroristischen Straftaten befassen, werden auch Minderjährige über 15 Jahren verurteilt
-Ein Tatverdächtiger kann während der Ingewahrsamnahme nur über einen Anwalt verfügen. Das Recht auf anwaltlichen Beistand kann für 24 Stunden verweigert werden
-Das anwaltliche Recht auf Akteneinsicht kann per Gerichtsbeschluss eingeschränkt werden
-Gespräche zwischen Tatverdächtigem und Anwalt können überwacht werden
-Im Antiterrorkampf Tätige können selbst nach Beendigung ihrer Aufgabe Schusswaffen einsetzen, um einen Angriff abzuwehren
-Sicherheitskräfte können bei Operationen sofort Schusswaffen gegen solche einsetzen, die sich dem Befehl zur Kapitulation widersetzen *(Mi, 7.8., ISKU)*

DTP startet Wahlkampf

Auf einer Vorstandsklausur hat die DTP neben den politischen Entwicklungen und der innerparteilichen Lage die Aktivitäten zum Weltfriedenstag am 1. September und das weitere Vorgehen im Wahlkampf diskutiert. In der Abschlusserklärung forderte die Partei erneut die Anerkennung der kurdischen Frage nicht als ein Sicherheitsproblem, sondern als ein historisches Problem mit politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Dimension. "Das Problem befindet sich im Inland und muss gemeinsam mit der Bevölkerung, im Vertrauen zu der Bevölkerung gelöst werden", heißt es in dem Papier.
"Das Problem betrifft uns alle. Wir sind mit der Verantwortung konfrontiert, unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten. Was Lösungsmethoden für diese Art von Problematik angeht, können wir von den Erfahrungen anderer Länder profitieren. Eine große Aufgabe in der friedlichen Lösung fällt der demokratischen Öffentlichkeit, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den politischen Zentren und insbesondere dem Parlament zu. In dem Ausmaß, in dem die Größe gezeigt wird, sich von Vorurteilen, unnötigen Sorgen und Ängsten zu befreien, wird eine Lösung einfacher."
Weiterhin spricht die DTP einer kürzlich von 38 Intellektuellen unter der Überschrift "Wir sitzen alle im selben Boot" veröffentlichten Deklaration ihre Unterstützung aus. "Wir betonen erneut, dass wir alle Bemühungen unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, diese Art von Verständnis zu verbreiten."
Die in jüngster Zeit vermehrt aufgetretenen Angriffe auf Gebäude der DTP in mehreren Städten werden in der Erklärung verurteilt. "Diese Art von Angriffen können uns nicht von unserem Kampf abbringen", heißt es. Auch ein Bombenanschlag auf die CHP-Zentrale in Diyarbakir wurde als "Angriff auf demokratische Grundlagen" bewertet und die Aufklärung des Vorfalls sowie die Verurteilung der Täter gefordert.
Der Weltfriedenstag am 1. September wird mit verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen einer "Friedenswoche" begangen werden. Im eingeläuteten Wahlkampf wird vorrangig zur Änderung des Wahl- und Parteiengesetzes sowie der Verfassung gearbeitet. *(DIHA, 9.8., ISKU)*

Dorfschützersystem in Syrien
In Syrien ist damit begonnen worden, unter dem Begriff "Miliz" oder "Zivilschutz" Waffen an die Bevölkerung von Grenzdörfern in der Umgebung der südwestkurdischen Stadt Afrin zu verteilen. Die PYD (Partei für demokratische Einheit) reagierte scharf auf diese Entwicklung und wies darauf hin, dass damit ein "Dorfschützersystem" in Syrien installiert werden solle. Die Sicherheitskräfte bieten Dorfbewohnern, die bereit sind, die Waffen anzunehmen, Geld sowie die Erlaubnis, die Waffen jederzeit einzusetzen. Nach Angaben der PYD haben bisher ungefähr 80 Personen die Waffen angenommen. *(ANF, 10.8., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
Mi	Milliyet
hpg	hpg-online.com

Aktionen

Fax- und Mail-Aktion gegen Ilisu-Staudamm
Ercan Ayboga von der Initiative zur Erhaltung von Hasankeyf hat dazu aufgerufen, über Fax und e-mail an die Regierungsvertreter von Österreich, Deutschland und der Schweiz gegen die Finanzierung des geplanten Staudammes, mit dem die historische Stätte Hasankeyf überflutet werden soll, zu protestieren. Ayboga wies darauf hin, dass die Finanzierung des Projektes durch Deutschland, Österreich und die Schweiz noch nicht gesichert sei.

Protestbriefe können an folgende Adressen geschickt werden:

Österreich:
wolfgang.schüssel@bka.gv.at
karl-heinz.grasser@bmf.gv.at
Fax: 00431531154274
Deutschland:
internetpost@bundeskanzlerin.de
Fax, 00493040001843
Schweiz:
doris.leuthard@gs-evd.admin.ch
generalsekretaer@eda.admin.ch
Fax: 0041313225994
(DIHA, 9.8., ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 271
18. August 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Politiker verhaftet

Der kurdische Politiker Muzaffer Ayata, der für die Tageszeitung Özgür Politika schreibt, sowie der Journalist Riza Erdogan wurden am 8.8. in Deutschland verhaftet. Nach einer Presseerklärung der Bundespolizei erging gegen Ayata am 7. August ein Haftbefehl mit der Begründung, er sei Kongra-Gel-Verantwortlicher für Süddeutschland. Einen Tag später wurde Ayata in Mannheim am Bahnhof festgenommen und am nächsten Tag verhaftet und ins Gefängnis überstellt.
Muzaffer Ayata verbrachte bereits in der Türkei knapp zwanzig Jahre im Gefängnis. Vor drei Jahren kam er nach Deutschland, wo er als politischer Flüchtling anerkannt wurde.
Der Journalist Riza Erdogan hatte 1994 in Deutschland Asyl beantragt. Zuvor war er in der Türkei journalistisch tätig, weshalb er zu mehreren Haftstrafen verurteilt wurde. Auch sein Asylgesuch wurde anerkannt. Ein weiterer Haftbefehl erging gegen einen kurdischen Politiker in den Niederlanden.
Die Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) mit Sitz in Brüssel verurteilte die Verhaftung kurdischer Politiker in Deutschland und Holland. Das Vorgehen der beiden europäischen Staaten beruhe auf den Versprechungen, die die USA der Türkei zur Wahrung eigener Interessen gegeben habe, heißt es in einer Erklärung der Organisation.
"Ein dermaßen unrechtmäßiges Vorgehen in Europa, das für sich beansprucht, Rechts- und Demokratienormen zu achten, beunruhigt uns und alle in Europa lebenden aus Kurdistan stammenden Menschen. Diese Menschen, die aufgrund unmenschlicher Verhältnisse in Kurdistan nach Europa migriert sind, leben hier als politische Flüchtlinge, weil Europa diesen Krieg anerkennt. Auch hunderte kurdischer Intellektueller befinden sich aufgrund der undemokratischen Zustände in der Türkei als Flüchtlinge in Europa. Die jüngsten Haftbefehle in Deutschland und Holland versetzen die Kurden in Europa in Besorgnis. Jeder fragt sich, wann die Reihe an ihn selbst kommt. Auch in Europa fühlen sich die Menschen nicht sicher."
Die Verhaftungen seien ohne eine ernstzunehmende Begründung erfolgt, heißt es weiter in der KON-KURD-Erklärung. "Alle kurdischen Föderationen und Vereine in Europa werden an den entsprechenden Stellen aktiv werden und auf demokratische Weise gegen das undemokratische Vorgehen des deutschen und des niederländischen Staates vorgehen", kündigte die Konföderation an. Die kurdischen Politiker seien unverzüglich aus der Haft zu entlassen. Europa müsse aufhören, dem schmutzigen Krieg des türkischen Staates zu dienen.

Auch der Nationalkongress Kurdistans (KNK) forderte die Freilassung der kurdischen Politiker. "Muzaffer Ayata ist KNK-Mitglied und als politischer Flüchtling in Deutschland anerkannt. Die verhafteten kurdischen Politiker sind Menschen, die in Achtung der Gesetze demokratische Politik machen. Trotzdem sollen wieder Kurden zum Opfer der Interessen anderer gemacht werden."
Dieses antidemokratische Vorgehen nütze niemandem etwas, so der KNK. "Dieser Schritt ermutigt lediglich die Türkei, die eine Lösung der kurdischen Frage ablehnt."
Der KNK ruft in seiner Erklärung die internationale demokratische Öffentlichkeit dazu auf, dem Fall Aufmerksamkeit zu widmen. An die in Europa lebende kurdische Bevölkerung appelliert der KNK: "Stellen wir uns gegen diese Vernichtungspolitik, die sich gegen die kurdische Bewegung und ihre Vertreter richtet. Erheben wir die Stimme und bringen wir unsere demokratische Reaktion zum Ausdruck, um das bestehende Konzept ins Leere laufen zu lassen."
(ANF, 10./11.8. ÖP, 13.8., ISKU)

Kongra Gel: USA sollen ihren Plan öffentlich machen

Nachdem der US-Außenamtssprecher Seam McCormack zum Jahrestag des Beginnes des bewaffneten Kampfes der PKK am 15. August 1984 in einer schriftlichen Erklärung die PKK zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes aufgefordert hat, reagierte am 16.8. Zübeyir Aydar, Präsident des Kongra Gel: Die Erklärung sei interessant, aber lediglich nach den Empfindlichkeiten der Türkei ausgerichtet. Aydar forderte von den USA, ihr Projekt zum Thema „kurdische Frage“ öffentlich zu machen.
Gegenüber der Nachrichtenagentur ANF wies Aydar darauf hin, dass die US-Regierung sich erstmalig offiziell an die kurdische Seite gewandt habe. Allerdings sei dabei nicht darauf eingegangen worden, was weiterhin geschehen solle, wenn die PKK die Waffen niedergelegt habe. "Es fehlt der Teil, in dem der Türkei gesagt wird, was sie tun soll. Die Kurden werden als die einzig Verantwortlichen für die Gewalt dargestellt. Wir akzeptieren auch nicht den Ausdruck Terrorismus. Auch die kurdischen Empfindlichkeiten müssen Beachtung finden. Das Problem liegt nicht darin, ob Waffen benutzt werden oder nicht. Das Problem ist die kurdische Frage. Wer ein Lösungsprojekt hat, sollte es mit der Öffentlichkeit teilen."

Barzani: PKK-Problem lässt sich nicht militärisch lösen
Mesut Barzani, Präsident der Region Südkurdistan, hat erklärt, er glaube nicht daran, dass das PKK-Problem mit militärischen Methoden gelöst werden könne. "Wenn trotzdem zu militärischen Methoden gegriffen wird, werden wir nicht mit dabei sein", kündigte er an. Weiter äußerte sich Barzani zu den in jüngster Zeit aufgekommenen Plänen, die USA werden einen PKK-Sonderkoordinator einsetzen und zum Thema PKK ein gemeinsames Komitee mit dem Irak und der Türkei gründen. In diesem Komitee müsse auch ein kurdischer Vertreter beteiligt sein, erklärte Barzani nach einer Meldung bei CNN Türk. "Was soll ein solches Komitee ausrichten, wenn kein Vertreter Kurdistans dabei ist? Wenn für eine Lösung des Problems friedliche und demokratische Methoden gesucht werden, unterstützen wir diese nach allen Kräften." Barzani verurteilte weiterhin die Bombenangriffe der türkischen Armee auf südkurdischem Territorium. Am 7. Juli hatte die Türkei erneut mit Raketenwerfern das Dorf Beduhe nahe der irakisch-türkischen Grenze angegriffen. Innerhalb des letzten Monats kam es vier Mal zu solchen Angriffen. Nach Angaben der Dorfbewohner sei der letzte Angriff der bisher schwerste gewesen. Zu Toten kam es dabei nicht.
(ANF, 12./16.8., ISKU)

Meldungen

Öcalan: Aufruf zum Waffenstillstand ist möglich
Bei einem Besuch seines Verteidigerteams am 9. August erklärte Abdullah Öcalan, eine Lösung der kurdischen Frage sei nur über einen demokratischen Dialog möglich. Falls sich Staat und Regierung darauf einlassen würden, sei er bereit, die PKK zu einem Waffenstillstand aufzurufen. Der Besuch der Anwälte auf der Gefängnisinsel Imrali am 9. August war der erste nach einer einmonatigen Unterbrechung. In dieser Woche fand der Besuch wiederum nicht statt – das Wetter sei zu schlecht. *(DIHA, 11.8., ISKU)*

Öcalan-Anwalt: Politisches Urteil
Irfan Dündar vom Verteidigerteam Abdullah Öcalans bezeichnete die gerichtliche Ablehnung einer Neuverhandlung für seinen Mandanten als ein "nicht juristisches, sondern politisches Urteil". Das kürzlich veröffentlichte Urteil des 14. Schweren Strafgerichts Istanbul sei lediglich eine Wiederholung des zuvor vom 11. Schweren Strafgericht Ankara ausgesprochenen Urteils, so Dündar. "Es hat nicht den geringsten juristischen Wert."
Die Türkei verletze ihr eigenes Rechtssystem, wenn sie universelle Rechtsnormen nicht anwende und Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht umsetze. "Für uns dauert der juristische Prozess trotzdem an. Wir werden diese Rechtsverletzungen vor den EuMRGh bringen. Es wurden Sondergesetze erlassen, die nur auf Herrn Öcalan angewendet werden. Damit ist auch das Rechtssystem der Türkei beschädigt worden." *(ANF, 16.8., ISKU)*

Erste kurdischsprachige Tageszeitung in der Türkei
Am 15. August wird erstmals in der Türkei eine kurdischsprachige Tageszeitung erscheinen. Die seit 1991 existierende Wochenzeitung Azadiya Welat, die in Diyarbakir herausgegeben wird, erscheint dann täglich mit einem Umfang von acht Seiten.
(DIHA, 10.8., ISKU)

Dorf von Engin Sincer von Militärs umstellt
Zum Jahrestag des Todes von Engin Sincer (Erdal) während der Feiern zum 15. August im Jahr 2003 in Kandil/Südkurdistan durch einen Unfall wurde das Dorf Seyrantepe in Maras-Pazarcik in der Türkei von Soldaten umstellt. Die Ein- und Ausfahrten des Dorfes werden kontrolliert, alle Fahrzeuge gestoppt und Personalien-

Kommentar von Fatma N. Vargün

Gewalt nicht mit Gewalt beantworten

Die ersten Auswirkungen des neuen Antiterrorgesetzes machen sich bei den KurdInnen bemerkbar. Zunächst wurde das Erscheinen unserer Zeitung, die seit vielen Jahren in großer Anstrengung und mit vielen Opfern ihr Erscheinen fortzusetzen versucht, für zwei Wochen verboten. In alter Gewohnheit erschien sofort eine neue Zeitung unter dem Namen "Gesellschaftliche Demokratie". Nun ja, die antidemokratische Verbotsverfügung wurde rasch aufgehoben und die Gündem erscheint weiter.
Diese wichtige Nachricht fand sich in den Printmedien der Türkei in Form einer winzigen Meldung wieder. In den TV-Nachrichten wurde sie überhaupt nicht erwähnt. Dabei handelte es sich um eine Verfügung, die die Demokratie und die Pressefreiheit verletzte. Am wichtigsten war der Punkt, dass es darum ging, eine Zeitung zum schweigen zu bringen, die die KurdInnen als die ihrige betrachten. Es handelte sich um eine Form der Gewalt gegen KurdInnen in einer angespannten Atmosphäre. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht zu ähnlichen Verfügungen kommt.
Genau in diesen Tagen traf eine Gewaltmeldung ein, die auch nicht annehmbar war. Weil es einfach nicht annehmbar ist, Gewalt mit Gewalt zu beantworten. Vor allem, wenn das Ziel die Freiheit eines unterdrückten Volkes ist, Demokratie, ein menschenwürdiges Leben und Frieden.
In Sirnak wurde ein Unteroffizier in seinem Haus vor den Augen seiner Kinder ermordet. Den ganzen Tag über mutmaßte ein Großteil der TV-Sender der Türkei darüber, dass eine solche Aktion der PKK nicht zuzutrauen sei. Da könne auch etwas anderes dahinter stecken, hieß es. Offen gesagt haben viele von uns gewünscht, dass diese Mutmaßungen zutreffen. Vor allem, nachdem der Vater des Unteroffiziers starb, als er die Nachricht vom Tod seines Sohnes erhielt.
Aber die HPG bekannte sich zu dem Vorfall. Als Begründung wurde genannt, dass der Unteroffizier ein Folterer und JITEM-Angehöriger sei. In diesem Land gibt es so viele Folterer… Sollen sie alle zuhause, vor den Augen ihrer Kinder ermordet werden? Sollen auch diese Kinder morgen Folterer werden? Es sind Kinder, egal was ihr Vater macht. Warum werden Kinder angerührt?
Wir sind Menschen, die seit vielen Jahren aufgrund der kurdischen Frage in der einen oder anderen Form einen Preis gezahlt und gekämpft haben und den Kampf weiter führen. Wir müssen manche Dinge offenherziger zur Sprache bringen und diskutieren. Die Geschwisterlichkeit der Völker in der Türkei ist stärker beschädigt als je zuvor. Jeder neue Leichnam vertieft diese Schäden noch. Kann jemand jetzt dieser Familie und seinem Umfeld die Unterdrückung der KurdInnen in diesem Land, die soziologischen Grundlagen des Aufstandes erklären?
Können wir diese Art von Aktionen, die alle Bemühungen für Frieden und die ohnehin sehr schwierig aufzubringende Empathie mit einem Schlag zunichte machen, für richtig erachten? Das müssen wir diskutieren. Niemand, der über Verstand und Gewissen verfügt, fordert die Kapitulation der Guerilla. Das wollen nur die Kriegsbefürworter. Friedens- und DemokratieaktivistInnen versuchen dagegen zu diskutieren, welchen Nutzen die kurdische Bevölkerung noch aus der Fortsetzung von Krieg und Gewalt zieht.
Leider wird diese Diskussion sofort bewusst oder unbewusst abgewürgt. Sehr zu denken gab eine vom Ministerpräsidialamt in Auftrag gegebene Untersuchung: Im Südosten besitzen 59 Prozent der Bevölkerung keinen Boden. Auf dem Boden von Großgrundbesitzern arbeiten 47,8 Prozent. Der Feudalismus ist ein Phänomen, das das kurdische Volk zerfrisst wie der Krebs. Die linke Seite dieses Aufstandes dient gerade dazu, dieses große Problem zu beseitigen. Es haben wichtige Entwicklungen stattgefunden. Aber es gibt noch sehr viel zu tun für das kurdische Volk, das sich im 21. Jahrhundert immer noch an diesem Punkt befindet. Dieses Volk, das sich innerhalb von Krieg und Gewalt mit etlichen neu entstandenen Problemen befassen muss, ist zusätzlich noch gezwungen, mit einem Geschwistervolk gemeinsam zu leben, das zusehend feindlicher wird. Ja… wir müssen anhalten, nachdenken und realistischer diskutieren. Wir müssen auch in Opposition zur USA diskutieren. Das sagen mir mein Frauen- und Mutterherz, meine Verantwortung als Intellektuelle und mein feministischer Blickwinkel. *(ÜÖG, 13.8., ISKU)*

Iran bombardiert weiter

Die iranische Armee hat eine umfangreiche Militäroperation gegen die Volksverteidigungskräfte in Südkurdistan im Gebiet Haci Umren und Kandil eingeleitet. Wie die HRK bekannt gab, kamen bei Gefechten zehn iranische Soldaten ums Leben. Die iranische Armee soll die Grenze nach Südkurdistan überschritten und die genannten Gebiete mit Raketenwerfern beschossen haben. Die Dorf- und Almbewohner der betroffenen Region lassen ihre Tiere und ihr weiteres Hab und Gut zurück und flüchten an sichere Orte. Die Bombardierungen dauern an. Die Angriffe begannen am Morgen des 13.8. um acht Uhr im irakisch-iranisch-türkischen Grenzgebiet und dauerten ununterbrochen bis zum Mittag an. Nach Angaben der betroffenen Dorfbewohner sind Schafherden von Geschossen getroffen worden. Über den Verbleib der Hirten gibt es keine Informationen. Der Iran hatte zuletzt im April und im Juni die Region angegriffen. Auch die Pressestelle der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) bestätigte den Angriff und äußerte den Verdacht, die iranische und türkische Armee könnten im Anschluss eine grenzüberschreitende Operation starten. *(ANF, 13.8., ISKU)*

Aufruf an PKK und Regierung

Auf einer Pressekonferenz in Diyarbakir hat der "Industriellen- und Arbeitgeberverein im Südosten" (GÜNSIAD) die PKK zu einem bedingungslosen Waffenstillstand und die Regierung zum Erlass einer Generalamnestie, deren Umfang und Breite später festgelegt werden soll, aufgerufen. Vereinsvorsitzender Sahismail Bedirhanoglu wies vor der Presse auf die zunehmende Gewalt in den letzten eineinhalb Jahren hin. Davon sei auch die Geschäfts- und Arbeitswelt negativ betroffen. Vorbedingung für einen Aufschwung und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit sei vor allem die Sicherheit.
Als Lösungsvorschlag präsentierte GÜNSIAD folgende Punkte:

- Die PKK muss innerhalb kürzester Zeit einen bedingungslosen Waffenstillstand und die Aufgabe des Gebrauchs von Waffen als Methode erklären. Damit wird der Weg frei für zivile Initiativen und der Boden bereitet, um die gesamte Gesellschaft zu überzeugen. Wir denken, dass das in der EU-Beitrittsphase notwendig ist für die Demokratie in der Türkei.
- Die Regierung muss in Kürze eine Generalamnestie erlassen, deren Umfang und Breite später festgelegt wird.
- Im Rahmen der EU-Anpassungsphase müssen Freiheiten erweitert und Schritte zur Demokratisierung entschlossen weiter geführt werden. In diesem Umfang muss eine freie Entwicklung der verschiedenen Kulturen, Religionen und Sprachen gewährleistet werden. Dabei muss der Staat Unterstützung leisten.
- Es muss ein neues Gesetz für wirtschaftliche Anreize erlassen werden. Dabei muss die Meinung von Geschäftsleuten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen eingeholt werden.

(ANF, 16.8., ISKU)

kontrollen durchgeführt. Durchgelassen werden nur Dorfbewohner. Bereits in den vergangenen Jahren waren Gedenkveranstaltungen für Engin Sincer an seinem Grab nicht zugelassen worden. Regelmäßig wird auch die Familie Sincers unter Druck gesetzt. *(ÜÖG, 15.8., ISKU)*

EU warnt Türkei vor Vietnam-ähnlichen Zuständen

Bei einem Besuch der Türkei hat der Außenminister Finnlands, das momentan die EU-Ratspräsidentschaft innehat, die Türkei vor einer grenzüberschreitenden Militäroperation gegen die PKK in Südkurdistan gewarnt. Wie Erkki Tuomioja gegenüber der türkischen Tageszeitung Milliyet erklärte, könne eine solche Operation nicht erfolgreich verlaufen. Ähnlich wie bei den US-Interventionen in Kambodscha und Vietnam könne damit kein Problem gelöst werden. Im Gegenteil würden damit mehr Probleme geschaffen. Im Übrigen schade ein solches Vorgehen den Beziehungen zur EU. Er gehe davon aus, dass der türkische Außenminister Abdullah Gül ihn verstanden habe.
Einschließlich der Regierung des Irak bestünden Kontakte zu allen Seiten, so Tuomioja. Eine Militäroperation sei nicht die einzige Alternative und könne die PKK nicht vernichten. *(ANF, 11.8., ISKU)*

Zwei Verletzte durch Schusswaffen in Adana

In Adana wurden am 12.8. abends zwei Jugendliche während einer Flugblattverteilaktion durch Schusswaffen von der Polizei verletzt. Die Flugblätter wurden aus Anlass des 15. August, Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der PKK, verteilt. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei hielt die Straße, in der sich der Vorfall ereignete, bis in die Morgenstunden besetzt. *(DIHA, 13.8., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 272
25. August 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Deklaration für eine demokratische Lösung

Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) hat im Rahmen einer Pressekonferenz in den Bergen Südkurdistans eine sechs Punkte umfassende Deklaration für eine "demokratische Lösung" präsentiert. In Hinblick auf Friedensaufrufe internationaler Kräfte, demokratischer Institutionen und Abdullah Öcalans sei die Entscheidung getroffen worden, einen neuen Schritt zu setzen. Allerdings seien einseitige Forderungen nach einem Waffenstillstand, wie jüngst am 22. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der PKK durch die USA, nicht ausreichend für eine Lösung.
Der KKK-Lösungsvorschlag sieht vor, dass der türkische Staat seinen Willen zu einem Dialog und einer Lösung erklärt, die Angriffe stoppt und die Isolationshaftbedingungen Öcalans aufhebt. Daraufhin könne die KKK für einen Waffenstillstand der HPG sorgen. Wenn diese Grundlage geschaffen sei, könne in einer zweiten Phase über die Anerkennung der kurdischen Indentität und die verfassungsrechtliche Garantie für alle Identitäten unter der Oberidentität "Türkei", die Gewährung muttersprachlichen Unterrichts, kurdischer Sprache und Kultur, die Anerkennung des Kurdischen als zweiter offizieller Sprache in der Region, die Ermöglichung politischer Tätigkeit und Organisierung auf der Grundlage der Glaubens- und Meinungsfreiheit, die Aufhebung aller sozialer Ungleichheit, insbesondere der Geschlechterungleichheit im Gesetz, die Freilassung aller politischer Gefangener einschließlich des PKK-Führers, den Abzug der Spezialkriegskräfte aus Kurdistan, die Abschaffung des Dorfschützersystems sowie die Gewährleistung der Dorfrückkehr erreicht werden, dass die Guerillakräfte nach einem von beiden Seiten festgelegten Zeitplan die Waffen niederlegen und am demokratischen gesellschaftlichen Leben teilnehmen.
Eine demokratische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei werde auch zu einer demokratischen Entwicklung in Syrien und dem Iran und damit dem gesamten Mittleren Osten beitragen.
Weiter forderte der KKK-Exekutivrat, in der von den USA, der Türkei und dem Irak zum Thema PKK geplanten Dreierkonstellation müsse ein kurdischer Vertreter Platz finden, dem die Bewegung vertrauen könne.
Schlussendlich heißt es in der Deklaration: "Wie betrachten jede Widerstandsform einschließlich des bewaffneten Kampfes im Rahmen der Selbstverteidigung und entsprechend der internationalen Gesetze, wie sie auch die UNO anerkennt, als legitim und ein legales Recht, wenn die Menschenwürde und grundlegende menschliche Werte verletzt werden und es keinen anderen Weg gibt, diese zu verteidigen. Alle anderen bewaffneten Gewaltformen lehnen wir ab und bewerten sie als Terrorismus."
Im Anschluss an die Verlesung der Deklaration beantwortete der KKK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayilan Fragen von Journalisten. Auf die Frage eines Reuters-Journalisten, ob es stimme, dass er sich mit dem Präsidenten der kurdischen Föderalregierung Necirvan Barzani getroffen habe und ob hinter der KKK-Deklaration eine Botschaft Barzanis oder der USA stehe, erklärte Karayilan, ein solches Treffen habe es nicht gegeben und es seien auch keine entprechenden Forderungen erfolgt. Lediglich über die Medien seien Aufrufe der USA und der südkurdischen Regierung veröffentlicht worden: "Das Niederlegen der Waffen erfolgt auf der Basis eines demokratischen Friedens. Aber in dem Aufruf des US-Außenministeriums vom 15. August wird nicht deutlich, welche Lösungsprojekte die USA verfolgen. Die USA richten einen Aufruf an uns, aber zurzeit sind in Kurdistan eine halbe Million türkischer Soldaten unterwegs. Unter diesen Bedingungen kann man nicht die Waffen niederlegen. Wenn die USA oder irgendeine andere Kraft die Bedingungen schafft, unter denen die Waffen nieder gelegt werden können, dann sind wir dazu bereit."
Auf die Frage eines weiteren Journalisten nach dem Grund für die Intensivierung der Angriffe des türkischen und iranischen Staates in jüngster Zeit antwortete Karayilan, hinter der türkischen Truppenkonzentration an der Grenze sowie dem Streben nach einer grenzüberschreitenden Operation stehe der Wille, Druck auf die südkurdische Regierung sowie die USA auszuüben und sich die Herrschaft über Kerkuk zu sichern. "Der Iran will das Chaos im Irak verstärken, indem er uns angreift. Sowie die Türkei als auch der Iran nutzen uns als Vorwand, um das Durcheinander im Irak zu vergrößern."
Weiter erklärte Karayilan auf eine Frage hin, die PKK habe mit den in der Türkei ausgebrochenen Waldbränden nichts zu tun. "Wir akzeptieren diese Aktionsform nicht, egal ob sie nun von TAK oder irgendeiner anderen Organisation ausgeführt wird. Der türkische Staat brennt die Wälder Kurdistans nieder. Wenn auch die Kurden die Türkei niederbrennen, wird die Welt noch unerträglicher. Wir können unsere Probleme nicht lösen, indem wir Wälder niederbrennen oder die Natur in sonstiger Weise zerstören."
Zum Schluss verurteilte Karayilan das Vorgehen des deutschen Staates und die Verhaftung der kurdischen Politiker Muzaffer Ayata und Riza Erdogan. "Keiner der in der Bundesrepublik verhafteten kurdischen Politiker hat gegen den deutschen Staat gearbeitet. Das Vorgehen Deutschlands ermutigt die Türkei in ihrer Haltung, auf Gewalt zu bestehen."
(ANF, 23.08.2006, ISKU)

EuMRGh fragt nach Öcalan

Auf Antrag des Verteidigerteams von Abdullah Öcalan hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Informationen über die Entwicklungen der letzten sechs Monaten im Ein-Personen-Gefängnis Imrali im Marmara-Meer angefordert. Der Antrag der Anwälte auf eine Eilentscheidung des Gerichtshof zur Isolation und erschwerten lebenslänglichen Haftstrafe ihres Mandanten ist angenommen worden. In einem Schreiben vom 28. Juli werden von den Verteidigern Informationen über die Besuche auf der Gefängnisinsel angefordert.
Rechtsanwalt Irfan Dündar erklärte dazu, die Isolation seines Mandanten dauere weiter an. Weiterhin sei es Familienangehörigen verboten worden, bei Besuchen kurdisch zu sprechen. Die Ratschläge des Antifolterkomitees des Europarates seien nicht befolgt worden, Herr Öcalan mehrfach mit Disziplinarstrafen belegt worden und die Haftbedingungen wirkten sich weiterhin negativ auf den Gesundheitszustand aus. Außerdem sind Arbeitsnotizen der Anwälte beschlagnahmt worden.
(ÜÖG, 21.8., ISKU)

Meldungen

20 Tage Bunkerhaft für Öcalan
Während der Besuch seiner Anwälte bei Abdullah Öcalan am Mittwoch mit der Begründung "widriger Wetterverhältnisse" verhindert wurde, ist bekannt geworden, dass gegen Öcalan erneut mit einer "Bunkerstrafe" wegen "an Organisationsmitglieder gerichtete Propaganda" verhängt worden ist. Wie Rechtsanwalt Ibrahim Bilmez mitteilte, hätten die Verteidiger von der Strafe erst nach der Rückkehr nach Istanbul erfahren.
(ANF, 23.8., ISKU)

Türkische Kampflugzeuge bombardieren Südkurdistan
Wie der KDP-Sender Zagros heute gemeldet hat, haben aus Diyarbakir startende türkische Kampfflugzeuge die Region Kanimasi in Südkurdistan bombardiert. Bereits am 7. August war das Dorf Beduhe in der Region Kanimasi mit türkischen Raketenwerfern beschossen worden. Innerhalb der letzten vier Monat sind bei Angriffen der türkischen und iranischen Armeen auf Grenzdörfer in Südkurdistan 15 Menschen ums Leben gekommen. *(ANF, 23.8., ISKU)*

Drei Zivilisten bei iranischem Angriff getötet
Bei seit vier Tagen andauernden Granatwerferangriffen der iranischen Armee auf die Kandil-Berge sind nach Angaben des Exekutivratsmitglieds der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans Rüstem Cudi gegenüber der Nachrichtenagentur AFP drei Zivilisten getötet worden. Ab neun Uhr morgens seien Granaten in acht Dörfern in Kandil eingeschlagen. Die Dorfbewohner seien geflüchtet. Der Angriff habe bis 16 Uhr angedauert.
Wie die Volksverteidigungskräfte (HPG) gegenüber ANF mitteilten, seien von dem iranischen Angriff die Punkte Sehit Rojhat, Kalaturka sowie das Dorf Surede und die Umgebung betroffen gewesen.
Zuvor waren bei Vergeltungsschlägen und Gefechten der HRK-Guerilla (Kräfte Ostkurdistans) 26 iranische Soldaten und Dorfschützer getötet worden. Direkt im Anschluss hatte die iranische Armee begonnen, südkurdisches Territorium zu bombardieren.
(ANF, 19.8., ISKU)

HPG bekennt sich zu Pipeline-Anschlag
Die Volksverteidigungskräfte HPG haben sich zu einem Anschlag auf eine Gaspipeline aus dem Iran in die Türkei bekannt. Die Aktion sei eine Warnung gegen die gemeinsamen Militäroperationen der iranischen und türkischen Armeen

Reaktion auf antikurdische Repressionswelle:

65 Vereine geschlossen!

Am Montag wurden, wie am Freitag zuvor von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) auf einer Pressekonferenz angekündigt, alle dem Dachverband angeschlossenen 65 Vereine für einen unbefristeten Zeitraum geschlossen. Gleichzeitig wurde in Berlin, Köln und Stuttgart ein Hungerstreik begonnen. YEK-KOM protestiert damit gegen die Verhaftung des kurdischen Politikers Muzaffer Ayata sowie des Journalisten Riza Erdogan, die Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik sowie gegen die Bedrohung und Überwachung von Vereinsmitgliedern. Die Proteste stehen unter dem Motto "Wir protestieren gegen die Kriminalisierung und politische Verfolgung der Kurden in Deutschland!".
Da die Genehmigung für die Aufstellung eines Zeltes verweigert wurde, begann der Hungerstreik in Berlin am Brandenburger Tor unter strömendem Regen. Die Hungerstreikenden kündigten an, ihren Protest bis zur Freilassung der Verhafteten fortzusetzen.
Auch in Stuttgart gab es keine Genehmigung für einen Hungerstreik im Stadtzentrum, weswegen die für fünf Tage angesetzte Aktion in einem AGIF-Verein stattfindet.
In Darmstadt und Aschaffenburg sind am Samstag in den Stadtzentren Informationsstände aufgebaut worden. In Bremen fand eine Kundgebung statt. Vor dem geschlossenen Verein findet außerdem täglich zwischen 10 und 17 Uhr eine Mahnwache statt. Weitere Protestkundgebungen gab es in Halle und Oldenburg. In mehreren Städten sind außerdem Informationsdossiers zur aktuellen Situation an Parteien und Medien überreicht worden.
Auch in Köln, Hamburg, Saarbrücken, Heilbronn, Paris und Kopenhagen fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt.
(ÖP, 21./22.8., ISKU)

DTP ruft zum Weltfriedenstag auf

Die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) hat zur Teilnahme an geplanten Großdemonstrationen zum Weltfriedenstag am 1. September in Istanbul und Diyarbakir aufgerufen. Die Demonstrationen stehen unter dem Motto "Frieden in der Türkei und dem Mittleren Osten, Freiheit für die Völker". Zu den auf den Demonstrationen vertretenen DTP-Forderungen gehören die Schließung der US-Militärbasis Incirlik in der Türkei, die Verweigerung der Verschickung von Soldaten der türkischen Armee in den Libanon, ein Ende der ignoranten und repressiven Politik gegen die kurdische Bevölkerung, der Beginn eines Dialogs mit den legitimen Vertretern der kurdischen Bevölkerung, die Einstellung aller inländischen und grenzüberschreitenden Militäroperationen, die Auflösung der an der Grenze zum Irak aufgestauten Truppenkonzentration, die Rücknahme des kürzlich verabschiedeten Antiterrorgesetzes sowie der Beginn eines Friedensprozesses. *(DIHA, 21.8., ISKU)*

Guerilla: Schule für Alternativmedizin

In den von der kurdischen Guerilla kontrollierten Gebieten wird an der Eröffnung einer Schule für Alternativmedizin gearbeitet. Die beiden Koordinatorinnen des Projekts, Cigdem Türk und Evin Cudi, verstehen sich als Nachfolgerinnen von Uta Schneiderbanger, die sich für eine solche Arbeit eingesetzt hatte und vergangenes Jahr bei einem Autounfall in Südkurdistan ums Leben gekommen war. Ziel des Projektes ist die Nutzung von Pflanzen und natürlichen Methoden im Gesundheitsbereich. Zu diesem Zweck suchen Cigdem Türk und Evin Cudi zunächst Bergdörfer auf, wo sie Informationen über natürliche Heilmethoden und dafür geeignete Pflanzen sammeln. Diese Informationen sollen zusammengefasst als Teil des Lehrplans für die geplante Schule dienen. *(ANF, 21.8., ISKU)*

Einigung zwischen Türkei und USA

Wie der Terrorismus-Experte Daveed Gartenstein-Ross im Internet (counterterrorismblog.org) erklärt hat, sehe die zwischen den USA, der Türkei und dem Irak ausgehandelte Strategie zum Thema PKK keine Militäroperation der Türkei in Südkurdistan vor. Die Staaten hätten sich darauf geeinigt, wie die PKK bekämpft werden solle. Die von der Türkei in jüngster Zeit getätigten Schritte seien ein Produkt dieses Abkommens. Eine Militäroperation der Türkei werde abgelehnt, weil das Risiko zu groß sei, aus Versehen mit den anderen kurdischen oder auch US-Kräften in Konflikt zu geraten.
Das Abkommen sehe weiterhin vor, dass die südkurdischen Kräfte nicht gegen die PKK kämpften, aber auch nicht gegen Interventionen der Türkei vorgehen und einige PKK-Büros im Irak von der irakischen Polizei geschlossen werden. Mit dem Abkommen solle verhindert werden, dass der Iran das Verhältnis zwischen Türkei und USA störe.
In besagtem Artikel wird die Einigung als großer diplomatischer Erfolg bezeichnet.
(ÜÖG, 20.8., ISKU)

CHP-Abgeordneter ruft PKK zum Waffenstillstand auf

Der CHP-Abgeordnete aus Tunceli, Sinan Yerlikaya, hat bei einer Ansprache erklärt, seine Partei arbeite an einer Lösung der kurdischen Frage und diskutiere über den Punkt, wie die Waffen zum Schweigen gebracht werden können. An die PKK richtete er den Aufruf: „Kommt, legt Eure Waffen nieder, bringen wir eine Amnestie hervor und lösen wir das weitere in einer politischen Atmosphäre zusammen.“
Weiter sagte Yerlikaya: „So wie die Soldaten, die ihr Leben verlieren, sind auch die in den Bergen unsere Kinder.“ In einem unbenannten Streit würden unnötig Tränen vergossen und das sei auch das einzige Ergebnis dieses Kampfes: „Wieso ist dieser Streit entstanden? Der Osten und Südosten sind benachteiligt, das stimmt. Und es gibt dort Bürger mit kurdischer Identität, sehr richtig. Aber es wird versucht zu verhindern, dass sie sich Kurden nennen. Auch das ist richtig. Es wird nicht zugelassen, dass sie ihre Identität leben und ihre Sprache sprechen.“ Aber falsch sei, dass Menschen mit diesen Wahrheiten getötet werden. „Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Mängel zu beseitigen. Deshalb rufe ich von hier aus die in den Bergen auf, kommt, legt Eure Waffen nieder.“
Seit der Gründung der Republik habe es 37 kurdische Aufstände gegeben, aber keine Lösung. „Eine Teilung des Landes ist nicht möglich. Der einzige Weg, den der Verstand zulässt, befiehlt Einheit, Gemeinsamkeit und eine Lösung der Probleme. Das Leid muss ein Ende haben.“
(DIHA, 20.8., ISKU)

gegen die Guerilla und die Zivilbevölkerung in den letzten Monaten, so das HPG-Pressezentrum.
(ANF, 20.8., ISKU)

Kurde darf nicht an Türkei ausgeliefert werden
Das Oberlandesgericht Frankfurt hat die Auslieferung eines kurdischen Türken gestoppt, weil in dessen Heimatland ein fairer Prozess nicht garantiert sei. Das Mitglied einer linken Organisation war 1996 in Izmir unter Mitwirkung eines Militärrichters zu lebenslanger Haft verurteilt worden, konnte aber später während einer Haftverschonung aus der Türkei fliehen. Obwohl in Deutschland inzwischen als politischer Flüchtling anerkannt, kam er im Frühsommer auf einen türkischen Auslieferungsantrag hin in Haft. Seither war er im Hungerstreik. Nun muss er auf freien Fuß gesetzt werden.
Die Anwesenheit des Militärs bei dem Verfahren in der Türkei reichte den Frankfurter Richtern jetzt aus, um einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention zu erkennen und die Rechtsstaatlichkeit des Prozesses zu verneinen. Befürchtungen, dass der Mann gefoltert worden sei, blieben ungeprüft.
(FR, 24.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
FR	Frankfurter Rundschau

Termine:

„Den Krieg beenden - Demokratie verwirklichen - den Frieden schaffen“ - Unter diesem Motto findet am **2. September** im Trabrennverein in **Gelsenkirchen** (Nienhausenstr. 42) das **14. Internationale kurdische Kulturfestival** statt.
In **Berlin** beginnt am **25. August** um **18.00 Uhr** auf dem **Pariser Platz** (vor dem Brandenburger Tor) eine Demonstration gegen die Kriminalisierung und politische Verfolgung von KurdInnen in Deutschland unter dem Motto *Dialog statt Verbot.*

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 273
1. September 2006

Nûçe



Informationssstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kongra-Gel verurteilt Bombenanschläge in der Türkei

Wenige Tage, nachdem die Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) für den 1. September einen erneuten Waffenstillstand ins Gespräch brachte, erschütterte eine Bombenserie die Türkei. Im südwesttürkischen Urlaubsort Marmaris explodierten in der Nacht zum Montag drei Sprengsätze. Zwei davon waren in Mülleimern versteckt, der dritte lag unter dem Sitz eines Kleinbusses. 21 Personen wurden verletzt, darunter zehn britische Touristen. Drei mußten auf die örtliche Intensivstation gebracht werden. Wenige Stunden zuvor waren bereits bei einem Anschlag im vor allem von kurdischen Flüchtlingen bewohnten Istanbuler Vorort Bagcilar sechs Menschen verletzt worden. Die an einer Schulmauer deponierte Paketbombe ging in der Nähe des Gouverneursbüros in die Luft. Der folgenschwerste Anschlag ereignete sich schließlich am Montagnachmittag in Antalya, wo drei Menschen durch eine Bombenexplosion getöte wurden
Umgehend unterstellten verschiedene Medien eine Täterschaft der PKK, obwohl kein Bekennerschreiben vorlag und die Anschläge die Handschrift der Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) tragen – eine Gruppe, die sich nach eigener Aussage vor rund zwei Jahren von der Arbeiterpartei und deren Guerilla abgespalten hatte. Ihr erschien die auf eine politische Lösung zielende PKK-Linie »nicht radikal genug«, und sie machte infolge mehrfach durch Bombenanschläge von sich reden.
In einer schriftlichen Erklärung verurteilte der Präsidialrat des Kongra-Gel die Bombenanschläge. Weiter führt die Organisation aus, auf der Suche nach einer gewaltfreien Lösung der kurdischen Frage zu sein, wie es auch die am 23. August von der KKK veröffentlichte Friedensdeklaration befürworte. In der KKK-Deklaration war die Bereitschaft zu friedensfördernden Maßnahmen zum Ausdruck gebracht worden.
Dagegen habe der türkische Staat seine Militäroperationen intensiviert, zerstöre die Natur in Kurdistan durch willentlich entfachte Waldbrände und habe Abdullah Öcalan eine Strafe der "Isolation in der Isolation" auferlegt. Mit diesem Vorgehen werde die Gewalt angeheizt und sich einer Lösung der kurdischen Frage verweigert. Weiter heißt es in der Erklärung: "Insbesondere die Ansprachen der Militärs und ihre dabei benutzte Wortwahl auf den militärischen Kommando-Übergabezeremonien in der vergangenen Woche sind höchstgradig provozierend."
"Bestimmte marginale Gruppen" würden in der Türkei Bombenanschläge auf Touristenorte der Türkei ausüben. Diese Aktionsform werde von der kurdischen Bewegung abgelehnt und verurteilt. Der türkische Staat sei dazu aufgerufen, den "Weg der Gewalt zu verlassen" und nach einer Lösung über einen Dialog suchen.
Auch die Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS Feleknas Uca verurteilte die Anschläge und jedwede Form der Gewalt. "Ich bedauere zutiefst den Tod dieser unschuldigen Menschen und verurteile die Urheber dieser Anschläge", erklärte sie in Brüssel.
"Nahezu jeden Tag erhalten wir aus der gesamten Türkei in den letzten Monaten Nachrichten über Bombenexplosionen, über den Tod von Menschen, über Verletzte, über militärische Auseinandersetzungen", sagte sie. Jeder weitere Tote schüre den Hass und vertiefe die Gräben innerhalb der Bevölkerung. Jede Explosion verbaue den Weg für einen friedlichen Wandel im Land. "Erneut zeigt sich, dass mit Gewalt keine Lösung und kein Dialog herbeigeführt werden kann. Ich verurteile auf Schärfste die Ermordung von unschuldigen Zivilisten und fordere von allen Konfliktparteien die sofortige Einstellung aller Gewaltanwendungen."
Nach Ansicht der Parlamentarierin stehen die Zeichen für eine friedliche Lösung des Konflikts "denkbar schlecht". Seit Anfang dieser Woche habe die türkische Armee Yasar Büyükanit als neuen Stabschef. Dieser gelte als Hardliner und drohte bereits vergangenen Freitag in einer Rede jedem mit Vergeltung, der den Kampf der PKK auf irgendeine Weise unterstützt. "Solange in der Türkei das Militär die Marschrichtung der Politik, auch unter Einsatz von illegitimen Mitteln, mitbestimmt, wird die Gewalt im Land kein Ende finden", sagte Feleknas Uca. "Dessen sollte sich Europa, auch im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, bewusst sein." Genau an diesem Punkt müsse die EU auf Veränderungen in der Türkei zur Entwicklung einer zivilen Demokratie einwirken. Ansonsten werde sich die innere Spaltung der Türkei weiter vertiefen, bis sie unüberbrückbar wird. Feleknas Uca erinnerte an die Zustände im Irak. Solche Bilder sind auch in der Türkei denkbar, wenn – auch mit Druck der europäischen Gemeinschaft – nicht wirksam gegengesteuert werde.
Als einen "letzten Ausweg aus der Gewaltspirale" bezeichnete die Europapolitikerin den für den 1. September angekündigten Waffenstillstand der PKK. Dafür sei allerdings ein positives Signal des türkischen Militärs unabdingbar.

(jW/ANF, 29.8., FU, 30.8., ISKU)

USA ernennen “PKK-Koordinator”

Der von den USA ernannte PKK-Sonderkoordinator Joseph Ralston wird in den kommenden Tagen seine Arbeit aufnehmen. Ralston ist ehemaliger US-Generalstabschef, der lange Zeit sowohl als Oberkommandierender der NATO-Truppen in Europa als auch der US-Truppen in Europa tätig war.
Wie der US-Außenministeriumssprecher Tom Casey bekannt gab, habe es keine Gespräche Washingtons mit der PKK oder einer anderen Organisation gegeben. Auch werde Ralstons Ansprechpartner nicht die PKK sein, sondern die Regierungen der Türkei und des Irak.
In der nächsten Woche wird Ralston in Ankara erwartet, wo er seine Arbeit beginnen wird. Die Türkei reagierte positiv auf die Ernennung des ehemaligen stellvertretenden Generalstabschefs. Vermutlich wird auch die Türkei einen Militär für die Zusammenarbeit mit den USA und dem Irak im Kampf gegen die PKK ernennen.
Die Ernennung Ralstons geht auf eine Bitte des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zurück, der Präsident Bush bei seinem Besuch in Washington Anfang Juli um größere Unterstützung bei der Bekämpfung der PKK gebeten hatte. In Ankara zeigte man sich enttäuscht darüber, dass die USA es zwar Israel erlaubt hatten die Hisbollah militärisch zu bekämpfen, eine ähnliche Unterstützung für die Bekämpfung der PKK den Türken bislang jedoch versagt blieb. *(ANF/DW, 30.8., ISKU)*

Meldungen

Kurdische Vereine werden wieder geöffnet
Wie der Dachverband kurdischer Vereine in Deutschland YEK-KOM in einer schriftlichen Erklärung angekündigt hat, werden die seit dem 21. August aus Protest gegen die zunehmende Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden geschlossenen 65 Mitgliedsvereine heute wieder geöffnet. YEK-KOM bewertete die vorübergehende Schließung als eine erfolgreiche Aktionsform, da aus diesem Anlass in allen betroffenen Städten Gespräche mit Politikern und zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt worden seien und damit das Ziel erreicht worden sei, Aufmerksamkeit für die vorliegende Problematik zu gewinnen. Allerdings sei damit nur ein Anfang gemacht worden, die Arbeit müsse fortgesetzt werden.

(ANF, 30.8., ISKU)

Türkei bombardiert erneut Südkurdistan
Die türkische Armee hat erneut das Grenzgebiet zwischen der Türkei und Südkurdistan mit Mörsergranaten beschossen. Betroffen war wieder das Dorf Bedehe in der Nähe von Dohuk, dessen Bewohner in Panik in nahe gelegene Höhlen flüchteten. Zu Toten kam es bei diesem Angriff nicht.
Zuletzt war das Dorf am 7. August angegriffen worden. Bei Angriffen der türkischen und iranischen Armee innerhalb der letzten vier Monate auf Grenzdörfer sind ungefähr 15 Personen getötet worden. *(ANF, 29.8., ISKU)*

Barroso wirbt für Türkei-Beitritt
EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat sich am Dienstag für eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ausgesprochen. Die Krise im Nahen Osten verdeutliche die strategische Bedeutung der Türkei als einem überwiegend muslimischen Land mit beachtlichen demokratischen und wirtschaftlichen Reformen, sagte Barroso in Jouy-en-Josas bei Paris. Man müsse die Stabilität in die Region exportieren und nicht die Instabilität nach Europa importieren, sagte Barroso auf einer Konferenz des französischen Arbeitgeberverbandes MEDEF. *(AP, 29.8., ISKU)*

Türkische Armee stellt neue Division in Kurdistan auf
Für ihren Kampf gegen die PKK hat die türkische Armee die Kommandostrukturen im Südosten des Landes geändert und eine neue Division eingerichtet. Wie der türkische Nachrichtensender NTV

HPG spricht Warnung wegen Hasankeyf aus

Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte HPG hat sich in einer Erklärung zum geplanten Ilisu-Staudammprojekt, mit dem Hasankeyf unter Wasser gesetzt werden soll, sowie den Waldbränden in der Türkei geäußert.
Zu Hasankeyf erklärten die HPG, bei dem Staudammprojekt handele es sich um eine andere Form des Staatsterrors gegen die kurdische Bevölkerung und einen Angriff gegen die kulturellen Reichtümer im Land. Die HPG betrachteten es als eine der Hauptaufgaben bei der Selbstverteidigung, dagegen vorzugehen. Die diesem Projekt Unterstützung leistenden Firmen und Banken riefen die HPG dazu auf, sich nicht "an dem Verbrechen gegen kulturelle Reichtümer der Menschheit" zu beteiligen. Für eventuellen Schaden, der den unterstützenden Institutionen entstehen könnte, seien sie selbst verantwortlich, so kündigte die Guerilla an.
Weiter wird in der Erklärung auf Meldungen in den türkischen Medien eingegangen, wonach die HPG verantwortlich für die in der Türkei in den letzten Wochen vermehrt ausgebrochenen Waldbrände sein sollen. "Als HPG teilen wir mit, dass wir mit diesen Bränden nichts zu tun haben. Das Niederbrennen von Wäldern oder ähnliche Aktionen lassen sich weder mit unserer demokratisch-ökologischen Philosophie noch mit unserer Auffassung von legitimer Aktion im Rahmen der Selbstverteidigung vereinbaren." Allerdings sei bei dieser Gelegenheit erneut die Doppelgesichtigkeit der türkischen Medien und des Staates zum Vorschein gekommen. Während der Staat in der Westtürkei alle Möglichkeiten mobilisiere, um die Brände zu löschen, fahre er fort "die natürliche Reichtümer und Schönheiten Kurdistans in geplanter Form zu vernichten".
Die Brände in Cudi, Gabar und Munzur seien von der türkischen Armee "bewusst und geplant" gelegt worden, die auch die in Eigeninitiative von der Bevölkerung gestarteten Löscharbeiten verhindere. "Damit zeigt der türkische Staat, dass er diese Schönheiten und Reichtümer nicht als die eigenen sowie die kurdische Bevölkerung und die Region Kurdistan als Feind betrachtet."

(ANF, 26.8., ISKU)

Demo in Berlin von Polizei angegriffen

Der Hungerstreik in Berlin aus Protest gegen die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik ist mit einer Demonstration beendet worden. Gegen Ende der Demonstration wurden einige TeilnehmerInnen von der Polizei angegriffen. Dabei wurde Gulistan Durc so stark verletzt, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. An der Demonstration vom Brandenburger Tor bis zum Alexander-Platz am Freitag nahmen ca. 300 Personen teil. Redebeiträge wurden für die PDS von Evrim Helin Baba sowie für YEK-KOM von Songül Karabulut gehalten, in denen die Verhaftungen kurdischer Politiker in Deutschland verurteilt wurden. Unterstützt wurde die Demonstration von verschiedenen linken Organisationen aus der Türkei.
Gegen Ende der Aktion ging die Polizei in die Menschenmenge hinein und nahm einige Jugendliche fest. Gulistan Durc wurde durch Schläge auf den Kopf und auf die Schultern verletzt. Durc wurde 2002 von einigen Frauengruppen nach Deutschland gebracht, weil sie in der Türkei schwer gefoltert worden war und in diesem Land nicht bleiben konnte. *(ANF, 26.8., ISKU)*

Kommentar zur Schließung kurdischer Institutionen im Irak

Vor wenigen Tagen wurde in Bagdad das Vereinsbüro der "Öcalan Institution für Literatur und wissenschaftliche Recherche" geschlossen. Die Schließung erfolgte, nachdem das irakische Parlament auf Bitten der türkischen Regierung ein offizielles Verbot dieser zivilgesellschaftlichen Organisation beschlossen hatte. Im Vorfeld hatten sich die türkischen Medien wochenlang darüber ausgelassen, dass die PKK angeblich in Bagdad ungehindert Büros unterhalten könne und weil der Verein in seinem Namen das Wort "Öcalan" trug, musste es sich nach der Logik Ankaras um eben ein solches Büro handeln. Fragen über die Arbeit des Vereins, der knapp zwei Jahre vorher offiziell vom Ministerium für Planung und Entwicklung nach Prüfung seiner Satzung und seines Programms genehmigt und registriert worden war, schienen deshalb überflüssig zu sein. Öcalan, das heißt nun einmal PKK.
Dass es sich um einen Verein handelte, der auf Grundlage der Thesen der Imrali Verteidigungen Abdullah Öcalans Nachforschungen über Modelle für einen demokratischen zivilgesellschaftlichen Wandel im Mittleren Osten anstellt, stand bei dem Verbot nicht zur Debatte. Überhaupt wurde dem Vereinsvorstand keine Gelegenheit gegeben, sich selbst zu den Vorwürfen zu äußern. Derselbe Talabani, der sich ansonsten vehement dagegen wehrt, dass die türkische Armee bei ihrem Kampf gegen die PKK grenzüberschreitende Operationen durchführt, weil das nicht mit der nationalen Unabhängigkeit des Iraks zu vereinbaren sei, hat keine Probleme damit, sich seine Politik von den USA und in letzter Zeit immer verstärkter vom Iran diktieren zu lassen und nun lässt er sich auch noch Einmischung von türkischer Seite in die inneren Angelegenheiten "seines" Landes gefallen.
Die "Öcalan Institution für Literatur und wissenschaftliche Recherche" ist übrigens nicht die einzige Organisation, die politischer Verfolgung ausgesetzt ist, bereits einige Woche zuvor war das Büro der Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan in Erbil geschlossen worden und Parteimitglieder wurden verhaftet. Der Druck auf unabhängige Organisationen in Kurdistan/ Irak ist nicht neu. Dort wo Barzani und Talabani das alleinige Sagen haben, zählen Gesetze wenig und erst recht keine Registrierungsurkunden. Wer öffentlich arbeiten will, braucht eine ausdrückliche Genehmigung der Gouverneure und die bekommt natürlich nur, wer die offizielle Linie der beiden großen südkurdischen Parteien nicht kritisiert.
Neu ist dagegen, dass irakisch-kurdische Einrichtungen außerhalb des kurdischen Hoheitsgebietes juristisch angegriffen werden. Und das ist nur dadurch möglich, weil Dschelal Talabani je nach Situation einmal als Vorsitzender der Patriotischen Union Kurdistans und einmal als irakischer Staatschef auftritt.
Es ist zynisch, dass sich ein kurdischer Politiker in einem Land, in dem der kurdischen Bevölkerung eine Vielzahl von Rechten garantiert wurde, zum verlängerten Arm der Türkei machen lässt. Südkurdistan wird im Westen gerne als eine demokratische Insel im ansonsten autoritären Mittleren Osten gesehen und die deutsche Regierung würde nichts lieber tun, als kurdische Asylbewerber in diesen Hort der Freiheit abzuschieben. Dass diese Freiheiten nur auf dem Papier existieren und von der Zugehörigkeit zum richtigen Clan und zur richtigen Partei abhängen, braucht die politischen Verantwortlichen zum Glück nicht zu interessieren.

Fatma Salih Osman
Bagdad, 19. August 2006

heute berichtete, sind der 3. Taktischen Division in Yüksekova im Dreiländereck mit dem Irak und dem Iran drei Brigaden zugeordnet worden. Im Gegenzug werde eine Infanteriedivision in Edirne im europäischen Teil des Landes aufgelöst.
Mit der neuen Division solle der Einsatz der aus dem Westen verlagerten Brigaden besser koordiniert werden, hieß es in dem Bericht. Etwa ein Drittel der Truppen, die in der Türkei dem Oberkommando des Heeres und der Gendarmerie unterstehen, sind laut NTV zur "Terrorabwehr" und Grenzsicherung im Osten und Südosten des Landes stationiert. Mit rund 500.000 Soldaten verfügt das NATO-Mitglied Türkei über die zweitgrößte Armee im Bündnis. *(orf, 30.8., ISKU)*

Israel bittet Türkei um Truppen
Israel setzt sich dafür ein, dass auch Soldaten befreundeter muslimischer Staaten an der Nahost-Truppe teilnehmen. Anders als die Uno besteht das Land darauf, dass die Grenze nach Syrien kontrolliert wird.
Israel hat befreundete muslimische Länder zur Beteiligung an der UN-Friedenstruppe im Libanon aufgerufen. Vor allem mit der Türkei würden Gespräche geführt, sagte Außenamtssprecher Mark Regev am vergangenen Samstag. Sollte sich die Türkei dafür entscheiden, der Unifil ein Kontingent zur Verfügung zu stellen, «würden wir das begrüßen», so Regev.
Nach dem Willen Israels sollen sich an der Stabilisierungstruppe nur Länder beteiligen, die mit dem jüdischen Staat diplomatische Beziehungen unterhalten. Dazu zählen auch Jordanien und Ägypten. Sollten sich muslimische Staaten ohne Beziehungen zu Israel an der Unifil beteiligen, könnten Geheimdienstinformationen nur schwer mit der Truppe geteilt werden, hieß es zur Begründung.
(NZ, 26.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
NZ	Netzeitung
orf	Östereichischer Rundfunk
DW	Deutsche Welle
FU	Büro Feleknas Uca

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 274
8. September 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zehntausende auf Aktionen zum 1. September

Schüsse auf Friedensforderung

Auf einer Großkundgebung in Istanbul aus Anlass des Weltfriedenstages 1. September, auf der der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk vor 20.000 Teilnehmenden zu einem beidseitigen Waffenstillstand zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Regierung aufgerufen hat, sind zwei Menschen durch Polizeischüsse verwundet worden. Mindestens eine weitere Person wurde durch einen Schlag auf den Kopf schwer verletzt. Es kam zu Dutzenden Festnahmen.

Die Kundgebung am 3. September war Teil der Aktivitäten der Friedenswoche, die in der Türkei vom 1. bis 7. September im Schatten der Kämpfe in der Region stattgefunden hat. In einem Redebeitrag sagte Ahmet Türk: "Gewalt bringt Gewalt hervor. Um das zu verhindern, müssen demokratische Projekte vorgelegt wrden. Die sechs Punkte umfassende Deklaration für eine Lösung der KKK ist eine ernste Gelegenheit für den Frieden. Minen und Waffen können keinen Frieden bringen. In Antalya sind Zivilisten ums Leben gekommen, gestern sind sieben Soldaten getötet worden. Diese Toten bereiten mir Schmerzen. Egal, wer solche Anschläge ausführt, wir sind gegen Angriffe auf Zivilisten. Die Bevölkerung will Frieden, darum müssen die Waffen zum Schweigen gebracht werden. Es muss ein sofortiger Waffenstillstand erklärt werden."

Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es, als die Polizei mit Schlagstöcken, Tränengas und schließlich Schusswaffen gegen das Vorzeigen von Öcalan-Bilder vorging. Erstmalig waren neben 3.000 Polizisten auch 500 Jandarma im Einsatz.

In Sirnak nahmen 60.000 Menschen an einer von der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) organisierten Friedensdemonstration teil. In Amed demonstrierten Kinder vom Kinderrat der Stadtteilverwaltung Sur.

Auf weiteren Veranstaltungen in Diyarbakir, Adana und Izmir wurde ebenfalls die Forderung nach Frieden zur Sprache gebracht.

Zehntausende bei Kulturfestival in Gelsenkirchen

Am 14. Internationalen Kurdischen Kulturfestival in Gelsenkirchen haben Zehntausende Menschen aus verschiedenen Ländern Europas teilgenommen. Das Festivalprogramm wurde vom YEK-KOM-Vorsitzenden Mehmet Demir mit einer Ansprache eröffnet, in der er darauf hinwies, dass in Europa 1,5 Millionen KurdInnen lebten, die meisten davon in Deutschland. "Wir sind eine Community, die aufgrund von Krieg, Vertreibung, Repression, Ungleichheit und fehlender Demokratie nach Europa migriert ist. Auf der Basis unserer legitimen Rechte legen wir Wert darauf, ein Teil der Gesellschaft in Deutschland zu sein. Um unsere Rechte zu schützen, organisieren wir uns." Weiter kritisierte Demir, dass auch in der Bundesrepublik aufgrund von politischer Berechnung seit Jahren die Freiheiten der Kurden eingeschränkt würden: "Unsere Zeitungen werden verboten, unsere Menschen bedroht und verhaftet."

Neben dem Kulturprogramm und Redebeiträgen auf zwei Bühnen waren auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen diverse Stände aufgebaut. Besonderes Interesse galt einem Stand der Betreiber einer neu eingerichteten Internetseite (sehid.com), auf der die Gefallenen im kurdischen Befreiungskampf archiviert werden. An Laptops konnten Angehörige nach Informationen über vermisste Guerillakämpfer suchen.

(ANF, 2.9./ÜÖG, 4.9., ISKU)

CPT: Öcalans Haftbedingungen sind besorgniserregend

Das Komitee zur Verhinderung von Folter des Europarates (CPT) hat in einem Gutachten über die Situation in Polizeirevieren, Haftanstalten und Psychiatrien in der Türkei die Haftbedingungen Abdullah Öcalans als besorgniserregend bezeichnet. Auch die verhinderten Besuche seiner Familie und seiner Verteidiger seien Anlass zur Sorge, so das Komitee. Die Umstände, unter denen Öcalan gefangen gehalten werde, seien "Thema im Dialog" zwischen dem CPT und den türkischen Behörden, so heißt es weiter.

Bereits das zweite Mal in Folge sind am Mittwoch die Verteidiger Abdullah Öcalans auf dem Weg zu ihrem rein rechtlich einmal wöchentlich stattfindenden Besuch bei ihrem Mandanten mit der Begründung, das Boot sei defekt, vor Erreichen der Gefängnisinsel Imrali zurückgewiesen worden.

ai-Bericht kritisiert Folter

Unfaire Prozesse und unter Folter erpresste "Geständnisse" bleiben nach Angaben der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) das große Problem der türkischen Justiz. Besonders betroffen seien Personen, die unter dem türkischen Anti-Terrorgesetz angeklagt sind, lautet das Fazit eines am Mittwoch veröffentlichten ai-Berichts.

"Trotz Reformen haben die neuen Gerichte für schwere Straftaten die Verfahrensfehler der ehemaligen Staatssicherheitsgerichte bis heute nicht korrigiert", so Heinz Patzelt, Generalsekretär von ai-Österreich. "Die Angeklagten haben kaum eine faire Chance auf Verteidigung. Außerdem werden unter Folter erpresste Aussagen weiterhin als Beweismittel zugelassen."

ai dokumentiert in dem neuen Türkei-Bericht Verfahren, die teilweise seit mehr als zehn Jahren dauern. "Turgay Ulu sitzt seit Mai 1996 in Untersuchungshaft", so Patzelt. "Der stark sehbehinderte Mann wurde der Mitgliedschaft in zwei ideologisch konkurrierenden Organisationen beschuldigt. Außerdem wurde ihm die Teilnahme an einer bewaffneten Aktion vorgeworfen. Dafür wurde er zum Tode verurteilt - obwohl die als Zeugen geladenen Polizisten ihn nicht als Täter identifizieren konnten." Das Todesurteil sei mitlerweile in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt worden. Das Berufungsverfahren laufe.

"Obwohl keinerlei Beweise gegen Turgay Ulu vorliegen, wurden bisher sämtliche Haftentlassungsanträge abgelehnt", kritisiert Patzelt.

ai fordert die türkischen Behörden auf, endlich internationale Rechtsstandards zu wahren. Jeder Foltervorwurf müsse gründlich untersucht und die Verwendung unter Folter erpresster Geständnisse unterbunden werden. Darüber hinaus müsse die Türkei dafür Sorge tragen, dass die Verfahren auf der Basis umfassender und effektiver Ermittlungen geführt werden, damit die Untersuchungshaft nicht endlos hinausgezögert werde. *(ANF/DS, 6.9., ISKU)*

Meldungen

HPG-Bilanz für August

Die Volksverteidigungskräfte haben eine Kriegsbilanz für den Monat August veröffentlicht. Demnach haben die türkische und iranische Armee insgesamt 51 Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla durchgeführt. Dabei wurden 85 Soldaten, Dorfschützer und Revolutionswächter getötet, neun Guerillakämpfer kamen ums Leben. Ein türkischer Soldat hat sich der Guerilla ergeben.

(ANF, 1.9., ISKU)

Türkei will in den Libanon

Drinnen, in der Großen Nationalversammlung der Türkei, gab es an der Entscheidung wenig zu deuteln: 340 zu 190 Stimmen für eine Entsendung türkischer Truppen in den Libanon. Draußen, vor dem Parlamentsgebäude in Ankara, hielten die Proteste an. Nach über 10000 Demonstranten am Dienstag kamen am Mittwoch erneut Hunderte, um sich gegen den militärischen Einsatz in Nahost zu wehren. Die Polizei antwortete mit Gewalt: Tränengas, Wasserwerfer, Gummiknüppel und Handfesseln kamen zum Einsatz. Dutzende Linke wurden verhaftet. Derweil würdigte drinnen UN-Generalsekretär Kofi Annan die Zusage für den Militäreinsatz im Rahmen des UNIFIL-Mandats als "Zeichen der internationalen Solidarität". *(jW, 7.9., ISKU)*

Fahnenstreit im Irak

Seit Freitag darf die irakische Flagge im kurdischen Autonomiegebiet des Nordirak nicht mehr vor Behörden, Kasernen und Polizeistationen gehisst werden, entschied der Präsident der Autonomieregion, Massoud Barzani. Im kurdischen Regierungsblatt war zu lesen, neben der kurdischen Flagge seien vor offiziellen Gebäuden im Nordirak künftig nur noch die Fahnen der politischen Parteien zugelassen. In Suleimaniya hieß es, in den von Barzanis Partei KDP kontrollierten Provinzen Dohuk und Arbil sei die Flagge ohnehin schon lange verschwunden. Das Dekret sei wohl erlassen worden, um diese Maßnahme auch in der von der zweiten großen Kurdenpartei PUK kontrollierten Provinz Suleimaniya durchzusetzen. Der irakische Regierungschef Nouri al-Maliki hat indessen angeordnet, die irakische Fahne "auf jedem Zentimeter irakischer Erde" zu hissen. Solange das Parlament in dieser Angelegenheit keine Entscheidung getroffen habe, müsse dies gemäß der Verfassung so gehandhabt werden, erklärte der Regierungschef am Sonntag. *(DS, 3.9., ISKU)*

10%-Hürde vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte

Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg ist auf Antrag der ehemaligen DEHAP-Kandidaten Mehmet Yumak und Resul Sadak die in der Türkei bei Wahlen bestehende 10%-Hürde verhandelt worden. Yumak und Sadak hatten bei den Wahlen im Jahr 2002 in Sirnak 45,95% erhalten. Da die DEHAP landesweit jedoch unter zehn Prozent blieb, gelang den Kandidaten auch der Einzug ins Parlament nicht. Ihr Rechtsanwalt Tahir Elci erklärte vor dem EuGMR, die hohe Wahlhürde sei ein Schlag gegen die pluralistische Demokratie und stelle eine große Ungerechtigkeit dar, weil der Wille eines großen Teils der Bevölkerung sich nicht in der parlamentarischen Zusammensetzung wiederspiegele. Statt der DEHAP-Kandidaten seien zwei AKP"ler ins Parlament eingezogen, die lediglich 14 Prozent der Stimmen in Sirnak erhalten hätten. Damit sei das Europäische Abkommen für Menschenrechte verletzt worden, das freie und gerechte Wahlen vorsehe. Die 10%-Hürde sei ein Überbleibsel aus der Zeit des Militärputsches. Dieser Ansicht widersprach der juristische Vertreter der türkischen Regierung, der auf die Möglichkeit verwies, Wahlbündnisse zu schließen und unabhängige Kandidaten aufzustellen.
Innerhalb von drei Monaten ist ein Urteil der zuständigen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte darüber zu erwarten, ob das Europäische Abkommen für Menschenrechte durch das Wahlhürdensystem in der Türkei verletzt worden ist. Falls die betroffenen Seiten Einspruch gegen das Urteil einlegen, geht der Fall vor eine höhere Instanz am Gerichtshof. Die Umsetzung des Urteils obliegt dem Ministerrat des Europarates. *(ANF, 5.9, ISKU)*

Scharfe Kritik an Reformprozess

Das EU-Parlament stellt dem Reformprozess in der Türkei ein schlechtes Zeugnis aus. Der Außenpolitische Ausschuss hat in einem am späten Montagabend mit großer Mehrheit angenommenem Bericht die "Verlangsamung des Reformprozesses" bedauert und auf "anhaltende Mängel" in Bereichen wie Meinungsfreiheit, Religions- und Minderheiten- sowie Frauenrechte hingewiesen. Ein Stopp der Beitrittsverhandlungen wird zwar nicht verlangt. Im Text heißt es, dass "unzureichende Fortschritte" im Streit über die volle Anerkennung Zyperns den Verhandlungsprozess mit der Türkei "zum Stillstand bringen könnte".
Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde der ursprüngliche Berichtsentwurf mit rund 300 Änderungsanträgen - darunter 22 Kompromissanträge der großen Fraktionen -, noch etwas entschärft. An der Hauptlinie ändere das aber nichts, betonte der Berichterstatter, der niederländische Konservative Camiel Erlings: "Wenn man die Situation ehrlich anschaut, hat es Verzögerungen bei den Reformen gegeben". Er hoffe, dass die Türkei die "deutliche Botschaft begreift und als Ansporn versteht", sagte er zum deutlichen Abstimmungsergebnis.
Auch der SPÖ-EU-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion, Hannes Swoboda, betonte, dass das Parlament mit dem Bericht an seinem Grundsatz der Verhandlungen mit der Türkei festhalte, aber gleichzeitig auch deutlich mache, dass diese an Bedingungen geknüpft sind. Sollte es tatsächlich zu einem Aussetzen der Verhandlungen kommen - wie das EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn angedeutet hat -, würde er das sehr bedauern, weil die Türkei gerade angesichts der Nahostkrise als Partner gebraucht werde, sagte Swoboda. Die EU müsse aber deutlich machen, "dass sie in so wesentlichen Forderungen wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit oder Kurdenfrage nicht erpressbar ist".
EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hat ebenfalls wiederholt vor einem Nachlassen des Reformeifers in der Türkei und einer Krise im Herbst gewarnt. Die EU-Kommission wird ihren nächsten Fortschrittbericht am 24. Oktober vorlegen, von dem der weitere Verlauf der Beitrittsverhandlungen abhängen wird. *(DS, 5.9., ISKU)*

Aufstand einer Soldatenmutter

Neriman Okay ist die Mutter von Burak Okay, der als Soldat der türkischen Armee bei einem Gefecht mit einer Einheit der HPG-Guerilla in Hakkari-Cukurca ums Leben gekommen ist. Gegenüber der Tageszeitung Milliyet erklärte sie: "Ich betrachte ihn nicht als Märtyrer. Niemand versteht mich. Soll doch Bilal [der Sohn von Ministerpräsident Erdogan] kommen und in Cukurca seinen Militärdienst ableisten, vielleicht kann Ministerpräsident Tayyip Erdogan mich dann verstehen." Ihr Sohn sei dieses Jahr nach dem Abschluss seines Informatikstudiums zum Militärdienst eingezogen worden. "Ich habe ihn nicht zum Militär geschickt, damit er dort stirbt. Es sollte endlich Rechenschaft darüber abgelegt werden, warum unsere Kinder in den Osten geschickt werden. Zunächst sollte Bilal gehen und dort kämpfen."
"Sie nennen ihn Märtyrer", fährt sie fort. "Aber ich sage, so leicht wird man nicht zum Märtyrer. Auf der Beerdigung haben sie vor mir Angst gehabt und gesagt: Was ist das denn für eine Märtyrer-Mutter? Ein Kommandant kam zu mir. Ich habe ihn gefragt, ob er einen Sohn hat und wo der seinen Militärdienst abgeleistet hat. In Ankara, hat er geantwortet. Als ich sagte, und warum war meiner in Hakkari, ob er dafür Rechenschaft ablegen könne, ist er geflüchtet." *(ANF, 6.9., ISKU)*

Drei Menschen in Batman von Militärs erschossen

In Batman-Kozluk haben Soldaten mit Schüssen auf ein Fahrzeug drei Menschen getötet und zwei weitere verletzt. Unter den Toten befindet sich ein elfjähriges Mädchen.
Nach Angaben der Mutter des Kindes, die sich ebenfalls im Auto befand und durch einen Schuss in den Oberschenkel schwer verletzt wurde, war die Familie auf dem Weg ins Stadtzentrum, als ihr Fahrzeug von zwei zivil gekleideten Personen angehalten wurde, die einen Sack Zwiebeln mit sich trugen und mitgenommen werden wollten. Kurze Zeit später wurde das Auto mit seinen nunmehr fünf Insassen an einer militärischen Straßensperre angehalten. Die Militärs eröffneten das Feuer und erschossen die beiden unbekannten Männer sowie die elfjährige Mizgin Özbek. Ihr Bruder, der das Auto fuhr, wurde ebenfalls leicht verletzt und nach seiner ärztlichen Versorgung festgenommen. Die Mutter schwebt nicht mehr in Lebensgefahr.
Laut einer schriftlichen Stellungnahme des Gouverneurs von Batman handelt es sich bei den Toten um HPG-Kämpfer. Die HPG haben sich bisher nicht geäußert. *(ANF, 5.9., ISKU)*

Ernüchternde Bilanz der Strafverfolgung von Folter
Einer Auswertung des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) zufolge, wurden von 50 im vergangenen Jahr beobachteten Verfahren 15 abgeschlossen. Zehn dieser Verfahren endeten mit Freispruch, zwei wurden eingestellt und eines wurde wegen Verjährung eingestellt. In zwei Fällen erging eine Verurteilung. Von 59 mit dem Vorwurf von Mißhandlung/Folter eingeleiteten Untersuchungen wurden im vergangenen Jahr 35 abgeschlossen. In 31 Fällen erging eine Verfahrenseinstellung. Zwei Verfahren wurden mangels Zuständigkeit, eines wegen fehlender Vollmacht und eines weil "kein Anlaß zur Strafverfolgung bestehe" eingestellt. *(Za, 4.9., ISKU)*

Staat schiebt Kurden ab
Weil sich die Piloten zweier Airlines weigerten, ihn mitzunehmen, konnte der 20-jährige Kurde Serif Akbulut bislang nicht abgeschoben werden. Doch nun hat der Staat seinen Willen doch noch durchsetzen können. Um 11.30 Uhr sei ein Kleinflugzeug mit Akbulut und drei Beamten an Bord Richtung Türkei gestartet, sagte Herwig Putsche vom Hanauer Bündnis für Bleiberecht am Dienstag in Hanau. Das Ganze geschah auf Anordnung der zentralen Ausländerbehörde im Regierungspräsidium Darmstadt. Zahlreiche Bürger und Vertreter der Kirchen hatten bis zuletzt gegen die Abschiebung des jungen Mannes gekämpft.
Akbulut, der mit seinen Eltern seit acht Jahren in Schlüchtern (Main-Kinzig-Kreis) in einem Flüchtlingsheim lebte, saß seit dem 7. Juli in Abschiebehaft. Seine Mutter gilt als schwer traumatisiert und suizidgefährdet. Auch die Eltern seien von Abschiebung bedroht. Die Familie war 1998 wegen politischer Verfolgung und Folter nach Deutschland geflüchtet. *(hr, 6.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
jW	junge Welt
DS	Der Standard
Za	Zaman
hr	Hessicher Rundfunk

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 275
15. September 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massaker in Diyarbakir fordert 10 Menschenleben

Terroranschlag auf Zivilbevölkerung

Die Anzahl der Todesopfer des Bombenanschlags in Diyarbakir am Dienstagabend hat sich auf zehn erhöht. Darunter befinden sich sieben Kinder. Zwei weitere Verletzte befinden sich nach wie vor in Lebensgefahr.

Zu dem Anschlag bekannten sich zwischenzeitlich die faschistischen "Türkischen Rachebrigaden" (TIT). Der Anschlag in Diyarbakir sei im Gedenken an einen kürzlich in Siirt ums Leben gekommenen Soldaten verübt worden. Zusätzlich zur Erklärung sind Fotos abgebildet, die nach TIT-Angaben den Sprengsatz vor der Explosion darstellen. Darunter steht: "Der beste Kurde ist ein toter Kurde". In der Erklärung heißt es weiter: "Als Türkische Rachebrigaden werden wir für jeden Türken, den die PKK im Westen zum Märtyrer macht, in Diyarbakir zehn Kurden töten."
Die TIT wurden erstmals in den 70er und 80er Jahren während der ersten Zusammenstöße der Links- und Rechtsfraktionen in der Türkei und Kurdistan bekannt. Es wird vermutet, dass diese Gruppe für über 1.000 Todesfälle während dieses Zeitabschnittes verantwortlich sei. Im Zuge des Militärputsches vom 12. September 1980 wurde auch diese Gruppe zerstreut, und die meisten Mitglieder wurden seitens der Junta inhaftiert. Mitte der 80er bis Ende der 90er Jahre während des letzten kurdischen Aufstandes wurden jedoch die Mitglieder der Gruppe entlassen und dann bewusst gegen kurdische politische und kulturelle Veranstaltungen eingesetzt, indem sie in den türkischen Militärgeheimdienst JITEM, integriert wurden.
Zuletzt 1998 hatten die TIT durch einen Anschlag auf Akin Birdal vom Menschenrechtsverein IHD sowie mit an die DTP und den IHD gerichteten Drohbriefen und Bombenattrappen auf sich aufmerksam gemacht.
Heute wird vermutet, dass die TIT eine Unterorganisation der "Atabeyler" sind, einer Organisation, deren Existenz erstmalig durch den Mordanschlag auf einen türkischen Richter am 12. Mai 2006 offiziell bekannt wurde. Nach der Vehaftung des Attentäters Alparslan Aslan wurden auf Grund seiner Aussagen zahlreiche ehemalige und aktive Militärs festgenommen - bekannt wurde der Fall als "Atabeyler Operation". Die weiteren Ermittlungen brachten jedoch keine Ergebnisse, da einige hochrangige Offiziere sich für "ihre Männer" einsetzten. Ziel der ´Atabeyler` sei es, einen erneuten Militärputsch in der Türkei zu provozieren.

Der Exekutivrat der Gemeinschaftb der Kommunen Kurdistans (KKK) hat unterdessen den Anschlag als einen "terroristischen Angriff" auf die Bevölkerung von Diyarbakir bezeichnet, mit dem die kurdische Befreiungsbewegung nichts zu tun habe. In einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung der KKK wird weiterhin auf den zeitlichen Zusammenhang des Anschlags aufmerksam gemacht: Erst vor knapp zwei Wochen hatten die KKK mit einer "Deklaration für eine Lösung" ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erneut signalisiert. Einen Tag vor dem Anschlag hatte die Partei für eine demokratische Lösung (DTP) die Guerilla zu einem Waffenstillstand aufgefordert. Am Dienstag wurde eine von 224 türkischen und kurdischen Intellektuellen verfasste Deklaration mit der Überschrift "Es reicht!" veröffentlicht, in der die PKK zu einem Waffenstillstand und der Staat zu den dafür notwendigen Schritten aufgefordert wurden. Schließlich fand am Mittwoch erstmalig ein Treffen zwischen den neu ernannten "PKK-Koordinatoren" der USA und der Türkei in Ankara statt. In der letzten Zeit hatten sich außerdem Angehörige von getöteten Soldaten öffentlich gegen den Krieg geäußert, was große Beachtung in den türkischen Medien gefunden hatte.
Der KKK-Exekutivrat bewertete den Angriff in diesem Zusammenhang als Sabotageversuch gegen einen Friedensprozess durch "bestimmte Kräfte", die sich "innerhalb des türkische Spezialkriegssystems" befinden, sich vor "Frieden, einer demokratischen Lösung und einem Dialog" fürchteten und sich über rassistisch-nationalistische Propaganda auf billige Weise die Macht sichern wollten. Weiter warnten die KKK davor, dass die Möglichkeit weiterer provokativer Angriffe bestehe.
Auch der Kongra-Gel verurteilte am Mittwoch den Anschlag scharf und sprach den Angehörigen der Getöteten und dem kurdischen Volk sein Beileid aus. Weiter heißt es in der Erklärung: "Dieses Attentat wurde am 26. Jahrestag des Militärputsches vom 12. September 1980 verübt. Die Tatsache, dass zudem Diyarbakir zum Ort und die Zivilbevölkerung zum Ziel des Angriffs gemacht wurde, beinhaltet eine Botschaft der Drohung und der Rache. Diese Grausamkeit zeigt, dass der Geist des 12. September 1980 in Kurdistan weitergeführt werden soll und noch immer anhält. Der Staat, der sich sowohl militärisch als auch in anderen Bereichen in die Ecke gedrängt sieht, rächt sich auf diese Weise an der Bevölkerung, indem er die Konterguerillakräfte erneut einsetzt. Der jüngste Vorfall ist die Fortsetzung der staatlich gesteuerten Bombenangriffe von Semdinli und zeigt, dass „die guten Jungs" wieder am Werk sind."
Der Bürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir (DTP) bewertete den Anschlag als "gegen den Frieden gerichtete Provokation". Es sei völlig eindeutig, dass mit dem Angriff auf Zivilisten die Forderung nach Frieden sabotiert werden solle. Dennoch bestehe einzig und allein die Möglichkeit, von dieser Forderung nicht abzurücken und besonnen zu handeln.
Auch die Anwaltskammer Diyarbakir und der Menschenrechtsverein IHD verurteilten den Anschlag. Im Namen der Anwaltskammer erklärte der Vorsitzende Sezgin Tanrikulu: "Wir bewerten diesen grausamen Angriff als eine provokative Aktion, mit der die Forderung nach Frieden, die sich in der Türkei verbreitet, unterlaufen werden soll. Es ist Aufgabe der Regierung, die Täter und die hinter ihnen stehenden Kräfte unverzüglich aufzudecken. Falls das nicht geschieht, wird aus den fortgesetzten Anschlägen in der Türkei ein innerer Krieg entstehen."
Die IHD-Zweigstelle in Diyarbakir äußerte in einer schriftlichen Erklärung, die Explosion habe sich an einem sehr belebten Ort ereignet. "Eines der Hauptziele dieser brutalen Aktion gegen die Zivilbevölkerung ist es, Sorge, Angst und Chaos auszulösen."
Am Ort des Anschlags versammelten sich am Mittwoch Tausende Menschen, legten Nelken nieder und brachten ihre Wut in Parolen wie "Dafür wird der Mörderstaat zahlen" zum Ausdruck. Die Polizei traf strenge Sicherheitsvorkehrungen und positionierte Scharfschützen auf umliegenden Dächern.
Als am Donnerstag erneut Tausende am Ort des Anschlags protestieren wollten, wurden sie von Spezialeinheiten der Polizei angegriffen, die dabei Gasgeschosse einsetzte. *(ANF/DIHA/ki, 13./14.9., ISKU)*

Meldungen

AI kritisiert Sondergesetzgebung für Öcalan

Amnesty International hat in einem Bericht über die Justiz in der Türkei die Erlassung eines Sondergesetzes zur Verhinderung einer Neuverhandlung des Prozesses Abdullah Öcalans sowie die Auswirkungen des neuen Antiterrorgesetzes und die Verwendung von unter Folter erpresster Aussagen in Gerichtsverfahren kritisiert. Die Regierung habe sich entgegen dieser Praxis immer wieder damit gerühmt, Folter unterbunden zu haben, so heißt es in dem Bericht unter der Überschrift "Turkey: Justice delayed and denied". *(ANF, 8.9., ISKU)*

PKK-Koordinator der Türkei ernannt

Nach der Ernennung des ehemaligen NATO-Oberkommandierenden Joseph Ralston als "PKK-Sonderkoordinator" durch die USA hat auch die Türkei einen ehemaligen General für diesen Posten benannt. Dabei handelt es sich um Edip Baser, der 2002 in den Ruhestand getreten ist. Die Entscheidung wurde von Staatspräsident Sezer bestätigt. Baser wird sich am 13. September mit Ralston in Ankara treffen.
(ANF, 8.9., ISKU)

Ankara aktualisiert PKK-Liste

In Ankara finden Vorbereitungen auf den Besuch des PKK-Sonderkoordinators der USA Joseph Ralston in der kommenden Woche statt. Ralston wird eine 150 Personen umfassende, aktualisierte Liste mit PKK-Mitgliedern überreicht werden, deren Ergreifung Ankara wünscht. Nach einer Meldung des TV-Senders CNN Türk wird in Ankara die Herangehensweise der USA an die PKK-Liste der Türkei als Test für den neu eingerichteten Koordinationsmechanismus betrachtet.
(ANF, 8.9., ISKU)

Appell an Bundesregierung wegen Ilisu-Staudamm

Die Umweltorganisation World Wildlife Fund (WWF) hat an die Bundesregierung appelliert, den Ilisu-Staudamm in der Türkei nicht durch eine Kreditvergabe zu unterstützten. Die Entscheidung über die Vergabe einer Hermes-Bürgschaft von 100 Millionen Euro an die deutsche Baufirma Züblin AG steht in den nächsten Tagen an. Wie Martin Geiger von WWF erklärte, sei die Unterstützung des Staudammprojekts durch deutsche Steuergelder nicht vertretbar. Das Projekt verletze das Genfer Umweltabkommen.
(ANF, 8.9., ISKU)

DTP ruft zu Waffenstillstand auf

Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk hat den Kongra Gel zu einem Waffenstillstand aufgerufen, um eine Lösung der kurdischen Frage über einen demokratischen Dialog zu ermöglichen. Auf einer Presseerklärung in Diyarbakir erklärte Türk am Montag: "Wir hoffen, dass der Kongra Gel unseren Aufruf beantwortet und glauben an eine positive Antwort."

Es werde versucht, den Konflikt um die kurdische Frage so anzuspitzen, dass eine Lösung immer unmöglicher gemacht werde. "Mit der nationalistisch-chauvinistischen Welle, die bereits jetzt die kurdisch-türkische Einheit sprengt, erhält der Wille zu einem Zusammenleben einen Schlag, wie es ihn in den vergangenen tausend Jahren nicht gegeben hat."

Türk verwies auf die Lynchversuche an Kurden in der Westtürkei in den vergangenen Tagen und sagte, es sei vor allem politischen Kreisen, dem Staat und den zivilgesellschaftlichen Organisationen zuzuschreiben, dass man in dieser Problematik an diesen Punkt gekommen sei.

"Damit kein einziger weiterer Mensch mehr sein Leben verliert, damit unsere Völker sich nicht gegenseitig erwürgen, damit eine würdevolle, freie und gleiche türkisch-kurdische Einheit enstehen kann, damit der in jüngster Zeit künstlich angeheizte türkisch-kurdische Konflikt und die Provokationen nationalistisch-chauvinistischer Kräfte ins Leere laufen, für wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung, für die Vorbereitung einer friedlichen, demokratischen und auf einem Dialog basierenden Lösung der kurdischen Frage, damit jeder in diesem Land mit seiner eigenen Sprache, Identität und Farbe würdevoll leben kann, um den kommenden Generationen die Chance auf Frieden, Liebe, Toleranz und Glück statt Schmerz und Tränen zu geben - dafür rufen wir zu einem Waffenstillstand auf."

Auf die Frage, warum sich der Aufruf lediglich an den Kongra Gel richte, erklärte Türk, "um der von der Parteibasis kommenden Stimme ein Ohr zu geben". Die Gesellschaft leide unter dem Krieg, ein Waffenstillstand als wichtiger Schritt für eine Lösung des Problems werde zu einer Entspannung in der Bevölkerung beitragen.

Auf einer weiteren Pressekonferenz in Ankara am Dienstag antworte Ahmed Türk auf die Frage, ob bereits eine Reaktion auf den Aufruf erfolgt sei: "Wir haben bereits erklärt, dass wir daran glauben, dass unser Aufruf gewertet werden wird. Es besteht Bedarf nach einem neuen Entwicklungsprozess. Die Türkei muss die Dinge überdenken, die Vergangenheit noch einmal betrachten. Mein Aufruf richtet sich an alle. Ich glaube daran, dass ein positiver Punkt erreicht werden kann. In der Vergangenheit hat es bereits Aufrufe von Intellektuellen gegeben. Ich schätze, dass es neue ähnliche Aufrufe geben wird. Die Demokratische Friedensinitiative hat einen solchen Aufruf gemacht. Wichtig ist es, den Ruf nach Frieden überall, in allen Kreisen zu entwickeln."

Zu einer Frage zu dem am Mittwoch bevorstehenden Treffen der neu ernannten "PKK-Koordinatoren" der USA und der Türkei, bei dem die türkische Seite erneut die Auslieferung von PKK-Führungskadern fordern wird, erklärte Türk, es müssten endlich Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden: "Realismus ist gefordert. Wir wollen einen friedlichen Prozess und ein entsprechendes Programm, damit die Türkei zur Ruhe kommt und das Leid ein Ende findet. Öcalan wurde ausgeliefert, und hat damit die kurdische Frage aufgehört zu existieren, ist das Problem gelöst worden? Wird das Problem ein Ende finden, wenn morgen weitere ausgeliefert werden? Nein. Wir wollen, dass eine Logik in den Vordergrund tritt, nach der das Problem grundlegend angegangen wird, die Geschwisterlichkeit der Völker gepflegt und ein Zusammenleben ermöglicht wird. Das Problem kann nicht mit der Auslieferung einiger gelöst werden. Schaut in die Geschichte, der Staat selbst spricht von 29 kurdischen Aufständen. Und was haben Unterdrückung und Vernichtung genützt? Wird die kurdische Frage aufhören zu existieren, wenn die PKK vernichtet wird?" *(ANF, 11./12.9., ISKU)*

Angriffe auf Kurden häufen sich

In jüngster Zeit häufen sich die Angriffe auf kurdische Arbeiter in der Westtürkei. Nachdem in der vorletzten Woche in Konya ein banaler Streit zu einem Massenlynchversuch an kurdischen Arbeitern ausgeartet war, griffen am vergangenen Mittwoch ca. 2000 Personen in Sakarya aus Diyarbakir stammende Saisonarbeiter an. Vier Kurden wurden festgenommen. Vor dem Polizeirevier versammelte sich eine Menschenmasse mit MHP-Mitgliedern an der Spitze, die die Herausgabe der Festgenommenen forderte.

Entzündet hatte sich der Streit in einem Teegarten, als MHP'ler kurdische Arbeiter als "PKK'ler" und "schmutzige Terroristenkurden" beschimpften. Als sich das Gerücht verbreitete, dass es sich bei den Arbeitern um PKK'ler handelt, griffen Hunderte Personen unter Parolenrufen die betroffenen Arbeiter an, die schließlich - auch zu ihrem eigenen Schutz - festgenommen wurden.

Vorletzte Woche hatten 150 kurdische Familien Konya nach einem Angriff auf kurdische Arbeiter aus Sicherheitsgründen verlassen müssen. Im Juli entkamen 16 SaisonarbeiterInnen in Izmir einem Lynchversuch. Im Juni war ein Streit zwischen zwei Jugendlichen in Izmir zu einer kurdisch-türkischen Massenschlägerei ausgeartet. Weitere Lynchversuche fanden in diesem Jahr in Trabzon, Kirklareli, Ordu und Sakarya statt.

(ANF, 8.9., ISKU)

Anklage gegen Familie wegen Beerdigung ihres Sohnes

Aufgrund ihrer Teilnahme an der Beerdigung des in Sivas gefallenen Guerillakämpfers Selman Tunc ist gegen 13 Personen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Unter den Betroffenen befinden sich der Vater und der Bruder des Toten sowie der Imam, der die Trauerfeier ausrichtete.

Die ersten Verhöre in diesem Verfahren fanden in der vergangenen Woche statt. Beerdigungsteilnehmer wurden polizeilich dazu befragt, warum sie an der Trauerfeier "des Terroristen" teilgenommen hätten, die daraufhin antworteten, es sei Teil des Brauchtums, beim Tod eines Nachbarn zur Beerdigung zu gehen.

Auch der Vater des Toten soll dazu befragt werden. Hidir Tunc ist wütend: "Jetzt soll es sogar schon ein Verbrechen sein, unsere Toten zu beerdigen. Ich frage mich, ob diejenigen, die jetzt gegen uns ermitteln, die Leichname ihrer Kinder auf den Müll werfen würden. Wie kann man darauf kommen, zu fragen, warum ich meinen Sohn beerdigt habe? Wenn sie fragen würden, warum ich Parolen gerufen, in die Luft geschossen oder jemanden verletzt habe, dann könnte ich das verstehen, aber so etwas? Soll so die Geschwisterlichkeit zwischen den Völkern in diesem Land aussehen? Auch ich würde mir wünschen, es hätte diese Beerdigung niemals gegeben und niemand wäre gestorben. Trotz allem will ich Frieden und Geschwisterlichkeit."

(ÜÖG, 7.9., ISKU)

HPG: "Zwei Guerillakämpfer und Mizgin hingerichtet"

Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) hat eine Erklärung zu dem Vorfall in Batman-Kozluk am 5. September (siehe Nuce Nr. 274) abgegeben, bei dem Militärs zwei zivil gekleidete Männer und ein elfjähriges Mädchen durch Schüsse getötet haben. Demnach handelt es sich bei den ermordeten Männern um HPG-Kämpfer, die in der Volksarbeit tätig waren. Eine Schießerei habe es nicht gegeben, vielmehr habe es sich um eine Hinrichtung gehandelt, der auch die elfjährige Mizgin Özbek zum Opfer gefallen sei. *(ANF, 11.9., ISKU)*

Verhaftungswell gegen Linke

Die türkische Polizei hat 23 mutmassliche Mitglieder einer linken Organisation festgenommen. Bei den Einsätzen in Istanbul und weiteren Städten hätten die Fahnder 250 Kilogramm Sprengstoff beschlagnahmt. Damit zitierte die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Dienstag den Gouverneur von Istanbul, Muammer Güler. Ein Polizeibeamter sagte, der Gouverneur beziehe sich auf die bewaffnete Untergrundgruppe Marxistisch-leninistische Kommunistische Partei (MLKP). Durchsuchungen fanden den Angaben zufolge nicht nur in Istanbul, sondern auch in den westtürkischen Städten Manisa und Aydin, in Kayseri im Landesinneren, in den südlichen Städten Antalya und Mersin sowie in Malatya im Südosten des Landes statt. *(BZ, 12.9., ISKU)*

Türkei: 68 Tote durch Minen in einem Jahr

In der Türkei sind innerhalb eines Jahres 68 Menschen, darunter 22 Kinder, durch Antipersonenminen getötet worden. 150 Menschen wurden verletzt. Dies geht aus einem Bericht über den Zeitraum zwischen Mai 2005 bis Mai 2006 der "Initiative für eine Türkei ohne Minen" hervor, der am Mittwoch in Istanbul vorgestellt wurde.

(DIHA, 13.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ki	kurdishinfo.com

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 276
22. September 2006

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Attentatsorganisation des Tiefen Staates: TIT

Die Bombenexplosion in Diyarbakir-Baglar am 12. September, bei der zehn Menschen, darunter sieben Kinder ums Leben kamen, brachte große Erschütterung mit sich. Der eigentliche Schock jedoch entstand, nach dem sich die ,Türkischen Rache Brigaden' (TIT) zu dem Anschlag bekannten. TIT waren nach 1980, im Anschluss an zahlreiche Anschläge, untergetaucht. Erst in den 90er Jahren wurden die Türkei und Kurdistan erneut von Aktionen der TIT erschüttert. Die TIT ließen 2006 durch den Anschlag auf eine Richterversammlung vom 17. Mai und durch Drohbriefe an die Zweigstelle Istanbul des IHD (Menschenrechtsverein) mit der Aufschrift ,Vergesst mich nicht' von sich reden. Aufgrund der Drohbriefe, die braunes Pulver beinhalteten, brach Panik in der Zweigstelle aus und sieben Mitarbeiter des IHD mussten wegen des Verdachts auf Milzbranderreger im Krankenhaus untersucht werden.
Schon immer war es ein Diskussionsthema, wo TIT gegründet wurde. Laut einer These soll TIT 1969 in der Politischen Wissenschaftsfakultät der Universität in Ankara als militärischer Arm der Grauen Wölfe gegründet worden sein. Eine andere These jedoch besagt, dass TIT vor ca. 30 Jahren im Studentenwohnheim für Männer in Edirnekapi gegründet wurde. Unter den Studenten befanden sich u.a. der Staatsminister Murat Basesgioglu, der stellvertretende Vorsitzende der ,Großen Nationalversammlung Türkei' (Parlamentspräsident) Sadik Yakut, dem MHPler Mehmet Gül, vielen Mitglieder der Ratsversammlung und des Kassationsgerichthofes sowie anderen bekannte Studenten.
Trotz zahlreicher Aktionen, Anschläge und Attentate wurden die Mitglieder dieser geheimnisvollen Organisation nie gefasst. Weder die Struktur der Organisation noch die Frage, wer sich als Führer dieser Organisation bekennt, wurden aufgeklärt.
Nach dem Militärputsch vom 12. September war der Name TIT kaum noch zu hören. Bis auf 1986, als der belgische Parlamentarier Jack Vademeulbroucke, welcher im Rahmen des Europäischen Parlaments den Bericht über das Genozid auf die Armenier erstellte und Richard Balfe, der einen Bericht über die Menschenrechtslage in der Türkei ausarbeitete, seitens der TIT brieflich bedroht wurden. TIT benutzte acht Jahre lang die Methode, Personen und Institutionen mit Drohbriefen einzuschüchtern.
Erst in den 1990er Jahren kamen die TIT erneut auf die Tagesordnung. Als 1993 der Major a.D. Ahmet Cem Ersever ermordet wird, erhielt die Zeitung ,Sabah einen unbekannten Anruf. Der anonyme Anrufer sagte am Telefon aus, dass Ersever seitens der TIT bestraft wurde, weil Ersever der Mörder von Esref Bitlis sei. Auch zu dem Mord an dem zyprischen Journalisten Kutlu Adali am 6. Juli 1996 bekannten sich die TIT.
Der im Anschluss des Attentates auf den Vorsitzenden der IHD, Akin Birdal, festgenommene Unteroffizier Cengiz Ersever sagte in seiner späteren Vernehmung aus, er sei der Gründer der TIT.
Nach dem Anschlag auf Birdal wurde Cengiz Ersever verhaftet und angeklagt. In seiner Aussage gestand Ersever, er habe "die TIT der Separatisten und der PKK wegen selber gegründet". Ersever, der als Unteroffizier tätig war und oftmals mit Mahmut Yildirim (Deckname Yesil) in viele "Morde unbekannter Täter" verwickelt war, gab während der Gerichtsverhandlungen folgende Informationen über die Organisation preis: "In Tunceli war ich fünf Jahre als Unteroffizier tätig. Als ich 1996 nach Istanbul abkommandiert wurde, habe ich die ,Türkischen Rachebrigaden - die TIT' - gegründet. Ich bin der Anführer der TIT. Die TIT wurde gegen separatistische Personen und Institutionen sowie gegen Schariah-Anhänger gegründet. In der Nähe der "Silivri Straße" lehrte ich die TIT Mitglieder, wie man mit Waffen umgeht. Ich bin ein Feind der Schariah. Ich bin keiner von den Grauen Wölfen. Ich bin türkischer Nationalist." In der Anklageschrift heißt es, dass der Befehl zum Attentat auf Akin Birdal von "Yesil" gekommen, das Attentat selber jedoch von Anhängern der TIT verübt worden sei. Während der Festname des hochrangigen Funktionärs Semih Tufan Gülaltay wurden zahlreiche TIT Flaggen in seinem Haus beschlagnahmt. (Blaue Flagge mit gelbem Wolfskopf)
Nach dem Anschlag auf Birdal wurde auf Wunsch der Oberstaatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht in Ankara ein geheimer Bericht über die TIT seitens der Obersten Polizei-Behörde erstellt. Der Bericht wurde mit der Unterschrift des stellvertretenden Vorsitzenden der Obersten Polizei-Behörde, Ertugrul Cakir, signiert. Damals fiel dieser Name keinem auf. In dem geheimen Bericht heißt es: "Auch wenn sich die TIT zu der Aktion bekennt, wurden keine konkreten Indizien auf die Funktionäre, den Gründer der Organisation sowie die Anhänger gefunden." In dem Bericht werden Anschläge der TIT, die vor 1980 verübt wurden, wiederum gar nicht erwähnt. Cakir wurde am 14. Februar wegen Mitgliedschaft der aufgeflogenen "Sauna-Bande", Beihilfe an Verbrechen durch Bandenbildung und Durchführung von Aktionen im Namen von Banden inhaftiert.
Nach dem Anschlag auf Akin Birdal wurde erst wieder 2003 etwas von TIT bekannt. TIT begann Drohbriefe an Menschenrechtsaktivisten, die heftige Kritik an das Militär richteten, zu verschicken. Bei den Briefen fiel jedoch etwas auf: Die Drohbriefe wurden an die privaten und geheim gehaltenen Hausadressen der IHD-Leitung geschickt, die nur der Vereinsabteilung des Dezernates bekannt war.
Als letztes kam TIT durch den Anschlag auf eine Richterversammlung, bei dem der Richter Mustafa Yücel Özbilgin getötet und vier weitere Richter schwer verletzt wurden, erneut auf die Tagesordnung. Es wurde bestätigt, dass der Attentäter, RA Alparslan Arslan, Verbindungen zu Semih Tufan hat, der den Anschlag auf Akin Birdal verübte. Doch auch nach dieser Aktion wurde das Portrait der TIT, die in den Berichten des Staates nicht mit Namen benannt, sondern "nur" als "terroristische Vereinigung" erwähnt wird, nicht klar. Alle Inhaftierten, bei denen davon ausgegangen wurde, sie seien Anhänger oder Funktionäre der TIT, wurden trotzdem nicht etwa als "Mitglied einer terroristischen Vereinigung" sondern als "Mitglied einer Bande" verurteilt.
TIT, von denen vermutet wird, dass sie Auftragskiller des Militärs sind, zeigten sich nach 2004 erneut in Kurdistan. In Semdinli, Yüksekova, Kiziltepe und Nusaybin wurden Flugblätter mit TIT-Bekennung verteilt, in denen die Kurden schwer beschimpft werden. Erneute Drohbriefe wurden an Bürgermeister der DTP, darunter auch Osman Baydemir, geschickt. Es fiel auf, dass die TIT nach Flugblättern und Drohbriefen auch Bombenanschläge verübten. Vor dem Bombenanschlag auf die Bücherei "Umut" in Semdinli am 9. November 2005 wurden in der Gegend zahlreiche TIT-Flugblätter verteilt, in denen die Bevölkerung bedroht wurde. *(hpg, 19.9., ISKU)*

Meldungen

Anwälte konnten Öcalan sehen

Die Anwälte Îbrahîm Bilmez und Umer Günes konnten am Donnerstag zu ihrem Mandanten gelangen. In den vergangenen beiden Wochen war das Treffen willkürlich von Seiten der Behörden abgesagt worden. Die gesundheitliche Situation Öcalans und die fehlenden Informationen hatten Anlass zu großer Sorge geboten.
(RTV, 20.9., ISKU)

Molotowcocktail auf Atatürk-Kulturzentrum in Hamburg

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag ist ein Anschlag mit Molotowcocktails auf das Atatürk-Kulturzentrum in Hamburg verübt worden. Dabei entstand ein Sachschaden von ca. 10 000 Euro. Die Polizei ermittelt, eine ausführliche polizeiliche Stellungnahme liegt noch nicht vor.
(ANF, 15.9., ISKU)

Läden in Diyarbakir blieben geschlossen

Aus Protest gegen den Bombenanschlag am 12. September und im Gedenken an die Opfer bleiben die Geschäfte in Diyarbakir drei Tage geschlossen. In der Stadt wurde eine dreitägige Trauer ausgerufen. Viele Geschäfte und Privatwohnungen hissten schwarze Fahnen. In der Stadt herrscht Stille. Lediglich am Donnerstag war es bei Protestkundgebungen zu Spannungen mit den Sicherheitskräften gekommen. Für morgen rufen 29 Institutionen in Diyarbakir zu einem Schweigemarsch auf.
(ANF, 15.9., ISKU)

Sechs HPG-Kämpfer in Wan gefallen

Die getöteten sechs HPG-Kämpfer, die bei einem Gefecht in Wan-Ercis gefallen sind, sind in die Leichenhalle des Staatskrankenhauses in Ercis gebracht worden. Die Identität der Toten ist noch nicht geklärt, eine Stellungnahme der HPG liegt noch nicht vor. Die Militäroperationen in Wan dauern an.
(ANF, 17.9., ISKU)

Urteilsbegründung im Dink-Verfahren vorgelegt

Die Bestätigung der Verurteilung von Hrant Dink, Herausgeber der armenischen Zeitung Agos, durch den Kassationsgerichtshof trägt als Leitsatz "Kritik ist akzeptabel, nicht aber Beleidigung". Die Verurteilung Dinks war auf der Grundlage von Artikel 301 des neuen Strafgesetzbuches mit dem Vorwurf der Verunglimpfung des Türkentums erfolgt. Das Urteil war in der Türkei wie auch im Ausland, insbesondere von der EU, kritisiert worden. Zwei Richter, die

Breites Organisationsbündnis protestiert gegen Ilisu-Staudamm

Die Bundesregierung diskutiert am Donnerstag über die mögliche Unterstützung des umstrittenen Ilisu-Staudamms in der Türkei. Aus diesem Anlass protestiert vor dem Wirtschaftsministerium eine Koalition aus zwölf Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und kurdischen Verbänden.

Sie überbringt ein Zeichen des Protests vor Ort: 35.000 Menschen aus der Region wenden sich in einem Brief an die Bundesregierung, damit sich diese gegen das Projekt ausspricht. "Der Widerstand gegen den Staudamm ist groß: über 70 Organisationen haben sich zusammen geschlossen, um die antike Stadt Hasankeyf zu retten, die den Fluten zum Opfer fällt, wenn der Staudamm realisiert wird", erklärt Heike Drillisch, Sprecherin der Entwicklungsorganisation WEED.

Der Verlust archäologischer Schätze ist nur eines der zahlreichen Probleme, die mit dem Projekt verbunden sind. "Der Staudamm führt dazu, dass zahlreiche Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren, ohne dafür anständig entschädigt zu werden", sieht Ute Hausmann von FIAN Deutschland voraus. "Damit verstößt die türkische Regierung gegen internationale Menschenrechtsstandards." Neben einer weiteren Destabilisierung der bürgerkriegsgeschüttelten kurdischen Region durch die Verelendung Zehntausender befürchten die Organisationen Probleme mit den Nachbarländern. Obwohl die türkische Regierung nach internationalem Recht verpflichtet ist, Syrien und Irak zu konsultieren, hat sie dies nicht getan. Auch die ökologischen Folgen wären weit über die Region hinaus spürbar, der Verlust an Biodiversität wäre irreversibel.

Die Bundesregierung muss zu einer Entscheidung über das Ilisu-Projekt kommen, weil sich die deutsche Baufirma Züblin daran beteiligen will und eine Hermesbürgschaft beantragt hat. "Es ist unfassbar, dass die Bundesregierung ernsthaft darüber nachdenkt, dieses Projekt zu unterstützen. Eine Bewilligung der Bürgschaft würde das Signal an alle Staudammbauer der Welt senden, dass Umwelt- und Sozialstandards nicht zählen, wenn es um Geschäfte deutscher Unternehmen geht", schimpft Regine Richter, Sprecherin der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald. Auch mit Auflagen an die Staudammbetreiber, wie sie zur Zeit von der Regierung diskutiert würden, könnten die seit Jahren ungelösten Probleme nicht aus der Welt geschafft werden.

Der Ilisu-Damm soll den Tigris im Südosten der Türkei aufstauen. Er soll 1.200 MW Strom erzeugen und wird eine Fläche von 312 km² überfluten. Das Projekt ist seit Jahrzehnten geplant, ein Bürgschaftsantrag wurde bereits 2001 diskutiert. Damals jedoch zerbrach das Konsortium an den ökologischen und sozialen Problemen. "Im wesentlichen hat sich an dem Projekt seit damals nichts geändert", so Drillisch. "Wir haben alle Probleme genau dokumentiert und der Bundesregierung vorgetragen. Wenn sie ihr eigenes Versprechen, auf die Einhaltung internationaler Standards zu achten, nicht einlöst, tragen wir unseren Protest eben auf die Strasse." An dem Protest beteiligen sich neben WEED, urgewald und FIAN auch der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), GfbV, die Internationalen Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs (IPPNW), International Rivers Network (IRN) sowie die kurdischen Organisationen isku, yekkom, yxk und die Kurdistan AG der FU Berlin. Sie werden unterstützt von mehreren tausend Menschen in Deutschland, die sich mit ihrer Unterschrift gegen das Projekt ausgesprochen haben.

(LZ, 21.9., ISKU)

Schweigemarsch in Diyarbakir

In Diyarbakir fand ein Schweigemarsch aus Protest gegen den Bombenanschlag am vergangenen Dienstag, dem zehn Menschen - darunter sieben Kinder - zum Opfer fielen, statt, an dem sich Zehntausende beteiligten, darunter der Oberbürgermeister der Stadt, Osman Baydemir, sowie die DTP-Vorsitzenden Aysel Tugluk und Ahmet Türk. Organisiert wurde die Demonstration von 64 zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie allen in Diyarbakir vertretenden politischen Parteien. Im Kosuyolu-Park, dem Ort des Anschlags, wurde ein schwarzer Kranz niedergelegt.

In einem Redebeitrag forderte der Vorsitzende der Diyarbakirer Anwaltskammer Tanrikulu im Namen der Organisatoren der Demonstration erneut die Aufklärung des Anschlags. "Wer auch immer zu welchem Zweck diesen Terroranschlag begangen hat, wir begreifen ihn als einen Angriff auf die Bemühungen, unsere gemeinsamen Probleme mit friedlichen Methoden zu lösen und auf die Forderung nach einem Waffenstillstand. Dieser Schweigemarsch ist gleichzeitig der Schrei gegen Gewalt und für Frieden. Alle hier versammelten politischen Parteien, Berufsgruppen, Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften, die gesamte Zivilgesellschaft und die Bevölkerung von Diyarbakir stellen sich hier gemeinsam hinter die Forderung nach einem Waffenstillstand und fordern Frieden."

Danach erklärte Tanrikulu die dreitägige Trauer in der Stadt für beendet und forderte die Geschäftsbesitzer auf, ihre Läden wieder zu öffnen. Die Demonstration löste sich ohne größere Zwischenfälle auf.

In Wan verhinderte die Polizei einen Schweigemarsch von ca. 1000 Menschen, worauf lediglich eine Kundgebung abgehalten wurde. Auf Transparenten war zu lesen: "Wir verurteilen das Massaker von Diyarbakir. Trotz allem: FRIEDEN" und "Herr Ministerpräsident, wer ist TIT?".

Weitere Protestveranstaltungen fanden in Mardin, Malatya, Bingöl und Aydin statt. *(ANF, 16.9., ISKU)*

Polizei verdreht Tatsachen

Die Polizeidirektion versucht, den Bombenanschlag in Diyarbakir, zu dem sich die "Türkischen Rachebrigaden" (TIT) bekannt haben, der PKK zuzuschreiben. Der Zünder der Bombe sei der gleiche wie der bei zuvor benutzten Anschlägen, so die Polizei. Dabei ist offiziell festgehalten, dass illegale Strukturen innerhalb des Staates Materialien verwenden, die bei Operationen gegen die HPG sichergestellt wurden.

So deutet die Aussage des im Juni als Mitglied der "Atabeyler"-Gruppe festgenommen Hauptmanns Eren, "wir wollten bei der PKK sicher gestellte Bomben gegen sie einsetzen" auf den Anschlag in Diyarbakir. Auch bei den Anschlägen in Semdinli im vergangenen hatte sich heraus gestellt, dass es sich bei dem verwendeten Sprengstoff um bei der PKK sichergestelltes Material handelte, das jedoch niemals offiziell beschlagnahmt worden war.

Die gleichgeschalteten türkischen Medien überschlagen sich dabei im Versuch, die Bluttat der PKK zuzuschreiben. Dabei berufen sie sich manchmal auf "gut informierte Kreise, die nicht genannt werden wollen" oder entwerfen am Schreibtisch selbst wilde Szenarien. Am stärksten tut sich dabei die Milliyet hervor, die bereits am Tag des Anschlags die Meldung verbreitete, die PKK sei dafür verantwortlich. Die Tageszeitung Vatan bezog sich mit ihrer Schlagzeile "Das Werk der PKK" auf die Aussage eines namentlich nicht genannten Ministers, demnach die PKK versuche, den Waffenstillstandsplan durch die "blutige Provokation" zunichte zu machen. Direkt darunter befindet sich eine Kurzmeldung, dass der Staatsanwalt keine Hinweise auf eine Täterschaft der PKK hat und die TIT sich zu dem Anschlag bekannt haben.

(ÜÖG, 16.9., ISKU)

gegen das Urteil stimmten, begründeten ihre Position mit dem Hinweis, dass in diesem Falle zugunsten der Meinungsfreiheit zu entscheiden sei. In der Türkei fürchte man sich vor abweichenden Meinungen. Zudem habe das Gericht bei seinem vorangehenden Urteil die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte nicht berüksichtigt. *(Ra, 16.9., ISKU)*

Brüssel verschiebt Türkei-Bericht

Die EU-Kommission will erst im November einen Bericht darüber vorlegen, ob die Türkei und Kroatien als Beitrittskandidaten Fortschritte bei der Annäherung an die Europäische Union gemacht haben. Eine Empfehlung für das Datum des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien soll jedoch wie geplant am 26. September veröffentlicht werden. Begründet wurde dies damit, "dass sich ganz einfach die Tagesordnung verändert hat". *(WK, 21.9., ISKU)*

Türkische Autorin Shafak freigesprochen

Ein Gericht in Istanbul hat die Schriftstellerin Elif Shafak vom Vorwurf der "Beleidigung des Türkentums" freigesprochen. Staatsanwaltschaft und Richter erklärten, es lägen keinerlei Beweise für eine Straftat Shafaks vor. Nach der Urteilsverkündung lieferten sich Nationalisten und Anhänger der Schriftstellerin eine Schlägerei, die von der Polizei beendet wurde. Es gab zwei Festnahmen. Elif Shafak, die nicht an der Verhandlung teilgenommen hatte, zeigte sich erfreut über das Urteil. Shafak war wegen "Beleidigung des Türkentums" angeklagt; Grund war eine Passage in ihrem jüngsten Buch, in der eine fiktive Romanfigur von einem Völkermord der Türken an den Armeniern im Ersten Weltkrieg spricht. *(AFP, 21.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ki	kurdishinfo.com
hpg	hpg-online.com
LZ	Linke Zeitung
Ra	Radikal
WK	Weser Kurier

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 277
29. September 2006

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan ruft PKK zum Waffenstillstand auf

Abdullah Öcalan hat im Gespräch mit seinen Verteidigern auf der Gefängnisinsel Imrali die PKK zu einem Waffenstillstand aufgerufen. "Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass in der Türkei und im Mittleren Osten Waffen nicht mehr als eine Methode gelten, mit der Resultate erzielt werden. Lasst uns die Waffen begraben", erklärte Öcalan.
Seit 1993 habe die PKK immer wieder versucht, dem Bedarf nach einer friedlichen und gewaltlosen Lösung der kurdischen Frage entgegen zu kommen, so Öcalan. Aus diesem Grund sei bereits vier Mal ein einseitiger Waffenstillstand ausgerufen worden, der jedesmal ergebnislos geblieben sei.
Seit ungefähr zehn Jahren wisse die PKK, dass man mit Gewalt nur bis zu einem bestimmten Punkt kommen könne. Eine endgültige Lösung sei damit nicht zu erreichen. Deshalb sei man von der Notwendigkeit eines Waffenstillstandes überzeugt. "Es ist viel Blut geflossen. Von beiden Seiten sind unzählige Menschen gestorben, aber ein Lösungsweg hat sich damit nicht aufgetan. Der Öffentlichkeit sind unsere Bemühungen in den Phasen des Waffenstillstandes bekannt. Darauf werde ich jetzt nicht ausführlich eingehen. All diese Bemühungen sind vereitelt worden, sowohl intern bei uns als auch vom Staat ausgehend."
Im Hinweis auf die Aufrufe zum Waffenstillstand und für Frieden von Intellektuellen in der Türkei, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien betonte Öcalan, das Blutvergießen müsse gestoppt und dem Frieden eine Chance gegeben werden.
Eine demokratische Lösung durch zu zukünftige demokratische Schritte in der Türkei werde auch als Beispiel für die anderen Länder dienen, in denen die kurdische Frage bestehe. Die Türkei könne somit zu einer Demokratie werden, die im gesamten Mittleren Osten als Modell betrachtet werden könne. Dies sei zum Nutzen aller Völker im Mittleren Osten.
"Im Mittleren Osten finden heftige Kämpfe statt. Die Menschen haben große Gefahren zu erwarten. Diese Situation kann nur mit der Einführung einer Kultur von Demokratie überwunden werden. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur in unserem Land bietet die Möglichkeit zur Entstehung einer Einheit zwischen Türken und Kurden und ist somit von höchster Bedeutung für die Zukunft unserer Völker. Einhergehend damit wird auch der Weg frei für einen demokratischen Dialog."
Wesentlich sei vor allem, was nach der Ausrufung eines Waffenstillstandes getan werden müsse, so Öcalan, der weiterhin vor möglichen Provokationen zur Sabotage eines Friedensprozesses warnte.
Er hoffe, dass die Armee keine großen Operationen durchführen werde. Bei der Selbstverteidigung handele es sich jedoch um ein grundlegendes Recht: "Die PKK wird keine Waffen einsetzen, solange keine Vernichtungsaktionen gegen sie ausgeführt werden. Dieser Waffenstillstand sollte nicht wie früher als eine Schwäche aufgefasst werden. Er resultiert aus dem dringenden Bedarf nach gesellschaftlichem Frieden."
Weiter betonte Öcalan die Notwendigkeit, dass die EU und die Kräfte in Südkurdistan ihren Beitrag zu einem Friedensprozess leisten. Es sollten auch Gespräche mit Irak und Syrien geführt werden, um diese Staaten zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage zu ermutigen. "EU und USA müssen Unterstützung leisten oder zumindest nicht behindernd wirken."
Sein Aufruf müsse unbedingt Beachtung finden, da ansonsten ein Punkt unumkehrbarer Entwicklungen erreicht werde. "Wenn es nicht zu Resultaten kommt, kann ich zukünftig nicht mehr solche Aufrufe machen, diese Kraft besitze ich dann nicht mehr und auch die PKK wird nicht mehr auf mich hören. Deshalb ist dieser Waffenstillstand besonders wichtig und muss genutzt werden."
Abschließend erklärte Öcalan: "Ich rufe alle zu verantwortlichem Handeln auf, damit im Mittleren Osten eine Kultur der Demokratie entstehen kann, damit ein türkisch-kurdisches Bündnis und eine Einheit entsteht, damit das bestehende Leid in einen würdevollen Frieden und Glück umgewandelt wird. Für ein freies Leben, damit unsere Völker nicht weiter leiden, damit wir ein Zehnfaches dessen gewinnen, was wir verloren haben und damit es zu gegenseitiger Liebe und Toleranz kommt. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Prozess eine große Gelegenheit darstellt und ein Waffenstillstand auf dieser Basis einen guten Anfang darstellt."

(ANF, 28.9., ISKU)

DTP fordert Unterstützung von EU

Auf einer Pressekonferenz in Strasbourg haben die beiden DTP-Vorsitzenden Aysel Tugluk und Ahmet Türk gemeinsam mit dem EU-Parlamentarier Vittorio Agnoletto Unterstützung von der EU für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage gefordert.

Vittorio ging vor Journalisten zunächst auf die Ausschreitungen in Diyarbakir ein und verwies auf den Aufruf der DTP an die PKK zu einem Waffenstillstand. Im Anschluss erklärte Ahmet Türk, in der Türkei breite sich zunehmend ein ethnischer Nationalismus aus. Die gewalttätigen Konflikte dienten weder dem türkischen noch dem kurdischen Bevölkerungsteil. "Wir haben zu einem Waffenstillstand aufgerufen und erwarten eine positive Antwort der kurdischen Seite. Die Türkei muss eine Lösung finden, um die PKK vollständig zu entwaffnen."
Einen Tag nach dem Aufruf habe in Diyarbakir ein blutiger Bombenanschlag stattgefunden, so Türk. "Wir arbeiten an einer friedlichen zivilen Lösung des Konflikts. Dabei erwarten wir Unterstützung von der EU."
Aysel Tugluk erklärte weiterhin, die Lösung der grundlegenden Probleme in der Türkei lasse sich über eine Demokratisierung verwirklichen. Dazu gehöre ein demokratischer Dialog in der kurdischen Frage.
Die beiden DTP-Vorsitzenden werden sich bis zum 30. September in Brüssel aufhalten und Gespräche mit dem EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn, dem Präsidenten des Europaparlaments Joseph Borrell, Joost Lagendijk, Camiel Eurlings und EP-Gruppenvorsitzenden führen.

(ANF, 26.9., ISKU)

Meldungen

HPG-Aktion gegen Bauplatz des Ilisu-Staudamms
Die HPG-Guerilla hat in den Abendstunden des 24. September eine Aktion gegen die Einheit der türkischen Armee durchgeführt, die den Bauplatz des Ilisu-Staudamm in Kerboran (Dargeçit) bewacht. Dabei wurden drei Soldaten, darunter ein Unteroffizier, getötet und zwei verwundet. Die Guerillas kehrten unversehrt zu ihrer Basis zurück, das Militär leitete unterdessen im Gebiet der Aktion eine Operation ein, die immer noch andauert.
(HPG, 24.9., ISKU)

Türkische Flugzeuge bombardieren Zaxo
Die türkische Armee hat die Umgebung von zwei Dörfern in der Nähe von Zaxo in Südkurdistan an der Grenze zur Türkei bombardiert. Menschen aus mehreren Dörfern mussten flüchten. Wie ein Sprecher der Sicherheitskräfte in Zaxo angab, habe der Angriff 15 Minuten gedauert.
Des Weiteren wurden türkische Militärflugzeuge über den Gebieten Xakûrk, Lolan, Xinêre und Kela Res gesichtet. *(ANF, 21.9., ISKU)*

Zehn Hinrichtungen in Hewler
In der Stadt Hewler in Südkurdistan sind am Donnerstag zehn Personen, die im März aufgrund von "terroristischer Aktivitäten" in den Jahren 2003 und 2004 zur Todesstrafe verurteilt worden waren, hingerichtet worden. Wie die südkurdischen Sicherheitskräfte angaben, hätten sie ihre Mitgliedschaft in der Organisation Ensar El Islam gestanden. Eine weitere Person wurde in diesem Zusammenhang zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Am 13. September hatte das südkurdische Regionalparlament die Verankerung der Todesstrafe in der Verfassung verabschiedet. Um Gültigkeit zu erlangen, muss dem Gesetzesentwurf noch von dem Präsidenten der Region Südkurdistan Mesud Barzani zugestimmt werden. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch der Kongra-Gel, hatten gegen die verfassungsrechtliche Verankerung der Todesstrafe plädiert.
(ANF, 21.9., ISKU)

Anzeige gegen Türk, Baydemir und 32 Gewerkschafter
Gegen den DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk, den Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir sowie 32 Gewerkschafter ist Anzeige gestellt worden, weil sie nach dem Bombenanschlag am 12. September, bei dem zehn Menschen, darunter acht Kinder, getötet wur-

Prozess in Celle gegen Halil Dalkilic

Drei Jahre Haftstrafe gefordert

In der 15. Hauptverhandlung im Prozess gegen Halil Dalkilic vor dem Oberlandesgericht Celle forderte die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten. Halil Dalkilic ist als mutmaßlicher "Rädelsführer der PKK/KONGRA-GEL" angeklagt. Er habe als "hauptamtlicher Kader" für das "Finanz- und Wirtschaftsbüro" (EMB) des KONGRA-GEL die Verantwortung getragen und sei somit für sämtliche finanziellen Angelegenheiten der Organisation in Europa zuständig gewesen.
Dies verdächtige ihn, sich "im führenden Funktionärskörper der PKK" an einer bestehenden kriminellen Vereinigung beteiligt zu haben, weshalb er nunmehr nach §129 Strafgesetzbuch (StGB) angeklagt wird. Halil Dalkilic ist und seit ca. einem Jahr inhaftiert.
Am 10. Oktober wird das Plädoyer der Verteidigung erfolgen, die Urteilsverkündung wird für den 11. Oktober erwartet.
(ANF, 21./26.9., ISKU)

IHD: Anti-Folter-Politik gescheitert

Die "Keine Toleranz der Folter"-Politik der türkischen Regierung ist gescheitert. Einhergehend mit dem neuen Antiterrorgesetz und der Ausweitung polizeilicher Befugnisse ist auch ein neuer Anstieg von Folterfällen zu verzeichnen. So registrierte der Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir im ersten Halbjahr 2004 174 Fälle, im ersten Halbjahr 2005 191 Fälle und in den ersten sechs Monaten 242 Fälle von Folter. Im Jahr 2005 kam es bei 52 Prozessen gegen Folterer lediglich in zwei Fällen zu Verurteilungen.
Trotz gesetzlicher Neuregelungen im türkischen Strafgesetz und im Zuge der EU-Anpassungsgesetze, die durchweg als Reformen bewertet werden, hat sich zum Thema Folter nichts positiv verändert. Die Anzahl von Folterfällen steigt an. Verändert haben sich die Orte, an denen gefoltert wird, sowie die Foltertechniken.
Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Yusuf Alatas erklärt diese Entwicklung folgendermaßen: "Die Regierung hat eine Zeitlang häufig das Schlagwort ‚Keine Toleranz der Folter' benutzt. Dabei handelte es sich in gewisser Form um eine Botschaft an die Sicherheitskräfte, die daraufhin bemüht waren, vorsichtiger und entsprechend des politischen Willens der Regierung vorzugehen. Aber das Problem war damit noch nicht gelöst. Im gewissen Ausmaß hatte die Regierungspolitik Einfluss. Aber seit einem Jahr sagt die Regierung gar nichts mehr zu den Themen Folter und Menschenrechte. Es wird nur noch von innerer Sicherheit und Antiterrorkampf gesprochen. Deshalb hat erneut eine Rückentwicklung stattgefunden."
Folter finde heutzutage weniger in offiziellen Stellen der Ingewahrsamnahme statt, sondern mehr auf offener Straße oder im Auto, führt Alatas weiter aus. Ein Großteil dieser Folter sei sexueller Art und hinterlasse keine Spuren, die vor Gericht zu einer Verurteilung führten.
(ANF, 25.9., ISKU)

Straftaten von Dorfschützern

Nach Information der Stiftung für Wirtschaft in Amed (Diyarbakir) (TESEV) gibt es in den Städten Amed, Culemêrg (Hakkari), Sirnex, Dêrsim, Êlih (Batman), Çewlik (Bingöl), Bilîs (Bitlis), Mêrdîn, Mûs, Sêrt, Wan, Semsûr (Adiyaman), Agirî, Ardahan, Elezîz (Elazig), Dîlok (Antep), Îdir, Meres, Kilîs, Meletî und Riha (Urfa), insgesamt in 22 Städten 58.000 Personen, die als Dorfschützer beschäftigt sind. Seit 1985 haben insgesamt 22.000 Dorfschützer die Waffen abgegeben. In dem Bericht heißt es, 900 Dorfschützer seien zu Haftstrafen verurteilt worden. Neben den vom Staat beschäftigten Dorfschützern gebe es 25.000 Personen, die freiwillig Dorfschützer sind.
In dem Bericht heißt es weiter, dass zahlreiche Dörfer von Dorfschützern besetzt wurden und die Menschen, die in ihre Dörfer zurückkehren wollten, deren Angriffen ausgesetzt seien. Als Beispiel wird das syrianische Dorf Sare bei Hezex, Sirnak genannt. "Die Dorfschützer haben 1994 das Dorf, Sare bei Hezex, in dem Syriani lebten, geräumt. Sie besetzten das Dorf. Die ursprünglichen Bewohner versuchten immer wieder zurükzukehren, was die Dorfschützer nicht zuließen."
In dem Bericht heißt es, Dorfschützer waren u.a. an Verbrechen wie Mord, Entführungen, Enteignung von Häusern, räumen von Dörfern und zahlreichen Aktionen des JITEM beteiligt. An verschiedenen Straftaten waren in den vergangenen 18 Jahren 4938 Personen beteiligt.
(AW, 26.9., ISKU)

Repressionwelle gegen Linke

Bei türkeiweiten Razzien in der Zeitung Atilim und ihr nahestehender Institutionen wie ESP ("Sozialistische Plattform der Unterdrückten") und EKD („Verein Werktätiger Frauen") in Istanbul, Ankara, Izmir, Adana, Antep, Malatya, Iskenderun, Izmit und Amed sind mehr als 100 Personen festgenommen worden. So wurden allein in Istanbul neun Einrichtungen durchsucht, darunter das Zentralbüro der Wochenzeitung Atilim sowie deren Druckerei. Ebenso betroffen waren die Räume des Radionsenders „Özgür Radyo", der Gewerkschaft Tekstil-Sen, der Kulturzeitschrift „Sanat ve Hayat" und der „Sozialistischen Jugendvereine". Neben den Institutionen wurden auch Privatwohnungen durchsucht.

Bei den Durchsuchungen rückte die Polizei mit starken Kräften an und führte die Festgenommenen unter Schlägen und Tritten ab. In den Büros wurden zahlreiche Computer, Datenträger und Unterlagen beschlagnahmt und die Einrichtung verwüstet.
Im Durchsuchungsbeschluss des 14. Schweren Strafgerichts Istanbul – dem ehemaligen Staatssicherheitsgericht – wird die Vermutung ausgesprochen, die betreffenden Einrichtungen könnten eine Beziehung zur MLKP haben und es könnten sich Mitglieder der Organisation dort aufhalten. *(ÖP, 23.9., indy, 22./23.9., ISKU)*

Erneut Journalist angeklagt

Kurz nach dem Freispruch der türkischen Schriftstellerin Elif Shafak vom Vorwurf der Herabwürdigung des Türkentums ist ein armenischer Journalist wegen desselben Delikts angeklagt worden. Hrant Dink, dem Chefredakteur der türkisch-armenischen Wochenzeitung Agos, wird vorgehalten, die Massaker an den Armeniern im Ersten Weltkrieg als "Völkermord" bezeichnet zu haben, wie am Dienstag berichtet wurde. Der Anklage eines Istanbuler Staatsanwalts liegt der von der EU als Einschränkung der Meinungsfreiheit heftig kritisierte Paragraf 301 zugrunde. Er sieht für Beleidigung des Türkentums Haftstrafen von bis zu drei Jahren vor. *(DW, 27.9., ISKU)*

den, rote Nelken am Ort der Explosion niedergelegt hatten. Dabei hätten sie nach Meinung der Polizei gegen das Versammlungsrecht verstoßen, weil Parolen gerufen worden seien und Widerstand gegen die Polizei ausgeübt worden sei. Als Beweise wurden Filmaufnahmen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, die über die Einleitung eines Verfahrens entscheiden wird.
(ANF, 24.9., ISKU)

Frauen in Batman demonstrieren gegen Selbstmord
Die Freundinnen einer jungen Frau, die am Samstag in Batman Selbstmord begangen hatte, sind geschlossen zum Grab marschiert und haben ein Ende der Selbstmorde gefordert. Die 18-jährige Saliha D. hatte sich in ihrem Elternhaus aufgehängt. Die jungen Frauen trugen ein Transparent mit der Aufschrift "Es sollen keine weiteren Salihas sterben. Schluss mit den Selbstmorden". Am Grab erklärten sie, Selbstmord dürfe nicht das Schicksal von Frauen in Batman sein. Um weitere Selbstmorde zu verhindern, müssten die notwendigen Schritte unternommen werden.
(ANF, 24.9., ISKU)

Wegen "Beritan"-Film verhaftet
In Batman ist der 24-jährige Ferhat Mehmetoglu verhaftet worden, weil er den Film "Beritan", der das Leben der PKK-Guerillakämpferin Gülnaz Karatas schildert, verkauft hatte. Damit habe er nach Meinung der Staatsanwaltschaft für eine verbotene Organisation geworben. *(RTV, 24.9., ISKU)*

Irak ernennt "PKK-Sonderkoordinator"
Nach den USA und der Türkei hat auch die irakische Regierung einen "PKK-Sonderkoordinator" ernannt. Dabei handelt es sich um den sunnitischen General Amir Amet Hassun. Die Ernennung wurde dem türkischen Außenministerium offiziell mitgeteilt.
(ANF, 19.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
HPG	hpg-online.com
indy	de.indymedia.org
DW	Die Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 278
6. Oktober 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KKK: Waffenstillstand verkündet

In den vergangenen Monaten wurden angesichts des erneut eskalierten Krieges breite öffentliche Diskussionen um die weitere Entwicklung der kurdischen Frage in der Türkei geführt. Zahlreiche gesellschaftliche Kreise, Institutionen und Persönlichkeiten wandten sich mit Aufrufen zu einem einseitigen Waffenstillstand an die kurdische Bewegung.
Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus der am 30.9. vom Präsidium der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) veröffentlichten Waffenstillstandserklärung. Die vollständige Erklärung ist auf unserer Webseite zu finden.

Unsere Region, der Mittlere Osten, macht eine Phase wichtiger Veränderungen durch. Es zeigt sich täglich mehr, dass der wichtigste Faktor für ausweglose Konflikte in der Region nationalistisches und antidemokratisches Verhalten ist.
Eines der grundlegendsten Probleme, die Situation in der Region verschärfen, ist bekanntlich die kurdische Frage. In der aktuellen Situation verstärkt die repressive Politik der Staaten, die von der kurdischen Frage betroffen sind, die antidemokratischen Tendenzen in der Region. Die Lösung der kurdischen Frage kann hingegen zu einem Katalysator für die Demokratisierung dieser Staaten werden. Deshalb wird eine demokratische Lösung der kurdischen Frage eine gewaltige Demokratisierungsoffensive auf regionaler Ebene einleiten.
Unser Freiheitskampf hat in den letzten beiden Jahren sowohl im Bereich der demokratischen Aktionen und der Organisierung als auch im Bereich der Guerilla einen bedeutenden Sprung vorwärts gemacht. Dies stellt mittlerweile ein ernsthaftes Problem für das System der Verleugnung und Vernichtung in der Türkei dar. Parallel zu diesem Aufbruch unseres Volkes im Norden bereitet der zunehmende Freiheitskampf in Ost- und Westkurdistan den Staaten Iran und Syrien ernsthafte Probleme. Die jüngsten Entwicklungen in allen vier Teilen Kurdistans haben die Kurden in der Region zu einem der wichtigsten Faktoren für die internationale Politik und die Kräfteverhältnisse in der Region gemacht.
Die Türkei und ihr Verhältnis zu den Kurden sind also zu einem wichtigen Thema für die Region geworden. Als Folge all dieser Entwicklungen steht die Lösung der kurdischen Frage mittlerweile auf der internationalen Tagesordnung. Verschiedene Kräfte haben in diesem Zusammenhang Erklärungen veröffentlicht und zu einer Lösung aufgerufen. Verschiedene internationale Kräfte und Institutionen haben zu einem Waffenstillstand oder zum Niederlegen der Waffen aufgerufen, allen voran die USA mit ihrer schriftlichen Erklärung zum 15. August, die Föderale Republik Irak und die Regionalregierung von Südkurdistan. In der Türkei haben allen voran einige Verantwortung tragende Institutionen sowie die DTP, die Friedensmütter, die patriotischen Religionsführer und verschiedene Gruppen von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern zu einem Waffenstillstand aufgerufen. Einige dieser Aufrufe wurden über die Presse verbreitet, andere über diplomatische Kanäle weitergeleitet.
Unter Bezug auf diese Entwicklungen hat unsere Führung (Abdullah Ocalan) einige Erklärungen abgegeben, und unsere Bewegung hat am 23. August 2006 eine Deklaration veröffentlicht, mit der eine Phase der demokratischen Lösung eingeleitet wurde. Daraufhin haben sich die Aufrufe und Verhandlungen im Sinne einer Lösung verdichtet und sich die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Waffenstillstandsprozesses erhöht. Daraufhin hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) am 7. September einen Waffenstillstandsaufruf an unsere Bewegung gerichtet, der nicht veröffentlicht wurde.
In der Folge wurde zunächst die Herbstplanung der Volksverteidigungskräfte HPG gestoppt, die für den 15. September eine umfassende militärische Offensive vorgesehen hatte, und auf Antrag des Exekutivrats der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komalên Kurdistan, KKK) wurde am 24. und 25. September 2006 die erste Versammlung des intermediären Parlaments des zweiten Gesetzgebungsjahrs des Volkskongresses (Kongra-Gel) einberufen, an der der Vorstand des Kongra-Gel, die ständigen Ausschüsse, das Komitee für Volksverteidigung und der Kommandorat der Volksverteidigungskräfte (HPG) teilnahmen. Einziger Tagesordnungspunkt war der Aufruf unseres Vorsitzenden. In den Diskussionen wurde ein allgemeiner Konsens erzielt und der folgende Beschluss gefällt:
1. Es wurde beschlossen, einen Waffenstillstand auszurufen, der ab dem 1. Oktober 2006 Gültigkeit besitzt. Seine weitere Aufrechterhaltung hängt von den zu kommenden Schritten und den weiteren Entwicklungen ab.
2. Solange keine Angriffe zum Zwecke der Vernichtung gegen unsere Kräfte unternommen werden, wird definitiv nicht von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Wenn jedoch Vernichtungsangriffe unternommen werden, verteidigen sich unsere Kräfte in jeder Weise.
3. Während dieser Zeit werden die Volksverteidigungskräfte (HPG) keinerlei militärischen Bewegungen durchführen. Davon ausgenommen sind selbstverständliche Bewegungen zu logistischen Zwecken und aus Gründen der Vorsicht.
4. Entsprechend dieses Beschlusses wird der Kommandorat der HPG die Stellungen, Bewegungen und Planungen aller Kräfte im Sinne des Waffenstillstandes revidieren.
5. Ziel aller Kader, Organisationen und Institutionen der Freiheits- und Demokratiebewegung in Kurdistan, die im ideologischen, politischen, organisatorischen und gesellschaftlichen Bereich tätig sind, wird es sein, den Waffenstillstandsprozess zum Erfolg zu führen. Die Planungen ihrer politischen und organisatorischen Aktivitäten und Aktionen werden sie dementsprechend revidieren.
6. Dieser Beschluss ist bindend für alle Kräfte, die in das System der Kommunen Kurdistans (Komalên Kurdistan) eingebunden sind. Niemand wird Schwierigkeiten bereiten, alle Kräfte werden sich um den Erfolg des Prozesses bemühen.
Nach diesem Beschluss unserer Versammlung wurde am 28. September 2006 der Waffenstillstandsaufruf des Gründers der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (Koma Komalên Kurdistan), des Vorsitzenden Apo, unserer Bewegung und der Öffentlichkeit folgendermaßen deklariert: "Damit all dies erreicht werden kann, leiste ich meinen Beitrag und rufe die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Dieser beginnende Waffenstillstandsprozess ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es gibt viele wesentliche Dinge, die anschließend getan werden müssen."
Dieser Beschluss unserer Führung und unserer Bewegung ist der gemeinsame Beschluss aller nationalen demokratischen Institutionen. Insofern ist er für alle demokratisch-nationalen Kräfte bindend. Daher müssen sich auch die bewaffneten Kräfte, die sich außerhalb unseres Systems bewegen, jedoch behaupten, dass sie im Namen der kurdischen Nation handeln und insbesondere unserem Vorsitzenden gegenüber loyal seien, dem Aufruf unseres Vorsitzenden gemäß verhalten.
Wer sich nicht an diesen Aufruf hält und dem Freiheitskampf unseres Volkes Schaden zufügt, muss wissen, dass sich unsere Bewegung ihm überall entgegenstellen wird. Unser Volk, das den Freiheitskampf *(Fortsetzung auf Seite 2)*

Meldungen

Türkische Armee weist Waffenruhe zurück

Die von der PKK verkündete einseitige Waffenruhe ist von der türkischen Armeeführung zurückgewiesen worden. Die Armee kündigte an, ihren Kampf gegen die PKK-Rebellen fortzusetzen. Der "Terrororganisation" bleibe nur ein Ausweg, sagte Generalstabschef Yasar Büyükanit am Montag in Istanbul, "die Waffen bedingungslos niederzulegen und sich der türkischen Justiz zu stellen". Büyükanit widersprach damit Ministerpräsident Tayyip Erdogan, der am Wochenende erklärt hatte, wenn die PKK ihren Waffenstillstand einhalte, werde es "ohne zwingenden Grund" keine militärischen Operationen mehr gegen die Rebellen geben.
(FR, 4.10., ISKU)

Bilanz der HPG im September

Militäroperationen der türkischen Armee: 66
Gemeinsame Operationen der türkisch-iranischen Armeen: 3
Anzahl der Auseinandersetzungen: 41
Anzahl der getöteten Soldaten: 64 (8 Offiziere, 54 Soldaten, 2 Dorfschützer)
Ein kurdisch-stämmiger Soldat ist von der türkischen Armee hingerichtet worden.
Zerstörte Fahrzeuge: 19
Beschlagnahmte Waffen: 4
Im September sind 13 Mitglieder der HPG gefallen.
(HPG, 30.9., ISKU)

Bilanz der HRK-Einheiten im September

Die iranische Armee hat im September insgesamt 6 Operationen durchgeführt. Bei den Zusammenstössen wurden 14 iranische Soldaten getötet. Es gab keine Verluste der HRK-Kämpfer.
(HRK, 30.9., ISKU)

10 Jahre Gefängnis für Baydemir?

Die Türkei hat in einer Phase der Annährung an die Europäische Union das neue Antiterrorgesetz verabschiedet. Die ersten Betroffenen sind die demokratischen Kräfte, die Partei der demokratischen Gesellschaft - DTP.
Am 3.10. stand der Bürgermeister der Stadt Amed (Diyarbakir), Osman Baydemir vor Gericht. Osman Baydemir hatte während der Ereignisse im vergangenen März [Aufstände in Nordwestkurdistan nach der Ermordung mehrer Guerillas vermutlich durch Giftgas] eine Rede zu der Ermordung von drei Kindern und 15 weiteren Personen durch Staatskräfte gehalten. Baydemir, für den

BürgermeisterInnen unterstützen Waffenstillstand

Die BürgermeisterInnen der DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft) erklärten, dass sie die Entscheidung der PKK für den Waffenstillstand als sehr bedeutsam ansehen.
Der Bürgermeister von Kayapinarê, Zulkuf Karatekîn, erklärte, die Türkei müsse so schnell wie möglich antidemokratische Gesetze aufheben: "Die kurdische Frage muss auf demokratischem und friedlichem Wege gelöst werden. Wenn die Türkei einen gesellschaftlichen Fortschritt will und mit ihren Bürgern ein gutes Leben leben will, müssen die antidemokratischen Gesetze verschwinden."
Karatekîn erklärte, die Chance des Waffenstillstandes müsse gut verstanden werden. Intellektuelle und zivilgesellschaftliche Einrichtungen sollten sich auch gegen Provokationen wappnen.
Der Bürgermeister von Yenîsehî, Firat Anli, bewertete vorangegangene Waffenstillstände, die von den verantwortlichen in der Türkei und auch international immer mit Härte beantwortet worden seien. Er forderte, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Grundlage der Politik genommen werden sollten und verantwortlich mit dieser Chance umgegangen werden müsse. Die Vorschläge Öcalans sollten gründlich untersucht werden. "Mein Wunsch ist, dass dies der letzte Waffenstillstand ist."
Der Bürgermeister von Wêransar (Viransehir), Emrullah Cîn, erklärte: Wir sind diesmal voller Hoffnung. Sollte es Frieden geben, wird die Türkei eine Kraft im Mittleren Osten. Bisher haben Tausende ihr Leben verloren, wir erleben große Schmerzen. Ich bin sehr glücklich über den Waffenstillstand."
Der Bürgermeister von Elih (Batman), Huseyîn Kalkan, erklärte, man müsse für diesen Waffenstillstand einstehen, die Gründe für die Auseinandersetzungen müssten beseitigt werden. Man müsse die Bedingungen für ein gemeinsames Leben schaffen. Die Regierung müsse auf den Waffestillstand antworten.
Auch die demokratische Bewegung der freien Frauen gab eine Erklärung zum Waffenstillstand ab. Die Frauen gaben eine Presseerklärung zum Waffenstillstandsangebot der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans KKK vor dem Gebäude des IHD in Istanbul ab.
Sevahîr Bayindir erklärte, der Waffenstillstand habe die Hoffnungen auf Frieden wiederbelebt. Sie erklärte, die bisherigen einseitigen Waffenstillstandsangebote der KurdInnen seien von Seiten des Staates, der zivilen Organisationen und internationalen Kräften nicht entsprechend beantwortet worden. Sie forderte die Einstellung der Militäroperationen und rief zur Unterstützung auf.
Die Zentrale des IHD unterstützte die Forderung nach einem Waffenstillstand. In einer schriftlichen Erklärung forderte sie den Staat auf, zu einem bleibenden Frieden beizutragen. *(ROJ, 3./4.10, ISKU)*

Proteste gegen Ilisu-Staudamm

Am Donnerstag gab ein Beirat aus Beamten und Vertretern der Sozialpartner in Wien noch keine definitive Empfehlung ab, dass die Kontrollbank eine Garantie für den 230-Millionen-Auftrag der VA Tech Hydro und Andritz übernehmen kann. Erst im Oktober soll die Entscheidung fallen.
Nicht nur in Österreich sondern auch in der Türkei ist das Staudammprojekt Ilisu umstritten, in Wien gab es am Donnerstag eine Demonstration vor dem Finanzministerium dagegen. Seit die türkische Regierung Anfang August einen zweiten Anlauf zum Bau des Staudamms gemacht hat, versuchen Umweltgruppen landesweit die Bevölkerung gegen das Projekt zu mobilisieren. Im Westen der Türkei geschieht dies vor allem unter dem Stichwort Hasankeyf, dem bekannten antiken Ort am Tigris, der durch den Staudamm versenkt würde. Auch die PKK warnte: In einer Stellungnahme riefen sie die am Ilisu-Staudammprojekt beteiligten Unternehmen und Banken auf, "sich nicht an diesem Verbrechen des Staates" zu beteiligen. Ansonsten würden sie sich selbst schuldig machen.
In der Region selbst konzentriert sich der Widerstand vor allem in den Dörfern und Städtchen, die dem Damm weichen müssten. Hier herrscht weit verbreitetes Misstrauen gegenüber den staatlichen Versicherungen, alle Betroffenen könnten mit großzügigen Entschädigungen rechnen und bekämen neue Häuser in der Umgebung des Stausees zugeteilt. Unterstützt wird der Protest auch von den kurdischen Bürgermeistern in den umliegenden Städten und der Metropole Diyarbakir, die alle befürchten, dass der Staudammbau eine neue Migrationswelle in ihre sowieso schon völlig überlasteten Städte auslösen könnte.
Auf parlamentarischer Ebene ist der Damm dagegen unumstritten. Sowohl die Regierungspartei AKP wie die oppositionelle CHP sind für den Damm. Ministerpräsident Erdogan argumentiert, allein beim Bau des Dammes könnten rund 10.000 Menschen in der völlig verarmten Gegend zu mindestens vorübergehend einen Job finden. Bis zu 120.000 Quadratkilometer Landes sollen bewässert werden. Auf Grundlage dieser Argumente wird wohl auch die deutsche Regierung einer Bürgschaft für die Baufirma Züblin zustimmen.
Die drei Exportkreditagenturen und Vertreter der Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz treffen sich Anfang Oktober in Ankara zu einem großen Workshop zu Ilisu, wo über die Auflagen verhandelt wird. Dieser "Kuhhandel" soll die letzten ungeklärten Aspekte klären. Dieser Workshop findet unter Ausschluss von NGOs und der Öffentlichkeit statt. *(DS, 29.9., ISKU)*

Waffenstillstand (Fortsetzung)

mit großem Einsatz und großer Opferbereitschaft erfolgreich führt, ist ebenfalls aufgerufen, diesen Waffenstillstandsprozess entschlossen zu unterstützen und auf der Linie der demokratischen Lösung und der demokratischen Einheit das Seinige beizutragen. Es muss deutlich werden, dass in diesem Prozess die Forderung nach einer demokratischen Lösung unüberhörbar artikuliert wird und breiteste Unterstützung erfährt; die Bevölkerung sollte ihre diesbezügliche Entschlossenheit und ihren Wunsch nach Frieden so deutlich machen wie nur irgend möglich.
Wir werden das Unsrige tun, um das Problem innerhalb der Grenzen der Türkei zu lösen und auf der Basis der Einheit in Freiheit ein demokratisches Zusammenleben zu verwirklichen. Jedoch wird unser Volk sich einer Politik der Verleugnung und Vernichtung wie stets in der Geschichte so auch heute in keiner Weise beugen, sondern sich verteidigen, wenn es nötig ist. Unser Schritt des Waffenstillstands ist ein Schritt von historischer Bedeutung für das dauerhafte freiwillige Zusammenleben zweier Völker. Wir sagen: "Jetzt besteht eine Gelegenheit zum Frieden, lasst sie uns nutzen." Sonst bleibt das Feld den Kriegstreibern überlassen, die mit Nationalismus und Chauvinismus gefährlichen Hass zwischen den Völkern schüren wollen. Daher sollten alle demokratischen Institutionen und Kreise, Presseorgane, Intellektuelle, Künstler und alle, die für die Geschwisterlichkeit der Völker eintreten, unseren Schritt unterstützen, damit daraus eine dauerhafte Lösung entstehen kann. Sie alle sollten das Ihrige tun und nicht wie in der Vergangenheit untätig bleiben. *Koma Komalên Kurdistan Präsidium des Exekutivrats, 30.9.*

wegen Unterstützung der PKK bis zu 10 Jahren Haft gefordert wurde, ging auf die Anschuldigungen nicht ein. *(RTV, 3.10., ISKU)*

Türkischer Armee-Chef verbittet sich Kritik der EU
Die türkische Armee hat sich Kritik der EU an der nach wie vor bestehenden politischen Macht der Militärs in Ankara verbeten. Der neue Generalstabschef Yasar Büyükanit warf der EU am Montag in einer Grundsatzrede vor der Istanbuler Kriegsakademie vor, sie versuche, die Armee als Hindernis für die Demokratisierung der Türkei hinzustellen. Büyükanit nannte in diesem Zusammenhang namentlich den EU-Botschafter in Ankara, den deutschen Diplomaten Hans-Jörg Kretschmer. Dieser hatte vor kurzem kritisiert, dass sich die türkischen Militärs nach wie vor zu Politikbereichen äußerten, für die sie nach europäischem Verständnis keine Befugnisse hätten. *(AFP, 2.10.ISKU)*

Autorin in der Türkei wegen Beleidigung vor Gericht
In der Türkei steht seit Donnerstag abermals eine Schriftstellerin wegen Beleidigung des Türkentums vor Gericht. Ipek Calislar wird vorgeworfen, in ihrer Biografie der Ehefrau von Mustafa Kemal Atatürk den Staatsgründer in seiner Ehre gekränkt zu haben. Ihr drohen bei einer Verurteilung bis zu vier Jahre Haft. Auslöser der Anklage gegen Calislar war ein Abschnitt in dem Buch «Latife Hanim», in dem die Autorin die Flucht Atatürks aus dem Präsidentenpalast beschreibt. Darin heißt es, der Staatsgründer habe ein Attentat befürchtet und sich daher mit einem Tschador, einem Ganzkörperschleier, als Frau verkleidet. Atatürk war mit Latife etwa zwei Jahre verheiratet, bevor er sich 1925 von ihr scheiden ließ. *(AP, 5.10., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
HPG	hpg-online.com
DS	Der Standard
FR	Frankfurter Rundschau

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 279
13. Oktober 2006

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Lagendijk: Büyükanit nicht konstruktiv

Reaktionen zum Waffenstillstand

Joost Lagendijk, Vorsitzender im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, bezeichnete im Interview mit Roj-TV die Haltung des türkischen Generalsstabschef General Yasar Büyükanit in der kurdischen Frage als "nicht konstruktiv". "Er verhält sich, als habe sich nichts geändert", erklärte Lagendijk.

Im Gegenzug zum Waffenstillstand der PKK hat Büyükanit angekündigt, es werde gekämpft werden, "bis niemand mehr in den Bergen übrig geblieben ist". Haben Sie als jemand, der den Waffenstillstand unterstützt, eine solche Haltung des türkischen Militärs erwartet?
Büyükanits Stellungnahme finde ich schade. Im Europaparlament besteht seit langem die Forderung, dass die PKK den bewaffneten Kampf aufgibt. Mit der jüngsten Entwicklung sind wohl alle zufrieden. Büyükanits Haltung zur kurdischen Frage ist nicht konstruktiv. Er verhält sich, als habe sich nichts geändert. Für ihn ist die Angelegenheit geblieben wie immer. Das Europaparlament erwartet von der türkischen Regierung eine positive Reaktion. Meiner Meinung ist es das schlechteste, wenn sich die türkischen Verantwortlichen verhalten, als habe sich nichts geändert.

Ein Waffenstillstand war die dringlichste Forderung an die kurdische Bewegung. Dieser ist jetzt realisiert worden. Welche Entwicklungen sind jetzt zu erwarten?
Es ist unrealistisch, sofort große Erwartungen zu haben. Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten sehen, wie es läuft, ob es Tote auf beiden Seiten gibt, wer sich wie verhält usw. Und dann werden wir sehen, welche Haltung die Regierung der Türkei annimmt und wir werden sie dazu aufrufen, entsprechend zu reagieren.

Nutzt diese neue Situation, um einen Dialog zu beginnen. Das kann der Türkei auf oder hinter den Bildschirmen vorgeschlagen werden. Vielleicht kann die türkische Regierung einen Plan vorlegen, von dem eine Weile gesprochen wurde. Vielleicht kann direkt mit der DTP gesprochen werden. Das sind alles Möglichkeiten, die sich nicht innerhalb von ein, zwei Tagen verwirklichen lassen. Es wäre zu wünschen, dass die türkische Regierung mit einem Projekt kommt.

Der Parlamentarier Vittorio Agnoletto hat für den EU-Bericht vorgeschlagen, dass direkte Gespräche mit kurdischen Vertretern stattfinden sollten. Dabei fiel der Name DTP. Unterstützen Sie das?
Ja, dafür habe ich gestimmt. Dieser Vorschlag ist parallel zu dem, was ich in den letzten Monaten gesagt habe. Während meiner Türkeireise habe ich die DTP besucht. Mit meiner physischen Anwesenheit wollte ich meine Unterstützung ausdrücken. In jener Phase lagen jedoch einige Argumente vor, die gegen Gespräche mit der DTP sprachen. Gegenseitige Angriffe und die täglichen Todesfälle.
Jetzt ist dieses Argument weggefallen. Es gibt keinen einzigen Grund mehr, sich nicht mit kurdischen Politikern zusammen zu setzen, die gegen Gewalt und auf der Suche nach einer demokratischen Lösung sind. Jetzt müssen Gespräche begonnen werden.

Gibt es Bemühungen Ihrerseits, die PKK von der Liste terroristischer Organisationen streichen zu lassen?
Dabei handelt es sich letztendlich um die Entscheidung der Mitgliedsländer. Sie müssen entscheiden, aber ich denke, wir sollten erstmal die Situation beobachten und schauen, was in den nächsten Monaten geschieht. Ich vermute nicht, dass es sofort in den nächsten Wochen zu einer Entwicklung kommt. Aber wenn die PKK zum Thema Waffenstillstand entschlossen bleibt, kann langfristig eine solche Forderung aktuell werden.
(ÖP, 12.10., ISKU)

Halil Dalkilic nach §129 zu Freiheitsstrafe verurteilt

Celle: 3 Jahre Haft für Journalisten

Wenig überraschend endete auch dieser Prozess gegen einen Kurden: Das Oberlandesgericht (OLG) Celle verurteilte am Mittwoch den Journalisten Halil Dalkilic zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren. Die Anklage hatte ihm vorgeworfen, von Anfang des Jahres 2000 bis zu seiner Verhaftung im Oktober 2005 als "Rädelsführer der PKK/des KONGRA-GEL" für den Bereich "Finanzen und Wirtschaft" der Organisation in Europa verantwortlich gewesen zu sein. Damit habe er sich als "führender Funktionär der PKK" an einer "kriminellen Vereinigung" (§ 129 Strafgesetzbuch) beteiligt. Diese Ansicht der Bundesanwaltschaft, die für Halil Dalkilic eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten gefordert hatte, sind die Richter des Celler OLG weitestgehend gefolgt.
Ob die Verteidigung gegen dieses Urteil in Revision geht, bleibt abzuwarten.

Seit Jahren laufen die Verfahren gegen kurdische Politiker wie stetig wiederholte Aufführungen des immer gleichen Theaterstücks mit den immer gleichen Regisseuren und dem allen bekannten Ausgang des Trauerspiels.
Die Intendanten dieser Bühnen sind an einer Änderung ihres Spielplans nicht interessiert. Man hat sich eingerichtet in diesem Theater. Die Rollen bleiben fest verteilt, die Gehälter krisensicher und die staatliche Unterstützung ist auf lange Frist gesichert.
Auch dieser Prozess war geprägt von der Ignoranz gegenüber den Erklärungen des Angeklagten zu seiner Person, seinem Lebenslauf und der Motivation seines politischen Handelns vor dem Hintergrund eines bis heute anhaltenden und ungelösten türkisch-kurdischen Konfliktes. Bereits während seines Studiums in der Türkei ist gegen Halil Dalkilic erstmals 1993 Anklage gegen ihn wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft erhoben worden. Später war er mehrmals in Haft aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit u.a. als verantwortlicher Redakteur. In seiner Erklärung vom 13. Juli 2006 hatte Dalkilic der Anklage vorgeworfen, die fundamentalen Veränderungen in der kurdischen Freiheitsbewegung nicht wahrnehmen und gründlich analysieren zu wollen. Man sei in den 1990-er Jahren stehen geblieben und ziehe einzelne, Jahre zurückliegende Vorkommnisse als Beleg dafür heran, dass sich weder die Kurden noch deren Bewegung gewandelt hätten.
Er jedenfalls wolle seinen Beitrag dazu leisten, "dass die in Europa und insbesondere in Deutschland lebenden Kurden Lösungen für ihre Probleme finden und zu einer integrierten Gesellschaftsgruppe werden." *(Az, 11.10., ISKU)*

Meldungen

PKK-Amnestieforderung von Mehmet Agar löst Diskussionen aus
Am dritten Tag seiner Reise durch den Südosten der Türkei wiederholte der Vorsitzende der DYP Mehmet Agar seine Forderung, dass die Regierung Schritte unternehmen müsse, um die PKK-Militanten in den Bergen für die Gesellschaft zurück zu gewinnen. Agar betonte, dass Ziel seines Vorstoßes sei, das gesellschaftliche Klima zu entschärfen. Der Wunsch zusammenzuleben müsse erneut belebt werden. Von CHP und AKP kamen ablehnende Stellungnahmen zu Agars Vorstoß. Der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal bezeichnete Amnestiepläne als Teil eines internationalen Szenarios, dem sich die CHP nicht beugen werde. *(Za, 10.10., ISKU)*

Militäroperationen trotz Waffenstillstand
Seit dem 8. Oktober führt die türkische Armee eine Operation in der Region Sehit Remzi durch. Weiterhin wurden am 8. Oktober neue Operationen in der Gegend um Hacan, Kesan und Sêsmala sowie Erster Mai Hügel fortgesetzt. Die türkische Armee setzte das Gelände in Brand und zog sich am 9. Oktober ohne Erfolg zurück. Am 7. Oktober am Morgen um 5.00 Uhr startete die türkische Armee in Beytüssebap in der Gegend um Kato Jirka eine neue Operation. Die Operation wurde um die Regionen Gire Azmana, Deriya Boge Meydan Koli und Geliye Masiro ausgeweitet. Zwischen der Guerilla und den Soldaten kam es bei Meydan Koli zu einem Zusammenstoß. Bei dem Gefecht gab es Verluste der türkischen Einheiten, genaue Informationen konnte jedoch nicht erhalten werden. *(HPG, 10.10., ISKU)*

Operationen in Dersim
Die Militäroperationen in der Umgebung von Pilur und Xozat (Dersim) wurden noch ausgeweitet. Wie bekannt wurde, finden in der Umgebung von Karaoglan, Zargoît, Geyîksuyu und Babaocagi Militärbewegungen statt, Helikopter und Militärfahrzeuge sowie weitere Armeeeinheiten werden dorthin verlegt. Augenzeugen in der Region berichteten, dass es an einigen Orten zu Gefechten gekommen sei.
(DIHA, 11.10., ISKU)

Journalist von Polizei verprügelt
Der DIHA-Korrespondent in Elk (Beytüssebab) Emîn Bal berichtet, er sei im Zusammenhang mit Nachforschungen über ein Kind,

»Ein Angriff auf die Rechte der Kurden«

Bürgermeister von Diyarbakir unter Druck. 65 Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Unterstützung der PKK. Ein Gespräch mit Hisyar Özsoy

Der Oberbürgermeister der kurdischen Metropole Diyarbakir, Osman Baydemir, stand innerhalb der vergangenen vierzehn Tage gleich dreimal vor Gericht. Worum ging es?
Am 26. September mußte sich der Politiker gemeinsam mit 55 weiteren Bürgermeistern der prokurdischen Partei DTP (Demokratische Gesellschaftspartei) vor Gericht verantworten. Sie hatten eine Petition an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen gerichtet mit der Bitte, dem Fernsehsender Roj TV in Dänemark nicht die Sendelizenz zu entziehen. Die Staatsanwaltschaft wertete das als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Der Prozeß wurde nach der Beweisaufnahme auf den 23. November vertagt. Am 27. September sollte Baydemir verurteilt werden, weil er für den Transport des Leichnams eines PKK-Guerilleros einen Krankenwagen zur Verfügung gestellt hatte. In diesem Fall wurde er freigesprochen.

Und das dritte Verfahren?
Das begann am 3. Oktober wegen einer Rede des Oberbürgermeisters. Im März haben Sicherheitskräfte bei Demonstrationen zehn Menschen erschossen und 200 verletzt. Baydemir konnte die aufgebrachte Bevölkerung durch eine Ansprache beruhigen und so eine noch größere Katastrophe verhindern. Nun werden ihm zwei Sätze aus dieser dreiviertel Stunde langen Rede als Unterstützung der PKK ausgelegt. Das sind nur drei von 65 Ermittlungsverfahren und einer Vielzahl von Prozessen, mit denen der Oberbürgermeister konfrontiert ist.

Ist er ein Einzelfall?
Nein, er ist zwar stärker als andere betroffen, aber die meisten lokalen kurdischen Repräsentanten und Bürgermeister der DTP müssen sich mit ähnlichen Gerichtsverfahren auseinandersetzen. Das ist eine gezielte Kriminalisierung und ein Angriff auf die demokratischen Rechte der Kurden. Das Vorgehen ist nicht rechtlich legitimierbar und ausschließlich politisch motiviert. Es soll verhindert werden, daß Politiker die Situation der kurdischen Bevölkerung und die Unterdrückung der kurdischen Kultur thematisieren.

Warum ist Osman Baydemir besonders betroffen?
Diyarbakir ist aufgrund der Metropolenstellung der Stadt ein Zentrum der kurdischen Repräsentation. Die Stadt ist das kulturelle, ökonomische und politische Zentrum der Kurden in der Türkei. Aufgrund der Zehnprozenthürde bei den Parlamentswahlen stellt die DTP keine Abgeordneten in Ankara, die Kurden haben in der Türkei also keine parlamentarische Vertretung. Dadurch haben die regionalen Bürgermeister auch eine türkeiweite Verantwortung. Baydemir ist Vorsitzender der Vereinigung der Kommunen des Südostens, in der sämtliche DTP-Bürgermeister organisiert sind. Damit ist er der einflußreichste demokratisch gewählte kurdische Vertreter. Deshalb wird immenser Druck auf ihn ausgeübt.

Was denken die Menschen über die Verkündung des einseitigen Waffenstillstands durch die PKK?
Die kurdische Bevölkerung ist optimistisch und hofft, daß durch den Waffenstillstand eine gewaltfreie und kommunikative Lösung des türkisch-kurdischen Problems erreicht werden kann. Aus diesem Grund folgen die kurdischen politischen Organisationen dieser Auffassung, einschließlich der PKK, die ihren Willen erklärt hat, bewaffnete Auseinandersetzungen zu beenden. Das ist sehr wichtig.
Es gibt aber nicht nur Grund zum Optimismus. Im nächsten Jahr finden Parlamentswahlen statt und keine politische Partei in der Türkei will aufgrund des populistischen und nationalistischen sozialen Klimas die kurdische Frage thematisieren. Wenn diese Frage aber ignoriert wird und keine Schritte getan werden, auf die Belange und Erwartungen der Menschen einzugehen, könnte die Gewalt eskalieren. Viele Menschen haben die Befürchtung, daß in einem solchen Fall nicht nur der militärische Konflikt, sondern auch soziale Gewalt in Form ethnischer Konflikte eskalieren könnte. Im Westen der Türkei fanden bereits Hetz- und Lynchkampagnen gegen kurdische Migranten und Saisonarbeiter statt. Es ist schwer vorherzusehen, was passieren wird. Die Menschen beobachten die Entwicklungen. Es ist auch möglich, daß der Waffenstillstandsprozeß zu einem Zustand von anhaltendem Frieden führt.

* Dr. Hisyar Özsoy arbeitet seit mehreren Jahren als Soziologe zum Thema »Soziale und politische Beteiligungsmöglichkeiten gesellschaftlich marginalisierter Gruppen« und ist Referent für internationale Kontakte der Stadtverwaltung von Diyarbakir im Südosten der Türkei. Das Interview führte Martin Dolzer. *(jW, 10.10., ISKU)*

27 Jahre Haft für Rede gefordert

Im Verfahren gegen den Vorsitzenden der DTP der Stadt Sêrt (Siirt) Murat Avci wurden wegen einer Rede, die er im Zusammenhang mit den Ereignissen im Amed (Diyarbakir) am 28. März gehalten hatte, 27 Jahre Haft gefordert.
Auch hatte sich Avci an der Beerdigung des Guerillakämpfers der HPG Kenan Demîr beteiligt. Ihm wurde in der Verhandlung vor dem 4. Gericht für Schwere Strafen in Amed von der Staatsanwaltschaft unter anderem "Organisationsmitgliedschaft" und "Beleidigung der türkischen Republik und der Steitkräfte" vorgeworfen.
Im Zusammenhang mit der Beerdigung von Kenan Demîr wird Avci vorgeworfen, ein Bild von diesem vor seiner Brust gehalten zu haben. Außerdem habe ein Jugendlicher mit Namen Muhlîs Ete die Fahne des Demokratischen Konföderalismus entrollt. Dieser sei anschließend angeschossen worden. Beim Krankenhaus, in dem Ete versorgt wurde habe Avci sich mit diesem solidarisch erklärt und zum Boykott der Schulen und zum Schließen der Geschäfte aufgerufen.
Der Staatanwalt wertete die Rede Avcis am Grab Demirs als Mitauslöser für die Ereignisse in Amed.
(DIHA, 12.10., ISKU)

"Kurdische Woche" in Berlin

In Deutschland leben schätzungsweise 700.000 Kurdinnen und Kurden, davon über 60.000 in Berlin. Inzwischen wächst die dritte Generation von Kurdinnen und Kurden heran, die Zahl der Einbürgerungen wächst, immer mehr nehmen aktiv am politischen und sozialen Leben teil. Um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu fördern und den Standpunkt der Kurden zu aktuellen Themen zu vermitteln, veranstaltet die Föderation kurdischer Vereine, YEK-KOM e.V., in Berlin gemeinsam mit unterschiedlichen Kooperationspartnern eine „Kurdische Woche". YEK-KOM ist der größte kurdische Dachverband kurdischer Vereine in Deutschland, mit über 60 Mitgliedsvereinen. Im Rahmen der "Kurdischen Woche" vom 23. –w 27. Oktober finden an verschiedenen Orten Diskussionsveranstaltungen und Lesungen zu zahlreichen kulturellen und politischen Themen statt. Dabei wird auch die Fotoausstellung "Stimmen kurdischer Frauen" zu sehen sein. Das vollständige Programm der "Kurdischen Woche" gibt es auf der Webseite **www.yekkom.com**

das angeschossen worden war, von einem Polizisten namens Muharrem Basel zusammengeschlagen worden. Er sei bei seinen Nachforschungen von Basel und einem weiteren Polizisten festgenommen worden und in die Sicherheitszentrale gebracht worden. Beim Aussteigen aus dem Wagen sei er von drei Polizisten zu Boden geworfen und getreten worden.
Bal, erklärte, der Polizist namens Muharrem Basel habe ihm schon vorher gedroht, eine Bombe in seinem Geschäft hochgehen zu lassen. *(DIHA, 11.10., ISKU)*

In Farqîn und Osmaniye Unterstützung für Waffenstillstand
Die Demokratieplattform von Farqîn (Silvan) die aus Mitgliedern der DTP, SHP, AKP, CHP, DYP und 19 weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht, gab eine Presseerklärung vor dem Gebäude der Kooperative der Geschäftsleute von Farqin ab.
Der Vertreter der Plattform, Mehmet Kimaz rief die türkische Regierung zu einem bleibenden Waffenstillstand auf.
Auch in Osmaniye kamen Vertreterinnen von DTP, EMEP und Egîtim Sen vor dem Gebäude der DTP zusammen und hielten unter der Beteiligung einer großen Menge eine Presseerklärung ab. Der Leiter der Osmaniye Metin Sakir begrüßte den Waffenstillstand und rief den Staat auf, ernsthafte Schritte zu unternehmen.
(DIHA, 11.10., ISKU)

Postkartenaktion für Öcalan in Amed
Aus Protest gegen das Komplott vom 9. Oktober [1998] organisierte der Verein zur Unterstützung der Gefangenen TUHAD-Der eine Postkartenaktion für Öcalan, der seit acht Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali alleine inhaftiert ist. Auf den Postkarten wurde Verbundenheit mit Öcalan ausgedrückt, das Komplott wurde verurteilt.
(RTV, 9.10.ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
ÖP	Özgür Politika
Az	Azadi e.V.
HPG	hpg-online.com
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 280
20. Oktober 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ahmet Türk: "Auch der Staat wollte einen Waffenstillstand"

Nach einer sehr angespannten Phase hat die KKK unter Berücksichtigung der Erwartungen der Öffentlichkeit und der Bevölkerung einen einseitigen Waffenstillstand erklärt. Was macht diesen Waffenstillstand anders als die vorangegangenen?

Es hat zwanzig Jahre Krieg geherrscht. In dieser Zeit wurde vier Mal ein Waffenstillstand erklärt. Jedes Mal herrschte eine intensivere Atmosphäre der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Aber zu keiner Zeit wurden die Völker so stark gegeneinander aufgebracht. Diese Realität darf man nicht außer Acht lassen. In letzter Zeit haben verschiedene Lynchversuche und Bombenanschläge stattgefunden, in Akyazi, in Antalya, in Konya. Diese haben gezeigt, dass die Türkei an einem grauenhaften Punkt angelangt ist. Unser Ziel ist die Durchsetzung von demokratischen Rechten und Freiheiten. Eine Spaltung der Türkei gibt es in unseren Köpfen nicht. Deswegen haben wir auch daran geglaubt, dass endlich demokratische Paradigmen in den Vordergrund treten müssen. Daraufhin haben wir einen Aufruf gemacht. Die vorherigen Waffenstillstände sind nicht genutzt worden. Was konnte der Staat tun, was konnten wir tun? An diesem Punkt müssen wir als diejenigen, die zivile demokratische Politik machen, eine Selbstkritik leisten. Aber diese Phase ist anders. Die Türkei befindet sich im EU-Beitrittsprozess und erlebt auf der anderen Seite einen schmerzhaften Veränderungsprozess. Auf unseren Aufruf hieß es aus verschiedenen Kreisen, dass ein Waffenstillstand nur zwischen zwei Staaten möglich ist. Unser Ziel ist es, weiteres Blutvergießen zu verhindern und die Waffen zum Schweigen zu bringen. Das Schweigen der Waffen stellt auch eine Gelegenheit für die Türkei dar, sich selbst zu erneuern. Für mich sind die positiven Botschaften, die wir dazu von verschiedenen politischen Parteien erhalten haben, wichtig, weil sie auch die Regierung ermutigen werden, gewisse Schritte zu setzen. Diese Gelegenheit muss unbedingt genutzt werden.

Die KKK hat den Waffenstillstand einseitig erklärt. Auch wenn es so aussieht, dass sie nicht als Ansprechpartner anerkannt wird, haben Sie zuvor beobachtet, dass auch der Staat das Bedürfnis danach hatte?

Natürlich haben wir uns zu Beginn unserer Arbeit darum bemüht, einen Unterbau herzustellen. Wir haben gesehen und gespürt, dass auch der Staat eine gewisse Sensibilität entwickelt hat. Den Aufruf haben wir gemacht, weil wir vor Augen hatten, dass es so nicht weiter geht. Ich glaube nicht, dass einer der vorherigen Waffenstillstände über eine derartige Vorbereitung verfügt hat. Man hat angefangen zu begreifen, wie gefährlich die sich entwickelnde chauvinistische Nationalismuswelle ist.

Ist das auch vom Staat gesehen worden?

Ich empfinde das so. Ich bin davon überzeugt, dass es bemerkt worden ist. Ich habe gespürt, dass bei den Menschen die Überzeugung gereift ist, dass diese Gefahr allen Bürgern, die sich im selben Boot befinden, Schaden zufügen wird. Die Verlautbarungen von Herrn Agar [DYP-Vorsitzender, der in einer Rede "die Jugend in den Bergen" dazu aufgefordert hat, anstatt "bewaffnet in den Bergen" zu kämpfen, "hinunter in die Täler" zu kommen und "Politik zu machen"] können als Resultat dieser Sensibilität gewertet werden. Wenn wir die innere und äußere Konjunktur betrachten, sehen wir, dass dieser Waffenstillstand den vorangegangenen nicht ähnelt. Der momentane Prozess wird von der EU genau verfolgt. Die EU bringt ihre Erwartung zur Sprache, dass endlich eine Formel gefunden werden muss. Auch die USA messen dieser Phase Wichtigkeit bei. Im Inland gibt es die Forderungen von Intellektuellen zu diesem Thema. Diese Phase ist nicht taktisch, sondern strategisch. Eine Lösung der kurdischen Frage innerhalb der Gesamtheit der Türkei ist eine strategische Veränderung. Und von allen Seiten wird der Tatsache Wert beigemessen, dass die Angelegenheit nicht mit Waffen zu lösen ist.

Wie bewerten Sie die Reaktionen aus Regierung, Armee und Öffentlichkeit zum Waffenstillstand?

Die Führung dieses Landes ist keine homogene Struktur. Es bestehen verschiedene Gedanken. Aus Kreisen, die an die Zukunft der Türkei denken, Frieden und Demokratie verinnerlicht haben, erhalten wir Unterstützung. Sie haben auch Erwartungen an uns. Auch in der kurdischen Bevölkerung sehe ich diese Erwartungen. Je stärker sich die Friedens- und Demokratiereflexe der Kurden entwickeln, desto positiver wird sich das auch auf eine Veränderung in der türkischen Bevölkerung auswirken.

Wie müssen die jüngsten Ausfälle aus Armeekreisen bewertet werden?

Von Zeit zu Zeit heißt es "wir werden kämpfen, bis keine einzige Person mehr übrig ist". Angenommen, in den Bergen werden 5000 Menschen vernichtet, wird das Problem damit gelöst? Hat man damit die Mütter, Väter und Verwandten der getöteten Menschen gewonnen? Mit einer Vernichtungslogik kommt man dem gemeinsamen Problem zweier Völker, die ein Zusammenleben wünschen, nicht bei. Wenn es die Möglichkeit gibt, die Bürger zu gewinnen und die Türkei an einen demokratischen Punkt zu bringen, kann man mit einer anderen Logik das Problem nicht lösen. Natürlich kann man auch von den mit der Sicherheit betrauten Institutionen nicht erwarten, dass sie ihre Gedanken innerhalb eines Tages ändern.
Ich glaube daran, dass wenn unsere Entschlossenheit und unsere Bemühungen für einen Friedensprozess sichtbar werden, es auch zu Veränderungen in Militärkreisen kommen wird. Wenn sich demokratische Paradigmen entwickeln und die Probleme gelöst werden, wird auch die Armee zu ihrer eigentlichen Aufgabe zurück kehren und davon befreit werden, Mittel zum Zweck der Innenpolitik zu sein.

Können die von den USA und der Türkei eingesetzten Koordinatoren eine Rolle in der Lösung spielen?

Der US-Koordinator ist ein ehemaliger Militär, aber mit seiner Aufgabe betraut wurde er nicht vom Verteidigungsministerium, sondern vom Außenministerium. Darin liegt meiner Meinung nach eine wichtige Botschaft. Solange wie heute zivile und demokratische Alternativen bestehen, macht es keinen Sinn, auf anderen Alternativen zu beharren. Eine Methode, die nicht nach der kurdischen Meinung fragt, kann keine Stabilität haben. Wenn demokratische Alternativen in den Vordergrund treten, muss die Meinung der DTP, der zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Region und anderer Politiker eingeholt werden. Ich sehe auch, dass sich in dieser Richtung etwas tut. Aber vor allem muss die Regierung einen Dialog fördern. Der Ministerpräsident hat gesagt, wir brauchen gesellschaftlichen Frieden und Einigung. Das ist wichtig. Ich glaube daran, dass innerhalb des laufenden Prozesses diese Denkweise in den Vordergrund treten wird. *(ÖP, 13.10., ISKU)*

Meldungen

34 Militäroperationen in zwei Wochen

Seit Beginn des einseitigen Waffenstillstandes der PKK am 1. Oktober hat die türkische Armee nach Angaben des HPG-Hauptquartiers 34 Militäroperationen durchgeführt. Dabei kam es zu 19 Gefechten, bei denen neun Soldaten und fünf Guerillakämpfer ums Leben gekommen sind. In Cudi und Dersim sind erneut Wälder von Soldaten in Brand gesteckt worden.
Die iranische Armee setzte am 16. Oktober eine Operation in der Region um Kelares in Selmas fort, die die Dörfer von Kizilkent, Asnax, Birinçxarê, Avazer und Dêrik umfasst. Die Operation dauert noch an. Eine weitere iranische Militäroperation in der Region um Elemdar in Xoyê ist erfolglos beendet worden.
(ANF, 16.10., HPG, 17.10., ISKU)

Friedensoffensive der DTP

Mit dem Ziel, den einseitigen Waffenstillstand in einen dauerhaften Frieden zu verwandeln, hat die DTP türkeiweit eine Initiative gestartet, um über inländische zivilgesellschaftliche Organisationen alle gesellschaftlichen Kreise für den Frieden zu mobilisieren. In einer Erklärung der Partei, die an Tausende Organisationen verschickt werden soll, wird für dieses Ziel geworben, "damit kein einziger weiterer Mensch mehr stirbt".
Damit setzt die DTP, die auch mit Vertretern aus EU und USA zum Thema Lösung der kurdischen Frage in Kontakt steht, den Gedanken um, dass eine stabile Lösung weniger im Ausland als vielmehr über "inländische Dynamiken" erbracht werden muss. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Türkei werden zur Solidarität und zum Gedankenaustausch aufgerufen. *(ANF, 19.10., ISKU)*

Illegale Abschiebung

Bereits vor zwei Wochen berichteten von türkischen Küstenwachbooten gerettete Flüchtlinge, dass sie zuvor von griechischen Wachschiffen aufgegriffen, dann aber vor der türkischen Küste ausgesetzt worden seien. In einem Fall sollen die Flüchtlinge ins Meer geworfen worden sein (26.09.06)
Ein Bericht der griechischen Zeitung Kathimerini schildert nun Praktiken illegaler Abschiebungen in die Türkei durch griechische Grenzdienste in der Ägäis und in Thrakien. Eine türkische Polizeistatistik gibt die Zahl der aufgegriffenen Flüchtlinge, die aus Griechenland kamen, mit 8.238 in den vergangenen fünf Jahren an.
(Radikal, 16.10., ISKU)

DTP bietet Vermittlerrolle an

Aysel Tugluk veröffentlichte als DTP-Vorsitzende auf einer Pressekonferenz die von ihrer Partei gefassten Beschlüsse zum Waffenstillstandsprozess. Tugluk verwies auf die vorangegangenen einseitig von der PKK ausgerufenen vier Waffenstillstände, die zu keinen positiven Ergebnissen geführt hätten und erklärte, der jüngste Waffenstillstand berge andere Möglichkeiten in sich, da äußere Faktoren zu einer Lösung beitragen würden. Am wichtigsten seien jedoch die inneren Faktoren. Bevölkerung und Staat müssten begreifen, dass mit einer Gewalt- und Vernichtungsstrategie nichts zu erreichen sei.

Die Parteibeschlüsse listete Tugluk folgendermaßen auf:

-Durchführung von weiteren Friedenskonferenzen, Unterstützung der bisherigen Friedensarbeit
-Beobachtung des Waffenstillstands, Position beziehen gegen Aktivitäten, die dem Waffenstillstand schaden
-Bildung von Dialoggruppen sowie Intensivierung des Kontakts zu anderen politischen Parteien, politischen Persönlichkeiten und Vertretern der Zivilgesellschaft
-Gespräche mit kurdischen Parteien und Persönlichkeiten, die andere Gedanken haben, sowie Förderung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit
-Förderung eines demokratischen Bündnisses mit anderen Friedens- und Demokratiekräften der Türkei Intensivierung des Kontakts zu Medienvertretern
-Durchführung von Kultur- und Kunstveranstaltungen zum Friedensprozess
-Verstärkung des Beitrags von gewählten Kommunalpolitikern zum Friedensprozess
-Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten, den Regierungs- und Oppositionsparteien und anderen politischen Kreisen, die zu einer Lösung beitragen können
-Gespräche mit kurdischen Politikern der Föderalen Region Kurdistan (Südkurdistan) sowie in den Strukturen der EU, des Europarats, der Sozialistischen Internationale und den Botschaften

Weiterhin werde an der Senkung der Wahlhürde und einer Demokratisierung des Wahlrechts gearbeitet und von einem neu gegründeten wissenschaftlichen Beratungsausschuss ein Bericht zu Möglichkeiten einer Lösung der kurdischen Frage verfasst werden. Auf die anschließende Frage von JournalistInnen, worüber mit kurdischen Politikern im Nordirak gesprochen werden solle, erklärte Tugluk: "Wir möchten, dass sie ihre Bemühungen kontinuierlich fortsetzen und streben einen Meinungsaustausch mit ihnen an." Ein weiterer Journalist stellte die Frage, ob auch Gespräche mit der PKK stattfinden werden. "Damit dieser Prozess vorangetrieben wird, können wir auch mit der PKK sprechen, falls das notwendig ist."

(DIHA, 12.10., ISKU)

"Maxmur wird nicht geschlossen"

Gegenüber der in Südkurdistan erscheinenden Zeitung Kurdistan Nwe hat der irakische Außenminister Hosyar Zebari erklärt, das Flüchtlingslager Maxmur werde nicht geschlossen und gegen die PKK keine militärische Front eröffnet werden. Die Türkei rufe den Irak dazu auf, unter allen Umständen gegen die PKK vorzugehen, so Zebari: "Aber unter den heutigen Bedingungen ist es für die USA und den Irak nicht möglich, eine militärische Front gegen die PKK zu eröffnen und gegen sie zu kämpfen. Die Türkei muss Verständnis dafür zeigen. Wir können nicht aus dem Süden und der Mitte des Landes militärische Kräfte in den Norden abziehen, um hier zu kämpfen. Im Irak herrscht eine weiter ansteigende Gewaltwelle. Unser vorrangiges Ziel ist es, die Gewalt im Irak zu stoppen und eine Stabilität herzustellen." Der von der PKK ausgerufene Waffenstillstand sei auf Druck der irakischen und der kurdischen Regionalregierung zustande gekommen, fuhr Zebari fort. Für eine Lösung des PKK-Problems sei ein Weg des Dialoges einer militärischen Intervention vorzuziehen.

Das Flüchtlingslager Maxmur, das bereits zu einer Krise zwischen der Türkei und dem Irak geführt habe, werde nicht geschlossen werden, betonte Zebari. "Die irakische Regierung wird keinen einzigen Flüchtling ausweisen. Das ist ein offizieller Beschluss, den wir öffentlich gemacht haben. Wir werden lediglich dabei behilflich sein, wenn jemand in sein Land zurückkehren möchte."

(ANF, 17.10., ISKU)

Nedim Seven freigelassen

Der in Holland am 8. August an der Grenze zu Belgien verhaftete kurdische Politiker Nedim Seven ist am 18.10. in der zweiten Hauptverhandlung seines Prozesses freigelassen worden. In seiner Verteidigung betonte Seven, im Falle einer Auslieferung in die Türkei werde er jahrelang im Gefängnis verbleiben. In Europa lebe er dagegen als politischer Flüchtling. Die Verhaftung Sevens war über einen von der Türkei angeregten internationalen Haftbefehl zustande gekommen. Das Gericht wies die türkischen Vorwürfe gegen Seven zurück und lehnte eine Auslieferung ab. Gleichzeitig wurde die Haftentlassung beschlossen. Die Staatsanwaltschaft hatte zunächst eine Auslieferung und später aufgrund des in Holland nicht bestehenden Aufenthaltsstatus des Angeklagten die Fortsetzung der Haft gefordert. Ca. 150 Personen hatten sich vor dem Gerichtsgebäude in Maastricht versammelt, um die Verhandlung zu beobachten.

Da Seven in Holland keine Aufenthaltserlaubnis besitzt, wurde er der Ausländerpolizei übergeben.

(ÖP, 18.10., ISKU)

Revision für "die guten Jungs"

Zwei Offiziere des türkischen Militärgeheimdienstes, die wegen eines Bombenanschlages zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, könnten demnächst freikommen. Die beiden Konterguerillamänner Ali Kaya und Ozan Ildeniz waren vergangenen November zusammen mit einem PKK-Überläufer nach einem Handgranatenanschlag auf eine Buchhandlung in der kurdischen Kleinstadt Semdinli von der Bevölkerung auf frischer Tat gestellt worden. In ihrem Wagen fanden sich Waffen, Anschlagspläne und eine Todesliste mit den Namen kurdischer Aktivisten. An erster Stelle stand der Buchhändler Seferi Yilmaz. Während Yilmaz den Anschlag überlebte, wurde ein Kunde der Buchhandlung getötet.
Im Juni verurteilte das Strafgericht von Van die beiden Offiziere zu jeweils 39 Jahren Haft. Ihnen wurde vorgeworfen, eine Bande mit dem Ziel gebildet zu haben, durch Anschläge in den kurdischen Landesteilen den Bürgerkrieg anzufachen und so die EU-Ambitionen der Türkei zu sabotieren.
Das Gericht habe sich von Vorurteilen leiten lassen, begründete die Generalstaatsanwaltschaft am Obersten Appellationsgerichts der Türkei nun ihren Antrag zur Aufhebung der Urteile. So sei den Männern keine Bandenbildung nachzuweisen, und es sei nicht berücksichtigt worden, daß sie sich als Opfer einer Verschwörung bezeichneten.
Tatsächlich ließen sich im Verfahren die Hintergründe nicht abschließend klären, da das Militär die Ermittlungen behinderte. Als Hintermann der Konterguerilla hatte ein Staatsanwalt in Van den damaligen Heeresgeneral Yasar Büyükanit und jetzigen Oberkommandierenden der Streitkräfte verdächtigt. Das Militär untersagte jedoch derartige Ermittlungen und ließ den Staatsanwalt suspendieren. *(jW, 19.10., ISKU)*

Menschenrechtsgericht verurteilt Türkei wegen Misshandlungen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei zu Schmerzensgeldzahlungen verurteilt, weil Polizisten auf der Wache einen zwölf Jahre alten Lehrling verprügelt haben. Auch in zwei weiteren Fällen stellten die Straßburger Richter am Dienstag Verstöße gegen das Verbot von Misshandlungen fest. Der Gerichtshof wies die türkische Regierung an, den Klägern insgesamt 55.000 Euro Schmerzensgeld zu zahlen.

(AFP, 17.10., ISKU)

Keine Anwaltsbesuche bei Öcalan

Seit Beginn des Waffenstillstandes, den 1.Oktober wurden keine Anwaltsbesuche bei Adullah Öcalan zugelassen. Als Begründung musste wieder einmal das Wetter herhalten.

(19.10., ISKU)

Veranstaltung:
Menschenrechte in der Türkei zwischen Anspruch und Realität

Beitrittsverhandlungen der Türkei und die Rolle der Zivilgesellschaft
RA Dursun Özdogan (Vorstandsmitglied von Göc-Der)
RA Bülent Temel (Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins IHD-Diyarbakir)
Çaglar Demirel (Vorstandsmitglied des Frauenhauses Kardelen der Gemeinde in Diyarbakir)
Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt, Publizist, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte)
Ort: forum Kirche, Hollerallee 75, 28209 Bremen
Mittwoch, 25. Oktober 2006, 18:00 Uhr

"Kurdische Woche" Berlin 23–27.10.2006
Das Programm gibt es auf der Webseite **www.yekkom.com**

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
ÖP	Özgür Politika
HPG	hpg-online.com
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 281
27. Oktober 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdistan-Konferenz des EU-Parlaments:

Forderung nach friedlicher Lösung

Die am 16. und 17. Oktober durchgeführte dritte Kurdistan-Konferenz des Europaparlaments, an der MenschenrechtsaktivistInnen, Intellektuelle und ExpertInnen der Kurdistan-Frage teilnahmen hat eine Schlußerklärung vorgelegt, in der die EU-Mitgliedsländer dazu aufgefordert werden, die EU-Beitrittsperspektive der Türkei nachdrücklich zu unterstützen und dabei konsequent die Verpflichtungen des Landes gegenüber der EU einzufordern.

Die Abschlussresolution nennt als grundlegendes Ziel der Konferenz, den Respekt für Menschen- und Minderheitenrechte zu stärken und zu einer friedlichen, demokratischen und anhaltenden Lösung der kurdischen Frage beizutragen.

Die Konferenz stellte Fortschrite der Türkei insbesondere in den Jahren 2002-2004 fest, schloss sich jedoch auch der Einschätzung des Europaparlaments an, dass sich auf verschiedenen Gebieten wie Meinungsfreiheit, Minderheitenrechten, Frauenrechten, Strafverfolgung und kulturellen Rechten eine "Verlangsamung des Reformprozesses" bemerkbar mache.

Die kurdische Frage stellt nach Ansicht der KonferenzteilnehmerInnen das zentrale Problem dar, das für die Etablierung einer stabilen, demokratischen und friedlichen Türkei gelöst werden muss. Dazu muss die Türkei politische Reformen innerhalb der staatlichen Institutionen vollziehen und den ethnischen Nationalismus aufgeben, der die Wurzel des Konfliktes darstellt.

Dem kurdischen Volk und seinen Repräsentanten sollte die Möglichkeit gegeben werden, an den Diskussionen um die demokratische Zukunft der Türkei und um den EU-Anpassungsprozess teilzunehmen.
Der einseitige Waffenstillstand der kurdischen Seite wird ausdrücklich begrüßt und die anderen in den Konflikt involvierten Parteien werden aufgefordert, militärische Operationen zu unterlassen und nach gewaltfreien Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Insbesondere die Türkei sowie die Mitgiedsstaaten der EU sollten sich an der Etablierung eines frielichen Klimas beteiligen und an der Etablierung eines Dialoges zwischen Türken, Kurden und anderen Bevölkerungsgruppen in der Türkei mitwirken.

Die Erklärung schließt mit einem Katalog "vertrauensbildender Maßnahmen" insbesondere auf politischem und kulturellem Gebiet, die einen Friedensprozess sichern können. Dazu gehört auch ein Aufruf an die Mitgliedsstaaten der EU, die friedliche Arbeit kurdischer Exilorganisationen nicht weiter zu kriminalisieren und angesichts des jüngsten Waffenstillstandes das Verbot verschiedener kurdischer Organisationen zu überdenken. Auch die Ernennung von Sonderbeauftragten des Irak, der Türkei und der USA wird als potentieller Beitrag zum Frieden gewertet, sollten sich diese auf die Etablierung eines Dialogs konzentrieren.

Der DTP-Vorsitzende Amed Turk beschrieb in seiner Rede auf der Konferenz das in jüngster Zeit verschärfte Klima nationalistischer Gewalt in der Türkei und wies auf die Initiativen zivilgesellschaftlicher Kräfte hin, diesen Trend zu stoppen.
Den Wafenstillstand bezeichnete Turk als eine große Chance. Diesen in einen dauerhaften Frieden zu verwandeln, erfordere jedoch große Anstrengungen von allen Beteiligten – andererseits bestehe die Gefahr, dass ein Scheitern dieses Prozesses zu noch größerem Leiden führt.
Sollte der Demokratisierungsprozess scheitern, würde die Türkei nicht nur die Chance auf die Mitgliedschaft in der EU verlieren; sie liefe auch Gefahr, sich in ein "typisches mittelöstliches Land" zu verwandeln, wo Gewalt zur Lösung von Problemen vorherrschend ist. Ohne die Fähigkeit, Probleme mit demokratischen Mitteln zu lösen, würde der Nährboden für den radikalen Islam und den chauvinistischen Nationalismus gestärkt werden.

Die vollständige Abschlussresolution der Konferenz ist (z.Zt. nur in englischer Sprache) auf der Webseite der veranstaltenden "EU-Turkey Civic Commission" zu finden: www.eutcc.org

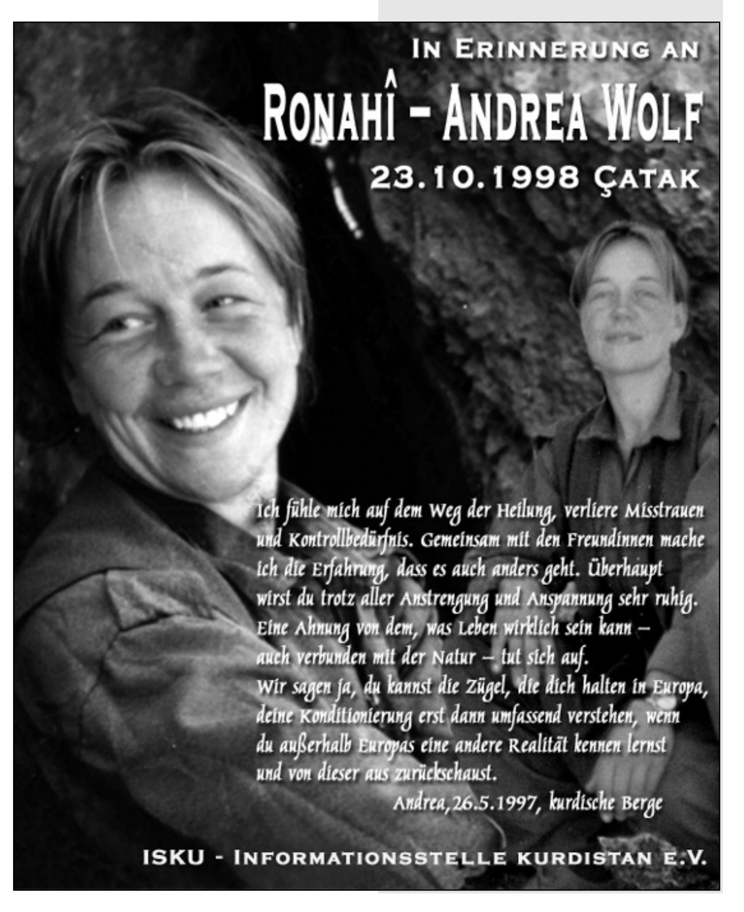
(isku)

Meldungen

IHD: 338 Tote in neun Monaten
Auf einer Pressekonferenz im Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir ist die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen im Zeitraum Januar bis September 2006 in den kurdischen Gebieten der Türkei veröffentlicht worden. Demnach sind bei Kämpfen in der Region 338 Menschen getötet worden. In 1412 Fällen wurde eine Verletzung der Meinungsfreiheit registriert. Gemäß den an den Verein gestellten Anträgen haben insgesamt in den ersten neun Monaten des Jahres 6640 Menschenrechtsverletzungen stattgefunden.
Im Abschnitt "Verletzungen der Menschenrechte von Frauen" des IHD-Berichts sind drei Ehrenmorde, sechs "zweifelhafte" Todesfälle von Frauen sowie 34 Fälle von Gewalt, davon 29 innerfamiliär, verzeichnet.

(DIHA, 20.10., ISKU)

28 Verhaftungen in Siirt
Nach Aussagen eines PKK-Überläufers, der sich den türkischen Sicherheitskräften ergeben hat, sind in Siirt 28 Personen verhaftet worden. Der Ex-Guerillakämpfer soll im Raum



Schwere Armut in Amed

Nach einer Erhebung des in Diyarbakir von 21 Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründeten "Vereins zur Bekämpfung von Armut und für dauerhaften Aufschwung" leben in der Stadt 1.080.000 Menschen und damit 80.7 Prozent der Bevölkerung unter der Hungergrenze. Die Erhebung beruht auf einer Umfrage mit 1120 Personen.

Vorangegangen war dieser Erhebung eine Untersuchung des Gewerkschaftsverbands Türk-Is aus Anlass des "Internationalen Kampftages gegen Armut", die ergeben hatte, dass in der gesamten Türkei 18 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze und 900 000 Menschen unter der Hungergrenze leben. Für den Monat September wurde die Armutsgrenze mit einem Einkommen von 1901 YTL, die Hungergrenze mit 583 YTL festgelegt.

Ausgehend von dieser Untersuchung startete der Verein in Diyarbakir eine Erhebung, aus der sich ergab, dass 80.7 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 400 YTL auskommen müssen.

(ANF, 22.10., ISKU)

Verfahren gegen IHD in Batman

Gegen die Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD in Batman, Saadet Becerikli, werden von der Staatsanwaltschaft täglich neue Ermittlungsverfahren nach Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches eingeleitet. "Es ist soweit gekommen", erklärt die Menschenrechtlerin, "dass ich jedes Mal, wenn ich den Mund öffne, ein neues Verfahren bekomme." Ein Prozess läuft gegen Becerikli und 27 weitere Personen vor dem 6. Schweren Strafgericht Diyarbakir wegen "Unterstützung einer terroristischen Organisation", weil sie sich als Beobachterin an einer Aktion in Batman-Besiri beteiligt hatte. Dort waren Tausende Menschen in ein militärisches Operationsgebiet marschiert, um die Operation zu stoppen, nachdem sieben HPG-Kämpfer ums Leben gekommen waren. Die erste Hauptverhandlung in diesem Prozess findet am 14. Dezember statt.

Wegen der Veröffentlichung eines Berichtes über die Umstände des Todes der elfjährigen Mizgin Özbek, die von Sondereinheiten in Batman erschossen worden war, musste die örtliche IHD-Vorsitzende eine staatsanwaltschaftliche Aussage machen. Im Anschluss wurden drei neue Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. In einem davon geht es wiederum um eine Erklärung, die Becerikli im Zusammenhang mit einer Meldung in der Tageszeitung Özgür Gündem abgab, nach der ein Guerillakämpfer am 27. August 2005 von türkischen Sicherheitskräften nach der Festnahme hingerichtet wurde. Teil der Ermittlungen in diesem Fall ist ihre Unterstützung der Familie des getöteten HPG'lers.

In den beiden weiteren Fällen wird gegen Becerikli wegen einer Erklärung aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September und einer am 30. August abgegebenen Erklärung ermittelt. In den drei neu eingeleiteten Verfahren bezieht sich die Staatsanwaltschaft auf den umstrittenen Paragraphen 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuches. Saadet Becerikli macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass insbesondere die Menschenrechtsarbeit über das neue Antiterrorgesetz und den Paragraphen 301 behindert werden soll. "Wir sind damit konfrontiert, dass die eigentliche Aufgabe von Menschenrechtlern, nämlich Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, zu dokumentieren und öffentlich zu machen, verhindert werden soll. Ganz eindeutig sollen oppositionelle Stimmen zum schweigen gebracht werden." *(DIHA, 22.10., ISKU)*

3 Millionen für Öcalan

Die Anwälte von Abdullah Öcalan haben nach eigenen Angaben mehr als drei Millionen Unterschriften von Kurden gesammelt, die sich zu Öcalan bekennen. Die Initiatoren der Unterschriftenaktion wollen damit auf eine Freilassung und politische Rehabilitierung Öcalans hinarbeiten. Irfan Dundar, einer der Öcalan-Anwälte, sagte in Ankara, Ziel der von ihm vertretene Gruppe namens "Bewegung für freie und gleiche Bürger" sei eine Lösung der Kurdenfrage in einer "Atmosphäre des Friedens, der Brüderlichkeit und der Zusammenarbeit zwischen Türken und Kurden". In der von mehr als drei Millionen Kurden unterschriebenen Erklärung heißt es: "Als Kurde anerkenne und achte ich Abdullah Öcalan als eine politische Persönlichkeit in Kurdistan." *(FR, 23.10., ISKU)*

Vergewaltigtes Mädchen ermordet

Erneut ist in der Türkei ein junges Mädchen ermordet worden, um die "Ehre der Familie" zu retten. Die Bluttat ereignete sich am Samstag in der Ortschaft Baskale nahe der Grenze zum Iran. Das Opfer, eine 15-jährige Kurdin, deren Vorname von den Behörden mit Naile angegeben wird, war vor neun Monaten vergewaltigt worden. Vergangene Woche brachte sie im Krankenhaus einen Sohn zur Welt. Ihrer Familie hatte sie die Schwangerschaft verheimlicht.

Die Ärzte benachrichtigten zwar die Polizei, weil sie offenbar Hinweise auf eine Gefährdung der jungen Mutter sahen. Die Beamten blieben aber untätig und unternahmen nichts zum Schutz des Mädchens. Vier Tage nach ihrer Entlassung aus der Klinik wurde Naile auf offener Straße erschossen. Ihr älterer Bruder habe sie zu einem "Spaziergang" überredet und sei nach der Tat geflohen, berichtet die Zeitung Vatan. Das Blatt zitiert einen Staatsanwalt mit der Vermutung, dass der Familienrat die Ermordung des Mädchens beschlossen habe, um die "beschmutzte Ehre" der Familie wieder herzustellen. Der Vater des Mädchens und zwei Onkel wurden festgenommen. *(FR, 24.10., ISKU)*

Razzien wegen “PKK-Verbot”

In einem bei der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen mutmaßliche “Aktivisten der PKK" anhängigen Ermittlungsverfahren fand am 23.10.2006 eine länderübergreifende Durchsuchungsaktion gegen 24 Menschen statt. Aufgrund vorangegangener Ermittlungstätigkeit der Kriminaldirektion des Polizeipräsidiums Mainz sei es gelungen, “die Organisationsstrukturen und Aufgabenverteilung innerhalb des Gebietes Mainz der "PKK" aufzuhellen”, so die Staatsanwaltschaft. Den Tatverdächtigen wird angelastet, trotz der bestandskräftigen Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahr 1993 weiterhin arbeitsteilig für die "PKK" vorteilhafte Aktivitäten zu entfalten. So besteht u.a. der Verdacht des Sammelns von Spenden, sowie des Verkaufs und der sicheren Lagerung von Propagandamaterial.

Unter Federführung der Kriminaldirektion des Polizeipräsidiums Mainz fanden bei 24 Tatverdächtigen – überwiegend türkischen und deutschen Staatsangehörigen kurdischer Abstammung – Durchsuchungen statt. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag in Rheinland-Pfalz, wo in Mainz und im Großraum Mainz/Bad Kreuznach sowie im Großraum Koblenz insgesamt 20 Objekte durchsucht worden sind. In Hessen kam es zur Durchsuchung von 7 Objekten und in Sachsen-Anhalt wurde 1 Objekt durchsucht. *(StaK, 24.10., ISKU)*

Widerstand gegen “Terror-Ausweis”

Weibliche Häftlinge im E-Typ-Gefängnis Kürkcüler in Adana haben aufgrund einer neuen Prozedur bei Besuchen kollektiv beschlossen, überhaupt keine Besuche mehr zu empfangen. Ihnen war von der Gefängnisverwaltung auferlegt worden, sich Ausweise mit der Aufschrift "Terror" anzuheften. Unter den Häftlingen befinden sich auch die beiden DIHA-Korrespondentinnen Nesrin Yazar und Evrim Dengiz. Angehörige, die sich aus Anlass der Feiertage in der Türkei auf einen normalerweise nicht möglichen Besuch ohne Trennscheibe gefreut hatten, mussten ohne ein Wiedersehen umkehren. Die Gefangenen bezeichneten das Vorgehen der Gefängnisverwaltung als völlig willkürlich und kündigten an, keine Besuche mehr zu empfangen, bis diese neue Prozedur aufgehoben werde. *(DIHA, 24.10., ISKU)*

Siirt für die Logistik verantwortlich gewesen sein. Auch gegen ihn wurde ein Haftbefehl ausgestellt. Vor dem Gerichtsgebäude in Siirt versammelte sich eine größere Menschenmenge. Als die Verhafteten aus dem Gericht in Busse gebracht wurden, um ins Gefängnis überführt zu werden, verabschiedete die Menschenmenge sie mit Applaus. *(ANF, 24.10., ISKU)*

Menschenrechtsgericht in Straßburg verurteilt Türkei in drei Fällen

Die Türkei hat mit dem gewaltsamen Tod einer Frau während einer Militäraktion gegen kurdische Rebellen und dem spurlosen Verschwinden zweier Jugendlicher gegen das Grundrecht auf Leben verstoßen. Dies stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Donnerstag fest. Die Straßburger Richter wiesen die Regierung in Ankara an, den Angehörigen insgesamt 100.000 Euro an Schmerzensgeld zu zahlen. In einem dritten Fall verurteilte das Gericht die Türkei wegen Folter an einem Lehrer. *(AFP, 19.10., ISKU)*

Höhere EU-Finanzhilfe ab 2007

Es wird davon ausgegangen, dass die Türkei ab dem kommenden Jahr eine Finanzhilfe von der EU in Höhe von rund 1 Mrd. Euro jährlich erhalten wird. Daneben wird das Land außerdem Mittel aus den EU-Fonds zur Vorbereitung der Mitgliedschaft erhalten. Die EU-Mittel sind schwerpunktmäßig zur regionalen Entwicklung und zur Überwindung regionaler Entwicklungsrückstände vorgesehen. *(Mi, 24.10., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
StaK	Staatsanwaltschaft Koblenz
FR	Frankfurter Rundschau
Mi	Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 282
3. November 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Breite Unterstützung für Waffenstillstand

Die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) hat eine Reihe von Aktionen zur Unterstützung des von der PKK erklärten Waffenstillstandes beschlossen. Weitere Aktivitäten werden zum Thema Gewalt gegen Frauen stattfinden. Der DÖKH gehören eine Reihe von Frauenorganisationen und -einrichtungen an, darunter der Frauenrat der DTP, die Intitiative "Mütter für den Frieden", das Frauenzentrum SELIS sowie der Frauenverein Gökkusagi (Regenbogen).

Ziel der geplanten Aktivitäten ist die Stabilisierung des bestehenden einseitigen Waffenstillstandes sowie die Verhinderung weiterer bewaffneter Auseinandersetzungen. Dafür werden die DÖKH-Aktivistinnen das Gespräch mit weiteren Frauenorganisationen und weiblichen Abgeordneten suchen, um die Unterstützung möglichst breiter Kreise für diese Ziele zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wird mit einem Informationsdossier insbesondere auf die Auswirkungen von Gewalt auf Frauen aufmerksam gemacht.

In Istanbul und Batman sind für den 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, "Antigewalt-Demonstrationen" geplant. In weiteren Städten werden Kundgebungen und andere Veranstaltungen zu den Themen "Frauen und Gewalt", "Frauen und Krieg", "Frauen und Frieden" stattfinden. In diesem Rahmen werden auch organisierte Besuche der Gräber von Frauen, die in bewaffneten Auseinandersetzungen oder sogenannten "Ehrenmorden" ums Leben gekommen sind, durchgeführt werden. Wie Leyla Deniz von der DÖKH erklärt, betrachtet die Bewegung die Gewalt gegen Frauen in der Türkei nicht unabhängig von der Gewalt durch Krieg und bewaffnete Auseinandersetzungen. "Wir haben beschlossen, bis Ende November Veranstaltungen zum Thema Gewalt gegen Frauen durchzuführen. Dabei geht es uns auch um eine Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft, um Gewalt gegen Frauen, die aus einer traditionellen Kultur hervorgeht, zu verhindern. Gleichzeitig unterstützen wir den Waffenstillstand."

Intellektuelle in der Türkei für Waffenstillstand

In Istanbul ist als Ergebnis einer gemeinsamen Diskussion über den von der PKK erklärten Waffenstillstand von Friedensaktivisten und Intellektuellen beschlossen worden, ein Lösungspaket zur kurdischen Frage zu erarbeiten, im Dezember eine Konferenz zu dem Thema durchzuführen und in der kommenden Woche eine Deklaration zu veröffentlichen. Beteiligt waren an der Diskussion die Intellektuellen-Initiative, die bereits zuvor mit Ministerpräsident Erdogan zusammen getroffen war, die Demokratische Friedensinitiative, die zuvor in neun Städten Versammlungen zur Bildung einer "Friedensfront" abgehalten hatte, sowie Ahmet Türk und weitere Vertreter der DTP. Diskutiert wurde zu den Fragen "Was verstehen wir unter Friedensarbeit?", "Was sind die Risiken des Friedensprozesses?", "Welche Aufgabe fällt den Friedensinitiativen zu?" und "Wie kann die Friedensarbeit koordiniert werden?".

Pressekonferenz im französischen Parlament

Am Dienstag fand im französischen Parlament eine Pressekonferenz zum einseitig von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand statt. Organisiert wurde die Konferenz vom in Paris ansässigen Kurdischen Kulturzentrum Ahmet Kaya. Als Unterstützer nahmen Vertreter der Grünen, der Friedensbewegung, der Bewegung gegen Rassismus und für Freundschaft zwischen den Völkern (MRAP), der Föderation kurdischer Vereine in Frankreich (FEYKA) und weiterer Organisationen teil. *(DIHA, 26./31.10, ANF, 31.10., ISKU)*

Immer mehr Opfer durch Operationen

Am 22. Oktober hat die türkische Armee am frühen Morgen eine spontane Militäroperation in Batman/Hasankeyf um den Berg Mava durchgeführt. Die türkische Armee verlegte Truppen mit Helikoptern in die Berge. Am zweiten Tag der Operation kam es zu Gefechten. Die Guerilla habe eine türkische Operationseinheit in eine Falle gelockt und zugeschlagen. Bei dem Angriff auf türkische Operationseinheiten wurden 3 Soldaten getötet, und zwei weitere verwundet. Bei den Gefechten fielen die 3 Guerilleros Siyar Bagok, Sedat Ciwan und Siyar.

Zu einem Gefecht mit der iranischen Armee kam es am 23. 10. in der Grenzregion Van/Esendere. Bei Kämpfen um das Dorf Erbila kamen dabei die Guerilla-Kämpfer Nurhak Erdal und Mahir ums Leben.

Laut einer am Mittwoch veröffentlichten Bilanz der Volksverteidigungskräfte kamen es im Laufe des Oktober zu insgesamt 23 bewaffneten Auseinadersetzungen in Folge von 2 Operationen der iranischen und 42 Operationen der türkischen Armee ums Leben. Dabei starben 11 Guerillakämpfer und 23 Soldaten der türkischen Armee. *(HPG, 27.-31.10., ISKU)*

Irak protestiert gegen Ilisu-Staudamm

Der derzeitige irakische Wasserminister Latif J. Rashid soll in einem aktuellen Brief an die Exportkreditagenturen der drei beteiligten Länder Österreich, Schweiz und Deutschland erklärt haben, der Irak sei bis dato nicht zum geplanten Tigris-Staudamm konsultiert worden. WWF Österreich zufolge bedeute dies einen Völkerrechts-Verstoß, wie es es am Montag in einer Pressemitteilung hieß. Nach Angaben der Umweltorganisation WWF Österreich drücke Latif Rashid in dem ministeriellen Schreiben die "extreme Besorgnis der irakischen Regierung" über die potenziellen Auswirkungen des Ilisu-Staudamms aus. Die Wassermenge und -qualität würde sich "massiv verschlechtern", wird der irakische Minister zitiert.

Internationale Standards schreiben die Informationspflicht gegenüber Anrainerstaaten, die Übereinkunft über das Projekt, sowie die Nicht-Schädigung durch das Projekt vor. Zusammen mit der Schweizer und der Deutschen Exportkreditagentur habe das Österreichische Finanzministerium wiederholt die Einhaltung dieser Bedingung als eine Voraussetzung für eine Haftungsvergabe festgelegt, erklärte dazu der Sprecher der Organisation ECA-Watch, Nonno Breuß. *(DS, 31.10., ISKU)*

Meldungen

24 JournalistInnen im Gefängnis

Wie das Solidaritätsbündnis für inhaftierte JournalistInnen mitgeteilt hat, befinden sich in der Türkei 24 JournalistInnen im Gefängnis. Darunter sind auch drei KorrespondentInnen der Nachrichtenagentur DIHA sowie Mitarbeiter der Zeitschrift Özgür Halk. Das Bündnis fordert die Abschaffung des Antiterrorgesetzes und die Freilassung aller nach diesem Gesetz inhaftierten Journalisten. *(ÖP, 26.10., ISKU)*

PCDK-Büro in Hewler wieder eröffnet

Über ein Gerichtsurteil ist das zuvor geschlossene Büro der Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan (PCDK) in Hewler in Südkurdistan wieder eröffnet worden. Die Schließung hatte im vergangenen Monat das Innenministerium der kurdischen Regionalregierung angeordnet. Die PCDK-Mitglieder hatten die Schließung vor Gericht mit dem Argument beanstandet, dass ihr jegliche rechtliche Grundlage fehle. Das Gericht gab den Klägern Recht: es bestehe kein Grund für eine Schließung. *(ANF, 1.11., ISKU)*

4.000 Euro Schmerzensgeld für Folteropfer

Die Türkei muss einer 32-jährigen Türkin wegen Folter und menschenunwürdiger Behandlung durch die Polizei ein Schmerzensgeld von 4.000 Euro zahlen. Zu diesem Urteil kam in Straßburg der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Die Frau war 1995 unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung festgenommen und während der Untersuchungshaft schwer misshandelt und geschlagen worden. *(DS, 31.10., ISKU)*

IHD: Gesetzgebung gegen Ehrenmorde unzureichend

Der Menschenrechtsverein IHD in Van hat eine Pressekonferenz zum Tod der 15-jährigen Naile Erdas abgehalten. (siehe Nuce Nr. 281) Die Frauenkommisson der IHD-Zweigstelle in Van kritisierte, dass Naile Erdas auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss nach der Geburt ihres Kindes ihrem Vater ausgeliefert wurde. Wie Seyhan Kilic von der IHD-Frauenkommission ankündigte, werde der Verein nach Abschluss der laufenden Recherchen Strafanzeige gegen den zuständigen Staatsanwalt stellen. Die Übergabe des Mädchens an ihre Familie sei geradezu eine "Einladung zum Mord" gewesen, so Kilic. Die Wiederholung soge-

Sexuelle Folter in staatlichem Gewahrsam

Nach einem Bericht des in Istanbul ansässigen rechtlichen Hilfeprojektes gegen sexuelle Misshandlung und Vergewaltigung in staatlichem Gewahrsam haben sich innerhalb der letzten zehn Monate 15 Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, mit der Forderung nach juristischer Unterstützung an das Projekt gewendet. Weiter wird in dem Bericht festgehalten, dass zwei Frauen nach einer Vergewaltigung Selbstmord begangen haben und eine Frau aufgrund langfristiger Folgen sexueller Folter ihr Leben verloren hat.
Der von den Rechtsanwältinnen Eren Keskin und Fatma Karakas erstellte Bericht befasst sich mit dem Zeitraum 1997 bis Oktober 2006, in dem sich 236 Frauen, davon 166 wegen sexueller Misshandlung, 70 wegen Vergewaltigung, an das Projekt gewendet haben. 206 der Frauen wurden aus politischen Gründen in Gewahrsam genommen. Acht Frauen erlitten aufgrund sexueller Folter Fehlgeburten. Sieben Frauen wurden vor den Augen ihrer Kinder sexuell gefoltert. Vier Frauen wurden durch Vergewaltigung in Gewahrsam schwanger. Vier Frauen wurden als Foltermethode einem Jungfräulichkeitstest unterzogen. Eine Frau wurde zu Tode gefoltert. Zwei Frauen begangen Selbstmord nach Vergewaltigung. Eine Frau verlor durch Spätfolgen sexueller Folter ihr Leben. Ein vierzehnjähriges Vergewaltigungsopfer wurde von ihren Verwandten durch einen "Ehrenmord" getötet.
Am stärksten betroffen von sexueller Misshandlung und Vergewaltigung in staatlichem Gewahrsam sind kurdische Frauen, so hält der Bericht fest. Den Grund dafür sehen die Verfasserinnen in der Tatsache, dass sexuelle Folter in der kurdischen Region immer noch als Mittel im Krieg Anwendung findet. Dagegen habe sich das Bewusstsein kurdischer Frauen, gegen sexuelle Folter juristisch vorzugehen, stark vergrößert.
Die größte Gruppe der Täter machen mit 184 die Polizisten aus. 13 sind Militärs, zwölf Angehörige von Sondereinheiten, 13 Dorfschützer, elf Vollzugsbeamte, drei Überläufer und ein Journalist. Im Bericht wird weiter auf die Dunkelziffer von Fällen sexueller Folter in der kurdischen Region aufmerksam gemacht. Viele Frauen seien sexuellen Übergriffen durch Militär und Jandarma ausgesetzt, verheimlichten diese jedoch aufgrund der in der Region herrschenden Bedingungen und der Tatsache, dass die Armee immer noch ein Tabuthema sei. 67 Frauen sind laut Bericht schwerer Repression ausgesetzt gewesen, nachdem sie die erlittene Folter zur Anzeige gebracht haben. Von diesen seien 37 gezwungen gewesen, ihren Wohnort zu wechseln.
Eine besondere Problematik liegt nach Eren Keskin und Fatma Karatas auch im Nachweis sexueller Folter. Trotz eines gegenteiligen Entscheids des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werden in der Türkei Atteste unabhängiger Ärzte nicht akzeptiert. Lediglich Atteste der Gerichtsmedizin finden Beachtung.
(DIHA, 30.10., ISKU)

JITEM-Fahrzeug beschlagnahmt

Im Dorf Ortaköy im Kreis Uludere in Sirnak haben Jugendliche ein JITEM-Fahrzeug angehalten, die drei Insassen zum Aussteigen aufgefordert und bei der Durchsuchung des Wagens Waffen, Munition und Lagepläne sichergestellt. Die JITEM-Mitarbeiter waren aufgefallen, weil sie in verdächtiger Weise mit dem Auto die Umgebung des Dorfes abgefahren hatten.
Bei den sichergestellten Unterlagen handelt es sich u.a. um Arbeits- und Ausbildungsnotizen des JITEM-Mannes B. Bora Yazban sowie um Informationen, die durch Observationen von Bewohnern der Grenzdörfer in Agri, Mus, Hakkari und Sirnak beschafft worden waren. Eine Genehmigung für die Nutzung des Fahrzeugs ist vom Jandarma-Kommandanten der Provinz Sirnak, Oberstleutnant Seyit Ali Uyanik, unterzeichnet. Im Notizbuch befinden sich Adressen und Telefonnummern von Dutzenden Personen, die entweder offizielle Positionen innehaben oder vermeintlich mit der PKK in Verbindung stehen, sowie Informationen über ihre Familien und Personen, die sich der Guerilla angeschlossen haben. Weiterhin befinden sich neben Notizen über die HPG, die Freien Fraueneinheiten (YJA-Star) u.a. die Namen unzähliger legaler Institutionen und Organisationen wie GÖC-DER, der Gefangenenhilfsorganisation TUHAD-FED, des internationalen kurdischen Arbeitgebervereins KARSAZ, der Föderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) und der unabhängigen Jugendbewegung (BAGEH) in dem Notizbuch.
Offenbar als Reaktion auf die Sicherstellung des JITEM-Fahrzeugs drohte der Bataillonskommandant Oberst Bedrettin Kurt der Bevölkerung von Ortaköy mit der Vertreiung aus ihrem Dorf. Er habe bereits in Cukurca 26 Grenzdörfer entvölkert, jetzt sei die Reihe an Sirnak, auch hier werde die Bevölkerung vertrieben. Mit seiner Versetzung nach Sirnak sei die Repression gestiegen, wird weiter berichtet. Der Strom werde immer wieder abgestellt, Telefonleitungen unterbrochen, es werde sogar interveniert, wenn die Dorfbewohner miteinander kurdisch sprechen. Auf dem Weg zwischen Uludere und Beytüssebap seien fünf Kontrollpunkte eingerichtet worden. Die Dorfbewohner befürchten Vertreibungen und Verminung der Grenzregion. *(ANF, 27./31.10., ÜÖG, 31.10., ISKU)*

Flutkatastrophe in der Türkei

Bei Überschwemmungen und schweren Unwettern im kurdischen Südosten der Türkei sind nach Regierungsangaben mindestens 37 Menschen ums Leben gekommen. Allein 14 Menschen starben, als ein Bus zwischen den Provinzen Mardin und Amed (Diyarbakir) von den Fluten mitgerissen wurde. In Batman sind nach dem Zusammenbruch einer Brükke neun Stadtviertel von der Außenwelt abgeschnitten. Der Gouverneur weigert sich, der Forderung des Bürgermeisters Hüseyin Kalkan nach Einsatz eines Hubschraubers nachzukommen. "Die Regierung muss sofort aktiv werden, um Hilfe in die Region zu schicken. Die Bevölkerung ist wütend", erklärte Kalkan.
Besonders betroffen waren auch die Städte Bismil und Cinar in der Nähe von Amed sowie Silopi nahe der Grenze zum Irak. Auch in anderen Teilen der Türkei wüteten Unwetter. In einem Vorort von Istanbul wurden rund 1000 Häuser und Geschäfte überschwemmt. An der Mittelmeerküste musste die Hauptverbindungsstraße zwischen dem Urlauberort Antalya und Mersin wegen Überschwemmungen geschlossen werden. Bereits am vergangenen Wochenende waren bei Hochwassern nach heftigen Regenfällen in den Provinzen Van und Sanliurfa im Osten des Landes fünf Menschen getötet worden.

Proteste gegen ausbleibende Hilfe
In Amed-Cinar haben sich am Donnerstagmorgen ca. 500 Personen vor der Regierungsresidenz versammelt, um gegen die ausbleibende Hilfe für die Flutopfer zu protestieren. Die Demonstranten zertrümmerten Fenster und Türen des Gebäudes, woraufhin die Bereitschaftspolizei Schlagstöcke einsetzte. Danach ging die Menschenmenge in einen Sitzstreik über und forderte Ministerpräsident Erdogan und den Landrat zum Rücktritt auf. Statt der geforderten Hilfe wurden weitere Polizeieinheiten in die Kreisstadt geschickt.
Der Kongra-Gel-Vorsitzende Zübeyir Aydar kritisierte in einer Erklärung zur Überschwemmung, dass die kurdische Region ihrem Schicksal überlassen wird und die Regierung ihrer Verantwortung nicht nachkomme und rief zur Solidarität mit den Flutopfern auf.
(DIHA/ANF/AFP, 1./2.11., ISKU)

nannter Ehrenmorde zeige auf, dass die Gesetzgebung unzureichend sei und Morde nicht verhindere. "Zur Verhinderung dieser Morde muss ein Programm erarbeitet werden, an dem alle zivilgesellschaftlichen und Frauenrechtsorganisationen beteiligt werden. Auch in der Umsetzung eines solchen Programms müssen staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen zusammen arbeiten."
(DIHA, 28.10., ISKU)

Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen der Türkei
Verwandte und Rechtsanwälte der Gefangenen berichten von unerträglichen Verhältnissen im Gefängnis von Sincan. Die Rechtsanwältin Rahsan Ayten kann seit zwei Monaten ihre Klienten nicht mehr betreuen. Die Gefangenen selbst wären gezwungen ohne Schuhe zu anwaltlichen Besuchen zu gehen. Da sie als Anwalt sich weigere ihre Schuhe auszuziehen werde sie nicht vorgelassen. Des Weiteren werde von der Gefängnisleitung die Weiterleitung von an die Staatsanwaltschaft gerichteten Gesuchen bewusst verzögert, damit Spuren der Gewalt an Gefangenen zuvor verschwänden. Seit dem 24. September befinden sich deshalb die Gefangenen des Gefängnisses im Hungerstreik.
Quelle: *(ANF 27.10., ISKU)*

Dokumentarfilm über Schweizer HPG-Kämpfer
Ein Dokumentarfilm des kurdischen Regisseurs Mano Xelil über das Leben des Schweizer Guerillakämpfers David Rouiller ist in den Schweizer Kinos angelaufen. "Davide Tolhildan" ist mit Unterstützung des schweizer Kultusministeriums und drei TV-Sendern entstanden.
Der Film erzählt, wie David in der Schweiz die Bekanntschaft mit kurdischen Flüchtlingen macht, darüber die kurdische Freiheitsbewegung kennenlernt und sich schließlich im Jahr 2001 der HPG-Guerilla in den Bergen Kurdistans anschließt. *(ANF, 29.10., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
DS	Der Standard

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 283
10. November 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Norwegischer Raflo-Friedenspreis für Leyla Zana

EU sollte Waffenstillstand nutzen

Die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana hat die EU dazu aufgerufen, über die Unterstützung des von der PKK ausgerufenen Waffenstillstands den Weg zum Frieden zu ebnen. Auf Einladung der Ralfo-Stiftung in Norwegen, die den Ralfo-Friedenspreis an Leyla Zana verliehen hatte, befand sich die kurdische Politikerin in Bergen, wo sie auf der zwanzigjährigen Jubiläumsfeier die AKP aufforderte, nicht die gleichen Fehler wie die Regierungen vor ihr zu machen.

In einer auf kurdisch gehaltenen Rede auf der Feier informierte Zana die Anwesenden über historische Aspekte der kurdischen Frage und den Demokratisierungsprozess in der Türkei. Insbesondere der nach 1980 auf die kurdische Bevölkerung ausgeübte Druck stelle die Ursache für Gewalt dar, erklärte sie. Die Entstehung der PKK beinhalte auch diese soziologische Realität. "Ich halte es für ein soziologisch-politisches Muss, das Verhältnis PKK-Öcalan-kurdisches Volk in dieser Hinsicht zu beurteilen." In der Etappe, in der man heute angelangt sei, blühe die Hoffnung auf Frieden.

Lösungsmethoden, die der Vergangenheit angehörten, müssten endlich zurück gelassen werden, so Zana. "Ich bin davon überzeugt, dass es unumgänglich ist, sich komplett von Gewalt und Waffen, von Verleugnung und Vernichtung zu verabschieden, sich in Frieden und Demokratie zu treffen und sich dementsprechend gegenseitig neu zu strukturieren." Die gemeinsame Sehnsucht des kurdischen und türkischen Volkes sei ein bleibender und würdevoller Frieden, der nicht nach Siegern und Besiegten suche. Die kurdische Frage sei in erster Linie ein internes Problem der Türkei, jedoch beständen aufgrund der Tatsache, dass auch im Irak, im Iran und in Syrien Kurden lebten, regionale Besonderheiten. Aus diesem Grund sei die kurdische Frage zu einem internationalen Problem geworden. "Wenn die Rechte der Kurden unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Länder, in denen sie leben, anerkannt und legale demokratische Kanäle geöffnet werden, kann es zu einer friedlichen Lösung kommen, ohne die bestehenden Grenzen zu verändern. Natürlich muss das Problem über innere Dynamiken und im Inland gelöst werden. Allerdings müssen die USA, die EU und andere europäische Länder sowie Friedensaktivisten und -institutionen auf eine friedliche Lösung setzen, eine solche unterstützen und ihre Erfahrungen teilen."

Die Türkei könne EU-Mitglied werden, wenn sie für ihre Bürger ausnahmslos eine zeitgenössische Demokratie gewährleiste und die kurdische Frage friedlich löse. Allerdings bedeuteten diese Worte nicht, dass die Beitrittsverhandlungen gestoppt werden sollten. "Im Gegenteil betrachte ich die EU als Projekt einer demokratischen Zivilisation zum Nutzen der Völker und glaube fest daran, dass sie unterstützt werden muss." Der Waffenstillstand der PKK müsse von der EU für den Frieden genutzt werden. "Ich denke, dass der von den kurdischen bewaffneten Kräften am 1. Oktober 2006 ausgerufene Waffenstillstand eine historische Gelegenheit beinhaltet und es lebenswichtig ist, dass Verantwortung dafür übernommen wird, ihn in einen positiven Frieden umzuwandeln. Ich möchte besonders betonen, dass Erfahrungen wie mit der ETA und anderen auch die Basis dafür bilden, auf die Beziehung EU-Türkei überzugreifen. Es tut mir leid sagen zu müssen, dass ähnliche Entwicklungsprozesse leider von vergangenen Regierungen nicht genutzt wurden. Deshalb ist es sinnvoll und wichtig, die jetzige Regierung dazu zu ermutigen." Sie hoffe, dass die AKP nicht den gleichen Fehler begehen werde, fügte Leyla Zana hinzu.

Gegen Ende ihrer Rede erklärte Leyla Zana an die Anwesenden und die Rafto-Stiftung gewandt, in Diyarbakir müsse ein Menschenrechtszentrum eingerichtet werden und schlug weiterhin vor, die Preisverleihung der Rafto-Stiftung im kommenden Jahr in Diyarbakir abzuhalten. *(ANF, 3.11., ISKU)*

Kaum Hilfe nach Flutkatastrophe

Innerhalb von drei Tagen sind über vierzig Menschen bei der Flutkatastrophe in der kurdischen Region in der Türkei ums Leben gekommen – dennoch bezeichnet Ministerpräsident Erdogan die Hilferufe der Betroffenen als "übertrieben". Gesundheitsminister Akdag erklärte am Samstag, eine offizielle Ausrufung der Region als Katastrophengebiet sei unnötig. Unterdessen warten die Überlebenden in Turnhallen, Hotels, Moscheen oder bei ihren Verwandten auf Hilfe. Auch Tausende Tiere starben in den Fluten. Der materielle Schaden ist immens. Durch Überflutung der Felder wurden Baumwolle und Tabak vernichtet. Allein in Batman ist nach ersten Schätzungen ein Schaden von mehreren Millionen Lira entstanden, über 12.000 Häuser wurden beschädigt. Der Bürgermeister der Stadt, Hüseyin Kalkan, rief die Regierung, örtliche Geschäftsleute und internationale Hilfsorganisationen zur Unterstützung auf.

Auch in den Provinzen Diyarbakir, Sirnak, Mardin, Urfa und Van stehen Hunderte Dörfer unter Wasser. Zu einigen Siedlungen sind immer noch die Zufahrtswege unterbrochen. Tausende Familien sind obdachlos. Vielerorts wurde das Saatgut für das kommende Jahr vernichtet. Nach den Überschwemmungen drohen jetzt auch Epidemien durch verunreinigtes Wasser.

Hilferufe aus Silopi

Drei Menschen starben in der Provinz Sirnak aufgrund der Flutkatastrophe, Tausende Menschen wurden obdachlos. Hilfe für die Betroffenen dagegen bleibt aus. Die Menschen in der Region sind wütend über die Gleichgültigkeit der Regierung. "Alle haben Hunger, wir haben alles verloren", klagt ein Bewohner der Kreisstadt Silopi. Außer von der Stadtverwaltung sei bisher noch keine Hilfestellung erfolgt. Die Menschen übernachten in der Kälte unter freiem Himmel. Einer von ihnen ist Hasan Sadak: "Wir haben eine Katastrophe überlebt, aber bis heute hat sich noch keine staatliche Einrichtung bei uns blicken lassen, nicht der Landrat und auch sonst niemand. Außer der Stadtverwaltung hilft uns niemand. Abgeordnete sind in die Stadt gekommen, aber nicht zu uns Betroffenen. Sie haben sich Stiefel angezogen und mit Hubschraubern in die Dörfer bringen lassen. Was wir brauchen, sind keine Abordnungen, keine Besuche, sondern konkrete Hilfe. Wir leben seit drei Tagen im Schlamm." An Hilfsgütern hat die Stadt mit Tausenden obdachlos gewordenen Einwohnern bisher lediglich ein Kontingent von 50 Zelten erreicht. *(ÜÖG, 5.11., ISKU)*

Spendenkampagne

Dieser Ausgabe der Nuce liegt eine Beilage zur Flutkatastrophe bei, die neben weiteren Informationen auch einen Aufruf für dringend benötigte Spenden zur Unterstützung der Betroffenen enthält.

Meldungen

Talabani: Problem über Amnestie lösen

Im Verlauf seines Frankreichbesuchs hat der irakische Staatspräsident Celal Talabani auf einer Konferenz des Französischen Instituts für internationale Beziehungen (IFRI) seine Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zum Ausdruck gebracht. Davon könne auch der Irak profitieren. Die Türkei gehöre neben den irakischen Nachbarländern Kuwait und Jordanien zu den Staaten, mit denen der Irak beste Beziehungen unterhalte. Der von der PKK erklärte Waffenstillstand entspreche den Wünschen des Irak: "Wenn jetzt auch noch eine Amnestie erlassen wird, wird dieses Problem vollständig gelöst werden", erklärte Talabani. Auf die Frage, ob sich in Südkurdistan türkische Soldaten aufhalten, erklärte der irakische Staatspräsident: "Es sind in sehr geringer Anzahl türkische Einheiten vor Ort, aber diese tragen zur Stabilität des Iraks bei."

Talabani war in Frankreich zunächst mit Jacques Chirac zusammen getroffen. Am vergangenen Freitag führte er Gespräche mit Danielle Mitterand und Segolene Royal. *(ANF, 4.11., ISKU)*

Frauen in Maxmur verbieten Polygamie

Auf einer dreitägigen Frauenkonferenz im Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan ist beschlossen worden, Männer, die mehr als eine Frau heiraten, des Lagers zu verweisen.

Weiterhin wurde auf der zum fünften Mal stattfindenden Konferenz über Unterstützungsmöglichkeiten von Frauen, den von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand in einen gesellschaftlichen Frieden umzuwandeln, diskutiert. Ein weiteres wichtiges Thema waren die negativen Auswirkungen traditioneller Gesellschaftsstrukturen auf Frauen. Als Diskussionsergebnis entstand eine Arbeitsplanung für die nächsten zwei Jahre.

Neben dem Verbot der Polygamie beschlossen die Frauen in Maxmur, traditionelle und rückständige Methoden der Eheschließung wie die Verheiratung im Kindesalter und den Brautpreis zu verbieten. *(ANF, 6.11., ISKU)*

Überschwemmungen in Südkurdistan: 17 Tote

Die seit über einer Woche vor allem in Nord- und Südwestkurdistan herrschende Flutkatastrophe hat auch Südkurdistan erreicht. Nach ersten Informationen sind in der Region mindestens 17 Menschen ums Leben gekommen. Betroffen sind in erster Linie die

IHD: Folter dauert an

Entsprechend eines Berichts des Menschenrechtsvereins IHD über die ersten drei Quartale des Jahres 2006, der in Ankara veröffentlicht wurde, sind in der gesamten Türkei im Zeitraum Januar bis September 299 Menschen in Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, davon 180 Angehörige der Sicherheitskräfte, 117 Organisationsmitglieder und zwei Zivilisten. 91 Personen wurden verletzt. Von den Verletzten sind 244 Angehörige der Sicherheitskräfte, 46 Zivilisten sowie ein Organisationsmitglied. Durch extralegale Hinrichtung sind 36 Menschen ums Leben gekommen, durch "Morde unbekannter Täter" 17, nach der Festnahme 2 und in den Strafvollzugsanstalten 12 Personen. Durch Minen und andere Explosionen sind 32 Menschen getötet und 110 weitere verletzt worden. Bei Angriffen "im Namen der Ehre" kam es zu 54 Todesfällen und 43 Verletzten. 80 Todesfälle werden im Bericht als "zweifelhaft" festgehalten. 15 Soldaten und Polizisten begingen Selbstmord.

In der Kategorie Gewalt gegen Frauen sind 150 Todesfälle und 174 Verletzte registriert. 65 Frauen begingen Selbstmord, 33 verletzten sich selbst bei einem Selbstmordversuch. In der Kategorie Gewalt gegen Minderjährige sind 40 Todesfälle und 123 Verletzte registriert. 46 Minderjährige begingen Selbstmord, 27 verletzten sich selbst bei einem Selbstmordversuch. Durch Missbrauch und Vergewaltigung Minderjähriger ist es zu 76 Todesfällen gekommen. Neun Minderjährige, die zur Prostitution gezwungen wurden, wurden ermordet. 19 weitere Todesfälle Minderjähriger werden in dem Bericht als "zweifelhaft" bezeichnet.

Weiterhin registrierte der Menschenrechtsverein 4610 Festnahmen und 51 Fälle von "Verschwundenen", davon zwei nach der Festnahme und einer im Gefängnis. In der Kategorie Entführung, Bedrohung, Zwang zur Übernahme der Dorfschützertätigkeit und Angebot der Spitzeltätigkeit sind 178 Fälle festgehalten. 1384 Personen wurden aus verschiedenen Gründen verhaftet, 206 Wohnungen durchsucht und 44 Personen angegriffen. Davon waren 27 Journalisten und 17 Mitglieder politischer Parteien oder Vereine.

427 Fälle von Folter, Misshandlung und sexuellen Übergriffen wurden von dem Menschenrechtsverein registriert, davon 147 in Gewahrsam, 189 außerhalb offiziellen Gewahrsamsstellen, 19 durch Dorfschützer, 63 in Gefängnissen sowie neun in Bildungs-, Hort- und Gesundheitseinrichtungen. Trotz dieser hohen Anzahl ist laut IHD-Bericht lediglich ein Prozess wegen Folter eröffnet worden. Fünf Prozesse wurden beendet, zehn weitere dauern noch an.

In der Kategorie Meinungs- und Glaubensfreiheit finden sich 83 eingeleitete Ermittlungsverfahren, von denen 308 Personen betroffen sind. 64 Prozesse wurden gegen insgesamt 261 Personen eröffnet. In 62 Prozessen, die innerhalb des Berichtszeitraums zum Ende kamen, wurden 134 Personen verurteilt.

Neuer IHD-Vorstand

Auf seinem 13. Kongress in Ankara hat der Menschenrechtsverein (IHD) einen neuen Vorstand gewählt. Beschlossen wurde auf dem Vereinskongress u.a. der Beginn einer Initiative zur Schließung des Gefängnisses Imrali und der Verlegung Abdullah Öcalans in eine andere Vollzugsanstalt sowie die Bildung einer Kommission zum Thema Auslieferung von Guerillaleichnamen an ihre Angehörigen, welche durch das neue türkische Strafgesetzbuch erschwert worden ist.

(ANF, 3./5.11., ISKU)

Diplomatische Offensive der DTP

Zur Festigung des von der PKK ausgerufenen Waffenstillstandes und für eine Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Methoden plant die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) eine dreimonatige intensive diplomatische Arbeit auf internationalem Gebiet. Wie Nazmi Gür von der Außenarbeitskommission der Partei erläuterte, nehmen DTP-Vertreter am 6. und 7. November an einer Versammlung der Sozialistischen Internationale in San Tiago teil. In diesem Rahmen sind neben der Thematisierung der kurdischen Frage auch weitere Gespräche mit Politikern aus allen fünf Kontinenten geplant.

Im Dezember werden DTP-Vertreter zum Kongress der Sozialistischen Partei Europas in Portugal fahren. Als Partei eines Landes, das als Mitgliedskandidat der EU gilt, hat die DTP dort Beobachterstatus. Des Weiteren ist eine Rundreise einer DTP-Abordnung nach Schweden, Norwegen, Großbritannien, in die Bundesrepublik, nach Italien und Spanien geplant, wo Gespräche mit verschiedenen Einrichtungen und Politikern stattfinden. In Deutschland werden sich DTP-Vertreter zwischen dem 27. November und dem 2. Dezember aufhalten. Auch in der Föderalen Region Kurdistans (Nordirak) werden Gespräche stattfinden.

(DIHA, 2.11., ISKU)

Repressionswelle gegen DTP

Neun Personen, darunter der DTP-Vorsitzende von Istanbul, Dogan Erbas, und sein Stellvertreter Nizamettin Öztürk, sind vor dem 12. Gericht für schwere Straftaten wegen „Unterstützung einer illegalen Organisation“ zu drei Jahren und neun Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Der knapp fünf Jahre andauernde Prozess geht zurück auf eine Razzia im Parteigebäude (damals DEHAP) im November 2001 wegen des Verdachts der "Beherbergung von Mitgliedern einer illegalen Organisation", bei der eine Diskette beschlagnahmt wurde, deren Inhalt vom Gericht als "Dokumente" einer ebensolchen Organisation bewertet wurden.

Dogan Erbas bezeichnete das Gerichtsurteil als politisch und kündigte an, in Berufung zu gehen. Bei der Durchsuchung sei in einem Computer eine Diskette gefunden worden, die zum Anlass genommen worden sei, nach Paragraph 169 des alten türkischen Strafgesetzbuches ein Strafverfahren einzuleiten. "Das neue Strafgesetzbuch sieht jedoch vor, dass für eine Strafe eine ‚organische Verbindung' zu der jeweiligen Organisation vorliegen muss. Ansonsten wird das Verfahren eingestellt. Aber in unserem Prozess wurden die gesetzlichen Veränderungen ignoriert", erklärte Erbas. "Unserer Meinung nach müssten die aufgefundenen Dokumente im Rahmen der Meinungsfreiheit bewertet werden, weil sie sowohl im Internet als auch in Buchform frei zugänglich sind. Insofern stellt das Urteil gegen uns einen Schlag gegen die Meinungs- und Organisationsfreiheit dar."

Ein weiteres Ermittlungsverfahren wurde gegen Dogan Erbas, Nurseli Aydogan vom DTP-Parteirat und Murat Boztemur (Vorsitzender der DTP-Kreisorganisation in Zeytinburnu) wegen Redebeiträgen am 1. September 2006 während einer Gedenkfeier für Zeynel Durmus eingeleitet. Durmus war am 1. September 2001 auf der Flucht vor der Polizei ums Leben gekommen. Das Verfahren gründet auf der Anschuldigung "Loben einer Straftat oder eines Straftäters".

Polizeirazzia in Istanbul

Eine Regionalversammlung der DTP in Istanbul ist von Polizisten der Antiterrorabteilung überfallen worden. Die ca. 200 Teilnehmenden wurden durchsucht und ihre Personalien aufgenommen. Vier Personen wurden festgenommen. Die Razzia dauerte mehrere Stunden an.

Die DTP verurteilte die Polizeiaktion und bemängelte, es lege keine juristische Grundlage dafür vor. Die Partei arbeite daran, den von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand in einen bleibenden Frieden umzuwandeln. Das staatliche Vorgehen diene nicht einer friedlichen und demokratischen Lösung.

(ANF/ÜÖG, 5.11., ISKU)

Gebiete Xelêfanê, Balekayetî, Ranya und Hewler. Vier Personen werden vermisst.

(ANF, 6.11., ISKU)

Zwei Guerillakämpfer durch Blitz erschlagen

Wie die Volksverteidigungskräfte (HPG) bekannt gegeben haben, sind zwei Guerillakämpfer am 1. November in Gare in der Nähe von Cukurca durch einen Blitz ums Leben gekommen. Dabei handelt es sich um den 19-jährigen Ilyas Yildirim (Hozan Serhildan) und um den 18-jährigen Orhan Çagal (Cesur Gever). *(ANF, 3.11., ISKU)*

EU-Fortschrittsbericht benennt zahlreiche Mängel

Der am Mittwoch in Brüssel veröffentlichte jüngste Fortschrittsbericht 2006 zur Türkei deckt die Entwicklung zwischen 1. Oktober 2005 und 30. September 2006 ab. Konkret werden die Fortschritte in Hinblick auf Entscheidungen, Gesetze und Maßnahmen analysiert. Zu den im Bericht behandelten Kritikpunkten zählt u.a. der „... begrenzte Fortschritt bei der Anpassung der zivilen und militärischen Beziehungen an die EU-Praxis. Meinungsäußerungen des Militärs sollten ausschließlich Militär-, Verteidigungs- und Sicherheitsangelgenheiten betreffen und unter der Aufsicht der Regierung stattfinden, während die zivile Führung ihrer Aufsichtspflicht voll nachkommen sollte, besonders in Hinblick auf die Erarbeitung und Umsetzung der nationalen Sicherheitsstrategie, inklusive der Beziehungen zu den Nachbarländern."

Weitere Kritikpunkte betreffen Folter und Misshandlungen inner- und außerhalb der Gefängnisse, Menschenrechtsverletzungen im kurdischen Südosten der Türkei, die Verfolgung und Verurteilung „nicht gewalttätiger Meinungsäußerungen“ – insbesondere durch den neu verabschiedeten Paragraphen 301 – und das daraus folgende „Klima der Selbstzensur“ sowie die eingeschränkte Religionsfreiheit. *(DS, 8.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
DS	Der Standard

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Spendenaktion für die Menschen in den Katastrophengebieten in Nordkurdistan

Flutkatastrophe in Kurdistan

Über 40 Tote - Erdogan spricht von "Übertreibung"

Uber vierzig Menschen sind bei der Flutkatastrophe in der kurdischen Region in der Türkei ums Leben gekommen – dennoch bezeichnet Ministerpräsident Erdogan die Hilferufe der Betroffenen als "übertrieben". Gesundheitsminister Akdag erklärte, eine offizielle Ausrufung der Region als Katastrophengebiet sei unnötig. Unterdessen warten die Überlebenden in Turnhallen, Hotels, Moscheen oder bei ihren Verwandten auf Hilfe. Auch Tausende Tiere starben in den Fluten. Der materielle Schaden ist immens. Durch Überflutung der Felder wurden die Ernten und auch das Saatgut für das kommende Jahr vernichtet. Allein in Batman ist nach ersten Schätzungen ein Schaden von mehreren Millionen entstanden, über 12 000 Häuser wurden beschädigt. In Batman sind nach dem Zusammenbruch einer Brücke neun Stadtviertel von der Außenwelt abgeschnitten. Der Gouverneur weigert sich, der Forderung des Bürgermeisters Hüseyin Kalkan nach Einsatz eines Hubschraubers nachzukommen. "Die Regierung muss sofort aktiv werden, um Hilfe in die Region zu schicken. Die Bevölkerung ist wütend", erklärte der Bürgermeister der Stadt und rief die Regierung, örtliche Geschäftsleute und internationale Hilfsorganisationen zur Unterstützung auf.

Tausende Familien sind obdachlos

Auch in den Provinzen Diyarbakir, Sirnak, Mardin, Urfa und Van stehen Hunderte Dörfer unter Wasser. Allein 14 Menschen starben, als ein Bus zwischen den Provinzen Mardin und Diyarbakir von den Fluten mitgerissen wurde.

Zu einigen Siedlungen sind immer noch die Zufahrtswege unterbrochen. Tausende Familien sind obdachlos. Nach den Überschwemmungen drohen nun auch Epidemien durch verunreinigtes Wasser.

Die Hilfe für die betroffenen Regionen läuft dagegen nur schleppend an. Verantwortlich dafür ist auch die mangelnde Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit den örtlichen Verwaltungen.

Die ***ISKU*** | Informationsstelle Kurdistan e.V. **bittet** um **Spenden** auf das Konto:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
PGA Köln
Bankleitzahl: 370 100 50
Kontonummer: Nr.: 3968 506
Kennwort: **Flut**

Das gespendete Geld wird an die Anwaltskammer Batman weitergegeben. Sie hat ein spezielles Spendenkonto für die Flutopfer eingerichtet.

Die Menschen in der Region sind wütend über die Gleichgültigkeit der Regierung. "Alle haben Hunger, wir haben alles verloren", klagt ein Bewohner der Kreisstadt Silopi. Außer von der Stadtverwaltung sei bisher noch keine Hilfestellung erfolgt. Die Menschen übernachten in der Kälte unter freiem Himmel. Einer von ihnen ist Herr Sadak: "Wir haben eine Katastrophe überlebt, aber bis heute hat sich noch keine staatliche Einrichtung bei uns blicken lassen, nicht der Landrat und auch sonst niemand. Außer der Stadtverwaltung hilft uns niemand. Abgeordnete sind in die Stadt gekommen, aber nicht zu uns Betroffenen. Sie haben sich Stiefel angezogen und



Aufräumarbeiten in Sirnak Foto: DIHA

mit Hubschraubern in die Dörfer bringen lassen. Was wir brauchen, sind keine Abordnungen, keine Besuche, sondern konkrete Hilfe. Wir leben seit Tagen im Schlamm."

Proteste gegen ausbleibende Hilfe

In Diyarbakir-Cinar haben sich am Donnerstag den 2.11. ca. 500 Personen vor dem Regierungssitz versammelt, um gegen die ausbleibende Hilfe für die Flutopfer zu protestieren. Nach Auseinandersetzungen mit der Bereitschaftspolizei ging die Menschenmenge in einen Sitzstreik über und forderte Ministerpräsident Erdogan und den Landrat zum Rücktritt auf. Statt der geforderten Hilfe wurden jedoch weitere Polizeieinheiten in die Kreisstadt geschickt.

Auch Kongra-Gel-Vorsitzende Zübeyir Aydar kritisierte in einer Erklärung zur Überschwemmung, dass die kurdische Region ihrem Schicksal überlassen wird und die Regierung ihrer Verantwortung nicht nachkomme und rief zur Solidarität mit den Flutopfern auf.

Quelle: DIHA/ANF/AFP/Gündem
weiter Informationen: www.informationsstelle-kurdistan.de

ViSdP: ISKU, Schanzenstr. 117, 20357 Hamburg

Nr. 284
17. November 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan: Wer muss wen amnestieren?

Bei einem Gespräch mit Anwälten aus seinem Verteidigerteam hat Abdullah Öcalan die Türkei am 8. November aufgefordert, bis zum Frühjahr eine klare Antwort auf den von der PKK einseitig ausgerufenen Waffenstillstand zu geben. Wenn keine eindeutigen Schritte gesetzt werden, bliebe ihm nichts anderes übrig, als „die Freunde um Verzeihung zu bitten. Dann kann ich nur sagen, ich habe getan, was ich konnte, aber es hat nicht geklappt."

Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission
Öcalan verwies auf die von der DTP und verschiedenen Intellektuellen durchgeführte Versammlung, auf der eine Unterstützung des Waffenstillstandsprozesses beschlossen worden war, und erklärte, es bestehe Bedarf nach einer Friedenskonferenz mit breiterer Beteiligung von Intellektuellen und Schriftstellern. Diese müsse alle übrigen Friedensinitiativen mit einschließen. Er halte es für einen bleibenden gesellschaftlichen Frieden für wichtig, dass die Gründung einer Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission auf die Tagesordnung genommen werde. „Es sollte keine Konferenz sein, wie sie ständig stattfinden, auf der Beschlüsse gefasst werden und hinterher nichts passiert. Notwendig ist die Gründung einer Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission ähnlich wie in Südafrika. Die angedachte Konferenz könnte dafür die Vorarbeit leisten. Die Situation in der Türkei ähnelt in vieler Hinsicht der in Südafrika." Eine solche Arbeit müsse auch von der Regierung unterstützt werden. Aufgabe der Kommission sei es, die von beiden Seiten im Verlauf des Krieges begangenen Verbrechen aufzuklären. „So wie der Staat viel Unrecht begangen hat, hat es auch von unserer Seite aus Unrecht gegeben. Die Kommission muss dieses aufdecken und dafür sorgen, dass die Täter die Gesellschaft um Verzeihung bitten." Die Arbeit einer solchen Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission sei zeitlich und in ihrer Funktion begrenzt. Nach Erfüllung ihrer Mission müsse sie sich auflösen.

Der zweite Schritt nach der Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission sei die Gründung einer Zivilgesellschaftskoordination. „Diese sollte jedoch nicht zeitlich begrenzt sein." Er wisse, so Öcalan, dass seine Worte oftmals Unverständnis hervorriefen: „Aufgrund der örtlichen und zeitlichen Bedingungen kann ich meine Gedanken nicht ausreichend erklären. In der Türkei gibt es Tausende zersplitterte zivilgesellschaftliche Organisationen. Wenn all diese sich unter einem Dach versammeln, entsteht eine Zivilgesellschaftskoordination." Alle Umwelt- und feministischen Organisationen, linke Gruppen, Gewerkschaften, politische Parteien, Frauen- und Jugendbewegungen sollten sich entsprechend demokratischer Prinzipien zusammen tun. (...)

Ohne Lösung der kurdischen Frage keine EU-Mitgliedschaft
Für die EU sei es unmöglich, die Türkei als Mitglied aufzunehmen, solange die kurdische Frage ungelöst und die notwendigen Kriterien nicht erfüllt seien. Kulturelle, soziale und politische Rechte müssten im Rahmen der EU-Kriterien gewährleistet werden. Öcalan betonte erneut die Bedeutung des Rechtes auf muttersprachlichen Unterricht und erklärte: „Aus diesem Grund bin ich sogar gegen die Ehe. Niemand soll es mir übel nehmen, aber ich würde kein Kind wollen, dass ich nicht mit seiner eigenen Kultur aufziehen kann. Das kommt mir würdelos vor. Wenn man seinem Kind nicht selbst einen Namen geben kann, wenn das Kind nicht in seiner eigenen Sprache sprechen kann, in seiner eigenen Sprache unterrichtet werden kann, dann erscheint es mir besser, überhaupt kein Kind zu haben. Deshalb habe ich nie an diese Art der Ehe und an Kinder gedacht. Wenn die türkischen Intellektuellen ein bisschen Empathie aufbringen, werden sie verstehen, wie schwer das ist. Mit dieser Denkweise und ohne eine Lösung dieser Probleme kann doch die Türkei nicht in die EU aufgenommen werden und es kann in dieser Form zu keinem bleibenden Frieden in der Türkei kommen."

Agar kann Rolle von de Klerk spielen
Öcalan verglich die Situation von Kurden und Türken in der Türkei mit der von Weißen und Schwarzen in Südafrika und kommentierte die Verlautbarungen von Mehmet Agar zur Lösung der kurdischen Frage [Mehmet Agar, Vorsitzender der Partei des rechten Weges (DYP), ehemaliger Innenminister und verwickelt in den Susurluk-Skandal, hatte vor kurzem in Diyarbakir die Guerilla dazu aufgerufen, „anstatt in den Bergen zu kämpfen, in den Tälern Politik zu machen". Diese Aussage fand große Beachtung in der Öffentlichkeit in der Türkei]. In Südafrika seien Schwarze jahrelang ausgebeutet worden. Später hätten die an der Macht befindlichen Weißen begriffen, dass sie das Land auf diese Weise nicht länger regieren könnten. De Klerk als Staatschef des Apartheid-Regimes habe gesehen, dass der klügste und logischste Weg eine Einigung sei. „Und so wurde Mandela nach jahrelanger Haft freigelassen. Mandela verhielt sich sehr reif. Er sann nicht auf Rache. Nach dieser gegenseitigen Einigung kam Mandela bei den ersten Wahlen an die Macht. Wenn den Verlautbarungen von Agar eine Fortsetzung folgt und er wirklich aufrichtig ist, kann er eine ähnliche Rolle wie de Klerk in der Türkei spielen. De Klerk war verantwortlich für die Misshandlungen der Schwarzen und die gesamte Apartheidpolitik. Auch was Agar in den neunziger Jahren gemacht hat, ist uns allen bekannt. Ich kann von hier aus nicht genau wissen, was Agar zu tun versucht, aber wenn er die Rolle De Klerks spielt, könnte das wichtig für die Türkei sein. Deshalb ist auch die Gründung einer Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission wichtig."

Kritik an der AKP
Die Verlautbarungen Agars hätten zumindest eine Diskussion eingeleitet, teilte Öcalan mit und rief die AKP-Regierung dazu auf, so mutig wie Agar zu handeln und die Initiative zu ergreifen. Außenminister Gül habe verschiedene negative Erklärungen abgegeben, die er nicht richtig finde: „Was sollen wir noch machen? ,Waffenstillstand' hieß es, diese Phase wurde begonnen. Und ich habe meinen Part daran erfüllt. Ich stehe immer noch hinter dem Waffenstillstand. Ich glaube auch, dass die PKK ihren Part erfüllt. Auch sie stehen hinter diesen Entwicklungen. Niemand sollte sich auf dem Waffenstillstand ausruhen. Die Kurden verfolgen keinen nationalstaatlichen Nationalismus mehr. Die PKK hat sich vom Nationalismus entfernt." (...)

Staat soll auf Waffenstillstand eingehen
Auch nach Ausrufung des Waffenstillstandes durch die PKK habe es den gesamten Oktober über Militäroperationen gegeben und Menschen seien zu Tode gekommen. „Ich will, dass kein einziger weiterer Mensch stirbt. Auch die Armee profitiert nicht von diesen Operationen. Auf diese Weise kann es zu keiner Lösung kommen. Es ist nicht möglich, die PKK durch Krieg zu vernichten." Die Türkei müsse bis zum Frühjahr auf den Waffenstillstand weiter nächste Seite

Meldungen

Rassistischer Angriff auf Kurden in Ayvalik
In Ayvalik in der Westtürkei sind vier Kurden auf dem Nachhauseweg von fünf Personen mit Waffen und Messern angegriffen worden. Alle vier waren in der Kreisorganisation der DTP-Vorgängerparteien HADEP und DEHAP aktiv. Als sie eine Anzeige bei der Jandarma stellten, wurde eine Wohnung von einer zwanzigköpfigen Gruppe angegriffen. Morgens gegen vier Uhr wurden Molotowcocktails in die Wohnung des ehemaligen DEHAP-Kreisvorsitzenden von Ayvalik geworfen. Die Angegriffenen wandten sich an den Menschenrechtsverein IHD. Der DTP-Kreisvorsitzende von Ayvalik, Nevzat Irgi, traf mit dem zuständigen Landrat zusammen, um eine Lösung für die vorliegende Problematik zu finden.
(DIHA, 14.11., ISKU)

DTP-Vorsitzende vor Gericht
Vor dem 9. Gericht für schwere Straftaten in Ankara hat heute ein Prozess gegen die beiden DTP-Vorsitzenden Aysel Tugluk und Ahmet Türk wegen eines von der DTP-Frauenfraktion zum 8. März verfassten Flugblattes begonnen. In dem Flugblatt, das noch vor der Verteilung von der Polizei beschlagnahmt wurde, wird auf die Bemühungen Abdullah Öcalans für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufmerksam gemacht, womit nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Tatbestand "Loben einer Straftat oder eines Straftäters" erfüllt ist. Den DTP-Vorsitzenden drohen laut dieser Anklage bis zu zwei Jahren Haft.
Die Verteidigung argumentierte damit, dass der Parteivorstand nicht die Verantwortung für den von der Frauenfraktion der Partei verfassten Text trage, dieser ohnehin keinen Strafbestand beinhalte und dies erst recht nicht, weil es gar nicht zu einer Veröffentlichung gekommen war. Außerdem sei nicht das Gericht für schwere Straftaten zuständig. Die Verhandlung wurde auf den 4. Dezember vertagt.
Gegen Aysel Tugluk wurde außerdem ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen einer am 3. September in Diyarbakir gehaltenen Rede eingeleitet.
(ANF, 13.11., ISKU)

Radio Gün im Internet
Der Regionalsender Gün-Radyo in Diyarbakir ist ab sofort live über www.yayinonline.com abrufbar. Weitere Informationen über den Sender finden sich unter

Türkische Armee setzt weiter auf Krieg

Trotz des von der PKK am 1. Oktober ausgerufenen Waffenstillstandes setzt die türkische Armee ihre Militäroperationen fort. Bei größeren Operationen in Sirnak, Hakkari, Dersim, Amed und Siirt ist es zu Gefechten gekommen. Auch die iranische Armee führt Militäroperationen im Gebiet Piransehir durch.
In Siirt ist das Dorf Günesli (Semse) von türkischen Militärs bombardiert worden. Wie die Bewohner mitteilten, seien "nur durch großes Glück" keine Menschen zu Schaden gekommen. Auf Anfrage der Dorfbewohner untersucht der Menschenrechtsverein IHD den Vorfall.
Die Umgebung von Silvan und Kulp in der Provinz Diyarbakir ist von Kampfflugzeugen und Hubschraubern aus bombardiert worden. Über die Resultate der Operation liegen noch keine Informationen vor.
Weitere Militäroperationen sind in Mardin und Dersim begonnen worden, die Operationen in Sirnak dauern weiter an. Nach Angaben des Gouverneurs von Sirnak haben zwischen dem 6. und 11. November in Bestler drei Guerillakämpfer ihr Leben verloren.
Allein im ersten Monat seit Ausrufung des einseitigen Waffenstillstandes durch die PKK hat die türkische Armee 42 Operationen durchgeführt, in deren Verlauf es zu 23 Gefechten gekommen ist, bei denen zwölf Soldaten und acht HPG-Kämpfer ihr Leben verloren haben.

(ÖP, ÜOG, 13./15.11., ISKU)

IHD-Vorsitzender zu Haftstrafe verurteilt

In zwei verschiedenen Prozessen ist der Vorsitzende der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir, Selahattin Demirtas, zu insgesamt 2,5 Jahren Haftstrafe verurteilt worden. Angeklagt war der Menschenrechtler aufgrund von Redebeiträgen zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage und der Isolationshaft von Abdullah Öcalan wegen "Werbung für eine [terroristische] Organisation" nach Paragraph 220/8 des türkischen Strafgesetzbuches. Seine Redebeiträge waren von dem kurdischen Fernsehsender Roj-TV sowie dem regionalen Sender Gün-TV in Diyarbakir ausgestrahlt worden. In beiden Prozessen sprach das Gericht eine Haftstrafe von jeweils einem Jahr und drei Monaten aus. Die Verteidigung hatte Freispruch gefordert, da ihr Mandant lediglich Dinge erklärt habe, die in den Rahmen der freien Meinungsäußerung fielen.
Demirtas selbst kündigte an, in beiden Fällen in Berufung zu gehen: "In beiden Redebeiträgen habe ich gefordert, dass die Isolation Öcalans aufgehoben und Gespräche mit Öcalan geführt werden, um die Gewalt in der kurdischen Frage zu beenden und eine friedliche Lösung zu entwickeln." Weiter wies er darauf hin, dass über den Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches zur Zeit viel diskutiert werde. Der Artikel 220/8 des Strafgesetzbuches sowie Artikel 7 des Antiterrorgesetzes, mit denen vor allem Kurden kriminalisiert würden, fänden dagegen keine Beachtung in der Öffentlichkeit.

(DIHA, 14.11., ISKU)

Weitere Kampagnen für Flutopfer

Die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) und die Frauenplattform Diyarbakir haben eine Kampagne zur besonderen Unterstützung von Frauen, die von der Flutkatastrophe betroffen sind, gestartet.
Eine Frauendelegation aus Istanbul hat unterdessen Cinar und Bismil in der Provinz Diyarbakir besucht, um den bestehenden Bedarf an Hilfsgütern vor Ort festzustellen. Aus diesem Anlass trafen die Frauen verschiedener Institutionen (BEKSAV, ESP, EKD und Atilim) mit Mitarbeitern des eingerichteten Krisentisches zusammen und besuchten im Anschluss die Flutopfer in ihren Zelten.

Frauen spenden Aussteuer
Die DTP Mersin hat innerhalb von einer Woche im Rahmen der Spendenkampagne für die Flutopfer 50 Tonnen Lebensmittel sowie drei LKW-Ladungen Kleidung und Möbel gesammelt. Darunter befinden sich bestickte Kissen, die junge Frauen aus ihrer Aussteuer gespendet haben. Wie Zümeyra Oguz von der DTP mitteilte, geht die Sammelaktion noch zwei Tage weiter, bevor die Spenden nach Batman geschickt werden. Oguz kritisierte die ausbleibende Hilfe des Staates und erklärte, die Spendenkampagne habe das Bewusstsein für Solidarität in der Bevölkerung erhöht: "Anstatt auf den Staat zu warten, muss die Solidarität gestärkt werden."

Flutopfer wütend auf Erdogan
Zwei Wochen nach der Flutkatastrophe, die zwölf Menschen in Batman das Leben kostete und Tausende Menschen obdachlos machte, wird der türkische Ministerpräsident der Stadt einen Besuch abstatten. Die Betroffenen erwarten von Erdogan, dass die Region zum Katastrophengebiet ausgerufen wird und eine Lösung für die entstandenen Probleme gefunden wird. Der Ministerpräsident hatte kurz nach der Überschwemmung öffentlich davon gesprochen, das Ausmaß der Flut werde "übertrieben". Angesichts der 44 Todesopfer löste diese Aussage große Empörung bei den Betroffenen aus.
Die Stadtverwaltung setzt unterdessen mit sehr begrenzten Mitteln die Aufräum- und Reparaturarbeiten fort. Aus vielen Städten sind inzwischen auch Hilfsgüter eingetroffen, die jedoch nicht ausreichen, um die Schäden zu beheben.

Solidarität von Gefangenen
Politische Gefangene im F-Typ-Gefängnis Bolu haben Geld, das sie von ihren Angehörigen für den eigenen Gebrauch bekommen haben, für die Opfer der Flutkatastrophe in den kurdischen Provinzen gespendet. Die Gefangenen in Bolu haben insgesamt 1000 YTL gespendet. Sie bezeichnen diese Hilfe als "symbolisch", sie diene lediglich dazu, den Schmerz der Betroffenen zu teilen. *(DIHA, 11./14./15.11., ANF, 14.11., ISKU)*

Fortsetzung: Wer muss wen amnestieren?

antworten: „Wenn das nicht geschieht, kann ich auch nichts mehr machen. Ich kann bereits jetzt sagen, dass wenn es bis zum Frühling nicht zu positiven Schritten kommt, werde ich mich bei allen Freunden entschuldigen. Dann bleibt mir nur zu sagen, dass ich alles getan habe, was in meiner Macht steht, aber es hat nicht ausgereicht. Und sie werden selbst entscheiden, was sie danach machen. Niemand soll behaupten, dass ich die Verantwortung trage. Wenn weiter auf Vernichtung gesetzt wird, werden sie kämpfen, um sich selbst zu verteidigen. Wenn wirklich eine Lösung gewollt wird und die notwendigen Schritte gesetzt werden, dann werde ich tun, was in meiner Macht steht, um die PKK aus den Bergen zu holen. Aber wenn nichts für eine Lösung getan wird, was kann ich dann noch tun?“

Wer kann wen amnestieren?
Allein eine Generalamnestie führe noch nicht zu einer Lösung der kurdischen Frage, betonte Öcalan. „Eine Amnestie ist nur ein Punkt von vielen in einer Lösung.“ Öcalan erinnerte an ein früher veröffentlichtes, aus zehn Punkten bestehendes Lösungspaket: „Wer kann wen amnestieren? Das habe ich bereits früher gesagt, wer wird die amnestieren, die eine Amnestie erlassen? Diese brauchen eine Amnestie ohnehin noch nötiger. Die Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission wird das aufklären. Die wirklich Schuldigen werden gegenseitig ihre Fehler öffentlich einräumen und um Verzeihung bitten. Nur so kann ein bleibender Frieden gewährleistet werden.“
Stark gekürzte Fassung, siehe Internetseite der ISKU

(ANF, 10.11., ISKU)

www.gunradyotv.com. Wie Sendungsleiter Cemal Dogan ankündigte, wird der Fernsehkanal Gün-TV, der als einziger nichtstaatlicher Kanal auch kurdischsprachige Sendungen anbietet, ebenfalls in Kürze über Internet erreichbar sein.

(ANF, 15.11., ISKU)

Umfrage zu EU-Mitgliedschaft der Türkei
Nach einer im Auftrag der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung Yeni Safak durchgeführten Umfrage unterstützen 57 Prozent der Bevölkerung die Mitgliedschaft des Landes in der EU. 60 Prozent glauben allerdings nicht daran, dass dies der Türkei auch gelingt. Die größte Unterstützung erhält eine EU-Mitgliedschaft mit 70,3 Prozent von Anhängern der DTP, gefolgt von CHP mit 60 Prozent und AKP mit 59,6 Prozent. Gegen eine EU-Mitgliedschaft sind 63,4 Prozent der SP- und 61,6 Prozent der MHP-Anhänger. *(YS, 14.11., ISKU)*

Zwei Freisprüche für Perihan Magden
Die Schriftstellerin Perihan Magden ist in zwei gegen sie anhängigen Prozessen freigesprochen worden. In einem ging es um einen Artikel mit der Überschrift "Wer ist Pinar Selek?". Die Anklage lautete auf Beeinflussung der Justiz. Das Gericht entschied, dass kein Strafbestand vorliege.
In dem zweiten Prozess wurde Magden angeklagt, den mutmaßlichen Mörder des Priesters Andrea Santaro und seinen Vater beleidigt zu haben. Auch hier konnte das Gericht keinen Tatbestand erkennen.

(Milliyet, 14.11., ISKU)

25. November: Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen
An diesem Tag werden in mehreren Städten Aktivitäten stattfinden. Uns liegt der Termin einer Demonstration in Hamburg vor:
25. November 2006, 15.00 Uhr
Treffpunkt: Hamburg Hauptbahnhof (Hachmannplatz)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
YS	Yeni Safak

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 285
24. November 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Trotz Waffenstillstand führt das türkische Militär weiter Krieg

Bomben auf eigene Dörfer

Die Republik Türkei setzt weiter auf eine militärische Lösung im Konflikt mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Trotz deren am 1. Oktober ausgerufenen Waffenstillstands führt Ankara seinen Krieg im kurdischen Südosten des Landes weiter. Fast täglich werden von dort Gefechte gemeldet. Während des ersten Monats des Waffenstillstandes zählte das Hauptquartier der kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG 42 Militäroperationen, bei denen acht Guerillakämpfer und zwölf Soldaten getötet wurden. So bombardierten Kampfflugzeuge jüngst die Umgebung von Silvan und Kulp in der Provinz Diyarbakir und beschossen bei Siirt das Dorf Günseli. »Nur durch großes Glück« seien keine Menschen zu Schaden gekommen, berichteten die Bewohner. Allein in der vergangenen Woche sollen zehn Mitglieder der Guerilla getötet worden sein.
Während die kurdische Bevölkerung den Waffenstillstand begrüßt, bewegt sich die türkische Politik keinen Deut in Richtung einer Lösung der kurdischen Frage. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht hochrangige Militärs und Politiker der kemalistischen Oppositionspartei CHP die völlige Vernichtung der PKK fordern. Bewegung in die Diskussion hatte im Oktober ausgerechnet der Vorsitzende der konservativen Partei des rechten Weges (DYP), Mehmet Agar, mit seiner Forderung gebracht, die Guerilla soll, »anstatt in den Bergen zu kämpfen, in den Tälern Politik machen«. Hintergrund dieser Initiative des ehemaligen Innenministers und Mitverantwortlichen für den Krieg in den kurdischen Gebieten in den neunziger Jahren war Agars Sorge, angesichts des kurdischen Autonomiegebiets im Nordirak eine nationale Geschlossenheit in der Türkei zu sichern.
Gegenüber seinen Rechtsanwälten äußerte der auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierte ehemalige PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan vergangene Woche die Hoffnung, Agar könne eine vergleichbare Rolle wie der ehemalige südafrikanische Staatschef Frederik Willem De Klerk bei der Beendigung der Apartheid spielen. Das dürfte allerdings angesichts der gesunkenen Bedeutung der DYP ebenso wie deren Verstrickung in Mafianetze und Beteiligung an der Konterguerilla unwahrscheinlich sein. »Wenn wirklich eine Lösung gewollt wird und die notwendigen Schritte getan werden, dann werde ich alles in meiner Macht stehende unternehmen, um die PKK von den Bergen zu holen«, versicherte Öcalan trotzdem. Wenn nicht, dürfte die Guerilla im kommenden Frühjahr wie schon nach den vorangegangenen einseitigen Waffenstillständen wohl wieder zu den Waffen greifen.

HPG warnt türkische Armee
In einer schriftlichen Erklärung haben die Volksverteidigungskräfte (HPG) angekündigt, nicht länger still zu halten, wenn die türkische Armee ihre Militäroperationen nicht einstelle: "Wenn sich ihre Haltung nicht ändern, werden sie die Antwort bekommen, die sie verdient haben."
Die fortgesetzten Militäroperationen dienten dazu, den Waffenstillstandsprozess zu sabotieren. "Zuletzt hat es bei Operationen in Nazimiye und Yayladere auf beiden Seiten Verluste gegeben. Eine ausführliche Erklärung dazu wird zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht."
Die HPG habe sich an das Kriegsrecht sowie den Beschluss, nicht in Angriffsposition zu gehen, gehalten. "Trotz dieser Selbstlosigkeit haben die Angriffe nicht aufgehört. Alle Kräfte, die uns zu einem Waffenstillstand aufgefordert haben, müssen wissen, dass wir das Recht auf Vergeltung haben. Diejenigen, die besonders gegen die Militäroperationen Haltung beziehen müssten, hüllen sich in Schweigen. Wenn unsere Kräfte keine Aktionen durchführen, werden sie angegriffen. Aber einseitige Selbstlosigkeit hat eine Grenze. Alle zum Waffenstillstand aufrufenden Kräfte müssen die gefährliche Entwicklung sehen und intervenieren. Die Friedens- und Demokratiekräfte müssen laut werden. Unser Volk muss zu den gefallenen Guerillakämpfern stehen und in demokratischen Aktionen seine Reaktion zum Ausdruck bringen. Weiterhin betonen wir ein weiteres Mal, dass diejenigen für künftige Verluste verantwortlich sein werden, die den Waffenstillstandsprozess ausnutzen wollen und die Militäroperationen erweitern." *(ANF, 21.11., jW, 23.11., ISKU)*

Menschenrechtsorganisationen kritisieren Türkei

Die Internationale Liga für Menschenrechte (FIDH) und die Weltorganisation gegen Folter (OMCT) haben in einer gemeinsamen Presseerklärung auf die Lage von Menschenrechtlern in der Türkei aufmerksam gemacht und die Installation eines Kontrollmechanismus über den Europarat gefordert.
Als Beispiel für den Druck, dem Menschenrechtler in der Türkei ausgesetzt sind, wird in der Erklärung die Bedrohung von AktivistInnen des Menschenrechtsvereins IHD genannt. So seien Kiraz Biçici, Eren Keskin, Dogan Genç und Saban Dayanan von der Istanbuler Zweigstelle des Vereins im April 2005 von den Türkischen Rachebrigaden [TIT, die sich auch zu dem Bombenanschlag in einem öffentlichen Park in Diyarbakir mit zehn Toten bekannt haben] mit dem Tod bedroht worden. Des Weiteren werden Menschenrechtsaktivisten mit Prozessen überhäuft.
Als weiteres Beispiel wird die Verhaftung und Misshandlung von zwei IHD-Aktivisten aus Mardin nach den blutigen Auseinandersetzungen Ende März diesen Jahres in der kurdischen Region genannt. Hüseyin Cangir und Erdal Kuzu seien verhaftet, von einem Militärarzt geschlagen und weiteren Misshandlungen ausgesetzt worden. Ähnliches sei dem Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir, Ali Öncü, sowie den Gewerkschaftlern Necdet Atalay, Resit Yaray und Mursel Kayar widerfahren.
Die Erweiterung des Rechtes auf Vereinsgründung im Jahr 2004 spiegele sich in der Praxis nicht wieder, befanden die beiden internationalen Menschenrechtsorganisationen. Insbesondere Personen und Einrichtungen, die sich mit der Verteidigung von Minderheitenrechten beschäftigten, würden in ihrer Arbeit mit verschiedenen Methoden behindert. Der Europarat sei aufgefordert, zur Beobachtung der Situation von Menschenrechtlern in der Türkei einen juristischen Mechanismus zu installieren. *(ANF, 16.11., ISKU)*

Meldungen

Çiçek: Öcalan bleibt auf Imrali
Wie der türkische Regierungssprecher Cemil Çiçek gegenüber Journalisten erklärt hat, kommt eine Verlegung Abdullah Öcalans von der Gefängnisinsel Imrali in ein F-Typ-Gefängnis nicht in Frage. Çiçek reagierte damit auf eine entsprechende Forderung des MHP-Vorsitzenden Devlet Bahceli auf einem Parteitag. Bahceli hatte angekündigt, wenn seine Partei an die Macht käme, werde Öcalan in ein "normales" Isolationsgefängnis verlegt. Çiçek erklärte, Bahcelis Verlautbarung zeuge von einem Informationsmangel. Die Entscheidung, Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali festzuhalten, sei außerdem von der 57. Regierung getroffen worden, an der auch die MHP beteiligt gewesen sei. Im übrigen decke sich die Forderung Bahcelis mit der Öcalans, der von Zeit zu Zeit über seine Verteidiger eine Verlegung gefordert habe. *(ANF, 20.11., ISKU)*

Friedensaufruf aus Dersim
Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen haben in Dersim zur Beendigung der Kämpfe aufgerufen. In ihrem Namen erklärte Bürgermeisterin Songül Erol Abdil, der Krieg, der über 30 000 Menschen das Leben und einen materiellen Schaden von über 200 000 Milliarden Dollar gekostet habe, führe zunehmend zu einer nationalistischen Welle innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Insbesondere besorgniserregend seien die Militäroperationen in Dersim: "Laut der jüngst veröffentlichten Meldungen haben zehn Menschen das Leben verloren. Tote haben keinen Titel und kein Prädikat. Der Schmerz, immer wieder in den verschiedenen Städten unseres Landes junge Menschen zu Grabe tragen zu müssen, ist wieder erneuert worden." *(ANF, 21.11., ISKU)*

Roj-TV-Prozess vertagt
Die zweite Hauptverhandlung vor dem 5. Strafgericht Diyarbakir im Prozess gegen 56 Bürgermeister der DTP aufgrund eines Briefes, den sie gemeinsam an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen verfasst hatten und in dem sie sich gegen eine Schließung des kurdischen Fernsehsenders Roj-TV aussprachen, ist vertagt worden. Sieben Bürgermeister, die bei der ersten Verhandlung noch keine Aussage abgegeben hatten, erklärten, den Brief unterzeichnet zu haben und im übrigen hinter der zuvor eingereichten, gemeinsamen Vertei-

Gegen die Diffamierung der PJAK

Eine Serie von Nachrichten bemüht sich in den letzten Tagen, eine offenkundige und womöglich auch absichtliche Fehlinformationen über die PJAK (Partei des Freien Lebens Kurdistans). Aktuelle Quelle dieser Nachrichten ist der US- amerikanische Publizist Seymour Hersh vom Magazin "The New Yorker".
Wir dementieren entschieden und erklären, dass die Aussagen von Hersh, "Die PJAK würde als Instrument der Destabilisierung gegen den Iran von Israel und den USA unterstützt werden" nicht den Tatsachen entsprechen. Es wäre sowohl für unsere Partei als auch für internationale Öffentlichkeit von großer Bedeutung gewesen, wenn Seymour Hersh sich für seine Recherchen mit uns in Verbindung gesetzt hätte. Angesichts der gegenwärtigen politischen Entwicklungen im Mittleren Osten und vor allem in Bezug auf die Islamische Republik des Iran ist es von existentieller Bedeutung, Informationen nur gesichert und mit großer Vorsicht und Verantwortung an die Öffentlichkeit zu geben. Wir möchten in diesem Zusammenhang hervorheben, dass auch iranische und türkische Regierungskreise sich seit geraumer Zeit darum bemühen, die PJAK als ein Instrument anderer Staaten zu denunzieren.
Das Ziel dieser politischen Diffamierung ist es: einerseits die stärkste Oppositionspartei im Iran über gezielte Fehlinformationspolitik zu diskreditieren, als auch die PJAK gegenüber den Nachbarstaaten als eine politische Gefahr zu deklarieren. Nicht die PJAK – sondern das iranische Regime stellt die Ursache der Destabilisierung des Landes dar. Die genannten Berichte sind das Resultat einer traditionellen Anti-Kurden-Politik. Beide Staaten können allerdings ihre antidemokratische Politik nicht länger unter Diffamierungskampagnen verbergen.
Stattdessen sollten sie ihre bisherige erfolglose Politik gegenüber den Kurden in Frage stellen und anfangen, den Tatsachen in die Augen zu sehen. Die Kurden können über die Politik der Negierung und Eliminierung nicht existentiell aufgehoben werden. Es ist an der Zeit, sich dieser Realität bewusst zu werden und jede Chance für einen Dialog aufzugreifen.
Wir rufen die Türkei auf, den Waffenstillstand der PKK als eine Chance für den Frieden aufzugreifen und den Kurden ihre legitimen Rechte zu gewähren, anstatt alle Kurden und die kurdischen politische Kräfte wie die PJAK als eine Gefahr zu brandmarken.
Die PJAK erhält ihre Unterstützung ausschließlich von den Kurden in Ostkurdistan (Iran) – dies bezieht sich auf alle Sektoren des Widerstands und auf sämtliche gesellschaftlichen und sozialen Aktivitäten. Die PJAK begreift sich als treibende Kraft der Demokratisierung des Iran.
Sie bemüht sich seit ihrer Gründung um den Aufbau einer genuinen Demokratiebewegung, die mit allen demokratisch orientierten Oppositionskräften des Iran korrespondiert. Ferner ist es eine grundlegende Auffassung der PJAK, über den Dialog mit allen beteiligten Staaten gemeinsam die kurdische Frage zu lösen. Allen voran mit dem Iran. Es gehört zum außenpolitischen Selbstverständnis der PJAK, externe Staaten fördernd für die Demokratisierung zu gewinnen. *Parteirat PJAK, 21.11.*
Partei des Freien Lebens Kurdistans

Nicht nur Artikel 301...

Auf einer Pressekonferenz haben Menschenrechtler verschiedener Organisationen in Diyarbakir darauf hingewiesen, dass nicht nur der umstrittene Artikel 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuches geändert werden müsse, sondern weitere Artikel die Meinungsfreiheit einschränkten. Artikel 301, nach dem bekannte Persönlichkeiten wie der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk vor Gericht gestellt wurden, war unter anderem durch den Druck der EU in die Diskussion geraten. Eine Änderung des Artikels ist in Kürze zu erwarten.
Als Vorsitzender der Anwaltskammer erklärte Rechtsanwalt Sezgin Tanrikulu, alle Beschränkungen der Meinungsfreiheit müssten aufgehoben werden. Die Auswirkungen negativer neuer Gesetzesregelungen zeigten sich in jüngst ausgesprochenen Gerichtsurteilen. Eine Verbesserung der entsprechenden Artikel 220/8 ("Werben für eine Organisation"), 288 sowie 301 sei nicht möglich. "Zweifellos muss Artikel 301 abgeschafft werden. Aber insbesondere Meinungen zur kurdischen Frage werden nach Artikel 220/8 StGB verhandelt."
So seien in Diyarbakir nach besagtem Artikel 60 Prozesse gegen 150 Personen eingeleitet worden. Von diesen seien 26 abgeschlossen, 46 Personen seien verurteilt worden.
(ÜÖG, 21.11., ISKU)

Frauen klären Männer über Gewalt auf

Im Rahmen des internationalen Tages "Nein zu Gewalt gegen Frauen" am 25. November hat die Frauenplattform Diyarbakir Kaffeehäuser aufgesucht, um die anwesenden Männer über das Thema zu informieren. In Begleitung des Distriktbürgermeisters von Sur, Abdullah Demirbas, statteten sie mehreren ausschließlich von Männern besuchten Kaffeehäusern einen Besuch ab, wo Mitglieder der Frauenplattform erläuterten, über Gewalt an Frauen sei bisher ausschließlich mit Frauen diskutiert worden, obwohl Männer die Hauptakteure in dieser Problematik seien.
Rechtsanwältin Müzeyyen Nergiz führte weiter aus, Gewalt gegen Frauen sei ein gesellschaftliches Problem und eine Menschenrechtsverletzung, die nach den neusten Gesetzesänderungen härter als zuvor bestraft werde. Rechtlich werde Gewalt gegen Frauen mit Folter gleichgesetzt, wodurch eine Haftstrafe bis zu acht Jahren möglich sei. Weiterhin sei es möglich, Gewalt anwendenden Männern für drei bis sechs Monate das Betreten der Wohnung zu verbieten.
Die Frauen riefen weiter dazu auf, Mädchen die gleichen Möglichkeiten einzuräumen wie Jungen. *(ANF, 22.11., ISKU)*

Zum "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen" am 25. November liegt dieser Ausgabe der Nûçe eine Erklärung des Kurdischen Frauenbros für Frieden Ceni bei.

Özgür Gündem für 2 Wochen verboten

Die in Istanbul erscheinende Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem ist für 15 Tage verboten worden. Am 10. November hatte Generalstabschef Yasar Büyükanit in Anspielung auf die Zeitung gegenüber Journalisten erklärt, das Erscheinen von Publikationen der PKK müsse verboten werden. Nur sechs Tage später kam die Justiz der Forderung des Militärs nach.
In 13 Ausgaben der Zeitung im Oktober und November wurde die Staatsanwaltschaft fündig: Es werde für die PKK geworben und "die Straftaten einer Terrororganisation sowie Straftäter gelobt", befand das Istanbuler Gericht für schwere Straftaten.
Redaktionsleiter Nurettin Firat bezeichnete das Verbot als "Schlag gegen den Demokratisierungsprozess der Türkei". Der eindeutigste Beweis für das Fehlen von Demokratie in dem Land sei die Macht des Militärs. "General Yasar Büyükanit sieht sich im Recht, in allen Angelegenheiten zu intervenieren. Er verweist auf unsere Zeitung und sagt, ihr Erscheinen dürfe nicht erlaubt werden. Nur eine knappe Woche später wird sie verboten."
(ANF, 16.11., ISKU)

digung zu stehen. Roj-TV sei ein viel frequentierter Sender in der Region, der nicht geschlossen werden dürfe.
Die Verhandlung wurde von der dänischen Botschaft beobachtet.
(ANF, 21.11., ISKU)

Sirvan Alvaili: Maxmur wird nicht geschlossen
Gegenüber türkischen Journalisten hat der irakische PKK-Sonderkoordinator erklärt, das Flüchtlingslager Maxmur im Nordirak, in dem ca. 10.000 kurdische Flüchtlinge aus der Türkei leben, werde nicht geschlossen. Ein militärisches Vorgehen gegen die PKK im Irak werde ausgeschlossen, da die Sicherheitslage ohnehin sehr angeschlagen sei und die Region eine solche Intervention nicht tragen könne.
Alvaili begleitete den irakischen Ministerpräsident Nuri El Maliki bei seinem Besuch in Ankara.
(ANF, 17.11., ISKU)

DTP-Kreisvorsitzender entführt und gefoltert
Der DTP-Vorsitzende des Kreises Selim in der Provinz Kars, Mehmet Altun, wurde gestern abend von drei maskierten Männern entführt, gefoltert und anschließend freigelassen. Das geht aus einer schriftlichen Erklärung des DTP-Provinzvorsitzenden von Kars, Mahmut Alinak, hervor. Altun sei in der Kreisstadt Selim mit Gewalt in ein Auto gezerrt, mit verbundenen Augen eine Zeitlang außerhalb der Stadt umhergefahren und schließlich an einem unbekannten Ort bis zum Morgen gefoltert worden. Er sei ausgezogen, in Wasser getaucht und mit Stromschlägen an Ohren, Zehen und Geschlechtsorgan gefoltert worden. Dabei sei ihm vorgeworfen worden, an einer Versammlung der DTP in Van und einer Kundgebung in Kars teilgenommen zu haben. Weiterhin sei gedroht worden, ihn und Mahmut Alinak zu töten. Im Morgengrauen sei er schließlich auf offenem Feld am Stadtrand ausgesetzt worden. *(ANF, 22.11., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku



Kurdisches Frauenbüro für Frieden – Cenî
Corneliusstr.125, D-40215 Düsseldorf
tel. +49 (0) 211 59 89 251, fax: +49 (0) 211 59 49 253
Email : Ceni_Frauen@gmx.de, www.ceni-kurdistan.org

23. November 2006

Erklärung zum 25. November – Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen
Lasst uns gemeinsam für eine gewaltfreie Welt streiten.

Genau vor 46 Jahren wurden in der Dominikanischen Republik die Geschwister Patria, Minerva und Maria Teresa von Soldaten des Diktators Trujillo vergewaltigt und ermordet, nachdem sie aufgrund ihrer politische Arbeit von Trujillo öffentlich zur Gefahr deklariert worden waren. 1960 erklärten die Vereinten Nationen den 25. November zum Internationalen Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen.
Gerade in der heutigen Welt ist es wichtig, den Geschwistern Mirabel zu gedenken. Dafür haben wir viele Gründe, denn dieses Verbrechen ist weder die erste noch die letzte ihrer Art.
Die Unterdrückung von Frauen ist die älteste Unterdrückungsform, die bis heute einer der zentralen Widersprüche unserer Welt darstellt. Trotzt unglaublicher Entwicklungen, die die Menschheit bislang zu verzeichnen hat, ist es nicht gelungen, die Gleichstellung der Frau zu erreichen. Körperliche, sexuelle, psychische, ökonomische, soziale und politische Gewalt gegen Frauen sind weiterhin an der Tagesordnung.
Die Unterdrückung der Frau hat verschiedene gewaltsame Gesichter: Frauen werden unter dem Vorwand der Ehre, der Eifersucht, ja sogar „aus Liebe" ermordet. Genitalverstümmelung bei Frauen, Hinrichtung durch Steinigungen, Frauenhandel und Zwangsprostitution, Zwangsehen, Vergewaltigung etc. stellen nur die Spitze des Eisberges dar. Die Diskriminierung von Frauen geht sogar soweit, dass Frauen das Recht, geboren zu werden, entzogen wird. Presseberichten zufolge wurden allein in Indien innerhalb der letzten 20 Jahre 10 Millionen weibliche Embryos abgetrieben.
Obwohl das 21. Jahrhundert als das „Jahrhundert der Frauen" deklariert wurde, müssen wir feststellen, dass immer mehr Frauen im Zeitalter der Globalisierung in die Armut getrieben werden. Die unzähligen Kriege, die auf unserem Planeten geführt werden, wirken sich negativ vor allem auf das Leben von Frauen aus. Von dieser Situation sind auch die kurdischen Frauen betroffen. Die Hauptleidtragenden des nun mehr als 20 Jahren anhaltenden Krieges und der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates sind die kurdischen Frauen. Neben gesellschaftlicher, traditioneller und ökonomischer Unterdrückung sind Kurdinnen auch politischer Unterdrückung ausgeliefert, daher sprechen wir von einer mehrfachen Unterdrückung.
In unterschiedlichen Initiativen und Organisierungsformen versuchen die kurdischen Frauen seit Jahren, sich für die Beendigung des Krieges und für die Lösung der kurdischen Frage einzusetzen. Daher begrüßen wir den jüngsten einseitigen Waffenstillstand der PKK und meinen, dass alle friedliebenden demokratischen Menschen, Parteien und NGOs alles Mögliche unternehmen sollten, damit dieser 5. Waffenstillstand in eine beidseitige Friedensphase mündet.
Die Unterdrückung der Frauen ist grenzen-, klassen-, nationen- und religionsübergreifend und daher universell. Auch wenn es den Anschein hat, als würde die Unterdrückung zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern unterschiedlich sein, so entpuppt sich dieser bei genauem Hinsehen als lediglich Nuanceunterschiede. Die geschlechtspezifische Gewalt ist eine Diskriminierungsform, die die Gleichstellung der Frau verhindert. Daher kann diese Art von Gewalt nicht nur bestimmten Traditionen, Religionen, Kulturen oder politischen Regimen zugeschrieben werden, sondern muss als universelle Menschenrechtverletzung aufgefasst werden. Die Frauenfrage ist eine Systemfrage, die aus der patriarchalischen Herrschaftsmentalität und seiner Institutionalisierung resultiert.
Nur durch verstärkte Organisierung der Frauen in allen Bereichen des Lebens, kann die patriarchalische Herrschaftsmentalität überwunden und an ihrer Stelle Frieden und Demokratie etabliert werden, die den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Solange geschlechtsspezifische Gewalt besteht, können wir nicht von Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und Frieden sprechen.
Frieden statt Krieg!

Nr. 286
1. Dezember 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Soldaten erschiessen Dorfbewohner

Vier Lügen in Hakkari

Nach der Ermordung eines Dorfbewohners in Hakkari-Yüksekova, der zum Holzsammeln unterwegs war, hat der örtliche Gouverneur erklärt, bei dem Toten handele es sich um einen Terroristen, der im Gefecht erschossen worden sei. Ein weiterer Dorfbewohner war bei dem Vorfall angeschossen und nach einer ersten medizinischen Behandlung im Krankenhaus festgenommen worden.
Nur zwei Tage nach der Erklärung des Gouverneurs hat sich die komplette Darstellung als Lügengebilde erwiesen:
Der Gouverneur: *"Es kam zu einem Gefecht mit Terroristen, als diese auf die Aufforderung sich zu ergeben, mit Schüssen reagierten."*
Richtig: Soldaten haben das Feuer auf zwei unbewaffnete Dorfbewohner eröffnet, die zum Holz sammeln unterwegs waren.
Der Gouverneur: *"Einer der Terroristen, der nach dem Gefecht verletzt gefasst wurde, ist gestorben."*
Richtig: Islam Terkoglu (24), einer der beiden Dorfbewohner, ist an Blutverlust gestorben.
Der Gouverneur: *"Ein Terrorist wurde lebend gefasst."*
Richtig: Resit Soydan (42) wurde durch Folter zu einem "Geständnis" gezwungen.
Der Gouverneur: *"Der Fall wurde der Justiz übergeben."*
Richtig: Der vermeintliche "Terrorist" Soydan wurde nach dem erfolterten "Geständnis" freigelassen, ohne der Staatsanwaltschaft vorgeführt zu werden.
Die Familie des Getöteten dementierte die Darstellung des Gouverneursamtes am selben Tag und stellte Anzeige gegen die beteiligten Soldaten. Der CHP-Abgeordnete von Hakkari, Esat Canan, forderte das Innenministerium auf, aktiv zu werden.
Resit Soydan, der bei dem Vorfall verletzt und unmittelbar nach einer ersten medizinischen Behandlung festgenommen worden war, schilderte den Vorfall gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA folgendermaßen: Drei Tage vor dem besagten Tag habe sein Bruder Abdullah Soydan die zum Holzsammeln erforderliche Genehmigung von der Jandarma-Kommandantur in Yüksekova eingeholt. "Mit der Genehmigung sind Islam und ich losgefahren. Als erstes fuhren wir zum Jandarmaposten Kamisli, wo wir die Genehmigung vorlegten. Der Jandarma-Posten Yesiltas wurde von dort aus über Funk benachrichtigt. Dann gingen wir los und sammelten Holz, das wir auf das Auto luden, welches nach Yüksekova fuhr. Islam und ich haben uns auf den Weg zum Dorf Yesiltas gemacht."
300 Meter vor dem Dorf hätten Soldaten das Feuer eröffnet. Islam sei schwer, er selbst leicht verletzt worden: "Ich begriff überhaupt nicht, was vor sich geht. Alles ging so schnell. Ich wurde ohnmächtig, und als ich wieder zu mir kam, war ich auf dem Jandarma-Posten Yesiltas. Sie schlugen mich brutal zusammen. Stundenlang wurde ich gefoltert. Und ständig wollten sie von mir, dass ich sage, dass Islam eine Waffe in der Hand hatte und geschossen hat. Später brachten sie mich zu dem Ort, an dem der Vorfall sich ereignet hatte. Dort nahmen sie meine Aussage auf. Aus Angst sagte ich, dass die Waffe Islam gehört hatte. Danach kam eine Person, von der sie mir sagten, es sei der Staatsanwalt."
Als sie drei Stunden, nachdem die Schüsse gefallen waren, an den Ort des Geschehens zurück gekommen seien, habe Islam Terkoglu noch gelebt: "Später brachten sie das Fahrzeug zurück, auf das wir das Holz geladen hatten, und warfen Islam in verletztem Zustand auf das Holz. Mich brachten sie zurück auf den Jandarma-Posten. Nachdem die bürokratische Prozedur vorbei war, ließen sie mich frei." Soydan kündigte an, Anzeige gegen den Gouverneur und die beteiligten Soldaten zu stellen.
Der Abgeordnete Esat Canan bezeichnete die Erklärung des Gouverneurs als realitätsfern und forderte die Aufklärung des Vorfalls durch das Innenministerium. Insbesondere die Tatsache, dass der überlebende vermeintliche "Terrorist" am gleichen Tag freigelassen worden sei, belege die Absurdität der offiziellen Darstellung. Richtig sei vielmehr, dass Islam Terkoglu aus geringem Abstand ohne jegliche Vorwarnung von Soldaten erschossen worden sei. *(ÖP, 27.11., ISKU)*

Waffenstillstand für Männer

Im Rahmen des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen werden die von der Frauenplattform Diyarbakir organisierten Kaffeehausversammlungen fortgesetzt. Im Stadtteil Baglar rief die Ortsbürgermeisterin Yurdusev Özsökmenler angesichts der dramatischen Situation von Frauen Männer zum Waffenstillstand auf. Die Frauenfrage sei bisher immer unter Frauen diskutiert worden, jetzt sollten auch einmal Männer in die Diskussion einbezogen werden. „Wenn wir unsere verfassungsrechtlich gesicherten Bürgerrechte einfordern, erfahren wir Gewalt. Dann gehen die Männer nach Hause und wenden Gewalt gegen ihre Frauen an. Die Frauen wenden Gewalt gegen ihre Kinder an und die Kinder schließlich gegenüber Tieren“ erklärte die Bürgermeisterin. Die für die Türkei geforderte Demokratisierung müsse auch innerhalb der Familie stattfinden. Gewalt gegenüber Frauen habe so dramatische Ausmaße angenommen, dass die kurdische Region mit Selbstmord, Ehrenmord und Schlägen assoziiert werde. „Das haben diese Stadt und diese Frauen nicht verdient. Wenn Diyarbakir die Hochburg der Demokratisierung ist, dann sollte sie auch die Hochburg des Kampfes gegen Gewalt an Frauen sein.“
Im Anschluss sprach Rechtsanwältin Reyhan Yalcindag vom Menschenrechtsverein IHD. Nicht nur in der kurdischen Region, auf der ganzen Welt seien Frauen von Gewalt betroffen. An den IHD würden sich nicht ausschließlich Menschen wenden, deren Dörfer zerstört worden seien. In großer Anzahl handele es sich auch um Frauen, die von Gewalt betroffen seien. „Unter den Begriff Folter fallen nicht nur Stromschläge und Palästinenserhaken. Auch häusliche Gewalt, eine Ohrfeige, eine Beleidigung oder Ignoranz sind Folter.“ Yalcindag wies weiterhin die anwesenden Männer auf das Recht von Frauen hin, sich scheiden zu lassen oder gewalttätige Männer aus der Wohnung zu verweisen.
In der anschließenden Diskussion machten Männer darauf aufmerksam, dass die hohe Arbeitslosigkeit das Gewaltpotential in der Gesellschaft erhöhe. Im Verlauf der Versammlung forderte Bürgermeisterin Özsökmenler die anwesende Polizei auf, das Kaffeehaus zu verlassen, als sie feststellte, dass diese die Diskussion filmten. Nach einer kurzen Auseinandersetzung kam die Polizei der Aufforderung nach. Nach Beendigung der Diskussion steckten Frauen den anwesenden Männer Anstecker mit der Aufschrift „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ an. *(ANF, 24.11., ISKU)*

Meldungen

Verletzt in Gefangenschaft genommener HPG'ler verschwunden
Der im Rahmen einer am 17. November eingeleiteten Militäroperation im Gebiet Dersim/Bingöl verletzt in Gefangenschaft geratene HPG-Kämpfer Hüseyin Özarslan (Mazlum Antep) ist verschwunden. Eine Anfrage seiner Angehörigen bei der zuständigen Staatsanwaltschaft blieb ergebnislos. Wie die Familie mitteilte, habe ein Armeeangehöriger, der sich als "Offizier Oktay" vorstellte, telefonisch mitgeteilt: "Euer Sohn ist tot, hört auf ihn zu suchen."
Bei der Militäroperation waren sechs Guerillakämpfer ums Leben gekommen. Das Gouverneursamt hatte gleichzeitig mitgeteilt, zwei HPG-Kämpfer seien lebend gefasst und der Justiz übergeben worden. Auf Anfrage erklärte der zuständige Staatsanwalt, lediglich ein Guerillakämpfer sei gefangen genommen worden, dabei handele es sich um Muhammed Mustafa. In einer Erklärung des Generalstabs zu der Militäroperationen werden überhaupt keine Gefangenen, sondern ausschließlich die Toten erwähnt.
(ANF, 28.11., ISKU)

Tote bei Gefechten
Nach Angaben des HPG-Pressezentrums sind bei Gefechten zwischen der kurdischen Guerilla und der türkischen Armee im Rahmen von Militäroperationen in den Gabar-Bergen seit dem 20. November elf Soldaten und drei Guerillakämpfer ums Leben gekommen.
(ANF, 28.11., ISKU)

Festnahmen in Van bei PKK-Jubiläum
Der Jahrestag der PKK-Gründung am 27. November 1978 ist an vielen Orten in Kurdistan, der Türkei, in Europa und den GUS-Staaten gefeiert worden. Die Jubiläumsfeiern waren allerorts geprägt von der Forderung nach einem würdevollen Frieden. Zu einer Intervention der Sicherheitskräfte kam es lediglich in Van, wo eine Feier auf offener Straße mit gepanzerten Fahrzeugen umstellt wurde und anschließend eine noch nicht bekannte Anzahl von Personen festgenommen wurde.
(ÜÖG, 27.11., ISKU)

Razzia bei DTP wegen 25.11.
Im DTP-Gebäude in Mardin hat eine Polizeirazzia stattgefunden, bei der vom DTP-Frauenrat zum Thema "Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen" erstellte und in der gesamten Türkei verteilte Broschüren beschlagnahmt wurden. Im richterlichen Durchsuchungs-

DTP ruft zur Verantwortung

In einer schriftlichen Erklärung hat die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) davor gewarnt, dass der einseitig am 1. Oktober von der PKK erklärte Waffenstillstand durch die fortgesetzten Militäroperationen der türkischen Armee mit beidseitigen Verlusten in eine kritische Phase geraten sei und die demokratischen Kräfte, die zuvor einen Waffenstillstand gefordert hatten, dazu aufgerufen, ihrer Verantwortung nachzukommen.
Der einseitig von der PKK erklärte Waffenstillstand sei auf Drängen von intellektuellen und demokratischen Kreisen in der Türkei sowie von internationalen Kräften zustande gekommen. Damit sei die Hoffnung auf Frieden gestiegen und die Bemühungen, die kurdische Frage auf demokratischem Wege zu lösen, gestärkt worden. Ungeachtet dessen habe das türkische Militär seine Operationen mit Tausenden Soldaten in der gesamten kurdischen Region fortgesetzt: "Politische und militärische Kräfte, die aus dem Krieg Profit schlagen, haben die Operationen nach dem Motto 'Jetzt ist die Gelegenheit' intensiviert. Es sind Berichte öffentlich geworden, laut denen dabei chemische Waffen eingesetzt und lebend gefasste Guerillakämpfer hingerichtet worden sind."
Insbesondere die CHP mache eine Politik, die die Bevölkerung in blinden Nationalismus zu treiben versuche. Ihr Vorsitzender Deniz Baykal lege eine Haltung an den Tag, die eher einem militärischen Kommandanten ähnele. Aufgrund der im kommenden Jahr bevorstehenden Parlaments- und Staatspräsidentschaftswahlen verhalte sich die Regierung ängstlich und schweige zu den gefährlichen Entwicklungen: "Der Waffenstillstand ist eine Tür, die sich einen Spalt zu einem gesellschaftlichen Frieden geöffnet hat. Somit handelt es sich um eine Gelegenheit, die nicht dem Stimmenfang bei den bevorstehenden Wahlen geopfert werden darf."
Weiter wird in der Erklärung auf die aktuell angewendete Repression gegen Abdullah Öcalan eingegangen: "Herr Öcalan hatte maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung für einen Waffenstillstand. Wir haben die Befürchtung, dass die rechtswidrigen Anwendungen auf Imrali den Waffenstillstand sabotieren. Die Repression gegen Herrn Öcalan ist ein Hinweis auf eine Haltung, die gegen Frieden und Geschwisterlichkeit steht. Für die Errichtung eines bleibenden Friedens muss damit unverzüglich Schluss gemacht werden. Es ist von höchster Dringlichkeit, dass Bedingungen hergestellt werden, die dem Frieden dienen."
Im Falle fortgesetzter Operationen seien für weitere Todesfälle diejenigen verantwortlich zu machen, welche die Türkei regierten. Die Öffentlichkeit sei dazu aufgefordert, in diesem Sinne Druck auf Regierung und Armee auszuüben.

(ÜÖG, 28.11., ISKU)

Ermittlungsverfahren gegen Öcalan

Gegen Abdullah Öcalan ist aufgrund der Worte "Wenn die Organisation im Waffenstillstand angegriffen wird, wird sie sich verteidigen" ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Damit habe er mutmaßlich für eine [terroristische] Organisation geworben und diese "geschult".
Es handelt sich um das dritte Ermittlungsverfahren gegen Öcalan, das von der Staatsanwaltschaft Bursa eingeleitet wurde. Wie das Verteidigerteam Öcalans bekannt gab, habe ihr Mandant dazu eine mündlich aufgenommene Aussage gemacht und eine dreiseitige Verteidigung eingereicht.
Die Verteidiger Öcalans erinnerten in ihrer schriftlichen Erklärung daran, dass Öcalan bei den beiden vorausgegangenen Ermittlungsverfahren mit jeweils 20 Tagen verschärfter Isolationshaft bestraft worden sei. In diesem Rahmen sei ihrem Mandanten der Zugang zu Radio und Zeitungen sowie Familienbesuch verwehrt worden. Auch der gesetzlich zugelassene Besuch seiner Anwälte habe nicht stattfinden können. Die Verteidiger bezeichneten die verschärfte Isolationshaft als "weiße Folter" und die Begründung für das neu eingeleitete Verfahren als "Vorwand". Öcalan habe außer Hofgang keine Möglichkeit der Aktivität. Aufgrund seiner Haftbedingungen habe er ohnehin nicht die Möglichkeit, "Werbung für und Schulung der Organisation" zu betreiben. Das Vorgehen der Justiz diene lediglich dazu, langfristig für Spannungen im politischen Prozess zu sorgen.

(ANF, 23.11., ISKU)

Haftstrafe gegen Welat-Redakteur

Der Chefredakteur der kurdischen Tageszeitung Azadiya Welat, Hamdullah Yilmaz, ist in zwei verschiedenen Prozessen zu insgesamt vier Jahren und drei Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Azadiya Welat erschien als Tageszeitung erstmalig am 15. August 2006. Seitdem laufen Dutzende Prozesse gegen Mitarbeiter der in Diyarbakir erscheinenden Zeitung. In einer schriftlichen Erklärung bezeichnete Yilmaz die Begründung, mit der die Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden seien, als "vollkommen willkürlich". Ziel der Zeitung sei es, die kurdischen Medien zu fördern und der kurdischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Nachrichten in ihrer eigenen Sprache zu lesen. Dutzende an die kurdische Öffentlichkeit gerichtete Meldungen seien "aufs Geratewohl und in nicht wissenschaftlicher Form" übersetzt und als Vorwand für Strafverfahren verwendet worden. Einer der Prozesse geht zurück auf einen Artikel über den Bombenanschlag in Diyarbakir am 12. September 2006, der zehn Menschen das Leben kostete und zu dem sich die "Türkischen Rachebrigaden" bekannten. Als Strafbestand wurde dabei die Verwendung des Begriffs "tiefer Staat" geltend gemacht. Wie Yilmaz erklärte, komme die darauf basierende Verurteilung einem juristischen Schutz eben jener kriminellen Banden gleich, aus denen sich der "tiefe Staat" zusammensetze.

(DIHA, 26.11. ISKU)

Kurdisches Filmfestival in London

Am 8. Dezember beginnt in London das 4. Kurdische Filmfestival. Zur Eröffnung wird in Anwesenheit des Regisseurs der neue Film von Bahman Ghobadi (bekannt durch "Zeit der trunkenen Pferde" und "Auch Schildkröten können fliegen") "Halbmond" gezeigt.
Insgesamt stehen über 60 Filme auf dem Programm. Zu den weiteren geladenen Gästen zählen der Kulturminister von Südkurdistan sowie der Regisseur Hiner Salem ("Kilometre Zero"). Gesponsert wird das bis zum 14. Dezember andauernde Festival von der Zeitung Telgraph, der Nachrichtenagentur ANF, ROJ TV, Kürdistan TV, Kürdsat, Tishk TV, ASO sowie dem Radiosender Roj Bas.
Wie Mustafa Gündogdu von der Festivalorganisation mitteilte, besteht das Programm fast ausschließlich aus neuen Filmen, die erstmalig in Großbritannien gezeigt werden. "Eine wichtige Besonderheit des Festivals ist, dass es alle Menschen vereint, die aus den verschiedenen Teilen Kurdistans gekommen sind und in London leben. Während es in den ersten Jahren ehrenamtlich von aus Nordkurdistan stammenden Menschen organisiert wurde, hat es sich mit der Zeit zu einem großen und professionellen Ereignis gewandelt, das alle Farben Kurdistans zusammen bringt und alle Kurden repräsentiert."

(ANF, 28.11., ISKU)

befehl wird die Razzia damit begründet, die Broschüre mit dem Titel "Frauen gegen Krieg" beinhalte illegale Aussagen.

(ANF, 25.11., ISKU)

2,5 Jahre Haft für 35 lebende Schutzschilde

Das 4. Strafgericht Diyarbakir hat 35 Mitglieder der Initiative "Lebende Schutzschilde" wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu jeweils 2,5 Jahren Haftstrafe verurteilt. Die aus Istanbul und Siirt stammenden Schutzschilde waren im September 2004 in Siirt-Eruh in die Gabar-Berge gegangen, um ein Ende der Militäroperationen zu fordern. Die Verteidigung kündigte an, in Berufung zu gehen.

(ANF, 23.11., ISKU)

Identität von sieben gefallenen HPGlern veröffentlicht

Das HPG-Pressezentrum hat die Identität von sieben gefallenen und zwei verletzt in Gefangenschaft geratenen Guerillakämpfern veröffentlicht. Bei Gefechten, die aufgrund der trotz des einseitigen Waffenstillstands fortgesetzten Militäroperationen in Dersim, Elazig, Bingöl und Sirnak zustande gekommen sind, wurden nach HPG-Angaben auch neun Soldaten getötet und acht weitere verletzt.

(ANF, 23.11., ISKU)

ANF-Korrespondent im Iran verhaftet

Der ANF-Korrespondent Serko Cihani ist in Mahabad in Ostkurdistan verhaftet worden. Cihani ist gleichzeitig Mitglied der Menschenrechtsorganisation Ostkurdistan (RMMK). Begründet wurde der vom iranischen Sicherheitsgericht ausgesprochene Haftbefehl damit, Cihani habe Meldungen an Medienorgane im Ausland weiter gegeben und einen Menschenrechtler namens Sirwe Kamkar unterstützt. Kamkar, der Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins Iran ist, ist vor kurzem aus dem Iran zur Guerilla geflohen, weil er Morddrohungen erhalten hatte.

(ANF, 28.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 287
8. Dezember 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Anhaltende Angriffe der Türkei stellen Waffenstillstand in Frage

Waffenstillstand in Gefahr

Im Rahmen einer Pressekonferenz in Ankara hat Aysel Tugluk als Vorsitzende der DTP davor gewarnt, dass die kontinuierlich weiter laufenden Militäroperationen, die zu hohen Verlusten auf beiden Seiten geführt haben, eine Fortsetzung des einseitig von der PKK erklärten Waffenstillstandes immer unwahrscheinlicher werden lasse. "Wir befürchten, dass auch dieser Waffenstillstand ebenso wie der aus dem Jahr 1999 innenpolitischen Berechnungen geopfert wird", erklärte Tugluk. Abdullah Öcalan müsse die Gelegenheit gegeben werden, zu einer Kontinuität des Waffenstilstandes beizutragen. Regierung und Öffentlichkeit seien aufgefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen.

"Obwohl bereits zwei Monate seit Erklärung des Waffenstillstands durch die PKK vergangen sind, kann nicht davon gesprochen werden, dass ein friedliches politisches Klima in der Türkei oder die Möglichkeit eines Dialoges entstanden ist." Die Öffentlichkeit habe den Beschluss zum Waffenstillstand mit großer Zufriedenheit aufgenommen, aber dieser müsse umgehend in einen bleibenden Frieden umgewandelt werden. Entgegen erster positiver Verlautbarungen aus der Regierung [Ministerpräsident Erdogan hatte unmittelbar nach der Verkündung des Waffenstillstandes durch die PKK eine mögliche Einstellung der Militäroperationen angedeutet] seien die Operationen mit voller Kraft fortgesetzt worden und hätten "vielen jungen Menschen das Leben gekostet. Im ganzen Land treffen weiter Särge mit den Leichnamen von Soldaten oder Guerillakämpfern ein."

Nach wie vor werde in der kurdischen Frage auf Gewalt gesetzt; insbesondere das Militär betrachte die Frage als ein Problem der inneren Sicherheit. Aufgrund der bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei im Jahr 2007 werde von Regierung und Opposition eine Politik betrieben, die den Erfordernissen des politischen Prozesses entgegen trete.

Karayilan: Veränderung der Grenzen als zweite Alternative

Wie Murat Karayilan als Vorsitzender des Exekutivrates der KKK (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans) erklärt hat, besteht das Ziel seiner Organisation immer noch darin, die kurdische Frage auf konföderaler Basis zu lösen. Wenn dieses jedoch weiter abgelehnt werde, bleibe als zweite Alternative eine Veränderung der Grenzen. Die veränderten Bedingungen zum Thema kurdische Frage müssten Beachtung finden, so Karayilan. Internationale Kräfte planten eine Neuordnung des Mittleren Ostens; hierbei sei es unumgänglich, dass Kurdistan Platz eingeräumt werde. Seine Organisation befürworte nicht eine Veränderung der bestehenden Staatsgrenzen. Diese Möglichkeit bleibe jedoch offen, wenn eine andere Lösung weiter verhindert werde.

Weiterhin kritisierte Karayilan die Passivität all derjenigen Kräfte, die die PKK zur Ausrufung eines Waffenstillstandes aufgefordert hätten. Im Unterschied zu vorhergegangenen einseitigen Waffenstillständen sei der aktuelle Aufruf der USA, EU, der südkurdischen Regierung sowie weiteren Kräften und Intellektuellen in der Türkei zustande gekommen. "Aber seitdem sind zwei Monate vergangen. Wir haben einen Waffenstillstand erklärt, aber die Gegenseite greift an, als wollte sie damit sagen: ‚Warum tut Ihr das nur?'. Und die, die uns zum Waffenstillstand aufgefordert haben, schauen lediglich zu. Dieser Waffenstillstand ist die letzte Chance für die Türkei. Was folgt, ist dann kein Bruch des Waffenstillstands, sondern eine Abspaltung."

Erster HPG-Vergeltungsschlag nach Waffenstillstand

Erstmalig nach Ausrufung des einseitigen Waffenstillstands der PKK am 1. Oktober 2006 haben die Volksverteidigungskräfte HPG militärisch auf die fortgesetzten Operationen der türkischen Armee reagiert. Bei einem Anschlag auf einen Militärkonvoi, der sich auf dem Weg von Cizre nach Güclükonak zu einer Operation befand, wurden nach HPG-Angaben am 5. Dezember elf Soldaten getötet und sieben weitere verletzt. Das HPG-Pressezentrum verwies darauf, dass die wirkliche Anzahl der Verluste vom türkischen Staat verheimlicht werde. Der Gouverneur von Sirnak hatte in einer Erklärung von drei getöteten Soldaten gesprochen. Zuvor hatten die HPG davor gewarnt, dass eine Fortsetzung der Angriffe der türkischen Armee nicht unbeantwortet bleiben könne. Eine Fortsetzung des Waffenstillstandes ist damit fraglich geworden.

Auch der KKK-Exekutivrat hatte eine Überprüfung des Waffenstillstandsbeschlusses angekündigt, falls die Militäroperationen weiterhin fortgesetzt würden. Der Waffenstillstand sei eine letzte Chance für die Türkei. Im Falle einer Fortsetzung der Angriffe werde stattdessen eine Abspaltung von der Türkei aktuell.

Seit Ausrufung des einseitigen Waffenstillstandes hat die türkische Armee im Oktober und November 80 Militäroperationen durchgeführt. Dabei kam es nach HPG-Angaben zu 48 Gefechten, bei denen 17 Guerillakämpfer und 35 Soldaten ihr Leben verloren haben.

(ÖP, 7.12., ANF, 1.12., ÜÖG, 29.11., ISKU)

Zulauf für kurdische Universitäten

Die Fortschritte im Bildungsbereich in Südkurdistan locken Studierende aus allen Teilen Kurdistans an die Universitäten. In Südkurdistan ist inzwischen in fast jedem Dorf eine Schule errichtet worden. Insbesondere die Möglichkeit kurdischsprachiger Hochschulbildung zieht Studierende aus der Türkei, dem Iran und Syrien an. In den Ländern, aus denen sie kommen, ist eine muttersprachliche Ausbildung nicht denkbar. Dennoch bestehen aufgrund der verschiedenen kurdischen Dialekte Verständigungsschwierigkeiten.

An der Universität in Selahaddin studieren 29.000 Personen. Davon sind jeweils 150 Kurden aus der Türkei und dem Iran sowie 480 aus Syrien. Eine von ihnen ist Nedime Aydin Kaya, die aus der Türkei gekommen ist, um in Selahaddin Geschichte zu studieren: "Ich ziehe es vor, die kurdische Geschichte zu studieren anstatt der türkischen", erklärt sie. Ausschlaggebend für ihre Entscheidung, in Südkurdistan zu studieren, sei außerdem der Druck, der gegen Kurden in der Türkei ausgeübt werde. "Ich hatte die Möglichkeit, in Adana zu studieren, aber weil ich aus Hakkari komme, bin ich stets einem erniedrigenden Verhalten ausgesetzt gewesen. Und damit bin ich nicht allein. In der Türkei erleben fast alle Kurden das gleiche."

(ANF, 5.12., ISKU)

Meldungen

Friedensaufrufe aus der kurdischen Region

Auf Kundgebungen in verschiedenen Städten der Türkei ist eine Beendigung der Militäroperationen und eine Entgegnung des von der PKK einseitig ausgerufenen Waffenstillstandes gefordert worden. Der Waffenstillstand sei eine letzte Chance für die Türkei, die nicht ungenutzt verstreichen dürfe. Die Kundgebungen in Diyarbakir, Batman, Siirt, Urfa, Van, Ardahan, Bitlis, Mardin, Ankara, Adana, Mersin, Erzincan, Antep und Elazig, an denen sich Tausende Menschen beteiligten, wurden von der DTP organisiert.

(ÜÖG, 2.12., ISKU)

TAK droht mit neuen Angriffen

In einer e-mail an die Nachrichtenagentur ANF haben die Freiheitsfalken Kurdistan (TAK) mit neuen Anschlägen gedroht, falls die Angriffe auf das kurdische Volk nicht eingestellt werden. TAK habe jegliche Aktionen mit der Erklärung eines Waffenstillstandes durch die PKK vorläufig eingestellt, der türkische Staat dagegen habe seine Angriffe gesteigert. Falls diese fortgesetzt würden, sehe sich TAK an keine Abmachung gebunden.

(ANF, 5.12., ISKU)

38 Militäroperationen im November

Auch im November hat die türkische Armee trotz des einseitigen Waffenstillstandes 38 Militäroperationen gegen die Volksverteidigungskräfte HPG durchgeführt. Dabei kam es zu 25 Gefechten. Auf türkischer Seite starben 5 Offiziere und 18 Soldaten. 9 Mitglieder der HPG fielen bei den Kämpfen, 2 wurden gefangengenommen.

(HPG, 1.12., ISKU)

Grenzüberschreitende Militäroperation

Nach Angaben des südkurdischen Fernsehkanals Kurdistan-TV hat die türkische Armee am 6. Dezember das Gebiet Siyara Gewrke in Südkurdistan bombardiert. Die betroffene Region befindet sich auf irakischem Territorium in zehn Kilometer Entfernung zur türkisch-irakischen Grenze.

(ANF, 6.12., ISKU)

Türkisch-iranische Operation

Die türkische und iranische Armee haben nach HPG-Angaben am 5. Dezember eine gemeinsame Militäroperation gegen die Guerilla im Gebiet Kelares gestartet. Am 3. Dezember hatte der türkische Ministerpräsident Erdogan den Iran besucht. Dabei kam es in Teheran zur Unterzeichnung eines

Ilisu-Bürgschaft vor Entscheidung

Die Bundesregierung Deutschland hat sich grundsätzlich für die Absicherung eines deutschen Exportgeschäftes im Zusammenhang mit dem Bau des umstrittenen Wasserkraftwerkes Ilisu in der Türkei entschieden. Wie die Tageszeitung "Nachrichten für Außenhandel" aus dem Bundeswirtschaftsministerium erfahren hat, muss die türkische Seite nach der Entscheidung des Interministeriellen Ausschusses für die Gewährung von staatlichen Exportkreditgarantien (IMA) jedoch eine Reihe von Auflagen erfüllen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Bei dem zu besichernden Geschäft handelt es sich um Tunnelbauarbeiten des deutschen Bauunternehmens Züblin. Der Wert der zu deckenden Leistungen wird mit "unter 100 Mio Euro" angegeben. Die Gesamtkosten des Wasserbauprojekts werden auf über 2 Mrd Euro geschätzt. Ein Teil des Geldes werde für Umsiedlungsmaßnahmen und den Kulturgüterschutz verwendet.

Mit dem Ilisu-Projekt befasst sich der IMA laut "Nachrichten für Außenhandel" bereits seit dem Jahr 1998. Damals waren von der rot-grünen Koalition verschärfte Sozial- und Umweltleitlinien für die Hermes-Deckungspolitik eingeführt worden. Nach Angaben des Blattes wird deshalb einer Entscheidung zum Ilisu-Wasserkraftwerk eine grundsätzliche Bedeutung zugemessen.

Auch Östereich vor Entscheidung

Demnächst fällt die Entscheidung, ob Österreich den Bau des Wasserkraftwerks im südosttürkischen Ilisu mit einer Exportgarantie von 240 Mio. Euro fördert. Vertreter der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) und deren deutscher und schweizer Pendants hätten bei einem Treffen mit der staatlichen türkischen Wasserbaugesellschaft DSI vereinbart, dass die Türkei weitere Unterlagen liefern solle, sagte ein OeKB-Sprecher zur "Presse".

Dabei gehe es um "Nachbesserungen" bei den Themen Umweltfolgen des Staudamms, Umsiedlung von rund 11.000 Menschen und Kulturgüterschutz. Wann die Kontrollbank ihre Prüfung abschließen und eine Empfehlung an den Finanzminister geben könne, sei noch nicht zu sagen. "Von der Prüfungsintensität her stellt Ilisu alles Bisherige in den Schatten", meinte der Sprecher.

Viel steht auf dem Spiel: Für den österreichischen Konsortialführer VA Tech Hydro ein halber Jahresumsatz; für die türkische Regierung der internationale Ruf sowie die Erfüllung des Versprechens, das bitterarme Ostanatolien zu modernisieren; und für die Umwelt- und Menschenrechts-Organisationen die Glaubwürdigkeit in einem Konflikt, der klassischen Mustern zivilgesellschaftlichen Widerstandes zu folgen scheint: Auf der einen Seite Industrie und eine ferne Zentralregierung – auf der anderen Seite bedrohte Ökosysteme, entrechtete Landbewohner, kostbare Kulturgüter.

Und so ringen Betreiber und Gegner vor der Entscheidung des Finanzministers um die Gunst der öffentlichen Meinung. Einen Höhepunkt erreicht dieser PR-Krieg am Donnerstag. Während die Umweltorganisation WWF unter dem Titel "Tragödie am Tigris" die Bürgermeister von Batman und Diyarbakir in die Diplomatische Akademie bittet, lädt der türkische Botschafter keine 500 Meter Luftlinie entfernt "Pro-Stimmen aus der Region Südostanatolien" zu sich in die Prinz-Eugen-Straße.

Was haben die beiden Bürgermeister eigentlich gegen den Staudamm? "Sie befürchten neue Flüchtlinge aus den überschwemmten Gebieten", sagt WWF-Aktivist Ulrich Eichelmann.

An die Zusage der finanziellen Entschädigung durch die Türkei glaubt Eichelmann nicht: "Die Türkei hat schon bei vergangenen Umsiedlungen viel versprochen - aber nichts davon gehalten." Eine Einschätzung, die am Urteil von Kontrollbank und Finanzministerium wenig ändern wird: Die Vergabe der Garantie gilt – trotz Verzögerungen – als sicher.

(mm, 5.12, dp, 6.12., ISKU)

MKK – eine illegale Organisation?

Sie sprachen kurdisch untereinander, ein paar kurdische Studierende in Zonguldak am schwarzen Meer. Deshalb wurden sie an der Universität von Faschisten angegriffen. Im Anschluss wurden ihre Wohnungen von Polizisten überfallen. Drei von ihnen wurden festgenommen und vierzig Stunden festgehalten. Als Beweismittel für ihre Gefährlichkeit wurde eine CD mit der Aufschrift MKK als "illegales Dokument" beschlagnahmt. Auf der CD befand sich Musik der kurdischen Musiker Metin und Kemal Kahraman, kurz: MKK. In den lokalen Medien wurden die Studierenden als Mitglieder einer terroristischen Organisation dargestellt. Aus Angst um ihr Leben wandten sich die Betroffenen an den Menschenrechtsverein IHD in Eregli.

(DIHA, 30.11., ISKU)

Keine Auslieferung von Nedim Seven

Die von der Türkei geforderte Auslieferung des kurdischen Politikers Nedim Seven nach seiner Verhaftung im August in Holland ist gerichtlich abgelehnt worden. Das Gericht beschied, Seven sei aufgrund des gleichen Prozesses, wegen dem die Türkei seine Auslieferung gefordert habe, zu einem früheren Zeitpunkt verhaftet und gefoltert worden. Im Falle seiner Auslieferung sei nicht ausschließbar, dass er wieder gefoltert werde. Weiter stellte das Gericht fest, dass das niederländische Justizministerium bei der Prozedur der Verhaftung Sevens einen Fehler begangen und somit Amtsmissbrauch betrieben habe. Der Prozess wurde von ca. 100 Zuschauern beobachtet. *(ANF, 5.12., ISKU)*

4. Kurdisches Filmfestival in Berlin

Vom 10. bis 17. Dezember 2006 werden in verschiedenen Berliner Kinos mehr als 30 Kurz-, Spiel- und Dokumentarfilme gezeigt, die die neuesten Werke von Filmemachern aus den vier Teilen Kurdistans und der Diaspora repräsentieren. Das Festival wird mit Ayse Polats Film „En Garde“ eröffnet. Die kurdische Regisseurin erhielt damit den „Silbernen Leoparden“ des Internationalen Filmfestivals Locarno.

Eines der wichtigsten Themen des diesjährigen Festivals wird die Situation der kurdischen Frauen in und außerhalb der Heimat sein. In ihrem Dokumentarfilm „Vendetta Song“ verfolgt Eylem Kaftan von Kanada bis zu einem Dorf in Diyarbakir die Spuren des Ehrenmordes an ihrer Tante.

Erwan Briand mit seinem Film „Jinên Çiyayê Ararat – die Frauen von Mount Ararat“ und Yusuf Yesilöz mit seinem Film „Di navbera du dinyayan de – Zwischen den Welten“ sprechen zwei wichtige Aspekte des Lebens kurdischer Frauen an.

Aus den vier Teilen Kurdistans nehmen junge RegisseurInnen an dem Festival teil, wie Rehêm Zebihi, Mujde Arslan, Nazmi Kirik, Akram Kiro und viele andere, die ihre ersten Filme in Berlin zeigen.

Das genaue Programm des Filmfestivals sowie weitere Informationen zu den gezeigten Filmen und den beteiligten RegisseurInnen sind im Internet unter:
www.kurd-filmfestival.com
zu finden.

(ISKU)

Abkommens über ein gemeinsames Vorgehen gegen die PKK und die PJAK. Nach einer Meldung in der Tageszeitung Sabah geht es dabei vor allem um die Fortsetzung zeitgleicher Militäroperation im Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Iran. Weiterhin soll über Arbeitsgruppen aus den Innen- und Verteidigungsministerien, der Polizeibehörde und des Grenzschutzes die Zusammenarbeit verstärkt werden.

(ANF/ÖP, 6.12., ISKU)

Bilanz der Flutkatastrophe

Nach Angaben der Vereinigung der Stadtverwaltungen in Südostanatolien (GABB) sind bei der Flutkatastrophe in den kurdischen Provinzen im November 46 Personen getötet und 13.519 Häuser beschädigt worden. Der materielle Schaden beträgt 97.580.000 YTL.

(DIHA, 5.12., ISKU)

Prozess gegen Aysel Tugluk

Gegen die stellvertretende DTP-Vorsitzende Aysel Tugluk sowie den DTP-Vorsitzenden der Provinz Diyarbakir, Hilmi Aydogdu ist ein Prozess wegen "Propaganda für Abdullah Öcalan und die PKK" eingeleitet worden. Es werden bis zu fünf Jahre Haftstrafe für die Angeklagten gefordert. In der Anklageschrift heißt es, sie hätten am 3. September auf einer Kundgebung in Diyarbakir aus Anlass des Weltfriedenstages Öcalan und die PKK "lobende" Ausdrücke verwendet und damit gegen das Antiterrorgesetz verstoßen. *(ANF, 5.12., ISKU)*

„PKK-Gipfel“ in Europa

Im Dezember wird in Belgien oder Deutschland ein Treffen zum Thema "PKK und Europa" stattfinden, an dem neben Mitarbeitern verschiedener Nachrichtendienste auch die Vertreter des Anti-PKK-Kampfes der Türkei und der USA, Edip Baser und Joseph Ralston, teilnehmen werden. Bei dem Treffen wird es um die Aktivitäten der PKK in Europa gehen.

(cnnturk, 5.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
MM	Manager Magazin
DP	Die Presse

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 288
15. Dezember 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Am Samstag startet DTP-Konvoi für Waffenstillstand

Marsch auf Ankara

Am Samstag beginnt in Diyarbakir der seit Wochen vorbereitete "Marsch auf Ankara", mit dem die DTP für einen bleibenden Frieden werben will. An der Aktion werden sich ca. 1000 Personen beteiligen, die bei den letzten Wahlen von der DTP-Basis gewählt worden sind. Beim Parlamentsvorsitzenden Bülent Arinc ist ein Gesprächstermin angefragt worden. Die DTP wird konkrete Schritte zur Lösung der kurdischen Frage innerhalb des demokratischen Systems fordern. Wie die stellvertretende DTP-Vorsitzende Nursel Aydogan mitteilte, wird vor allem die Regierungspartei AKP aufgefordert werden, zu ihren Worten zu stehen, da diese im Vorfeld der Ausrufung des einseitigen Waffenstillstandes durch die PKK die DTP dazu gedrängt hatte, in dieser Richtung aktiv zu werden.
Der DTP-Konvoi - bestehend aus ca. zwanzig Bussen - wird nach einer Kundgebung in Diyarbakir über Urfa, Antep und Adana nach Ankara fahren, wo wiederum eine Kundgebung stattfinden wird. Falls Parlamentspräsident Arinc eine positive Antwort auf die Anfrage nach einem Gesprächstermin gibt, wird ihm ein von der DTP erstelltes Lösungspaket vorgelegt werden. Andernfalls wird eine weitere Kundgebung vor dem Parlament stattfinden.

(ANF, 14.12., ISKU)

26 weitere "Herr Öcalan"-Prozesse

Gegen 26 DTP-Mitglieder und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter die beiden DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tugluk sowie der Bürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir und die stellvertretende IHD-Vorsitzende Reyhan Yalcindag, ist vor einem Gericht in Diyarbakir ein Prozess wegen der Verwendung des Begriffs "Herr Öcalan" eingeleitet worden. Den Angeklagten drohen bis zu zwei Jahre Haftstrafe. Der Prozess geht zurück auf eine Sitzung in Diyarbakir am 18. Januar 2006, auf der laut Anklageschrift Ahmet Türk erklärt hat: "In dieser Zeit, in der wir alle Anstrengungen auf eine demokratische Lösung und Frieden richten, verstärkt die intensivierte Isolation von Herrn Öcalan die gesellschaftliche Besorgnis." Weiterhin habe Türk eine "Beendigung dieses unrechtlichen Vorgehens" sowie vom Staat "mutige Schritte für eine Lösung der kurdischen Frage" gefordert. Ein Termin für die erste Hauptverhandlung steht noch nicht fest. *(DIHA, 13.12., ISKU)*

Lage der Frauen unverändert

Wie eine Studie des Frauenzentrums DIKASUM der Stadtverwaltung Diyarbakir mit 472 verheirateten Frauen aus 97 Dörfern, die von der Stadt Diyarbakir eingemeindet wurden, ergeben hat, sind 80% der Frauen Analphabetinnen. 43% haben ihr erstes Kind im Alter zwischen 14 und 18 Jahren bekommen. 36,7% wurden für einen Brautpreis verheiratet. In der Studie ging es um die Situation von Frauen innerhalb der Gesellschaft und Familie. Weiterhin ergab sich aus den Befragungen, dass lediglich 15,8% die Grundschule besucht haben und 0,4% die Mittelschule. 63% verfügen über keinerlei soziale Absicherung. 17% wurden zur Schlichtung einer Fehde zwischen den Familien verheiratet, 21% heirateten aus Liebe. 67% sind nicht offiziell verheiratet. 45% der Frauen leben mit ihren Schwiegereltern und weiteren Verwandten zusammen. 30% heirateten als Minderjährige unter 16 Jahren, 41% im Alter zwischen 16 und 19. 54% sind mit Verwandten verheiratet. 44% haben sechs oder mehr Kinder.
Auf die Frage, ob es im engeren Bekanntenkreis jemals einen „Ehrenmord" gegeben habe, antworteten 6,4% mit ja. Die Frage, ob es im Bekanntenkreis Fälle von Selbstmord gegeben habe, bejahten 14%. Auf die Frage, was sie gerne tun würden, wenn es ihnen besonders schlecht gehe und sie sich hilflos fühlten, folgten der Reihe nach die Antworten „allein sein", „in mein Elternhaus zurück kehren", „mich scheiden lassen" und „Selbstmord".

(DIHA, 6.12., ISKU)

MAFDAD e.V. gegründet

Anlässlich des 58. Jahrestages der Verabschiedung der Internationalen Menschenrechtsdeklaration geben wir die Gründung des Vereins "MAFDAD - Verein für Demokratie und internationales Recht" bekannt. In dem Verein haben sich namhafte JuristInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und andere engagierte Persönlichkeiten zusammengeschlossen mit folgenden Zielsetzungen:

Kritische Beobachtung und Kommentierung der Beitrittsverhandlungen EU/Türkei
Wir werden zu diesem Zweck solidarisch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Türkei zusammen arbeiten und wollen unseren Beitrag zur Demokratisierung der Türkei leisten. Wir haben uns den Namen MAFDAD gegeben – kurdisch für "Recht und Gerechtigkeit" – als Bezug zu der verbotenen Sprache eines Volkes, dass von jahrzehntelanger Unterdrückung gezeichnet ist.

Fortentwicklung von Demokratie und Menschenrechten im 21. Jahrhundert
In Europa haben wir ein demokratisches Erbe übernommen, gewachsen aus Kriegen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Wir müssen uns heute neuen Herausforderungen stellen; die Schlagworte "Sicherheit" und "Terror" dienen zur Beschneidung grundlegender Rechte – Freiheit wird im Namen der Sicherheit geopfert. Demokratische Prozesse verlieren angesichts immer grösserer faktischer Macht ökonomischer Kräfte ihre Bedeutung – hiergegen muß eine neue demokratische Kultur in Europa und der westlichen Welt geschaffen werden.
Wir sind der Meinung, dass Rechte und Freiheiten der Menschen nicht geschützt werden können, wenn der Zusammenhang zwischen der diskriminierenden Sicherheitspolitik westlicher Staaten und klassischen Rechtsverletzungen in Staaten wie z.B. der Türkei übersehen wird, wir wollen gegen beides kämpfen. Wir laden alle Interessierten herzlich zur Mitarbeit ein. Wir werden uns einsetzen für eine Welt, in der die grundlegenden Rechte der Menschen garantiert und Unterdrückung und Ungleichheit abgeschafft sind. *www.mafdad.org*

(MAFDAD, 10.12., ISKU)

Meldungen

Unterschriftenaktion für Frieden
Die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) hat zur Unterstützung des Waffenstillstandes in der Türkei eine Unterschriftenkampagne in Diyarbakir gestartet. Der Auftakt der Kampagne fand mit der Verlesung einer Presseerklärung im Kosuyolu-Park vor dem Menschenrechtsdenkmal in Anwesenheit von ca. 200 Frauen statt. Die gesammelten Unterschriften sollen dem Parlament der Türkei vorgelegt werden. In dem Text heißt es: "Wir haben das Recht, in diesem Land in Frieden und Sicherheit zu leben. Um in einem Land, in dem die Waffen schweigen und das Leben lebenswert ist, gemeinsam die Zukunft gestalten zu können, ist Frieden die einzige Chance. Wir unterstützen den Waffenstillstand und fordern Frieden."

(ÖP, 14.12., ISKU)

301-Prozess gegen Eren Keskin
Gegen die Menschenrechtlerin und Anwältin Eren Keskin ist ein Prozess auf Grundlage des umstrittenen Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches eröffnet worden. Keskin wird zur Last gelegt, im Jahr 2004 auf einer Veranstaltung zum Thema Menschenrechte im DEHAP-Parteigebäude in Cerkezköy mit den Worten "Die offizielle Geschichte der Türkei ist eine schmutzige Geschichte" das "Türkentum erniedrigt" zu haben.
Nach Paragraph 301 laufen mindestens fünf Prozesse oder Ermittlungsverfahren gegen die ehemalige Vorsitzende der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD.

(ANF, 7.12., ISKU)

DTP wird PSE-Mitglied
Die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) ist Mitglied der Sozialistischen Partei Europas (PSE) geworden. Ein entsprechender Antrag wurde auf einer PSE-Sitzung in Porto in Portugal am 7. Dezember 2006 positiv entschieden. Die DTP wurde dabei vom stellvertretenden DTP-Vorsitzenden Tuncer Bakirhan, dem Bürgermeister von Batman Hüseyin Kalkan sowie dem DTP-Europarepräsentanten Faik Yagizay vertreten.

(ANF, 7.12., ISKU)

Vor Abschiebung Selbstmord
Der kurdische Flüchtling Mehmet Emin Tirok hat in einem Krankenhaus in Wunstorf Selbst-

Geheimentscheid gegen Hasankeyf

Wie erst jetzt bekannt wurde, traf die Bundesregierung in der vergangenen Woche eine Grundsatzzusage für eine Hermesbürgschaft für den gigantischen Ilisu-Staudamm, der im Südosten der Türkei den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak aufstauen soll. Im Vorfeld hatte es intensive Auseinandersetzungen zwischen Nichtregierungsorganisationen und den Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gegeben, die das Projekt absichern sollen. Nach Aussage der Bundesregierung wurden die umstrittenen Punkte durch Verhandlungen mit der türkischen Regierung gelöst. Genauere Angaben über die vereinbarten Auflagen halten die beteiligten Regierungen jedoch geheim.

"Die Entscheidung der Bundesregierung betrifft mindestens 55.000 Menschen und eine ganze Region. Es ist ein Skandal, dass diese zu den angeblich erzielten Verbesserungen nicht Stellung nehmen können", kritisiert Ercan Ayboga von der Initiative zur Rettung Hasankeyfs, die über 70 Organisationen im Ilisu-Gebiet vereint. Heike Drillisch, Sprecherin der in Berlin ansässigen Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED, ergänzt: "Die Regierung setzt sich in aller Welt für den Dialog zwischen den Betroffenengruppen ein und hat monatelang ihre Transparenz bei der Prüfung des Ilisu-Projekts betont. Jetzt, wo es darauf ankommt, dass die Betroffenen über ihre Zukunft mitreden können, verweigert sie sich der weiteren Auseinandersetzung. Diese Doppelzüngigkeit ist nicht akzeptabel und stellt einen massiven Vertrauensbruch gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen dar."

Zwar veröffentlichte die Bundesregierung am 7.12.2006 eine Erklärung zur Grundsatzzusage. Die darin gemachten Angaben verbleiben jedoch vage und für die Außenwelt nicht nachprüfbar. Auch betonten Konsortium und Projektbetreiber bereits mehrfach, das Projekt befinde sich in Einklang mit internationalen Standards. Sobald die zu Grunde liegenden Dokumente jedoch veröffentlicht wurden, wiesen Nichtregierungsorganisationen wie WEED gravierende Defizite nach.

WEED und die Hasankeyf-Initiative bezweifeln, dass die auf dem Papier erzielten Zusagen der türkischen Regierung das Projekt tatsächlich umwelt- und sozialverträglich machen und mit internationalen Standards in Einklang bringen. So schrieb der irakische Wasserminister noch am 29. 11.2006 an WEED, dass sein Land nicht über die Pläne zum Bau des Ilisu-Staudamms informiert sei, obwohl internationales Völkerrecht dies vorschreibt und die türkische Regierung dieser Pflicht angeblich nachgekommen sei.

Auch die Durchführung der archäologischen Rettungsarbeiten für das reiche von Überflutung durch den Damm bedrohte kulturelle Erbe erfolgt nicht nach Plan: Im August wurden alle Grabungen für dieses Jahr eingestellt, obwohl der Zeitplan keinerlei Verzögerungen bis zur Flutung zulässt. Ebenso kam es bei der Enteignung Betroffener bereits zu Unregelmäßigkeiten.

Die türkische Regierung ist nun gefordert, eine Reihe weiterer Studien durchzuführen und einen Teil der Auflagen zu erfüllen. Danach wird die Bundesregierung sich erneut mit dem Projekt befassen und über die endgültige Bürgschaftsvergabe befinden. "Zusätzliche Studien können nichts an den grundsätzlichen Mängeln des Projekts ändern", bewertet Drillisch das Vorgehen der Bundesregierung. "Kulturelle und ökologische Werte werden sehenden Auges geopfert, die Bevölkerung übergangen." Vor allem fehle der Bundesregierung jegliche Handhabe, wenn nachträglich Probleme auftauchten, denen mit den jetzt erlassenen Auflagen nicht begegnet werden könne. "Die jetzt erteilte verbindliche Grundsatzzusage ist ein völlig falsches politisches Signal an eine Regierung, die ihre Bereitschaft, internationale Standards einzuhalten, erst noch unter Beweis stellen muss und ihrerseits jeden Dialog mit den betroffenen Menschen und Kommunen verweigert", erklärt Ercan Ayboga.

In Umfragen haben sich fast 80 % der Betroffenen gegen den Dammbau ausgesprochen. Doch selbst die Bürgermeister der umliegenden Städte wurden nach wie vor nicht in die Planung einbezogen. Enteignungen in der Umgebung von Hasankeyf fanden statt, obwohl die Landtitel noch ungeklärt sind, und die Festsetzung der Entschädigungsmuster erfolgte nicht in dem angekündigten Verfahren. Archäologen bezweifeln, dass die antiken Monumente die Verlegung in einen Archäologiepark unbeschadet überstehen.

Zudem ist die geplante Frist von sieben Jahren bis zur Flutung vollkommen unzureichend, um die vielen noch unerforschten archäologischen Stätten freizulegen. Der türkischen Wasserbehörde stehen jährlich nur 100 Mio Euro für Umsiedlungen in Zusammenhang mit Staudämmen zur Verfügung. Für Ilisu sind in den nächsten sieben Jahren 800 Mio Euro vorgesehen, doch wäre mindestens die doppelte Summe notwendig. Bisher ist nicht bekannt, wie dieser Betrag zur Verfügung gestellt werden soll.

Dessen ungeachtet hatte der türkische Premier Erdogan im August durch einen demonstrativen Spatenstich die Entschlossenheit der türkischen Führung demonstriert, eines der auch international heiß umstrittenen Projekte ungeachtet aller Proteste in Angriff zu nehmen: Der Ilisu-Staudamm, 110 km lang und 135 m hoch, soll den Tigris, einen der wenigen noch weit gehend unberührten Flüsse der Türkei, auf einer Breite von fast zwei Kilometern aufstauen.Staudamm soll Wohlstand sichern Der dadurch entstehende See wäre mit einer Fläche von 313 Quadratkilometern fast so groß wie der italienische Gardasee. Der kulturhistorisch besonders wertvolle untere Teil von Hasankeyf soll mit 15 anderen Kleinstädten und 52 Dörfern in den Fluten ertrinken. Das am Staudamm geplante Kraftwerk soll eine Stromerzeugung von 3800 Gigawatt-Stunden garantieren und damit wachsenden Wohlstand der Westtürkei.

Ein Konsortium unter österreichischer Führung, mit deutscher und Schweizer Beteiligung, wartet noch auf die Entscheidung der Exportkreditagenturen der drei Länder, die Projekt-Finanzierung von 1,2 Mrd. Euro zu garantieren.

Doch der Ilisu-Staudamm stößt nicht nur unter der lokalen Bevölkerung auf - 80-prozentige - Ablehnung. Er löst große Besorgnis bei den Anrainerstaaten Syrien und Irak aus. Der Irak sei "extrem beunruhigt" über die Auswirkungen des Megadamms, stellt Wasserminister Latif Rashid fest. Das Kraftwerk werde massive Auswirkungen auf die Wasserzufuhr der Nachbarstaaten haben.

Der Ilisu-Damm ist eines der Kernstücke des "Südostanatolischen Projekts" (GAP), eines gigantisches Wasser- und Staudammprojekts, das sich über den türkischen Teil des Euphrat-Tigris-Beckens entlang der syrischen und irakischen Grenze über etwa 74.000 Quadratkilometer, das heißt: 9,7% des Staatsterritoriums, erstreckt. Durch ein Netz von 22 Staudämmen, 19 Wasserkraftwerken und rund 1000 km umfassende Kanäle will die Türkei ihre reichen Wasserressourcen voll nutzbar machen. Bis heute wurden neun Dämme und fünf Wasserkraftwerke – ungefähr die Hälfte des Gesamtprojekts – in Betrieb genommen.

Syriens Wasserversorgung aber hängt zu 80% vom Euphrat ab, jene des Iraks zu 65% von beiden Strömen. Wenn GAP in vielleicht 15 bis 20 Jahren fertig gestellt ist, könnte die Türkei den Fluss des Euphrats nach Syrien um 30 bis 60% und jenen beider Ströme in den Irak um mindestens 47% reduzieren. Bagdad warnt vor gravierenden Folgen für die Bevölkerung, die für ihre Trinkwasserversorgung und für die Landwirtschaft auf den Tigris angewiesen ist. Der Irak könnte durch die türkischen Staudammprojekte schließlich bis zu 1,3 Mill. Hektar fruchtbaren Landes – rund 40% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche – verlieren, mit unabsehbaren ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen für die ohnedies schon so gequälten Menschen. Syrien prophezeit ähnliche Probleme.

(Weed, 8.12., SN, 13.12., ISKU)

mord begangen. Tirok war 1995 gemeinsam mit seiner Familie aufgrund von erlebter Repression von Cizre nach Deutschland gekommen, wo er Asyl beantragte. Nach Ablehnung seines Asylgesuchs erlitt der Vater von acht Kindern so starke psychische Probleme, dass er die vergangenen zweieinhalb Jahre stationär behandelt werden musste. Am Mittwoch morgen setzte er seinem Leben im Krankenhaus ein Ende. *(ÖP, 14.12., ISKU)*

Razzien gegen linke Einrichtungen in Istanbul

Bei einer groß angelegten Razzia in verschiedenen linken Einrichtungen und Medienvertretungen in Istanbul, darunter auch die Gefangenenhilfsorganisation TAYAD, und den darauf folgenden Protesten sind am Donnerstag mindestens 56 Personen festgenommen worden. In mehreren Stadtteilen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein Teil der Festgenommenen wurden am Freitag wieder freigelassen. 23 Personen werden weiter in der Antiterrorabteilung der Istanbuler Polizei verhört. *(ANF, 8.12., ISKU)*

Kurdischer Politiker aus niederländischer Haft entlassen

Der kurdische Politiker Nedim Seven ist am Morgen des 13.12. in den Niederlanden aus der Haft entlassen worden. Seven war im August an der belgisch-niederländischen Grenze aufgrund eines von der Türkei veranlassten internationalen Haftbefehls verhaftet worden. Vergangene Woche hatte ein niederländisches Gericht seine Auslieferung in die Türkei wegen drohender Folter abgelehnt. *(ANF, 13.12., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
SN	Salzburger Nachrichten

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 289
22. Dezember 2006

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

HPG erklären Staudammbau zum Angriffsziel

Ilisu: Warnung der Guerilla

Nach der deutschen Bundesregierung erklärte am 15.12. auch der Schweizer Bundesrat die grundsätzliche Bereitschaft zur Vergabe von Exportrisikogarantien für den Bau des Ilisu-Großstaudamms in der Osttürkei. Den vier zum Ilisu-Konsortium gehörenden Firmen Alstom, Maggia, Stucki und Colenco wurde eine Absicherung in Höhe von 225 Millionen Franken zugesagt. Voraussetzung sei die Einhaltung von Bedingungen auf türkischer Seite, die sich auf Vereinbarungen der OECD über Umwelt und Exportkredite sowie Weltbank-Standards stütze. Erst diese Woche hatten Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen der Schweizer Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard eine Petition mit 37.000 Unterschriften gegen die Vergabe von Exportrisikogarantien für das Ilisu-Projekt überbracht.

»Der Bau des Staudamms wird ein Angriffsziel darstellen, mit dem Ziel, ihn zu verhindern«, kündigte jetzt das Hauptquartier der aus der Arbeiterpartei Kurdistans PKK hervorgegangenen Volksverteidigungskräfte (HPG) an:

"Letzte Woche wurde seitens der Bundesregierung die Hermes Bürgschaft für den Bau des ILISU - Staudammes bekannt gegeben. Die HPG hatte auch zuvor schon mehrmals Erklärung hierzu abgegeben. Wir warnten vor solch einem Projekt. Als Warnung, griff am 24. September dieses Jahres eine unserer Guerilla Einheiten eine türkische Militäreinheit in Kerboran an, die für die Sicherheit des ILISU - Staudamm Projektes eingesetzt wurde. Bei dem Angriff wurden ein Unterleutnant und zwei Soldaten getötet sowie 2 Soldaten verletzt.

Wir haben reichlich Gründe gegen ein solches Projekt zu sein: das Bauen eines solchen Staudammes wird das Erbe einer 10 000 Jahre alten Zivilisation zunichte machen; Die Reichtümer Mesopotamiens werden unter Wasser verschwinden, das Gleichgewicht von Ökologie und Natur in Kurdistan wird beeinträchtigt. Die Bevölkerung wird zwangsvertrieben, denn Viehzucht und Ackerbau, welche das Grundeinkommen für die Menschen in der Region bieten, werden dann nicht mehr möglich sein.

Ohne Zweifel hat der Bau eines solchen Staudammes einen politischen Hintergrund: einerseits wird die Geographie Kurdistans anhand des Damms geteilt werden; andererseits sollen die Wasservorräte durch den Fluss Dicle (Tigris) als Druckmittel gegen den Irak dienen. Man wird also in vielen anderen politischen wie wirtschaftlichen Punkten unter Vorraussetzung das Wasser in den Irak fließen zu lassen oder auch nicht, mit Irak verhandeln.

All diese Punkte sind Anlass und Grund, dass die HPG strikt gegen den Bau eines solchen Staudammes ist. Daher wird die HPG alle nötigen Schritte unternehmen um den Bau zu verhindern.

Der Bau soll in einem Gebiet stattfinden, in dem die militärischen Operationen intensiv andauern. Ohne Frage werden militärischen Operationen den Bau ohnehin beeinflussen. Abgesehen davon wird der Bau des Staudammes ein Angriffsziel darstellen, mit dem Ziel, den Bau zu verhindern.

Aufgrund der militärischen Operationen die in dem Gebiet stattfinden, welches unmittelbar am Ort des Projektvorhabens liegt, sind ohne Frage alle ausländischen sowie inländischen Mitarbeiter und Ingenieure, die an dem Bau beteiligt sind, objektiv unter großer Gefahr.

Sollte diesen Ingenieuren und Mitarbeitern aufgrund der geführten Operationen etwas zustoßen, sind nicht wir hierfür verantwortlich. Der türkische Staat versucht diese ausländischen Ingenieure auf diese Weise zu instrumentalisieren.

Es ist nicht vorstellbar, dass die HPG solch ein Projekt, welches die Zerstörung der Kultur und Geschichte eines Volkes vorsieht, billigt.

Aufgrund des unsererseits am 1.10.2006 erklärten Waffenstillstandes versucht der türkische Staat, das Tempo des Baus dieses Staudammes zu intensivieren. Das europäische Personal, das an dem Bau beteiligt ist, wird hierbei seitens des türkischen Staates als Schutzschild sowie Mittel zum Zweck eingesetzt.

Wir möchten diese Erklärung erneut als Anlass nehmen, die beteiligten europäischen Unternehmen zu warnen; wir möchten die Banken sowie Unternehmen warnen, die vorhaben Teil dieses Projektes zu sein. Sie sollten nicht mitschuldig an der Zerstörung der Geschichte und Kultur eines Volkes werden.Andernfalls wird die HPG keine Verantwortung für den entstandenen Schaden sowie eventuelle Verluste übernehmen.”

(jw, HPG, 13.12., ISKU)



Am 19. Dezember jährte sich zum sechsten Mal das Massaker türkischer Spezialeinheiten an politischen Gefangenen, die mit einem Hungerstreik gegen die Einführung von Isolationsgefängnissen protestierten. Wie hier in Ankara erinnerten in verschiedenen Städten Angehörige und UnterstützerInnen der Gefangenen daran und forderten ein Ende der Isolationshaft.

Friedensmarsch auf Ankara

Der Friedensmarsch auf Ankara von knapp 1000 gewählten Vertretern der DTP ist am Sonntag ohne ein geplantes Treffen mit dem Parlamentspräsidenten Bülent Arinc zuende gegangen. Arinc hatte ein solches Treffen ohne Begründung abgelehnt und es vorgezogen, zum gleichen Zeitpunkt General Basbug zu besuchen. Die DTP-Vertreter führten stattdessen einen Sitzstreik in einem öffentlichen Park durch. Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk bewertete die Haltung der Regierung als "friedensfeindlich" und forderte den Ministerpräsidenten der Türkei auf, die Forderung aus der Bevölkerung nach Frieden ernst zu nehmen. Der Ort, an dem die kurdische Frage gelöst werden müsse, sei das Parlament in Ankara. Zeitgleich erklärte der türkische Ministerpräsident Erdogan in New York vor Journalisten, in der Türkei hätten Kurden keine Rechtsprobleme. Sowohl die DTP als auch die KKK reagierten scharf auf diese Äußerung und forderten Erdogan zur "Ernsthaftigkeit" auf.

(ÖP, 18.12., ISKU)

Meldungen

Anzeige in Herald Tribune für Waffenstillstand

Mit einer großflächigen Anzeige in der International Herald Tribune haben 170 Personen, darunter die Nobelpreisträger Harold Pinter und Imre Kertesz sowie Abgeordnete des Europaparlaments und mehrerer nationaler Parlamente, ihre Unterstützung für den von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand erklärt. Die Anzeige trägt die Überschrift "Türkei und Kurden - gib dem Frieden eine Chance". Der Waffenstillstand sei eine wichtige Gelegenheit für eine gewaltfreie und demokratische Lösung der kurdischen Frage, heißt es darunter. Der türkische Staat müsse unverzüglich entsprechende Schritte einleiten und mit gewählten kurdischen Vertretern in einen Dialog treten.

(ANF, 16.12., ISKU)

EU-Prozessbeobachter für Baydemir

Um die gehäuften Prozesse gegen Osman Baydemir, den Oberbürgermeister von Diyarbakir, zu beobachten, hat sich eine fünfköpfige Abordnung aus Mitgliedern des Europaparlaments gebildet, der Joost Lagendijk als Vorsitzender der gemischten Türkei-Kommission im EP, sein Stellvertreter Panagiotis Beglitis, der Türkei-Berichterstatter Camiel Eurlings sowie Andrew Duff und Konstantinos Hatzidakis angehören. Unter anderem läuft ein Ermittlungsverfahren gegen Baydemir aufgrund eines im Europaparlament gehaltenen Redebeitrages.

Die Abordnung will Anfang des kommenden Jahres nach Diyarbakir reisen und mit Baydemir zusammentreffen.

(ANF, 15.12., ISKU)

100.000 Peschmerga in Südkurdistan

Wie der für die Peschmerga (Milizen) zuständige Minister Südkurdistans, Seyh Cafer Seyh Mustafa, gegenüber der Zeitung Kurdistan Nwe mitgeteilt hat, bestehen die bewaffneten Kräfte Südkurdistans aus über 100.000 Peschmerga. Das Peschmerga-Ministerium werde sich zukünftig organisieren wie das irakische Verteidigungsministerium.

Die Peschmerga sind bisher die bewaffneten Kräfte aller Parteien in Südkurdistan, insbesondere der beiden großen Parteien KDP und YNK (PUK). Laut Verfassung der Region Kurdistan sind sie mit der Sicherheit beauftragt. Zur Zeit wird an der Vereinigung

UTAMARA-Frauenzentrum eröffnet

Die Internationale Freie Frauenstiftung hat in Kasbach-Ohlenberg bei Bonn eine Frauenbegegnungs- und -bildungsstätte eröffnet. Im Gedenken an Uta Schneiderbanger und Ekin Ceren Dogruak (Amara), die am 31. Mai 2005 bei einem Verkehrsunfall in Südkurdistan ums Leben kamen, heißt das neue Zentrum UTAMARA. An der Eröffnungsfeier am 16. Dezember nahmen auch die Eltern von Uta und Amara teil.
In der Eröffnungsrede erklärte Anna-Kristin Kowarsch: "Uta und Amara waren zwei unserer internationalistischen Freundinnen. Mit ihrem Kampf, ihrer Haltung und ihrer Liebe haben sie den Grundstein für dieses Zentrum gelegt. Mit diesem Zentrum werden wir ihre Träume und Wünsche verwirklichen."
Nach der symbolischen Eröffnung des Zentrums durch die Mütter von Uta und Amara und einer Begrüßungsrede des Bürgermeisters von Kasbach-Ohlenberg Dieter Sander erhielten die Teilnehmerinnen des ersten Bildungsprojektes des Zentrums ihre Zertifikate von den Müttern von Uta und Amara überreicht.
16 junge Erzieherinnen aus Dersim/ Tunceli Türkei, die zur Zeit arbeitslos sind, haben in den Niederlanden und Deutschland eine neunwöchige Fortbildung erhalten. Ziel der Fortbildung war es, Wissen und Erfahrungen aus der pädagogischen Arbeit in europäischen Ländern weiterzuvermitteln. Gegen Ende der Fortbildung wurde mit den Fortbildungsteilnehmerinnen ein Konzept für den Aufbau und die pädagogische Ausrichtung der ersten Kindertagesstätte in Dersim/ Tunceli erarbeitet. Mit ihrer Rückkehr in die Türkei sollen die jungen Erzieherinnen ihre neu erworbenen Kenntnisse in den Aufbau der Kindertagesstätte "Kelebek" mit einbringen, das durch die Stadtverwaltung Dersim/Tunceli und den Frauenverein ANA-DER in Vorbereitung ist.
Es fand ein umfangreiches Kulturprogramm mit den Sängerinnen Gulê und Beser Sahin, eine Ausstellung der Künstlerin Rojda und einen Film über das Leben von Uta und Amara statt.
Das neue Frauenzentrum hat das Ziel, den Austausch und das Zusammenleben von Frauen mit unterschiedlichen nationalen, kulturellen und sozialen Hintergründen zu fördern. Mittels eines Bildungs- und Freizeitangebotes möchte die Stiftung Frauen einen Ort bieten, um ihre Fähigkeiten und Begabungen zu entdecken, auszutauschen und weiter zu entwickeln. Ein weiteres Ziel ist es, jegliche Form von Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und Frauen bei der Bewältigung von Gewalt-, Kriegs- und Migrationserfahrungen zu unterstützen.
(Kontakt: utamara@web.de, Tel.: 02644-602424) *(ANF, 17.12., ISKU)*

Finnische Soziologin ausgewiesen

Die finnische Soziologin Kristiina Koivunen wurde am Flughafen Ferît Melen Wan festgenommen und den Sicherheitsbehörden übergeben, die sie in der Nacht nach Istanbul ausflogen, um sie dann abzuschieben. Das Innenministerium gab bekannt, es läge ein Einreiseverbot für die Türkei vor.
Koivunen wurde nach Finnland abgeschoben. Wie bekannt wurde, hatte sie in einer finnischen Zeitung über die kurdische Frage in der Türkei berichtet. Infolgedessen hatte das Innenministerium ein Einreiseverbot verhängt. Der Vertreter der Anwaltskammer von Wan, Mutat Tîmur erklärte, man werde sich für die Aufhebung des Verbotes einsetzen; sobald man die Mandantschaft übernommen habe, würden die Behauptungen in den Akten untersucht werden. Kristiina Koivunen, die schon oft in die Türkei und in kurdischen Städte gereist war, ist in Finnland Journalistin. Gleichzeitig ist sie in einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv. Koivunen hatte unter anderem einen Reisebegleiter über die kurdischen Städte für TouristInnen geschrieben. In dem Buch werden u.a. historische Orte, Kunstschätze, Feste und Traditionen in Wan, Agirî, Qers und Colemerg vorgestellt. *(DIHA, 18.12., ISKU)*

Bislang keine Entschädigung

Mehrere hunderttausend zwangsweise umgesiedelte Kurden sind nach Angaben von Human Rights Watch bislang ohne ausreichende Entschädigung geblieben, obwohl extra für diese Fälle ein eigenes Gesetz geschaffen wurde. Das türkische Militär hatte in den 1990er Jahren im Kampf gegen kurdische Rebellen die Bewohner zahlreicher Dörfer im Südosten des Landes vertrieben, insgesamt sollen rund 400.000 Menschen betroffen gewesen sein. 2004 wurde per Gesetz eine Kommission eingesetzt, die sich um die Entschädigung kümmern soll. Laut Human Rights Watch verweigerte die Kommission in ihrer bisherigen Arbeit aber häufig willkürlich Entschädigungen oder sie verminderte die Beträge. Human Rights Watch rief die türkische Regierung auf, die Kommission auszusetzen und ihre Methoden zu überprüfen.
(Yahoo!, 20. 12, ISKU)

Jugendlicher vom Miltär ermordet

Im Dorf Pirinclik bei Diyarbakir ist ein 16-jähriger Jugendlicher von Soldaten ermordet worden. Nach Augenzeugenberichten beschuldigten Soldaten eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die auf dem Dorfplatz Fußball spielten, Telefonkabel gestohlen zu haben. Als die Jugendlichen Angst bekamen und fliehen wollten, eröffneten die Soldaten das Feuer. Der 16-jährige Semsettin Yavuzkaplan wurde gefasst und auf den Boden geworfen. Ein Soldat hielt ihn mit dem Fuß auf dem Boden und schoss mehrmals um seinen Kopf herum. Später wurde er unter Schlägen zum in 500 Meter Entfernung liegenden Militärposten geschleift. Sieben weitere Jugendliche wurden ebenfalls festgenommen. Zehn Minuten später erklärten die Soldaten, Semsettin Yavuzkaplan habe ein Herzproblem gehabt und sei an einem Herzanfall gestorben. Die Familie des Jungen dementierte umgehend, dass er Probleme mit dem Herzen gehabt habe.
Die Dorfbewohner versammelten sich vor dem Militärposten und bewarfen ihn mit Steinen. Später besetzten sie die von Diyarbakir nach Urfa führende Straße.
Abends gab die Staatsanwaltschaft bekannt, die Autopsie habe ergeben, dass Semsettin Yavuzkaplan bereits auf dem Weg zur Militärstation an einem Herzanfall gestorben sei. In einem Untersuchungsbericht stellt der Menschenrechtsverein IHD jedoch fest, dass der illegale Schusswaffeneinsatz der Soldaten ursächlich für den tödlichen Herzanfall des Jugendlichen war und fordert Ermittlungen gegen die Verantwortlichen. Einige der Festgenommenen seien geschlagen worden und bereits die Festnahme sei unrecht gewesen. Zwei Stunden nach dem Vorfall seien nach Augenzeugenberichten Soldaten erneut am Ort des Geschehens aufgetaucht und hätten die leeren Patronenhülsen aufgesammelt. Bei der Vorstellung des Berichts erklärte der IHD-Vorsitzende von Diyarbakir, Rechtsanwalt Selahattin Demirtas: "Das Vorgehen der Soldaten hat zu einem Herzanfall von Semsettin Yavuzkaplan geführt. Weil seine Situation nicht ernst genommen wurde, fand keine erste Hilfe statt." In juristischer Hinsicht seien die Kommandanten des Militärpostens verantwortlich. Es handele sich um "einen Todesfall und mehrere Fälle von Folter in staatlichem Gewahrsam". Zuvor hatte der Gouverneur die Einleitung von Ermittlungen abgelehnt, da Yavuzkaplan nicht in Gewahrsam verstorben sei. *(ÖP, 17.12., ISKU)*

aller offiziellen bewaffneten Kräfte und damit der Erschaffung einer regulären Armee gearbeitet. *(ANF, 14.12., ISKU)*

Türkei für Mord an Musa Anter verurteilt
Mehr als 14 Jahre nach dem Mord an einem Kurdenführer hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der Türkei am Dienstag einen Verstoß gegen das Recht auf Schutz des Lebens vorgeworfen. Den drei Kindern des Opfers muß die türkische Regierung insgesamt 25000 Euro Schmerzensgeld zahlen. Der Fall betrifft den gewaltsamen Tod des Schriftstellers, Mitbegründers der pro-kurdischen Partei HEP und Mitbegründers der pro-kurdischen Volkspartei (HEP), Musa Anter. Er war im September 1992 in der osttürkischen Stadt Diyarbakir bei einem Festival mit fünf gezielten Schüssen getötet worden. *(jW, 20.12., ISKU)*

Unterstützung für EU-Beitritt im Herbst bei 54%
Eine erste Auswertung der Herbstumfrage des Eurobarometers gibt die Unterstützung für den Beitritt ihres Landes mit 54 % der befragten Türken an. Nach dem Image der EU befragt, bewerteten 55 % der Türken es positiv. Im Hinblick auf das Vertrauen in europäische Institutionen liegt die Bewertung der europäischen Kommission (32 % Vertrauen) und des Europaparlaments (34 % Vertrauen) auf dem zweitniedrigsten Niveau (am niedrigsten liegt es in England). Die Unterstützung einer gemeinsamen Außenpolitik (39 %) und einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (50 %) liegen in der Türkei am niedrigsten unter den befragten Ländern. *(ES, 18.12., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
ES	Eurostat

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku